

Andreas Gravert

Themenkarrieren in der Wissenschaft

Die Entstehung der Themen Stadt-
schrumpfung und Klimawandel in
der Raumforschung

OPEN ACCESS



Springer VS

Organization & Public Management

Reihe herausgegeben von

Petra Hiller, Nordhausen, Deutschland

Georg Krücken, INCHER-Kassel, Universität Kassel, Kassel, Deutschland

Weitere Bände in der Reihe <https://www.link.springer.com/bookseries/12613>

Andreas Gravert

Themenkarrieren in der Wissenschaft

Die Entstehung der Themen
Stadtschrumpfung und Klimawandel
in der Raumforschung

 Springer VS

Andreas Gravert
Hamburg, Deutschland

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund 2021
Gutachter: Prof. Dr. Thorsten Wiechmann, Technische Universität Dortmund
Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart
Prüfer: Prof. Dr. Karsten Zimmermann, Technische Universität Dortmund
Die vorliegende Veröffentlichung der Dissertation wurde gefördert durch die Deutsche
Forschungsgemeinschaft (Projektnummer: 249373398) sowie den 2021 verliehenen Disserta-
tionspreis der Technischen Universität Dortmund.



ISSN 2626-1545 ISSN 2626-1553 (electronic)
Organization & Public Management
ISBN 978-3-658-35688-0 ISBN 978-3-658-35689-7 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-35689-7>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en) 2022. Dieses Buch ist eine Open-Access-Publikation.
Open Access Dieses Buch wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.
Die in diesem Buch enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.
Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.
Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Stefanie Eggert
Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.
Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Geleitwort

Wie kommt die Wissenschaft zu ihren Themen? Warum befasst sie sich zu bestimmten Zeiten mit spezifischen Fragen? Was und wer entscheidet darüber, was zu untersuchen und was zu fördern ist? Viel zu selten beschäftigen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit derartigen Fragen. Viel zu selten reflektiert die Wissenschaft ihre eigenen Prioritätensetzungen. Andreas Gravert tut dies im vorliegenden Buch mit Blick auf die Planungswissenschaft. Ausgangspunkt seiner Forschung war dabei die eher beiläufige Beobachtung, dass auch die vermeintlich objektive, problem- und erkenntnisgeleitete Wissenschaft erkennbaren Modethemen anhängt, ohne dass sich auf den ersten Blick erschloss, warum nun gerade diese Themen und nicht andere, möglicherweise wissenschaftlich und / oder praktisch sogar relevantere Themen in der Scientific Community zu einem bestimmten Zeitpunkt Popularität erfahren. Das galt und gilt gerade auch für die anwendungs- und politiknahe Planungswissenschaft. Dennoch hatte sich (so gut wie) niemand bisher systematisch mit dieser Frage beschäftigt. Genau das geleistet zu haben, ist ein zentraler Verdienst der vorgelegten Arbeit von Andreas Gravert, die im Rahmen des von ihm mitinitiierten DFG-Forschungsprojekts „Themenkarrieren in der Planungswissenschaft“ (2014–2019) entstand. Als Dissertationsschrift an der Fakultät Raumplanung wurde sie 2021 mit dem Dissertationspreis der TU Dortmund ausgezeichnet.

Es handelt sich um eine der wenigen planungswissenschaftlichen Arbeiten, die die Planungswissenschaft selber zum Forschungsgegenstand machen. Damit leistet sie zugleich einen wichtigen Beitrag zur Planungstheorie, denn sie ermöglicht eine Verständigung der Profession über sich selbst. In Ermangelung entsprechender Vorarbeiten in der Disziplin selbst, erforderte das Thema von Andreas Gravert neben dem empirischen Betrachten ausgewählter Themendiskurse in

der Planungswissenschaft auch eine umfassende Einarbeitung in andere Wissenschaftsgebiete, insbesondere in die Wissenschaftssoziologie und die Medien- und Kommunikationssoziologie, die aufbauend auf Luhmann's Arbeiten zu Themenkarrieren, theoretisch-methodologische Grundlagen bereithielt und damit eine Bearbeitung des Themas für und in der Planungswissenschaft erst ermöglichten. Hinzu kam die ebenfalls anspruchsvolle Einarbeitung in methodische Verfahren, wie Bibliometrie und Netzwerkanalyse, die Voraussetzung für den empirischen Teil der Arbeit waren. Derart gerüstet arbeitet sich Andreas Gravert an einer ebenso kurz wie treffend formulierten Forschungsfrage ab: Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?

Zentrale Stärken der Arbeit von Andreas Gravert liegen zum einen in der sorgfältigen und kenntnisreichen Aufbereitung des wissenschaftssoziologischen Forschungsstands für die planungstheoretische Debatte. Damit erschließt er ein überaus fruchtbares und bislang vernachlässigtes Forschungsfeld für die deutschsprachige Planungswissenschaft und sogar darüber hinaus. Wissenschaftliche Themenkarrieren wurden auch in anderen Disziplinen bislang so gut wie nicht untersucht. Damit erweist sich die Arbeit von Andreas Gravert als ausgesprochen innovativ. Zum anderen gelingt ihm mit der hier angewandten, aufwändigen empirischen Vorgehensweise unter Einbindung von quantitativen und qualitativen Elementen anhand von zwei beispielhaften Themenkarrieren eine überzeugende Darstellung idealtypischer planungswissenschaftlicher Themenkarrieren mit einer charakteristischen Doppelpeakstruktur der Aufmerksamkeitskurven. Zugleich arbeitet er präzise heraus, dass es wissenschaftsexterne Impulse sind, die zum Durchbruch von Themenkarrieren entscheidend beitragen. Diese Erkenntnis mag dem hehren Selbstbild einer unabhängigen, allein wissenschaftsinternen Mechanismen unterliegenden Disziplin diametral zuwiderlaufen, beschreibt aber überzeugend die disziplinäre Wirklichkeit. Dass diese auch nicht zwangsläufig negativ zu bewerten ist, verdeutlicht Andreas Gravert in seinen Schlüsselausführungen.

Thorsten Wiechmann

Danksagung und Reflexion der eigenen Themenwahl

In dieser Arbeit lege ich dar, wie die Entstehung von Themen soziale Strukturen verändert und wie umgekehrt soziale Prozesse die Wahl von Themen beeinflussen. Zweifelsfrei sind auch die Idee zu diesem Buch und die darin enthaltenen Erkenntnisse ein soziales Produkt. Sie lassen sich als das Ergebnis einer Wanderung beschreiben, bei der mir immer wieder verschiedene Begleiter*innen über Unwägbarkeiten hinweg geholfen und mitunter auf meine Routenplanung Einfluss genommen haben. Um die gebotene Danksagung mit einem Mehrwert im Sinne der Fragestellung zu verknüpfen, möchte ich einige wegweisende Abschnitte dieser Wanderung kurz wiedergeben.

Die vermutlich erste Situation, in der ich mir über wissenschaftliche Themenkonjunkturen Gedanken gemacht habe, war im Jahr 2010 im Kontext des durch das BMBF geförderten „*Megacity Research Project TP. Ho Chi Minh: Integrative Urban and Environmental Planning Framework – Adaptation to Climate Change*“. Unser damaliger Projektleiter Frank Schwartze stieß eine Diskussion über die Zeitweiligkeit von Prioritätensetzungen in der Forschungsförderung an. Seitdem waren „*Konjunkturen*“ oder „*Moden*“ in der Wissenschaft und damit verbundene Phänomene immer wieder Thema, allerdings nur in informellen Gesprächen mit den Kolleg*innen, nicht im Kontext der wissenschaftlichen Arbeit.

Dies änderte sich im April 2011, als meine Kollegin und Schrumpfungsforscherin Anne Volkmann bei einem Feierabendgetränk auf das lapidare „*Das müsste man eigentlich mal erforschen*“ mit einem überraschend verbindlichen „*Ja, genau*“ antwortete. Als wir unseren Fachgebietsleiter Thorsten Wiechmann zwei Tage später mit der Idee konfrontierten, war dieser sofort überzeugt und gab das Ziel einer DFG-Förderung aus. Zusammen mit Marian Günzel, ebenfalls am Fachgebiet Raumordnung und Planungstheorie, bereiteten wir einen Antrag auf Sachbeihilfe – Arbeitstitel „*Hypes*“ – vor. So wurde innerhalb weniger Tage das

flüchtige Gesprächsthema in das System der Planungswissenschaft übersetzt und zu einem *Forschungsgegenstand* erhoben, der potenziell wissenschaftlich relevant und förderfähig ist.

Es begann die Suche nach wissenschaftlichen Beiträgen, die sich bereits mit ähnlichen Fragestellungen befasst hatten. Die Suche gestaltete sich als äußerst zäh, weshalb wir für jeden einigermaßen passfähigen Fachbeitrag, den wir fanden, dankbar waren. Wichtig war insbesondere die detaillierte Beschreibung von Themenkarrieren von Luhmann (1970), die eine Übertragung auf die Wissenschaft gewinnbringend erscheinen ließ. Einen besonders inspirierenden und motivierenden Effekt auf unser Vorhaben hatte der planungswissenschaftliche Fachbeitrag von Markus Hesse „*Wie kommen Themen in die Welt?*“ (2010), weil er inhaltlich in eine sehr ähnliche Richtung stieß und die Relevanz unseres Vorhabens verdeutlichte. Ein erstes wissenschaftliches Produkt unsererseits erschien 2013 in der Zeitschrift *RaumPlanung*: „*Agenda Setting in der Planung*“ (Gravert et al. 2013).

Wir reichten unseren DFG-Antrag „*Themenkarrieren in der Planungswissenschaft*“ im Juni 2013 ein und erhielten ein halbes Jahr später eine Förderzusage. Nicht nur garantierte die DFG finanzielle Ressourcen für mehrere Jahre, sondern sie beseitigte auch verbliebene Zweifel an der Sinnhaftigkeit unseres Projekts. Die Zertifizierung durch die DFG fungierte zudem als Türöffner bei Verlagen und Konferenzen bzw. sie versah unser Vorhaben mit einer gewissen Reputation. Damit verbunden war auch die (Selbst-)Verpflichtung, Ergebnisse zu produzieren und zu veröffentlichen. Weil ich nach wie vor persönlich fasziniert von dem Thema war, rückte ich es in den Mittelpunkt meiner wissenschaftlichen Arbeit und wählte es zum Thema meiner Dissertation.

Die Arbeit an dem DFG-Projekt (Projektnummer: 249373398, Projektleitung: Thorsten Wiechmann) und an meiner Dissertation nahm ich im Oktober 2014 auf. Als erstes galt es, möglichst schnell die umfassende bibliometrische Datenerhebung auf den Weg zu bringen. Eine große Hilfe war dabei Ursula Helmkamp von der Universitätsbibliothek der TU Dortmund, die uns zu Möglichkeiten der Datenerhebung beriet und mit Exporten aus den Bibliotheksdatenbanken unterstützte. Die Redaktionen und Verlage der *disP*, *Forschungs- und Sitzungsberichte*, *IzR*, *PLANERIN*, *RAUM*, *RaumPlanung* und *RuR* zeigten sich äußerst hilfsbereit und stellten alle ihnen digital verfügbaren Daten für uns zusammen. Unsere Ansprechpartnerin bei der ARL, Angelika von Berswordt-Wallrabe, sendete uns darüber hinaus mehrere Kartons mit Ausgaben der *Forschungs- und Sitzungsberichte*, die in unserem Dortmunder Bibliotheksbestand fehlten. Die systematische Erhebung der Metadaten, Volltexte und Zitationen war nicht ohne zusätzliche

Fleißarbeit möglich. Hierfür konnten wir auf die Akribie und Geduld unserer studentischen Mitarbeiterinnen Mara Ueltkesforth, Maike Klatt und Valeria Borjak vertrauen. Mein Fachgebietskollege Thomas Terfrüchte und mein Mitbewohner Patrick Krümpelmann halfen mir, manch einen Gordischen Knoten im Zuge der Konzipierung und Auswertung der Datenbank zu lösen.

Im Laufe der Arbeit musste ich mir die Felder der Wissenschaftssoziologie, Bibliometrie und Netzwerkanalyse weitgehend neu erschließen. Die Veranstaltungen der gastfreundlichen Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Deutschen Gesellschaft für Netzwerkforschung sowie der Schader Stiftung waren dabei äußerst hilfreich. Sean Patrick Saßmannshausen, Heiko Lietz, Enno Aljets und Jochen Gläser gewährten mir in persönlichen Gesprächen jeweils tiefe Einblicke in ihre empirischen Forschungen und berieten mich bezüglich meines eigenen Vorhabens.

Es folgte die Analyse von Forschungsbiografien sowie die Vorbereitung und Durchführung von Leitfaden-Interviews. Zunächst unsicher, inwiefern die interviewten Personen über strategische, *nichtepistemische* Motive ihrer Themenwahl reflektieren würden, war ich überrascht, mit welchem Engagement und mit welcher Ehrlichkeit die Gesprächspartner*innen mit mir den teilweise weit zurückliegenden Verästelungen ihrer Forschungspfade auf den Grund gingen. Einige Akteur*innen signalisierten mir Dankbarkeit für die Gelegenheit, auf informierter Basis über das eigene wissenschaftliche Handeln zu reflektieren. Nicht zuletzt deshalb gewann ich durch die Interviews zusätzliches Vertrauen in die Nützlichkeit meines Vorhabens.

Von zentraler Bedeutung für diese Arbeit war die Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen im Rahmen von Workshops und Konferenzen. Sämtliche Rückmeldungen halfen die Ergebnisse einzuordnen und zu ergänzen und motivierten mich die Forschung engagiert fortzusetzen. Insbesondere die Teilnehmer*innen der beiden Workshops im Kontext des DFG-Projekts am 30.06.2017 und am 07.02.2018 sowie der Promotionskolloquien der Fachgebiete Raumordnung und Planungstheorie und Europäische Planungskulturen der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund gaben wertvolle Hinweise.

Im letzten Jahr sammelte ich die Ergebnisse und brachte diese Arbeit zu Papier. Wichtige Gesprächspartner*innen in dieser Phase waren Anne Volkmann, Marian Günzel, Dennis Hardt, Thomas Terfrüchte, Christian Lamker, Angelika Münter, Christoph Raiser und Ronald Eckert. Das finale Korrekturlesen übernahmen Anne, Marian, Susanne, Bettina, Nadja, Sebastian, Martin, Ali, Julia und Jan.

Meine Betreuer, Gutachter und Prüfer Thorsten Wiechmann, Johann Jessen und Karsten Zimmermann fungierten als Berater, positive Begleiter und sichere

Lotsen. Aus den zahlreichen Diskussionen mit ihnen schöpfte ich wichtige Inspiration, Motivation und Vertrauen in meine Ergebnisse. Von Beginn an war insbesondere Thorsten Wiechmann als Projektleiter, Betreuer und Gesprächspartner eine wichtige Stütze. Er verlieh dem Vorhaben Selbstbewusstsein, ermöglichte die DFG-Förderung und schaffte optimale Rahmenbedingungen für meine Arbeit. Er hat mehrmals Pragmatismus einfordern müssen, insbesondere als die Datenaufnahme kein Ende nehmen wollte. Im letzten Jahr konnte ich auf sein Verständnis und Wohlwollen zählen, als der Abschluss der Arbeit viel Zeit beanspruchte.

Wissenschaftliches Arbeiten und insbesondere Dissertationen strapazieren mitunter die körperliche und seelische Gesundheit. In meinem Fall war es ein großartiges Netzwerk von Mitbewohner*innen, Freund*innen und Verwandten, das mich mit beiden Beinen im Leben hielt. Meine Eltern gaben mir von Beginn an bedingungslosen Rückhalt. Meine Töchter Paula, Merle und Luise waren der schönste Ausgleich, den ich mir wünschen konnte. Julia unterstützte mich mit ganzer Kraft und navigierte sicher unsere gemeinsame Reise abseits dieser Arbeit.

Allen Weggefährt*innen möchte ich von ganzem Herzen dafür danken, dass sie diese Arbeit ermöglicht haben.

Andreas Gravert

Inhaltsverzeichnis

1	Problem und Fragestellung: Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?	1
1.1	Problemstellung und Hintergrund	2
1.2	Ziel und Forschungsfrage	6
1.3	Die institutionalistische Wissenschaftssoziologie als Perspektive	8
1.4	Die Planungswissenschaft als Untersuchungsfeld	14
1.5	Vorgehen und Aufbau der Arbeit	27
2	Theorien und Modelle zur Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft	33
2.1	Wissenschaftliche Revolutionen und Paradigmenwettstreit	34
2.2	Denkkollektive und Epistemische Gemeinschaften	38
2.3	<i>Theory groups</i> und <i>invisible colleges</i> : Die Entstehung und Diffusion wissenschaftlicher Felder	43
2.4	Modeerscheinungen in der Wissenschaft	50
3	Zur Entwicklung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen	57
3.1	Thema und öffentliche Aufmerksamkeit: Eine begriffsdefinitorische Auseinandersetzung	58
3.2	Themenzyklusmodelle	65
3.3	Agenda Setting in den Medien- und Kommunikationswissenschaften	71
3.4	Agenda Setting in der Politikwissenschaft	78

4	Struktur und Mechanismen der Wissenschaft	87
4.1	Das System Wissenschaft im Kontext der Gesellschaft	88
4.2	Die Fachgemeinschaft als Ort wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion	97
4.3	Der institutionelle Kontext wissenschaftlicher Akteur*innen	109
5	Analytischer Rahmen zur Erfassung von Themenkarrieren in der Wissenschaft	131
5.1	Themen, Aufmerksamkeit und Themenkarrieren in der Wissenschaft	132
5.2	Struktur und Akteur*innen	136
5.3	Der institutionelle Kontext der Wissenschaft	142
5.4	Handlungsressourcen und Handlungsziele wissenschaftlicher Akteur*innen	146
5.5	Die wissenschaftliche Themenwahl	153
6	Empirisches Vorgehen und Methodik	163
6.1	Fallstudienansatz, Auswahl und Abgrenzung der Fälle	165
6.2	Operationalisierung und Abgrenzung der Themen	167
6.3	Quantitative Analyse: Bibliometrie und Netzwerkanalyse	170
6.4	Qualitative Analyse: Leitfadengestützte Interviews	185
7	Das Thema <i>Schrumpfende Städte</i> in der Planungswissenschaft	201
7.1	1972 bis 1990: Vorläufer der Themenkarriere	203
7.2	1991 bis 1999: Latenzphase	212
7.3	2000 bis 2001: Durchbruchphase	220
7.4	2002 bis 2006: Fokusphase	228
7.5	2007 bis 2014: Normalisierungsphase	234
7.6	1995 bis 2014: Quantitative Gesamtbetrachtung	238
7.7	Zwischenfazit zur Themenkarriere <i>Schrumpfende Städte</i>	256
8	Das Thema <i>Klimawandel</i> in der Planungswissenschaft	259
8.1	1980 bis 2006: Latenzphase	260
8.2	2007: Durchbruchphase	274
8.3	2008 bis 2012: Fokusphase	281
8.4	2013 bis 2014: Normalisierungsphase	290
8.5	1995 bis 2014: Quantitative Gesamtbetrachtung	296
8.6	Zwischenfazit zur Themenkarriere <i>Klimawandel</i>	315

9	Fazit: Die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft	319
9.1	Die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft: Von der Nichtbeachtung zum unhinterfragten Kontext	319
9.2	Mechanismen der wissenschaftlichen Themenentstehung: Stabilität und Wandel	348
9.3	Auswirkungen von Themenkarrieren auf die Wissenschaft: Gekommen, um zu bleiben	354
10	Diskussion und Ausblick: Zum Umgang mit Themenkarrieren in der Planungswissenschaft	359
10.1	Positive und negative Aspekte temporärer Fokussierungen: Gelegenheitsfenster für wissenschaftliche Innovation oder Vereitelung planungswissenschaftlicher Theorieentwicklung?	361
10.2	Anstöße zum Umgang mit Themenkarrieren in der Planungswissenschaft	363
10.3	Methodische Reflexion und Forschungsbedarf	370
	Literaturverzeichnis	377

Abkürzungsverzeichnis

AESOP	Association of European Schools of Planning
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ab 2019 Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft)
ARL-FB	Forschungs- und Sitzungsberichte bzw. seit 2013 Forschungsberichte der ARL
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (seit 1998)
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (seit 2009)
BfLR	Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (bis 1998)
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (seit 2018)
BMRBS	Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (bis 1998)
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2005–2013)
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (1998–2005)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DASL	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DLR	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V.
EU	Europäische Union
EwWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

IBA Emscher	Internationale Bauausstellung Emscher Park
IFL	Leibniz-Institut für Länderkunde
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
IÖR	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IRS	Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung
IzR	Informationen zur Raumentwicklung (Zeitschrift)
MKRO	Ministerkonferenz für Raumordnung
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
PIK	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung
RuR	Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UBA	Umweltbundesamt
UNU	United Nations University

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1	Erkenntnisleitende Struktur der Arbeit	28
Abb. 2.1	Die Entstehung eines wissenschaftlichen Feldes	49
Abb. 3.1	Klassische Aufmerksamkeitskurve in Themenzyklusmodellen	69
Abb. 3.2	Verlauf der Aufmerksamkeit eines übergeordneten Themas	70
Abb. 3.3	Gängige Darstellung des Politikzyklus	81
Abb. 4.1	<i>Credit cycle</i> wissenschaftlicher Akteur*innen nach Latour und Woolgar	127
Abb. 5.1	Das analytische Modell des Akteurzentrierten Institutionalismus	141
Abb. 5.2	Kapitalakkumulationszyklus wissenschaftlicher Akteur*innen	152
Abb. 5.3	Themenwahl wissenschaftlicher Akteur*innen	160
Abb. 6.1	Auswahl einschlägiger planungswissenschaftlicher Artikel	169
Abb. 6.2	Struktur der relationalen Datenbank	177
Abb. 6.3	Beispielhafte Visualisierung einer Forschungsbiografie bzw. eines <i>research trail</i> mit dem vorübergehenden Themenschwerpunkt <i>Klimawandel</i>	190
Abb. 6.4	Ausschnitt der Thematisierung des Klimawandels im <i>research trail</i>	191
Abb. 6.5	„Adopter categorization on the basis of innovativeness“	194
Abb. 6.6	Adopter-Kategorien auf Basis der wissenschaftlichen Themenkarriere	195

Abb. 7.1	Aufmerksamkeitskurve zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> 1995–2014 basierend auf der Anzahl einschlägiger Artikel	203
Abb. 7.2	Beispielhafter Ausschnitt eines research trail mit dem vorübergehenden Themenschwerpunkt <i>Schrumpfende Städte</i>	232
Abb. 7.3	Relative Häufigkeitsverteilungen der Themenkarriere <i>Schrumpfende Städte</i> 1995–2014	239
Abb. 7.4	Anzahl der Artikel zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> 1995–2014, aufgeschlüsselt nach Zeitschriften	242
Abb. 7.5	Relative Häufigkeit einschlägiger Artikel eines Jahres bezogen auf die Gesamtzahl einschlägiger Artikel in der jeweiligen Zeitschrift 1995–2014 (Thema <i>Schrumpfende Städte</i>)	243
Abb. 7.6	Analyse der Zitationen einschlägiger Artikel gegenüber den Zitationen aller Artikel (Thema <i>Schrumpfende Städte</i>)	245
Abb. 7.7	Ko-Publikationsnetzwerk der Themenkarriere <i>Schrumpfende Städte</i>	251
Abb. 8.1	Aufmerksamkeitskurve zum Thema <i>Klimawandel</i> 1995–2014 basierend auf der Anzahl einschlägiger Artikel	260
Abb. 8.2	„Die <i>Klima-Katastrophe</i> “ als Titelthema des Nachrichtenmagazins <i>Der Spiegel</i>	261
Abb. 8.3	Karriere des Themas <i>Klimawandel</i> in Medien, Politik und Planungswissenschaft zwischen 1995 und 2014	281
Abb. 8.4	Beispielhafter Ausschnitt eines <i>research trail</i> mit dem vorübergehenden Themenschwerpunkt <i>Klimawandel</i>	286
Abb. 8.5	Relative Häufigkeitsverteilungen der Themenkarriere <i>Klimawandel</i> 1995–2014	297
Abb. 8.6	Anzahl der Artikel zum Thema <i>Klimawandel</i> , aufgeschlüsselt nach Zeitschriften 1995–2014	299
Abb. 8.7	Relative Häufigkeit einschlägiger Artikel eines Jahres bezogen auf die Gesamtzahl einschlägiger Artikel in der jeweiligen Zeitschrift 1995–2014 (Thema <i>Klimawandel</i>) ...	300

Abb. 8.8	Analyse der Zitationen von Artikeln zum Thema <i>Klimawandel</i> gegenüber den Zitationen <i>aller</i> Artikel	302
Abb. 8.9	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–1998	306
Abb. 8.10	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–2001	307
Abb. 8.11	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–2004	308
Abb. 8.12	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–2007	309
Abb. 8.13	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–2009	310
Abb. 8.14	Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema <i>Klimawandel</i> 1976–2014	311
Abb. 8.15	Entwicklung der Gigantischen Komponente im Klimawandeldiskurs	312
Abb. 8.16	Netzwerkentwicklung und Herausbildung der Gigantischen Komponente im Klimawandeldiskurs	313
Abb. 9.1	Aufmerksamkeitskurven der beiden Themen <i>Schrumpfende Städte</i> und <i>Klimawandel</i> übereinandergelegt	320
Abb. 9.2	Veränderte Ressourcenallokation gegenüber einem Thema (rot) und ihr Einfluss auf die disziplinäre Wissens- und Sozialstruktur	335
Abb. 9.3	Idealtypische Themenkarriere auf Basis der beiden untersuchten Fallbeispiele	341
Abb. 9.4	Vernetzung wissenschaftlicher Akteur*innen im Laufe einer Themenkarriere	345
Abb. 9.5	Mögliche Aufmerksamkeitskurven interagierender Themenkarrieren	347

Tabellenverzeichnis

Tab. 6.1	Erhobene Daten strukturiert nach Zeitschrift und Datentyp . . .	176
Tab. 6.2	Erhobene Artikel nach Zeitschrift und Jahr	178
Tab. 6.3	Erhobene Zitationen (Outcitations)	180
Tab. 6.4	Grundbegriffe der Bibliometrie und der Netzwerkanalyse	183
Tab. 7.1	Meistzitierte Publikationen in planungswissenschaftlichen Artikeln zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> zwischen 2000 und 2003 (bzw. ergänzend zwischen 2004 und 2014)	221
Tab. 7.2	Meistzitierte Publikationen in planungswissenschaftlichen Artikeln zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> aus den Jahren 1997 bis 2002	224
Tab. 7.3	Absolute Häufigkeiten von Artikeln zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> 1995–2014	241
Tab. 7.4	Meistzitierte Veröffentlichungen in Artikeln zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i>	247
Tab. 7.5	Meistzitierte Autor*innen in Artikeln zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i> (ohne Selbstzitationen)	248
Tab. 7.6	Modularität und Zentralitätsindikatoren der zentralsten Akteur*innen des Ko-Publikationsnetzwerks zum Thema <i>Schrumpfende Städte</i>	253
Tab. 8.1	Erscheinungsjahr und Titel der Publikationen aus der Latenzphase (bis einschl. 2006), die am häufigsten in allen einschlägigen Artikeln zitiert werden	273
Tab. 8.2	Erscheinungsjahr und Titel der Publikationen, die im Jahr 2008 am häufigsten in den einschlägigen Artikeln zitiert werden	283

Tab. 8.3	Absolute Häufigkeiten von Artikeln zum Thema <i>Klimawandel</i> 1995–2014	298
Tab. 8.4	Meistzitierte Veröffentlichungen aus allen Artikeln zum Thema <i>Klimawandel</i>	303
Tab. 8.5	Zeitlicher Abstand zwischen einschlägigen Outcitations und Incitations	304



Problem und Fragestellung: Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?

1

Welchen Gegenständen die Planungswissenschaft besondere Aufmerksamkeit beimisst, unterliegt einem dynamischen Wandel. Themen wie *Nachhaltigkeit*, *Soziale Stadt* oder *Gleichwertige Lebensverhältnisse* spielten zu unterschiedlichen Zeiten eine markante Rolle. Zwar besaßen und besitzen diese Themen zweifelsohne planungswissenschaftliche Relevanz, weder das zunächst sehr geringe und schließlich außerordentlich hohe Ausmaß der ihnen entgegengebrachten Aufmerksamkeit noch der Auslöser oder der Zeitpunkt des Durchbruchs kann jedoch aus ‚*rein wissenschaftlichen*‘ (vermeintlich objektiven, epistemischen) Selektionskriterien erklärt werden. Warum einzelne Themen zu einem bestimmten Zeitpunkt aufkommen und in das Zentrum der disziplinären Aufmerksamkeit rücken, welche sozialen Mechanismen dem Themenverlauf zugrunde liegen und welche Auswirkungen solche temporären Fokussierungen auf die planungswissenschaftliche Disziplin haben, ist bislang kaum systematisch beleuchtet worden. Dabei entscheiden Themenkarrieren maßgeblich und langfristig nicht nur darüber, welche Fragen und Erkenntnisse als wichtig erachtet werden und welche nicht, sie beeinflussen auch Interpretationsmuster, Bewertungsmaßstäbe und somit letztlich die persönlichen Einstellungen von Planer*innen¹ und Planungswissenschaftler*innen. Die Fragen, *welche Probleme* Aufmerksamkeit erhalten und *welche Akteur*innen* sie in *welchem Licht* betrachten, hat wiederum nachhaltigen Einfluss auf die Ressourcenverteilung in der Wissenschaft, die disziplinäre Sozialstruktur

¹ Zur Verwendung gendergerechter Sprache: In dieser Arbeit wird ein abgestuftes Vorgehen gewählt. Zunächst werden neutrale Formulierungen (bspw. „*Person*“ anstatt „*Akteur/Akteurin*“) bevorzugt, solange die Präzision der Formulierung gewährleistet ist. Ist dies nicht anwendbar, wird der Einsatz des Gender-Sternchens präferiert (bspw. Akteur*in). Wenn die Verständlichkeit zu sehr leidet (bspw. in mehrstufigen Genitivkonstruktionen), werden andere gendergerechte Formulierungen gesucht.

sowie auf die Entstehung und Gültigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse. Hinzu kommt, dass die Planungswissenschaft eng mit dem Handlungsfeld der Raumplanung verknüpft ist, weshalb einerseits planungspraktische Relevanzkriterien die wissenschaftliche Agenda bestimmen, andererseits aber auch die wissenschaftliche Wissensproduktion auf die planerische Wahrnehmung, Gestaltung und Entwicklung räumlicher Strukturen einwirkt.

Im Rahmen dieser Arbeit wird deshalb ein Verständnis davon erarbeitet, wie sich Aufmerksamkeit für ein Thema in der Planungswissenschaft konstituiert und entwickelt. Hierfür werden Ansätze der medien- und kommunikationswissenschaftlichen sowie der politikwissenschaftlichen Agenda Setting-Forschung mit Theorien der Wissenschaftsforschung kombiniert. Dem Programm der institutionalistischen Wissenschaftssoziologie folgend, werden personenübergreifende Regeln und Normen der Wissenschaft zur Erklärung der aggregierten Themenwahl der Disziplin identifiziert. Anhand der empirischen Untersuchung der Diskurse *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* wird aufgezeigt, welche Mechanismen für die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft maßgeblich sind. Hierbei werden quantitative Methoden der Bibliometrie mit qualitativen Methoden der empirischen Sozialforschung kombiniert. Gegenüber beiden untersuchten Themen verläuft die disziplinäre Aufmerksamkeit zunächst auf niedrigem Niveau, erlebt dann einen Durchbruch und eine daran anschließende, mehrjährige Fokussierung, um schließlich wieder leicht abzusinken. Dieser sozial determinierte Verlauf eines Themas wird als *Themenkarriere* gefasst und anhand eines Phasenmodells systematisiert, so dass Muster von *Themenkarrieren in der Wissenschaft* jenseits der Fallstudien verallgemeinert werden können. Auf Basis der Erkenntnisse aus Theorie und Empirie werden die Auswirkungen der zwischenzeitlichen Fokussierung eines bestimmten Themas durch die planungswissenschaftliche Disziplin diskutiert. Die Arbeit schließt mit einem Plädoyer, das Verständnis von Themenkarrieren als integralen Bestandteil der Planungswissenschaft zu vertiefen und für die Reflexion wissenschaftlicher und planerischer Praxis zu nutzen.

1.1 Problemstellung und Hintergrund

Die gesellschaftlichen Megatrends der Stadtschrumpfung und des Klimawandels wurden vielfach zum Anlass genommen, die gängige raumplanerische Praxis neu zu justieren. Grundsätzlich handelt es sich bei beiden Phänomenen um mittel- bis langfristige Entwicklungen, die einen Großteil ihrer Wirkmächtigkeit erst in der Zukunft entfalten werden. Beide Trends sind, zumindest partiell,

unumkehrbar, da auch der sofortige Stopp von Treibhausgasemissionen bzw. ein deutlicher Geburtenanstieg den Klimawandel bzw. den Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahrzehnten nicht aufhalten könnte. Auch waren beide Megatrends bereits Jahrzehnte vor ihrem Durchbruch in der Planungswissenschaft und der Raumordnungspolitik bekannt, wie sich anhand von Raumordnungsberichten und wissenschaftlichen Publikationen belegen lässt. Veränderte Rahmenbedingungen bzw. das plötzliche Erkennen eines neuen Planungsproblems können daher nicht als (alleinige) Begründung für den Zeitpunkt der Intensivierung der wissenschaftlichen Diskurse gelten. Die Frage, wie und warum die Themen einen starken Anstieg und anschließend eine Normalisierung der ihnen entgegengebrachten Aufmerksamkeit erfahren, ist deshalb weniger in dem beobachteten Phänomen selbst, als vielmehr in dessen Beobachtung zu suchen, das heißt in den Strukturen und Mechanismen der planungswissenschaftlichen Wissensproduktion.

Die gängige Erklärung für temporäre Fokussierungen in der Planungswissenschaft ist die Problemlösungsorientierung der Disziplin. Demnach würden, vergleichbar mit dem klassisch-linearen Planungsprozess, zunächst eine Beobachtung und deren Problematisierung erfolgen. Das Problem würde zur Entwicklung und der anschließenden Umsetzung von Lösungen führen. Wäre das Problem gelöst, wende sich die Planungswissenschaft anderen, noch ungelösten Problemen zu. Die Korrelation zwischen der Fokusphase mit der Implementierung und Institutionalisierung von Lösungsansätzen sowie die anschließende Normalisierung nach Umsetzung der Maßnahmen scheint diese funktionalistische Deutung zu stützen. Sie bedarf jedoch einer Klarstellung: Erkennt die Wissenschaft eigenständig Probleme und entwickelt Lösungen oder ist sie auf die Problemwahrnehmung und den daraus folgenden Wissensbedarf ihrer Systemumwelt angewiesen?

Ersteres würde eher der gängigen (Selbst-)Wahrnehmung der Wissenschaft als unabhängige und objektive Quelle einer universalistischen Rationalität entsprechen (Angermüller 2012: 717; Maasen et al. 2012: 28). Mit Bezug auf die Planungswissenschaft wird diese Perspektive beispielsweise dann eingenommen, wenn Expert*innenwissen und Evidenz als Legitimationsressource und Argumentationsbasis in umstrittenen Entscheidungsprozessen angeführt werden (Zimmermann 2010: 119; Flyvbjerg 1998). Allerdings lassen sich weder der Zeitpunkt noch die Abruptheit des Durchbruchs auf der Grundlage eines solchen Wissenschaftsverständnisses erklären, denn die Beobachtung und Problematisierung der beiden untersuchten Themen war bereits Jahre vor ihrem Durchbruch erfolgt. Trotz guter (systematischer, überprüfbarer) Argumente wurden die wenigen Planungswissenschaftler*innen, die die jeweiligen Themen vor ihrem disziplinweiten Durchbruch erforscht haben, lange Zeit kaum wahrgenommen, teilweise ridiculisiert oder sogar bewusst sanktioniert. Auch ist fraglich, inwiefern die Dominanz

der Themen während ihrer jeweiligen Fokusphase durch ihre – wie auch immer zu bestimmende – besonders hohe wissenschaftliche Dringlichkeit und Wichtigkeit gerechtfertigt ist oder ob sie gegenüber anderen, ebenfalls bedeutsamen Themen vorübergehend vergleichsweise überrepräsentiert waren. Angesichts der Komplexität der Problemstellungen wirkt es zudem vorschnell, den Rückgang des fachöffentlichen Interesses auf die erschöpfende Beantwortung der Forschungsfragen zurückzuführen. Umgekehrt könnte – wie in den Medien oder der Politik (vgl. Wolfsfeld 2000) – auch eine überstrapazierte Aufmerksamkeitsspanne dafür verantwortlich sein, dass komplexe Probleme von der allgemeinen Fachöffentlichkeit *als gelöst abgehakt werden* – unabhängig davon, ob sie *tatsächlich gelöst wurden*. Das Prinzip einer eigenständigen, nicht durch externe Nachfrage induzierten Problemreaktion der Wissenschaft ist insofern als alleinige Erklärung für Themenkarrieren nicht tragfähig.

Auf den ersten Blick stichhaltiger ist die zweite Option: Planungswissenschaftliche Fokussierungen wären dann Reaktionen auf systemexterne Problemwahrnehmungen und die daraus resultierenden, an die Wissenschaft herangetragenen Wissensbedarfe. Dieses Bild ist im Feld der Raumplanung nicht ungewöhnlich und hat eine gewisse Tradition. Demnach sei die Planungswissenschaft primär Dienstleisterin in der Berufsausbildung und stelle wissenschaftliche Expertise – mehr oder weniger passgenau – auf Anfrage bereit (Gravert et al. 2020). Indem planungswissenschaftliche Themenkarrieren dieser Hypothese zufolge durch systemexterne Nutzenerwartungen determiniert seien, ließe sich die Erklärung ihres Zustandekommens gewissermaßen auslagern. Agenda Setting-Prozesse im Feld der Planungspraxis, nicht innerhalb der Planungswissenschaft wären entscheidend. Dementsprechend wären nicht mehr wissenschaftliche Prinzipien für die Problemdefinition und Themenentstehung maßgeblich, sondern unter anderem politische Handlungslogiken, die an Machtsicherung oder Demokratisierung orientiert sind und nicht unbedingt dem Primat der Problemlösung unterliegen (Diller und Oberding 2017: 58). Diese Erklärung würde nicht nur angesichts der verfassungsmäßig geschützten Freiheit der Wissenschaft Fragen nach der Autonomie und dem Selbstverständnis der planungswissenschaftlichen Disziplin² nach sich ziehen: Inwiefern ist die inhaltliche Ausrichtung nach externen Relevanzkriterien gewollt? Lässt sie sich mit wissenschaftlichen Idealen oder zumindest mit

² Das in diesem Absatz wiedergegebene Verständnis einer heteronomen Planungswissenschaft ist teilweise verknüpft mit der Auffassung, die Planungswissenschaft sei keine eigenständige wissenschaftliche Disziplin. Auf der Grundlage der in dieser Arbeit verwendeten Begriffsdefinition ist der diszipliniäre Status der Planungswissenschaft jedoch unstrittig (siehe hierfür Kp. 1.4.1, 4.2.1 und 5.3).

gängigen Wissenschaftsverständnissen in Einklang bringen? Welche Reibungsverluste ergeben sich aus der Verknüpfung der kurzen Zeitspannen politischer Themen mit den mitunter längerfristigen wissenschaftlichen Produktionszyklen? Ist es eine notwendige Konsequenz der gewünschten Praxisnähe, dass „*die Forschung nicht in die gewünschte Tiefe für eine theoretische Weiterentwicklung gehen [kann]*“ (Diller und Thaler 2017a: 26)? Nicht zuletzt bliebe trotz der im Rahmen dieser Position eingeräumten Heteronomie der Planungswissenschaft die Frage nach der Entstehung wissenschaftlicher Themen: Wie werden gesellschaftlich wichtige und dringliche Themen in das Wissenschaftssystem vermittelt? In gängigen wissenschaftssoziologischen Modellen wird schließlich die Fachgemeinschaft, nicht die gesellschaftliche Umwelt, zum Ausgangspunkt für die Erkennung und Vermittlung von Forschungsbedarfen sowie für die Allokation von Reputation auf der Basis wissenschaftlicher Aufmerksamkeitskriterien erklärt.

Zwischen den beiden genannten Positionen – Betonung der Autonomie bzw. der Heteronomie der Planungswissenschaft – anzusiedeln ist das ebenfalls verbreitete Bild eines transdisziplinären Feldes. Ihm gemäß seien Wissensgenerierung und Wissensweitergabe sowie insbesondere auch die Problemdefinition in der Raumplanung kein einseitiges Projekt, sondern Ergebnis „*ko-produktiver*“ (Blotevogel und Wiegand 2015: 156) bzw. „*interaktiver*“ (Zimmermann 2010: 117) Prozesse zwischen Wissenschaft auf der einen Seite sowie planender Verwaltung, Politik, Unternehmen, Medien, Zivilgesellschaft und weiteren Stakeholder*innen auf der anderen Seite (Blotevogel 2014: 10). Welche Probleme wichtig seien, worin sie genau bestünden und wer in welcher Form betroffen sei, werde genauso im kontinuierlichen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis festgelegt, wie die Formulierung von Forschungsfragen und das Anvisieren bestimmter Lösungspfade. Dieser Sichtweise folgend wären auch Themenkarrieren das Produkt eines ständigen, iterativen Austauschprozesses zwischen Wissenschaft und Praxis, der keiner einseitigen Rollenverteilung und Reihenfolge unterliege. Auch dieser Ansatz trägt allerdings noch wenig zur Klärung bei. Vielmehr wird den bereits aufgeworfenen Fragen zusätzliche Präzision und Relevanz verliehen: Wie läuft die Ko-Produktion (von Themen) zwischen Planungswissenschaft und Planungspraxis ab? Was ist dabei die Rolle der Planungswissenschaft, was sind ihre Stärken und Schwächen im Agenda Setting-Prozess? Kann die planungswissenschaftliche Disziplin auch unabhängig von konkreten Nutzenerwartungen Themen antizipieren und bearbeiten und ist sie gegebenenfalls in der Lage, diese an die Planungspolitik und -praxis zu vermitteln? Welchen Handlungslogiken folgt die Ko-Produktion und ist die Erfüllung wissenschaftlicher Selektions- und Qualitätskriterien gewährleistet?

Derlei Fragestellungen deuten bereits auf das normative Spannungsfeld hin, in dem sich diese Arbeit bewegt. Sie stellt damit einen theoretischen und empirischen Beitrag zu der zunehmend aufkommenden Diskussion und Reflexion über die wissenschaftliche Praxis in der noch jungen und dynamischen Disziplin der Planungswissenschaft dar. So wird ergründet, welche institutionellen Arrangements der Planungswissenschaft den Rahmen für Themenkarrieren schaffen und welche Auswirkungen Themenkarrieren auf die Disziplin haben. Die eingangs umrissene, funktionalistische Deutung – gemäß ihrer Bestimmung erkenne die Disziplin mehr oder weniger autonom Probleme, löse sie und wende sich neuen zu – lässt unabhängig von der eingenommenen Perspektive auf die Planungswissenschaft die wesentlichen Fragen unbeantwortet: Wie genau geht es eigentlich vonstatten, dass ein Problem erkannt wird (und ein anderes nicht)? Welche Mechanismen kommen zum Tragen, wenn vorübergehend ein großer Teil der planungswissenschaftlichen Ressourcen auf ein bestimmtes Problem verwendet wird (und auf andere nicht)? Und was genau führt dazu, dass ein Thema nach einigen Jahren wieder an fachgemeinschaftlicher Aufmerksamkeit verliert, während andere in den Fokus rücken? In Kurzform: Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?

1.2 Ziel und Forschungsfrage

Das Ziel dieser Arbeit ist es, Themenkarrieren in der Planungswissenschaft zu beschreiben und Faktoren offenzulegen, die für die Entstehung von Themen verantwortlich sind. Hierfür werden Modelle der Themenentstehung aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie der Politikwissenschaft mit Theorien der Wissenschaftssoziologie verknüpft. Im Speziellen werden institutionalistische Theorien wissenschaftlicher Wissensproduktion um eine Konzeptualisierung der wissenschaftlichen Themenwahl sowie um ein Phasenmodell wissenschaftlicher Aufmerksamkeitszyklen ergänzt. Es wird ein analytischer Rahmen für die Untersuchung wissenschaftlicher Themenkarrieren entwickelt und auf zwei Themenkarrieren in der Planungswissenschaft angewendet. Auf der Grundlage der empirischen Beobachtungen werden Mechanismen und Auswirkungen von Themenkarrieren beschrieben und diskutiert.

Die Arbeit zielt außerdem auf eine Erweiterung der Planungstheorie um den Aspekt der Themenkarriere sowie auf einen empirisch fundierten Beitrag zur disziplinären Selbstreflexion der Planungswissenschaft. Es soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass es Auf- und Abschwünge der Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema gibt, die nicht durch vermeintlich objektive Notwendigkeiten erklärbar sind, die aber Wirkmächtigkeit innerhalb und außerhalb der

Disziplin entfalten. Nicht zuletzt soll die Arbeit ein Baustein im theoretischen und empirischen Fundament sein, auf dessen Grundlage die Diskussion über Struktur und Dynamik der Planungswissenschaft informiert geführt werden kann.

Die leitende Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit lautet:

Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?

Diese Frage erlaubt einen deskriptiven sowie einen analytischen Zugang: Zum einen wird (deskriptiv) offengelegt, wie sich Themenkarrieren im Kommunikationssystem der Planungswissenschaft manifestieren. Zum anderen wird (analytisch) ergründet, welche Mechanismen zur Entstehung von Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema führen.

Ein Thema wird dabei als Sinnkomplex verstanden, der als Struktur jeder Kommunikation zugrunde liegt und der bei den Teilnehmenden ein gemeinsames Wissen erzeugt. Dieser Sinnkomplex wird durch die Kommunikation darüber hergestellt, reproduziert und verändert (siehe Kp. 5.1). Im empirischen Teil dieser Arbeit qualifizieren sich Kommunikationen durch die Nennung bestimmter Schlüsselbegriffe als *einschlägig*, das heißt als *zum Thema gehörend* (siehe Kp. 6.2).

Mit der *Entstehung von Themen* ist genauer die *Entstehung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen* gemeint. Aufmerksamkeit wird dabei als die Intensität der wissenschaftlichen Auseinandersetzung einer Fachgemeinschaft mit einem Thema gefasst. In Abgrenzung zur individuellen, kognitiven Aufmerksamkeit ist hier die fachöffentliche bzw. planungswissenschaftliche Aufmerksamkeit gemeint. Sie wird als ein soziales, zwischenmenschliches Phänomen verstanden, das erst in der Kommunikation über das Objekt der Aufmerksamkeit emergiert. Diese Kommunikation findet bspw. in thematisch einschlägigen Publikationen, Zitationen, Forschungsanträgen, Konferenzen oder Arbeitskreisen ihren Niederschlag (siehe Kp. 5.1). Im empirischen Teil dieser Arbeit wird die Frequenz einschlägiger Publikationen als ein Indikator für den Grad der fachöffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema herangezogen (siehe Kp. 6.3).

Der sozial determinierte Verlauf der Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema wird als Themenkarriere gefasst. Wissenschaftliche Themenkarrieren durchlaufen unterschiedliche Phasen, in denen Bedeutungen, Akteur*innen und Institutionen sich wandeln und eine jeweils unterschiedliche Wirkung entfalten (siehe Kp. 5.1).

Die Planungswissenschaft ist eine wissenschaftliche Disziplin, in der räumliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie insbesondere deren Planung und Gestaltung erforscht werden. Indem sie auf ein konkretes gesellschaftliches Handlungsfeld ausgerichtet ist – die räumliche Planung –, zeichnet sich die

Planungswissenschaft durch eine vergleichsweise hohe Anwendungsorientierung aus (siehe Kp. 1.4). Die Fragestellung zielt auf die deutsche Planungswissenschaft. Im empirischen Teil dieser Arbeit ist der wichtigste Anhaltspunkt zur Abgrenzung der Planungswissenschaft die Kommunikation über Fachartikel in deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Zeitschriften (siehe Kp. 6.3).

1.3 Die institutionalistische Wissenschaftssoziologie als Perspektive

Nicht nur sind systematische Untersuchungen der planungswissenschaftlichen Disziplin bislang ungewöhnlich, auch sind hier Konzepte und Methoden der Wissenschaftssoziologie noch nicht in der vorgelegten theoretischen und empirischen Tiefe zum Einsatz gekommen. Um also das dieser Arbeit zugrundeliegende Verständnis zu vermitteln, wird im Folgenden die hier eingenommene Perspektive auf die Wissenschaft erläutert, bevor diese im weiteren Verlauf der Arbeit (siehe insb. Kp. 4 und 5) näher spezifiziert wird. Zunächst wird dafür die zentrale Prämisse der modernen Wissenschaftssoziologie hergeleitet, die auch Ausgangspunkt dieser Arbeit ist: Wissenschaft, wissenschaftliches Wissen und wissenschaftliche Aufmerksamkeit sind Produkte sozialen Handelns und somit der soziologischen Analyse mit dem Instrumentarium sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden zugänglich. Daran anschließend wird dargelegt, warum auf das *institutionalistische* Programm der Wissenschaftssoziologie zurückgegriffen wird und welche Vorentscheidung damit für die Bearbeitung und Beantwortung der Forschungsfrage getroffen wird.

1.3.1 Wissen(schaft) ist ein soziales Produkt

Die Wissenschaftssoziologie hat ihre Ursprünge in der Wissenschaftstheorie bzw. *Philosophy of Science*. Diese hat bis in die 1960er Jahre und darüber hinaus die Autonomie der wissenschaftlichen Entwicklung von gesellschaftlichen Einflüssen postuliert. Soziale Faktoren würden allenfalls bei der Entstehung wissenschaftlichen Wissens, nicht jedoch bei der Erklärung seiner Geltung eine Rolle spielen können (Feist 2006: 27; Weingart 2003: 41–42). Gemäß Popper (1935) müsse die logische Analyse diese Erklärung leisten und die Prüfung wissenschaftlicher Theorien könne nur auf Grundlage logischer oder empirischer Kriterien erfolgen (Feist 2006: 28). So schreibt Popper (1935: 4) in dem Teilkapitel „*Ausschaltung des Psychologismus*“ seines Hauptwerkes „*Logik der Forschung*“:

„Wir haben die Tätigkeit des wissenschaftlichen Forschers eingangs dahin charakterisiert, dass er Theorien aufstellt und überprüft. Die erste Hälfte dieser Tätigkeit, das Aufstellen der Theorien, scheint uns einer logischen Analyse weder fähig noch bedürftig zu sein: An der Frage, wie es vor sich geht, dass jemandem etwas Neues einfällt – sei es nun ein musikalisches Thema, ein dramatischer Konflikt oder eine wissenschaftliche Theorie –, hat wohl die empirische Psychologie Interesse, nicht aber die Erkenntnislogik. Diese interessiert sich nicht für Tatsachenfragen (Kant: ‚quid facti‘), sondern nur für Geltungsfragen (‚quid juris‘), – das heißt für Fragen von der Art: ob und wie ein Satz begründet werden kann; ob er nachprüfbar ist; ob er von gewissen anderen Sätzen logisch abhängt oder mit ihnen in Widerspruch steht usw.“

Nach Popper müsse Wissenschaft *als Produkt* unabhängig von Personen sowie von historischem und sozialem Kontext geprüft werden. Wissenschaft *als Prozess* hingegen könne sehr wohl Gegenstand soziologischer, psychologischer oder historischer Analyse sein und habe *„mit Logik wenig zu tun“* (Popper 1935: 5).

Die frühen Arbeiten Mertons (1938a, 1938b, 1942) wurden als soziologisches Pendant zu Poppers Wissenschaftstheorie angesehen (Weingart 2003: 41). Beunruhigt durch *„anti-wissenschaftliche Bewegungen“* insbesondere im deutschen Nationalsozialismus, fragte Merton nach den Normen, die konstitutiv für die *„pure“* Wissenschaft seien (Merton 1938a). Sein funktionalistischer Ansatz führte ihn zu der Frage nach den institutionellen Imperativen, die gegeben sein müssen, damit die Erweiterung gesicherten Wissens möglich wird (Weingart 2003: 15–16). Er gelangte zur Formulierung eines Normensets für die wissenschaftliche Kommunikation, dem *„wissenschaftlichen Ethos“*. Demnach wird zum Prinzip erhoben, dass (1.) wissenschaftliche Erkenntnisse ein Gemeingut darstellen und der wissenschaftlichen Gemeinschaft zugänglich gemacht werden (*„communism“*), dass (2.) wissenschaftliche Beiträge einer kritischen Prüfung durch die Gemeinschaft unterzogen werden (*„organised skepticism“*), dass (3.) Beiträge unabhängig von persönlichem Nutzen beurteilt werden (*„disinterestedness“*) und dass (4.) Beiträge nicht nach sozialen Kriterien, wie etwa Nationalität oder Geschlecht, beurteilt werden (*„universalism“*) (Merton 1942: 268–278). Verstöße gegen diese Normen würden, gemäß Merton, eine optimale Entwicklung der Wissenschaft beeinträchtigen (Hasse 2012: 47).

Ausgehend von der Veröffentlichung des Grundlagenwerks *„The structure of scientific revolutions“* von Thomas Kuhn (1970 [1962]) grenzte sich die Wissenschaftssoziologie zunehmend von dem (kritisch) rationalistischen Wissenschaftsverständnis Poppers und dem funktionalistischen Ansatz Mertons ab (Weingart 2003: 42; Feist 2006: 27–29). Kuhn stimmt mit Popper zunächst in dessen Kritik gegenüber dem klassischen Positivismus überein. So seien (wissenschaftliche) Beobachtungen immer untrennbar mit Theorien und Vorannahmen

verknüpft. Induktion im klassischen Sinne sei folglich eine Illusion (Kuhn 1974: 2, 12). Grundsätzliche Vorbehalte äußert Kuhn allerdings gegenüber Poppers Falsifikationismus und dem damit verknüpften (kritisch) rationalistischen Verständnis einer logisch begründbaren Erkenntnis. Popper würde damit weniger eine Logik der Erkenntnistestung anbieten, als vielmehr eine Ideologie des Wissens. Dabei gäbe es Formen wissenschaftlichen Wissens, die logischer Analyse nicht zugänglich seien. In seinem Aufsatz „*Logic of Discovery or Psychology of Research?*“ konstatiert er:

„Already it should be clear that the explanation [to what scientific progress is, Anm. d. Verf.] must, in the final analysis, be psychological or sociological. It must, that is, be a description of a value system, an ideology, together with an analysis of the institutions through which that system is transmitted and enforced. Knowing what scientists value, we may hope to understand what problems they will undertake and what choices they will make in particular circumstances of conflict. I doubt that there is another sort of answer to be found.“ (Kuhn 1974: 21)

Gemäß Kuhn ist eben nicht nur der Prozess der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern gerade auch deren Geltung sozial determiniert – letztlich eine der Kernthesen seines oben erwähnten Grundlagenwerkes (Weingart 2003: 53). Popper selbst lässt in seiner Antwort auf Kuhn die oben ausgeführte Unterscheidung zwischen (sozialem) Prozess und (logisch begründbarem) Produkt beiseite, legt dabei jedoch eine viel grundlegendere Skepsis gegenüber soziologischer Analyse offen:

„In fact, compared with physics, sociology and psychology are riddled with fashions, and with uncontrolled dogmas. The suggestion that we can find anything here like ‚objective, pure description‘ is clearly mistaken. Besides, how can the regress to these often spurious sciences help us in this particular difficulty? Is it not sociological (or psychological, or historical) science to which you want to appeal in order to decide what amounts to the question ‚What is science?‘ or ‚What is, in fact, normal in science?‘ For clearly you do not want to appeal to the sociological (or psychological or historical) lunatic fringe? And whom do you want to consult: the ‚normal‘ sociologist (or psychologist, or historian) or the ‚extraordinary‘ one? This is why I regard the idea of turning to sociology or psychology as surprising. I regard it as disappointing because it shows that all I have said before against sociologistic and psychologistic tendencies and ways, especially in history, was in vain. No, this is not the way, as mere logic can show; and thus the answer to Kuhn’s question ‚Logic of Discovery or Psychology of Research?‘ is that while the Logic of Discovery has little to learn from the Psychology of Research, the latter has much to learn from the former.“ (Popper 1970: 57–58)

Dass Popper zunächst die Soziologie als eine von Moden und unkontrollierten Dogmen gezeichnete Disziplin ansieht, zeigt nicht nur die Relevanz der dieser Arbeit zugrundeliegenden Fragestellung. Auch würde Kuhn hier lediglich in dem Punkt widersprechen, die Physik wäre von solchen Moden und Dogmen unberührt. Unvereinbar ist Poppers Position hingegen darin, aufgrund der Moden und Dogmen den Nutzen dreier bedeutender Disziplinen in Frage zu stellen und sie als „*irrsinnige Randerscheinungen*“ zu disqualifizieren. Schließlich seien gemäß Kuhn eben solche Moden und Dogmen erforderlich für den Erkenntnisgewinn, denn der zwischenzeitliche Konsens der wissenschaftlichen Community bezüglich einiger Grundprinzipien erhöhe „*both the effectiveness and the efficiency with which the group as a whole solves new problems*“ (Kuhn 1970 [1962]: 162). In diesem Punkt können auch Wissenschaftstheoretiker wie Lakatos (1974) oder Feyerabend (1975) anknüpfen, indem sie weniger die Logik einer Theorie zum entscheidenden Kriterium für deren Geltung erheben, als vielmehr ihre Dienlichkeit für den Erkenntnisfortschritt.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen Popper und Kuhn verliert an Schärfe, wenn sie vor dem Hintergrund der unterschiedlichen, jeweils zugrundeliegenden Positionen betrachtet wird. Popper ist primär an der normativen und präskriptiven Frage interessiert, wie wissenschaftliche Erkenntnisentstehung *funktionieren sollte* (bspw. Popper 1935: 20–21). Er versucht, die wissenschaftliche Geltung von Theorien logisch zu erfassen und legt dabei „*Spielregeln*“ der Wissenschaft fest (ebd.: 22). Kuhn hingegen beschäftigt sich mit der deskriptiven Frage, wie wissenschaftliche Erkenntnisentstehung *in der Realität funktioniert*. Er möchte die tatsächliche Entwicklung (der Geltung) von Theorien in der wissenschaftlichen Community erfassen und nimmt dabei einen primär soziologischen Standpunkt ein. Die Geltung einer Theorie hänge demnach weniger von logischen, als vielmehr von ästhetischen, sozialen oder psychologischen Faktoren ab (Feist 2006: 13). In der Untermauerung und Verbreitung dieser Erkenntnis, der Schaffung wissenschaftlichen Wissens lägen soziale Prozesse zugrunde, liegt eine der wesentlichen Errungenschaften aus Kuhns Arbeit, die die Wissenschaftssoziologie maßgeblich veränderte (Bettencourt et al. 2009: 212).

Für die Wissenschaftssoziologie nach Kuhn ist die Wissenschaft selbstverständlicher Teil der Gesellschaft und wissenschaftliches Wissen, ungeachtet seiner Spezifität, immer ein soziales Produkt (Weingart 2003: 41–42). Damit einher geht die Abwendung von der Perspektive, die Wissenschaft sei von gesellschaftlichen Einflüssen unabhängig und allein sachliche (und nicht soziale) Argumente seien für die Schließung wissenschaftlicher Kontroversen entscheidend (ebd.: 81). Die Prämisse, wissenschaftliches Wissen sei ein soziales Produkt, bezieht sich auf zwei Beobachtungen: Zum einen ist die Entstehung wissenschaftlicher

Erkenntnis immer das Resultat von zwischenmenschlichen Interaktionen und nie allein auf eine geniale Einzelleistung zurückzuführen (Hasse 2012: 45). Zum anderen ist nicht nur die Gewinnung, sondern auch die Rezeption und Geltung des gemeinschaftlich entstandenen Wissens sozial konstruiert. In dieser Perspektive sind wissenschaftliche Wahrheiten Konstruktionen, die nicht durch Logik oder eine naturgesetzliche Ordnung vorgegeben sind, sondern die in den „sozialen, historischen, politischen, d. h. in durch und durch kontingenten Praktiken wissenschaftlicher Wissensproduktion“ angelegt sind (Angermüller 2012: 717). Gewonnenes Wissen kumuliert nicht zu einem unveränderlichen, allgemein gültigen Regelwerk, sondern es wird in wissenschaftlichen Gemeinschaften kontinuierlich verhandelt, reproduziert, aktualisiert und gegebenenfalls falsifiziert (Miller und Fox 2001: 675).

Die Wissenschaft wird somit von ihrem epistemologischen Sonderstatus befreit und die Produktion wissenschaftlichen Wissens zu einem spezifischen Typus sozialen Handelns oder der Kommunikation erklärt (Weingart 2003: 12). Sie wird somit der soziologischen Beobachtung mit dem Instrumentarium sozialwissenschaftlicher Theorien und Methoden zugänglich, wie sie auch für die Analyse anderer Teilbereiche der Gesellschaft zum Einsatz kommen (Hasse 2012: 45). Mit Blick auf die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung wird ersichtlich, warum die theoretischen Grundlagen zu ihrer Beantwortung nicht in der Wissenschaftsphilosophie, sondern in der neueren Wissenschaftssoziologie zu suchen sind. Normative und präskriptive Fragen, wie etwa die Frage nach einer optimalen oder logisch begründbaren Verteilung wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, werden in dieser Arbeit ausgeklammert. Die vorliegende Frage hingegen, wie Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Praxis *tatsächlich entsteht*, ist deskriptiver und analytischer Natur und zielt auf real stattfindende Prozesse in der wissenschaftlichen Gemeinschaft ab. Soziale Faktoren stehen bei der Beantwortung dieser Frage an erster Stelle.

1.3.2 Die Ausrichtung der Wissenschaft ist durch Institutionen bestimmt

Gemäß Maasen et al. (2012: 27) wird in der Wissenschaftssoziologie klassischerweise unterschieden zwischen einer institutionalistischen Perspektive, die soziale Bedingungen und Arrangements in den Blick nimmt, und einer kognitiven oder diskursiven Perspektive, die „*Texte, Begriffe, Theorien, intellektuelle Orientierungen, Problemformulierungen und -lösungen sowie die dabei verwendeten Mittel untersucht*“. Die vorliegende Fragestellung lässt sich aus beiden Perspektiven

interpretieren und beantworten. Die diskursive Variante würde die inhaltliche Entwicklung eines Themas in den Fokus rücken. Mit Blick auf Themenkarrieren wären bspw. Aufschlüsse denkbar, inwiefern Bedeutungsverschiebungen mit Veränderungen der fachöffentlichen Aufmerksamkeit einhergehen und inwiefern hier (kausale) Wirkungszusammenhänge vorliegen (vgl. Günzel et al. 2018). Diese Arbeit nimmt stattdessen die sozialen Mechanismen und Strukturen der wissenschaftlichen Gemeinschaft zum Ausgangspunkt für die Beschreibung und Erklärung von Themenkarrieren. Anstatt also Themenkarrieren aus den sich verändernden inhärenten Qualitäten eines Themas herleiten zu wollen, wird in dieser Arbeit danach gefragt, welche sozialen Prozesse dazu führen, dass die wissenschaftliche Community das Thema zu einem bestimmten Zeitpunkt auswählt, um es einer Themenkarriere auszusetzen (vgl. Ben-David und Collins 1966: 452). Bei aller Betonung des *Sozialen* kann und soll andererseits das *Inhaltliche* nicht im Sinne einer Black Box ausgeklammert werden, schließlich wirken sich epistemische Strukturen und Dynamiken auf die sozialen Prozesse aus, indem sie etwa Akteur*innen aktivieren oder Anlass für Kooperationen geben (Heidler 2011: 16–17).

An dieser Stelle sei auf das durch die DFG geförderte Forschungsprojekt „*Themenkarrieren in der Planungswissenschaft*“ (DFG Projektnummer: 249373398) hingewiesen, aus dem diese Arbeit hervorgeht. Dort wurde eine Verknüpfung der institutionalistischen mit der diskursiven Perspektive unternommen, sodass zum einen ein Phasenmodell mit den empirischen Erkenntnissen aus den beiden Perspektiven erstellt werden konnte und zum anderen untersucht wurde, inwiefern strukturelle Faktoren die inhaltliche Entwicklung eines Themas beeinflussen oder inwiefern umgekehrt durch Bedeutungsverschiebungen neue Akteur*innen benannt werden und der Zugang zu Fördermitteln verändert wird (vgl. Gravert et al. 2019).

Die hier eingenommene Perspektive grenzt sich von der häufig als *institutionalistische Wissenschaftssoziologie* bezeichneten präskriptiven Erforschung des idealtypischen wissenschaftlichen Ethos im Sinne des frühen Merton (1938a, 1938b, 1942) sowie der Entwicklung eines formellen Rahmens zur Optimierung wissenschaftlicher Praxis im Sinne der Effizienz- oder Innovationsförderung ab. Zwar hat die institutionalistische Wissenschaftssoziologie ihre Ursprünge in den Arbeiten Mertons, jedoch trat sein normativer Ansatz seit den Arbeiten Kuhns zugunsten einer deskriptiven und explanativen Orientierung in den Hintergrund. Insbesondere Whitley (1970) kritisierte in seinem Aufsatz „*Black Boxism and the Sociology of Science*“, dass die institutionalistische Wissenschaftssoziologie den tatsächlichen Entstehungsprozess wissenschaftlichen Wissens und die lokale Praxis der Forschenden völlig unberührt ließ (Hofmann und Hirschauer 2012:

87–88). In seiner Arbeit hebt er die Wechselwirkungen zwischen institutionellen Strukturen und wissenschaftlichem Wissen hervor und rückt dabei die strukturierende Funktion der Reputation in den Vordergrund. Whitleys (1984) Feststellung, die institutionellen Strukturen würden nicht nur das Tempo der wissenschaftlichen Entwicklung, sondern auch ihre Ausrichtung bestimmen, gilt als Ursprung und Leitlinie für das institutionalistische Programm der Wissenschaftssoziologie (Hasse 2012: 51).

Dem Programm der institutionalistischen Wissenschaftssoziologie folgend, werden in dieser Arbeit die tatsächlich handlungsleitenden, akteur*innenübergreifenden Regelungsstrukturen in den Blick genommen (und präskriptive Fragen außer Acht gelassen). Es wird davon ausgegangen, dass das Handeln von Akteur*innen immer eingebettet ist in Regel- bzw. Institutionensysteme. Institutionen können sowohl formell (bspw. Gesetze, Verträge) als auch informell (bspw. Verhaltenskodexe, Normen) sein, sichtbar (bspw. Absichtserklärungen) wie latent (implizite Erwartungshaltungen). Sie bestimmen Handlungsspielräume, schränken diese aber umgekehrt ein und belegen von der Norm abweichendes Verhalten mit Sanktionen. Demnach determinieren Institutionen das Akteur*innenhandeln nicht, sondern sie stimulieren, ermöglichen und limitieren es. Durch diese Lenkungswirkung des institutionellen Kontextes wird das Handeln von Akteur*innen für die anderen Interaktionsteilnehmer*innen erwartbar. Nicht nur schaffen Institutionen einen Handlungskontext, gleichzeitig produziert und reproduziert das durch sie beeinflusste soziale Handeln den institutionellen Kontext.

Auch Forschungsentscheidungen sind durch personenübergreifende, institutionelle Arrangements strukturiert. Gleichzeitig produzieren und reproduzieren alltägliche Forschungsentscheidungen die fachgemeinschaftliche Wissens- und Sozialstruktur, die den institutionellen Kontext für die Mitglieder der Fachgemeinschaft determiniert (siehe Kp. 5.3). Weil also auch die Wahl von Forschungsthemen und der themengebundene Einsatz wissenschaftlicher Ressourcen in den strukturellen Kontext eingebettet sind, werden dieser Kontext und dessen Wandel als Erklärungsmoment für die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft anvisiert.

1.4 Die Planungswissenschaft als Untersuchungsfeld

Die Planungswissenschaft erforscht räumliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie insbesondere deren Planung und Gestaltung. Sie ist in Forschung, Lehre und Wissenstransfer auf ein konkretes gesellschaftliches Handlungsfeld ausgerichtet – die Raumplanung bzw. die Planungspraxis (Levin-Keitel und Sonderrmann 2017: 3; Diller und Thaler 2017a: 58; Mackrodt und Lerch 2017: 21).

Analog zur Rechtswissenschaft (->Justiz) oder Sportwissenschaft (->Sport) stellt die Planungswissenschaft also die Reflexionstheorie der Planung dar und macht sich als solche die evaluativen Leitorientierungen als konstitutives Element der eigenen theoretischen Perspektive zu eigen (Schimank 2005a: 15). Dementsprechend legt die Planungswissenschaft einen Schwerpunkt auf das *engineering* praxistauglicher Planungsprozesse, -instrumente und -strukturen, die an aktuelle planerische Problemstellungen, Themen und Ideale wie bspw. *Nachhaltigkeit*, *Klimaanpassung* oder *Gleichwertige Lebensverhältnisse* anknüpfen (Hellmich et al. 2017: 8; Diller und Thaler 2017b: 58).

Sowohl als eigenständige wissenschaftliche Disziplin als auch als gesellschaftliches Handlungsfeld ist der Bereich der Raumplanung aufgrund der Raumbedeutsamkeit zahlreicher Politiken verschiedenster Ressorts kaum abgrenzbar. Im Gegensatz zu den sektoralen Fachplanungen wie bspw. Verkehrsplanung oder Wasserwirtschaft zeichnet sich die Raumplanung durch ihren integrativen Anspruch aus, das heißt durch ihre Funktion der überfachlichen Koordinierung von Nutzungsansprüchen an Räume (Danielzyk und Münter 2018; Feiertag 2018: 66; Fürst und Mäding 2011; Fürst 2010: 15). Ausgehend von einer technokratisch verstandenen Profession, die ganzheitliche, rationale Antworten und Handlungsanleitungen für vermeintlich lineare Planungsprozesse erarbeitet, hat sich die Planungswissenschaft zu einer interpretativ-kommunikativ orientierten Disziplin mit zunehmender Skepsis gegenüber synoptischen Planungsidealen entwickelt (Peters 2004: 5–7; Selle 2005).

1.4.1 Die Institutionalisierung der planungswissenschaftlichen Disziplin

Seit Mitte der 1960er Jahre ist die Planungswissenschaft im deutschsprachigen Raum zu einer relevanten wissenschaftlichen Disziplin gereift, die als solche an Universitäten und Fachhochschulen in Fakultäten, Lehrstühlen und Studiengängen formal institutionalisiert ist³ (Wiechmann 2019c: 2). Auch an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird Planungswissenschaft praktiziert, wobei insbesondere die fünf im „*Raumwissenschaftlichen Netzwerk (5R)*“

³ Als deutschsprachige Planungsschulen sind bspw. im Bundesfachschaftsrat für Raumplanung gegenwärtig die Fachschaften der folgenden Universitäten und Fachhochschulen organisiert: TU Berlin, BTU Cottbus-Senftenberg, TU Dortmund, FH Erfurt, HCU Hamburg, TU Kaiserslautern, Universität Kassel, HfWU Nürtingen-Geislingen, HSR Rapperswil, BU Weimar, TU Wien (bfsr 2020). An zahlreichen weiteren Universitäten und Fachhochschulen wird Raumplanung als Vertiefung angeboten.

verbundenen Forschungseinrichtungen über eine planungswissenschaftliche Ausrichtung verfügen⁴. Hinzu kommen die Einrichtungen der Ressortforschung, insbesondere das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Umweltbundesamt (UBA), die in der Planungswissenschaft eine vergleichsweise wichtige Rolle einnehmen (Feiertag 2018). Die institutionelle Anbindung an die genannten Organisationen ist kein Erfordernis für das Betreiben von Planungswissenschaft, was sich in den Fachbeiträgen von Forscher*innen anderer disziplinärer Zuordnungen sowie Akteur*innen der Planungspraxis zeigt.

Verglichen mit anderen Gesellschaftswissenschaften war die Planungswissenschaft in ihrer noch relativ jungen Disziplinhistorie zurückhaltend mit der Verständigung über sich selbst. Eine über Jubiläumsvorträge und Diskussionsrunden hinausgehende, mehrere planungswissenschaftliche Einrichtungen umspannende Selbstreflexion ist schwer zu finden. Eine disziplinpolitische Vertretung nach außen wurde bislang kaum wahrgenommen (Wiechmann 2020: o. S.). Als Dachorganisation der Planungsschulen fungiert auf europäischer Ebene die „*Association of European Schools of Planning (AESOP)*“. In Deutschland ist die „*Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL)*“ eine wichtige Plattform und Akteurin zur Förderung disziplinärer Kommunikation. Sie setzt sich aus einem Netzwerk ehrenamtlich tätiger Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen einschließlich ihrer gewählten Mitglieder zusammen. Charakteristisch ist ihre transdisziplinäre, anwendungsorientierte Ausrichtung als Mittlerin zwischen Wissenschaft und Praxis, die sich in zielgruppenspezifischen Veröffentlichungs-, Beratungs- und Veranstaltungsformaten niederschlägt (Blotvogel und Wiegand 2015). Eine ähnliche Funktion nimmt die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) ein. Als disziplinäre Konferenzen sind im deutschsprachigen Raum der jährliche ARL-Kongress sowie die alle zwei Jahre stattfindende „*Dortmunder Konferenz*“ zu nennen, die aber innerhalb ihrer Disziplin nicht die gleiche Breitenwirkung entfalten, wie bspw. die soziologischen oder geografischen Kongresse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bzw. der Deutschen Gesellschaft für Geographie.

Zwar gibt es disziplinspezifische Lehrbücher und Fachzeitschriften, bislang jedoch keinen etablierten Kanon planungstheoretischer Literatur (Wiechmann 2018: 1781). Insbesondere angesichts der Vielfältigkeit und Tiefe interdisziplinärer Anknüpfungspunkte – etwa zur Geografie, Ökonomie oder Soziologie – tritt

⁴ Die fünf Einrichtungen des Raumwissenschaftlichen Netzwerks 5R sind: Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL), Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS), Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS).

innerhalb der Disziplin vermehrt die Frage nach ihrer Eigenständigkeit auf. Auch ihr „*traditionell eher geringes Interesse an Theorie*“ trägt ihr mitunter den Vorwurf des Eklektizismus oder auch der mangelnden eigenen Paradigmatisierung ein (ebd.: 1772). Nicht zuletzt in ihrer ausgeprägten Anwendungsorientierung und der damit verbundenen „*Ankettung*“ an öffentliche und politische Problemwahrnehmungen wird eine der wesentlichen Ursachen für die „*Disparatheit*“ und „*Theorielosigkeit*“ der Disziplin gesehen (Häußermann und Siebel 1978: 485; Diller und Thaler 2017b). Weder über die relevanten Denkschulen noch über den Gegenstandsbereich der Planung gibt es einen disziplinären Konsens (Wiechmann 2018: 1772). Reader zur Planungstheorie waren bis vor kurzem nur in englischer Sprache verfügbar und auch diese waren eher Ausdruck der Diversität als der Konvergenz planungswissenschaftlicher Selbstverständnisse (Wiechmann 2019d, 2018: 1781). Inwiefern aktuelle Vorstöße, wie bspw. die „*ARL Reader Planungstheorie*“ (Wiechmann 2019a, 2019b), eine kohäsive Wirkung für die Disziplin entfalten können, wird sich erst in Zukunft zeigen.

1.4.2 Das Verhältnis der Planungswissenschaft zur Planungspraxis

Die Planungswissenschaft ist nicht nur inter-, sondern auch transdisziplinär angelegt. Auf vielfältige und umfassende Weise ist sie mit der Planungspraxis verwoben, was letztere zu einem wichtigen Bestandteil des institutionellen Kontextes von Planungswissenschaftler*innen macht. Das Handlungsfeld der Planungspraxis umfasst in einem breiten Verständnis die Gesamtheit der Handlungen, „*die auf zukünftige räumliche Entwicklungen gerichtet sind und die Gestaltung und Nutzung von Räumen steuernd beeinflussen*“ (Lamker et al. 2017: 10). Planungspraxis geht demnach über das politisch-administrative System der Stadt- und Raumplanung hinaus und wird als Arena betrachtet, in der Akteur*innen unterschiedlicher institutioneller Hintergründe in verschiedenen Konstellationen die Raumplanung und -entwicklung verhandeln (Gravert et al. 2020; Mackrodt und Lerch 2017: 21–28). Neben Akteur*innen aus Politik und Verwaltung sind dies insbesondere Träger*innen öffentlicher Belange, private Planungsbüros, Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft (Levin-Keitel und Sondermann 2017: 1).

Charakteristisch für die Planungswissenschaft ist ihre Anwendungsorientierung. Die Auseinandersetzung mit raumwirksamen, gesellschaftlichen Entwicklungen – etwa in den Bereichen Demografie, Mobilität oder Arbeitsmarkt – ist eine ihrer zentralen Aufgaben. Diese Entwicklungen ergeben sich unter anderem

aus technologischen Errungenschaften, politischen Entscheidungen oder gerichtlichen Verfügungen. Auch die Institutionen der Planung – von Gesetzen über Leitbilder bis hin zu Werten und Normen – unterliegen angesichts der sich verändernden Rahmenbedingungen einer ständigen Aktualisierung. Die Planungswissenschaft verfolgt mithin einen Forschungsgegenstand im Wandel, weshalb ihr, analog zur Soziologie, „*ewige Jugendlichkeit*“ attestiert werden kann. So konstatiert Siebel (2013: 148) zur Soziologie:

„Anders als in den Naturwissenschaften kann Soziologie nicht hoffen, ihrem Gegenstand in geduldiger Forschungsarbeit allmählich näher zu kommen. Sie kann froh sein, wenn der Abstand nicht größer wird, und dazu muss sie ihre Fragestellungen, ihre Begriffe und Erklärungen laufend ändern.“

Einhergehend mit gesellschaftlichen und planerischen Transformationen verändern sich nicht nur raumbezogene Planungsaufgaben und die Bedingungen, unter denen diese Aufgaben bewältigt werden müssen (Kilper 2018: 1946). Ebenso wandeln sich theoretische Prämissen, Fragestellungen und Methoden sowie letztlich auch Wahrnehmungen, Perspektiven und Relevanzkriterien innerhalb der Planungswissenschaft.

Diese Nähe zum Forschungsgegenstand wird noch verstärkt durch die verhältnismäßig ausgeprägte präskriptive und normative Ausrichtung der Planungswissenschaft (Wiechmann 2008: 10; Peer und Sondermann 2016: 34). Gemäß Wiechmann (2008: 10) fragt sie traditionell eher danach, wie *geplant werden soll*, als danach, wie *tatsächlich geplant wird*. Dabei rücken immer wieder Wertentscheidungen in den Fokus – bspw. ‚*Was ist schön?*‘, ‚*Was ist gerecht?*‘, ‚*Was ist nachhaltig?*‘. Diese Fragen lassen sich nicht in disziplinärer Isolation diskutieren. Die planungswissenschaftliche Orientierung am Gemeinwohl setzt ein Verständnis aktueller gesellschaftlicher Bewertungsmaßstäbe voraus. Nicht nur ihre Forschungsgegenstände kann die Planungswissenschaft also kaum autonom auswählen. Auch die Bewertung empirischer Befunde oder die Entwicklung von Handlungsoptionen ist stets vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Diskurses zu sehen.

Die Ausbildung von Planungspraktiker*innen ist eine weitere zentrale Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Praxis. An Universitäten und Fachhochschulen vermitteln Planungswissenschaftler*innen Wissen, Fähigkeiten und normative Orientierungen an zukünftige Planungspraktiker*innen. Die starke Nachfrage in der Planungspraxis nach Absolvent*innen der Planungsfakultäten zeigt, wie praxisrelevant diese Kompetenzen sind. Nicht nur in der Berufsausübung, sondern auch im Rahmen der gesellschaftlichen Teilhabe finden die universitär

vermittelten Kompetenzen und Bewertungsmaßstäbe der Absolvent*innen ihren Niederschlag.

Die nur an wenigen Standorten angesiedelte universitäre Ausbildung ist auf ein relativ eng abgegrenztes Berufsfeld ausgerichtet. Daraus ergibt sich, dass ein hoher Anteil der Akteur*innen aus der Planungswissenschaft mit jenen aus der Praxis persönliche Beziehungen unterhält. Verglichen mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen ist das Netzwerk der Planungswissenschaft daher relativ eng mit jenem der Praxis verwoben. Planungswissenschaftler*innen sind aber nicht nur im Rahmen von persönlichen Bekanntschaften, formellen Netzwerken, Kooperationen oder Austauschgeschäften eng mit Akteur*innen der Praxis verknüpft. Oft sind Wissenschaft und Praxis in einer Person vereint, beispielsweise durch das parallele Innehaben eines Lehrstuhls und eines Planungsbüros.

Nicht zuletzt die gegenseitige Vermittlung und gemeinsame Produktion von Wissen verknüpft Wissenschaft und Praxis. Planungsforschung – von Bestandsaufnahmen über die Entwicklung und Implementierung von Ideen bis hin zu Wirkungsanalysen – findet schließlich nicht im Labor statt, sondern „*in der Regel in Städten und Regionen unter Beteiligung lokaler Akteure*“ (Zimmermann 2017: 27; Pahl-Weber 2011: 405–406). Forschende benötigen Praxiswissen und sind diesbezüglich auf die Informationen von Praktiker*innen sowie gegebenenfalls eigene Praxiserfahrungen angewiesen. Umgekehrt wird planungswissenschaftliches Wissen – beispielsweise zu möglichen Trends der Raumentwicklung und zukünftigen Herausforderungen – als Entscheidungsgrundlage sowie als Legitimationsressource seitens der Praxis nachgefragt. So treten Planungswissenschaftler*innen immer wieder als Expert*innen in der Praxis auf – beispielsweise im Zuge systematischer Evaluierungen, Strategieentwicklungen oder städtebaulichen Wettbewerben. Bei derartigen Dienstleistungen müssen sich Wissenschaftler*innen nicht nur an den disziplinären Qualitätskriterien orientieren. Stattdessen ist insbesondere auch die gesellschaftliche Relevanz und Nützlichkeit von Wissensbeständen zu bemessen, um angesichts mehrerer möglicher Interpretationen oder Optionen Urteilssicherheit herstellen zu können (Weingart et al. 2015: 45–46).

Eine zentrale Kopplung zwischen Wissenschaft und Praxis ergibt sich aus der zweckgebundenen Allokation finanzieller Ressourcen. Insbesondere im Rahmen von Auftragsforschungen, politisch beeinflusster Mittelvergabe oder Ressortforschung modifizieren Politik, Verwaltung oder Wirtschaft die planungswissenschaftliche Wissensproduktion auf der Basis ihrer jeweiligen Relevanzkriterien. In der Planungswissenschaft haben politische Fördermittelgeber*innen (insb. BMI, BMBF, BMU, Landesministerien) und die Ressortforschung eine verhältnismäßig hohe Bedeutung (für die Rolle der Ressortforschung und insb. des BBSR siehe Feiertag 2018 und Wissenschaftsrat 2017). Ihre Einflussnahme erhöht

die Ressourcen der Planungswissenschaft signifikant, verringert aber gleichzeitig die Autonomie der Disziplin in der Frage, welche Fachbereiche und welche Forschungsfragen Priorität erhalten. Auf Seiten der Planungspraxis ist die Mittelvergabe mit konkreten Nutzenerwartungen verknüpft. Der inhaltliche Fokus der Planungswissenschaft soll vorübergehend modifiziert werden, damit eine bestimmte Leistung erbracht wird – beispielsweise die Analyse, Bewertung und Lösung eines gesellschaftlichen Problems. Den Forschungsbedarf formulieren teilweise Expert*innengremien mit planungswissenschaftlicher Beteiligung. Oftmals ergeben sich die Verteilungsentscheidungen aber auch vollkommen unabhängig von Erkenntnissen und Prioritäten der Wissenschaft – beispielsweise im Zuge von Regierungswechseln, Gesetzesänderungen oder der veränderten öffentlichen Wahrnehmung von Problemen.

1.4.3 Planungswissenschaftliche Vorarbeiten zur Entstehung von Themen⁵

Zwar hat sich die Planungswissenschaft bislang kaum systematisch mit Themenkarrieren befasst, es gibt aber dennoch zahlreiche planungswissenschaftliche Studien, die als Anknüpfungspunkte für diese Untersuchung dienen können. So ist die Verhandlung von Begriffen, Trends, Priorisierungen, Transformationen und Innovationen immer wieder Gegenstand von Diskussionen, wobei allerdings der Fokus fast ausnahmslos auf die Raumplanung als politisches Handlungsfeld gelegt wird, während Thematisierungsprozesse innerhalb der Wissenschaft kaum eine Rolle spielen. Nebeneinander betrachtet decken die Studien ein Spektrum ab, das von reinen Inhaltsanalysen mit einem Fokus auf Begriffe und Bedeutungen, über diskursanalytische Ansätze mit einem Fokus auf die Konstruktion und die transformative Kraft bestimmter Konzepte, bis hin zu Arbeiten mit einem Fokus auf Planungsprozesse und -strukturen als Kontext für das Entstehen von Strategien, Innovationen oder Themen reicht.

Einen Fokus auf Sinnzusammenhänge leisten eine Reihe inhalts- und diskursanalytischer Forschungsansätze. Sie wurden insbesondere seit der kommunikativen Wende verfolgt, im Zuge derer die planungstheoretische Anerkennung der sozialen Konstruktion von Wissen Einzug in die Planungswissenschaft erhielt

⁵ Der Abschnitt 1.4.3 baut auf einem unveröffentlichten Abschnitt des von Thorsten Wiechmann, Anne Volkmann, Marian Günzel und Andreas Gravert entwickelten Forschungsantrags für das oben genannte DFG-Projekt (Nr. 249373398) auf. Einige Textpassagen wurden hier übernommen, neu arrangiert, umformuliert und um neue Inhalte ergänzt.

(vgl. Healey 1992, 1996; Fischer und Forester 1993; Fürst 1996). Einige dieser Forschungsansätze untersuchen Sinnzusammenhänge weniger im Hinblick auf ihren diskursiven Herstellungskontext, sondern stärker hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bezüge. So wird bspw. von Siebel (2000, 2004) und Schubert (2001) eine Auseinandersetzung mit der *Europäischen Stadt* vorgenommen. Schubert verfolgt dabei das Ziel, die vielfältige, normative und teilweise widersprüchliche Verwendung des Begriffs der *Europäischen Stadt* und des damit bezeichneten Konzeptes zu dekonstruieren. Roskamm (2011) untersucht den Begriff der *Dichte*, der für die Stadtentwicklung eine wesentliche Orientierungsgröße sei, hinsichtlich seiner Bezüge zu anderen Themenkomplexen wie bspw. *Gesellschaft* oder *Raum*. Selle (2018) befasst sich mit dem Begriff der *Urbanität*, der eine Art „*Leerform*“ darstelle, „in die – je nach Zeitgeist und individuellen Vorlieben – unterschiedlichste bauliche und/oder soziale Inhalte eingepasst werden“ (ebd.: 36). Diese „*Verwendungsbefähigkeit*“ sei jedoch kein Alleinstellungsmerkmal, stattdessen wimmle es in der Planung von solchen „*anscheinend beliebig interpretierbaren Begriffen*“ (ebd.). Trotz augenscheinlich unterschiedlicher Erkenntnisinteressen und Forschungsdesigns ist den genannten Arbeiten die Dekonstruktion von Sinnzusammenhängen gemein. Die strukturellen Bedingungen für die Bedeutungsentwicklung in der Raumplanung werden dabei meist – implizit oder explizit – als gegeben vorausgesetzt und stehen nicht im Zentrum der Auseinandersetzungen.

Weitere Arbeiten sind stärker in der Tradition Michel Foucaults verortet und legen den Fokus auf den diskursiven Herstellungskontext für bestimmte Sinnzusammenhänge in der Planung. Dies leisten Hesse und Kaltenbrunner (2005) zum Begriff der *Zersiedlung* sowie Nuissl und Heinrichs (2011) zu dem der *Governance* in der Raumplanung. Schmitt (2007) und Wiechmann (2009) untersuchen die Diskursgeschichte von *Metropolregionen*, Sharp und Richardson (2001) operationalisieren die diskurstheoretischen Ansätze Foucaults für ihre Analyse der *Transeuropäischen Netze* und des Begriffs der *Nachhaltigkeit*. Rydin (1997) konzentriert ihre Untersuchungen auf die diskursiven Konzeptionen *Nachhaltiger Stadtentwicklung* und Healey (1999) setzt sich mit den Diskursen um die ökonomische Entwicklung und Leistungsfähigkeit im Kontext der Raumplanung auseinander.

Unter anderem die seit den 1990er Jahren verstärkter geführten Diskurse um das Thema *Nachhaltigkeit* haben zu einer Reihe von Studien geführt, die sich mit der Rolle von Schlüsselbegriffen und idealisierten Konzepten in Politikprozessen auseinandersetzen (bspw. Davidson 2010; Gunder und Hillier 2009; Roo und Porter 2007). So stellen Porter und Roo (2007) fest, dass gewisse Schlüsselbegriffe der Planung, wie bspw. *Kompakte Stadt* oder *Nachhaltigkeit*, durch ihre Unschärfe

und Inkonsistenz („fuzzyness“) im Planungsprozess zu Unsicherheiten führten, die jedoch als solche nicht unbedingt wahrgenommen würden. Während sich alle beteiligten Akteur*innen meist problemlos auf das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung einigen könnten, seien die in diesem Namen verfolgten Strategien und Handlungen oft zuwiderlaufend. Der Planungsprozess könne, ohne dass es den Akteur*innen bewusst sei, durch die verschiedenen Deutungen verfälscht werden und zu unbefriedigenden oder gar kontraproduktiven Ergebnissen führen. Healey (2007: 22–38) schreibt der Idee der Nachhaltigkeit dennoch eine transformative Kraft zu:

„There can be no doubt of the innovative and transformative potential of ‚sustainability‘ discourses. The notion has the rhetorical power to break up established frames of reference and policy trajectories, bringing in new ideas and new actors. But its power is also its weakness. As a rhetorical device, the term ‚sustainability‘ has a fluidity of meaning. As a broad banner behind which many new voices can march into the citadels of government policy-making, this fluidity or fuzziness has a positive benefit. But this power becomes a weakness when the storming of the citadel has been successful, whereupon demands are made to translate the concept into specific measures. The guardians of the citadel, having failed to keep out the insurgents, may then pacify them by channeling their efforts into routines of policy specification and control.“ (Healey 2007: 24)

Die Fluidität und das integrative Potenzial der Nachhaltigkeitsidee seien also zunächst Voraussetzung für die Gewinnung von Mitstreitenden. Oft durchlebe das neue Konzept dann eine Veränderung, „in order to force a match with the prevailing institutional setting“ (Porter und Roo 2007: 13). Dies reduziere aber gleichzeitig die Schlagkraft des Konzeptes für die tatsächliche Transformation politischer Programme.

An diesem Punkt setzt Gunder an, der allerdings dem Begriff *sustainability* (2006) sowie auch dem Begriff *multi-culturalism* (2005) die systemverändernde Wirkung weitestgehend abspricht. Er beschreibt sie als leere Signifikanten (Laclau 2005), die ab einem gewissen Zeitpunkt von dem dominanten kulturellen Imperativ des Wirtschaftswachstums vereinnahmt worden seien. Er argumentiert, die Vorläufer der Konzepte seien eine unzusammenhängende Mischung aus Diskursen, wissenschaftlichen Fakten, Praktiken und Interessen gewesen, die erst nach einer gewissen Zeit unter dem jeweiligen Überbegriff vereint worden seien. Ihr anschließender Aufstieg hin zu „*universalising transcendental ideals of western planning practice*“ hänge unweigerlich mit ihrer Vereinnahmung durch die hegemoniale Planungsagenda – neoliberale Globalisierung – zusammen (Gunder 2011: 210; Gunder 2010). Davidson (2010) baut auf den Arbeiten Gunders

auf und legt dar, wie das vereinende Ziel der Nachhaltigkeit Akteur*innen in der Praxis ermögliche, mit Enthusiasmus über ihr Engagement und die positive Transformation zu sprechen, während sie an anderer Stelle selbst einräumten, letztlich nur zur Fortsetzung und Legitimierung des Status quo beizutragen (Davidson 2010: 402; Brown 2016: 127). Gunder kommt angesichts dieser Diagnosen zu dem Schluss, die Rolle der Planer*innen und Planungswissenschaftler*innen im Umgang mit solchen Ideologien müsse hinterfragt und diese Reflexion zum Bestandteil des Planungsstudiums gemacht werden:

„[...] students also should develop the ability in ideological deconstruction to recognize how discourses comprising what good planners are supposed to support and encourage, such as sustainability, can be twisted and manipulated to other ends. Unfortunately, this also requires students and their academic mentors to reflect critically on how their discourses, although enhancing the authority of the discipline, also can impose pernicious effects of injustice on those that are planned within society as well as adversely effect the environment.“ (Gunder 2006: 218)

Im Nachgang der kommunikativen Wende gab es zudem eine Reihe planungstheoretischer Vorstöße, die sich am Pragmatismus orientieren (vgl. Flyvbjerg 1998, 2000; Flyvbjerg und Richardson 2002; Reuter 2000). Mit Blick auf die im Planungsprozess entstehenden Sinnzusammenhänge und die daraus resultierenden Planungsentscheidungen wollen sie die zugrundeliegenden (nicht zu antizipierenden) Machtstrukturen im Kommunikationsprozess aufdecken. Sie verstehen Planung explizit als einen politischen Prozess, in dem Akteur*innen durch eine machtbasierte Beeinflussung des Diskurses bestimmte Deutungen und damit im Resultat auch Ergebnisse produzierten.

Weitere Vorstöße aus der Planungswissenschaft, die ebenfalls versuchen inhaltliche Sinnzusammenhänge im Lichte des strukturellen Kontextes zu dekonstruieren, setzen sich mit „*Evidence Based Planning*“ (Faludi und Waterhout 2006) und dem diesem zugrunde liegenden Politikverständnis auseinander. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Legitimationsdrucks in der Raumplanung gäbe es eine immer stärkere Orientierung der Planungspolitik an vermeintlich gesichertem Wissen, um den Programmen und Politiken Legitimation zu verschaffen (Davoudi 2006). Das Vorhandensein eindeutiger Fakten und Handlungserfordernisse als Grundlage für Planungsprozesse sei jedoch in Frage zu stellen, so dass das Wissen selbst zum Problem werde und das Verständnis der diskursiven Herstellung und Wirkung von Wissen in den Fokus gelange (Zimmermann 2010: 116). Die Analyseansätze widmen sich deshalb der Frage, welche Rollen Evidenz und Expert*innen tatsächlich in den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen spielten und in welchem Verhältnis diese zu strukturellen

Aspekten und Akteur*innen stünden. Faludi und Waterhout (2006) beschreiben diesen Ansatz als einen zwischen den traditionell substantiellen und prozeduralen Planungstheorien verorteten Versuch, Planung eine Legitimation durch Evaluation in Bezug auf ihre inhaltlichen Grundlagen und die Planungsprozesse zu verleihen. Beispielhaft ist hier die Studie von Aring und Sinz (2006) zu nennen, die den Prozess der Leitbildentwicklung in der deutschen Raumordnung zwischen 2003 und 2006 nachzeichnen.

Die Diskussion um die Bedeutung von Wissen in Planungsprozessen wird in den Studien zur Politikberatung im Feld der Raumplanung aufgegriffen und weitergeführt. Hierbei werden insbesondere die Handlungslogiken und Rollen bestimmter Akteur*innen (insb. Staat, Wissenschaft sowie an der Schnittstelle verortete Organisationsformen) untersucht (bspw. Zimmermann 2010, 2017; Pahl-Weber 2011; Feiertag 2018). Von dieser Perspektive ausgehend vollziehen Zimmermann et al. (2015) die Veränderungen nach, die durch das Thema *Klimawandel* in der Stadtverwaltung dreier deutscher Großstädte ausgelöst wurden, und betonen dabei die Rolle neuer Akteur*innen und organisationaler Arrangements sowie der mit ihnen verbundenen wettstreitenden Epistemologien.

Barbehön et al. (2015) sowie Diller und Oberding (2017) befassen sich mit der Rolle der (kollektiven) Problemwahrnehmung und -formulierung in Planungsprozessen und beziehen sich dabei einerseits auf Rittel (1992) sowie andererseits auf Schönwandt et al. (2006; 2013) und Schönwandt (2011). Demzufolge gäbe es in der Planung keine eindeutigen, gutartigen, „*zahmen*“ Probleme („*tame problems*“), sondern primär einzigartige, komplexe, „*bösartige*“ Probleme („*wicked problems*“) (Rittel und Webber 1973). Anstatt diese abschließend zu lösen, könnten sie bestenfalls mit einem *Lösungsbeschluss* versehen werden. Ob die Problembearbeitung eingestellt werde, hänge nicht von dem Problem, sondern von der Erschöpfung der für die Bearbeitung benötigten Ressourcen ab. Die Fähigkeit, Probleme zu formulieren, sei zudem durch die Verfügbarkeit bereits denkbarer Lösungsansätze determiniert. Problemlösung folge also nicht auf Problemformulierung, stattdessen werde beides stets gleichzeitig gedacht. Hierin wird die Ursache für falsche oder fehlende Problemwahrnehmungen gesehen: Zum Problem werde nur erhoben, was durch erprobte Theorien und Methoden, Maßnahmen und Strategien lösbar erscheine (Diller und Oberding 2017: 56–58; Schönwandt 2011: 297). Aus der sozialkonstruktivistischen Sichtweise auf den bislang überwiegend negativ konnotierten Problembegriff lasse sich zudem eine „*normative Wende*“ zugunsten eines positiveren Verständnisses ableiten: So seien Probleme Ergebnis einer „*grundsätzlich erwünschten kollektiven Aktivität der Problemkonstruktion*“, die geteilte Sinnhorizonte schaffe, selbst wenn die Probleme nicht gelöst würden (Diller und Oberding 2017: 60–61; Barbehön et al. 2015: 27,

30). Auf der Grundlage politikwissenschaftlicher Theorien identifizieren Diller und Oberding (2017: 59–60) darüber hinaus drei Faktoren, die beeinflussen, ob ein Thema auf die Agenda gelange: (1.) das Thema selbst: Seine Eindeutigkeit, das Ausmaß der Betroffenheit, „*die Komplexität, die Relevanz, Dringlichkeit und ggf. Krisenbehaftetheit, der Neuigkeitswert und die symbolische Bedeutung*“, (2.) die Akteur*innenkonstellation: „*Organisation des Fachdiskurses und der Kampagnenfähigkeit von Interessengruppen, Macht, Ressourcen, Ownership für das Thema und rhetorische Strategien*“ und (3.) die Übereinstimmung der politischen Sichtweise mit der öffentlichen Meinung und das Vorhandensein einer politischen Lösung des Problems.

Ansätze der strategischen Planung und der Innovationsforschung beschäftigen sich mit der Frage, wie institutionelle und prozedurale Rahmenbedingungen auf Planungsprozesse und Planungsinhalte wirken. Von besonderem Interesse ist jeweils, wie Neuerungen Einzug in die Planung halten bzw. wie sich Strategien herausbilden. Eine theoretische Reflexion von Strategiebildungsprozessen, wie sie von Wiechmann (2008) sowie Wiechmann und Hutter (2008, 2010) vorgenommen wird, erforscht die Muster und Prozesse, die zur Herausbildung neuer Strategien führen. Sie stellen fest, dass sich Strategien in der Planung vielmehr selbst herausbildeten und Ergebnisse nicht intendierter Lernprozesse seien, als dass sie absichtsvoll gestaltet und plangemäß umgesetzt würden. Keller et al. (1998) unterscheiden mit einem ähnlichen Fokus zwischen Veränderungen im Planungsverständnis, die im gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umfeld der Planung ihren Ursprung haben, und solchen, die aus Lernprozessen innerhalb des Planungsbereichs selbst resultieren.

Ibert (2003) überträgt den in der Ökonomie geprägten Innovationsbegriff in die räumliche Planung und interpretiert die strategische Organisation von sozialen Innovationen als eine neue Aufgabe der Planung. Das DFG-Forschungsprojekt „*Innovationen in der Planung: Wie kommt Neuartiges in die räumliche Planung?*“ (Projektnummer: 231764123) schließt an dieses Verständnis an und betrachtet „*proaktive und intendierte Veränderungen aus der Mitte der Profession oder des Politikfeldes*“ (Ibert et al. 2015: 172). Dabei werden anhand von vier Fallbeispielen interessante Aufschlüsse über die Generierung und Institutionalisierung neuer Ideen offengelegt (Zupan 2015, 2017; Honeck 2015; Füg 2015; Koczy 2015; Ibert et al. 2018; Christmann et al. 2018). Christmann et al. (2020: 501) identifizieren schließlich fünf Phasen einer sozialen Innovation in der Planung:

- „*incubating*“: Vorherrschende Deutungsmuster geraten in die Kritik und die Zeit scheint reif für eine Veränderung. Zwar sind einzelne Bestandteile der Innovation bereits identifiziert worden, deren Verschmelzung zu *einer* Innovation steht aber noch aus.

- „*generating*“: Die Innovation wird erstmals formuliert und dort implementiert, wo die Voraussetzungen günstig sind.
- „*formatting*“: Die Innovation diffundiert, wobei sich bestimmte Elemente als besonders anschlussfähig und praxistauglich erweisen, während andere aufgegeben werden.
- „*stabilizing*“: Die Idee ist weitverbreitet und der Fokus verschiebt sich von der allgemeinen Innovation auf lokale Spezifika und deren Handhabung. Häufig findet eine weitere Konsolidierung auf die Schlüsselemente der Innovation statt, die essentiell für die alltägliche Praxis unter Normalbedingungen sind.
- „*adjusting*“: Die Innovation ist etabliert und verliert ihren ursprünglichen „*Reiz des Neuen*“. Die Restriktionen der Innovation werden unübersehbar und einige beteiligte Akteur*innen stehen ihr zunehmend kritisch gegenüber.

Den bislang genannten Ansätzen ist gemein, dass sie den Fokus auf die Planungspraxis legen, während die Planungswissenschaft, sofern sie überhaupt Erwähnung findet, als eine von vielen Akteur*innen im Agenda Setting-Prozess umrissen wird. Innerdisziplinäre Thematisierungsprozesse werden dabei allerdings kaum erörtert. In diese Lücke stößt beispielsweise Roth (2015), die die Diffusion des *Schrumpfungs-* bzw. *shrinkage*-Begriffs ausgehend von dessen Etablierung im (ost-)deutschen Diskurs in die englischsprachige wissenschaftliche Literatur untersucht. Als wegweisend ist ein Vorstoß von Hesse (2010) zu nennen, der im Rahmen einer thematischen Empfehlung an die ARL Themenkarrieren in der Planungswissenschaft anhand von zwei Fallbeispielen untersucht hat: erstens anhand der Themenwahl der wissenschaftlichen Plenarsitzungen der ARL und zweitens anhand des Themas *Metropolregionen*. In beiden Fallbeispielen sei der planungswissenschaftliche Diskurs wesentlich durch wissenschaftsexterne Faktoren bestimmt worden. Hesse regt deshalb eine weiterführende Diskussion der Entstehungsbedingungen, der gesellschaftlichen Kontexte und der diskursiven Frames planungspraktischer und planungswissenschaftlicher Themen an. Diese würde zum einen die „*Themenrelevanz auf den Prüfstand stellen*“, zum anderen aber auch die soziale Konstruktion dieser Relevanz sichtbar machen (ebd.: 8). Dieser Ansatz, einschließlich der bereits grob umrissenen Verknüpfung von wissenschafts- und kommunikationssoziologischen Ansätzen zur Bereicherung der Planungstheorie, wird mit dieser Arbeit systematisch weitergeführt.

Als letztes seien die Arbeiten genannt, die im Rahmen des DFG-Projekts „*Themenkarrieren in der Planungswissenschaft*“ entstanden sind, das den Kontext für diese Arbeit darstellt. Hierzu gehören zum einen die Arbeiten, die über eine reine Meta-Perspektive auf die beiden untersuchten Themenkarrieren *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* hinausgehen und sich als Beiträge verschiedener

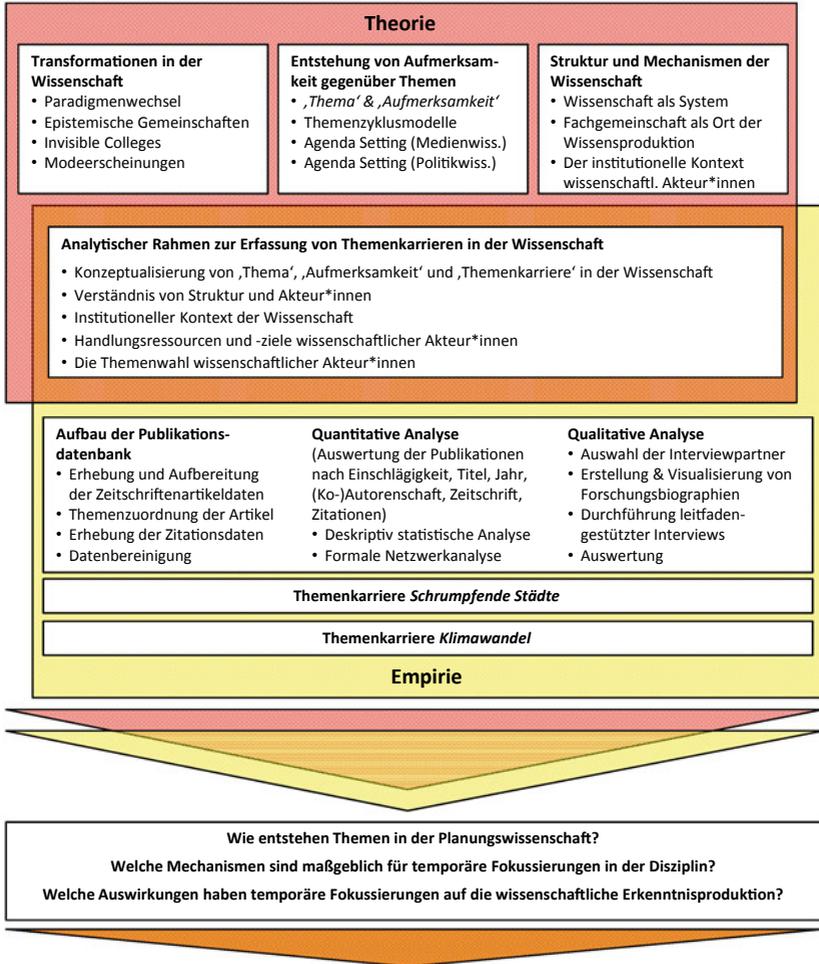
Teildiskurse in diese einfügen (bspw. Wiechmann 2015b, 2015a; Wiechmann und Bontje 2015; Schulze Dieckhoff et al. 2018). Hinzu kommen Arbeiten mit einem Schwerpunkt auf die Konstruktion und Transformation inhaltlicher Bedeutungszusammenhänge im Zuge einer Themenkarriere (insb. Günzel et al. 2018; siehe auch Günzel 2016a, 2016b). Insbesondere zu nennen sind die Beiträge, die ihren Fokus auf Strukturen und Akteur*innen legen und jeweils zentrale Aspekte der hier vorliegenden Arbeit aufgreifen. So werden planungswissenschaftliche Themenkarrieren aus dem Blickwinkel von Agenda Setting-Theorien untersucht (Gravert et al. 2013), mit Hilfe von kommunikationssoziologischen Ansätzen analysiert (Gravert et al. 2019) und vor dem Hintergrund des Verhältnisses zwischen Planungswissenschaft und -praxis betrachtet (Gravert et al. 2020).

1.5 Vorgehen und Aufbau der Arbeit

Grundlegend für das Forschungsvorhaben sind drei Theoriestränge: (1.) Theorien und Modelle zur Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft, (2.) Ansätze zur Entwicklung von Aufmerksamkeit für Themen in Politik, Medien und Öffentlichkeit und (3.) der institutionelle Kontext des Wissenschaftssystems. Der analytische Bezugsrahmen verknüpft, bündelt und fokussiert diese theoretischen Erkenntnisse und leitet die anschließende empirische Untersuchung an. Auf Basis der vergleichenden Analyse zweier Fallbeispiele wird schließlich die Forschungsfrage ‚*Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?*‘ beantwortet (siehe Abb. 1.1).

Im ersten Theoriekapitel (Kp. 2) werden bereits bestehende Theorien und Modelle aus der Wissenschaftssoziologie zur Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft systematisiert, erläutert und es wird diskutiert, inwieweit diese Ansätze zur Beantwortung der vorliegenden Forschungsfrage nutzbar gemacht werden können. Die Ansätze verbindet, dass sie soziale und inhaltliche Transformationen in der Wissenschaft untersuchen (*Explanandum*) und dass sie das soziale Handeln der Wissenschaftler*innen für die Beschreibung und Erklärung in den Vordergrund stellen (*Explanans*). In diesem Rahmen betrachten sie allerdings jeweils spezifische Phänomene: Wissenschaftliche Revolutionen, Denkkollektive, Epistemische Gemeinschaften, *invisible colleges*, *theory groups* und Modeerscheinungen. Der im Rahmen dieser Arbeit gewählte Forschungsgegenstand – Themenkarrieren – wurde bislang nicht wissenschaftssoziologisch betrachtet. Dennoch legen die diskutierten Ansätze Faktoren, Mechanismen und Strukturen offen, die zu dem anvisierten Verständnis von Themenkarrieren in der Wissenschaft beitragen.

Frage: Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?



– Diskussion & Ausblick –

Abb. 1.1 Erkenntnisleitende Struktur der Arbeit (*Eigene Darstellung*)

Leitend für das zweite Theoriekapitel (Kp. 3) ist die Frage, was Themen sind und wie Themen entstehen. Weil die Wissenschaftssoziologie diese spezifischen Fragestellungen für ihr Feld noch nicht verfolgt hat, werden nun jene Disziplinen bemüht, die zu ihrer Beantwortung bereits auf elaborierte Forschungstraditionen verweisen können: Die Medien- und Kommunikationssoziologie sowie die Politikwissenschaft. Sie verfügen über eine große Bandbreite von Konzepten und Erklärungen zur Entstehung von Themen, die sich unter anderem aus der Unterschiedlichkeit der disziplinären Sichtweisen und Forschungsinteressen sowie aus der Betrachtung verschiedener Gesellschaftsbereiche – primär Politik, Medien und/oder Öffentlichkeit – ergibt. Zunächst werden in Kapitel 3 die Begriffe *Thema* und *Aufmerksamkeit* konzeptualisiert. Es folgt die Erläuterung von Themenzyklusmodellen, für die insbesondere die „*Themenkarriere*“ nach Luhmann sowie der „*issue-attention cycle*“ nach Downs grundlegend sind. Anschließend werden die Agenda Setting-Theorien der Medien- und Kommunikationswissenschaften und zuletzt jene der Politikwissenschaft dargelegt.

Im dritten Theoriekapitel (Kp. 4) wird der Frage nachgegangen, wie die Wissenschaft strukturiert ist und in welchem institutionellen Kontext Wissenschaftler*innen handeln. Dieses Verständnis der Wissenschaft als soziales System wird als Grundlage benötigt, um im Anschluss eine eigene Forschungsheuristik und Methodik vorlegen zu können, mit deren Hilfe die empirische Analyse erfolgen kann. So ist zu klären, wie sich Themen in der wissenschaftlichen Wissensproduktion manifestieren, durch welche Entscheidungen Themen an Aufmerksamkeit gewinnen und welche Regeln und Motive für diese Entscheidungen von Bedeutung sind. Zunächst wird deshalb in Kapitel 4 die Funktionsweise und die Einbettung des Wissenschaftssystems in die Gesellschaft aus einer systemtheoretischen Perspektive beleuchtet. Es folgt eine Betrachtung der Binnendifferenzierung der Wissenschaft sowie der wissenschaftlichen Wissensproduktion auf Ebene der Fachgemeinschaften. Zuletzt wird der institutionelle Kontext wissenschaftlicher Akteur*innen auf der Basis institutionalistischer Theorien erläutert.

Aufbauend auf den drei Theoriesträngen zur Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft, zur Entstehung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen und zur Funktionsweise der Wissenschaft wird in Kapitel 5 ein analytischer Rahmen zusammengesetzt, der die empirische Analyse auf die im Sinne der Fragestellung relevanten Aspekte fokussiert. Dabei sollen zum einen die Erklärungsansätze zur Themenentstehung anhand eines wissenschaftssoziologisch informierten Blicks bezüglich ihrer Übertragbarkeit auf die Planungswissenschaft geprüft werden. Zum anderen sollen wissenschaftssoziologische Erkenntnisse im Hinblick auf ihr Erklärungspotenzial bezüglich der Entstehung von Themen durchleuchtet

werden. Als Ergebnis werden allgemeine Kategorien und Konzepte im Sinne einer Forschungsheuristik systematisiert, die eine theoriegeleitete Beobachtung, Beschreibung und Einordnung empirischer Sachverhalte ermöglicht.

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird der Analyserahmen in einer vergleichenden Fallstudienanalyse angewendet. Hierzu werden zunächst das empirische Vorgehen und die Methodik dargelegt (Kp. 6). Anhand der Beispiele *Schrumpfende Städte* (Kp. 7) und *Klimawandel* (Kp. 8) wird die Entstehung und Entwicklung von Aufmerksamkeit gegenüber den Themen im Zeitraum 1995–2014 nachgezeichnet und in vier Phasen – Latenz-, Durchbruch-, Fokus- und Normalisierungsphase – segmentiert. Die Entstehung und Entwicklung beider Themen wird dabei zunächst anhand quantitativer, bibliografischer Kennziffern – insbesondere Publikationen, Ko-Autorenschaften und Zitationen – nachvollzogen. Mit Hilfe von Methoden der Bibliometrie, der deskriptiven Statistik sowie der formalen Netzwerkanalyse werden Erkenntnisse bezüglich der themenspezifischen Wissens- und Akteur*innenstrukturen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gewonnen. Aufbauend auf der quantitativen Auswertung wird eine qualitative Analyse vorgenommen, bei der die Themenwahlen ausgewählter wissenschaftlicher Akteur*innen auf Basis ihrer Forschungsbiografien sowie mit Hilfe von Leitfaden-Interviews analysiert werden.

In Kapitel 9 werden die empirischen Befunde beider untersuchter Themenkarrieren anhand der Phaseneinteilung vergleichend eingeordnet. Unter Rückgriff auf die Theoriekapitel werden themenübergreifende Mechanismen von Themenkarrieren in der Planungswissenschaft identifiziert und modellhaft generalisiert. Anschließend wird näher darauf eingegangen, wie die temporären Fokussierungen ausgelöst wurden und welche Auswirkungen sie auf die disziplinäre Wissens- und Sozialstruktur haben.

In Kapitel 10 werden die eingangs im Rahmen der Problemstellung aufgeworfenen normativen Fragen auf der Grundlage der vorgelegten theoretischen und empirischen Erkenntnisse diskutiert. Zunächst werden dabei Vor- und Nachteile wissenschaftlicher Fokussierungen beleuchtet, um schließlich zu Denkanstößen für den disziplinären Umgang mit (dem Wissen über) Themenkarrieren zu gelangen. Zuletzt wird eine methodische Reflexion vorgenommen und weiterer Forschungsbedarf offengelegt (siehe Abb. 1.1).

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Theorien und Modelle zur Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft

2

Nachdem der Ausgangspunkt und das Ziel dieser Arbeit dargelegt worden sind, werden in diesem Kapitel bestehende Ansätze der Wissenschaftssoziologie aufgearbeitet, die sich bereits ähnlichen Fragestellungen widmen. Zwar gibt es keine Arbeiten, die in vergleichbarer Weise nach der Entstehung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen fragen oder die gar das Themenkarrieren-Konzept auf die Wissenschaft anwenden. Nach einer Ausweitung der Suche auf Makro-Beschreibungen und -Erklärungen für das Aufkommen und Abklingen der fachgemeinschaftlichen Beschäftigung mit bestimmten Theorien, Methoden, Schulen oder wissenschaftlichen Modeerscheinungen geraten jedoch einige Theorien und Modelle in den Blick. Diese werden im Folgenden systematisiert und erläutert, sodass einerseits bereits vorhandene Erkenntnisse für die Beantwortung der Fragestellung erschlossen werden, andererseits aber auch die Forschungslücke sichtbar gemacht wird, deren Problematisierung und Schließung diese Arbeit anstrebt. Dementsprechend zielt dieses Kapitel darauf ab, zum einen die Deduktion zu beachtender Mechanismen für die Entwicklung der Forschungsheuristik zu ermöglichen (siehe Kp. 5) sowie zum anderen die Kontextualisierung der eigenen Erkenntnisse im Rahmen des aktuellen wissenschaftssoziologischen Theoriekanons zu gewährleisten (siehe Kp. 9 und 10).

Dieses Kapitel folgt also der Frage, welche Ansätze zur Erklärung der Entstehung von Aufmerksamkeit in der Wissenschaft bereits existieren und welche Erkenntnisse sich daraus für die Verfolgung der dieser Arbeit zugrunde liegenden Fragestellung ableiten lassen. Hierfür werden vier Theoriestränge voneinander abgegrenzt, erläutert und auf Schnittmengen mit der Fragestellung dieser Arbeit geprüft: Zunächst wird mit dem „Paradigmenwechsel“ nach Kuhn eine der bis heute einflussreichsten wissenschaftssoziologischen Theorien zur Erklärung wissenschaftlicher Transformationen dargelegt (Kp. 2.1). Eine wesentliche

Grundlage Kuhns stellen Flecks „*Denkkollektive*“ dar, in deren Tradition Theorien zur Entstehung „*Epistemischer Gemeinschaften*“ zu sehen sind (Kp. 2.2). Mit „*theory groups*“ und „*invisible colleges*“ werden in Abschnitt 2.3 zwei auf den Lehrstuhl von De Solla Price zurückgehende Theorien zur Diffusion wissenschaftlicher Schulen vorgestellt. Schließlich werden die normativen Diskussionen unterschiedlichster Fachrichtungen zu „*Modeerscheinungen*“ oder „*fashions*“ in der Wissenschaft gesammelt und in einen Zusammenhang gebracht (Kp. 2.4).

2.1 Wissenschaftliche Revolutionen und Paradigmenwettbewerb

Thomas Kuhns „*Struktur Wissenschaftlicher Revolutionen*“ (1970 [1962]) war konstitutiv für die Entstehung der Wissenschaftssoziologie in ihrer jetzigen Form und ist bis heute das meistzitierte Buch der Sozialwissenschaften¹. Die darin enthaltene revolutionäre These Kuhns richtet sich gegen die Auffassung, wissenschaftliche Entwicklung folge dem Muster des inkrementellen und kumulativen Fortschritts wie es Mertons Ethos und Poppers Falsifikationismus vorgaben. Vielmehr handele es sich um eine Abfolge „*wissenschaftlicher Revolutionen*“, also nicht-kumulativer Umbrüche in Form von Ablösungen eines alten durch ein neues Paradigma, die jeweils von Perioden „*normaler Wissenschaft*“ („*normal science*“) gefolgt seien (Kornmesser und Schurz 2014b: 12; Weingart 2003: 43).

Grundlegend für Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen ist der Begriff des „*Paradigmas*“. Kuhn knüpft damit an Flecks (1935) Konzept der „*Denkkollektive*“ (siehe Kp. 2.2) an und argumentiert, Forscher*innen eines wissenschaftlichen Feldes würden in der Regel im Einklang mit einem Paradigma denken und handeln (Starbuck 2009: 109). Dieses Paradigma gibt der Fachgemeinschaft Modellprobleme und Modelllösungen vor (Kuhn 1970 [1962]: viii) und wird beschrieben als die ganze Konstellation von theoretischen Annahmen, Methoden, Meinungen, Werten, Relevanzkriterien usw., die von den Mitgliedern einer wissenschaftlichen Gemeinschaft geteilt werden (Lietz 2013: 360). Umgekehrt lässt sich eine „*scientific community*“ als eine Sammlung von Wissenschaftler*innen fassen, die ein gemeinsames Paradigma teilen (Kuhn 1970 [1962]: 176). Diese zirkuläre Bestimmung und die erkennbare Unschärfe des Paradigma-Begriffs ist Kernpunkt der Kritik an Kuhns Theorie und wird später

¹ Zu dieser Aussage kommen von Noorden et al. (2014) sowie Green (2016) auf der Basis von Google Scholar Daten. Eine Abfrage am 29. Januar 2020 kommt zu dem gleichen Ergebnis. Bestimmte *methodologische* Bücher (bspw. Yin 2009) vereinen aber mehr Zitationen, wenn alle überarbeiteten Auflagen zusammengezählt werden.

auch durch den Urheber selbst eingeräumt (vgl. Musgrave und Lakatos 1970; Lietz 2013: 360; Kornmesser und Schurz 2014b: 17).

Paradigmen konstituieren Perioden kumulativer Wissensproduktion. In diesen Phasen ‚normaler‘ Wissenschaft betreiben Wissenschaftler*innen „puzzle solving“, das heißt, sie forschen im Einklang mit dem vorherrschenden Paradigma, ohne dieses in Frage zu stellen, und unternehmen so den Versuch „to force nature into the preformed and relatively inflexible box that the paradigm supplies“ (Kuhn 1970 [1962]: 24). Mit der Zeit häufen sich jedoch unerwartete Phänomene („anomalies“), die nicht mit dem vorherrschenden Paradigma vereinbar sind. Ist eine kritische Masse solcher Anomalien erreicht, wird die Geltung des Paradigmas zunehmend in Zweifel gezogen und es gerät in eine Krise (Bettencourt et al. 2009: 212). Der Paradigmenwechsel ist dann das relativ abrupte Ereignis, in dem ein neues Paradigma aus zunächst wettstreitenden Interpretationen der Anomalien entsteht und an Zuspruch gewinnt, sodass der Zyklus von Neuem mit einer Periode ‚normaler‘ Wissenschaft beginnen kann (Lietz 2013: 359). Für die Auswahl des neuen Paradigmas durch die Fachgemeinschaft können verschiedene Faktoren (gleichzeitig) eine Rolle spielen, darunter auch ästhetische oder psychologische.

Häufig wird Kuhns Aussage hervorgehoben, das alte und das neue Paradigma seien „inkommensurabel“, das heißt, die jeweiligen Theorien, Problemstellungen und Konzepte seien nicht vereinbar und „nicht durch rationale Argumente aufeinander beziehbar“ (Weingart 2003: 43). Allerdings stellt Kuhn später gegenüber dieser radikalen Lesart klar, dass unterschiedliche Paradigmen sehr wohl „lokale“ bzw. begrenzte Kommensurabilitäten aufweisen können (Kornmesser und Schurz 2014b: 25–29). Aufgrund der Radikalität der Umstellung und der Persistenz etablierter Machtstrukturen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft bewirkt in der Regel erst ein Generationswechsel die Ablösung des alten Paradigmas durch ein neues (Weingart 2003: 43). Kuhn führt eine Reihe wissenschaftlicher Revolutionen als Beispiele für seine Theorie an, darunter jene, die mit den Namen Kopernikus, Newton oder Einstein in Zusammenhang stehen (Kuhn 1970 [1962]: 6). Allerdings weist er darauf hin, dass Paradigmenwechsel nicht notwendigerweise dieses Ausmaß annehmen müssen, sondern dass auch einzelne Entdeckungen und kleine Gruppen von ca. 25 Personen revolutionär sein können (Lietz 2013: 359).

Im Rahmen eines Paradigmenwechsels ändern sich die Kriterien, die die Legitimität von Problemen und Lösungen determinieren (Kuhn 1970 [1962]: 109). Folglich ändert sich nicht nur der Blickwinkel, sondern auch der Inhalt der Forschung:

„Led by a new paradigm, scientists adopt new instruments and look in new places. Even more important, during revolutions scientists see new and different things when looking with familiar instruments in places they have looked before.“ (Kuhn 1970 [1962]: 111)

Hier weicht Kuhns Theorie in einem weiteren (vgl. Kp. 1.3.1), für diese Arbeit entscheidenden, Punkt von Merton und Popper ab: Im Gegensatz zu der bei Merton und Popper vorherrschenden Vorstellung, alle Individuen handelten nach universalen Regeln der Wissenschaft, rückt Kuhn die Paradigmengruppen als handlungsleitend in den Fokus, wie Weingart (2003: 43–44) ausführt:

„Das jeweilige Paradigma hat einen analogen Status zu dem der Normen, d. h., es ist handlungsleitend für die ihm verpflichteten Wissenschaftler bzw. präziser für die betreffende Kommunikationsgemeinschaft oder scientific community. Das einer bestimmten Gruppe eigene Paradigma orientiert ihr Handeln, es strukturiert den Erkenntnisprozess, bestimmt die Probleme und legitimiert deren Lösungen. In diesem Bezug auf die scientific community sieht Kuhn die ‚soziologische Basis‘ seiner Position (vgl. Kuhn 1970: 252). Aufgrund dessen sind scientific communities für Kuhn und die an ihn anschließenden Wissenschaftssoziologen gleichbedeutend mit den ‚Paradigmengruppen‘; sie sind sowohl Argumentations- (bzw. Kommunikations-) als auch Handlungszusammenhänge.“

Die unterschiedlichen Positionen lassen sich anhand der Krise veranschaulichen, in der Wissenschaftler*innen sich für oder gegen eine neue Theorie entscheiden müssen. Im kritischen Rationalismus würden Individuen diese Entscheidung auf der Grundlage wohldefinierter Regeln fällen, mit dem Ziel, der Wahrheit näher zu kommen. Kuhn dagegen vertritt die Ansicht, dass neben individuellen Faktoren wie wissenschaftlicher Erfahrung oder Risikobereitschaft vor allem die durch die Paradigmengruppe vermittelten Handlungsorientierungen und epistemischen Werte diese Entscheidung anleiten (Hoyningen-Huene und Lohse 2012: 78–79). Gemäß Weingart (2003: 44) öffnet Kuhns Theorie damit *„der Wissenschaftssoziologie die Tür zur soziologischen Analyse wissenschaftlicher Inhalte und deren Verknüpfung mit der wissenschaftlichen Sozialstruktur“*, das heißt zu einer *„soziologischen Theorie wissenschaftlicher Entwicklung“*.

Kuhns Theorie der Paradigmenwechsel hat bis heute großen Einfluss auf die Wissenschaftssoziologie, gleichzeitig hat sie aber auch anhaltende Kritik auf sich gezogen. Die seit der Buchveröffentlichung im Jahr 1962 andauernde Kuhn-Kontroverse lässt sich so zusammenfassen, dass die oben geschilderten, grundlegenden wissenschaftstheoretischen Einsichten Kuhns – bspw. in Bezug auf das Konzept der Inkommensurabilität – von den Übertreibungen einer radikalen Lesart gelöst und in gemäßiger und sich wandelnder Form in den aktuellen

Kanon wissenschaftssoziologischer Theorien eingepasst werden (Schurz 2014: 48).

Kornmesser und Schurz (2014a) relativieren etwa die Vorstellung, wissenschaftliche Erkenntnisentstehung sei nur als diachrone Ablösung allgemeingültiger Paradigmen zu verstehen, die nicht miteinander vergleichbar seien (Peer und Sondermann 2016: 35). Stattdessen argumentieren sie, dass mehrere rivalisierende Paradigmen parallel existieren können und legen eine auf Kuhn aufbauende Forschungsheuristik zur Analyse dieser Multiparadigmatizität vor. Ihr aktualisierter Begriff des Paradigmas, zunächst als „*kognitives System*“ (Schurz 1998) eingeführt, ist auf die vergleichende Analyse koexistierender Paradigmen ausgerichtet. Dies impliziert, dass begrenzte Kommensurabilitäten nicht nur eingeräumt, sondern auch anhand der unterschiedlichen Elemente des Paradigmas analytisch gefasst werden. So besteht ein Paradigma aus vier Komponenten: einer theoretischen (Theoriekern einschl. Gesetzhypothesen, Modellvorstellungen) einer empirischen (Musterbeispiele, exemplarische Anwendungsbereiche), einer methodologischen (erkenntnistheoretische Annahmen, Methodenpräferenzen, Relevanzkriterien) und einer programmatischen Komponente (Erkenntniserwartungen, gemeinschaftliches Ziel) (Kornmesser und Schurz 2014b: 16–25). Zu den unterschiedlichen Varianten der Koexistenz von Paradigmen und der sie vertretenden wissenschaftlichen Gemeinschaften zählt bspw. „*Ignoranz und Eklektizismus*“. Hierzu gehören zum einen das gegenseitige Ausblenden des jeweils anderen Paradigmas sowie zum anderen – im Falle einer gemeinsamen Betrachtung beider Paradigmen – die beliebige Vermischung unter Nichtberücksichtigung methodischer und theoretischer Konfliktlinien. Zwei weitere Varianten sind die „*destruktive Rivalität*“, also die einem fruchtbaren Austausch im Wege stehende ideologische Auseinandersetzung rivalisierender Paradigmengruppen sowie die „*konstruktive Rivalität*“, bei der im Rahmen eines fruchtbaren Austauschs Positionen des rivalisierenden Paradigmas in das eigene eingebunden werden (ebd.: 34–36).

Die empirische Anwendung dieser Heuristik führt Schurz (2014: 57–59) zu der Diagnose, dass Formen des konstruktiven Austauschs zwischen zwei Paradigmen mit ähnlichem Gegenstandsbereich selten zu beobachten sind und dass stattdessen ideologische Kämpfe oder ein „*ignoranter Pluralismus*“ vorherrschen. Diesen Umstand führt er auf die gegenwärtige Organisationsform der Wissenschaft zurück, in der über Karrierechancen innerhalb der hochspezialisierten wissenschaftlichen Gemeinschaften entschieden wird. Um diese Karrierechancen erhalten zu können, müssen sich Nachwuchswissenschaftler*innen spezialisieren

und sich einer dieser Communities zurechnen. Die Kombination zweier rivalisierender Fachgebiete wird dagegen, zumindest seitens der Paradigmengruppen, nicht belohnt und teilweise sogar sanktioniert (Schurz 2014: 57–59).

Schlussfolgerungen

Kuhns Theorie verknüpft die epistemische Entwicklung einer Disziplin mit den Mechanismen ihrer Sozialstruktur. Bezogen auf ein Thema ist es demnach nicht eine – wie auch immer zu bestimmende – *objektive* Wichtigkeit, die dessen Erhebung zum präferierten Forschungsgegenstand einer Fachgemeinschaft bedingt. Stattdessen sind es *soziale* Faktoren, die dazu führen, dass wissenschaftliche Akteur*innen ein Thema vorantreiben oder blockieren. Hierzu zählen insbesondere ästhetische Präferenzen, strategische Interessen, die soziale Nähe von Wissenschaftler*innen sowie Generationenkonflikte. Oft sind es etablierte Akteur*innen, die den Status Quo verteidigen, während aufstrebende Wissenschaftler*innen in besonderem Maße für die Modifikation bestehender Deutungen, Relevanzen und Wissensstrukturen eintreten. Mit der Aktualisierung durch Kornmesser und Schurz wird Kuhns Theorie für die Analyse synchroner, multiparadigmatischer Strukturen angepasst. Diese Modifizierung scheint auch für die Betrachtung der Planungswissenschaft die passfähigere Variante, da hier bislang keine wissenschaftliche Revolution zu verzeichnen war, in der ein Paradigma vollständig zugunsten eines anderen aufgegeben wurde, wohl aber verschiedene Akteur*innengruppen beobachtet werden können, die zeitgleich unterschiedlichen Ansätzen in Bezug auf die theoretische, die methodologische sowie auf die programmatische Komponente folgen. Der nicht zu übersehende Nachteil dieser Aktualisierung von Kuhns Theorie ist allerdings, dass der Erklärungsgehalt in Bezug auf wissenschaftliche Transformationen verloren geht. Stattdessen werden anhand zahlreicher empirischer Beispiele die Autopoiesis und die Persistenz von Paradigmengruppen vor Augen geführt. Wie angesichts multiparadigmatischer Strukturen dennoch zu Erklärungsansätzen für wissenschaftliche Transformationen gelangt werden kann, zeigen die folgenden Teilkapitel (2.2, 2.3 und 2.4).

2.2 Denkkollektive und Epistemische Gemeinschaften

Das oben ausgeführte Verständnis Kuhns, nachdem Inhalte sowie Art und Weise des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts unmittelbar mit der sozialen Struktur zusammenhängen, ist maßgeblich durch Ludwik Flecks Buch „*Entstehung und*

Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache“ (1935) beeinflusst, das vor dessen Wiederentdeckung durch Kuhn jahrzehntelang unbeachtet blieb (Kuhn 1970 [1962]: vi–vii; Egloff 2005: 7). Fleck (1935: 46) erläutert darin seine Idee der Denkkollektive, die er „*als Gemeinschaft der Menschen, die im Gedankenaustausch oder in gedanklicher Wechselwirkung stehen*“, umreißt. Im Kontrast zu der damals vorherrschenden, individualistischen Erkenntnistheorie, ist für Fleck dieses Kollektiv Ausgangspunkt für Erkenntnis (Grimm 2012: 39). Analog zu den später von Kuhn aufgebrauchten wissenschaftlichen Gemeinschaften als Trägerinnen von Paradigmen, sind Denkkollektive „*Träger geschichtlicher Entwicklung eines Denkgebietes, eines bestimmten Wissensbestandes und Kulturstandes, also eines besonderen Denkstiles*“ (Fleck 1935: 46). Der Denkstil wird als ein geteilter kognitiver Rahmen beschrieben, der gemeinsame Perspektiven, Methoden, Techniken, Standards und literarische Stile umfasst. Er besteht aus einer bestimmten „*Stimmung*“, die die Bereitschaft für selektives Wahrnehmen und entsprechend gerichtetes Handeln umfasst (Hackett et al. 2017: 740; Fleck 1935: 105–106). Je nach Denkstil können Wissen und Wahrheit unterschiedlich ausfallen (Grimm 2012: 40). Diese Kontextabhängigkeit und Veränderlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis ist für Fleck eine Selbstverständlichkeit:

„Unmöglich ist ein wirklich isolierter Forscher; unmöglich ist eine ahistorische Entdeckung, unmöglich ist eine stilllose Beobachtung. Ein isolierter Forscher ohne Vorurteile und ohne Tradition, ohne auf ihn wirkende Kräfte einer Denkgesellschaft und ohne Einfluß der Evolution wäre blind und gedankenlos. Das Denken ist eine kollektive Tätigkeit wie der Chorgesang und das Gespräch. Es unterliegt spezifischen Veränderungen mit der Zeit; es zeigt die geschichtliche Kontinuität dieser Veränderungen auf. [...] Was wir denken und wie wir sehen, hängt vom Denkkollektiv ab, dem wir angehören.“ (Fleck 1983b [1935]: 81–82)

Miller und Fox greifen dieses Argument in ihrer Interpretation der „*epistemic community*“ auf, die sie, in Anlehnung an Kuhns Paradigmengruppen, als „*group of inquirers who have knowledge problems to solve*“ definieren (Miller und Fox 2001: 669). Diese strukturieren die Erkenntnisgewinnung ihrer Mitglieder durch tradierte Institutionen sowie durch aktuelle Forschungsaktivitäten und definieren, was möglich und was relevant ist.

Das Konzept der Denkkollektive ist nicht allein auf wissenschaftliche Gemeinschaften anwendbar, sondern auf alle Arten sozialer Gruppierungen. Damit einhergehend gehört ein moderner Mensch stets mehreren Denkkollektiven an, etwa im Rahmen eines Berufs, einer Religion oder einer Partei (Fleck 1983a [1936]: 114). Nicht zuletzt diese fortwährende Interaktion zwischen esoterischen

(spezialisierte Wissenschaftler*innen) und exoterischen (gebildete Laien) Denkkollektiven stimuliert wissenschaftliche Entwicklung. In dieser engen Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft liegt ein wesentlicher Unterschied zu Kuhn, der Wissenschaft grundsätzlich als losgelöst von anderen gesellschaftlichen Bereichen betrachtet und exogene Einflüsse auf Paradigmenwechsel zwar einräumt, aber nicht konzeptualisiert (Kuhn 1970 [1962]: x; Egloff 2005: 7). Flecks Ansatz eignet sich daher nicht nur für die Analyse von Forschungskollektiven und wissenschaftlichen Disziplinen, „*er leistet auch gute Dienste für das Verstehen von interdisziplinären bzw. transdisziplinären Prozessen sowie für die Untersuchung von Interaktionen zwischen akademischen und nichtakademischen Wissenskulturen*“, so Egloff (2005: 7).

Die Ansicht, Wissen sei kontextabhängig und die disziplinübergreifende, soziale Gruppe stelle und teile diesen Kontext, wird 1968 von dem Soziologen Holzner (1968) in seinem Konzept der *epistemic community* weitergeführt. Holzner und Marx (1979: 108) definieren den Begriff später als „*knowledge-oriented work communities in which cultural standards and social arrangements inter-penetrate around a primary commitment to epistemic criteria in knowledge production and application*“. Neben dem Glauben an die wissenschaftliche Methode als Zugang zur Wahrheit eint die Epistemische Gemeinschaft die geteilte Wissensbasis, über die sie ein Selbstverständnis und eine Einordnung in die Umgebung entwickelt (Haas 1992: 3).

Bezug nehmend auf Kuhn und Holzner, bringt Haas den Begriff der Epistemischen Gemeinschaften Anfang der 1990er in der Politikwissenschaft, konkreter im Fachbereich Internationale Beziehungen, ein und führt ihn damit zu neuer Bekanntheit (Cross 2013: 141). Er definiert *epistemic communities* als „*network of professionals with recognized expertise and competence in a particular domain and an authoritative claim to policy-relevant knowledge within that domain or issue-area*“ (Haas 1992: 3). Bei Haas können Epistemische Gemeinschaften aus Expert*innen unterschiedlicher Disziplinen und Hintergründe bestehen und es muss keine direkte Interaktion zwischen den Mitgliedern stattfinden. Die Affiliation zur Gruppe ergibt sich stattdessen aus (1.) gemeinsamen normativen Überzeugungen, (2.) geteilten Ansichten zu kausalen Zusammenhängen bezüglich Problemstellung und Problemlösung, (3.) gemeinsamen Kriterien zur Validierung von Wissen in ihrer Domäne und (4.) einem gemeinsamen Politikziel (ebd.: 3). Das staatenübergreifende Teilen dieser durch wissenschaftliches Wissen geprägten Orientierungen ermöglicht gemäß Haas die internationale Kooperation im Hinblick auf globale Probleme, die das primäre Erkenntnisinteresse dieser Forschungstradition darstellt (Haas 1992: 4 ff.; Weingart 2003: 130).

Auch wenn wissenschaftliches Wissen und die Beteiligung von Wissenschaftler*innen in Epistemischen Gemeinschaften in dem weitverbreiteten Verständnis von Haas eine zentrale Rolle spielen, wird die exklusive Anwendung des Konzepts auf die Wissenschaft mehr und mehr abgelöst (Meyer und Molyneux-Hodgson 2010: Abschn. 1.2; Haas 1992: 3). Stattdessen wird insbesondere das Bestreben, politische Entscheidungsträger*innen durch die Vermittlung von Expert*innenwissen von den eigenen Inhalten zu überzeugen, als das konstituierende Element Epistemischer Gemeinschaften angesehen (Dunlop 2014, 2017). Durch die Analyse der in diesem Sinne mehr oder weniger erfolgreichen Kommunikationen und der dazugehörigen Rückkopplungseffekte zwischen wissensbasierten Gruppen und dem politischen System wird eine Verknüpfung politikwissenschaftlicher und wissen(schaft)ssoziologischer Ansätze geleistet. So legt Dunlop (2014: 216) die Risiken des „*groupthink*“ dar, die darin bestehen, dass bestimmte methodologische und normative Entscheidungen der Epistemischen Gemeinschaft zu einer Nichtberücksichtigung wichtiger Erkenntnisse rivalisierender Gruppen führen. Das Kämpfen um Politikrelevanz hat außerdem zur Folge, dass die Forschungskapazitäten auf den entscheidungsrelevanten Bereich fokussiert werden, sodass andere Forschungsbereiche vernachlässigt werden (Dunlop 2014: 209–216). Zudem resümiert Dunlop (2017: 215), dass insbesondere in komplexen Politikfragen und vor allem in der Agenda Setting-Phase des Politikprozesses, wenn die Wissensdefizite am größten sind, Epistemische Gemeinschaften Gehör in der Politik finden. Der Wissenstransfer in die Politik bleibt allerdings nicht ohne Risiko. So lässt sich bspw. kaum abschätzen in welcher Form die Politik das Wissen in Anspruch nimmt (Dunlop 2017).

Ein zentraler Kritikpunkt an der dargelegten Forschungstradition liegt darin, dass sie das wissenschaftlich fundierte Wissen der Epistemischen Gemeinschaft als anderen Wissensformen überlegen ansieht. Analog wird die Handlungsmotivation ihrer Mitglieder aus ihrer professionellen Expertise hergeleitet, während persönliche Interessen, strategische Motivationen und soziale Hintergründe ausgeblendet werden. Cross (2013: 159) hält dieses Verständnis für fehlgeleitet und weist darauf hin, dass die Anerkennung und Legitimierung von Expert*innenwissen sozial konstruiert ist. In einer Meta-Analyse fasst sie die Kontextbedingungen zusammen, die den Erfolg Epistemischer Gemeinschaften wahrscheinlicher machen. Demnach sind Epistemische Gemeinschaften besonders durchsetzungsstark, wenn

„(Scope conditions)

- *there is uncertainty surrounding the issue because it is complex or new (uncertainty from perceived crisis);*
- *the issue is surrounded by uncertainty and it is politically salient (continuous uncertainty);*
- *the decision-makers they are trying to persuade are unhappy with past policies and present problems (uncertainty from perceived crisis);*

(Political opportunity structure)

- *they have access to all necessary top decision-makers; they anticipate other actors' preferences and actions despite fluidity in the system [...];*

(Phase in the policy process)

- *they seek to influence the terms of the initial debate, instead of the decision itself;*
- *they deal with subsystem, technocratic phase of decisionmaking, rather than shaping broader political beliefs;*

(Coalition building)

- *the networks they are competing against are not as cohesive or certain of their aims; they share a high level of professional norms and status;*

(Policy field coherence)

- *there is respected quantitative data, instead of very subjective qualitative data.“*
(Cross 2013: 144)

Die Überzeugungskraft Epistemischer Gemeinschaften ist dementsprechend weniger in den Inhalten bzw. deren Evidenz oder Validität zu suchen. Besonders überzeugend sind *epistemic communities* vielmehr dann, wenn deren Mitglieder über einen hohen Status verfügen, als integer gelten und sie auf der Basis eines weitreichenden, internen Konsenses agieren können und wollen (Cross 2013: 159). Cross betont weiterhin die Rolle gruppeninterner Mechanismen für den Erfolg Epistemischer Gemeinschaften. Diese interne Dynamik ist aber weniger durch die Art des Wissens konstituiert, sondern eher durch ihre interne Kohäsion und Professionalität („*professionalism*“), also die Expertise, die geteilten Normen, die Arbeitskultur, das Engagement und die Intensität der Interaktion ihrer Mitglieder untereinander (ebd.: 149–151).

Schlussfolgerungen

Das gegenüber klassisch wissenschaftssoziologischen Ansätzen hervorstechende Charakteristikum der Forschungstraditionen um Denkkollektive und Epistemische Gemeinschaften ist die analytische Aufhebung der Systemgrenzen zwischen Wissenschaft und Umwelt. Die Mitglieder der Gemeinschaften stammen aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen und sie eint das Bestreben, wissenschaftsbasiert ihre Inhalte zu vermitteln und durchzusetzen. Diese Perspektive erscheint als fruchtbar für eine Anwendung im Feld der Raumplanung, denn hier sind die Grenzen zwischen Wissenschaft, Praxis, Politik und Gesellschaft mitunter durchlässig und veränderlich. Die Existenz Epistemischer Gemeinschaften aus Politiker*innen, Bürger*innen, Planer*innen und (Planungs-)Wissenschaftler*innen, die ein bestimmtes Thema durchsetzen oder blockieren wollen und dabei der Produktion und Vermittlung von Wissen eine große Rolle beimessen, scheint auch hier gegeben. Dies vorausgeschickt, erscheinen die oben dargelegten Faktoren und Mechanismen für eine weitere Betrachtung als besonders wertvoll. So kann festgehalten werden, dass für die strategische Durchsetzung der eigenen Interessen und für die Geltung des vorgelegten Wissens weniger die Art und Gesicherheit der zugrundeliegenden Evidenz ausschlaggebend sind, sondern vielmehr das konsensuale, koordinierte, professionelle und engagierte Agieren einer Gemeinschaft möglichst angesehener Akteur*innen. Außerdem ergeben sich aus den Kontextbedingungen Gelegenheitsfenster für die Verankerung eigener Inhalte, etwa wenn große Unsicherheit bezüglich des verhandelten Themas besteht und es auf der öffentlichen Agenda weit oben angesiedelt ist. Im Zuge ihres (teilweise wissenschaftsexternen) Aktivismus werden wichtige Erkenntnisse rivalisierender Gruppen ignoriert und eigene Forschungskapazitäten (insbesondere wissenschaftsintern) auf einen engen Bereich fokussiert, der für die Zielerreichung der Gruppe als wichtig eingeschätzt wird.

2.3 *Theory groups und invisible colleges: Die Entstehung und Diffusion wissenschaftlicher Felder*

Aufbauend auf Kuhns Paradigmenwechsel gehen Wissenschaftsforscher*innen seit den 1960er Jahren vermehrt der Frage nach, wie Fachbereiche („*specialties*“) entstehen und sich etablieren. Dabei stellen sie fest, dass bahnbrechende konzeptuelle Veränderungen in erster Linie durch das strategische Handeln von Gruppen durchgesetzt und etabliert werden. Sie erklären daher – ähnlich wie die Theorien Epistemischer Gemeinschaften, aber unter Ausblendung systemexterner Faktoren – den persönlichen Kontakt und das gemeinsame strategische Programm von

Gruppen zu den wesentlichen Voraussetzungen für Veränderungen in der Sozial- und Wissensstruktur einer Disziplin. Dieser Standpunkt ist gemäß Weingart (2003: 47) darauf zurückzuführen, dass es „in den Umbruchphasen wissenschaftlicher Entwicklung keine rein rationalen Beweise für neue Wissensbehauptungen gibt, sondern neue Forschungsprogramme formuliert werden, deren weitreichende theoretische Implikationen erst durch längere Forschungsprozesse ausgelotet werden müssen“. Die Gruppen schaffen deshalb Sicherheit für ihre Mitglieder, indem sie nach innen die Verpflichtung auf die gemeinsame Wissensbehauptung gewährleisten und nach außen strategisch auf ihre Umwelt einwirken.

Ausgehend von Derek Price (1963, 1965), der eine strukturalistische Sicht auf die Entwicklung wissenschaftlicher Denkschulen einnimmt, werden quantitative Studien auf Basis von Daten zu Publikationen, Zitationen und Ko-Autorenschaften als Ausgangspunkt genommen, um Rückschlüsse auf die soziale Struktur wissenschaftlicher Gemeinschaften zu gewinnen (Mullins 1983: 320; Price 1963). Die empirischen Analysen stimmen darin überein, dass das Wachstum neuer Forschungsbereiche in der Form einer logistischen Funktion (bzw. S-Kurve) verläuft. So resümiert Bettencourt et al. (2008: 496), „many fields began with a burst of exponential growth followed by saturation and an eventual steady-state“. Price selbst entwickelt dabei das Konzept der „Unsichtbaren Kollegien“ („invisible colleges“), also informeller Netzwerke mehr oder weniger kohäsiver Forschungsgruppen, die ein bestimmtes Paradigma teilen oder einem spezifischem Forschungsbereich angehören (Price 1963: 56 ff.; Leifeld 2009: 94). Ebenso weist Price anhand von Zitationsdaten die Existenz von „research fronts“ nach, also kleiner Mengen aktueller wissenschaftlicher Publikationen und Wissenschaftler*innen einer Disziplin, die sich durch starke gegenseitige Zitierung von dem übrigen Feld abheben (Lietz 2013: 357; Price 1965).

Mullins Konzept der „theory groups“ (1973) baut auf den genannten Arbeiten von Price und Kuhn auf und erweitert diese um Ansätze des Soziologen Harrison White, der insbesondere die Bedeutung von Netzwerken herausstellt (White 1970; Mullins 1983: 320). Im Gegensatz zu Kuhn sieht Mullins wissenschaftliche Entwicklung nicht als eine Abfolge von Paradigmen, sondern als die Konkurrenz zwischen Denkschulen, also relativ dichten Netzwerken von Wissenschaftler*innen, „die im engen Austausch miteinander eigene Denkansätze hervorbringen und sich in diesen bestärken“ (Schmitt und Fuhse 2015: 16). Mullins beschreibt ein vierstufiges Phasenmodell der Entstehung einer Subdisziplin („specialty“) (Mullins 1983; Griffith und Mullins 1972): In der ersten Phase („normal stage“) produziert eine kleine, informelle Gruppe um einen „intellectual leader“ neue Erkenntnisse. Sie ist noch isoliert in ihrem Feld, in dem bislang andere Probleme, Ideen und Sichtweisen vorherrschen. In der zweiten Phase

(„*network stage*“) entwickelt sich ein größeres Netzwerk, wobei die meisten Mitglieder anfangs an derselben Forschungseinrichtung angebunden sind und von dort diffundieren. Intellektueller Erfolg und die Deklaration eines gemeinsamen wissenschaftlichen Programms distinguert die Gruppe jetzt von der sie umgebenden Fachgemeinschaft. In der dritten Phase („*cluster stage*“) kolonisieren die Mitglieder der Gruppe andere Institute:

„Organizational concerns for jobs, publications, and meetings, the organization of new research centers, and the continued recruitment of new members all become important. The group's publications begin to include secondary works that explain ideas, summarize developments, and so forth.“ (Mullins 1983: 321)

In der vierten Phase („*specialty stage*“) wird das Programm Routine und neue Ideen entstehen auch außerhalb der kolonisierten Institute. Die Gruppe und ihre Erkenntnisse werden nun selbst zum Kontext ‚*normaler*‘ Wissenschaft, aus dem wiederum neue Theoriegruppen entstehen können. Gemäß Mullins (1983: 321) liegt dieser Prozess allen intellektuellen Netzwerken, die ein gemeinsames Paradigma unterstützen, zugrunde. Der Prozess dauert zwischen acht und fünfundzwanzig Jahren, wobei nicht alle Gruppen erfolgreich alle Phasen durchwandern. Einige scheitern aus internen Gründen, wie bspw. durch schlechte Führung oder unlösbare methodologische Probleme, andere aus externen Gründen, wie bspw. durch konkurrierende Gruppen oder soziale Umbrüche.

Zeitgleich mit Mullins entwickelte Crane (1972) das Konzept der Unsichtbaren Kollegien weiter, wobei sie die Theorie der Diffusion von Innovationen nach Rogers (1983 [1962]) auf neue, besonders stark wachsende Forschungsbereiche in der Soziologie und der Mathematik anwendet. Gemäß Crane (1972: 76) lässt sich die Wissenschaft betrachten als „*an enormous cluster of innovations, of which the most successful are diffused by means of a logistic curve in all facets of scientific activity*“. Wie auch bei Innovationen außerhalb der Wissenschaft, diffundieren neue Forschungsbereiche primär durch persönlichen Kontakt, durch den ein stetig wachsendes Netzwerk von Anwender*innen („*adopters*“) entsteht. In diesem Netzwerk nimmt eine Teilgruppe besonders produktiver und zentraler Wissenschaftler*innen, das Unsichtbare Kollegium, die zentralen Knotenpositionen ein. Diese Elite ist geografisch voneinander getrennt, aber durch überwiegend schwache Verbindungen (Granovetter 1973) miteinander verknüpft, in diesem Fall also durch lose, für Außenstehende nicht unbedingt sichtbare Kontakte, über die sich die Wissenschaftler*innen informell bezüglich aktueller Entwicklungen und *work in progress* austauschen (Leifeld 2009: 94; Price 1986: 75; Zuccala 2004: 22). Um die lose verbundenen, zentralen Wissenschaftler*innen ist jeweils ein

enges Netzwerk weniger produktiver „Kollaborateure“ gruppiert. Nachwuchswissenschaftler*innen werden in diesen Gruppen rekrutiert und sozialisiert, sie übernehmen also Forschungsinhalte und werden Teil eines solidarischen Netzwerks. So entsteht eine „informelle Meso-Struktur“ (Leifeld 2009: 94) innerhalb des Forschungsfeldes, bei der separate, jeweils eng vernetzte Gruppen über informelle Beziehungen der führenden Wissenschaftler*innen verknüpft sind (Crane 1972: 54).

Durch das starke Wachstum des Forschungsbereichs, also durch die steigende Zahl von Wissenschaftler*innen und Publikationen, wird es zunehmend schwierig, das Feld zu überblicken. Der persönliche, informelle Austausch zentraler Akteur*innen verliert an Bedeutung und das Feld fragmentiert in Subgruppierungen bzw. Schulen. Dies wirkt sich wiederum negativ auf den Wissensaustausch zwischen den Gruppen aus, sodass neue Ideen nicht mehr im gesamten Feld anerkannt und aufgegriffen werden (Crane 1972: 77–78). Zudem erschöpfen sich die ursprünglichen Ideen und die Innovationsfähigkeit nimmt ab. Der Fachbereich wird sukzessive unattraktiver und ist weniger in der Lage, um neue Köpfe zu konkurrieren. Die wissenschaftliche Gemeinschaft wendet sich neuen, zukunftsträgigeren Konzepten zu (ebd.: 84).

Crane betont die Bedeutung zentraler Akteur*innen und Publikationen im Diffusionsprozess (Crane 1972: 72 ff.). Sie führt dies anhand des Konzepts von „*core and scatter*“ aus, also der wechselseitigen Abhängigkeit von einigen stark sichtbaren (*core*) und vielen weniger sichtbaren Wissenschaftler*innen (*scatter*). So gibt die Präsenz von Wissenschaftler*innen, die kontinuierlich und mit ausreichender Sichtbarkeit in einem Forschungsfeld arbeiten, Wissenschaftler*innen, die neu in das Feld eintreten, Orientierung und ermöglicht die Entstehung eines sozialen Zirkels. Zudem gewährleistet der Kern, dass wichtige Erkenntnisse nicht verloren gehen, sondern akkumuliert und verbreitet werden können (Crane 1969b: 348–349):

„If all the literature on a particular subject was so scattered, it would be impossible for scientists to build on each other’s work. Each scientist would be working by himself and with perhaps a few other scientists whom he accidentally discovered. The existence of a ‚core‘ of journals in the literature, and of scientists in the problem area, provides a kind of repetitiveness in scientific communication, insuring that certain ideas will be repeated sufficiently so that the relevant scientists may be assured of receiving at least some of the currently important findings.“ (Crane 1969b: 350)

Zentrale Wissenschaftler*innen in dem Feld filtern und bündeln also Forschungsergebnisse, sodass diese aus der Masse an wissenschaftlichem Output

hervorstechen und nicht verloren gehen. Diejenigen Ergebnisse, die von den „produktiven“, besonders sichtbaren Wissenschaftler*innen aufgegriffen werden, sind dementsprechend auch diejenigen, die von dem gesamten Forschungsbereich verwendet werden (Crane 1972: 83). Angesichts dieser kohäsiven Funktion sind die zentralen Wissenschaftler*innen in der Lage, die Themenwahl und die Definition von Standards in einem Feld stark zu beeinflussen (Besio 2010: 121–122). Auch wenn einige Innovationen dabei nicht von den besonders produktiven Wissenschaftler*innen selbst hervorgebracht, sondern nur übermittelt werden, werden sie ihnen häufig fälschlicherweise zugeschrieben (Crane 1972: 74). Während der Kern also eine integrierende Funktion einnimmt, wirkt *scatter* – also für das Feld weniger zentrale Wissenschaftler*innen – desintegrierend, indem es Zugänge zu neuem Wissen schafft und damit verhindert, dass das Feld zu einem „*completely subjective, sect-like phenomenon*“ wird (Crane 1969b: 350).

Die Bedeutung produktiver Wissenschaftler*innen – also solcher mit einer hohen Publikationsfrequenz – nimmt während der Wachstumsphase des Forschungsbereichs zu. Analog dazu nehmen relativ unproduktive Autor*innen nur Einfluss auf den Forschungsbereich, wenn sie zu Beginn des Diffusionsprozesses veröffentlichen und nicht zu einem späteren Zeitpunkt (Crane 1972: 75 ff.). Crane macht anhand des Diffusionsprozesses verschiedene Funktionen von Publikationen fest und wendet sich damit gegen die Interpretation, eine hohe Zitationsfrequenz sei ein Maß für die Qualität einer Publikation, wie sie etwa Cole (1970) vertritt. So sei etwa die erste Generation von Veröffentlichungen in einem neuen Forschungsbereich geprägt durch eine breit angelegte Literaturrecherche, während Veröffentlichungen der zweiten Generation eine stärkere Fokussierung innerhalb des aufgemachten Themenfelds vornehmen (Crane 1972: 76–77). Analog ließe sich argumentieren, Ideen der ersten Generation seien breiter angelegt, während diejenigen der zweiten Generation spezialisiert seien. Wäre dies der Fall, wäre die häufigere Zitierung – oder zumindest die Zitierung durch ein breiteres Spektrum von Veröffentlichungen – der Publikationen der ersten Generation nicht überraschend:

„Later and less cited papers in an area are exploring the implications of earlier work, eliminating false leads, and providing evidence for hypotheses. [...] They may be read and absorbed by the working scientist, but they do not contain the sort of material that itself generates new studies.“ (Crane 1972: 77)

Die Aussicht einer Publikation auf Zitationen hängt also auch von ihrer Funktion im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess ab. So könnte auch erklärt werden, warum theoretische Studien häufiger zitiert werden als empirische. Ideen werden

in theoretischen Studien entwickelt und in empirischen Studien getestet. Während die theoretischen Ideengeber*innen in den empirischen Studien häufig zitiert werden, ist dies umgekehrt kaum der Fall (Crane 1972: 77).

Die Konzepte von Price, Mullins und Crane werden in einer Vielzahl von Studien aufgegriffen und in vielen Details bestätigt (für einen Überblick siehe Morris und Van der Veer Martens 2008). Im Gegensatz zu Mullins und Crane, die *einen* Nukleus der Entstehung eines neuen wissenschaftlichen Feldes in den Mittelpunkt stellen, betonen Hackett et al. (2017: 739–740) die parallele Entstehung verschiedener Nuklei:

„Initially, researchers at several locations begin exploring similar problems without knowledge of each other’s efforts, and publication is widely dispersed across different disciplinary journals. Through such publications researchers gradually become aware of their common interests. Dense channels of formal and informal communication arise among researchers, and these networks thicken to become the coherent groups and invisible colleges of the nascent research area.“

Indem sich vermehrt Gelegenheiten für wissenschaftliche Debatten und informellen Austausch bieten, entsteht sukzessive ein gemeinsamer Denkstil im Sinne Flecks, also ein Konsens über Probleme, Definitionen, Techniken und Erkenntnisse.

Eine für diese Arbeit interessante Vertiefung bietet Michaelson (1993), die belegt, dass für die Entscheidung von Wissenschaftler*innen, in eine wissenschaftliche Gruppe einzutreten, persönliche Kontakte *zu jeder Zeit* ein großer Einflussfaktor sind, während das Rezipieren veröffentlichter Artikel *erst nach einer gewissen Etablierung der Gruppe* eine Rolle bei dieser Entscheidung spielt (Morris und Van der Veer Martens 2008: 231). Bettencourt et al. (2006; 2008) haben für mehrere Forschungsbereiche nachgewiesen, dass sich deren Wachstum gut durch ein modifiziertes Diffusionsmodell beschreiben lässt und dass die Diffusion qualitative, messbare Veränderungen in der Sozialstruktur der wissenschaftlichen Gemeinschaft induziert (Bettencourt et al. 2009: 212). So forschen in der Entdeckungsphase eines Forschungsbereichs lediglich wenige kleine Gruppen getrennt voneinander. Diffundiert der Forschungsbereich, erhöht sich nicht nur die Zahl involvierter Wissenschaftler*innen, sondern es verdichtet sich auch das Kollaborationsnetzwerk, das heißt, die Zahl der Beziehungen (Kollaborationen) pro Knoten (Wissenschaftler*innen) steigt. Erreicht die Dichte einen bestimmten, fachbereichsspezifischen Grenzwert, bildet sich sprunghaft eine gigantische Komponente heraus: Das heißt, durch das Zusammenwachsen mehrerer Teilbereiche des Netzwerks ist plötzlich ein Großteil aller Autor*innen des Forschungsbereichs zumindest indirekt miteinander verbunden (siehe Kp.

6.3.3; Bettencourt et al. 2009: 214). Diese Veränderung der Sozialstruktur verstehen Bettencourt et al. als Etablierung eines Paradigmas. Sie identifizieren also eine Dynamik auf Bedeutungsebene anhand ihrer Manifestation im sozialen Netzwerk der Fachgemeinschaft (Lietz 2013: 358). Die Anwendung von Kuhns Paradigmenwechsel auf die Entwicklung der Kollaborationsstrukturen zeigt Abb. 2.1, in der Modifikationen der Netzwerkstruktur den unterschiedlichen Phasen bzw. Phasenübergängen nach Kuhn zugeordnet werden:

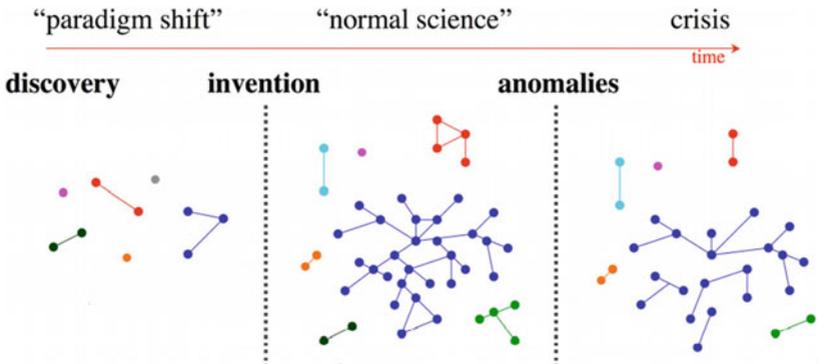


Abb. 2.1 Die Entstehung eines wissenschaftlichen Feldes (*Quelle: Bettencourt et al. (2009: 213), Ausschnitt*)

In Abb. 2.1 ist dargestellt, wie nach Bettencourt et al. neue wissenschaftliche Entdeckungen und deren Diffusion zu Veränderungen in der Struktur wissenschaftlicher Kollaborationen führen. Erfolgreiche Innovationen beginnen demnach typischerweise als kleine, unabhängige Aktivitäten (dargestellt als verschiedene, jeweils verbundene Komponenten unterschiedlicher Farbgebung). Diese wachsen zunächst getrennt voneinander, verbinden sich aber schließlich zu einer gigantischen Komponente im Kollaborationsnetzwerk (dargestellt mittig in blau), die eine Phase ‚normaler‘ Wissenschaft einläutet. Auch wenn die Größe und Wachstumsrate variieren, lässt sich diese Form der strukturellen Transformation – so die Hypothese – universell auf alle Fachbereiche anwenden (Bettencourt et al. 2009: 213). Die Innovation dieses Ansatzes liegt insbesondere darin, dass neue Forschungsbereiche mit Hilfe von Ko-Publikations- statt Zitationsanalysen (siehe Kp. 6.3.3) diagnostiziert werden und somit die soziale Ebene und die Bedeutungsebene konzeptionell miteinander verbunden werden. Gemäß Lietz

(2013: 358) haben Bettencourt et al. damit „*die Arbeit von Price mit den heutigen technischen Möglichkeiten aktualisiert und an Kuhns Theorie angebunden*“.

Schlussfolgerungen

Die auf Price zurückgehenden Ansätze zur Entstehung von Fachbereichen bieten mehrere Anknüpfungspunkte für diese Arbeit. Zunächst heben sie den Zusammenhang von Veränderungen in der Wissensstruktur mit Modifikationen in der Sozialstruktur hervor und machen diesen Zusammenhang anhand von Zitations- und Ko-Publikationsnetzwerken sichtbar. Wissenschaftliche Transformationen entstehen demnach weniger durch das (alleinige) Rezipieren von Forschungsbeiträgen, sondern durch persönlichen Kontakt. Es entwickelt sich eine Sozialstruktur in der eine Elite untereinander lose in Verbindung steht und jeweils für sich eine Gruppe von Kollaborateur*innen um sich schart. Geht man – hier divergieren die Ansätze – von zunächst getrennt voneinander wachsenden Komponenten bzw. Gruppen aus, so markiert der Zusammenschluss dieser Elite, also das Aufnehmen von Kollaborationsbeziehungen zwischen herausragenden Akteur*innen („*Makler*innen*“, siehe 6.3.4) der jeweiligen Teilgruppen, den Phasenübergang von einer Entdeckungsphase in eine Phase ‚normaler‘ Wissenschaft. Durch die Verknüpfung der Teilgruppen entsteht eine Gigantische Komponente im Kollaborationsnetzwerk und der gemeinsame Wissensanspruch wird zur Routine. Indem die Innovation zum Kontext für die Entstehung *neuer* Innovationen wird, ist der Zerfall bzw. die Ausdifferenzierung der Wissens- und Sozialstruktur bereits in der Etablierung des Fachgebiets angelegt. Eine weitere im Rahmen dieser Arbeit zu berücksichtigende Erkenntnis liegt in der Rolle der Elite für die Kohäsion und Steuerung der fachgemeinschaftlichen Wissens- und Sozialstruktur und in der Funktion (zunächst) nachgeordneter Forscher*innen für die Schaffung von Zugängen zu neuem Wissen. Ebenfalls fruchtbar erscheint die Differenzierung von grundlegenden Publikationen, die neue Ideen und Theorievorschläge aufwerfen, und den darauf folgenden Publikationen, die diese Innovationen prüfen. Letztere werden zwar deutlich weniger zitiert, dies lässt aber nicht unbedingt auf ihre geringere Bedeutung für die Disziplin schließen, sondern vielmehr auf ihre anders gelagerte Funktion.

2.4 Modeerscheinungen in der Wissenschaft

Modeerscheinungen in der Wissenschaft werden spätestens seit Anfang des 20. Jahrhunderts beobachtet (vgl. Sombart 1913: 140) und bis heute in unregelmäßigen Abständen in den verschiedensten Fachdisziplinen diskutiert (bspw.

Soziologie, Sorokin 1956; Zell-Biologie, Fell 1960; Geomorphologie, Sherman 1996; Medizinische Soziologie, Barber 1968; Organisationstheorie, Bort und Kieser 2011). Den Ansätzen gemein ist der Versuch, gesellschaftliche oder sozialwissenschaftliche Konzeptionen von „*Mode*“, „*fashion*“, „*fad*“ oder „*hype*“ auf die Wissenschaft zu übertragen. In den Ansätzen ist jeweils ein Forschungsbereich, eine Theorie, ein methodischer Ansatz oder ein Paradigma – nicht ein Thema – der Gegenstand, der eine Mode erlebt. Dabei werden Moden in der Wissenschaft häufig in Opposition zu einer vermeintlich rationalen oder objektiven Wissenschaft gesehen und teilweise zur Falsifikation eines entsprechenden rationalistischen Wissenschaftsverständnisses angeführt.

Eine der wenigen, über szientometrische Kennziffern hinausgehenden, soziologischen Definitionen von Modeerscheinungen in der Wissenschaft stammt von Sperber (1990: 10–11):

„The fashion process is a form of collective behavior marked by a series of normative preoccupations: keeping in step with the times, with the latest of developments; following the examples of prestigious opinion leaders who ‚keep their ears to the ground‘ and articulate the shared and implicit sentiments of the public; admiring proposals for adoption when they are in good taste and new, and discarding them when they are in bad taste and old; dismissing the weight of tradition while rediscovering and repackaging old proposals as though they were unprecedented, exciting, and modern; ignoring or downgrading explicit criteria by which competing proposals can be evaluated.“

Moden in der Wissenschaft äußern sich durch das exponentielle Wachstum von Subdisziplinen, Theorien, Paradigmen oder Methoden bezüglich ihrer Anhängerschaft bzw. der ihnen entgegengebrachten Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Aufgrund des kumulativen Charakters der wissenschaftlichen Wissensproduktion folgt auf den starken Anstieg an Aufmerksamkeit nicht unbedingt ein ebenso starker Rückgang der Aufmerksamkeit. Crane (1969a: 435–436) beobachtet für innovative Fachgebiete („*scientific fields*“), die zur Modeerscheinung („*fashion*“) werden, eine S-förmige Kurve mit vier aufeinanderfolgenden Phasen: (1) langsames Wachstum, (2) exponentielles Wachstum, (3) langsames, lineares Wachstum und schließlich (4) langsamer Rückgang (ebd.). Eine solche Kurve ließe sich durch die Institutionalisierung der Mode erklären: Indem einschlägige Lehrstühle und Zeitschriften gegründet werden und indem Organisationen und persönliche Karrieren mit dem wissenschaftlichen Feld verknüpft werden, wird die Modeerscheinung zur Normalität. Sie hört also auf, Mode zu sein, auch wenn die Frequenz einschlägiger Veröffentlichungen auf deutlich höherem Niveau als vor der Mode stagniert (Bort und Kieser 2011: 673).

Für die Mode bestimmter Konzepte, wie bspw. „*organizational slack*“ in der Organisationstheorie, gelangen Bort und Kieser (2011) hingegen zu einer glockenförmigen Kurve. Auf das Wachstum an Aufmerksamkeit folgt also ein ähnlich starker Rückgang, sodass ein neues Konzept in den Fokus gelangen kann. Verschiedene Erklärungen für diese Kurvenform sind möglich. So betont bspw. Starbuck (2009: 109): „*These sequences of fads may have occurred in part because researchers value novelty and they have limited tolerance for imitation*“. Auch Generationenwechsel in der wissenschaftlichen Gemeinschaft, die gemäß Kuhn die Möglichkeit für junge Wissenschaftler*innen zur Etablierung eigener Ideen verbessern (Kuhn 1970 [1962]: 150–159), können Teil der Erklärung einer Glockenkurve der Aufmerksamkeit sein. Sperber (1990) betont außerdem den Einfluss wissenschaftsexterner Faktoren, die Wellen der Aufmerksamkeit innerhalb der Wissenschaft erzeugen können. So können bspw. Fördermittelgeber*innen ihre Zuwendungen in einem Forschungsbereich kurzfristig stark ausbauen und nach einem bestimmten Zeitraum wieder entziehen (Abrahamson 2009: 237). Dass der wachsende Einfluss der Medien zu einem „*Hype Problem*“ führt, analysiert insbesondere Weingart (2017), nach dem die Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit zum Teilziel wissenschaftlicher Akteur*innen geworden ist, weshalb sich die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion zunehmend an medialen Relevanzkriterien orientiert. Zudem kann gemäß Abrahamson (2009: 237) das Auf und Ab in der öffentlichen Sichtbarkeit eines sozialen Problems ein ebenso starkes Auf und Ab in der ihm entgegengebrachten wissenschaftlichen Aufmerksamkeit bewirken.

Auch „*wissenschaftliche*“ Gründe lassen sich anführen, wie Abrahamson (2009: 237) erklärt:

„It might be argued, for instance, that scientists jumped, in concert, to study so called ‘cold fusion’ – nuclear fusion occurring at near-ordinary temperatures and pressures – only to abandon its study, in equal numbers, when the theory and evidence supporting the occurrence of cold fusion were refuted.“

Kommt also eine Frage auf, deren Beantwortung als grundsätzlich für den Erkenntnisfortschritt einer ganzen Disziplin angesehen wird, mobilisiert die wissenschaftliche Gemeinschaft kurzfristig in großem Umfang Ressourcen zu ihrer Erforschung. Sobald die Frage als beantwortet gilt, werden diese Ressourcen wieder auf andere Fragen verwendet. Allerdings können Moden auch wiederkehren. So konstatiert Fleck bereits 1929 (S. 429):

„Manche Gebiete der Naturwissenschaft liegen nach Jahren heftiger Entwicklung brach, wie z.t. heute die Anatomie, oder die zu Zeiten Keplers und Tycho Brahes so lebendige Astronomie. Sie scheinen fertig, tot. Aber eines Tages werden sie wieder lebendig, von anderem Standpunkt beleuchtet, mit neuen Begriffen wieder aufgenommen, durch neue Bedürfnisse begehrenswert – und sind dann so frisch und herrlich wie am ersten Tag.“

Besonders häufig diskutierte Fragen im Zusammenhang mit Moden in der Wissenschaft sind, ob Moden einen positiven oder einen negativen Effekt auf die wissenschaftliche Entwicklung haben und ob Moden in der Wissenschaft vermeidbar sind (Bort und Kieser 2011: 672; Weingart 2017). Die Antwort hängt von dem jeweils vorliegenden Wissenschaftsverständnis ab, wobei sich insbesondere zwei opponierende Sichtweisen – eine rationalistische und eine pragmatische – voneinander abgrenzen lassen:

Auf der einen Seite werden Modeerscheinungen in der Wissenschaft häufig als *„the selection of problems on the basis of non-scientific criteria, as a form of deviance“* dargestellt (Crane 1969a: 435). Abrahamson et al. (1989: 321) definieren sie als *„attractive concepts that fool scientists; a concept that receives more attention than it deserves“*. Bei dieser Interpretation liegt ein rationalistisches Wissenschaftsbild vor, bei dem soziale Handlungsmotive wie die Hoffnung auf Fördermittel oder Anerkennung als *„nicht-wissenschaftlich“* eingestuft werden. Dieser Auslegung folgend sieht Hagstrom (1965: 177–194) in Modeerscheinungen ein motivationales Phänomen. Wissenschaftler*innen, die Moden folgen, wählen ihre Forschungsgegenstände demnach nicht auf Grundlage eigener, theoretischer Erwägungen, sondern weil sie sich dadurch Anerkennung in ihrer Fachgemeinschaft erhoffen. Das eigene Urteil gerate dabei gegenüber dem ihrer Fachkolleg*innen in den Hintergrund (Crane 1969a: 435). Moden seien daher schädlich für die Entwicklung der Wissenschaft, weil Ressourcen von *„signifikanten“* Forschungsfeldern zugunsten *„weniger wichtiger“* Felder abgezogen würden (ebd.). Das Ausmaß, in dem Modeerscheinungen auftreten, weise auf die Ineffizienz der wissenschaftlichen Gemeinschaft hin sowie auf ein *„public support system that is not getting the most for its dollars“* (Abrahamson et al. 1989: 321).

Auch Starbuck (2009: 242) stuft Modeerscheinungen als schädlich für die Wissenschaft ein:

„Faddishness in social and behavioral research is troublesome partly because it involves the endless rediscovery of what could have been accumulated as knowledge. Faddishness also wastes research resources by encouraging imitation, and it corrupts evaluation of research outcomes by fostering the naive appraisal that if many people

are enthusiastically taking similar actions, those actions must be worthwhile. Unfortunately, research themes and methods that advocates have proudly claimed to be new and better have had a history of rediscovering and renaming hoary commonplaces.“

Als ursächlich für die „*faddishness*“ der Wissenschaft sieht Starbuck neben anderen Faktoren die Massenproduktion wissenschaftlicher Studien, die dazu führe, dass zu viel „*unnütze Spreu*“ („*useless chaff*“) in Fachzeitschriften veröffentlicht werde (Starbuck 2009: 109). Um gegen solche Modeerscheinungen vorzugehen, seien Indikatoren zu entwickeln und flächendeckend anzuwenden, anhand derer die Effektivität der Forschung gemessen werden könne (ebd.: 114). Allerdings lassen die Darstellungen Starbucks einige bislang ungeklärte Fragen aufkommen: ‚*Wie lässt sich die Effektivität der Forschung messen?*‘ (vgl. Kantelinen 2009: 230), ‚*Wie lässt sich ein Konsens darüber etablieren, was gute und effektive Forschung ist und wie sie von unnützer Mode zu unterscheiden ist?*‘ Und letztlich: ‚*Ist die Beurteilung, was gute und effektive Forschung konstituiert, nicht ebenfalls von Moden beeinflusst?*‘ (vgl. Abrahamson 2009: 236).

In Opposition zu der dargestellten Sichtweise, Moden seien schädlich und die Wissenschaft vor ihnen zu verteidigen, plädiert eine Reihe von Autor*innen für einen pragmatischen Umgang mit Moden in der Wissenschaft. Sie halten Modeerscheinungen nicht nur für unvermeidbar, sondern verbinden auch einige Vorteile mit ihnen. So würden Moden das starre Festhalten an alten Theorien verhindern und stattdessen Raum für Innovation schaffen (Abrahamson 2009: 238). Wenn Wissenschaftler*innen eine Mode adaptieren, passen sie diese für ihren eigenen Gebrauch an und übernehmen im besten Fall nur diejenigen Komponenten der Mode, die sie im Kontext ihrer jeweiligen Forschung für geeignet erachten, während sie solche außen vor lassen, die ihren bisher verwendeten Ansätzen unterlegen zu sein scheinen. Durch diese Übersetzung und das Übernehmen potenziell überlegener Theoriebestandteile verändere sich nicht nur die Forschung der einzelnen Person, sondern auch der Gegenstand der Mode selbst, was – so die Annahme – einen epistemischen Mehrwert verspreche (Czarniawska 2008: 851; Bort und Kieser 2011: 656). Außerdem biete eine Mode Ordnung und Orientierung in der kollektiven Wissensproduktion und gewährleiste, dass aus dem überwältigenden Angebot aller verfügbaren Ansätze eine Auswahl als bekannt und mehr oder weniger gültig vorausgesetzt werden könne (Blumer 1969: 289). Die Mode schaffe daher eine temporäre Kohäsion der Fachgemeinschaft, im Rahmen derer neue Austauschkanäle geschaffen würden, sodass verschiedene Subgemeinschaften – vermittelt über eine gemeinsame Mode – vorübergehend in den Austausch treten könnten.

Sherman (1996) teilt die Ansicht, dass Modeerscheinungen in der Wissenschaft nicht vermeidbar sind und stellt die Schaffung eines Bewusstseins darüber in den Vordergrund. Er kommt zu dem Schluss, dass Wissenschaftler*innen die Moden – und damit die eigene Disziplin – stärker selbst gestalten können, wenn sie die Existenz des „*fashion process*“ anerkennen:

„The operation of the fashion process in a discipline may either allow – or indeed encourage – the adoption of radical new approaches, or it may provide the appearance of change through a continuous reshuffle of existing fashions while minimizing true change. The process can be used as a funnel, a sledgehammer, a door, or a window. The recognition of the fashion process by a disciplinary mainstream, however, does provide a mechanism to maximize the potential benefits by increasing the participation in decision-making.“ (Sherman 1996: 98)

Schlussfolgerungen

Wie in dem Streit zwischen Popper und Kuhn (siehe Kp. 1.3.1), besteht in den genannten Ansätzen Einigkeit darüber, dass Moden sich nicht im Rahmen eines rationalistischen Wissenschaftsverständnisses erklären lassen, sondern dass soziale Faktoren – anstelle von theoretischen oder logischen – ausschlaggebend für deren Entwicklung sein müssen. Der grundlegende Unterschied zwischen den Sichtweisen liegt in der Frage, ob dieses Abweichen von der rationalen Erkenntnisentstehung als ein zu beseitigender Schwachpunkt des Wissenschaftssystems interpretiert wird, oder als der nicht vermeidbare und nicht unbedingt schädliche Normalzustand wissenschaftlicher Erkenntnisentstehung. Die Stärken dieser nur teilweise aufeinander Bezug nehmenden Sammlung von Ansätzen liegen weniger in der Beschreibung und Erklärung wissenschaftlicher Transformationen, sondern vielmehr in ihrer Bewertung. Durch das Aufzeigen von Faktoren und Mechanismen einer wissenschaftlichen Mode legen beide Fraktionen – die Rationalist*innen und die Pragmatiker*innen – jeweils überzeugende Argumente vor, die im Rahmen der empirischen Betrachtung der Themenkarrieren sowie in der abschließenden Diskussion dieser Arbeit aufzugreifen sind. Ein weiterer Vorzug liegt darin, dass – fraktionsübergreifend – ein Bewusstsein von und ein offener Umgang mit Modeerscheinungen angemahnt wird. Schließlich können die Prozesse und Effekte einer Modeerscheinung nur dann kontrolliert, gesteuert und genutzt werden, wenn ihre Existenz anerkannt wird.

In dieser Arbeit wird der Begriff der Mode aus zwei Gründen für die Bezeichnung des untersuchten Phänomens vermieden. Zum einen ist in dem Begriff neben einer breiten Diffusion des Gegenstands, auch dessen prinzipielle Vergänglichkeit

angelegt (Zapf 1989: 177). Für die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Themen in der Planungswissenschaft ist allerdings eher eine Institutionalisierung als ein Verschwinden auszumachen. Zum anderen erzeugt der Begriff automatisch eine Dichotomie, bei der eine ‚*rationale Wissenschaft*‘ abseits von Moden nahegelegt wird, die von sozialen und ästhetischen Kriterien der Erkenntnisproduktion unabhängig zu sein scheint. Damit einhergehend werden Moden tendenziell als negativ und ‚*unwissenschaftlich*‘ abgewertet, wie zahlreiche Veröffentlichungen belegen. Diese Abwertung von Themenkarrieren ist nicht das Ziel dieser Arbeit, wohl aber das Verstehen ihrer Mechanismen und das Schaffen eines Bewusstseins für deren Existenz.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Zur Entwicklung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen

3

Dieses Kapitel legt den zweiten von drei Teilen des theoretischen Fundaments für die Identifizierung, Beschreibung und Erklärung von Themenkarrieren in der Wissenschaft. Dabei wird das Gebiet der Wissenschaftssoziologie verlassen und stattdessen auf Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie der Politikwissenschaft fokussiert. Dies hat den Hintergrund, dass letztgenannte Disziplinen die Frage nach der Entstehung von Themen (im Gegensatz zur Wissenschaftssoziologie) bereits seit Jahrzehnten verfolgen (allerdings nicht im Feld der Wissenschaft). Ziel des Kapitels ist es also, Konzepte, Merkmale und Mechanismen der Themenentstehung zusammenzutragen, deren Übertragbarkeit auf die Wissenschaft in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit geprüft werden kann. Dies fängt bei der Klärung grundlegender Begriffe wie *Thema* oder *Themenkarriere* an und hört bei der Evaluation unterschiedlicher Ansätze der Agenda Setting-Forschung auf. Auf diese Weise sollen die Wissenschaftssoziologie und die Planungswissenschaft durch die Forschungstraditionen der Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie der Politikwissenschaft befruchtet werden.

Wie sich zeigen wird, sind die Rahmenbedingungen der Themenentstehung in den Medien, der Politik oder der allgemeinen gesellschaftlichen Öffentlichkeit andere als jene in der Wissenschaft. Eine 1:1-Übertragung hier identifizierter Theorien und Modelle auf die Wissenschaft ist schon deshalb nicht vorgesehen. Stattdessen sollen etablierte Erkenntnisse anderer Disziplinen gesammelt werden, die unter Berücksichtigung der besonderen Strukturen der Wissenschaft für potenziell erklärungsrelevant im Rahmen der Fragestellung eingestuft werden. Diese theoretische Grundlage ermöglicht schließlich die informierte Justierung und Fokussierung des analytischen Rahmens dieser Arbeit sowie der empirischen Analyse der planungswissenschaftlichen Thematisierungsprozesse. Dabei

werden zum einen zentrale Begriffe der Themenentstehung eingeführt, die in der Wissenschaftssoziologie bislang nicht konzeptualisiert wurden, die aber für die empirische Analyse der Themenkarrieren in der Planungswissenschaft benötigt werden. Zum anderen wird auf einige zentrale Konzepte in Kapitel 9 und 10 recurriert, um ihre Eignung für die Beschreibung und Erklärung der Entstehung von Themen in der Wissenschaft abzuwägen.

Zunächst werden in Abschnitt 3.1 Konzeptualisierungen der Begriffe *Thema*, *Öffentlichkeit* und *Aufmerksamkeit* diskutiert, die bei der Festlegung des analytischen Rahmens aufgegriffen und zu einem eigenen Verständnis zentraler Kategorien verdichtet werden (siehe Kp. 5.1). In den darauf folgenden Abschnitten werden unterschiedliche Forschungstraditionen zur Beschreibung und Erklärung der Themenentstehung erläutert. Hierzu gehören zunächst die auf Luhmann und Downs zurückgehenden Themenzyklusmodelle (Kp. 3.2). Daran anschließend werden Agenda Setting-Ansätze aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften diskutiert, die insbesondere auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Salienz und das Framing von Themen fokussieren (Kp. 3.3). Das letzte Teilkapitel behandelt *politikwissenschaftliche* Ansätze des Agenda Setting, die die hohe Bedeutung der öffentlichen Problematisierung von Themen für das Zustandekommen politischer Entscheidungen betonen und auf die Identifizierung von Mechanismen des Setzens und Blockierens von Themen durch rivalisierende Gruppen abzielen (Kp. 3.4).

3.1 Thema und öffentliche Aufmerksamkeit: Eine begriffsdefinitorische Auseinandersetzung

Die Begriffe *Thema* und *Aufmerksamkeit* stellen die zentralen Untersuchungskategorien dieser Arbeit dar und bedürfen daher einer nachvollziehbaren Abgrenzung, Definition und Operationalisierung. Insbesondere in der aus der Theorie abgeleiteten empirischen Übersetzung beider Konzepte wird der Forschungsgegenstand erst konstruiert, sodass hierin ein Schlüsselmoment für die Verknüpfung von Theorie und Empirie, für die Erhebung und Auswertung der Daten und folglich für die Ergebnisse dieser Arbeit zu sehen ist. Das Feld der Wissenschaftssoziologie kann dabei nicht als Bezugsquelle dienen, da die Begriffe hier bislang nicht konzeptualisiert wurden. Es wird daher auf die Medien- und Kommunikationswissenschaften zurückgegriffen, da hier die Begriffe originär verortet sind und bereits im Zentrum vieler empirischer Analysen stehen.

Der Begriff *Thema* findet je nach Anwendungsbereich unterschiedliche Verwendung, wird aber selten explizit definiert und operationalisiert. In angelsächsisch geprägten Diskursen wird *Thema* häufig synonym mit dem englischsprachigen *issue* behandelt, was wiederum zusätzliche Facetten eröffnet (s.u.). Grundlegende Quellen für die Konzeptualisierung von *Thema* in diesem Vorhaben sind vor allem die Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas sowie die Systemtheorie nach Luhmann, die beide – wie die vorliegende Arbeit – Akteur*innen und Kommunikation in den Vordergrund stellen. Zusätzlich werden Konzeptionen aus Agenda Setting- bzw. Themenzyklus-Forschungen vorgestellt, die aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie aus der Politikwissenschaft stammen.

Jürgen Habermas umreißt den Themenbegriff im Rahmen seiner kommunikationstheoretischen Konzeption der „*Lebenswelt*“ (Habermas 1981b: 173–293). In Abgrenzung zu phänomenologischen, subjektiven Deutungen, legt Habermas dabei ein dialogisches, intersubjektives Verständnis der Lebenswelt vor. Die Lebenswelt baut sich aus implizitem Wissen und diffusen Überzeugungen auf, die den Kommunikationsteilnehmer*innen als gemeinsamer Hintergrund ihrer Auseinandersetzung dienen (Habermas 1984: 590–591). Sie markiert den Bereich potenzieller Relevanzen der möglichen Verständigung und legt fest, was grundsätzlich „*thematisierbar*“ ist und was nicht. Im Hinblick auf das Thema hat die Lebenswelt folglich eine kontextbildende Funktion. Das in Frage stehende Thema grenzt einen Relevanzbereich ab, der den Vordergrund einer Kommunikation bildet (ebd.). Es schränkt den Bereich in einer Kommunikation zulässiger Bestandteile der Lebenswelt ein. Nur dieser Ausschnitt ‚*passt*‘ dann zum Thema, ist also im Kontext der Kommunikation „*thematisierungsfähig*“ (Kirsch und Weber 1999: 16). Habermas (1981a: 194) erläutert:

„Ein Thema kommt im Zusammenhang mit Interessen und Handlungszielen (mindestens) eines Beteiligten auf; es umschreibt den Relevanzbereich der thematisierungsfähigen Situationsbestandteile und wird durch die Pläne akzentuiert, die die Beteiligten auf der Grundlage der Situationsdeutung fassen, um ihre jeweiligen Zwecke zu verwirklichen.“

Nach Habermas sind Themen also an die Beteiligten gebunden und nicht personenunabhängig zu denken. Die Existenz eines Themas ist von dem gemeinsamen Wissen über die Inhalte, die ein Thema repräsentiert, abhängig (Gerhardt 2001: 86). Themen sind darüber hinaus mit Interessen verknüpft und besitzen damit eine immanente politische Dimension (Kirsch und Weber 1999: 15). Indem die Beteiligten auf Basis ihrer jeweiligen Pläne Beiträge in die Auseinandersetzung

einspeisen, erfährt das Thema im Rahmen der Kommunikation eine permanente Verschiebung bzw. Fortentwicklung (ebd.: 16).

In der Systemtheorie nach Niklas Luhmann nehmen Themen eine vergleichbare Funktion ein. Sie werden verstanden als „*mehr oder weniger unbestimmte und entwicklungsfähige Sinnkomplexe*“ (Luhmann 1970: 7). Sie liegen „*als Struktur jeder Kommunikation zugrunde, die als Interaktion zwischen mehreren Partnern geführt wird*“ (ebd.: 7–8). Die Frage, wie verständliche, das heißt „*nichtbeliebige*“ Kommunikation ermöglicht wird, führt zur Differenz von Themen und Beiträgen:

„Kommunikationszusammenhänge müssen durch Themen geordnet werden, auf die sich Beiträge zum Thema beziehen können. Themen überdauern Beiträge, sie fassen verschiedene Beiträge zu einem länger dauernden, kurzfristigen oder auch langfristigen Sinnzusammenhang zusammen.“ (Luhmann 1991: 213)

„Auf der Ebene von Themen lassen sich deshalb Sinnbezüge aktualisieren, die an der Einzelkommunikation kaum sichtbar zu machen wären.“ (Luhmann 1991: 216)

Während Themen also einen übergreifenden Kontext zur Einordnung von Kommunikationen darstellen, sind Beiträge die darin einzuordnenden Einzelkommunikationen.

Gemäß Luhmann (1991: 216) dienen Themen als „*sachlich-zeitlich-soziale Strukturen des Kommunikationsprozesses*“. Die *sachliche* Strukturierung eines Themas zielt darauf ab, dass gemeinsame Sinnkomplexe bei den Individuen erzeugt werden, die das Aneinandervorbeireden verhindern (Gerhardt 2001: 86). Claas (2015: 51) definiert Themen dementsprechend als „*Erwartungsstrukturen auf emergenter Ebene, durch welche die unendliche Menge an Möglichkeiten dessen, was man sagen könnte, im Vorfeld schon auf ein überschaubares Maß reduziert wird*“. Aus dieser Erwartungserwartung – also der Erwartung, die sich auf die Erwartung des Gegenübers bezüglich passender Beiträge bezieht – ergeben sich „*Thematisierungsschwellen*“, denn nicht alles kann mehr gesagt werden, sondern nur noch das, was als passend eingeschätzt wird (Luhmann 1991: 214). Die Strukturierung durch Themen besitzt eine *zeitliche* Komponente, denn Themen haben eine „*Lebensgeschichte*“ und entwickeln sich mit jedem neuen Beitrag fort (Luhmann 1970: 14). Ein Beitrag, der zu Beginn einer Themenkarriere für sinnvoll erachtet wird, kann zu einem späteren Zeitpunkt als unpassend abgelehnt werden oder umgekehrt. Themen selbst können „*alt oder neu, schon langweilig oder noch interessant, und all das für verschiedene Teilnehmer in verschiedener Weise*“ sein (Luhmann 1991: 214–215). Ein Thema strukturiert den Kommunikationsprozess *sozial*, indem es reguliert, „*wer was beitragen kann*“ (Luhmann

1991: 213). Indem in Abhängigkeit von einem Thema nur bestimmte Beiträge als zulässig gelten, „*diskriminieren*“ Themen Beiträge und damit auch die potenziell an der Kommunikation Beteiligten (ebd.:213): Nicht *jede* Person kann zu einem *bestimmten* Thema einen adäquaten Beitrag leisten, genauso wenig wie eine *bestimmte* Person nicht zu *jedem* Thema adäquat beitragen kann. Zudem können Themen Teilnehmer*innen zusammenführen, indem sie eine (thematische) Verbindung unter ihnen herstellen, und sie können Teilnehmer*innen binden, indem sie Erwartungen bezüglich zukünftiger Kommunikationen schaffen (ebd.: 213–215).

Zusätzlich zu diesen drei einander bedingenden Dimensionen der Themenstrukturierung nach Luhmann – inhaltlich, zeitlich, sozial – lässt sich eine vierte, *politische* Dimension konzeptualisieren (Gerhardt 2001: 87). Schließlich ist die Entwicklung eines Themas gemäß Luhmann (2005a: 169) mit unterschiedlichen Interessen verbunden, denn es gehört „[...] *zum politischen Geschick, zu spüren, in welcher Phase einer Themenkarriere man Themen aufgreift, sich von ihnen promovieren lässt, als Trittbrettfahrer von ihnen profitiert oder besser von ihnen lässt*“. Mit Blick auf die Planungswissenschaft und das mit ihr korrespondierende Handlungsfeld der Raumplanung lässt sich auch eine *räumliche* Dimension hinzufügen. So hängt es in der Raumplanung mitunter von lokal spezifischen topologischen und institutionellen Begebenheiten ab, ob und in welcher Form ein Thema aufgegriffen wird, wie sich bspw. anhand der Analyse lokal verhandelter Wissensarten zeigen lässt (vgl. Reuter und Jessen 2019; Zimmermann 2010).

Von diesen soziologischen Thema-Konzeptionen nach Luhmann und Habermas abzugrenzen ist das Begriffsverständnis der Agenda Setting- und Themenzyklusforschung¹. In der überwiegend englischsprachigen Forschungsliteratur kommt der begrifflichen und empirischen Bestimmung des Themas bzw. des *issue* eine Schlüsselrolle zu, schließlich bildet es häufig die grundlegende Untersuchungseinheit (Top 2006: 76). Allerdings hat die Literatur eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionen des *issue*-Begriffs hervorgebracht. Nicht zu Unrecht merken Lang und Lang (1981: 450) daher an:

„*What is an issue? Without a clear definition, the concept of agenda-setting becomes so all-embracing as to be rendered practically meaningless.*“

Trotz der Bandbreite der Definitionen von *issue* zeigt sich ein grundlegender Unterschied zu dem Themenbegriff, wie er in der Soziologie verstanden wird. Er ergibt sich aus dem unterschiedlichen Forschungsgegenstand: Während in der

¹ Luhmanns Themenkarriere (siehe Kp. 3.2) bildet hier eine Ausnahme.

Soziologie die Strukturierung der Kommunikation zwischen Personen im Fokus steht, ist es in der Agenda Setting-Forschung die gegenseitige Einflussnahme durch das Setzen und Rahmen von Themen bzw. Problemen insbesondere in und zwischen den Bereichen Politik, Medien und Öffentlichkeit. Damit einher geht die Betonung des Konflikthaften, die bspw. in der weit verbreiteten Definition von Cobb und Elder (1972: 82) zum Ausdruck kommt:

„An issue is a conflict between two or more identifiable groups over procedural or substantive matters relating to the distribution of positions or resources.“

Der Unterschied äußert sich auch in der unterschiedlichen Denotation des Begriffs *Thema* gegenüber dem englischen Pendant *issue* (Eichhorn 2005: 8). So würde das Thema *Klimawandel* in der politischen oder öffentlichen Diskussion als *issue* bezeichnet werden, während es als Bestandteil eines wissenschaftlichen Vortrags eher mit *Subject* oder *Topic* übersetzt würde.² Eine nähere Entsprechung des Begriffs *issue* im Deutschen wäre *Streitfrage*, *öffentliches Anliegen* oder *Problem*. In der deutschsprachigen Agenda Setting-Literatur sind insbesondere die Begriffe *Thema*, *issue* oder *Streitfrage* in Verwendung.

Auch die unterschiedlichen Konzeptionen von *issue* bieten einige Anknüpfungspunkte für diese Arbeit. Ein *issue* ist immer auf die öffentliche, nicht die private Sphäre bezogen. Ein Bezug auf Einzelpersonen ist daher nur vor dem Hintergrund ihrer öffentlich relevanten Rollen zulässig (Eichhorn 2005: 8–9). Ein *issue* umfasst immer ein oder mehrere Ereignisse, die dessen Höhepunkte und markante Zäsuren darstellen (Schulz 1976: 115). Ereignisse werden hier als diskrete, das heißt räumlich und zeitlich abgrenzbare Geschehnisse verstanden, zu denen bspw. auch mündliche Äußerungen gezählt werden können (Waldherr 2012: 12). Dieselben Ereignisse bzw. dieselben Objekte der Berichterstattung lassen sich jedoch ganz unterschiedlichen *issues* zuordnen, sodass sich „quasi-hierarchische Netzwerke“ ergeben (Eichhorn 2005: 9). Dabei bezieht sich die Hierarchie auf unterschiedliche Abstraktionsniveaus und meint keine eindeutige Zuordnung von unter- zu übergeordneten Themen (Leiner 2016: 9). *Issues* bringen also verschiedene Sub-*issues* bzw. untergeordnete Themen in einen Zusammenhang, sind aber selbst Teil mindestens eines weiteren, übergeordneten *issues* (Eichhorn 2005: 9). Der inhaltliche Gehalt eines Themas ergibt sich dann aus der Gesamtheit der verbundenen Objekte (bspw. Ereignisse oder Themen), wobei nicht jedes Objekt für ein Thema gleichermaßen bedeutsam

² Umgekehrt umfasst auch der Begriff ‚*issue*‘ Denotationen, die nicht mit dem Begriff ‚*Thema*‘ abgedeckt sind (bspw. ‚*Ausgabe*‘), die allerdings im Kontext der Fragestellung keine Bedeutung haben.

ist (Leiner 2016: 6). In Agenda Setting-Studien kommt der Bestimmung des Abstraktionsniveaus – bzw. der „*Kategorienbreite*“ (Eichhorn 2005), des „*Detailgrads*“ (Blumhoff und Seiffert 2014) oder des „*Auflösungsgrads*“ (Rössler 2006) – eines Themas eine wichtige Rolle zu. Wie konkret oder abstrakt ein Thema gefasst wird, entscheidet schließlich unter anderem darüber, welche Relevanz es im öffentlichen Diskurs entfaltet und welche Prozesse der Genese und Veränderung des Themas durch die*den Forschende*n in den Blick zu nehmen sind (Eichhorn 2005: 9).

Mit den Begriffen *issue*, *Thema* und *Themenkarriere* sind die Begriffe *Öffentlichkeit* und *Aufmerksamkeit* eng verknüpft. *Öffentliche Aufmerksamkeit* ist immer auf Themen gerichtet, *Themen* wiederum existieren nur, wenn öffentlich über sie kommuniziert wird und *Themenkarrieren* beschreiben den Verlauf öffentlicher Aufmerksamkeit gegenüber Themen (Newig 2004: 152–153).

In der kognitiven Psychologie wird *Aufmerksamkeit* beschrieben als die bewusste oder unbewusste Allokation knapper kognitiver Ressourcen auf einen diskreten Informationsgegenstand, bei gleichzeitiger Ausblendung anderer verfügbarer oder wahrnehmbarer Informationen (Anderson 2009: 63–91). Mit Blick auf die Fragestellung wird in dieser Arbeit die Aufmerksamkeit einer Öffentlichkeit betrachtet. *Öffentlichkeit* wird allgemein als Kommunikationssystem verstanden, in dem Akteur*innen sich in verschiedenen Foren und Medien über verschiedene Themen verständigen (Gerhardt 1998). Heruntergebrochen auf einzelne Kommunikationen, lässt sich Öffentlichkeit als die Gesamtheit aller *potenziell* an der Kommunikation beteiligten Akteur*innen betrachten. Häufig wird die Öffentlichkeit auch von den Medien bzw. der Politik abgegrenzt, um die Wechselbeziehungen zwischen den Systemen (bspw. Medien<->Publikum oder Politik<->Wähler) herauszustellen (bspw. Newig 2004).

Im Fokus der Theorien um *öffentliche* Aufmerksamkeit stehen folglich nicht individualpsychologische und kognitive Phänomene, sondern zwischenmenschliche, soziale Prozesse der Aufmerksamkeitsentstehung auf der Meso- und Makroebene. Ebenfalls ist das Konzept gegenüber dem Begriff der öffentlichen Meinung abzugrenzen, denn öffentliche Aufmerksamkeit bezieht sich nicht darauf, was Akteur*innen über ein Thema denken, sondern darauf, über welches Thema sie sich Gedanken machen. Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit schnell auf ein neues Thema richten (und von einem anderen abwenden) kann, wandeln sich die Meinungen und Überzeugungen bezüglich eines Themas in der Regel nur langsam, wobei Luhmanns Konzeption der öffentlichen Meinung hier eine Ausnahme darstellt (Newig 2004: 154; Luhmann 1970).

Im Rahmen der Themenzyklus- und Agenda Setting-Forschung wird öffentliche Aufmerksamkeit dementsprechend verstanden als die Fokussierung knapper

Ressourcen – Zeit und weiterer – von Interessengruppen, den Medien, der Politik oder der gesamten Gesellschaft darauf, Informationen zu einem bestimmtem öffentlich diskutierten Thema zu prozessieren (Ripberger 2011: 252; Ellis et al. 2011: 6; Newig 2004: 153). Hinzuzufügen ist dieser Definition der Aspekt der Kommunikation über die Informationen. Ohne diese bleibt die Aufmerksamkeit einer Vielzahl von Individuen nicht nur unerkannt, sie lässt sich auch nicht als öffentlich bezeichnen, denn Kommunikation ist das grundlegende Prinzip des Öffentlichkeitskonzeptes (Newig 2004: 155).

Über einen Zeitraum betrachtet, lässt sich öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema als Verlauf der Intensität verstehen, mit der die Ressourcen der Öffentlichkeit auf eben dieses Thema verwendet werden. Weil ein unerschöpflicher Fundus an Themen um ein weitestgehend gleichbleibendes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit konkurriert, ist öffentliche Aufmerksamkeit ein knappes Gut (Newig 2004: 153–154). Das Ausmaß, mit dem eine Öffentlichkeit ihre Ressourcen auf ein Thema konzentriert und darüber kommuniziert, lässt sich empirisch näherungsweise quantifizieren, etwa durch die Häufigkeit der Thematisierung in politischen (bspw. in Sitzungsprotokollen) oder medialen (bspw. in Tageszeitungen) Diskursen, wobei hier nicht die (schwer zu ermittelnde) kognitive Beschäftigung der Öffentlichkeit mit einem Thema, sondern nur die Kommunikation darüber als Indikator herangezogen wird.

Schlussfolgerungen

Auf der Grundlage der hier dargestellten Aufschlüsselung medien- und kommunikationswissenschaftlicher Konzeptualisierungen von *Thema/issue* und *öffentlicher Aufmerksamkeit* soll die Entwicklung eines eigenen Verständnisses erfolgen. Dabei werden die Konzepte erstmals auf das System der Wissenschaft angewendet, was ein umfassendes Verständnis von dessen Strukturen und Mechanismen (siehe Kp. 4) voraussetzt. Die – wissenschaftssoziologisch informierte – Ableitung einer eigenen Konzeptualisierung wird daher nicht an dieser Stelle vorgenommen, sondern im Rahmen der Forschungsheuristik in Abschnitt 5.1. Die Operationalisierung der Konzepte erfolgt anschließend im Rahmen der Methodik (siehe Kp. 6.2) und die Anwendung auf das Untersuchungsfeld (Planungswissenschaft) in den empirischen Kapiteln (siehe Kp. 7 und 8).

Eine im Rahmen der Forschungsheuristik dieser Arbeit einzuführende Konzeption für die Analyse von *Themen* bzw. *issues* in der Wissenschaft kann von beiden oben angeführten Traditionen – Soziologie und Agenda Setting – profitieren. Zum einen bietet die *Soziologie* eine tiefergehende Analyse der Funktion eines Themas als Strukturierungselement von Kommunikationen. Vor dem Hintergrund der

in dieser Arbeit eingenommenen Perspektive ist es wichtig zu betonen, dass Themen nicht allein inhaltlich strukturiert sind, sondern dass sie auch eine *zeitliche, soziale, politische* und *räumliche* Dimension aufweisen: Themen bestimmen einen Sinnkomplex (inhaltlich), der einem permanenten Wandel unterliegt (zeitlich), zu dem nicht alle Akteur*innen einen gleichermaßen qualifizierten Beitrag leisten können (sozial), dessen Verhandlung mit Interessen verbunden und dementsprechend umkämpft ist (politisch) und der lokalspezifische Konnotationen, Verläufe und Interessen aufweist (räumlich). Für die Berücksichtigung dieser Dimensionen im Rahmen der Empirie ist wiederum die Agenda Setting-Forschung aufschlussreich, die die Bedeutung einer nachvollziehbaren und bedachten Operationalisierung hervorhebt. Als Begriff wird im empirischen Teil der Arbeit *Thema* gegenüber *issue* oder *Streitfrage* vorgezogen, da es in der deutschsprachigen Planungswissenschaft am ehesten ein intersubjektiv geteiltes Verständnis dessen vermittelt, worauf diese Arbeit abzielt. In den folgenden Teilkapiteln (3.2 bis 3.4) werden jedoch weiterhin auch die Begriffe *issue* und *Streitfrage* verwendet, um die im Rahmen des jeweils geschilderten Modells eingesetzte Begrifflichkeit wiederzugeben.

3.2 Themenzyklusmodelle

In diesem Kapitel werden Modelle zur Beschreibung und Erklärung des zyklischen Verlaufs der öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber Themen bzw. *issues* diskutiert. Diese primär in den Medien- und Kommunikationswissenschaften eingesetzten Modelle gehen von der Beobachtung aus, Politik, Medien oder Öffentlichkeit würden bestimmten Streitfragen temporär mehr Aufmerksamkeit beimessen als anderen. Sie systematisieren den Themenverlauf auf der Basis quantitativer Daten anhand von Phasen mit dem Ziel, die jeweiligen Charakteristika jenseits konkreter Fallstudien verallgemeinern zu können. Im Gegensatz zu Agenda Setting-Ansätzen, die auch systemübergreifende Kommunikationen und wechsdynamische Perspektiven ins Auge fassen, konzentrieren sich Themenzyklusmodelle auf den Themenverlauf innerhalb einer Arena (Waldherr 2008b: 301). Grundlegend für die Themenzyklusforschung und bis heute relevant sind die unabhängig voneinander entwickelten Modelle von Niklas Luhmann (1970, 1996) und Anthony Downs (1972).

Luhmann entwickelte sein Konzept der Themenkarriere aufbauend auf verhaltens- und systemtheoretischen Ansätzen und wendete das Modell zunächst auf das politische System (Luhmann 1970) und später auf das System der

Massenmedien (Luhmann 1996) an. Dabei ist das Thema nicht unbedingt Eigenprodukt des untersuchten Systems, wird aber durch das System aufgegriffen und hier einer Karriere ausgesetzt, die sich nicht mehr durch ursprüngliche, systemexterne „Befunde“ erklären lässt (ebd.: 28). Luhmann beobachtet, dass Themen im strukturellen Rahmen des politischen Systems nicht beliebig erzeugt werden können,

„[...] sondern eine Art Lebensgeschichte haben, die, wie das Leben selbst, verschiedene Wege gehen und vorzeitig abgebrochen werden kann, gleichwohl aber nach typischen Phasen geordnet ist. In den einzelnen Phasen der Karriere eines Themas stehen jeweils bestimmte Möglichkeiten offen, sind jeweils bestimmte Probleme zu lösen, bestimmte Teilnahmevoraussetzungen zu erfüllen, und daraus ergeben sich strukturierte Handlungschancen für diejenigen, die das Thema bewegen, es fördern, bremsen, blockieren oder auf bestimmte Bahnen leiten möchten.“ (Luhmann 1970: 14)

Grundlegend für Luhmanns Modell ist das Verständnis von Aufmerksamkeit als knappes Gut. So können gesellschaftliche Teilsysteme nur eine begrenzte Anzahl von Themen gleichzeitig behandeln und müssen daher fortlaufend eine Auswahl treffen. Alte Themen müssen „abgefertigt“ werden, um Raum für neue Themen zu gewinnen (Luhmann 1970: 15). Im Ergebnis erhalten bestimmte Themen für einen gewissen Zeitraum erhöhte Aufmerksamkeit. Sie erfahren eine Themenkarriere, die typischerweise die folgenden vier Phasen umfasst:

1. Latente Phase: Das Thema ist Eingeweihten und Interessierten bereits bekannt, allerdings ist noch nicht klar, ob, wann und in welcher Form es von Politiker*innen aufgegriffen werden wird. Noch gibt es keinen Zeit- bzw. Handlungsdruck. Häufig „vegetieren Themen in dieser Vorform lange dahin“, bis sie die Kraft für eine Karriere gesammelt haben und die richtige Zeit für einen Durchbruch bzw. die öffentliche Thematisierung gekommen ist. Manche Themen kommen nie über die Latente Phase hinaus (Luhmann 1970: 14).
2. Durchbruchphase: Es finden sich mutige Akteur*innen zusammen, denen die Kreation des Themas gelingt, die es also rahmen und verbreiten. Sie setzen auf das Thema und widmen ihm Zeit, Ressourcen und Kontakte. Gemäß Luhmann (1970: 14) sind es oft Außenseiter, „die nur an diesem einen Thema interessiert sind und politisch nicht viel zu verlieren haben“. Ebenso nehmen oft Neulinge zentrale Positionen ein, „die auf dem Thema reitend eine eigene Karriere beginnen“. Unter Einsatz von Ressourcen, aber auch mit Glück und Geschick, erreichen sie, dass das Thema nicht mehr nur die Themenpromotor*innen und Interessierten beschäftigt, sondern auch auf die Agenda derer gelangt, die über wechselnde Themen entscheiden oder berichten. Allerdings

können einige Eliten das Thema auch in dieser Phase noch ignorieren, blockieren oder auf die „*Seitengleise unpolitischer Angelegenheiten*“ schieben (Pfetsch 1994: 14).

3. Modephase: Es gelingt, das Thema nicht nur als wichtig und dringlich, sondern auch als politisch lösbar in der öffentlichen Auseinandersetzung zu verankern (Pfetsch 1994: 14). Es gewinnt an öffentlicher Resonanz und übernimmt seine Funktion als Strukturierungselement im Prozess öffentlicher Kommunikation (Rössler 2015: 463–465). Streitbar sind einzelne Meinungen und Entscheidungen, das strukturierende Thema selbst jedoch entzieht sich durch Selbstverständlichkeit der Disposition. Die Gegner müssen sich auf einzelne Vorbehalte, Verzögerungstaktiken oder bedingte Anerkennung zurückziehen. Die Förderinnen und Förderer müssen jetzt versuchen, es zu institutionalisieren, denn die Zeit dafür ist knapp (Luhmann 1970: 14–15).
4. Ermüdungsphase: Schließlich zeigen sich erste Ermüdungserscheinungen. Es wird sich distanzierter geäußert und Bedenken nehmen größeren Raum ein.

„Bald darauf verliert das Thema seine werbende Kraft. Die Kenner wenden sich von ihm ab. [...] Wer sich jetzt noch mit Verve für das Thema einsetzt, zeigt nur, daß er nicht auf dem laufenden ist. Als Impuls für Veränderungen ist das Thema tot, jedenfalls schwieriger zu beleben als ungeborene Themen, weil seine Geschichte eine Erneuerung blockiert.“ (Luhmann 1970: 15)

Für die Ermüdung der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema ist nicht entscheidend, inwieweit das dem Thema zugrunde liegende Problem gelöst wurde (Rössler 2015: 463–465).

Downs macht in seinem viel beachteten Artikel „*Up and Down With Ecology*“ (1972) ähnliche Beobachtungen wie Luhmann und kommt zu einer vergleichbaren Phaseneinteilung. Durch seinen Begriff „*issue-attention cycle*“ weist er bereits darauf hin, dass Thematisierungsprozesse zyklisch zu verstehen sind, dass also der Abschwung des einen mit dem Aufschwung eines anderen Themas korrespondiert, da die Medienöffentlichkeit im Sinne eines Nullsummenspiels eine mehr oder weniger gleichbleibende Zahl von Themen prozessieren kann und muss. Die Betonung der Aufmerksamkeit repräsentiert deren Funktion als die zentrale Währung, in der sich der Stellenwert eines öffentlichen Themas ausdrückt (Rössler 2015: 464). Stärker als Luhmann fokussiert Downs auf das Verhältnis zwischen öffentlicher Aufmerksamkeit und Streitfrage und nimmt nur am Rande Strukturen und Akteur*innen in den Blick. Angesichts dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass Downs für den Durchbruch eines Themas nicht das Handeln mutiger

Pionier*innen als ursächlich herausstellt, sondern eine Aneinanderreihung dramatischer Ereignisse. Im Gegensatz zu Luhmann beschreibt Downs außerdem eine fünfte Phase, die „*post-problem stage*“ (Downs 1972: 40–41). In dieser letzten Phase ist das Thema nicht mehr, oder wenn dann nur noch punktuell, Teil der öffentlichen Agenda. Allerdings hat die öffentliche Aufmerksamkeit nun eine andere Beziehung zum Thema als vor dessen erstmaligem Erscheinen auf der Agenda. Hat es den *issue-attention cycle* bereits durchlaufen, kann es jederzeit wieder öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Zur Lösung der Streitfrage wurden außerdem, etwa durch ein neues Gesetz oder ein neues Gremium, möglicherweise Strukturen dauerhaft transformiert, die über den Lebenszyklus des *issues* hinaus Wirkung entfalten. Auch hebt Downs hervor, dass einzelne Aspekte der Streitfrage mit einem neuen *issue* verknüpft werden können, das gerade erst auf die Agenda gelangt (ist) (Downs 1972: 39–41).

Aufbauend auf Luhmann und Downs wurden zahlreiche weitere Themenzyklusmodelle entwickelt. Sie beruhen auf ähnlichen Überlegungen, reichern diese aber durch Einzelfallstudien mit empirischen Befunden an und/oder verknüpfen sie mit Ansätzen anderer Disziplinen. Das grundlegende Muster eines Themenzyklus – je nach empirischem Untersuchungsgegenstand und theoretischer Einbettung in unterschiedlichen Ausprägungen – wird dabei immer wieder bestätigt (Rössler 2015: 464): Die Aufmerksamkeit eines Teilsystems (Politik, Medien, Öffentlichkeit) gegenüber einem Thema schwankt zunächst auf niedrigem Niveau. Es folgt der Durchbruch und mit ihm ein steiler Anstieg der Aufmerksamkeit. Nach einer meist schmalen Spitze fällt die Aufmerksamkeit im weiteren Verlauf – teils stufenweise, teils in Wellen – wieder ab (Miltner und Waldherr 2013: 273). Modifiziert werden die ursprünglichen Modelle primär in der Abgrenzung, Charakterisierung und Dauer der einzelnen Phasen (vgl. bspw. Rössler 2015: 463–465; Kolb 2005: 41–100; Mathes und Pfetsch 1991; Pfetsch 1986; Wien und Elmelund-Præstekær 2009; Berens 2001; McComas und Shanahan 1999). Unterschiede treten insbesondere bezüglich der letzten Phase auf, bei der einige Studien ein gegenüber der Latenzphase erhöhtes Niveau der Aufmerksamkeit feststellen, während in anderen Studien die Aufmerksamkeit auf das Niveau der Latenzphase zurückfällt. Auf der Grundlage einer umfassenden interdisziplinären Synopse von Lebens- und Themenzyklusmodellen gelangt Kolb (2005: 301–302) für sein daraus abgeleitetes, eigenes Modell zu der vergleichsweise wertungsfreien Phasendenomination mit Latenz-, Aufschwung-, Etablierungs-, Abschwung- und Marginalisierungsphase (siehe Abb. 3.1).

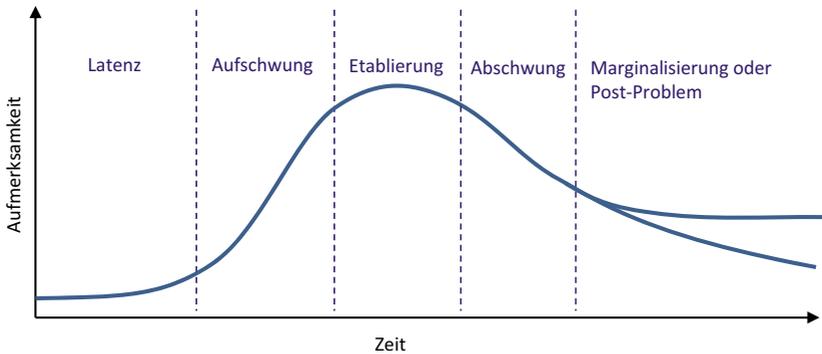


Abb. 3.1 Klassische Aufmerksamkeitskurve in Themenzyklusmodellen (*Eigene Darstellung basierend auf Luhmann (1970), Downs (1972) und Kolb (2005: 301–302)*)

Newig (2004) führt aus, dass Themenzyklen ab einer gewissen Kategorienbreite bzw. Großmaßstäblichkeit des Themas nicht mehr auszumachen sind. Stattdessen zeigen solche breiten Politikfelder, wie bspw. „Umwelt“ oder „Bildung“, lediglich langsame Veränderungen in unterschiedlich verlaufenden Aufmerksamkeitskurven. Allerdings ist es möglich, dass eine Vielzahl einzelner Sub-Themen (bspw. *Waldsterben*, *Ozonloch*, *Treibhauseffekt*) jeweils Themenzyklen erleben, die die Aufmerksamkeit gegenüber dem übergeordneten Thema (bspw. *Ökologie*) immer wieder „aufladen“ (Newig 2004: 155–156) (siehe Abb. 3.2). Damit lässt sich erklären, warum die in Downs' Werk „*Up and Down With Ecology*“ (1972) formulierte These, die Aufmerksamkeit der US-amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem Thema *Ökologie* würde bald abflauen, sich als offensichtlich falsch erwiesen hat. Nämlich nicht aufgrund der generellen Untauglichkeit des Modells, sondern weil das Thema *Ökologie* für das Modell zu breit angelegt war.

Häufig werden die Themenzyklusmodelle erweitert, indem sie mit anderen Theorien oder Modellen verknüpft werden. Grundsätzlich ist dabei festzustellen, dass zum einen die (unterschiedlich gehandhabte) systematische Phaseneinteilung des Modells, zum anderen aber auch die fehlende Weiterentwicklung in Richtung eines umfassenden und wirklich erklärenden theoretischen Programms eine gute Grundlage für die Integration von Theorien bietet, deren Stärken anders gelagert sind. Als Beispiele seien Verknüpfungen mit Agenda Setting- oder Framing-Modellen aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften (bspw. Brosius und Eps 1993), Agenda Setting-Modellen aus der Politikwissenschaft

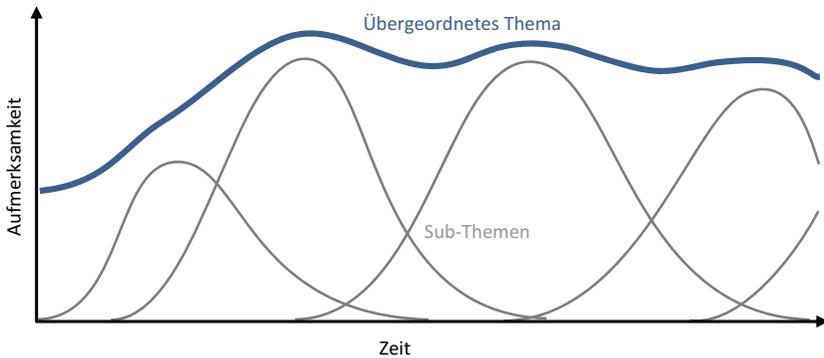


Abb. 3.2 Verlauf der Aufmerksamkeit eines übergeordneten Themas (blau) (*Eigene Darstellung basierend auf Newig (2004: 156)*)

(bspw. Paasch-Colberg 2017), Lebenszyklusmodellen aus der Wirtschaftswissenschaft (bspw. Kolb 2005) oder auch mit *issue*-Management Ansätzen aus der Unternehmenskommunikation (bspw. Lütgens 2001; Ingenhoff 2004) genannt. Insbesondere letztere Theorieverknüpfungen deuten ein weiteres Anwendungsgebiet des Modells an, denn es dient oft als Grundlage für die Entwicklung eines Interventionsinventars, mit dem der Thematisierungsprozess beeinflusst werden kann (Rössler 2015: 463–465).

Schlussfolgerungen

Das Themenzyklusmodell – mit unterschiedlich segmentierten Phasen von Latenz, Aufschwung, Etablierung und Abschwung – stellt bis heute eine beliebte und vielfach bewährte Heuristik dar, mit deren Hilfe empirisches Material strukturiert und in jeweils vergleichbare Segmente aufgeteilt werden kann. Erkenntnisse zu einzelnen Aspekten der Themenkarriere können so zielgerichtet gewonnen und verallgemeinert werden. Häufig kommt dabei eine quantitative Analyse der Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema im Zeitverlauf – bspw. auf Basis von Zeitungsartikeln – zur Prüfung der Themenzyklushypothese zum Einsatz. Beides – eine quantitative Analyse auf der Basis von Publikationsdaten sowie eine Segmentierung der Themenkarriere zu Analyse Zwecken – erfolgt auch im Rahmen dieser Arbeit (siehe Kp. 6–8), um evaluieren zu können, ob und in welcher Form Themenkarrieren auch in der Planungswissenschaft vorliegen. Darüber hinaus sind die dargelegten Erkenntnisse zu den Mechanismen, die im Zuge der Phasen bzw. der Phasenübergänge ablaufen, für die Beantwortung der hier verfolgten Forschungsfrage

aufschlussreich. Dabei ist insbesondere die strukturierende Wirkung einer Themenkarriere für das Handeln verschiedener Akteur*innengruppen im Sinne Luhmanns zu nennen. So ergeben sich aus den jeweiligen strategischen Interessen dieser Gruppen in Abhängigkeit von dem Stadium der Themenkarriere unterschiedliche Handlungsoptionen, die wiederum für die Entwicklung des Themas maßgeblich sind. Die allen Themenzyklusmodellen zugrundeliegende Hypothese, dass die Kommunikation über das Thema ein Eigenleben im öffentlichen Diskurs entfaltet, das sich abgekoppelt von einer – wie auch immer zu bestimmenden – ‚objektiven‘ Relevanz entwickelt, ist Ausgangspunkt dieser Arbeit.

3.3 Agenda Setting in den Medien- und Kommunikationswissenschaften

Die Medien- und Kommunikationswissenschaften befassen sich primär mit der Rolle des Mediensystems im öffentlichen und politischen Diskurs. Demnach vermittelt das Mediensystem zwischen den Teilsystemen der Gesellschaft (bspw. Wirtschaft, Wissenschaft) und der Politik und übernimmt eine entscheidende Rolle bei der Selektion und Definition der relevanten, lösungsbedürftigen Probleme sowie bei der Herstellung gesellschaftlicher und politischer Aufmerksamkeit für diese Probleme (Paasch-Colberg 2017: 52). Während Themenzyklusmodelle den Verlauf der öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema beschreiben und dabei grundlegende Mechanismen dieses Verlaufs auf der Makroebene identifizieren, gehen die hier geschilderten *Agenda Setting-Ansätze* ins Detail und analysieren die Themen*produktion* durch mediale Akteur*innen. Die Stärke der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Agenda Setting-Ansätze liegt daher in der Identifizierung und Erklärung von Mechanismen der Themenselektion und -konstruktion. Analog zu den Themenzyklusmodellen wird Aufmerksamkeit – der Medien, Politik oder Gesellschaft – als eine begrenzte Ressource verstanden, um welche die Themen miteinander in Konkurrenz stehen, denn, so konstatiert Zhu (1992: 825): „*The addition of any new issue onto the public agenda is at the cost of other issues*“. *Agenda* lässt sich hier verstehen als „*a list of issues and events that are viewed at a point in time as ranked in a hierarchy of importance*“ (Rogers und Dearing 1988: 565).

Ausgangspunkt für das Agenda Setting-Konzept ist Bernard C. Cohens Hypothese: „*[the press] may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think about*“ (Cohen 2015 [1963]: 13). McCombs und Shaw (1972: 177) wiesen schließlich

nach, dass die Themengewichtung in der medialen Berichterstattung einen Einfluss darauf hat, welche Themen die Rezipient*innen für wichtig erachten und führten den Begriff des Agenda Setting ein (McCombs und Shaw 1972; Paasch-Colberg 2017: 34). Diese in zahlreichen Studien bewiesene These (für einen Überblick siehe Wolfe et al. 2013: 178) markierte den Beginn eines Paradigmenwechsels weg von dem Fokus auf das direkte Übertragen von Meinungen und Einstellungen bezüglich eines Themas durch die Medien auf die Rezipient*innen – welches nur in wenigen Fällen beobachtet werden konnte – und hin zur Übertragung einer Agenda bzw. einer Auswahl von Themen, die für wichtig erachtet werden (Bulkow und Schweiger 2013: 172; Wolfe et al. 2013: 178; Zahariadis 2016: 4).

Zentral für das Agenda Setting ist demnach die Konstruktion von Wichtigkeit oder Salienz eines Themas und weniger dessen Kontextualisierung und Bewertung. Nichtsdestotrotz nimmt Agenda Setting Einfluss auf persönliche Einstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Indem sich die Salienz eines Themas bei den Rezipient*innen erhöht, wird es bei späteren Bewertungen oder Urteilsbildungen stärker ins Gewicht fallen. Lang und Lang (1981: 449) kommen daher zu dem Schluss, dass sich die Herstellung von Salienz und die Übertragung von Meinungen nicht trennen lassen:

„What people think may not be as easily separable from what they think about as the various formulations of agenda-setting have implied. On the contrary, many differences in opinion originate from the different weights people attach to elements in a complex situation.“

Durch die Herstellung von Salienz bestimmter Themen und Themenattribute beeinflussen die Medien also die Gewichtung gesellschaftlicher Probleme in der öffentlichen Kommunikation. Über diesen Umweg werden Bewertungsmaßstäbe verschoben und dadurch soziales Handeln und politische Entscheidungsprozesse strukturiert (Paasch-Colberg 2017: 36–38).

Verschiedene Forschungstraditionen im Rahmen der Medien- und Kommunikationswissenschaften beschäftigen sich mit den Prozessen und Faktoren, die maßgeblich für die mediale Selektion eines Themas sind – darunter insbesondere Forschungen zu Nachrichtenwert, Gatekeeper*innen und *issue obstrusiveness* (vgl. Eichhorn 2005; Rauchenzauner 2008; Vonbun et al. 2016). Die häufig identifizierten Faktoren lassen sich unterscheiden in solche, die sich auf das Thema beziehen und solche die sich auf das Medium bzw. die Journalist*innen beziehen. Anhand der Charakteristika des Mediums oder der Journalist*innen lässt sich abschätzen, ob und in welcher Form ein bestimmtes Thema oder Ereignis

aufgegriffen wird und welchen Einfluss die Berichterstattung haben wird. Zu diesen Eigenschaften zählen bspw. der Produktionszyklus und die Geschwindigkeit der Berichterstattung (bspw. Wochenmagazin oder Online-Nachrichtenportal), der thematische Zuschnitt (bspw. fachspezifisch oder allgemein) sowie die Funktion innerhalb der Medienlandschaft (bspw. nationale Meinungsführung oder Lokalberichterstattung) (vgl. Vonbun et al. 2016: 1056–1059).

Die auf das Thema bezogenen Faktoren der medialen Selektion lassen sich differenzieren in (1.) Nachrichtenfaktoren, die einem Thema zugeordnet werden und die im Rahmen der Nachrichtenwerttheorie häufig als „objektspezifisch“ bezeichnet werden, sowie in (2.) Nachrichtenwert, der durch die Gewichtung der Nachrichtenfaktoren auf Seiten der Rezipient*innen entsteht, der also je nach Rezipient*in variiert (Schulz 1990: 30). Viele Arbeiten beschäftigen sich mit der Identifizierung und Auflistung von Nachrichtenfaktoren (für eine Übersicht, siehe Harcup und O’Neill 2017; Schultz 2007; Rauchenzauner 2008; Maier et al. 2018). Exemplarisch seien hier die Faktoren Neuigkeitswert/Zeitlichkeit, Überraschungseffekt, Nähe/Identifikation, Konflikthaftigkeit, Bekanntheit/Prominenz und Illustrierbarkeit genannt. Je stärker Journalist*innen diese Faktoren erfüllt sehen, so die Theorie, umso wahrscheinlicher ist die Berichterstattung und umso größer ist voraussichtlich der Raum, der dieser Berichterstattung eingeräumt wird.

Aus der Agenda Setting-Perspektive heraus wurde das sogenannte „second-level agenda setting“ – auch „attribute agenda setting“ oder „framing“ – entwickelt, das unterhalb der Themenebene ansetzt und die Attributionen eines Themas untersucht (Paasch-Colberg 2017: 37; Kioussis et al. 1999: 414–416). So befasst sich der Framing-Ansatz gemäß Rössler (2015: 473) „mit der Art und Weise, in der Sachverhalte in der öffentlichen Diskussion ‚gerahmt‘ werden, d. h., welche Aspekte betont und welche weggelassen, welche Bezüge hergestellt und welche Parallelen gezogen werden“. Typischerweise wird das Framing-Konzept auf die Rahmung bestimmter *Fakten* oder *Ereignisse* bezogen, genauso können aber auch *Themen* mit bestimmten Attributen und anderen Themen verknüpft und somit gerahmt werden (Potthoff 2012: 20). Nach einer verbreiteten Definition von Entman (1993: 52) bedeutet Framing,

„[...] to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described.“

Während also der Agenda Setting-Ansatz die Selektion von Themen und das Herstellen von deren Salienz in der Öffentlichkeit fokussiert, zielt der Framing-Ansatz auf die Perspektivierung der ausgewählten Themen (Kiousis et al. 1999: 414–416). Durch die Hervorhebung, Auslassung und Selektion bestimmter Attribute wird ein bestimmtes Deutungsmuster etabliert, das wiederum die Aufmerksamkeit gegenüber dem Ereignis sowie dessen Bewertung beeinflusst. Diese Verknüpfung zwischen dem Framing eines Ereignisses und der Herstellung von Aufmerksamkeit bzw. dem Agenda Setting wird im Rahmen der Forschung zu „*Compelling Arguments*“ betont, die zeigt, dass die zunehmende Salienz bestimmter Themenattribute auch die Salienz des Themas selbst erhöht (Wolfe et al. 2013: 178; McCombs und Ghanem 2001).

Eine Grundidee des Agenda Setting- sowie des Framing-Konzeptes ist, dass Agendas und Frames nicht von selbst emergieren, sondern von gesellschaftlichen Akteur*innen (strategisch) formuliert und eingesetzt werden. In manchen Diskursen werden bspw. Themenunternehmer*innen ausgemacht, also professionelle Akteur*innen und Organisationen, die bestimmte Deutungsmuster forcieren und bestimmte Deutungsprozesse in Gang setzen wollen (Waldherr 2008a: 174). Hier setzen auch Themenmanagement- und PR-Ansätze an, die auf die Strategien fokussieren, die zum Einsatz kommen, um diejenigen Themen in der Berichterstattung zu verankern, die dem eigenen Programm nützen oder dem politischen Gegner schaden. Komplementär zu diesem Verständnis von Agenda Setting verhält sich das „*Agenda Cutting*“, also der Versuch diejenigen Themen aus der Berichterstattung herauszuhalten oder zu entfernen, die für das eigene Programm nachteilig bzw. für das gegnerische Programm vorteilhaft sind. „*Agenda Surfing*“ bezeichnet schließlich das Aufgreifen eines aufkommenden Themas in der öffentlichen Kommunikation, um Aufmerksamkeit für das eigene Programm zu erzeugen und sich politisch zu profilieren (Brettschneider 2014: 653).

Verschiedene Arbeiten verknüpfen Ansätze aus der Agenda Setting-Forschungstradition mit Themenzyklusmodellen. Von der Beobachtung ausgehend, dass sich Durchbruch und Aufschwung eines Themas häufig auf ein Schlüsselereignis zurückführen lassen, analysieren Brosius und Eps (1993) die durch ein Ereignis induzierten Agenda Setting-Mechanismen. Sie weisen inhaltsanalytisch nach, wie sich im Nachgang eines Schlüsselereignisses die journalistischen Selektionskriterien verändert haben (Scheufele 2016: 289). So wird durch ein Schlüsselereignis entweder ein neues Thema geschaffen oder einem schon bekannten Thema eine neue Dimension verliehen. In beiden Fällen müssen Journalist*innen und Rezipient*innen neue Maßstäbe für die Bewertung und Einordnung des Ereignisses entwickeln. Dieses Bedürfnis nach Orientierung zieht zum einen eine stärkere Achtsamkeit gegenüber vergleichbaren Ereignissen nach

sich und führt zum anderen zu einer intensivierten Suche nach Informationen über das Ereignis und verwandte Themen durch die Journalist*innen (Rauchenzauer 2008: 21–24). In der Folge wird die einschlägige Berichterstattung stark ausgeweitet, was den Eindruck einer außergewöhnlichen Häufung entsprechender Ereignisse und einer besonderen Wichtigkeit des Themas vermittelt, auch wenn sich anhand statistischer Daten nachweisen lässt, dass sich an der tatsächlichen Situation nichts geändert hat (ebd.: 23). Hinzu kommt, dass ein Schlüsselergebnis und die diesbezügliche Berichterstattung gesellschaftliche Auswirkungen haben, die wiederum zu einer Etablierung des Themas führen, etwa wenn die Politik mit Entscheidungen auf die öffentliche Erregung reagiert oder wenn Interessengruppen die Gelegenheit ergreifen, das Thema voranzutreiben (ebd.: 25).

Mathes und Pfetsch (1991) arbeiten die Rolle der Massenmedien in den unterschiedlichen Phasen heraus und zeigen, dass die Berichterstattung über ein Thema teilweise von Spezial- und Alternativmedien ausgeht. Diese rücken das Thema als erstes in den Fokus und bereiten es für den Diskurs in einer Teilöffentlichkeit auf, von wo es – vermittelt durch ein Transmitter-Medium, das zwischen Alternativ- und Mainstream-Medien verortet ist – schließlich durch die Mainstream-Medien aufgegriffen wird (ebd.: 53). Dieser medieninterne „*spill-over-effect*“ (ebd.: 42–57) wird konzeptionell auch unter „*intermedia agenda setting*“ gefasst (Rössler 2015: 464). Der Ansatz von Mathes und Pfetsch betont die Rolle der Mainstream- oder Leitmedien insbesondere in der Durchbruchphase. Indem andere Journalist*innen diese als Informationsquelle und Bezugsrahmen für ihre eigene Berichterstattung nutzen, diffundieren deren Themengewichtungen und Frames. Aufgrund dieser Ausstrahlungswirkung in das Mediensystem haben sie eine besondere Bedeutung für die Durchsetzung von Themen, weshalb sie primäres Ziel für Interessengruppen sind, die ein Thema auf die Agenda heben wollen (Rössler 2015: 464).

Ihren Erkenntnissen folgend modifizieren Mathes und Pfetsch (1991) Luhmanns Themenkarriere in mehreren Punkten. In der Latenzphase existiert das Problem bereits, aber dessen Wichtigkeit wurde noch nicht erkannt. Sobald die Alternativmedien das Thema aufgreifen endet die Latenzphase und die Vorbereitungsphase beginnt. Nun widmen die Alternativmedien dem Problem mehr und mehr Aufmerksamkeit und bereiten so den Spillover vor. In der Durchbruch- oder Spillover-Phase übernehmen die etablierten Medien das Thema, was eine Aufschwungphase initiiert, in der mehr und mehr Medien das Thema immer ausführlicher behandeln, bis schließlich die Klimaxphase erreicht ist, in der das Thema die Medien- und Politik-Agenda beherrscht. Die politische Entscheidung zur (vermeintlichen) Lösung des Problems läutet die Abschwungphase ein. Die

Medien verlieren das Interesse, selbst wenn die politische Entscheidung das Problem nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben hat (Mathes und Pfetsch 1991: 57).

Wolfsfeld (2000) problematisiert den Umstand, dass die Massenmedien und die Öffentlichkeit nach einer Phase der Euphorie *unabhängig von der Lösung des Problems* das Interesse verlieren und sich anderen Problemen zuwenden. Sie seien ab einer gewissen Dauer an einem Abschluss des Problems interessiert („*looking for closure*“), was angesichts langer und komplizierter Politikprozesse – sie untersucht „*political waves*“ im Friedensprozess in Israel – zu einem verkürzten und unrealistischen Verständnis der wirklichen Streitfragen führe (Wolfsfeld 2000: 248). Wolfsfeld und Sheafer (2006) fokussieren auf die Akteur*innen und verfolgen deren Rolle und Handlungsspielräume in den unterschiedlichen Phasen des Themenzyklus. Dabei heben sie insbesondere die Aktivierung einer Vielzahl von Akteur*innen zu Beginn des Themenzyklus als demokratiefördernden Effekt hervor. In der Phase erhöhter Aufmerksamkeit konkurrieren politische Akteur*innen um Berichterstattung, wobei unter anderem der Grad, mit dem die Akteur*innen mit dem Thema in Verbindung gebracht werden können, sowie ihr politischer Rang („*political standing*“) entscheidende Faktoren für ihre mediale Präsenz darstellen (Wolfsfeld und Sheafer 2006: 333).

Eine Reihe von Ansätzen hebt die besondere Bedeutung des Framings als zentralen Mechanismus innerhalb von Themenzyklen hervor (vgl. Nisbet und Huge 2006; Gottlieb 2015; Miller und Riechert 2001). Gemäß Miller und Riechert (2001: 111) setzt mit dem Aufschwung eines Themas in der Definitions-/Konfliktphase der Wettbewerb um dessen Rahmung ein, indem sich die konkurrierenden Stakeholder*innengruppen darum bemühen, ihr Deutungsmuster möglichst prominent zu platzieren. Dieser Kampf um die Deutungshoheit hat für sich Nachrichtenwert und kann eine der Hauptantriebskräfte der wachsenden Aufmerksamkeit werden (Miller und Riechert 2001: 111). In der Resonanzphase resoniert ein Frame besonders gut mit den Werten und Erlebnissen der Öffentlichkeit und es setzt ein zyklischer Prozess ein, bei dem die resonierenden Attributionen diffundieren. Gruppen, die ihre Position durch den resonanten Frame gestärkt sehen, nutzen dessen Attributionen, um für ihre Sichtweise zu werben. Aber auch Gruppen, die ihre Position geschwächt sehen, müssen sich der Terminologie des resonanten Frames anpassen, um überhaupt wahrnehmbar dagegenhalten zu können (Miller und Riechert 2001: 111–112). In der Gleichgewichts- oder Resolutionsphase dominiert ein Frame und bestimmt die Entscheidungen der Politik:

„The winning frame can so dominate that others are delegitimized and given no credence in the media and public discourse. When this occurs the dominant frame could be said to be acting hegemonically, rendering ‚natural‘ the prevailing definition of the situation.“ (Miller und Riechert 2001: 112)

Opponierende Stakeholdergruppen sind nun zwar weitestgehend verstummt, neue Ereignisse können ihnen aber wieder Gelegenheit verschaffen, ihre Sichtweise zu präsentieren, sodass das entstandene Gleichgewicht erneut in Frage gestellt wird (Miller und Riechert 2001: 112). An diesem Punkt – dem Kampf unterschiedlicher Gruppierungen um die Deutungshoheit und die öffentliche Meinung – setzen die politikwissenschaftlichen Theorien und Modelle an (siehe Kp. 3.4).

Schlussfolgerungen

Die medien- und kommunikationswissenschaftlichen Agenda Setting-Ansätze halten einige Erkenntnisse bereit, die eine Berücksichtigung im empirischen Teil dieser Arbeit erfordern. Zunächst ist die Übertragbarkeit von Mechanismen der Thematisierung zu prüfen. So könnten etwa die wechselseitigen Spillover-Effekte zwischen Spezial- und Mainstream-Diskursen, aber auch die Veränderung der Selektionskriterien sowie des betriebenen Rechercheaufwands im Zuge einer Themenkarriere möglicherweise auf die Wissenschaft übertragen werden. Ebenso ist der Zusammenhang zwischen Framing und Salienz hervorzuheben: Einerseits wird durch die Etablierung eines Frames die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema (Salienz) beeinflusst, andererseits setzt sich die Salienz eines Themas aus der Aufmerksamkeit gegenüber den verschiedenen Themenattributen im Rahmen des vorherrschenden Deutungsmusters (Frames) zusammen. Insbesondere in Betracht zu ziehen ist die Erkenntnis, dass normative Bewertungen im öffentlichen Diskurs zwar nicht *direkt* übertragen werden können, dass aber sehr wohl durch die Salienz und das Framing von Themen ihre Gewichtung bei den Rezipient*innen beeinflusst wird, sodass *indirekt* Bewertungsmaßstäbe verschoben werden. Dabei ist zu beachten, dass die Medien hier in der Regel als Vermittler*innen auftreten, die ein externes Publikum beeinflussen. Die Übertragung der Konzepte auf die Wissenschaft erfordert daher gewisse Anpassungen, da Wissenschaftler*innen im Normalfall *ihr eigenes* Publikum sind. Allerdings operiert gerade die Planungswissenschaft nicht isoliert von der Gesellschaft, sondern übernimmt und überträgt – vermittelt über die Ausbildung, Gutachten, angewandte Forschung etc. – Salienzen, Frames und dementsprechend Bewertungsmaßstäbe. Eine Nutzbarmachung der in diesem Kapitel dargelegten Erkenntnisse für die Planungswissenschaft und die Raumplanung – auch über diese Arbeit hinaus – erscheint daher als fruchtbar.

3.4 Agenda Setting in der Politikwissenschaft

Nicht nur die medien- und kommunikationswissenschaftliche, sondern auch die politikwissenschaftliche Agenda Setting-Forschung beschäftigt sich mit der Herstellung von Aufmerksamkeit gegenüber Streitfragen. Trotz offensichtlicher Überschneidungen haben beide Traditionen jeweils eigene Literaturkorpora und spezifische Fragestellungen entwickelt. Während die Medien- und Kommunikationswissenschaften die Rolle der Medien in den Vordergrund rücken, sind diese im Rahmen der Politikwissenschaft lediglich eine von mehreren Institutionen des politischen Diskurses und werden mitunter auf die Funktion eines Indikators oder Vermittlers bestimmter Positionen reduziert (Wolfe et al. 2013: 180; Scheufele 2003: 48–89). Charakteristisch für die Politikwissenschaft ist es, Agenda Setting als einen zentralen Bestandteil des Politikprozesses zu verstehen, der also vor dem Hintergrund des Zustandekommens einer politischen Entscheidung zu analysieren ist. Für die Fragestellung dieser Arbeit sind insofern Aufschlüsse zu erwarten, als dass das – auch in der Wissenschaft angelegte – Ringen von Akteur*innen um Deutungshoheit und Aufmerksamkeit im Diskurs in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird.

Weil im Gegensatz zum medienwissenschaftlichen Verständnis seltener das *einseitige, aktive Setzen* der öffentlichen und politischen Agenda (durch die Medien) fokussiert wird und stattdessen ganz grundsätzlich nach der Vielzahl von Faktoren und Akteur*innen gefragt wird, die zur *Entstehung* der Politika-genda beitragen, wird diese Forschungstradition teilweise auch unter „*Agenda Building*“ oder „*Agenda Formation*“ geführt (Rogers und Dearing 1988: 556; Wolfe et al. 2013: 175). Zwar betrachtet auch die Politikwissenschaft das Konkurrieren um die knappe Ressource Aufmerksamkeit – bei Wolfe et al. (2013: 179) „*the politics of attention*“. Allerdings fokussiert sie dabei auf die Entstehung von politischen Entscheidungen, wobei insbesondere die Aufmerksamkeit derjenigen (politischen) Akteur*innen in den Fokus rückt, die ebene Entscheidungen treffen. Damit einher geht die stärkere Betonung der Rolle von Eliten im Agenda Setting- und Politikprozess (ebd.: 177).

Birkland (2007: 77) umreißt die Gegenstände und Ziele dieser Forschungstradition folgendermaßen:

„The study of agenda setting is a particularly fruitful way to begin to understand how groups, power, and the agenda interact to set the boundaries of political policy debate. Agenda setting, like all other stages of the policy process, does not occur in a vacuum. The likelihood that an issue will rise on the agenda is a function of the issue itself, the actors that get involved, institutional relationships, and, often, random social and political factors that can be explained but cannot be replicated or predicted. But

theories of agenda setting, coupled with better and more readily available data, are enabling researchers to understand why and under what circumstances policy change is likely to occur.“

Gemäß Zahariadis (2016: 5) lässt sich Agenda im politikwissenschaftlichen Verständnis als eine „*contextual list of actionable government priorities*“ fassen, wobei hier drei Elemente zum Tragen kommen sollen: *contextual*, *actionable* und *priorities*. Die Geltung und Entstehung einer Agenda ist demnach nur vor dem Hintergrund ihres zeitlichen und gesellschaftlichen Kontextes zu verstehen. Sie beschränkt sich auf solche Themen und Entscheidungen, die die Akteur*innen glauben beeinflussen zu können. Damit also ein Thema überhaupt auf die Agenda gelangen kann, bedarf es einer Rahmung als politisch lösbares Problem (Weingart et al. 2000: 263). Außerdem gibt es eine Priorisierung, denn sowohl die Öffentlichkeit als auch politische Akteur*innen verfügen über knappe Ressourcen und müssen Selektionsentscheidungen treffen (Paasch-Colberg 2017: 52; Zahariadis 2016: 5–6).

Es kann zwischen Agenden verschiedener Regierungsebenen, verschiedener Arenen sowie verschiedener Akteur*innen und Akteur*innenkreise differenziert werden. Häufig wird eine Unterscheidung dreier Agenda-Ebenen vorgenommen: Die systemische Agenda enthält alle Ideen, die politische Akteur*innen grundsätzlich in dem untersuchten Kontext für entscheidungsrelevant erachten. Interessengruppen versuchen ihr Thema von dort auf die institutionelle Agenda zu heben, auf der sich nur diejenigen Themen befinden, die von den maßgeblichen Entscheidungsträger*innen aktiv und sorgfältig betrachtet und beurteilt werden müssen (Cobb und Elder 1972: 85–86). Die Entscheidungsagenda enthält schließlich nur jene Themen, über die eine konkrete Entscheidung ansteht (Birkland 2007: 63–65).

Agenda Setting lässt sich allgemein verstehen als „*the process by which problems and alternative solutions gain or lose public and elite attention*“ (Birkland 2007: 63–65). In der Regel wird aber das Aufsteigen auf die institutionelle Agenda betrachtet, also gemäß der bekannten Definition von Cobb und Ross (1997: 3) „*the politics of selecting issues for active consideration*“. Von diesem Grundverständnis ausgehend scheiden sich Agenda Setting-Ansätze an der Frage, ob analytisch zwischen Problemdefinition und Agenda Setting differenziert wird. In dem expansiven Verständnis geht es nämlich nicht nur darum, ob ein Thema Aufmerksamkeit erhält, sondern auch um die Fragen, welches Deutungsmuster und welche möglichen Lösungen damit verknüpft werden (Birkland 2007: 63; Dery 2000: 37; Cobb und Ross 1997: 3–4; Schattschneider 1960, 1975). Diesem Verständnis ist auch Zahariadis (2016: 6) zuzurechnen, der Agenda Setting

anknüpfend an sein oben dargestelltes Agenda-Verständnis als „*the process of turning public interests into actionable government priorities*“ definiert. Weiterhin bringt Birkland (2007: 63) die Ableitung von Handlungsoptionen in einen Zusammenhang mit der Selektion und dem Framing des Problems:

„Even when an issue gains attention, groups must fight to ensure that their depiction of the issue remains in the forefront and that their preferred approaches to the problem are those that are most actively considered. [...] [T]he group that successfully describes a problem will also be the one that defines the solutions to it, thereby prevailing in policy debate.“ (Birkland 2007: 63)

Im Rahmen der auf Lasswell (1956) zurückgehenden Politikzyklusmodelle stellt Agenda Setting eine Stufe oder Phase im Rahmen eines idealtypischen Politikprozesses dar. Die heute bekannteste Version des Politikzyklus („*policy cycle*“) wurde maßgeblich von Jones (1970) und Anderson (1975) entwickelt und umfasst die Phasen „*Problem Definition*“, „*Agenda Setting*“, „*Policy Formation*“ (oder „*Formulation*“), „*Adoption*“, „*Implementation*“ und „*Evaluation*“ (Jann und Wegrich 2014: 101) (siehe Abb. 3.3).

Die kreisförmige Betrachtung verdeutlicht, dass Politikprozesse in der Regel keine eindeutigen Anfänge und Abschlüsse aufweisen, sodass auch die Phase des Agenda Setting stets vor dem Hintergrund bestehender Politikprozesse betrachtet werden muss (Blum und Schubert 2018: 159). So stellt eine umgesetzte Policy selten die finale Lösung eines Problems dar. Eher ist sie als Bestandteil neuer Herausforderungen und neuer Policies zu sehen. Auf dieses Merkmal haben insbesondere Hogwood und Peters mit ihrem Ansatz der „*policy succession*“ hingewiesen. Demnach stoßen „*neue*“ Policies selten in ein Politikvakuum, sondern es besteht bereits ein „*well-occupied or even crowded tablet of existing laws, organizations and clients*“ (Hogwood und Peters 1982: 225–226). Neue Policies ergänzen oder modifizieren bestehende Policies, können aber auch mit ihnen konkurrieren oder negativ interagieren (Jann und Wegrich 2014: 106). Bereits etablierte Policies haben deshalb einen wesentlichen Einfluss darauf, ob und in welcher Form Themen auf die Agenda gelangen und neue Policies entstehen (Jann und Wegrich 2007: 45).

Der Vorteil des dargestellten linearen *policy cycle* ist, dass er eine systematische Prozess-Sicht auf politisches Entscheidungshandeln eröffnet und dieses – analog zu den Themenzyklusmodellen – in einzelne, jeweils fallübergreifend vergleichbare Segmente unterteilt. Allerdings wird das Modell insbesondere für seine mangelnde empirische Validität kritisiert. Die einzelnen Phasen folgen nur selten chronologisch aufeinander, sondern verlaufen häufig simultan oder kehren

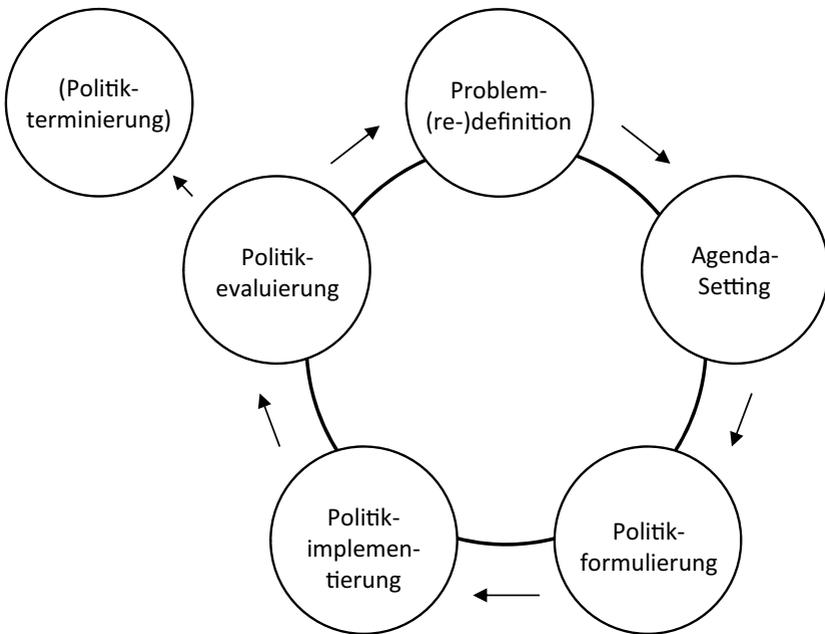


Abb. 3.3 Gängige Darstellung des Politikzyklus (Eigene Darstellung nach Jann und Wegrich (2014: 106))

ihre Richtung um (Schmid-Petri 2012: 52–53). Zudem ist die Annahme, es gäbe einen singulären Politikzyklus, gemäß Sabatier (2007: 7) eine starke Simplifizierung des „usual process of multiple, interacting cycles involving numerous policy proposals and statutes at multiple levels of government“.

Einigkeit herrscht darin, dass das Politikzyklusmodell und die Kritik daran einige herausragende Forschungen inspirierte, die auf das Agenda Setting fokussieren (Sabatier 2007: 7; Jann und Wegrich 2007: 57). Als einflussreichster Ansatz kann Kingdons (1984) „multiple streams“-Modell betrachtet werden. Es basiert auf dem „garbage can“-Modell für Entscheidungsprozesse in Organisationen, das Cohen et al. (1972) auf Grundlage von Beobachtungen an Universitäten entwickelten. In Abgrenzung zu den rationalen und linearen Politikzyklusmodellen strukturiert hier das zufällige Aufeinandertreffen von Problemen, Lösungen, Akteur*innen und Entscheidungsgelegenheiten die Entscheidungen. Kingdon führte die Idee von „policy windows“ ein, die sich öffnen, wenn drei

voneinander unabhängige Ströme – der „*policy stream*“ (Lösungen), der „*politics stream*“ (Entscheidungsprozesse) und der „*problem stream*“ (Problemwahrnehmung) – sich kreuzen (Jann und Wegrich 2007: 47; Kingdon 1984: 174 ff.). So kann ein Thema bzw. ein Problem erst dann auf die politische Agenda gelangen, wenn auch kompatible Lösungen und Entscheidungsprozesse verfügbar sind (Kingdon 1984: 165 ff.). Umgekehrt warten bereits entwickelte Lösungen auf das Hervortreten öffentlichkeitswirksamer Probleme, mit denen sie verknüpft werden können. Ein Interessenvertreter verdeutlicht dies mit einer Interview-Aussage bei Kingdon (1984: 173):

„The underlying goals exist and continue along. You want to do something, and you ask, ‚What will work this year? What’s hot this year that I can hang this on?‘“

Demnach wird jedes Ereignis, das in Zusammenhang mit dem Thema steht, zu einer Gelegenheit, eine bestimmte Politik voranzutreiben (Kingdon 1984: 182). Das Öffnen eines *policy window* heißt jedoch nicht, dass es auch genutzt wird. Stattdessen kann sich die Aufmerksamkeit gegenüber einem Problem rasch zugunsten eines anderen verschieben, ohne dass Lösungen für ersteres verabschiedet werden konnten (Cairney und Zahariadis 2016: 87). Um *policy windows* erkennen und ausnutzen zu können, müssen die Fürsprecher*innen eines Themas vorbereitet sein. Kingdon (1984: 165) benutzt hierfür das Bild des Surfers, der auf eine Welle wartet: *„If you’re not ready to paddle when the big wave comes along, you’re not going to ride it in“*. Hierzu gehört, dass die Ideen und Netzwerkkontakte bereits entwickelt sind, *„bevor die Chance zu ihrer Realisierung tatsächlich eintritt“* (Ibert und Gailing 2016: 397). Neben einer guten Vorbereitung bedarf es aber auch eines gewissen Geschicks, um eine Aufmerksamkeitswelle reiten zu können (Kingdon 1984: 181).

Kingdon (1984: 179–183) führt außerdem das Bild des „*policy entrepreneur*“ ein. Damit ein Thema nichtetablierter Gruppen auf die politische Agenda avanciert, bedarf es häufig Persönlichkeiten, die die Thematisierung mehr oder weniger professionell vorantreiben. Solche politischen Unternehmer*innen investieren Ressourcen – Zeit, Energie, Reputation und Geld – in die Thematisierung. Sie versprechen sich von der Durchsetzung des Themas auf der öffentlichen und politischen Agenda zukünftige Gewinne in Form von materiellen oder solidarischen Vorteilen (ebd.: 179). Ein zentraler Bestandteil des *entrepreneurship* ist der *„Aufbau von Netzwerken und Kommunikationsinfrastrukturen, die für das Thema mobilisierbar und organisierbar sind“* (Pfetsch 1994: 17).

Der Politologe Sabatier (1988) fokussiert zur Erklärung von Veränderungen der politischen Agenda auf „*advocacy coalitions*“. Ganz unterschiedliche Akteur*innen können aufgrund geteilter Überzeugungen bezüglich eines bestimmten Problems in diesen Koalitionen zusammenkommen. Die geteilten Überzeugungen müssen nicht unbedingt das Kernanliegen aller Beteiligten sein. Vielmehr koalitiert eine Person auch zu eher peripheren Anliegen, vorausgesetzt die Koalition verspricht ihre Ziele voranzubringen. Die Bündelung verschiedener Ressourcen resultiert in größerer Aufmerksamkeit seitens der Entscheidungsträger*innen und erleichtert der *advocacy coalition* Zugang zu Entscheidungsprozessen. Die Koalition verbessert ihre Aussicht, die Agenda zu beeinflussen, durch „*venue shopping*“ (Baumgartner und Jones 2009 [1993]: 36–38): Das heißt, durch das Aufsuchen und Nutzen vieler verschiedener Arenen (*venues*) werden die Chancen erhöht, das Thema durchzusetzen (Weible und Sabatier 2007: 129; Birkland 2007: 69). Ausgelöst werden die Prozesse des Politikwandels entweder durch Policy-orientiertes Lernen jenseits der kaum veränderbaren Grundüberzeugungen (bspw. in Bezug auf instrumentelle Fragen) oder durch systemexterne Ereignisse (bspw. Regierungswechsel, Wandel der öffentlichen Meinung, technologischer Fortschritt) (Sabatier und Jenkins-Smith 1993).

Angesichts der oben vorherrschenden Fokussierung auf Themen, die an politischer Aufmerksamkeit gewinnen, gilt es zu betonen, dass auch die Erklärung des Verhinderns oder Ignorierens eines Themas ein politischer Akt sein kann, dessen Analyse einen wichtigen Baustein im Verständnis von politischem Wandel darstellt (Blum und Schubert 2018: 171). Hier legen Baumgartner und Jones (2009 [1993]) wertvolle Erkenntnisse vor, indem sie im Rahmen ihres Punctuated Equilibrium-Modells auch die Phasen politischer Stabilität ins Auge fassen. Demnach versucht jede Interessengruppe und jeder *policy entrepreneur*, ein Politikmonopol („*policy monopoly*“) zu etablieren, das nicht nur die Deutungshoheit über das verhandelte politische Problem („*policy image*“) und die Politikansätze umfasst, sondern auch die institutionellen Arrangements, die diese Deutungshoheit stützen (Baumgartner und Jones 2009 [1993]: 6). In Politikmonopolen besteht eine Konstellation aus Entscheidungsträger*innen und Interessengruppen, die sich bezüglich der Problemdeutung einig sind und die versuchen, rivalisierende Deutungen zu unterdrücken (Birkland 2007: 67–68; Jann und Wegrich 2007: 47).

Solange das *policy image* gesellschaftlich anerkannt oder weitgehend unhinterfragt und dementsprechend unsichtbar für die Öffentlichkeit ist, kann das Politikmonopol ungestört agieren (Birkland 2007: 67–68). Wird es zunehmend durch rivalisierende Gruppen angefochten und verliert das Politikmonopol die Kontrolle über die Agenda, werden mehr und mehr Akteur*innen aktiviert, die die

öffentliche Aufmerksamkeit auf ihre alternativen Deutungen ziehen können (Jann und Wegrich 2007: 47). Der Politikwandel kann dann in Form relativ plötzlicher und schneller politischer Disruptionen erfolgen. In diesem Punkt, also der „*alarmed discovery stage*“ bzw. dem „*policy window*“, verknüpfen Baumgartner und Jones (2009 [1993]: 87–88) Downs' *issue-attention cycle* mit Kingdons *multiple streams*-Ansatz. Eine besonders kurze, wenn auch partiell intensive, Aufmerksamkeitsspanne beobachten sie dann, wenn zu den verhandelten Politikproblemen keine passenden Lösungsansätze verfügbar sind. Sind aber kompatible Lösungen verfügbar, so kann das Thema im Zuge der erhöhten Aufmerksamkeit institutionalisiert werden, indem bspw. problembezogene Organisationen gegründet oder Gesetze geändert werden. Zwar sinkt auch in diesem Fall das Aufmerksamkeitsniveau nach der Modephase, es bleibt aber höher als davor (Baumgartner und Jones 2009 [1993]: 87–89).

Schlussfolgerungen

Die politikwissenschaftliche Agenda Setting-Tradition stellt ein umfassendes Arsenal von Konzepten zur Analyse von Thematisierungsprozessen bereit. Indem – analog zu Akteur*innen und Interessengruppen in der Politikwissenschaft – auch wissenschaftliche Akteur*innen und Gemeinschaften um die Gültigkeit von und die Aufmerksamkeit für ihre Themen, Theorien und Modelle ringen, ist davon auszugehen, dass einige Konzepte übertragbar sind. Wie in den vorangegangenen Ansätzen der Medien und Kommunikationswissenschaften, wird auch in der Politikwissenschaft die Zyklichkeit von Themen betont. Dabei ist der Hinweis von Sabatier zu beachten, dass immer mehrere, interagierende Zyklen auf unterschiedlichen Ebenen ablaufen und nicht ein einzelner, linearer Prozess zur Erklärung des Zustandekommens einer Entscheidung angeführt werden kann. Damit einhergehend erfolgen Thematisierungsprozesse nicht in einem Vakuum, sondern sie entwickeln sich in Abhängigkeit von bereits bestehenden Entscheidungen, vorangegangenen und aktuellen Diskursen – so wie wissenschaftliche Innovationen stets vor dem Hintergrund bestehender Wissensstrukturen entstehen. Die Hervorhebung der Stabilität von Politikmonopolen, die zerfallen, sobald das eigene Deutungsmuster nicht mehr zu halten ist, erinnert an Kuhns Paradigmenwechsel. Für diese Arbeit zu berücksichtigen ist außerdem der *multiple streams*-Ansatz, dessen Übertragung schon deshalb nicht sehr abwegig zu sein scheint, weil dessen Invention auf die Untersuchung universitärer Entscheidungsstrukturen zurückgeht. Das Konzept der *policy windows* erscheint aber auch für die Analyse struktureller Kopplungen mit anderen Gesellschaftsbereichen aufschlussreich. So könnte bspw. die – von Planungswissenschaft und -praxis in ähnlichem Maße problematisierte – mangelnde Anwendung bzw. Anwendbarkeit planungswissenschaftlicher Lösungsansätze partiell dadurch erklärt

werden, dass die Ströme der jeweiligen Problemwahrnehmung, der Entscheidungsprozesse und eben der geeigneten Problemlösungen nicht zusammenfinden. Dies kann wiederum für die wissenschaftsinterne Themenentwicklung Auswirkungen haben, wenn etwa die Planungswissenschaft als Reaktion auf plötzlich entstandene systemexterne Lösungserwartungen die Forschungskapazität in dem Bereich hochfährt. Genauso kann bei Vorlegen der entwickelten Lösungsansätze einige Jahre später die Anwendung und gesellschaftliche Resonanz gering ausfallen, weil sich die gesellschaftlichen Lösungserwartungen bzw. Relevanzkriterien verschoben haben. Hierbei erscheint das Bild der Surfer*innen nützlich, die in ihrem Themenbereich jederzeit gut vernetzt mit Lösungsansätzen bereitstehen, sodass sie bei Eintreffen einer Aufmerksamkeitswelle mit etwas Geschick ihre Positionen unterbringen bzw. institutionalisieren können.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Struktur und Mechanismen der Wissenschaft

4

Dieses Kapitel stellt den dritten und letzten Teil des Theorieblocks dar, der als Grundlage für die eigene empirische Analyse dient. Das Kapitel resultiert insofern aus den vorangegangenen Abschnitten, als weder die wissenschaftssoziologischen Theorieansätze zu Transformationen im System der Wissenschaft (siehe Kp. 2) noch die medien- und kommunikations- sowie politikwissenschaftlichen Modelle zu Thematisierungsprozessen (siehe Kp. 3) ein passendes Kategoriengerüst zur Beschreibung und Erklärung von Themenkarrieren in der Wissenschaft bereitstellen. Stattdessen ist also ein *eigenes* Kategoriengerüst zu entwickeln, das auf die vorliegende Fragestellung zugeschnitten ist. Hierfür werden in diesem Kapitel wissenschaftssoziologische Erkenntnisse zur Funktionsweise der Wissenschaft dargelegt und diskutiert. Sie werden im darauffolgenden Kapitel im Hinblick auf die Fragestellung angepasst, komprimiert und in einen analytischen Rahmen zur Erfassung von Themenkarrieren in der Wissenschaft (siehe Kp. 5) überführt.

Wie funktioniert also die Wissenschaft? Zur Beantwortung dieser Frage ist in erster Linie auf die Erkenntnisse der Wissenschaftssoziologie zurückzugreifen, wobei auch weitere Traditionen, die sich im Feld der Wissenschaftsforschung bewegen, einfließen, insofern sie sich ebenfalls mit den sozialen Mechanismen der wissenschaftlichen Wissensproduktion befassen. Dies gilt insbesondere für die Wissenschaftsphilosophie, Wissenssoziologie, Systemtheorie und die Science and Technology Studies. Es erfolgt ein Zuschnitt dieser Erkenntnisse im Hinblick auf zwei Ziele: (1.) Die theoretischen Grundlagen zur Beantwortung der Forschungsfrage werden geschaffen und eine Einordnung in den bestehenden Wissenskanon ermöglicht und (2.) die Entwicklung einer Forschungsheuristik wird vorbereitet, die den strukturellen Handlungskontext wissenschaftlicher Akteur*innen systematisiert und die empirische Analyse auf die im Sinne der

Fragestellung relevanten Aspekte fokussiert. Mit Blick auf das empirische Programm dieser Arbeit werden folglich nur solche Erkenntnisse dargelegt, die sich auf die deutschsprachige Planungswissenschaft im Zeitraum 1995–2014 beziehen lassen, die sich also auch mit den in Abschnitt 1.4 aufgeführten Spezifika der heutigen Planungswissenschaft als passfähig erweisen.

Die Erkenntnisse der Wissenschaftssoziologie zu Struktur und Dynamik des sozialen Systems der Wissenschaft werden vor dem Hintergrund der Fragestellung – ‚*Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?*‘ – aufgearbeitet. Die Beschaffenheit des institutionellen Rahmens bzw. die personenunabhängigen Regeln und Normen des Wissenschaftssystems werden als Erklärungsmoment für die Entstehung von Themen anvisiert. Im Sinne der Mikrofundierung von Makrophänomenen (siehe Kp. 5) resultieren Themenkarrieren im Verständnis der Arbeit aus den aggregierten (bewussten und unbewussten) Entscheidungen der einzelnen Mitglieder einer Fachgemeinschaft hinsichtlich der Wahl ihrer Forschungsthemen über einen Zeitverlauf. In der Konsequenz lautet die auf die Akteur*innenebene heruntergebrochene Fragestellung: ‚*Wie wählen wissenschaftliche Akteur*innen ein Thema?*‘. Im Rückbezug auf das zu erklärende Makrophänomen ergibt sich schließlich die Frage: ‚*Wie lassen sich Veränderungen der aggregierten Entscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen hinsichtlich ihrer Themenwahl erklären?*‘.

Dieser Frage folgend verläuft die Darstellung der Struktur und Dynamik der Wissenschaft in drei Abschnitten vom Allgemeinen zum Konkreten. Zunächst werden die Besonderheiten der Wissenschaft sowie deren Einbettung in die gesellschaftliche Umwelt anhand einer differenzierungstheoretischen Sichtweise in den Blick genommen (Kp. 4.1). In dem darauf folgenden Kapitel (4.2) werden Strukturen der inneren Differenzierung der Wissenschaft dargestellt sowie die Mechanismen wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion aufgearbeitet. Abschließend werden die drei zentralen Einflussgrößen des institutionellen Kontextes der Wissenschaft – die formale Koordination, die Allokation von Reputation und die Allokation von materiellen Ressourcen – sowie deren Zusammenspiel erläutert (Kp. 4.3).

4.1 Das System Wissenschaft im Kontext der Gesellschaft

Um ein grundlegendes Verständnis der Wissenschaft zu erlangen, soll sie zunächst in einer Makroperspektive in den Blick genommen werden. Hierfür wird eine differenzierungstheoretische Sichtweise gewählt, die die Wissenschaft als Teilsystem

einer funktional differenzierten Gesellschaft beleuchtet. Die Stärken dieser Theorie liegen in der Markierung von Besonderheiten, die das System von anderen sozialen Ordnungen unterscheidet, sowie in der Modellierung von dessen Einbettung in die gesellschaftliche Umwelt anhand struktureller Kopplungen. Aufgrund ihrer Anschlussfähigkeit für institutionalistische Ansätze sowie ihrer Errungenschaften im Feld der Wissenschaftssoziologie sind dabei die Systemtheorie nach Luhmann sowie an sie anschließende Arbeiten (insb. von Schimank, Weingart, Aljets) besonders passfähig für diese Arbeit. Luhmanns Systemtheorie zeichnet sich durch ihre Parallelen mit dem institutionalistischen Programm aus, dem sich auch diese Arbeit zurechnet. Durch die Einbindung von systemtheoretischen Erkenntnissen lassen sich die institutionalistischen Ansätze um ein Verständnis gesellschaftlich bedingter Systemdifferenzen und um die Berücksichtigung struktureller Kopplungen erweitern (Krücken 2002: 15–16; Hasse und Krücken 2015: 94–101). Dies gilt insbesondere für diese Arbeit, da die Systemtheorie wertvolle Erkenntnisse zur Funktionsweise der Wissenschaft und zu ihrer Einbettung in die Gesellschaft bereithält, die bisher in institutionalistischen Ansätzen nicht ausreichend reflektiert sind.

4.1.1 Der Handlungstypus der Wissenschaft: Die Herstellung von Wahrheit

Die Systemtheorie nach Luhmann (1991, 1997) leistet eine grundlegende Charakterisierung eines Systems, indem sie seine Funktion im Kontext der Gesellschaft sowie einen systemspezifischen Handlungstypus identifiziert, der systeminterne Kommunikationen von anderen Kommunikationen unterscheidet. Wie jedes soziale System nimmt sich also auch die Wissenschaft eines spezifischen gesellschaftlichen Problems an, nämlich dem „*Gewinnen neuen, unvertrauten, überraschenden Wissens*“ (Luhmann 1992: 216). Hieraus ergibt sich gemäß Luhmann die Handlungslogik des Systems: In der Wissenschaft zielen Kommunikationen auf die Verteilung von Wahrheitswerten (wahr und falsch) auf Aussagen ab. Wissenschaftliche Operationen lassen sich auf dieser Grundlage etwa von politischem oder wirtschaftlichem Handeln unterscheiden, weil, so Aljets (2015: 75), „*die Frage, ob etwas als ‚wahr‘ oder ‚unwahr‘ zu behandeln ist, allein nach Maßgabe wissenschaftlicher Kriterien entschieden wird – und nicht etwa unter Gesichtspunkten politischer Macht, massenmedialer Informationswerte oder wirtschaftlicher Zahlungsfähigkeit*“. Dabei ist die Antwort auf die Frage, was Wahrheit ist, nicht in „*einem besonderen Ding*“ zu suchen, so Luhmann

(1992: 181), sondern sie wird sozial innerhalb des Wissenschaftssystems konstruiert. Dementsprechend muss das Ziel wissenschaftssoziologischer Analysen sein, diese soziale Konstruktion der Wahrheit durch die Wissenschaftler*innen zu beobachten (ebd.).

Die Wahrheitsorientierung wird mit Bezug auf Luhmann häufig als zentrale oder gar einzige Motivation wissenschaftlicher Akteur*innen ausgelegt, ist aber nicht allein tragfähig. Zunächst ist die gemäß Scharpf (1988: 16) „*seltsam inkonsistente Zuordnung funktionsspezifischer Codes*“ grundsätzlich in Frage zu stellen. So zielt der Code der Wissenschaft (wahr/unwahr) auf „*public virtues*“, während der an anderer Stelle von Luhmann benannte Code des Politiksystems (Macht/keine Macht) „*private vices*“ repräsentiert. Im Sinne der Konsistenz müsste man aber entweder – analog zum systemspezifischen Streben nach Macht seitens der Politiker*innen – für die Wissenschaftler*innen bspw. das Streben nach Reputation (Reputationserwerb/Reputationsverlust) einsetzen oder umgekehrt – analog zur wissenschaftsspezifischen Orientierung an der Wahrheit – für die Politik eine gesellschaftliche Werteorientierung (bspw. gemeinwohldienlich/gemeinwohlschädlich) vorsehen, „*aber nicht hier so und dort anders*“ (Scharpf 1988: 16–17; Schimank 2010: 233). Scharpf (1988: 17) führt diese Unklarheit auf das „*generelle Desinteresse funktionalistischer Theorien für den prekären Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Funktionserfüllung und den sie stabilisierenden Aktormotiven*“ zurück. Jedoch äußert sich Luhmann selbst an anderer Stelle zu den Aktormotiven und räumt ein, der Erwerb und die Stabilisierung von Reputation sei „*wesentliches Zweitziel, ja nicht selten auch eingestandenes vorrangiges Ziel wissenschaftlicher Tätigkeit, das man bei der Wahl (oder der Vermeidung) von Themen, Publikationsweisen, Kontakten und Orten des Auftretens nicht ungestraft außer Acht läßt*“ (Luhmann 1974: 237). Hinzu kämen finanzielle Ressourcen:

„Wenn [...] die logisch technisierte Differenz von wahren und unwahren Aussagen nicht schon als solche motivierend wirkt, entsteht ein Motivationsdefizit, das besondere Einrichtungen erforderlich macht, soll eine Bemühung um Erkenntnisgewinn weiterhin vorkommen. Der moderne Wissenschaftsbetrieb ist hier weithin auf finanzielle Anreize angewiesen. Er benutzt aber auch einen eigenständig entwickelten Nebencode der Reputation, in dem Reputationswerte stellvertretend für Wahrheiten zirkulieren und motivationale Effekte auslösen, die durch Wahrheit selbst nicht mehr zu erwirken sind.“
(Luhmann 2008: 153)

Als zweite Ergänzung ist zu nennen, dass Luhmann neben der reinen Wahrheit zwar auch das „*Neue*“ und „*Überraschende*“ des Wissens zum Kriterium für die Bewertung wissenschaftlicher Aussagen erhebt, dies aber nicht in den

binären Code (wahr/unwahr) integriert (Luhmann 1992: 216–224, s. o.). Vor dem Hintergrund des Prioritäts- und Originalitätsgebots der Wissenschaft erhält die Neuigkeit von Wissen allerdings eine zentrale Bedeutung. Gemäß Weingart (2003: 22–23) ist dieses Prinzip entscheidend für den Reputationserwerb:

„Nur neues Wissen zählt. Wer eine bahnbrechende Entdeckung macht, kann sogar damit rechnen, dass sie mit seinem Namen belegt wird und ihm zu ewigem Ruhm verhilft. Für bereits bekanntes Wissen gibt es in der Wissenschaft dagegen keine Anerkennung.“

Die hohe Bedeutung der Neuigkeit von Wissen lässt sich anhand der gegenwärtigen Veröffentlichungspraxis veranschaulichen, bei der die Überprüfung von Studien und die Replikation von Experimenten in den Hintergrund rücken. Dabei müsste die Erstveröffentlichung eines erfolgreichen Experiments, einer Studie oder einer Theorie bei Zugrundelegung des bloßen Wahrheitscodes ähnliche Aufmerksamkeit hervorrufen und Reputation verschaffen wie die erfolgreiche Bestätigung derselben Ergebnisse. Stattdessen kann nur die Widerlegung bereits veröffentlichter Erkenntnisse erneut Aufmerksamkeit in ähnlichem Maße erzeugen, weil sie neben dem vermeintlichen Wahrheits- auch einen Neuigkeitswert enthält. Eine bloße Fixierung auf den Wahrheitsgehalt als Strukturierungselement und Selektionsprinzip in der Wissenschaft kann also nicht genügen, um die Mechanismen der Wissensproduktion zu erfassen.

Für die weitere Betrachtung der Wissenschaft in dieser Arbeit lässt sich festhalten, dass die soziale Konstruktion wahren und neuen Wissens das zentrale, funktionsspezifische Prinzip des wissenschaftlichen Systems ist. Auf Basis dieses Prinzips bzw. dieser Funktion lässt sich die wissenschaftsspezifische Kommunikationsstruktur erklären: Wahrheit und Originalität sind konditionale Kriterien dafür, dass ein Fachbeitrag langfristig Resonanz in der wissenschaftlichen Gemeinschaft erhalten und dementsprechend Relevanz im Rahmen der wissenschaftlichen Wissensproduktion entfalten kann. In welchem Maße Wissenschaftler*innen Beiträge leisten, die seitens der Fachgemeinschaft für relevant – und folglich auch für wahr und originell – befunden werden, entscheidet wesentlich über die Allokation von Ressourcen, wie bspw. Reputation oder Geldmittel. Gleichzeitig ist es die wissenschaftliche Gemeinschaft selbst, die diese Wahrheit und Neuheit – in der Regel unter Berufung auf für objektiv erachtete Kriterien – diskursiv herstellt. Diese Ausrichtung auf die soziale Konstruktion der Gültigkeit und Neuheit von Fachbeiträgen ist das zentrale Merkmal, das die Wissenschaft von anderen Teilsystemen unterscheidet. Zur Klarstellung sei, auch mit Blick auf die Kritik von Scharpf,

angemerkt, dass dieses Differenzierungsmerkmal nicht zur Ableitung individueller Handlungsorientierungen im Sinne eines institutionalistischen Verständnisses genügt. Die Identifizierung dieser Handlungsorientierungen erfolgt daher nicht an dieser Stelle, sondern im Zuge der Beschreibung des institutionellen Kontextes der Wissenschaft in Abschnitt 4.3.

4.1.2 Die Einbettung der Wissenschaft in die Gesellschaft

Das Wissenschaftssystem ist – trotz seiner oft betonten Autonomie – eingebettet in die Gesellschaft. So wie die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse die gesellschaftliche Umwelt verändert, ist die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion – einschließlich der Wahl von Forschungsthemen – durch externe Einflussnahmen beeinflusst. Zur Beleuchtung dieser System-Umwelt-Beziehungen dient in der Systemtheorie der Begriff der strukturellen Kopplung, der die wechselseitige Abhängigkeit und Einflussnahme zwischen System und Umwelt bzw. zwischen zwei Systemen beschreibt (Luhmann 1986: 267; Egner et al. 2008: 15). Aus Sicht der Systemtheorie ist strukturelle Kopplung allerdings nicht als kausale Ursache-Wirkungs-Beziehung zu verstehen, bei der spezifische Handlungen in einem System von außen bestimmt werden können. Stattdessen löst die Systemumwelt Irritationen innerhalb des Systems aus, die eine (nicht-steuerbare) Reaktion des Systems auslösen (Zierhofer 2008: 125). Nicht jedes beliebige Element der Umwelt kann eine Irritation auslösen, sonst würde das System zum Erliegen kommen. Stattdessen bedarf es einer Selektivität bzw. Kanalisierung der Umwelteinflüsse auf irritierbare Bereiche, die mit dem Begriff der strukturellen Kopplung konzeptualisiert werden (Luhmann 2005b: 33; Lippuner 2010: 200–201, 2008: 109–110).

Das System Wissenschaft ist auf vielfältige Weise und in zunehmenden Maße mit der gesellschaftlichen Umwelt strukturell gekoppelt (Weingart 2003: 27–30). So werden die für die Wissensproduktion erforderlichen materiellen Ressourcen und weite Teile der organisationalen Strukturen nicht durch die Wissenschaft selbst erzeugt, sondern von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen bereitgestellt (Lange und Gläser 2007: 775–776). Zu diesen Leistungen gehören bspw. die Finanzierung von Stellen und technischer Ausstattung, die Vergabe zweckgebundener Forschungsmittel, die Bereitstellung von Publikationsmedien sowie die dazugehörigen Organisationsstrukturen, wie bspw. Universitäten, Forschungsinstitute, Ressortforschungseinrichtungen, Fördermittelgeber*innen, Verlage und

Bibliotheken. In einer differenzierungstheoretischen Perspektive wird die Wissenschaft daher zwar als autonom in Bezug auf Wahrheitsentscheidungen beschrieben, nicht aber als autark in Bezug auf den Aufbau und Erhalt ihrer Strukturen (Aljets 2015: 76–77).

Diese Abhängigkeit der Wissenschaft von den Leistungen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme kann als „*Einfallstor*“ für verschiedenartige Beeinflussungsversuche durch nicht-wissenschaftliche Akteur*innen gesehen werden. Es ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen den Autonomiebedürfnissen forschender Akteur*innen auf der einen und den Steuerungsintentionen nicht-wissenschaftlicher Akteur*innen auf der anderen Seite (Aljets 2015: 77). Während das Wissenschaftssystem nach einer möglichst selbstreferenziellen Produktion neuer Erkenntnisse auf der Basis eigener Relevanz-, Originalitäts- und Wahrheitskriterien trachtet, ist die Systemumwelt an spezifischen Leistungen und Ergebnissen des von ihr direkt oder indirekt alimentierten Systems interessiert. Nicht-wissenschaftliche Akteur*innen – etwa aus der Politik, der Wirtschaft oder den Medien – agieren aber auf der Basis jeweils eigener Relevanzkriterien und Nutzenerwartungen und suchen ihre Einflusspotentiale auf die Wissenschaft dahingehend zu nutzen, dass die von ihnen präferierte Forschung begünstigt wird (ebd.).

Der wichtigste Mechanismus zur systemexternen Beeinflussung der Wissensproduktion und der wissenschaftlichen Sozialstruktur erfolgt durch die Finanzierung der Wissenschaft seitens des Staates oder der Wirtschaft. Am stärksten ausgeprägt ist diese strukturelle Kopplung in Formen der Auftragsforschung, in denen wissenschaftsexterne Auftraggeber*innen in unterschiedlichem Maße die Inhalte der Forschung vorzugeben suchen und über die Veröffentlichung der Ergebnisse verfügen möchten. Ebenfalls zu nennen sind Ressortforschungseinrichtungen, die im Grenzbereich zwischen Wissenschaft und Politik organisiert sind und die sowohl an politischen Nutzenerwartungen als auch an wissenschaftsinternen Reputationsmechanismen orientiert sind (Feiertag 2018: 32–34). Auch die finanzielle Unterhaltung der Grundausstattung wissenschaftlicher Einrichtungen ist an bestimmte Erwartungen seitens der anderen Funktionssysteme geknüpft. So finanzieren Unternehmen Forschungseinrichtungen, um sich Innovationen und dadurch Vorteile auf dem Markt zu beschaffen (Lange und Gläser 2007: 776). Der Staat finanziert die Wissenschaft unter anderem als Quelle für Innovationen oder Problemlösungen sowie als Dienstleisterin in der Berufsausbildung. Mit diesen Nutzenerwartungen einher geht eine grundsätzlich präferenzielle Ressourcenzuweisung, die wissenschaftlichen Themen und Disziplinen entgegengebracht (oder vorenthalten) wird. Etwa wurden gemäß Weingart (2003: 29–30) in der Nachkriegszeit die Kernphysik oder in den 1980er und 90er Jahren die

Molekularbiologie besonders stark gefördert, sodass diesen Disziplinen vorübergehend nicht nur erweiterte Forschungsmöglichkeiten und ein größeres Gewicht auf dem Arbeitsmarkt verliehen wurden, sondern auch „*ein höheres Prestige unter den Disziplinen und die damit einhergehende größere Definitionsmacht*“. Diese staatliche Einflussnahme auf den Forschungsinhalt wird in der Regel aus der Erwartung einer erhöhten gesellschaftlichen Nützlichkeit hergeleitet, mit der die angestrebte Anpassung (bspw. an Prioritäten des Gesundheitswesens, Cooksey 2006) verbunden ist (Gläser 2012a: 2).

Aus der Fremdfinanzierung der Wissenschaft ergibt sich die Frage, inwiefern wissenschaftsintern verhandelte Forschungsbedarfe und Relevanzkriterien zugunsten wissenschaftsexterner Nutzenerwartungen zurückgestellt oder neu justiert werden. Auch das Interesse der Wissenschaft an einer umgehenden und öffentlichen Kommunikation ihrer Erkenntnisse kann kommerziellen Nutzungs- oder Geheimhaltungsansprüchen der Auftraggeber*innen entgegenstehen. Schließlich ist auch zu fragen, inwieweit universitäre Ausbildungsinhalte allein auf der Basis disziplinärer Wissensbestände und ihrer Reproduktion gestaltet werden bzw. inwieweit auch die systemexterne Nachfrage nach Qualifikationen eine Rolle spielt (vgl. Weingart 2003: 105).

Die Produktion wissenschaftlichen Wissens ist auch durch die Aufmerksamkeitskriterien der Massenmedien¹ bzw. der durch sie erreichten allgemeinen Öffentlichkeit beeinflusst (Weingart 2003: 116–120). Traditionell werden die Massenmedien als Vermittler zwischen der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Umwelt angesehen, die das innerhalb des Wissenschaftssystems produzierte Wissen selektieren, vereinfachen und für die Öffentlichkeit zugänglich machen (Weingart 1998: 869, 2011: 47). Allerdings geht ihre tatsächliche Einflussnahme auf die wissenschaftliche Entwicklung über diese Rollenbeschreibung hinaus. So werden die Massenmedien von Wissenschaftler*innen in Anspruch genommen, wenn im Rahmen von innerwissenschaftlichen Prioritätskonflikten Wissensansprüche schnell und ohne aufwändiges *peer review*-Verfahren veröffentlicht werden sollen (Weingart 2003: 122). In ihrer Funktion als Beschaffer von Aufmerksamkeit und gesellschaftlicher Legitimation können die Massenmedien die Zuschreibung von Reputation innerhalb der Wissenschaft (positiv wie negativ) beeinflussen (Weingart 2003: 27). Dabei kann Medienprominenz in Konkurrenz zur innerwissenschaftlichen Reputation treten, etwa indem einige

¹ Massenmedien werden hier verstanden als „*Kommunikationsmittel, die durch technische Vervielfältigung und Verbreitung mittels Schrift, Bild oder Ton Inhalte an eine unbestimmte (weder eindeutig festgelegte noch quantitativ begrenzte) Zahl von Menschen vermitteln und somit öffentlich an ein anonymes, räumlich verstreutes Publikum weitergeben*“ (Burkart 2002: 169).

Wissenschaftler*innen bewusst öffentliche Bekanntheit suchen, um politisch gesteuerte Ressourcenzuweisungen zu beeinflussen oder um ihre Chancen auf bestimmte Posten in der Wissenschaft zu erhöhen (Goodell 1977). Auch können Wissenschaftler*innen die Entscheidung und Schließung innerwissenschaftlicher Konflikte mit Hilfe gesamtgesellschaftlicher Zustimmung zu ihren Gunsten beeinflussen. Sie wählen diesen „*Umweg*“ über die Öffentlichkeit mitunter strategisch, wenn etwa ein kontroverses theoretisches Programm etabliert oder eine neue wissenschaftliche Disziplin profiliert werden soll (Weingart 2003: 27–28).

Zwar wird das Erregen von Zustimmung und Prominenz außerhalb der Wissenschaft von den Fachkolleg*innen mitunter geringgeschätzt oder nicht beachtet. Insofern sich gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit in die innerwissenschaftliche Ressourcenallokation übersetzen lässt, verändert sie aber dennoch Handlungsorientierungen und Strategieoptionen für Wissenschaftler*innen. Hierbei ist auch ein Faktor, dass Universitäten und Forschungsinstitute sowie auch Fördermittelgeber*innen immer stärker ihre mediale Präsenz durch das Vorweisen von Forschungserfolgen zu optimieren suchen, um sich in der Konkurrenz mit anderen Einrichtungen zu profilieren (Weingart 2015: 113–114, 2017). Auch richten hochrangige Fachzeitschriften wie bspw. *Nature* und *Science* ihre Redaktionspolitik nicht allein an wissenschaftlichen Kriterien aus, sondern auch an medialem Nachrichtenwert. Dieses Selektionsprinzip hat wiederum Rückwirkungen auf die Verteilung von Ressourcen sowie auf die Handlungsbedingungen von Wissenschaftler*innen, da eine Platzierung von Forschungsergebnissen in diesen Zeitschriften von Fördermittelgeber*innen und Wissenschaftler*innen angestrebt wird (Franzen 2012).

Die gesellschaftliche Öffentlichkeit nimmt darüber hinaus zunehmend *aktiv* Einfluss auf die wissenschaftliche Entwicklung, etwa indem Bürger*innen im Rahmen von *citizen science* Wissen produzieren, oft in Zusammenarbeit mit oder unter Aufsicht von professionellen Wissenschaftler*innen. Insbesondere in der Planungswissenschaft ist zu berücksichtigen, dass gesellschaftliche Bewegungen und Bürger*inneninitiativen (bspw. „*Recht auf Stadt*“) sich auf vielfältige Weise in der Wissenschaft niederschlagen und Übergänge oft fließend sind. Auch das *crowd funding* wissenschaftlicher Forschung ist zu nennen, bei dem die Öffentlichkeit, unabhängig von innerwissenschaftlichen Relevanzkriterien, über die Finanzierung und damit die Durchführbarkeit bestimmter Projekte (mit-)bestimmt.

Ein anders gelagertes Beispiel für die gesellschaftliche Beeinflussung ist die partielle Übernahme gesellschaftlicher Vorbedingungen und Wertestrukturen in das Wissenschaftssystem. Hierbei sind nicht nur die sich verändernden normativen Bewertungskriterien bei der Wahl von Methoden und Gegenständen,

insbesondere was den Ausschluss bestimmter Forschungen betrifft (bspw. Tierversuche), zu nennen. Auch gesellschaftliche Diskriminierungen, etwa von Frauen oder ethnischen Minderheiten, schlagen sich in der Wissenschaft nieder (Weingart 2003: 28–29). So verfügen Teile der Gesellschaft (bspw. Wissenschaftler*innen aus den Entwicklungsländern) bereits über defizitäre Eintrittsbedingungen in die Wissenschaft. Ebenso tragen sich strukturelle gesellschaftliche Benachteiligungen (bspw. gegenüber Frauen) in Benachteiligungen innerhalb der Wissenschaft fort. In der Folge liegt etwa der Frauenanteil unter den höchstdotierten C4/W3-Professuren bei lediglich 11,6 % (DFG 2019a). Zwar ist die wissenschaftliche Gemeinschaft sicher nicht als Spiegel der Gesellschaft zu betrachten, in Bezug auf bestimmte Fragen ist aber zu vermuten, dass strukturell dominierende Sichtweisen sowie Priorisierungen von Themen und Meinungen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft in ähnlichen, sich verändernden, Ausprägungen vorliegen, wie im öffentlichen oder politischen Diskurs.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass die Wissenschaft von der Bereitstellung finanzieller Ressourcen und organisationaler Strukturen abhängt und dass diese Leistungen mit spezifischen – auch inhaltlichen – Erwartungen verknüpft sind. Die Wissenschaft ist zudem von außerwissenschaftlichen Relevanzkriterien und gesellschaftlichen Bedingungen beeinflusst. Aus den jeweils unterschiedlichen Handlungslogiken ergibt sich, dass sich Erwartungen und Relevanzkriterien von System zu System unterscheiden. Ein Forschungsergebnis kann dementsprechend, je nach Kontext, ganz unterschiedliche Bedeutungen und Folgen haben, so Aljets (2015: 79):

„Im Wirtschaftssystem kann das Forschungsergebnis als Chance für ein neues Geschäftsmodell oder als die Bedrohung eines etablierten Vertriebswegs eingeschätzt werden. Im politischen System können daraus Gefahren des Machterhalts oder Potentiale der Machtgewinne resultieren, weil sich das Forschungsergebnis für oder gegen eine etablierte politische Position einsetzen lässt. In den Massenmedien wiederum kann die Erkenntnis der Forschung einen eigenständigen Informationswert haben, der sich aus den zentralen Nachrichtenwerten des massenmedialen Systems [ergibt], statt aus den wissenschaftlichen Kriterien des Forschungssystems.“

Da sich die verschiedenen Funktionssysteme der Gesellschaft ständig wandeln, verändern sich auch die von außen an die Wissenschaft herangetragenen Prioritäten und Beurteilungskriterien. Durch verschiedene Kanäle vermittelt, ergibt sich ein Interdependenzverhältnis, das wesentlich zum institutionellen Kontext der Wissenschaft beiträgt. In dem Maße wie die Wissenschaft auf die sich verändernden externen Erwartungen reagiert, wird die gesellschaftliche Umwelt zur

treibenden Kraft für den innerwissenschaftlichen Wandel (Schimank 2006; Aljets 2015: 77).

Im Sinne des Konzepts der strukturellen Kopplung erfolgt dieser Wandel allerdings nicht im direkten Durchgriff von außen. Stattdessen verändert die gesellschaftliche Umwelt bestimmte Rahmenbedingungen, auf Grundlage derer das selbstreferenziell geschlossene wissenschaftliche Kommunikationssystem eine Reaktion entwickelt, die nur bedingt steuer- und vorhersehbar ist. Die Beeinflussungsversuche der Umwelt konstituieren also, vermittelt über strukturelle Kopplungen, einen Teil des Handlungskontextes, auf Grundlage dessen wissenschaftliche Akteur*innen eigenständig handeln. Letztlich entscheidet aber die Wissenschaft selbst darüber, „*welche Fragen es wert sind, durch Forschung beantwortet zu werden, und welche nicht*“ (Weingart 2003: 33–34). Für die Untersuchung der Frage, wie die Wissenschaft zu diesen Entscheidungen gelangt, ist von der Ebene des gesellschaftlichen Teilsystems auf die Ebene der wissenschaftlichen Gemeinschaft zu wechseln.

4.2 Die Fachgemeinschaft als Ort wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion

In diesem Teilkapitel wird die Makroebene verlassen und eine Mesoperspektive eingenommen, die die Fachgemeinschaft als Ort der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion fokussiert. Ein wesentliches Ziel dieser Betrachtung ist es, basale Kategorien (bspw. Fachgemeinschaft, Zitation) und Mechanismen (bspw. Publizieren zur Erlangung von Reputation) darzulegen, die für die Ableitung eines eigenen analytischen Rahmens benötigt werden. Hierfür kommen Modelle und Theorien zur Anwendung, die sich mit der Koordination der Wissenschaft bzw. in einem breiteren, soziologischen Verständnis mit der Governance der Wissenschaft befassen. Dieser Perspektive lassen sich unterschiedliche Ansätze zuordnen, wie insbesondere Science Policy Studies, organisationssoziologische oder akteurtheoretische Ansätze.

Im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen wird der Wissenschaft ein hoher Grad an Autonomie zugesprochen. Die Grundlage für diese Spezifität ist, dass die wissenschaftliche Gemeinschaft – zumindest in der Idealvorstellung – über ein „*von allen anderen sozialen Systemen abgegrenztes Aufmerksamkeitsregime*“ verfügt (Weingart 2015: 111). Schließlich sind wissenschaftliche Akteur*innen nicht wie bspw. die Massenmedien an einer systemexternen Kundschaft orientiert, sondern sie sind ihr eigenes Publikum

(Luhmann 1992: 625; Debackere et al. 1994: 26–27). So konstatiert Bourdieu (1975: 23):

„[...] [Scientific] producers tend to have no possible clients other than their competitors (and the greater the autonomy of the field, the more this is so). This means that in a highly autonomous scientific field, a particular producer cannot expect recognition of the value of his products (‘reputation’, ‘prestige’, ‘authority’, ‘competence’, etc.) from anyone except other producers, who, being his competitors too, are those least inclined to grant recognition without discussion and scrutiny.“

Die primären Konsument*innen neuen Wissens sind also gleichzeitig dessen Produzent*innen und stehen somit in Konkurrenz zueinander. Letztlich können nur die Fachkolleg*innen die Qualität wissenschaftlicher Erzeugnisse bewerten und auf dieser Basis die Urheber*innen belohnen oder sanktionieren. Eine Konsequenz aus dieser Besonderheit ist, dass die Fachgemeinschaft der Verfolgung eigener und selbst definierter Zielsetzungen verhältnismäßig hohe Priorität beimessen kann (Hasse 2012: 52). Das *peer review*-System sowie die akademische Selbstverwaltung sind Beispiele für die Institutionalisierung dieses Prinzips (Heidler 2010: 14–15).

4.2.1 Binnendifferenzierung der Wissenschaft: Disziplin und Fachgemeinschaft

Das abgeschlossene Aufmerksamkeitsregime der Wissenschaft schlägt sich in einem ausdifferenzierten internen Kommunikationssystem nieder. Horizontal ist die Wissenschaft in mehr oder weniger formalisierte soziale Einheiten gegliedert, die sich um jeweils spezifische Forschungsthemen, Methoden und Theorien gruppieren. Diese Binnendifferenzierung der Wissenschaft ist zum einen die Beschreibung eines Zustands, sie ist aber auch ein fortlaufender Prozess. So können sich Grenzen von Disziplinen, Fakultäten oder Fachbereichen ausweiten oder kontrahieren. Die zwei Triebkräfte dieser Binnendifferenzierung sind zum einen das stetige Wachstum der Wissenschaft als Ganzes, also insbesondere die zunehmende Anzahl wissenschaftlicher Akteur*innen. Zum anderen fächern sich die Disziplinen aufgrund der zunehmenden wissenschaftlichen Abstraktion und der selbstreferenziellen Konstituierung neuer Gegenstände immer weiter auf (Weingart 2003: 37–38). Der zunehmende Apell nach trans- und interdisziplinärer Forschung konterkariert einerseits die fortlaufende Ausdifferenzierung der Wissenschaft, ist aber auf der anderen Seite auch Ausdruck ebendieser Entwicklung (ebd.: 53).

Es gibt unterschiedliche Ansätze die Einheiten der Wissensproduktion zu benennen (Disziplinen, Fakultäten, Forschungs- und Arbeitsbereiche, Fachgemeinschaften usw.), zu definieren, voneinander abzugrenzen und zu hierarchisieren. Als basale Differenzierungskategorie dient die Untergliederung in Disziplinen. Diese haben sich historisch primär aufgrund eines über längere Zeit konstanten thematischen Alleinstellungsmerkmals sowie einer gewissen Größe formell institutionalisiert. Disziplinen sind jeweils an verschiedenen Universitäten und Forschungsinstituten organisiert und strukturieren die Rahmenbedingungen der Forschung. Unter anderem ist die soziale Organisation der Wissensproduktion einer Disziplin durch ihr Maß an „*attention space*“ (Collins 1998) repräsentiert und beeinflusst, also der Anzahl wissenschaftlicher Beiträge, die in Zeitschriften, auf Konferenzen und in anderen Formaten untergebracht und rezipiert werden (Hackett et al. 2017: 741). In der deutschsprachigen Wissenschaftssoziologie verbreitet ist die Definition von Disziplinen nach Stichweh (2014: 17):

„Disziplinen sind Formen sozialer Institutionalisierung eines mit vergleichsweise unklarerer Grenzziehungen vorlaufenden Prozesses kognitiver Differenzierung der Wissenschaft. Zur Identifizierung und Charakterisierung einer ‚Disziplin‘ verweisen wir typischerweise: 1) auf einen hinreichend homogenen Kommunikationszusammenhang von Forschern – eine ‚scientific community‘; 2) auf einen Korpus wissenschaftlichen Wissens, der in Lehrbüchern repräsentiert ist, d.h. sich durch Kodifikation, konsentrierte Akzeptation und prinzipielle Lehrbarkeit auszeichnet; 3) eine Mehrzahl je gegenwärtig problematischer Fragestellungen; 4) einen ‚set‘ von Forschungsmethoden und paradigmatischen Problemlösungen; 5) eine disziplinspezifische Karrierestruktur und institutionalisierte Sozialisationsprozesse, die der Selektion und ‚Indoktrination‘ des Nachwuchses dienen.“

Fach- oder Arbeitsbereiche lassen sich als weitere Binnendifferenzierung von Disziplinen anhand der genannten Kriterien – mit Ausnahme der bereichsspezifischen Karrierestruktur – verstehen. Zwischen einzelnen Disziplinen und Fachbereichen bestehen jeweils Überlappungen (bspw. in Bezug auf die Forschungsfragen oder die Mitglieder) und es lassen sich weitere Binnendifferenzierungen bzw. Subsumierungen vornehmen (bspw. Stadtgeografie als Teilmenge der Humangeografie) (vgl. Laudel und Gläser 2007: 103–104).

Innerhalb von Disziplinen und über Disziplinen hinweg lassen sich darüber hinaus Fachgemeinschaften abgrenzen, also *informelle* Kommunikationszusammenhänge von Akteur*innen, in denen kollektiv ein jeweils spezifisches Wissen produziert wird (Gläser 2012b). In Abgrenzung zu Disziplinen und Fachbereichen

sind Fachgemeinschaften unabhängig vom Grad ihrer (formellen) Institutionalisierung zu denken, was nicht ausschließt, dass sie in formalisierten Organisationszusammenhängen repräsentiert sind. Die Mitglieder einer Fachgemeinschaft sind potenziell in unterschiedlichen Disziplinen verortet, arbeiten aber an einem zusammenhängenden Problem-Set. Anhand des Problem-Sets lassen sich gemäß Debackere et al. (1994: 22–23) drei Typen von Fachgemeinschaften abgrenzen: Sie beschäftigen sich entweder mit demselben Thema (bspw. Schrumpfende Städte), nutzen dieselben Techniken und Methoden (bspw. Netzwerkforschung) oder verfolgen das gleiche theoretische Programm (bspw. Neo-Institutionalismus) (ebd.).

Die Mitglieder einer Fachgemeinschaft kommunizieren ihre Forschungsergebnisse einander und verwenden diese im Rahmen ihrer jeweils eigenen Forschung, was sich wiederum im Zitat dokumentiert (Weingart 2003: 32–33). Sie heben sich somit als hinreichend verdichtete Kommunikationsgemeinschaften von Forscher*innen aus der wissenschaftlichen Gemeinschaft hervor und lassen sich anhand von Ko-Autorenschafts- oder Zitationsbeziehungen identifizieren (vgl. Bettencourt et al. 2009: 210; siehe Kp. 2.3). Die Entstehung einer Fachgemeinschaft hat verschiedene Ursachen, wie Hackett et al. (2017: 739) auf Basis einer Metaanalyse aufzählt: Neue Techniken und Methoden lassen neue Fragestellungen in den Blick rücken, für (neues) wissenschaftliches Wissen werden neue Verwendungsmöglichkeiten erkannt, eine wachsende Gruppe erkennt eine Frage oder ein Problem als vielversprechend an, Forschungsgegenstände, die mehrere etablierte Fachgebiete vereinen, werden verstärkt beleuchtet, einflussreiche Interessengruppen werden auf einen Gegenstand aufmerksam.

Weil die formell institutionalisierten Strukturen der Wissenschaft in Form von Disziplinen, Fakultäten oder Fachbereichen die tatsächliche „*tribale Organisation wissenschaftlichen Wissens oft nur sehr grob, unvollständig und mit einer Verzögerung von Jahrzehnten*“ (Angermüller 2012: 712) abbilden, erhalten die informell emergierenden Fachgemeinschaften – bzw. *scientificlepistemic/imagined communities* – als eigentliche Orte der Wissensproduktion unabhängig vom Grad ihrer Institutionalisierung traditionell besonderes Augenmerk in der Wissenschaftssoziologie (Gläser et al. 2017: 984). Sie werden als „*genuine soziale Form wissenschaftlicher Wissensproduktion*“ (Braun-Thürmann 2010: 73), „*kollektive Wissensproduzenten*“ (Gläser 2012a: 7) und als die „*entscheidenden Wissensorte*“ (Glückler und Goeke 2009: 266) angesehen: „*Vor allem hier sollte Wissen geschaffen, widerlegt und somit fortwährend verändert werden*“ (ebd.). Ihr geteiltes Wissen sowie ihre Präferenzen und Normen sind maßgeblich für die Ableitung neuer Forschungsprobleme und Lösungsansätze durch ihre Mitglieder, wie Gläser (2012a: 7) ausführt:

„The preferences and norms of the scientific community provide important information about acceptable contributions and contributions that would earn a researcher the highest reputation. Scientific communities tacitly or explicitly agree on the problems that must be urgently solved because the community’s further progress depends on the solution.“

Die fortlaufende Produktion neuer Erkenntnisse ist Bedingung für den Fortbestand der Fachgemeinschaft, allerdings ist die damit verbundene Modifizierung oder Revidierung etablierter Wissensbestände gleichzeitig auch die Grundlage für das Aussterben, die Neuentstehung oder die Metamorphose von Fachgemeinschaften (Aljets 2015: 75).

Die Mitgliedschaft zu einer Fachgemeinschaft wird nicht durch die Entscheidung einer zentralen Instanz erworben, sondern dadurch, dass ein*e Wissenschaftler*in einen eigenen wissenschaftlichen Beitrag zum geteilten Wissen hinzufügt und dieser Beitrag von den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft rezipiert wird (Aljets 2015: 76). Um überhaupt einen Beitrag einspeisen zu können, gelten jedoch institutionalisierte Teilnahmebedingungen (vgl. Weingart 2003: 32–33). So wird häufig die Zertifizierung wissenschaftlicher Kompetenz nach Abschluss eines Ausbildungsgangs, also ein akademischer Grad, sowie die Anstellung an einer Universität oder an einem Forschungsinstitut explizit oder implizit zur Bedingung erhoben, um einen Beitrag in einer Fachzeitschrift oder auf einer wissenschaftlichen Konferenz veröffentlichen zu können. Ein weiterer Selektionsmechanismus ist das *peer review*-Verfahren, also die formalisierte Überprüfung und Beurteilung von Publikationen und Forschungsanträgen durch Mitglieder der Fachgemeinschaft auf der Grundlage fachgemeinschaftlicher Qualitätskriterien.

Die Qualität und Quantität der fachgemeinschaftlichen Resonanz auf die wissenschaftlichen Beiträge ihrer Mitglieder bilden die wesentliche Grundlage für die Vergabe von Reputation, materiellen Ressourcen und Positionen. Entlang dieser Faktoren differenziert sich die Sozialstruktur der Fachgemeinschaft vertikal aus. Daran anknüpfend stellt Aljets (2015: 75) fest:

„Zusammengenommen ergibt sich eine Struktur des Wissenschaftssystems, bei der sich die horizontal differenzierten Fachgemeinschaften vertikal entlang der erworbenen Reputation (und organisationalen Positionen) differenzieren. Die Grenzen innerhalb der Struktur ergeben sich daraus, dass die Reputation, die durch eine Fachgemeinschaft zugeschrieben wird, nicht ohne weiteres in eine andere übertragen werden kann.“

4.2.2 Soziale Mechanismen der fachgemeinschaftlichen Wissensproduktion

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Fachgemeinschaften als die entscheidenden kollektiven Wissensproduzentinnen beschrieben wurden, soll nun fokussiert werden auf die konkreten, sozialen Mechanismen dieser Wissensproduktion. Dabei wird nicht an der auf individueller Ebene anzusiedelnden Forschung – empirische Analyse, Datenauswertung, kognitive Entwicklung usw. – angesetzt. Stattdessen werden die auf fachgemeinschaftlicher Ebene ablaufenden kollektiven Prozesse – Formulierung der Erkenntnis, Publikation, *peer review*, Rezeption, Zitation, Allokation von Reputation, materiellen Ressourcen und Positionen – beschrieben.

Der hier zu schildernde idealtypische Mechanismus fachgemeinschaftlicher Erkenntnisproduktion beginnt mit der Formulierung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch Forscher*innen. Sie speisen diese Erkenntnisse anhand von Fachbeiträgen – Publikationen, Vorträgen, Kommentaren usw. – in die fachöffentliche Kommunikation ein. Das maßgebliche Medium für einen Fachbeitrag ist die wissenschaftliche Publikation, also die Veröffentlichung wissenschaftlicher Ergebnisse in einer Monografie, als Beitrag in einem Sammelband oder als Aufsatz in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift. In referierten Zeitschriften und Sammelbänden werden Fachbeiträge vor ihrer Veröffentlichung, wie auch Anträge zur Einwerbung von Forschungsmitteln, in einem mehr oder weniger formalisierten Verfahren einem *peer review* unterzogen. Dabei handelt es sich um eine erste Prüfung durch in der Regel nicht mehr als zwei unabhängige Gutachter*innen, mit dem Ziel die Signifikanz, Aktualität, Originalität, Validität und Plausibilität des Beitrags zu gewährleisten. Weingart (2003: 25) sieht in dieser fachgemeinschaftlichen Begutachtung den

„[...] zentrale[n] Entscheidungsmechanismus in der Wissenschaft, über den sowohl das Erscheinen neuen Wissens als auch die Verteilung von Ressourcen zur Produktion zukünftigen Wissens entschieden wird. Die Gefahr, dass sich verdiente Reputation in illegitime Macht wandelt und die Funktion des gatekeepers missbraucht wird, erscheint als das größte Risiko der Wissenschaft. Es ist aufgrund dieser strategischen Stellung der peer review also kaum überraschend, dass Infragestellungen und/oder Funktionsstörungen außerordentlich sensible Reaktionen zur Folge haben.“

Nach der Veröffentlichung des Wissens können die Fachkolleg*innen den Beitrag rezipieren, bewerten und im Rahmen der eigenen Forschung weiterverwenden. Die wissenschaftliche Relevanz des Beitrags äußert sich darin, ob und wie das

produzierte Wissen in der nachfolgenden Wissensproduktion der wissenschaftlichen Gemeinschaft Verwendung findet und zitiert wird (Morris und Van der Veer Martens 2008: 219–220). Sie entscheidet sich also erst durch die Quantität („*wieviele* beziehen sich auf den Beitrag?“) und die Qualität (bspw. „*wer* bezieht sich *wie* auf den Beitrag?“) der Reaktionen der Fachgemeinschaft nach der Veröffentlichung.

In wissenschaftlichen Publikationen rekurren die Autor*innen auf die Werke anderer Wissenschaftler*innen und dokumentieren dies – so zumindest das Ideal wissenschaftlicher Redlichkeit – durch Zitationen. Dabei lassen sich zwei Funktionen der Zitation unterscheiden: die formale Funktion (Offenlegung der Quellen) und die latente Funktion (Verteilung und Entzug von sozialer Anerkennung bzw. Reputation). Aus der formalen Funktion ergibt sich das Verständnis einer Zitation als sichtbares Element eines diachronen Wissensnetzwerks. Demnach indizieren Zitationen, so Aufvenne und Steinbrink (2014: 263–264):

„[...] eine inhaltliche Bezugnahme und somit eine Wissensbeziehung zwischen dem zitierenden und dem zitierten Autor. Das Schreiben wissenschaftlicher Texte lässt sich sodann als ein interaktiver Netzwerkprozess verstehen, in dem Zitationen als textliche Spur einer Wissensbeziehung begreifbar und als Teil eines Wissensnetzwerks analytisch erfassbar werden.“

Zitationen gehören zu den wesentlichen Faktoren und Indikatoren für die Allokation von sozialer Anerkennung bzw. wissenschaftlicher Reputation. In dieser durch das Zitieren und Nicht-Zitieren vermittelten Belohnung und Sanktionierung ist die latente Funktion der Zitation angelegt. In Literaturverzeichnissen manifestieren sich folglich nicht nur Wissensnetzwerke, sondern auch Machtverhältnisse und soziale Netzwerke (Hard 2003 [1990]: 376, zitiert in Aufvenne und Steinbrink 2014).

Die Kriterien, nach denen Beiträge als Referenz für die eigene Forschung ausgewählt werden, variieren. Neben der inhaltlichen Passfähigkeit ist ein zentrales Kriterium, ob der auszuwählende Beitrag als glaubhaft bzw. wahr eingestuft wird. Ob für den Beleg einer bestimmten Aussage der erste und älteste Nachweis dieser Aussage zitiert wird, um die wissenschaftliche Priorität der Urheberin bzw. des Urhebers zu dokumentieren, oder ob eine besonders aktuelle Studie herangezogen wird, um die Gültigkeit der Aussage zu demonstrieren, bleibt den Autor*innen überlassen (Luhmann 1974: 237–238). Genauso können soziale oder strategische Kriterien eine Rolle spielen, insbesondere bei

Zitationen einer befreundeten oder der eigenen Person. Häufig werden diejenigen Beiträge für eine Zitation ausgewählt, deren Autor*innen bereits über ein vergleichsweise hohes Maß an Reputation verfügen (Arzheimer und Schoen 2009: 606–607). Dieses Auswahlprinzip entfaltet eine selbstverstärkende Wirkung, den sogenannten Matthäus-Effekt: Bekannte Autor*innen werden häufiger zitiert als unbekannte und werden dadurch noch bekannter (Merton 1968). Eine Ursache für diesen Effekt ist, dass angesehene Autor*innen als legitime Sprecher*innen einer bestimmten Fachgemeinschaft oder Theorie gelten können, was seitens der zitierenden Forscher*innen mitunter höher gewertet wird als die persönliche Einschätzung bezüglich der Vertrauenswürdigkeit und Originalität der Urheber*innen (Angermüller 2012: 711). Mit dem Selektionskriterium der Reputation verbunden ist außerdem ein Wahrheits- oder Gültigkeitsversprechen der zitierten Aussagen, denn sie sind stärker erprobt. Nicht zuletzt sind angesehene Wissenschaftler*innen nicht nur den Autor*innen, sondern auch der potenziellen Leserschaft eher bekannt, was der besseren Einordnung und – Passfähigkeit des Zitats vorausgesetzt – dem Verständnis der zitierten Aussage dienlich ist.

Aus der Relevanz eines wissenschaftlichen Beitrags leitet sich die Allokation von Reputation für dessen Autor*innen ab. Ein Beitrag kann folglich nur dann zu Reputation in der Fachgemeinschaft gereichen, wenn dessen Verwendung sich bei der Produktion und Veröffentlichung darauf folgender Beiträge als dienlich erweist. Umgekehrt kann – selbst neues und wahres – Wissen keine Reputation einbringen, wenn es in den anschließenden Forschungen keine Rolle spielt (Weingart 2003: 37). Die Reputation einer Akteurin bzw. eines Akteurs ist ein zentrales Kriterium für die Zuweisung von materiellen Ressourcen (bspw. Drittmittel) oder Positionen (bspw. Professuren), die wiederum für die Produktion und Publikation neuer Erkenntnisse eingesetzt werden können.

Nicht nur, weil die Rezipient*innen und Produzent*innen in Konkurrenz zueinander stehen, werden die Verwendung von Wissen und die Ermittlung von Relevanz zu einem über epistemische Kriterien hinausgehenden sozialen und politischen Prozess. Staeheli und Mitchell (2005: 357) leiten daraus einen für diese Arbeit zu berücksichtigenden Appell ab:

„[...] [R]esearch is not born relevant; it is made relevant in practice and for particular ends. Any consideration of the sociology and politics of relevance, therefore, requires consideration of why research should be relevant, how research becomes relevant, the goals of research (including political goals), and the intended audiences and beneficiaries of research. Each of these is a vexed issue; each is a locus of considerable debate as researchers with differing intellectual, social, and political agendas contend over what is right and what is best.“

Der in diesem Kapitel geschilderte Mechanismus ist als idealtypisch zu verstehen und dient vor allem dazu, basale wissenschaftliche Prozesse und Kategorien für die Ableitung eines Analyserahmens (siehe Kp. 5) aufzuschlüsseln. Es ist – in umgekehrter Reihenfolge – zusammenzufassen, dass ein*e Akteur*in Reputation, materielle Ressourcen und Positionen zugeschrieben bekommt, wenn er*sie relevante wissenschaftliche Erkenntnisse auf sich verbuchen kann. Diese Relevanz manifestiert sich in der Quantität und Qualität der Bezugnahmen auf die Beiträge, die wiederum daraus resultieren, ob sich das Aufgreifen und Zitieren der Beiträge im Rahmen der jeweils eigenen Publikationen der Fachkolleg*innen als nützlich erweist. Für die Bewertung der Nützlichkeit sind nicht nur formale (Offenlegung der Quellen) und epistemische (bspw. Passfähigkeit) Kriterien ausschlaggebend, sondern auch latente bzw. soziale (Verteilung/Entzug von Anerkennung). Voraussetzung für die Rezeption eines Beitrags seitens der Fachgemeinschaft ist die Veröffentlichung von Ergebnissen, der in der Regel ein Selektions- und *review*-Verfahren vorausgeht. Ausgangspunkt dieses sozialen Mechanismus der Wissensproduktion ist das Formulieren und Kommunizieren einer wissenschaftlichen Erkenntnis.

4.2.3 Epistemische Mechanismen der fachgemeinschaftlichen Erkenntnisgewinnung

Das vorangegangene Kapitel zu den *sozialen* Mechanismen der fachgemeinschaftlichen Erkenntnisproduktion kam weitestgehend aus, ohne auf *epistemische* Mechanismen und Faktoren einzugehen. Diese heben sich im Verständnis dieser Arbeit von den sozialen Mechanismen ab, indem sie auf die *Inhalte* der Forschung und nicht auf deren Verwertung und Rezeption abzielen. Statt auf soziale Faktoren – Reputation, materielle Ressourcen usw. – zielen Konzeptualisierungen epistemischer Mechanismen also auf Problemwahlen, theoretische und methodische Entscheidungen, Wissensstrukturen und Forschungspfade. Wie sich im vorangegangenen Kapitel gezeigt hat und wie sich auch in diesem Kapitel zeigen wird, sind diese beiden Facetten der Wissenschaft nicht gänzlich voneinander zu trennen. So wie die Gewinnung von Erkenntnissen konditional für die Erlangung von Reputation ist, so ist die Verfügbarkeit von materiellen Ressourcen eine Voraussetzung für die weitere Forschung.

Einen überzeugenden Ansatz zur Erklärung epistemischer Praktiken und Mechanismen legen Laudel und Gläser vor (vgl. Gläser und Laudel 2015a; Gläser 2012a). Sie erforschen die Entstehung von Innovationen in der Wissenschaft sowie die Entwicklung von Forscher*innenkarrieren. Ihr Ansatz betont neben

organisationalen Aspekten vor allem die Bedeutung der Kommunikation sowie die Wissensstruktur der Fachgemeinschaft. Sie schildern die wissenschaftliche Erkenntnisentstehung als einen dezentralen Prozess, bei dem die Einzelentscheidungen von Wissenschaftler*innen in einen Gesamtzusammenhang integriert werden. Aus den geschilderten Mechanismen der Vermittlung zwischen der kollektiven Wissensproduktion der Fachgemeinschaft und den Einzelentscheidungen ihrer Mitglieder leitet sich eine Erklärung für die Wahl von Forschungsproblemen ab.

Dabei ist zunächst konzeptionell festzuhalten, dass es in der Regel die forschende Person selbst ist, die die Entscheidungen in Bezug auf die tatsächliche Forschung und Erkenntnisgewinnung fällt. Zwar werden Probleme, Methoden und Vorgehen immer vor dem Hintergrund institutioneller Rahmenbedingungen und basierend auf dem Wissen über die Fachgemeinschaft gewählt, es sind aber dennoch die einzelnen Personen, die die Wahl treffen. Vermeintlich von Dritten (bspw. Fachkolleg*innen, Fördermittelgeber*innen) vorgegebene Forschungsentscheidungen können nicht mehr als einen Rahmen abstecken, der immer einen gewissen Gestaltungsspielraum für die Person erlaubt. Passen die strukturell vermittelten Kriterien nicht mit den eigenen Fähigkeiten und Interessen zusammen, müssen Kompromisse eingegangen oder Ausweichstrategien gefunden werden (Gläser 2012a: 12–14). Gläser (2012a: 5) veranschaulicht dies anhand der Laborstudien Knorr-Cetinas (1981), in denen sich zeigt, dass die Forschungsarbeit getragen ist von sehr vielen Einzelentscheidungen über Methoden, Geräte, Material, Kolleg*innen und andere Elemente der Wissensproduktion. Einige dieser alltäglichen Entscheidungen treffen Forschende mit expliziter Berücksichtigung möglicher Konsequenzen für den Forschungsinhalt und das Forschungsergebnis, während sie andere Entscheidungen *ad hoc*, ohne systematische Erwägung der Folgen für das spätere Ergebnis, treffen, „*in order to make experiments work*“ (Gläser 2012a: 5). Auch diese *ad hoc*-Entscheidungen prägen aber den Forschungsprozess und damit das produzierte Wissen.

Nichtsdestotrotz werden Forschungsentscheidungen immer vor dem Hintergrund der fachgemeinschaftlichen Wissensproduktion gefällt. Die Mitglieder einer Fachgemeinschaft identifizieren Lücken im gemeinsamen Wissen und formulieren Projekte zu deren Schließung. Alles, „*was andere diesem Wissensbestand schon hinzugefügt haben oder gerade hinzufügen möchten*“, ist deshalb für die individuelle Wahl des Forschungsgegenstands und die damit verbundenen Erwartungen von Bedeutung (Gläser 2012b: 151). Welche Probleme besonders dringlich und wichtig sind, wird explizit oder implizit durch die Fachgemeinschaft verhandelt und den Mitgliedern anhand von Anreizen wie bspw. der Allokation von Reputation vermittelt. Auf der anderen Seite wird die Arbeit

zu Gegenständen abseits fachgemeinschaftlicher Prioritäten unter anderem durch Nichtbeachtung sanktioniert bzw. mit geringen Reputationschancen belegt und dementsprechend entmutigt (Luhmann 1974: 243–244).

Da die Interpretation der kollektiven Wissensproduktion von unterschiedlichen Individuen in jeweils spezifischen Kontexten parallel geschieht, ist die Passfähigkeit der einzelnen Beiträge nicht immer optimal, und verschiedene Antworten auf dasselbe Forschungsproblem sind gängig (Gläser 2012a: 6). Dennoch wird diese Form der dezentralisierten, autonomen Entscheidungsfindung bezüglich der Problemwahl für effizient befunden, da die gemeinschaftliche Wissensproduktion mit vielen Unsicherheiten behaftet ist (*„welches Problem ist relevant?“, „(wie) kann es gelöst werden?“*, *„wer kann es am besten lösen?“*). In der Regel können die Forscher*innen – zumindest nachdem sie mit Abschluss ihrer Promotion in die wissenschaftliche Unabhängigkeit entlassen wurden – selbst am besten beurteilen, welches Forschungsproblem sie in der Lage und motiviert sind zu lösen und mit welchen Mitteln sie diese Lösung anstreben. Durch die dezentralisierte Entscheidungsfindung können viele Probleme simultan formuliert und gelöst werden, sodass eine schnelle Problemlösung gewährleistet ist (Gläser 2012a: 6).

Um die Erkenntnisgewinnung einer Fachgemeinschaft, eines Individuums oder in Bezug auf einen Gegenstandsbereich zu untersuchen, modellieren Gläser und Laudel (2015a) *„diachrone Wissensstrukturen“*. Damit sind Netzwerke von Forschungsprojekten – hier gleichbedeutend mit *Forschungsprozessen* – gemeint, die zwar zu unterschiedlichen Zeitpunkten ablaufen, die aber durch Input–Output-Beziehungen verbunden sind und die zentral für die Entstehung wissenschaftlicher Innovationen sind. Die Forschungsprozesse werden zum Teil durch Publikationen repräsentiert, die inhaltlich verknüpft sind und aufeinander aufbauen:

„Diachronic knowledge structures are partially represented by sets of thematically connected publications. Although researchers and thus communities hold informal knowledge as well, the published (formal) knowledge consists of those knowledge claims researchers want their community to know about and use. This publicly available knowledge can be understood as the core of a community’s knowledge, and can be unobtrusively studied by bibliometrics.“ (Gläser und Laudel 2015a: 303)

Im Zuge der kognitiven Entwicklung einzelner Forscher*innen, Arbeitsgruppen oder Fachgemeinschaften entsteht deren diachrone Wissensstruktur. Jeder Forschungsprozess speist sich aus dieser wachsenden Struktur, trägt aber gleichzeitig zu ihr bei, nährt also zukünftige Forschungsprozesse (Gläser und Laudel 2015a: 301). Für die kognitive Entwicklung von Gemeinschaften ist zu beachten, dass zwar alle Mitglieder einen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten,

dass die geteilte Wissensstruktur aber primär von den Langzeitmitgliedern der Gemeinschaft strukturiert wird (ebd.: 302).

Die diachronen Wissensstrukturen formen Forschungspfade („*research trails*“), also Sequenzen thematisch zusammenhängender Projekte, in denen frühere Projekte als Input für spätere Projekte dienen (Chubin und Connolly 1982). Von einem Forschungspfad können sich thematisch verwandte Forschungspfade abspalten, die parallel verfolgt werden. Genauso kann ein Forschungspfad enden, wenn er nicht mehr durch weitere Projekte fortgeführt wird. Teilweise werden markante Veränderungen in der diachronen Wissensstruktur erst im Nachhinein erkennbar. Zudem geschehen Veränderungen der Forschungspfade nicht unbedingt intentional, sondern sind auch durch den Wandel äußerer Umstände bedingt (Gläser und Laudel 2015a: 320).

Das Kernargument von Gläser und Laudel ist, dass die sich verändernden Wissensstrukturen wichtige Kontextbedingungen für die Handlungen von Wissenschaftler*innen darstellen: „[...] *previous research influences the choice of new research problems, as current research will – through modifying the structures – influence future choices*“ (Gläser und Laudel 2015a: 302). Aufgrund dieser Pfadabhängigkeit der Erkenntnisproduktion sind insbesondere die frühen Karriererephasen von Wissenschaftler*innen entscheidend für ihre spätere Selektion von Forschungsproblemen:

„Scientific communities expect researchers to become independent during the early career phase. In this phase, many early career researchers develop long-term interests that guide their selection of projects. These interests often take the form of individual research programmes. An individual research programme can be defined as a script for future research actions that contribute to the realisation of a larger research interest, i.e. to a goal that cannot be reached by a single project. Research programmes can lead to scientific innovations if their outcomes affect the scientific community by changing the practices of many of its members. However, most of them only lead to new research trails for the researcher who designs the programme without having any far-reaching community effects.“ (Gläser und Laudel 2015a: 320)

Es lässt sich zusammenfassen, dass Fachgemeinschaften eine gemeinsame Wissensstruktur pflegen und erweitern, die den Kontext für die individuellen Forschungsentscheidungen von Wissenschaftler*innen darstellt. Die wissenschaftlichen Akteur*innen identifizieren Lücken in diesem Wissenskanon und formulieren Projekte zu deren Schließung. Durch das Rezipieren und Hinzufügen von Beiträgen ist die gemeinsame Wissensstruktur ständig im Wandel, allerdings unterliegt sie auch einer starken Pfadabhängigkeit, denn bestehende Forschungen bilden die Grundlage für gegenwärtige Forschungen, genauso wie gegenwärtige

Forschungen die Wissensstruktur verändern und somit zukünftige Forschungen beeinflussen. Dies gilt es insbesondere auf der individuellen Ebene zu beachten, da Entscheidungen, die früh in der Karriere getroffen werden, den Kontext für alle weiteren Entscheidungen bilden. Hierbei ist auch auf die Betonung des Individuums hinzuweisen, welches gemäß Gläser die Wahl von Forschungsproblemen zwar vor dem Hintergrund von Wissensstrukturen und fachgemeinschaftlichen Belohnungsmechanismen, aber doch stets selbst fällt. Was die maßgeblichen Faktoren für diese Entscheidung auf individueller Ebene sind, soll im folgenden Abschnitt (Kp. 4.3) dargelegt werden.

4.3 Der institutionelle Kontext wissenschaftlicher Akteur*innen

Nach der Darstellung der Wissenschaft als Teilsystem der Gesellschaft, der innerwissenschaftlichen Ausdifferenzierung sowie Mechanismen der wissenschaftlichen Wissensproduktion wird nun der für wissenschaftliche Akteur*innen im deutschsprachigen Raum handlungsprägende institutionelle Kontext in den Blick genommen. Im Rahmen der hierfür gewählten institutionalistischen Forschungsperspektive wird die Wissenschaft als ein soziales System betrachtet, in dem Akteur*innen auf der Grundlage übergreifender formeller Regeln und informeller Normen individuell handeln. Der institutionelle Kontext prägt Akteur*innen, indem er Handlungsressourcen und Handlungsorientierungen sowie die innere Organisation komplexer Akteur*innen strukturiert. Er konstituiert Entscheidungssituationen, indem er die Entscheidungsregeln bestimmt, die beteiligten Akteur*innen benennt, ihnen Handlungsoptionen vorgibt und diese mit Anreizen versieht (Treib 2015: 280). Es werden im Folgenden insbesondere drei Einflussgrößen des institutionellen Rahmens – formale Koordination, Allokation von Reputation, Allokation von materiellen Ressourcen – erläutert.

Indem auf die Handlungsbedingungen fokussiert wird, lässt sich die im Folgenden dargelegte institutionalistische Perspektive am ehesten der Mesoebene zuordnen, denn es werden organisationale Mechanismen, Interdependenzen zwischen Akteur*innen sowie die Bewältigung dieser Interdependenzen betont, um die abstrahierten Entscheidungsbedingungen auf Akteur*innenebene zu erklären. Im Hinblick auf die zu Anfang des Kapitels aufgeworfenen Fragestellungen – ‚Wie wählen wissenschaftliche Akteur*innen ein Thema?‘ bzw. ‚Wie lassen sich Veränderungen der aggregierten Entscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen hinsichtlich ihrer Themenwahl erklären?‘ – stellt dieser Ansatz die finale Konkretisierung dar, sodass dieses Teilkapitel eine zentrale Funktion für die Ableitung

des Analyserahmens im darauffolgenden Abschnitt leistet. Aufgrund der daraus resultierenden hohen Passfähigkeit dieses Teilkapitels mit der anschließend zu entwickelnden Heuristik ist klarzustellen, dass die hier (Kp. 4.3) erfolgenden Schilderungen, so wie alle bisherigen Theoriekapitel, eine fokussierte Aufarbeitung und Systematisierung des Forschungsstandes darstellen. Hiervon abzugrenzen ist die Anpassung und Aneignung ausgewählter Aspekte im Hinblick auf die Bearbeitung der vorliegenden Fragestellung, die in Kapitel 5 erfolgt.

Seit der Kuhn'schen Wende in der Wissenschaftssoziologie rücken individuelle Handlungsziele, wie bspw. das Akkumulieren von Reputation oder materiellen Ressourcen, in den Vordergrund institutionalistischer Untersuchungen, während ethische Normen und Ideale, wie bspw. das Streben nach Wahrheit, (wenn überhaupt) als Mittel zum Erreichen der Handlungsziele eingestuft werden (Schimank 2010). Im Rahmen dieser Tradition identifizieren Langer (2006), Braun (2001) und Hüther et al. (2010) jeweils vier oder fünf Kapitalarten, nach denen Wissenschaftler*innen streben (Braun 2001: 245). In der Synopse lassen sie sich zu drei Kapitalarten zusammenfassen: reputatives, ökonomisches und formales bzw. politisches Kapital. Braun nennt auch das erzieherische Kapital, das aber erstens nur eine geringe Rolle im deutschen Hochschulsystem spielt und zweitens keinen Erklärungsgehalt für die Wahl von Forschungsthemen bietet (ebd.). Schimank (2014: 34–35) erkennt ähnliche Handlungslogiken, kommt aber zu einer Einteilung in fünf „*Stellschrauben*“, mittels derer Einfluss auf das Forschungshandeln einer Person ausgeübt wird: Formale Weisungen, materielle Ressourcen, Zeit, Karriere und Reputation. Basierend auf Schimanks Arbeiten nehmen wiederum Aljets und Lettkemann (2012) eine eigene Unterteilung in drei „*Einflusskanäle*“ vor: „*Allokation von Ressourcen*“², „*Allokation von Reputation*“ und „*Formale Koordination*“. Sie fassen dabei die Faktoren *Zeit*, die Schimank letztlich als „*manpower*“ verzeichnet und die sich bspw. durch Veränderung des Lehrdeputats oder des Personalstocks ergibt, und *Karriere*, unter die Schimank insbesondere Rekrutierungsentscheidungen subsummiert, unter dem Faktor materielle Ressourcen zusammen (Schimank 2014: 34 f.; Aljets und Lettkemann 2012: 132 ff.). Resümierend kann gesagt werden, dass die verschiedenen Schilderungen des Handlungskontextes der Wissenschaft nahezu kongruent sind und Unterschiede primär in der Schwerpunktsetzung, Systematisierung und Nomenklatur auftreten.

² Zur Vermeidung von Missverständnissen sei angemerkt, dass Schimank, Aljets und Lettkemann den Begriff ‚*Ressourcen*‘ als synonym mit ‚*materiellen Ressourcen*‘ oder ‚*ökonomischem Kapital*‘ verwenden. Der in dieser Arbeit verwendete Ressourcenbegriff ist, mit Ausnahme der Verwendung in diesem Zitat, jedoch breiter gefasst und bezieht bspw. auch Sozialkapital mit ein. Er basiert auf dem Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus (siehe Kp. 5.2; vgl. Mayntz und Scharpf 1995: 54; Scharpf 2006: 86–87).

Die folgende Systematisierung in drei grundsätzliche Einflussgrößen des institutionellen Kontextes folgt im Wesentlichen der von Aljets und Lettkemann, die insbesondere von Aljets (2015: 82–106) vertieft werden. Demnach bilden die formale Koordination (Kp. 4.3.1), die Allokation von Reputation (Kp. 4.3.2) und die Allokation von materiellen Ressourcen (4.3.3) die institutionellen Rahmenbedingungen, die für das Handeln von Wissenschaftler*innen maßgeblich sind (Aljets und Lettkemann 2012). Es handelt sich bei den einzelnen Einflussgrößen um analytische Konstruktionen, die nicht immer trennscharf verlaufen und einander bedingen. Letzteres wird insbesondere in dem abschließenden Teilkapitel (4.3.4) verdeutlicht, das die drei Einflussgrößen miteinander in Beziehung setzt.

4.3.1 Formale Koordination

Der Begriff der formalen Koordination umfasst gemäß Aljets (2015: 101) die auf Hierarchie basierenden Koordinationsmechanismen, die formalen Entscheidungswege sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen, die das Forschungshandeln wissenschaftlicher Akteur*innen strukturieren. Durch formale Koordination werden nicht nur Verfahrenswege vorgegeben, sondern auch die zu beteiligenden Akteur*innen benannt sowie deren Rechte und Kompetenzen definiert. Auf der anderen Seite werden Akteur*innen, die bestimmte formelle Kriterien nicht erfüllen, von Organisationen oder Plattformen ausgeschlossen. Allerdings geht es in den allermeisten formal strukturierten Handlungssituationen, so Aljets mit Verweis auf Luhmanns (1964) Erwartungsstruktur, weniger um die tatsächliche formale Anweisung konkreter Handlungen: „*Vielmehr strukturiert bereits die Möglichkeit, dass ein Akteur eine Handlung formal anweisen könnte, die Handlungskoordination zwischen den Akteuren maßgeblich*“ (Aljets 2015: 101; siehe auch Hüther et al. 2010: 172–176).

Die formale Koordination der Wissenschaft ist durch verschiedene Governance-Mechanismen konstituiert, die einen Teil der Handlungsbedingungen wissenschaftlicher Akteur*innen determinieren. Gemäß einer weit verbreiteten Typologie, die auf Schimank und Meier (2002) sowie Braun und Merrien (1999) zurückgeht, lassen sich fünf formale Governance-Mechanismen in der Wissenschaft unterscheiden: Staatliche Regulierung, Außensteuerung, hierarchische Selbststeuerung, akademische Selbstorganisation und Konkurrenz (siehe insb. Hüther und Krücken 2016: 136–144). Dabei bezeichnet ‚*Staatliche Regulierung*‘ die hierarchische Steuerung durch bürokratische Vorgaben, etwa im Bereich des Personalrechts oder der Mittelzuwendung. Der Begriff ‚*Außensteuerung*‘ verweist

ebenfalls auf die Einflussnahme durch den Staat, allerdings nicht in Form detaillierter Anweisungen, sondern in Form von Zielvorgaben, sodass die Wege der Zielerreichung in der Hand der Wissenschaft liegen. Der Außensteuerungsmechanismus beinhaltet die Einsetzung und Beteiligung intermediärer Organisationen und Governance-Institutionen, wie bspw. Akkreditierungsagenturen oder Hochschulräte. Bei dieser Form der Koordination können wiederum hierarchische Elemente zum Tragen kommen, häufiger findet allerdings eine Ersetzung der Hierarchie durch eine Koordination über Verhandlungen statt. Zur Außensteuerung bemerken Hüther und Krücken (2016: 138), dass durch die Übertragung hierarchischer Kompetenzen an die intermediären Organisationen das Kontroll- und das Informationsproblem hierarchischer Koordination minimiert werden:

„Dies geschieht erstens dadurch, dass intermediäre Einheiten als Teil der Hochschulen konzipiert sind (zum Beispiel einige Hochschulräte) und dabei angenommen wird, dass hierdurch eine höhere Kontroll- und Informationsdichte möglich ist. Zweitens finden wir bei anderen intermediären Einheiten eine hohe Spezialisierung (zum Beispiel Akkreditierungsagenturen), die zumindest das Informationsproblem dadurch minimiert, dass durch die Spezialisierung die Akkumulation von Wissen und Informationen zu einem bestimmten Gegenstandsbereich erleichtert wird.“

Unter ‚*hierarchischer Selbststeuerung*‘ werden die hochschul- und institutsinternen Steuerungsmechanismen gefasst, bei denen die Leitungsebene Entscheidungen vornimmt und diese durchsetzt. Dagegen bezieht sich die ‚*akademische Selbstorganisation*‘ auf die formale Koordinierung seitens der Entscheidungsbetroffenen (Wissenschaftler*innen) selbst im Rahmen der von ihnen dominierten Gremienstrukturen. Die Entscheidungen der Gremien beruhen dabei im Normalfall nicht auf Hierarchie, sondern auf Verhandlung und anschließendem Mehrheitsentscheid (Hüther et al. 2010: 119–120; Schimank und Meier 2002: 5). Der Mechanismus der ‚*Konkurrenz*‘ bezieht sich auf die im Zuge der Etablierung von New Public Management-Ansätzen verstärkte Abhängigkeit der Ressourcenversorgung wissenschaftlicher Akteur*innen von der relativen Leistungsfähigkeit der Organisationseinheiten bzw. auf die diesen Mechanismus vermittelnden Regeln, die sich in Form zunehmender Einflussnahmen durch Evaluationen und der Einschränkung dauerhafter Berufungs- und Bleibezusagen manifestieren (Schimank und Meier 2002: 5). Zusätzlich zu den fünf geschilderten Mechanismen sind auch nicht-staatliche, wissenschaftsexterne Akteur*innen zu berücksichtigen, die teilweise ebenfalls die formale Koordination der Wissenschaft konstituieren, bspw. in Form von Stiftungsprofessuren.

Im Zuge der sogenannten New Public Management Reformen haben sich seit den späten 1990er Jahren einige institutionelle Regelungsstrukturen, insbesondere

an den Hochschulen, gewandelt. Dabei wurde einerseits die universitäre Leitungsebene gestärkt und andererseits die direkte staatliche Regulierung zugunsten einer gesteigerten Output-Orientierung reduziert. Insbesondere Mechanismen der leistungsorientierten Mittelvergabe und der Einsatz von Zielvereinbarungen wurden mehr und mehr eingesetzt. Im Zuge dessen haben intermediäre Organisationsformen (bspw. Hochschulräte) sowie die (gegenseitige) Koordinierungsfunktion wissenschaftlicher Eliten (bspw. im Rahmen von Evaluierungskommissionen) an Bedeutung gewonnen. In der Folge wurden hierarchische Strukturen zunehmend durch netzwerkartige und marktförmige Koordinationsmechanismen (bzw. bei Schimank und Meier Mechanismen der ‚Außensteuerung‘ und ‚Konkurrenz‘) ersetzt, sodass die Interdependenzen zwischen wissenschaftlichen Akteur*innen, und dabei insbesondere jene zwischen den wissenschaftlichen Eliten, zugenommen haben (Aljets 2015: 101–105; Hüther und Krücken 2016: 50–61).

Durch formale Koordination wird von verschiedenen Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen Einfluss auf die Wissensproduktion genommen. Im Rahmen hierarchischer Beziehungen (bspw. Ministerium gegenüber Fakultät, Fakultät gegenüber Lehrstuhlinhaber*in, Lehrstuhlinhaber*in gegenüber Mitarbeiter*in) werden direkte Anweisungen sowie Handlungsziele definiert und durchgesetzt. Auf die Organisationsebene (bspw. Fakultäten und Forschungsinstitute) wird Einfluss bspw. durch Mechanismen der leistungsorientierten Mittelvergabe sowie durch Evaluationsverfahren genommen. Diese von wissenschaftsexternen Akteur*innen ausgehenden und teilweise durch intermediäre Instanzen vermittelten Beeinflussungsversuche werden wiederum auf die Ebene untergeordneter Organisationen (bspw. Lehrstühle) sowie letztlich der individuellen Forscher*innen in der Form formaler Weisungen und Zielvorgaben weitergegeben. Ein Beispiel hierfür sind Berufungsverfahren, bei denen zunächst in der Ausschreibung Auswahlkriterien formuliert und in den Verhandlungen Zielvorgaben vereinbart werden, deren Nichterreichung sanktioniert wird (Gläser 2012a: 9). Bereits die Erlangung der sogenannten ‚*Berufungsfähigkeit*‘ ist mit impliziten und expliziten Vorgaben verbunden, wie bspw. einer abgeschlossenen Promotion oder dem Nachweis des wissenschaftlichen Impacts anhand von Zitationsindizes. Die Inhalte der Forschung lassen sich insofern durch formale Koordination beeinflussen, als dass im Rahmen hierarchischer Beziehungen die Bearbeitung bestimmter Inhalte angeordnet werden kann, bspw. im Rahmen von Angestelltenverhältnissen oder durch die Denomination von Stellen. Auch durch quantitative Zielvorgaben kann der Inhalt beeinflusst werden, indem deren Erreichung bspw. mit der Wahl möglichst ertragreicher Forschungsmethoden, -kooperationen oder -themen zusammenhängt.

Aus der formalen Koordination – bzw. aus den formalisierten Positionen, Funktionen, akademischen Graden, Mitgliedschaften u.ä. – leiten sich individuelle Handlungsressourcen für die wissenschaftlichen Akteur*innen ab. Akteur*innen werden mit Rechten, Kompetenzen und einem Einflussbereich ausgestattet, sie werden aber gleichzeitig mit Verpflichtungen belegt, und ihre Handlungsspielräume werden eingegrenzt. Diese auf formaler Koordination basierenden Ressourcen werden auch als formales und politisches Kapital, institutionelle Macht oder Einfluss gefasst (Langer 2006: 46–62; Hüther et al. 2010: 179–182). Sie lassen sich auf verschiedenen Wegen in andere Handlungsressourcen ‚*ein-tauschen*‘. So erleichtert bzw. ermöglicht eine hochrangige Position den Zugang zu materiellen Ressourcen und die Aufnahme persönlicher Bekanntschaften zu wiederum einflussreichen Akteur*innen. Zudem ist zur Erlangung hochrangiger Positionen, neben der Erfüllung gewisser formaler Mindestanforderungen, vor allem das Erlangen einer gewissen Reputation Voraussetzung. Im Umkehrschluss indiziert eine hochrangige Position, dass der*die Inhaber*in in der Vergangenheit Reputation angehäuft hat, sodass die Bekleidung der Position für sich schon Ansehen verleiht. Diese in Positionen geronnene Reputation stellt nicht nur für die Fachgemeinschaft eine Strukturierungshilfe dar, sondern auch die gesellschaftliche Umwelt kann anhand der Reputation besondere Leistungen und herausgehobene Akteur*innen erkennen und auf dieser Grundlage Anknüpfungspunkte erschließen (Luhmann 1974: 237–238). Allerdings steht das Bekleiden von Positionen bzw. der Aufbau politischen Kapitals gleichzeitig in einem Spannungsverhältnis zur Erlangung von Reputation, da beide Kapitalarten nur mit hohem zeitlichen Aufwand und unter großen Anstrengungen zu erreichen sind (Hüther et al. 2010: 168–169).

Langer (2006: 47–48) sowie Hüther et al. (2010: 179–182) betonen die Bedeutung des „*mikropolitischen Kapitals*“ wissenschaftlicher Akteur*innen, also des Wissens und der Fähigkeiten, die benötigt werden, um die formellen Regeln und Mechanismen überhaupt aktivieren und zum eigenen Vorteil einsetzen zu können. Es besteht aus zwei Komponenten:

„(a) *Wissen über politisch-historische Hintergründe aktueller Entscheidungsprobleme, etwa Berufungszusagen, Themenkarrieren, die Entstehungsgeschichte relevanter Beschlusslagen, Präzedenzfälle etc., damit auch über aktuelle ‚informelle Strukturen‘, Rechtslagen, Verfahrensfragen, Finanzierungsmöglichkeiten, mögliche Handlungsalternativen etc.*

(b) *Akkumulierte Kompetenzen und Ressourcen zur politischen Durchsetzung und Gestaltung universitärer Organisationsstrukturen und die Bereitschaft und Fähigkeit, sie für den Einsatz in den Auseinandersetzungen und Entscheidungsprozessen der Selbstverwaltungsorgane symbolisch zu bündeln.*“ (Langer 2006: 47)

Zu den akkumulierten Kompetenzen und Ressourcen zählen wiederum Verhandlungsgeschick, strategisch-taktisches Können, sowie das Aufbauen, Pflegen und Einsetzen-Können nützlicher Beziehungen (Langer 2006: 47–48). Hüther et al. (2010: 181) heben die Bedeutung von Koalitionen und Netzwerken hervor, in denen informell und häufig nicht sichtbar Einfluss auf die formellen Entscheidungsprozesse geübt werden kann. Um derartige Bündnisse eingehen zu können, muss man „*etwas anzubieten haben*“:

„Um mikropolitisch Kapital zu generieren, ist eine gegenwärtige oder vergangene Besetzung von Positionen mit formale[m] Kapital besonders vorteilhaft. Zunächst können Positionsinhaber Einfluss innerhalb des Netzwerkes anbieten und koordinieren. Zudem verfügen diese über Informationen und Wissen, das gleichfalls innerhalb des Netzwerkes genutzt werden kann. Neben Positionen stellt aber auch reputatives Kapital von Professoren eine Möglichkeit dar, in Netzwerke integriert zu werden. Professoren mit hoher Reputation können so insbesondere die Legitimität der informell getroffenen Entscheidungen gegenüber Netzwerkexternen befördern.“ (Hüther et al. 2010: 181)

Die Beteiligung an mikropolitischen Bündnissen ist nicht „kostenfrei“, sondern es kommt im Zuge wiederholter gegenseitiger Unterstützungen und Absprachen zu einer „*Verkettung von Verpflichtungen*“, die wiederum Machtpotentiale schafft (Hüther et al. 2010: 181–182).

Als weitere Prozesse der informellen Anwendung und Ausgestaltung formaler Regeln sind die vorherrschende Institutskultur sowie persönliche Interaktionsverhältnisse zu beachten. Am Beispiel des Machtverhältnisses zwischen Professor*in und Mitarbeiter*in legt Langer (2006: 61–63) dar, dass häufig auf der Basis gegenseitigen Vertrauens agiert wird, sodass das formal festgeschriebene Abhängigkeitsverhältnis nicht oder kaum als solches in Erscheinung tritt. Erkennbar werden formale Abhängigkeiten insbesondere erst bei Meinungsverschiedenheiten oder unterschiedlichen Interessenlagen. Gegebenenfalls können Weisungsbefugte nicht nur mit informellen Sanktionen, wie bspw. geringschätziger Behandlung, reagieren, sondern auch auf ihre formale Macht zurückgreifen, bspw. indem sie unerwünschte Aufgaben erteilen oder im Extremfall die Promotion oder Habilitation eines Mitarbeiters bzw. einer Mitarbeiterin hintertreiben (ebd.).

4.3.2 Allokation von Reputation

Reputation gilt gemeinhin als grundlegendes Strukturierungselement der Wissenschaft und Reputationsstreben als die zentrale Handlungsorientierung von Wissenschaftler*innen (Luhmann 1974; Whitley 1984; Schimank 2010). Sie lässt sich als Bekanntheit und fachliches Ansehen einzelner Wissenschaftler*innen oder Forschungsgruppen innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft beschreiben, umfasst aber auch das Ansehen von Medien, Organisationen und Institutionen, wie bspw. Zeitschriften, Verlagen, Instituten, Universitäten oder Tagungen (Luhmann 1974: 237; Langer 2006: 42). Gemäß Weingart (2003: 22–23) signalisiert die Reputation eines*einer Wissenschaftler*in „*sowohl innerhalb des Systems als auch nach außen, dass es sich um jemanden handelt, der einen wichtigen und von seinen Kollegen als solchen anerkannten Beitrag geleistet hat*“.

Luhmann (1974: 237) beschreibt Reputation als eine Art unbefristeten Kredit, der sich auf Grundlage der gezeigten Einzelleistungen bildet. Wer darüber verfügt, kann einem Beitrag allein durch seine Autorenschaft Aufmerksamkeit verleihen, weil bestimmte Wissenschaftler*innen sich einen (unterschiedlich gear teten) Nutzen von dessen Rezeption versprechen. Dieses Versprechen muss dann allerdings auch konstant eingelöst werden, das Anspruchsniveau muss also gehalten werden, denn die Beiträge stehen unter besonderer Beobachtung (Luhmann 1992: 245–248). An der Wichtigkeit von Namen in der Wissenschaft lässt sich diese zentrale Funktion der Reputation ablesen. So enthalten bspw. Bücher oft Namensverzeichnisse, damit Aussagen zu bzw. von bestimmten Akteur*innen ohne Lesen des Buches rasch gefunden werden können. Für Luhmann gibt diese Fokussierung auf Namen Anlass dazu, das Bild der Wissenschaft als primär erkenntnismotivierte Gemeinschaft generell in Frage zu stellen:

„Aber wozu muss man wissen, wer die Wahrheit ans Licht gebracht hat, wenn man sich doch direkt an die Wahrheit halten und ihren Urheber ohne Schaden vergessen kann?“ (Luhmann 1992: 245–248).

Die Zuschreibung von Reputation erfolgt überwiegend dezentral und in einem „*eher diffusen Prozess*“ (Gläser 2012b: 157). Sie resultiert primär aus der Rezeption der wissenschaftlichen Beiträge von Akteur*innen durch die Fachgemeinschaft bzw. durch die Kommunikation darüber. Sie ist folglich das Ergebnis alltäglicher Entscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen darüber, welche bzw. wessen Beiträge besprochen, weiterverwendet und zitiert werden und woran sich die jeweilige Forschung orientiert. Dabei ist nicht nur entscheidend, *wie viele* Mitglieder der Fachgemeinschaft über den Beitrag kommunizieren, sondern auch

mit welcher Qualifizierung (befürwortend oder ablehnend), mit welchem Stellenwert (zentral oder als Randnotiz) und in welchem Medium (in einem angesehenen Fachjournal oder im Gespräch) die Kommunikation erfolgt. Auch durch welche Akteur*innen (mehr oder weniger angesehen in der Fachgemeinschaft) die Kommunikation erfolgt, ist maßgeblich, denn es sind hauptsächlich die Eliten, die für die Reputationszuschreibung verantwortlich sind (Aljets 2015: 93–96).

Die Dezentralität der Reputationsallokation bedingt, dass die Zuschreibung der Reputation erst nach der Veröffentlichung erfolgen kann und nicht planbar ist, auch wenn Faktoren identifiziert werden können, die die Aussicht auf Reputation erhöhen, wie bspw. die Reputation der Autor*innen oder die Größe der angesprochenen Zielgruppe. Es besteht also eine Unsicherheit bei der Produktion und Veröffentlichung von Forschungsergebnissen in Bezug auf den daraus folgenden Reputationserwerb. Aus den allermeisten wissenschaftlichen Publikationen geht keine durch Zitierung dokumentierte Reputationszuschreibung hervor (Aljets 2015: 93–96).

Neben der Veröffentlichung von Beiträgen in Publikationen oder Vorträgen gibt es weitere Quellen für den Erwerb von Reputation. So steigert das Einwerben von Drittmitteln das Ansehen, wobei auch hier nicht nur die Quantität, sondern bspw. auch das Format der Forschung (Grundlagenforschung oder angewandte Forschung) oder die Fördermittelgeber*innen (bspw. DFG oder Wirtschaftsunternehmen) maßgeblich sein können (Hüther et al. 2010: 177–178). Ist mit einem Drittmittelprojekt eine Begutachtung auf Grundlage wissenschaftlicher Kriterien verbunden, kann anhand der Einwerbung abgelesen werden, dass ein*e Akteur*in (weiterhin) innovative und relevante Forschung betreibt. Indem Drittmittelinwerbung ein wesentliches Ziel von Forschungseinrichtungen ist und wissenschaftliche Akteur*innen in einen Wettbewerb um diese (knappen) Mittel treten, signalisiert deren Einwerbung Erfolg in der Wissenschaft. Umgekehrt ist für die Bewilligung eines Fördermittelantrags in der Regel auch die Reputation oder zumindest die durch einschlägige Vorarbeiten erlangte persönliche Eignung der Antragsteller*innen förderlich (ebd.: 178).

Neben dem Einwerben von Drittmitteln, verspricht auch die Begutachtung der Drittmittelanträge und -projekte Reputation, wie Aljets (2015: 99) schließt:

„Die gestiegene Bedeutung von Gutachtertätigkeiten in der wissenschaftlichen Wahrnehmung lässt sich beispielsweise an den Auflistungen dieser Tätigkeiten in Wissenschaftlerlebensläufen beobachten. Dabei wird davon ausgegangen, dass allein durch die Tätigkeit als Gutachter bereits Reputation zugeschrieben wird. Diesem Reputationsmechanismus liegt die Annahme zu Grunde, dass nur diejenigen für Gutachtertätigkeiten in Frage kommen, die in ihrem Wissenschaftsgebiet besondere

Leistungen oder Kenntnisse vorweisen können. Die Gutachtertätigkeit bestätigt damit den fachlichen Status des Gutachters.“

Auch das Bekleiden von leitenden Funktionen, bspw. in Fachgesellschaften oder Forschungsinstituten, kann zu einer Reputationsallokation in beide Richtungen führen, denn nicht nur Ämter können Personen Ansehen verleihen, sondern auch umgekehrt können Personen Ämtern Reputation verschaffen (Hüther et al. 2010: 170). Luhmann (1974: 237) spricht in diesem Kontext von „Ansteckung“, denn Reputation lasse sich übertragen, „indem renommierte Autoren den Ruf einer Zeitschrift aufbessern, renommierte Professoren den Ruf einer Fakultät oder umgekehrt“. Auch Beziehungen zu angesehenen Wissenschaftler*innen, dokumentiert bspw. durch Ko-Autorenschaft oder gemeinsame Forschungsprojekte, können zur Übertragung von Reputation führen. Die Einbettung einer Person in das Netzwerk der wissenschaftlichen Community ist folglich nicht nur Ausdruck und Folge ihrer Reputation, sondern umgekehrt konstituiert sich die Reputation einer Person auch durch ihre Netzwerkposition. Auch weiteres Hintergrundwissen über die Karriere einer Person, etwa zu ihren Ausbildungs- und Karrierestationen, kann eine Rolle für die Zuschreibung von Reputation spielen (Angermüller 2012: 711). Zudem kann die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen, bspw. durch Beiträge in Tageszeitungen oder Interviews für Fernsehen, Radio oder Internet, die Reputation fördern, teilweise aber auch beeinträchtigen (Hüther et al. 2010: 170).

Die Reputationszuschreibung erfolgt größtenteils kumulativ, was sich darin zeigt, dass das Ausbleiben von Beiträgen nicht zum sofortigen Verlust der bis dahin gewonnenen Reputation führt. Auch können Wissenschaftler*innen Risiken eingehen, „ohne im Falle eines Misserfolges die umfassende Diskreditierung fürchten zu müssen“ (Gläser 2012b: 157). In diesem Kontext hebt Luhmann (1974: 238) die besondere Elastizität der Reputation hervor:

„Sie erlaubt es, Namen und Ansehen einzelner Personen oder Einrichtungen mit spezifischen Leistungen fest zu verbinden, ohne dass dies der Austeilung neuer Reputationen für andere, vielleicht sogar entgegengesetzte Leistungen entgegenstehe. Reputation ist zwar knapp, weil Aufmerksamkeit knapp ist, wird aber nicht wie im Falle von Geld, formalisierter Macht oder Energie durch ein Summenkonstanzprinzip reguliert. Alte Reputation braucht deshalb bei Neuausteilungen nicht schmerzhaft entzogen zu werden, sie verblasst nur im Vergleich mit der neuen Reputation und wird auf unmerkliche Weise geschichtlich. Aus diesen Gründen ist Reputation ein innovationsgünstiges Medium, und dies um so mehr, je prompter sie der Leistung folgt, je rascher sie im System fließt. ‚Revolutionen‘ in der Wissenschaft sind, obwohl es in ihnen doch um Wahrheit geht, mit erstaunlich geringen sozialen Konflikten belastet.“

Dennoch kann die Reputation von Wissenschaftler*innen auch sinken. Besonders unmittelbar und empfindlich reagiert Reputation auf diskreditierende Information (Luhmann 1974: 239). Mittel- bis langfristig ist die Reputation einer Person dadurch gefährdet, dass die Bedeutung ihrer Beiträge sinkt bzw. die Kommunikation über die Beiträge nach und nach entfällt. So kann die Berufung seitens der Fachgemeinschaft auf anfänglich relevante Erkenntnisse obsolet werden, sobald sich andere Ideen durchsetzen, ob in Form einer grundsätzlichen Neuorientierung (Paradigmenwechsel) oder durch eine marginale Modifikation, in der die Fachgemeinschaft eine Verbesserung erkennt, etwa bezüglich der Verständlichkeit oder der Präzision des Beitrags. Zudem kann ein Wandel der Agenda die Relevanz einer Person unterminieren, wenn diese ihre Reputation primär aus Beiträgen zu einem Thema zieht, von dem sich aber ein großer Teil der Fachgemeinschaft zugunsten anderer Themen abwendet.

Für die Wissenschaftler*innen bietet die Reputation zunächst eine Strukturierungshilfe, um angesichts der Komplexität heutiger Wissensproduktion den Überblick zu behalten. Da es selbst in stark spezialisierten Kommunikationsgemeinschaften nicht möglich ist alle Fachbeiträge zu lesen, wählen wissenschaftliche Akteur*innen die Reputation von Autor*innen und Beiträgen als zentrales Orientierungskriterium, um aus der Masse an Veröffentlichungen eine Auswahl für die Kenntnisnahme und Verwendung von Beiträgen treffen zu können (Aljets 2015: 93–96; Weingart 2003: 25–26). Das Grundprinzip hierbei ist, dass vergangene Leistungen im Rahmen der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion sowie eine hervorgehobene Stellung in der fachgemeinschaftlichen Kommunikation sich in der Reputation einer Person manifestieren. Damit einhergehend wird die Reputation einer Person für die Fachkolleg*innen zum Indiz für zukünftig zu erwartende Leistungen sowie zum Indikator dafür, ob die Kenntnisnahme und Zitierung eines Beitrags dem eigenen Erkenntnisprozess sowie dem eigenen Ansehen zugutekommen oder nicht (Weingart 2003: 25–26).

Für das System Wissenschaft nimmt die Reputation darüber hinaus die Funktion eines Vermittlungsmediums zwischen der akademischen Wissensproduktion und dem System für Verteilungsentscheidungen ein (Luhmann 1974: 237–238). Indem über die Allokation von Posten und materiellen Ressourcen unter anderem auf Grundlage der Reputation entschieden wird und indem der Erwerb dieser Reputation primär an die Produktion neuen Wissens geknüpft ist, wird Wissensproduktion zu einer – über Reputation vermittelten – Bedingung für das Erlangen von Posten und Ressourcen (ebd.). Der Reputationsmechanismus gilt daher als Motor für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt, der auch mit der inhaltlichen Ausrichtung der Wissenschaft verknüpft ist, so Gläser (2012b: 157):

„Da man mit der Lösung von für den weiteren Erkenntnisfortschritt besonders wichtigen Problemen besonders viel Reputation erwerben kann, werden mehr Wissenschaftler sich hier versuchen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit des Gelingens erhöht.“

Im Gegensatz zur Qualität ihrer Beiträge ist die Reputation von Wissenschaftler*innen auch für Akteur*innen außerhalb der Fachgemeinschaft (wenn auch mit Einschränkungen) lesbar. Dabei nehmen insbesondere quantitative Indikatoren der Leistungskontrolle eine zunehmende Bedeutung ein, da sie es auch Akteur*innen ohne einschlägige wissenschaftliche Expertise ermöglichen, die Leistungen von Wissenschaftler*innen zu vergleichen. Quantitative Reputations- und Leistungsvergleiche sind daher besonders attraktiv für diejenigen Akteur*innen, die die Forschungsleistung einer bestimmten Person inhaltlich nicht nachvollziehen können, weil sie nicht der gleichen Fachgemeinschaft bzw. nicht der Wissenschaft angehören (Aljets 2015: 93–96).

Die reine Quantität von Drittmitteln, Publikationen und Zitationen, die Wissenschaftler*innen, Organisationen oder Medien auf sich verbuchen können, gewinnt auch innerhalb der Wissenschaft in den vergangenen Jahren an Bedeutung. Bei Karriereentscheidungen wie Berufung oder Entfristung, bei Förderentscheidungen oder bei Evaluationen ist die quantifizierende Leistungserfassung, etwa durch Impact-Faktoren, H-Indizes oder Drittmittelquoten, zu einem zentralen Argument geworden (Schimank 2010: 234–240; Aljets 2015: 93–96). Die quantitativen Daten lassen sich mit relativ geringem Aufwand ermitteln, und sie haben gegenüber subjektiven Einzelbewertungen den Vorteil der Objektivität, auch wenn die Auswahl und Bedeutung der Indikatoren, die Datengrundlage und die Berechnung weiterhin streitbar sind.

Zwar sind die quantitativen Kennziffern primär ein innerwissenschaftliches Produkt, indem bspw. Zitationskennziffern sich nur aus Bezugnahmen der wissenschaftlichen Gemeinschaft speisen (sollten) und indem über Veröffentlichungen in Fachzeitschriften oder die Allokation bestimmter Drittmittel Fachkolleg*innen (mit-)entscheiden (*peer review*). Die Berechnung, weitere Verwendung und Interpretation dieser Daten entzieht sich jedoch zunehmend der Kontrolle der Fachgemeinschaft. In dieser mehr und mehr systemextern gesteuerten Beimesung wissenschaftlicher Reputation erkennt Schimank (2010: 239) einen Verlust an Autonomie oder „*occupational control*“, zumal wissenschaftliche Reputation traditionell als Ausdruck der Autonomie der Wissenschaft galt. Gemäß Aljets (2015: 94–95) lassen sich einige „*Dysfunktionalitäten*“ in der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion diesen Entwicklungen zuschreiben, darunter die steigenden Betrugsfälle, die Reduktion der vielseitigen wissenschaftlichen

Tätigkeit auf das Publizieren und die Drittmittelwerbung, die Verengung der individuellen Forschungs-Portfolios sowie die Förderung eines wissenschaftlichen „*Mainstreams*“.

4.3.3 Allokation von materiellen Ressourcen

Die materiellen Ressourcen wissenschaftlicher Akteur*innen oder auch ihr ökonomisches Kapital umfassen Personalmittel und Sachmittel. Zu den Sachmitteln sind unter anderem ein Arbeitsplatz, technische Ausstattung, Zugang zu einer Bibliothek oder Reisemittel zu zählen. Aljets (2015: 83) zählt mit Verweis auf Schimank (2014: 34) weiterhin den Faktor Zeit zu den materiellen Ressourcen, wobei darunter zur Forschung verfügbare Arbeitszeit bzw. „*manpower*“ gefasst wird, die durch das zugeordnete Forschungspersonal, aber bspw. auch durch die Höhe des Lehrdeputats bestimmt wird.

Das ökonomische Kapital wird hauptsächlich von staatlichen Ministerien, Forschungs- und Förderorganisationen sowie von Wirtschaftsunternehmen in Form von Grundmitteln und Drittmitteln bereitgestellt. Mit Grundmitteln werden die durch die Unterhaltsträger*innen zur Verfügung gestellten laufenden Haushaltsmittel und Investitionen von Wissenschaftler*innen, Lehrstühlen, Instituten oder Hochschulen verstanden, wobei in dieser Arbeit der auf die Forschung verwendete Teil der Sach- und Personalmittel interessiert. Der Begriff Drittmittel umfasst Gelder, die zusätzlich zu diesen Grundmitteln von öffentlichen oder privaten Stellen bereitgestellt werden. Sie sind in der Regel an ein konkretes Projekt bzw. einen konkreten Zweck gebunden, meist zeitlich begrenzt und werden häufig in einem kompetitiven Verfahren von einzelnen Forscher*innen, Fachbereichen, Instituten oder Universitäten eingeworben. Ein eingeworbenes Drittmittelprojekt kann die Ausstattung wissenschaftlicher Akteur*innen mit einem Schlag erheblich steigern, und zwar in einem Ausmaß, wie dies durch die Erhöhung der Grundmittel im Normalfall nicht möglich ist (Hüther et al. 2010: 176–178). Auf der anderen Seite sind Grundmittel nicht nur weniger zweckgebunden, sondern auch langfristiger angelegt. Sie bieten für Wissenschaftler*innen eine höhere Planbarkeit sowie eine geringere Fragilität (Ziesen und Lemm 2017: 238).

Wissenschaftliche Akteur*innen benötigen materielle Ressourcen, um Forschung betreiben zu können. Eine Steigerung dieser Ressourcen ermöglicht dementsprechend in der Regel auch eine Steigerung der Forschungsleistung, die sich in den veröffentlichten Erkenntnissen niederschlägt. Durch eine Erhöhung ihres ökonomischen Kapitals verschaffen sich wissenschaftliche Akteur*innen folglich bessere Voraussetzungen für den Reputationserwerb. Auch auf direktem

Wege – das heißt nicht erst bei Veröffentlichung und Rezeption der finanzierten Forschungsleistungen – führt eine umfangreiche Ressourcenausstattung zu der Zuschreibung von Reputation, denn materielle Ressourcen sind ein (auch für Außenstehende erkennbarer) Indikator für wissenschaftlichen Erfolg. So bescheinigt einem bspw. die Einwerbung eines DFG-Projektes, seriöse, anspruchsvolle und relevante Forschung leisten zu können, wobei hier weniger die eingeworbenen Finanzmittel für sich, sondern vielmehr die Zertifizierung durch die Gutachter*innen anhand wissenschaftlicher Kriterien im Vordergrund stehen. Zudem erleichtert eine hohe Reputation den Zugang zu materiellen Ressourcen, sodass die Mittelausstattung im Umkehrschluss auf die Reputation der darüber verfügenden Person schließen lässt (Hüther et al. 2010: 176–178).

Indem die Sicherung und Erweiterung ökonomischen Kapitals eine zentrale Handlungsorientierung wissenschaftlicher Akteur*innen darstellt, wird ihr Handeln über die Gewährung und den Entzug der Mittel steuerbar. Wer die Bereitstellung der materiellen Ressourcen kontrolliert, erhält dementsprechend die Möglichkeit die Erkenntnisproduktion – bezüglich Inhalt, Prozess, Forschungspersonal usw. – zu beeinflussen (Gläser 2012a: 8; Hüther et al. 2010: 172). Allerdings variiert der Grad der Einflussnahme durch die Mittelgeber*innen. An dem oberen Ende der Skala stehen Auftragsforschungen, in denen nicht nur die Forschungsfrage, sondern manchmal auch das erwünschte Ergebnis zumindest implizit bereits seitens der Auftraggeber*innen vorgegeben wird. Demgegenüber gibt es Mittelzuwendungen, über deren Allokation nahezu vollständig die wissenschaftliche Gemeinschaft im *peer review*-Verfahren entscheidet. Hierbei verfügen Mittelempfänger*innen über mehr Gestaltungsspielraum in Bezug auf die eigene Forschung, allerdings nehmen hier fachgemeinschaftliche Relevanzkriterien und Qualitätsstandards eine lenkende Wirkung ein.

Die Frage, auf welche Art Wissenschaftler*innen ihr ökonomisches Kapital erhöhen können, bedarf einer differenzierten Betrachtung. Zunächst unterliegen die persönlichen Gehalts- und Karrierestufen von Wissenschaftler*innen einer relativ engen Begrenzung. Nach Erreichung einer W3-Professur haben Wissenschaftler*innen bspw. nur eingeschränkte Möglichkeiten im Rahmen ihrer Anstellung an einer Universität oder einem Forschungsinstitut ihre Karrierestufe, ihr Gehalt oder ihre Grundausrüstung zu erhöhen. Allerdings gibt es potenzielle Einnahmequellen außerhalb der Anstellung, die zumindest das persönliche Einkommen erhöhen können, wie zum Beispiel das Verfassen von Lehrbüchern, Beratungs- oder Gutachter*innentätigkeiten (Hüther et al. 2010: 173–179). Die Ausstattungsmittel auf Lehrstuhlebene, zu denen Personalmittel und Sachmittel zählen, lassen sich zum einen durch Erhöhung der zur Verfügung stehenden Grundmittel, bspw. im Zuge von Bleibeverhandlungen, und zum anderen durch

die Einwerbung von Drittmitteln erhöhen (ebd.: 176–178). Die Ausstattungsgewinne im Rahmen von Bleibeverhandlungen sind meist geringer als diejenigen im Rahmen der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln, letztere unterliegen aber auch einer stärkeren Zweckbindung und zeitlichen Begrenzung.

Spätestens seit den 1970er Jahren hat die Bedeutung von Drittmitteln zugenommen, während die Bedeutung von Grundmitteln in der Forschung abnimmt. Ursächlich dafür ist zum einen die „*massification*“ des Bildungssystems, die sich in einem stetigen Anstieg der Studierendenzahlen ausdrückt (Gibbons et al. 1994: 70–80). Demgegenüber stagniert die Grundausrüstung der Universitäten, sodass ein steigender Lehraufwand mit gleichbleibenden materiellen Ressourcen geleistet werden muss (Ziesen und Lemm 2017: 238). Auch wenn die Grundausrüstung der universitären Fachgebiete formal jeweils zur Hälfte für Forschung und Lehre vorgesehen ist, kann daher davon ausgegangen werden, dass sich die tatsächliche Verteilung der Grundmittel „*unter der Hand*“ zugunsten der Lehre und zulasten der Forschung verschoben hat (Schimank 2000; Aljets 2015: 85).

Der abnehmenden Grundausrüstung im Bereich Forschung steht eine steigende Verfügbarkeit von Drittmitteln gegenüber. So wird jede zweite befristete Stelle an Hochschulen mittlerweile über Drittmittel gefördert (Ziesen und Lemm 2017: 238). Die Drittmittelquote, also das Verhältnis der Drittmittel zu den Gesamteinnahmen der Hochschulen (ohne Verwaltungseinnahmen), erhöhte sich von 19 % im Jahr 2003 auf 28 % im Jahr 2015 (DFG 2018: 24–25, 2015: 25). Berücksichtigt man, dass die Ausgaben für Lehre, Infrastruktur, Instandhaltung etc. größtenteils aus den Grundmitteln finanziert werden, so lassen sich schätzungsweise mehr als 40 % des Forschungsetats an deutschen Hochschulen den Drittmitteln zuschreiben (Aljets 2015: 85–86). Ein weiterer Faktor der erhöhten Bedeutung von Drittmitteln sind die gestiegenen Kosten vieler Forschungsvorhaben. Insbesondere in den physikalisch-technischen, aber auch in einigen natur- und sozialwissenschaftlichen Fächern nehmen Forschungsprojekte mit hohem Ausstattungs- und Personalbedarf zu. Diese lassen sich mit den in ihrer Höhe vergleichsweise starren Grundmitteln nicht finanzieren (ebd.: 87). Die Folge des Bedeutungszuwachses von Drittmitteln ist ein starker Anstieg des Antragsaufkommens, demgegenüber die Erhöhung der Drittmittelsummen geringer ausfällt, sodass die Bewilligungsquoten stark gesunken sind. So ist bspw. im Rahmen der Einzelförderung der DFG fachübergreifend der prozentuale Anteil bewilligter Anträge gegenüber der Gesamtzahl der Anträge von 84,5 % im Jahr 1974 auf 34,6 % im Jahr 2018 gesunken (DFG 2019b: 195; Aljets 2015: 90).

Die sinkenden Bewilligungsquoten zusammen mit der gestiegenen Bedeutung von Drittmitteln strukturieren den Prozess der Ressourcenallokation als „*Quasi-Markt*“, auf dem Wissenschaftler*innen zunehmend miteinander um Drittmittel

konkurrieren (Aljets 2015: 91; Schimank und Volkmann 2008: 387–388; Whitley et al. 2018: 110). Zwar ist auch auf Seiten der Fördermittelgeber*innen eine Diversifizierung und ein zunehmender Wettbewerb um wertvolle Erkenntnisse und hochrangige Wissenschaftler*innen zu beobachten, allerdings ist der Wettbewerbsdruck auf Seiten der Wissenschaftler*innen deutlich stärker ausgeprägt, was sich an der steigenden Selektivität der Antragsbewilligung zeigt. Sie versetzt die Drittmittelgeber*innen in die Lage, selbst strategisch innerhalb der gegebenen Akteur*innenkonstellationen agieren zu können, indem sie die Projektanträge auswählen, die ihren Zielvorstellungen am ehesten entsprechen. Die seit den 1960er Jahren wachsende Überzeugung, Forschung brauche mehr politische und wirtschaftliche Orientierung, um gesellschaftlich und wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse zu produzieren, bestärkt die Drittmittelgeber*innen darin, eigenhändig strategische Anreize für – in ihren Augen – relevante Forschungsvorhaben zu setzen. Die steigende Selektivität wird also mit einer stärkeren Konditionalität der Förderinstrumente verbunden, in der sich der inhaltliche Gestaltungswille der Förderorganisationen manifestiert (Aljets 2015: 91–92; Schimank 2005b; Gläser et al. 2015).

Es lassen sich verschiedene Dimensionen der Konditionalität unterscheiden, die bei der Mittelvergabe – insbesondere Drittmittel – in Bezug auf die Forschung zur Anwendung kommen (vgl. Aljets 2015: 90–91; Gläser 2012a). So kann die Mittelvergabe an die Erreichung bestimmter Output-Ziele geknüpft sein (Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Einwerbung weiterer Mittel usw.). Ebenso sind Vorgaben in Bezug auf den Inhalt der Forschung (Themen, Ziele, Methodische Ansätze u.ä.) gängig. Des Weiteren kann die Bereitstellung von Forschungsmitteln an die Ausrichtung der Forschung (Interdisziplinarität, Anwendungsbezug, Innovativität u.ä.), an die Zusammenarbeit mit bestimmten Partner*innen (Industrie, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Anwender*innen u.ä.) sowie an die Verortung in bestimmten Regionen (ländliche Räume, Europa u.ä.) geknüpft sein. Hinzu kommen die klassischen intellektuellen Kriterien (Relevanz, wissenschaftliche Qualität usw.) sowie Auswahlkriterien, nach denen die Antragstellenden beurteilt und ausgewählt werden (Exzellenz, institutionelle Zuordnung usw.). Reputation ist folglich nicht nur ein Resultat der Allokation von ökonomischem Kapital, sondern auch eine Voraussetzung, um Zugang zu bestimmten materiellen Ressourcen erhalten zu können.

Auf Seiten der Wissenschaftler*innen hat die steigende Selektivität und Konditionalität zur Folge, dass diejenigen, die auf Drittmittel angewiesen sind, zunehmend opportun agieren müssen, dass sie also Forschungsvorhaben mit Blick auf die Erfolgchancen bei Drittmittelgeber*innen auswählen und entwickeln und dabei ihre persönlichen Einschätzungen bezüglich interessanter

und erkenntnisversprechender Forschungsfragen und -methoden gegebenenfalls zurückstellen. Gläser (2012a: 12–14) benennt einige Strategien wissenschaftlicher Akteur*innen für den Umgang mit den sich verändernden Kriterien der Ressourcenallokation. So betreiben einige Professor*innen das „*Smoothing*“ der Kontextbedingungen, indem sie selbst die Verfügbarkeit von Fördermitteln durch die Initiierung oder inhaltliche Ausgestaltung von Förderprogrammen hinsichtlich ihrer präferierten Inhalte beeinflussen. Durch „*Buffering*“ schaffen sich Akteur*innen Reserven von materiellen Ressourcen, sodass sie weniger auf inhaltlich zweckgebundene Mittel angewiesen sind. Die Antizipierung und Anpassung an die wandelnden Kontextbedingungen ist die wichtigste Strategie. So entwickeln Akteur*innen „*Forschungs-Portfolios*“, indem sie mehrere Forschungspfade simultan verfolgen oder potenzielle Forschungspfade entwickeln, die bei Bedarf aufgenommen werden könnten. Akteur*innen, die mehr als ein Forschungsthema in ihrem Forschungs-Portfolio haben, können nicht-förderfähige Forschung einstellen und den Schwerpunkt auf förderfähige Inhalte verlegen. Ebenso können Akteur*innen ihre Forschungspfade umgestalten oder anders kontextualisieren, damit sie externe Erwartungen erfüllen. Greifen diese Strategien nicht, „*rationiert*“ der*die Akteur*in die Forschung, indem er*sie sich bspw. auf andere Aufgaben (Lehre oder Administration) konzentriert, Studienprojekte für Forschungszwecke nutzt oder den empirischen Aufwand reduziert (Gläser 2012a: 12–14).

Der zunehmende Drittmittelanteil in der Forschungsfinanzierung zusammen mit der gestiegenen Selektivität in der Mittelvergabe bedingt stärkere Interdependenzen zwischen dem Wissenschaftssystem und den außerwissenschaftlichen Fördermittelgeber*innen. Gemäß Heidler (2010: 15) kommen daher zunehmend Fragen in den Blick, die thematisieren, inwiefern sich die beschriebenen Konstellationen auf die Inhalte der Wissensproduktion auswirken, inwiefern die Erhöhung des Anteils der Drittmittelfinanzierung zu einer Verengung der Forschung auf den Mainstream führt und inwieweit diese einer Anhebung der wissenschaftlichen Qualität zugutekommt. Allerdings wird auch über die Bereitstellung der Grundmittel das Handeln wissenschaftlicher Akteur*innen zunehmend beeinflusst. Zwischen Bereitsteller*in und Empfänger*in (bspw. Ministerium gegenüber Fakultät, Fakultät gegenüber Lehrstuhlinhaber*in) ergibt sich ein hierarchisches Verhältnis, in dem der*die Unterhaltsträger*in Entscheidungen über den Umfang der Mittel durchsetzen und diese an Bedingungen oder Erwartungen knüpfen kann (Gläser 2012a: 9). Gemäß Whitley et al. (2018: 110) nimmt generell die Einflussnahme auf den Inhalt der Forschung zu:

„While these preferences [towards particular priority areas and research problems] have sometimes been determined and justified in terms of their intellectual promise and significance, they increasingly are linked to public policy priorities as formulated by governments.“

4.3.4 Die Akkumulation der wissenschaftlichen Kapitalsorten als Zyklus

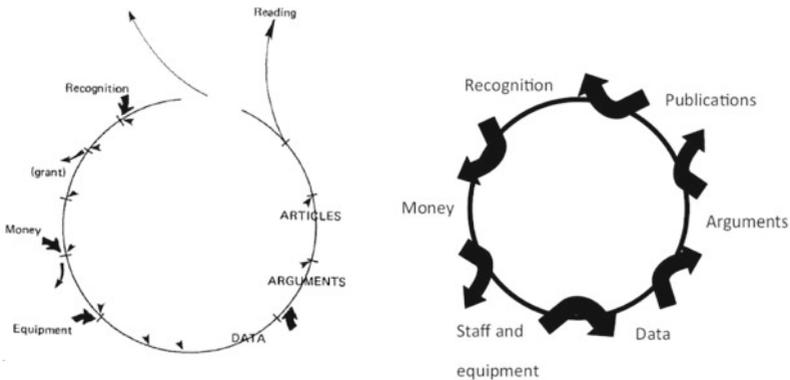
In den drei vorangegangenen Teilkapiteln wurden die drei wesentlichen Einflussgrößen des institutionellen Kontextes der Wissenschaft erläutert: Formale Koordination, Allokation von Reputation und Allokation von Ressourcen. Vermittelt über diese Kanäle lässt sich das Handeln von wissenschaftlichen Akteur*innen beeinflussen.

Analog zu den genannten Einflussgrößen lassen sich drei grundlegende Kapitalsorten unterscheiden, deren Erwerb wissenschaftliche Akteur*innen anstreben: Reputation, materielle Ressourcen (bzw. ökonomisches Kapital) und Einfluss (bzw. das formale Kapital einschließlich der Fähigkeit dieses zu nutzen). In diesen Kapitalsorten sind auch die wesentlichen Handlungsorientierungen wissenschaftlicher Akteur*innen zu sehen. Sie streben also nicht allein nach Wahrheit, relevanten Erkenntnissen oder (deren Übersetzung in) Reputation, sondern – mit unterschiedlichen Gewichtungen – auch nach ökonomischem und formalem Kapital.

Es ist bereits an mehreren Stellen herausgestellt worden, dass sich die verschiedenen Kapitalsorten jeweils für bestimmte Zwecke investieren und gegeneinander eintauschen, verleihen bzw. übersetzen lassen. Wer sich bspw. ein hohes Maß an Reputation erarbeitet hat, der*die hat gute Voraussetzungen eine hochrangige Position zu erlangen oder Fördermittel einzuwerben. Eine hochrangige Position verleiht einem*einer Akteur*in wiederum Reputation, Einfluss sowie leichteren Zugang zu materiellen Ressourcen und persönlichen Bekanntschaften. Diese Faktoren lassen sich wiederum für die Produktion neuer Erkenntnisse einsetzen, was die erneute Steigerung der Reputation ermöglicht. Bourdieu (1988: 151) resümiert zu diesem Mechanismus: *„Wer (Kapital) hat, der bekommt (Kapital)“*. Im Rahmen seiner Kulturtheorie erkennt er in der Investition bzw. dem Austausch der Kapitalsorten eine grundlegende Strategie wissenschaftlicher Akteur*innen mit dem finalen Ziel der Maximierung *„wissenschaftlicher Autorität“*, also *„prestige, recognition, fame, etc.“* (Bourdieu 1975: 21; Latour und Woolgar 1982: 39–40). An dieser Stelle sei allerdings klargestellt, dass die

Umwandlung der verschiedenen Kapitalsorten kein linearer und planbarer Prozess ist, wie die vorangegangenen Abschnitte gezeigt haben.

Eine in der Wissenschaftssoziologie weit verbreitete Theorie dieses Mechanismus der iterierenden Übersetzung verschiedener Kapitalsorten ist der „*credit cycle*“ (auch „*cycle of credibility*“, im deutschen als „*Glaubwürdigkeitszyklus*“ übersetzt) von Latour und Woolgar (1982, 1986). Unter Glaubwürdigkeit wird dabei eine Form des Kredits („*credit*“) verstanden, den wissenschaftliche Akteur*innen einsetzen müssen, um Wissenschaft betreiben zu können (Hessels et al. 2019: 129–130). Sie setzen diesen in jenen Forschungsbereichen ein, in denen sie den höchsten Gewinn erwarten (Debackere et al. 1994: 32–33). Akteur*innen suchen den Kreditzyklus ständig zu beschleunigen und zu erweitern, indem sie durch das Produzieren und Veröffentlichen von Erkenntnissen Reputation erwerben, diese einsetzen, um Mittel zu akquirieren, die sie investieren, um neues Wissen zu produzieren, das wiederum zu neuer Reputation führt usw. (siehe Abb. 4.1).



Ursprüngliche Zeichnung

Reduzierte Darstellung

Abb. 4.1 *Credit cycle* wissenschaftlicher Akteur*innen nach Latour und Woolgar (links: Latour und Woolgar (1982: 35), rechts: Hessels et al. (2019: 129))

Für die theoretische Einordnung des *credit cycle* ist es gemäß Weingart (2003: 49) wichtig zu betonen, dass es sich um keine rein machttheoretische Konzipierung der wissenschaftlichen Institutionalisierungsprozesse handelt:

„Eine Akkumulation nur materiellen Kapitals verschafft keine Glaubwürdigkeit in der wissenschaftlichen Kommunikation. Materielles Kapital muss erfolgreich in symbolisches (hier: innovative Forschungsergebnisse) übersetzt werden, wenn Reputation dabei entstehen soll, die wiederum die Basis für weitere Kommunikationen und die Aufmerksamkeit der Kollegen bildet. Glaubwürdigkeit lässt sich nicht durch Institutionalierungsstrategien allein herstellen. Sie ist vielmehr das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses, an dem immer eine Vielzahl von Wissenschaftlern teilnehmen, deren Zustimmung sich nicht erzwingen lässt.“ (Weingart 2003: 49)

Dennoch wird die Theorie Latours und Woolgars dafür kritisiert, sie würde wissenschaftliche Akteur*innen auf *Homines oeconomici* reduzieren, die an keinem anderen Wert interessiert seien als an der Quasi-Währung *credibility* (Fochler 2016: 928). Weiterhin wendet bspw. Knorr-Cetina (1981: 70–74) ein, die Theorie würde sich kaum auf tagtägliche Forschungsentscheidungen (bspw. im Labor) im Sinne eines bewussten Abwägens mit dem Ziel der Maximierung der Glaubwürdigkeit anwenden lassen. Außerdem würden Mechanismen der Ausbeutung, der formalen Koordination sowie der Einfluss wissenschaftsexterner Akteur*innen ausgeblendet (Hessels et al. 2019: 130).

Diese Kritik aufgreifend, verknüpft Fochler (2016) den *credit cycle* mit aktuellen Theorien zum akademischen Kapitalismus sowie zum wachsenden Einfluss von New Public Management-Ansätzen in der Wissenschaft (bspw. Berman 2013; Hofmann und Hirschauer 2012). Demzufolge haben die Transformationen der letzten Jahre zugunsten einer stärker wettbewerbsorientierten Governance der Wissenschaft wissenschaftliche Akteur*innen zu Unternehmer*innen gemacht, bzw. genauer *„not necessarily entrepreneurs interested in commercializing their research, but entrepreneurial managers of their own careers, publications, and grant portfolios“* (Fochler 2016: 924). Fochler führt den Begriff *„epistemic capitalism“* ein, um die Mechanismen der wissenschaftlichen Kapitalakkumulation zu beschreiben, wobei Kapital nicht nur monetäre Werte umfasst, sondern grob als *„forms of worth that are durable enough to deploy as capital“* umschrieben wird (Rushforth et al. 2019: 211). Nicht alle Werte, die wissenschaftliche Akteur*innen als wichtig oder motivierend im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit ansehen, können demnach vermarktet, akkumuliert und im Glaubwürdigkeitszyklus reinvestiert werden. Forschung, die nicht mit den aktuell vorherrschenden Wahrheitsvorstellungen und Relevanzkriterien der Fachgemeinschaft in Einklang zu bringen ist, mag zwar einen epistemischen Wert besitzen, mit dem sich einzelne Forscher*innen identifizieren können, dieser lässt sich aber nur schwerlich in Kapital transformieren (Rushforth et al. 2019: 212). Die daran anschließende Frage, inwiefern spezifische epistemische Werte und Inhalte, die sich angesichts aktueller institutioneller Anreizsysteme nicht (schnell genug) kapitalisieren und

reinvestieren lassen, unterdrückt bzw. am Leben gehalten werden, ist dabei grundlegend für eine Reihe von Arbeiten zu den epistemischen Effekten institutioneller Anreizsysteme (für einen Überblick siehe Müller und Rijcke 2017). Fochler (2016: 943) schätzt die Entwicklungen zugunsten eines stärkeren Wettbewerbs im Zuge der New Public Management-Reformen primär als schädlich für die Wissenschaft ein:

„As a result, long-term epistemic agendas may be sacrificed to the needs of short-term productivity, true cooperation that goes beyond the exchange of authorship tokens might be discouraged, and the social fabric of scientific institutions might be ruptured by the inherent conflict between individual and collective forms of accumulation.“

Die jüngeren Anwendungsbeispiele des *credit cycle* zeigen die Eignung des Konzepts für die Identifizierung von Mechanismen wissenschaftlicher Wissensproduktion. Hessels et al. (2019) demonstrieren dies anhand einer vergleichenden Untersuchung von vier Forschungsgruppen aus vier verschiedenen Disziplinen. Sie konzeptualisieren die unterschiedlichen Elemente des Zyklus sowie die spezifischen Eintauschmechanismen in einer aktualisierten Version des *credit cycle* und stellen auf Basis der unterschiedlichen Gewichtungen und Ausformungen dieser Elemente einen Vergleich der vier „*epistemic cultures*“ (Knorr-Cetina 1999) an.

Über alle in Kapitel 4 genannten Ansätze hinweg lässt sich weitgehende Einigkeit bezüglich der grundlegenden Mechanismen der Wissenschaft feststellen. Unterschiede sind primär in den unterschiedlichen Perspektiven und Forschungstraditionen zu sehen und in den dementsprechend variierenden Schwerpunktsetzungen, Systematisierungen und Nomenklaturen. Es ist (mittlerweile) unbestritten, dass die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion eine gewichtige „*unwissenschaftliche*“ („*politische*“, „*strategische*“, „*kapitalistische*“, „*trans-epistemische*“ etc.) Komponente hat. Das heißt, es ist nicht (nur) das Streben nach neuen, wahren Erkenntnissen, das die Forscher*innen antreibt und das die Wissenschaft strukturiert, sondern (auch) die Vermehrung von Einfluss, Reputation und materiellen Ressourcen. Uneinigkeit herrscht bezüglich der Handhabung „*wissenschaftlicher*“ („*epistemischer*“, „*kognitiver*“, „*wissenschaftlicher*“, „*intellektueller*“, „*nicht-sozialer*“) Prozesse und Strukturen (vgl. Gläser und Laudel 2015b). Sie werden zwar übergreifend als notwendiges Mittel zur Erlangung von Reputation, Einfluss und materiellen Ressourcen angesehen. Ob sie aber analytisch überhaupt als solche gerahmt werden, und wenn ja, ob sie auf ein untergeordnetes ‚*Mittel zum Zweck*‘ reduziert werden oder gleichwertig als eine von zwei Seiten der Wissenschaft – einer epistemischen und einer strategischen – betrachtet werden, variiert von Autor*in zu Autor*in.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Analytischer Rahmen zur Erfassung von Themenkarrieren in der Wissenschaft

5

In diesem Kapitel wird aufbauend auf den vorangegangenen Kapiteln zu Transformationen in der Wissenschaft (Kp. 2), zur Entstehung von Themen (Kp. 3) und zur Funktionsweise der Wissenschaft (Kp. 4) die theoretische Perspektive entwickelt, die zur Analyse von Themenkarrieren in der Planungswissenschaft eingenommen wird. Es erfolgt also die Selektion, Übersetzung und Anpassung der dargelegten Erkenntnisse aus dem Theorieteil mit dem Ziel, die eigene empirische Analyse zu leiten und die Beantwortung der Frage zu ermöglichen.

Es geht dabei nicht um die Darlegung eines in sich geschlossenen Erklärungsmodells. Vielmehr wird eine Forschungsheuristik bzw. ein analytischer Bezugsrahmen expliziert, die/der als Interpretationsfolie die geschilderten Theorien und Modelle für die Analyse der empirischen Befunde strukturiert und nutzbar macht. Im Sinne eines „sozialwissenschaftlichen Kategoriengerüsts“ (Benz 2011: 99) stellt diese Forschungsheuristik ein (relativ allgemeines) Raster von Konzepten bereit, das der Erfassung und Einordnung empirischer Beobachtungen dient und das es ermöglicht, jene Erklärungsgegenstände zu untersuchen, die in den vorangegangenen Kapiteln (2–4) als potenziell relevant für die Beantwortung der Forschungsfrage identifiziert wurden (Mayntz und Scharpf 1995: 39). Die Heuristik fungiert als Scheinwerfer, indem sie die Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte lenkt, die wahrscheinlich ein hohes Erklärungspotenzial besitzen, und andere Aspekte zurückstellt, die weniger vielversprechend erscheinen (Scharpf 2006: 64). Ein solches Selektionsprinzip liegt in unterschiedlicher Ausprägung jeder (wissenschaftlichen) Beobachtung unweigerlich zugrunde (Popper 1993: 354–375), gleichwohl bestimmt es bereits maßgeblich über den Prozess und das Ergebnis der Forschung. Ziel dieses Kapitels ist es daher, die theoretischen Vorannahmen und analytischen Prämissen weitestgehend offenzulegen und zu begründen. Die Definition zentraler Begriffe und Konzepte soll ein gemeinsames

Verständnis zwischen Autor und Leser*in erzeugen, Klarheit in der Argumentation gewährleisten und eine Verbindung der vorliegenden Forschungsarbeit mit schon vorhandenen Erkenntnissen herstellen.

Die Explikation der Forschungsheuristik verläuft in fünf Abschnitten vom Allgemeinen zum Konkreten. Zunächst werden zentrale Konzepte des zu rekonstruierenden Makrophänomens – Themenkarrieren in der Wissenschaft – definiert und erläutert (Kp. 5.1). Für die Rekonstruktion wird auf das Kategoriengerüst des Akteurzentrierten Institutionalismus sowie dessen Prinzip der Mikrofundierung von Makrophänomenen zurückgegriffen. Dieses Gerüst, einschließlich des dieser Arbeit zugrunde liegenden Verständnisses von Struktur und Akteur*in sowie von der wechselseitigen Dynamik zwischen diesen beiden Polen, wird anschließend dargelegt (Kp. 5.2). Im dritten Schritt wird der institutionelle Kontext des Systems Wissenschaft und dessen Einbettung in die gesellschaftliche Umwelt skizziert (Kp. 5.3). Im Anschluss wird auf wissenschaftliche Akteur*innen und deren Handlungskontext eingegangen (Kp. 5.4). Zuletzt werden die Erkenntnisse in Bezug auf die Themenwahl wissenschaftlicher Akteur*innen konkretisiert und systematisiert (Kp. 5.5).

5.1 Themen, Aufmerksamkeit und Themenkarrieren in der Wissenschaft

Die Begriffe ‚Thema‘, ‚Aufmerksamkeit‘ und ‚Themenkarriere‘ sind im Rahmen dieser Arbeit eng miteinander verknüpft und lassen sich nicht ohne Bezug aufeinander konzeptualisieren. Eine einheitliche Auslegung dieser Begriffe im öffentlichen wie im wissenschaftlichen Diskurs wird in der Regel implizit vorausgesetzt und auf eine Definition verzichtet. Im Sinne der analytischen Präzision und der empirischen Operationalisierung sowie zur Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses des Forschungsgegenstandes ist eine Begriffsbestimmung an dieser Stelle jedoch unverzichtbar. Benötigt werden Konzepte, mit denen die sozialen Mechanismen der Themenentwicklung in der Planungswissenschaft über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahrzehnten nachvollzogen werden können. Die Erläuterung und Abgrenzung der Begriffe baut auf den in den vorangegangenen Kapiteln geschilderten Erkenntnissen auf und übersetzt die primär aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften stammenden Konzepte aus Abschnitt 3.1 und 3.2 in das theoretische Bezugssystem der Wissenschaftssoziologie (siehe insb. Kp. 4).

Grundsätzlich ist für die Übertragung der in Kapitel 3 erläuterten Thematisierungsmodelle und -begriffe auf die Wissenschaft ein zentraler Unterschied im

Hinblick auf den jeweiligen Kontext zu berücksichtigen. Die Ansätze aus Kapitel 3 bewegen sich ausnahmslos in dem Dreieck Medien, Öffentlichkeit, Politik (Rössler 2015). Diese Systeme unterliegen bestimmten Funktionsweisen und sie haben untereinander bestimmte Formen der strukturellen Kopplung, die sich von jenen der Wissenschaft (mit anderen Systemen) unterscheiden. Die Wissenschaft verfügt zudem über das einmalige Charakteristikum, dass jede*r wissenschaftliche Akteur*in Rezipient*in und Verfasser*in, Beeinflusser*in und Beeinflusste*r zugleich ist. Wissenschaftsverlage etwa vermitteln im Gegensatz zu anderen Kultur-vermittelnden Wirtschaftsorganisationen, wie bspw. Kunstgalerien, Plattenfirmen, Radiosendern oder Zeitungsverlagen nicht zwischen Kulturschaffenden und einem Laienpublikum. Stattdessen haben sie es auf der Zulieferer- wie auf der Abnehmerseite mit Wissenschaftler*innen, also mit Kollaborateur*innen und Konkurrent*innen im Wettstreit um wissenschaftliche Autorität zu tun (Schimank und Volkmann 2012: 166). Diese Systemunterschiede gilt es nicht nur bei der Definition elementarer Begriffe in diesem Kapitel, sondern auch bei der Übertragung weiterer Konzepte auf die Wissenschaft in den Ergebniskapiteln 9 und 10 zu beachten.

Die Konzeptualisierung von ‚Thema‘ in der Kommunikationssoziologie ist auch auf die Wissenschaft anwendbar. Dementsprechend ist ein wissenschaftliches Thema ein Sinnkomplex, der als Struktur jeder wissenschaftlichen Kommunikation zugrunde liegt und der bei den Kommunikationsteilnehmenden ein gemeinsames Wissen erzeugt. Themen überdauern Einzelkommunikationen bzw. Beiträge und fassen diese zu übergeordneten, entwicklungsfähigen Sinnkomplexen zusammen. Der Sinnzusammenhang wird durch die Kommunikation darüber hergestellt, reproduziert und verändert. Als Erwartungsstruktur vermittelt das Thema den Kommunikationsteilnehmenden einen Bereich dessen, was gesagt werden kann und was nicht bzw. was zum Thema passt und was nicht. Nichtsdestotrotz gibt es (zu einem bestimmten Zeitpunkt) so viele Verständnisse eines Themas, wie es Teilnehmende der Kommunikation gibt. Als wissenschaftliche Beiträge sind wissenschaftliche Publikationen, Vorträge, Forschungsanträge, aber auch Kommunikationen im Rahmen informeller Gespräche zu fassen. Ein Forschungsgegenstand wird zum Thema, sobald er zum Objekt fachöffentlicher Kommunikation wird.

Ein wissenschaftliches Thema ist durch dessen zeitliche, inhaltliche, soziale, politische und räumliche Dimension strukturiert. Es nimmt einen *zeitlichen* Verlauf, indem es mit jeder neuen Kommunikation aktualisiert wird und somit die ihm zugeschriebene Bedeutung ändert und die mit ihm verbundenen Akteur*innen und Interessen auf unterschiedliche Weise aufruft. Es ist als *inhaltliches* Bezugssystem oder Bedeutungsnetzwerk zu verstehen, indem es

Themen, Ereignisse, Objekte oder Akteur*innen in einen (themenspezifischen) Sinnzusammenhang ordnet. Auf der inhaltlichen Ebene lässt sich ein Thema als quasi-hierarchisches Netzwerk fassen, das verschiedene Sub-Themen bzw. untergeordnete Themen in einen Zusammenhang bringt, genauso wie es selbst Teil mindestens eines weiteren, übergeordneten Themas ist. Ein Thema ist *sozial* strukturiert, indem es Akteur*innen aktiviert und zusammenbringt, aber auch Akteur*innen von der Kommunikation ausgrenzt, die keinen zum Thema passenden Beitrag leisten (können). Die Aufmerksamkeit für und Deutungshoheit über ein Thema ist umkämpft und an die Verfügbarkeit von Ressourcen geknüpft, weshalb es auch eine *politische* Dimension besitzt. Die Verhandlung von Themen ist mit Interessen verbunden, indem Akteur*innen ein Thema strategisch aufgreifen, hervorheben, in ihrem Sinne rahmen oder meiden können. Die zeitliche, inhaltliche, soziale und politische Dimension ist zudem – zumindest in der *Planungswissenschaft* – an die *räumliche* Verortung geknüpft. Das heißt, in welcher Form, wann und durch wen ein Thema in der Wissenschaft aufkommt, hängt auch von lokal spezifischen Gelegenheitsstrukturen ab, die sich aus der Topologie, ortsgebundenen Netzwerken und den Regelungssystemen ableiten.

„*Fachöffentliche Aufmerksamkeit*“ wird verstanden als das Aufwenden knapper Ressourcen – Zeit, ökonomisches Kapital, Sozialkapital und weitere – seitens der Fachgemeinschaft darauf, bestimmte Informationen zu prozessieren und darüber im wissenschaftlichen Kontext zu kommunizieren. In Abgrenzung zur individuellen, kognitiven Aufmerksamkeit wird fachöffentliche Aufmerksamkeit in dieser Arbeit als ein soziales, zwischenmenschliches Phänomen betrachtet, das erst in der Kommunikation über das Objekt der Aufmerksamkeit emergiert. Über einen Zeitraum betrachtet, steht fachöffentliche Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema daher für die Intensität, mit der darüber seitens der Fachgemeinschaft(en) kommuniziert wird (Klamer und van Dalen 2002: 296). Diese Intensität lässt sich anhand der Frequenz thematisch einschlägiger, formeller Kommunikationen – bspw. Publikationen, Zitationen, Konferenzen, Vorträge – sowie der Anzahl der Kommunikationsteilnehmenden näherungsweise bestimmen. Dementsprechend lässt sich anhand dieser Merkmale eine Aufmerksamkeitskurve über einen Zeitverlauf abtragen.

Das Erregen fachöffentlicher Aufmerksamkeit ist ein Erfordernis zur Erlangung von Reputation. Dabei ist die insgesamt verfügbare fachgemeinschaftliche Aufmerksamkeit – im Gegensatz zur individuellen, kognitiven Aufmerksamkeit, die großen Schwankungen unterliegt und ermüden kann – weitestgehend konstant und ändert sich nur insoweit, wie sich auch die Größe der Fachgemeinschaft und der Umfang ihrer Kommunikation ändern. Weil eine große Zahl wissenschaftlicher Akteur*innen und ein unerschöpflicher Fundus an Themen um

ein gleichbleibendes Maß an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit konkurriert, ist Aufmerksamkeit ein knappes und begehrtes Gut.

Eine ‚*Themenkarriere*‘ in der Wissenschaft umfasst den zeitlichen Verlauf der Aufmerksamkeit seitens einer oder mehrerer wissenschaftlicher Fachgemeinschaft(en) gegenüber einem bestimmten Thema, das über einen gewissen Zeitraum hinweg im fachöffentlichen Diskurs etabliert war, das also zwischenzeitlich ein großes Maß an Aufmerksamkeit erreicht hat. Der Begriff Themenkarriere bezieht sich demzufolge auf die gesamte Entwicklung eines Themas, setzt aber eine Phase der Etablierung voraus. Demgegenüber kommen die Begriffe ‚*Themenverlauf*‘ oder ‚*Themenentwicklung*‘ ohne die zwischenzeitliche Etablierung aus. Unter ‚*Thematisierung*‘ wird das Aufgreifen des Themas in den wissenschaftlichen Beiträgen der Mitglieder einer Fachgemeinschaft verstanden.

Wissenschaftliche Themenkarrieren durchlaufen unterschiedliche Phasen, in denen sich nicht nur ihre Wirkmächtigkeit, sondern auch inhaltlich-argumentative Deutungen, eingebundene Akteur*innen und institutionelle Rahmenbedingungen wandeln. Themenkarrieren in der Wissenschaft können – wie solche in den Medien oder in der Politik – einem zyklischen Verlauf folgen. Gravert, Günzel und Wiechmann (2019) identifizieren drei aufeinanderfolgende Phasen: eine Latenzphase mit geringer Aufmerksamkeit, eine fünf bis siebenjährige Fokusphase mit hoher Aufmerksamkeit und eine Normalisierungsphase, in der die Aufmerksamkeit – auf ein gegenüber der Latenzphase deutlich erhöhtes Niveau – absinkt. Zusätzlich wird im Rahmen dieser Arbeit eine ein- bis zweijährige Durchbruchphase vor der Fokusphase abgegrenzt, in der die Aufmerksamkeit von dem niedrigen und vergleichsweise stabilen Niveau der Latenzphase auf das beständig hohe Niveau der Fokusphase gehoben wird. Die separate Betrachtung dieser Durchbruchphase betont die Bedeutung dieses Segments und ermöglicht eine ausführlichere Analyse entscheidender Prozesse der Themenentstehung sowie des damit verbundenen institutionellen Wandels.

Eine wissenschaftliche Themenkarriere ist – analog zum Themenbegriff – zeitlich (s. o.), inhaltlich, sozial, politisch und räumlich strukturiert. Eine *inhaltliche* Verschiebung, Verkürzung oder Erweiterung eines Themas kann sich auf die fachöffentliche Thematisierung auswirken, indem sie bspw. eine Erweiterung des Akteur*innenkreises, der einen Beitrag zu dem Thema leisten kann, ermöglicht. Umgekehrt verändern Akteur*innen und ihre Beiträge ein Thema, indem etwa neu aufgerufene Akteur*innenkreise im Verlauf der Themenkarriere auch eine Bedeutungsverschiebung erwarten lassen. *Sozial* und *politisch* determiniert ist eine Themenkarriere, weil die Akteur*innen das Thema vor dem Hintergrund ihrer individuellen Handlungsziele und Umsetzungschancen aufgreifen, vorantreiben, verändern oder vermeiden. Umgekehrt wirkt sich eine Themenkarriere auf die

Sozialstruktur der Fachgemeinschaft und die Handlungsoptionen ihrer Mitglieder aus, indem etwa ein plötzlich relevantes Thema die Allokation von Ressourcen modifiziert, Kooperationsnetzwerke umformt und neue Karrierestationen eröffnet. In der Planungswissenschaft hat eine Themenkarriere eine *räumliche* Komponente, denn indem die Disziplin sich mit der empirischen und theoretischen Erforschung räumlicher Entwicklung und Planung befasst, ist die Entfaltung eines Themas im Rahmen der Wissensproduktion untrennbar mit der räumlichen Ausdehnung und der lokal spezifischen Interpretation des untersuchten Phänomens verbunden.

Eine Themenkarriere in der Wissenschaft entsteht also, wenn eine signifikante Anzahl von Mitgliedern einer Fachgemeinschaft ein bestimmtes Thema aufgreift und in kurzen Intervallen wissenschaftlich darüber kommuniziert. Diese Häufung von Kommunikationen lässt sich empirisch – quantitativ und qualitativ – nachvollziehen. Für die kausale Rekonstruktion von Themenkarrieren ergibt sich darüber hinaus die Frage, welche Mechanismen dazu führen, dass wissenschaftliche Akteur*innen ein bestimmtes Thema aufgreifen und darüber kommunizieren (und über ein anderes nicht).

5.2 Struktur und Akteur*innen

In dem dieser Arbeit zugrundeliegenden Akteur*inverständnis werden Entscheidungen, die den Forschungsinhalt, mithin die Themenwahl, unmittelbar bestimmen, (1.) immer durch das wissenschaftliche Individuum selbst (2.) vor dem Hintergrund eines institutionellen Kontextes getroffen. Die Entscheidung zugunsten oder zulasten von Problemen, Methoden und Vorgehen sind in variiendem Grad durch die institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst, es ist aber dennoch das Individuum, das die Entscheidung trifft. Jegliche Einflussnahme auf den Forschungsinhalt muss also durch die Entscheidungen wissenschaftlicher Individuen vermittelt sein. In der Sprache der Akteur-Netzwerk-Theorie wird der*die Forschende insofern zum „*obligatory point of passage*“ (Latour 1993: 43–44; Gläser 2012a: 5).

Von diesem Verständnis ausgehend wird zur Beantwortung der Forschungsfrage und zur Einordnung in den Theoriekontext im Folgenden die Perspektive des Akteurzentrierten Institutionalismus eingenommen (Mayntz und Scharpf 1995). Dieser stellt einen generellen theoretischen Bezugsrahmen einschließlich zentraler Konzepte bereit und bietet ein grundlegendes Verständnis für Akteur*in-Struktur-Dynamiken, das zur Erklärung des Handelns von Wissenschaftler*innen herangezogen werden kann. Der Ansatz stellt eine erprobte und in

der planungswissenschaftlichen Disziplin bekannte Nomenklatur zur Verfügung, die ein gemeinsames Verständnis zwischen Autor und Leser*in erzeugen und die fallübergreifende Vergleichbarkeit von Annahmen und Forschungsergebnissen gewährleisten soll.

Der Ansatz ist offen gegenüber differenzierungstheoretischen Perspektiven, sodass Wechselwirkungen zwischen der Planungswissenschaft und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen, etwa der Politik oder den Massenmedien, analytisch erfasst werden können (Mayntz et al. 1995: 48). Darüber hinaus bietet der Akteurzentrierte Institutionalismus eine Verknüpfung zwischen institutionalistischen und netzwerktheoretischen Ansätzen, die für die Rekonstruktion von Themenkarrieren im Rahmen dieser Arbeit genutzt wird. So werden Netzwerkbeziehungen als Sozialkapital erfasst, das Akteur*innen bestimmte Handlungen ermöglicht (Scharpf 2006: 233–240). Netzwerke sind in diesem Sinne Gelegenheitsstrukturen sowie gleichzeitig Machtstrukturen, wenn bspw. *„ein Mitglied einer dyadischen Austauschbeziehung Zugang zu alternativen Ressourcenquellen hat, das andere Mitglied jedoch nicht“* (Scharpf 2006: 237). In Bezug auf eine*n einzelne*n Akteur*in lässt der Akteurzentrierte Institutionalismus mehrere (teilweise konkurrierende) Systembezüge zu, was eine insbesondere für die Untersuchung der Planungswissenschaft wichtige analytische Option darstellt. So kann ein Individuum bspw. aus der Perspektive eines Mitglieds einer wissenschaftlichen Fachgemeinschaft handeln, aber auch in seiner*ihrer Funktion als Leiter*in eines privatwirtschaftlichen Planungsbüros, sofern es die Situation erlaubt (vgl. Mayntz et al. 1995: 52).

Der Akteurzentrierte Institutionalismus ordnet sich in die Renaissance institutionalistischer Ansätze seit den 1960er Jahren ein und knüpft dabei primär an den politikwissenschaftlichen Neo-Institutionalismus an (Mayntz et al. 1995: 40–43). Er zeichnet sich dadurch aus, dass er den strategischen Handlungen und Interaktionen zweckgerichteter Akteur*innen die gleiche Bedeutung beimisst wie den ermöglichenden und beschränkenden Effekten institutioneller Strukturen (Scharpf 2006: 72). So führt der Ansatz institutionenzentrierte und akteur*innenzentrierte Herangehensweisen, institutionalistische und handlungstheoretische Paradigmen zusammen und gewinnt dadurch *„eine größere Übereinstimmung zwischen den theoretischen Perspektiven und der beobachteten Realität“*, verliert aber auf der anderen Seite die *„Parsimonie“* allgemeiner Theorien (ebd.: 74). Schließlich sei nicht Abstraktion und maximale Vereinfachung das Ziel des Akteurzentrierten Institutionalismus, *„sondern Konkretisierung und hinreichende Komplexität der Erklärung“* (Mayntz 2002: 13).

Der Akteurzentrierte Institutionalismus zielt auf die kausale Rekonstruktion sozialer Makrophänomene, wobei eine „*Abkehr vom empiriefernen Bau theoretischer Modelle zugunsten eines intensiven Interesses am verstehenden Nachvollzug sozialer (einschließlich politischer und ökonomischer) Entwicklungen und Ereignisse*“ angestrebt wird (Mayntz 2009: 83). Unter kausaler Rekonstruktion wird die Erklärung des fraglichen Makrophänomens durch die Identifikation der für sein Zustandekommen beteiligten Prozesse und Wechselwirkungen verstanden. Dabei dient insbesondere die Erfassung relevanter situativer Gegebenheiten und Handlungen von (individuellen und komplexen) Akteur*innen als empirische Grundlage (ebd.: 85). Es handelt sich also um eine Verknüpfung von Mikro- und Makroperspektive, indem bei der kausalen Rekonstruktion von Makrophänomenen eine Mikrofundierung unter Berücksichtigung struktureller bzw. institutioneller Faktoren angestrebt wird.

Als wesentliche Triebkräfte des sozialen Geschehens und damit besonders erklärungskräftige Faktoren macht der Akteurzentrierte Institutionalismus Interessen verfolgende Akteur*innen auf der einen und Institutionen auf der anderen Seite aus (Mayntz 2009: 83). Als Akteur*innenkategorien werden Individuen, aggregierte Akteur*innen und komplexe Akteur*innen konzeptualisiert. Ein Akteur*innen-Aggregat ist eine forschungspragmatische Zusammenfassung von Individuen, die angesichts ähnlicher Präferenzen parallel zueinander gleichgerichtet handeln (bspw. akademischer Mittelbau) (Scharpf 2006: 98–100). Davon zu unterscheiden sind komplexe Akteur*innen, innerhalb derer die beteiligten Individuen koordiniert handeln und durch die als Resultat interner Interaktionen eine gemeinsame Wirkung erzeugt wird. In der Kategorie der komplexen Akteur*innen lassen sich wiederum kollektive und korporative Akteur*innen voneinander abgrenzen: Während kollektive Akteur*innen von den Präferenzen ihrer Mitglieder abhängig sind und von diesen kontrolliert werden (bspw. wissenschaftliche Fachgemeinschaften, Fakultäten, Arbeitskreise), sind korporative Akteur*innen typischerweise top-down organisiert (bspw. Ministerien, Ressortforschungseinrichtungen) (Scharpf 2006: 101–107; Schrape 2012: 3–4).

Akteur*innen handeln auf Basis ihrer subjektiv wahrgenommenen Realität intentional (Scharpf 2006: 47–48). Sie verfügen über Handlungsressourcen, die es ihnen ermöglichen, ein Ergebnis in bestimmter Hinsicht zu beeinflussen. Handlungsressourcen umfassen persönliche Merkmale (Intelligenz, Human- und Sozialkapital), materielle Ressourcen (Geld, technische Ausstattung) und privilegierten Informationszugang. Ebenfalls zu den Handlungsressourcen zählen institutionelle Regeln, die den Akteur*innen Kompetenzen und Rechte zuweisen (ebd.: 86). Handlungsorientierungen sind charakteristische Wahrnehmungen und Präferenzen der Akteur*innen, die durch den institutionellen Kontext beeinflusst

sind. Sie werden durch den Stimulus eines Problems aktiviert und sie bestimmen die Bewertung des Status quo sowie die Wirksamkeit und Wünschbarkeit möglicher Handlungsoptionen (ebd.: 86–87). Es lassen sich kognitive von inhaltlichen und relationalen Aspekten der Handlungsorientierung unterscheiden (Mayntz und Scharpf 1995: 53–57):

„Kognitive Orientierungen betreffen die Wahrnehmung der Handlungssituation und ihrer kausalen Struktur, der verfügbaren Handlungsoptionen und erwartbaren Ergebnisse. Ihre Bedeutung für den Handlungserfolg der Akteure liegt ebenso auf der Hand wie die Schwierigkeit ihrer empirischen Ermittlung [...]“ (Mayntz und Scharpf 1995: 53)

Die motivationalen Aspekte der Orientierung sind die eigentlichen „Antriebsfaktoren für ein sinnhaftes Handeln“ oder auch „Auswahlgesichtspunkte bei der Wahl zwischen Handlungsoptionen“ (Mayntz und Scharpf 1995: 54). Sie leiten sich aus den handlungsleitenden Interessen, normativen Erwartungen und Identitätskonstruktionen des Akteurs bzw. der Akteurin ab und lassen sich nicht akteur*innen- und situationsübergreifend gewichten. Ein weiterer, selten hervorgehobener, Aspekt der Handlungsorientierung ist die Interaktionsorientierung, die auf der Interpretation der Beziehung zwischen mehreren Akteur*innen beruht. Gemäß Mayntz und Scharpf (1995: 57) definieren die Interaktionsorientierungen die Beziehung „entweder als eine ‚feindliche‘, in der der Verlust des anderen als eigener Gewinn erscheint, eine ‚kompetitive‘, in der es um die Differenz zwischen eigenem und fremdem Gewinn geht, eine ‚egoistisch-rationale‘, in der allein der eigene Gewinn zählt, und eine ‚kooperative‘, in der das Streben nach gemeinsamem Nutzen dominiert“.

Entscheidungen werden selten durch eine*n isolierte*n Akteur*in gefällt, sondern sind in der Regel das Resultat von Interaktionen, innerhalb derer neben Akteur*innen auch „Konstellationen“ und „Interaktionsformen“ analytisch unterschieden werden. *Konstellation* beschreibt die Kombination beteiligter Akteur*innen, ihre Handlungsoptionen und Präferenzen in Bezug auf das gewünschte Ergebnis. *Interaktionsform* steht für den Modus der Entscheidungsfindung. Mayntz und Scharpf (1995: 61–62) wählen hier als abstrahierte Grundformen sozialer Handlungskoordination die einseitige und wechselseitige Anpassung, Verhandlungen, die Mehrheitsentscheidung sowie die hierarchische Steuerung. Das dieser Systematisierung zugrunde liegende Unterscheidungskriterium ist das Maß der individuellen Autonomie der Akteur*innen in Bezug auf die Durchsetzung der eigenen Präferenzen im Entscheidungsprozess:

„Am einen Ende der Skala kommt eine Koordination nur in der Weise zustande, daß die einzelnen Akteure sich je für sich (und sogar ohne Kenntnis der Interdependenz ihrer Handlungen) an die von anderen beeinflussten Bedingungen ihrer Handlungssituation anpassen [...]. Bei wechselseitiger Anpassung [...], der nächsten Stufe, handeln die Akteure zwar weiterhin je für sich, nun aber in Kenntnis ihrer Interdependenz und in rationaler Antizipation der Aktionen und Reaktionen ihrer Partner oder Gegner. [...] Auf der folgenden Stufe, die der Governance-Form des ‚Marktes‘ entspricht, kommt es zu expliziten, aber sachlich und zeitlich begrenzten und typischerweise bilateralen Vereinbarungen zwischen den Akteuren. ‚Netzwerke‘ können demgegenüber als auf größere Dauer angelegte Verhandlungssysteme charakterisiert werden.“ (Mayntz und Scharpf 1995: 61)

Hinzu kommen Abstimmungen, bei denen verbindliche Entscheidungen kollektiv durch Mehrheitsvotum getroffen werden. Wenn nicht nur die Verfügung über kollektivierete Handlungsressourcen, sondern auch die Willensbildung einer – allenfalls auf diffuse Unterstützung angewiesenen – Autorität übertragen wird, fällt dies unter hierarchische Steuerung. Wichtig ist hierbei die Fähigkeit, Entscheidungen auch gegen den Willen der anderen Beteiligten treffen zu können und die eigenen Präferenzen ohne Kompensation oder Verhandlung durchsetzen zu können (Mayntz und Scharpf 1995: 62).

Akteur*innen, Konstellationen und Interaktionsformen sind beeinflusst durch den institutionellen Kontext. Er prägt Akteur*innen, indem er Handlungsressourcen und Handlungsorientierungen sowie die innere Organisation komplexer Akteur*innen strukturiert, er konstituiert Akteur*innenkonstellationen, indem er beteiligte Akteur*innen sowie deren mögliche Handlungsoptionen benennt und mit Anreizen versieht, und er bestimmt Interaktionsformen, indem er Entscheidungsregeln vorgibt (siehe Abb. 5.1) (Treib 2015: 280). Der Akteurzentrierte Institutionalismus erhebt Institutionen zur wichtigsten Einflussgröße auf – und deshalb nützlichsten Informationsquelle über – Entscheidungsprozesse, weil sie nicht nur für die beforschten Akteur*innen eine wichtige Handlungsorientierung in komplexen Umgebungen bereitstellen, sondern auch im Normalfall zum gemeinsamen Wissen aller Akteur*innen gehören und daher auch dem*der Forschenden relativ leicht zugänglich sein sollten (Scharpf 2006: 78). Zur Rekonstruktion von Makrophänomenen wird daher zunächst mit solchen allgemein zugänglichen Institutionen operiert, bevor, wo nötig, auf die schwerer zugänglichen individuellen Faktoren rekurriert wird (Treib 2015: 282; Scharpf 2006: 111–114).

Im Akteurzentrierten Institutionalismus geben Institutionen Handlungsoptionen vor und setzen dem Handeln zugleich Grenzen, ohne es jedoch zu

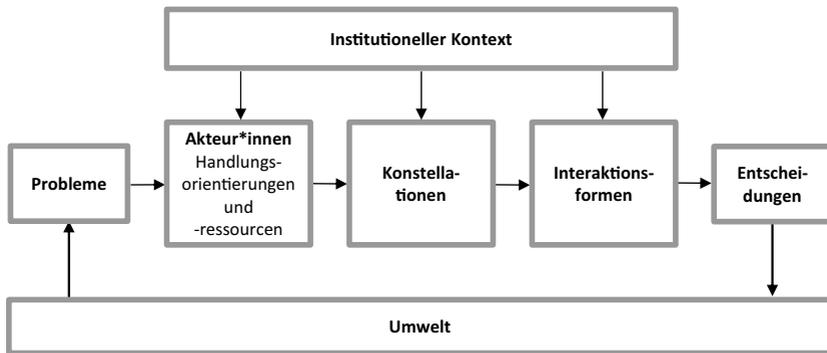


Abb. 5.1 Das analytische Modell des Akteurzentrierten Institutionalismus (Eigene Darstellung nach Scharpf (2006: 83))

determinieren (Mayntz 2009: 83). Institutionen bilden somit einen stimulierenden, ermöglichenden, aber auch restringierenden Handlungskontext (Mayntz und Scharpf 1995: 43). Der institutionelle Kontext definiert die Regeln,

„[...] deren Einhaltung man von anderen erwarten kann und sich selbst zumuten lassen muß, konstituiert Akteure und Akteurkonstellationen, strukturiert ihre Verfügung über Handlungsressourcen, beeinflusst ihre Handlungsorientierungen und prägt wichtige Aspekte der jeweiligen Handlungssituation, mit der der einzelne Akteur sich konfrontiert sieht. Der institutionelle Rahmen umschließt jedoch nicht alle Arten von Handlungen und handlungsrelevanten Faktoren, und er bestimmt auch dort, wo er gilt, Handlungen nicht vollständig.“ (Mayntz et al. 1995: 49)

Institutionen umfassen nicht nur formelle Regeln, deren Einhaltung durch das Rechtssystem, den Staatsapparat oder übergeordnete Organisationsformen auf Grundlage formalisierter Verfahren und Instrumente überwacht wird, sondern auch informelle Normen, die von den Akteur*innen „im Allgemeinen beachtet werden und deren Verletzung durch Reputationsverlust, soziale Mißbilligung, Entzug von Kooperation und Belohnung oder sogar durch soziale Ächtung“ seitens des sozialen Umfelds sanktioniert wird (Scharpf 2006: 77). Indem Institutionen die zur Verfügung stehenden Handlungen mit positiven und negativen Anreizen verbinden, bestimmen sie die Wahrscheinlichkeit, nach der sich rationale, nutzenmaximierende Akteur*innen für diese Alternativen entscheiden werden (ebd.: 78). In Abgrenzung zu einigen Ausprägungen des soziologischen

Neo-Institutionalismus, fallen im Akteurzentrierten Institutionalismus handlungsprägende kognitive Elemente und unhinterfragte Praktiken des Alltagslebens nicht unter den Institutionenbegriff. Stattdessen wird auf Regeln und Normen fokussiert, wodurch zum einen die Handlungsspielräume der beobachteten Akteur*innen akzentuiert werden und zum anderen klargestellt wird, dass Institutionen das Ergebnis absichtsvollen Handelns von Akteur*innen sein können (Mayntz et al. 1995: 45–46; Schrape 2012). Das Konzept der Institution ist im Akteurzentrierten Institutionalismus auf Regelsysteme beschränkt. Soziale Entitäten werden also nicht als Institution deklariert, sondern stattdessen bspw. als ‚*Organisation*‘ oder ‚*korporative*r Akteur*in*‘ (Scharpf 2006: 77). Im Akteurzentrierten Institutionalismus werden nicht alle möglichen Institutionen, auf deren Grundlage Akteur*innen agieren, als institutioneller Kontext erfasst, sondern die wichtigsten Einflüsse auf jene Akteur*innen und Interaktionen, die wesentlich für die Erklärung des Makrophänomens sind (ebd.: 78).

5.3 Der institutionelle Kontext der Wissenschaft

Die Wissenschaft wird in dieser Arbeit als ein soziales System betrachtet, in welchem Wissenschaftler*innen begründete und für gesichert erachtete Erkenntnisse in einem fachgemeinschaftlichen Forschungsprozess und auf der Basis eines geteilten Wissensstandes gewinnen. Sie tun dies, indem sie die Erkenntnisse ihrer Fachkolleg*innen beobachten, prüfen und darauf aufbauend selbst Erkenntnisse produzieren und veröffentlichen, womit sie wiederum den gemeinsamen Wissensstand verändern. Die einzelnen Elemente dieser Definition werden im Folgenden beschrieben. Dabei werden die in Kapitel 4 dargelegten Mechanismen und institutionellen Einflussgrößen der Wissenschaft auf Basis des in Abschnitt 5.2 dargelegten Ansatzes des Akteurzentrierten Institutionalismus zusammengefasst.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft, hier verstanden als die Gesamtheit aller wissenschaftlichen Akteur*innen, ist in Fachgemeinschaften untergliedert. Fachgemeinschaften gruppieren sich um spezifische Forschungsgegenstände, Methoden oder Theorien und kommunizieren über diese miteinander organisations- und generationenübergreifend in wissenschaftlichen Fachbeiträgen. Sie heben sich hervor als hinreichend homogene, dynamische Kommunikationszusammenhänge von Akteur*innen, in denen kollektiv ein jeweils spezifisches Wissen produziert wird. Als solche lassen sie sich auf unterschiedlichen Maßstabsebenen bspw. über Verdichtungen im Ko-Autorenschafts- oder Zitationsnetzwerk identifizieren. Indem Fachgemeinschaften entlang der fortlaufenden Weiterentwicklung eines spezifischen Wissensstandes emergieren, ist diese Weiterentwicklung gleichzeitig

die Grundlage für die Neuentstehung, die Metamorphose und das Aussterben von Fachgemeinschaften. Die gegenstandsbezogenen, systematischen Erörterungen von Fachgemeinschaften werden auch als Diskurse bezeichnet. Ein*e Akteur*in ist in der Regel polythematisch ausgerichtet, das heißt, er nimmt an mehreren Diskursen teil und lässt sich mehreren Fachgemeinschaften zuordnen.

Fachgemeinschaften sind grundsätzlich unabhängig vom Grad ihrer formellen Institutionalisierung zu denken, was nicht ausschließt, dass sie in formalisierten Organisationszusammenhängen repräsentiert sind. Dementsprechend wird die Mitgliedschaft zu einer Fachgemeinschaft nicht durch die Entscheidung einer zentralen Instanz erworben, sondern dadurch, dass ein*e Akteur*in einen eigenen Beitrag zum geteilten Wissen hinzufügt und dieser Beitrag von den Mitgliedern der Gemeinschaft rezipiert wird. Von Fachgemeinschaften konzeptionell zu unterscheiden sind Disziplinen, die zwar auch Kommunikationsstrukturen darstellen, die aber stets auch formell institutionalisiert sind, bspw. in Form von disziplinspezifischen Karrierestrukturen und Lehrbüchern. Die Wissensproduktion einer Disziplin oder Fachgemeinschaft ist durch ihr Maß an *attention space* repräsentiert und beeinflusst, also der Anzahl wissenschaftlicher Beiträge, die veröffentlicht und rezipiert werden können.

Wissenschaftliches Wissen wird definiert als innerhalb des wissenschaftlichen Systems verhandelte Erkenntnisse in Form von Theorien, Modellen, Methoden, Beobachtungen, Fakten oder Normen. Konstitutiv ist dabei, dass das Wissen von mindestens einem Mitglied einer wissenschaftlichen Gemeinschaft öffentlich formuliert und von mindestens einem anderen Mitglied anerkannt und für die weitere Erkenntnisproduktion eingesetzt wird. Das wissenschaftliche, fachgemeinschaftliche oder auch individuelle Wissen lässt sich als diachrone Wissensstruktur begreifen, also als ein Netzwerk aus aufeinander aufbauenden Forschungsprozessen und Erkenntnissen bzw. Forschungspfaden. Die Gültigkeit und Relevanz wissenschaftlichen Wissens ist sozial konstruiert und wird durch die wiederholte wissenschaftliche Kommunikation darüber (re)produziert. Auch das Wissen selbst ist ein soziales Produkt, indem Wissenschaftler*innen stets auf die Werke anderer Wissenschaftler*innen rekurren und ihre Forschungen und Argumentationen (zustimmend oder ablehnend) auf diese stützen. Die Erweiterung und Beobachtung wissenschaftlichen Wissens erfolgt also im Kollektiv: Welche Forschungsprobleme Priorität haben, welche Erkenntnisse wahr sind und welche wissenschaftlichen Handlungen und Akteur*innen belohnt oder sanktioniert werden, entscheidet weitgehend die wissenschaftliche Gemeinschaft in einem dezentralen und diffusen Prozess, in dem die Einzelentscheidungen ihrer Mitglieder in einen Gesamtzusammenhang integriert werden.

Das veröffentlichte und von der wissenschaftlichen Gemeinschaft rezipierte Wissen wird als Fachbeitrag gefasst. Die wissenschaftliche Publikation ist hierfür das maßgebliche Medium, also die Veröffentlichung wissenschaftlicher Ergebnisse in einer Monografie, als Beitrag in einem Sammelband, als Aufsatz in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift oder als graue Literatur. In wissenschaftlichen Publikationen rekurren die Autor*innen stets auf die Werke anderer Wissenschaftler*innen und machen dies durch Zitationen explizit. Dabei lassen sich zwei Funktionen der Zitation unterscheiden: die formale Funktion (Offenlegung der Quellen) und die latente Funktion (Verteilung und Entzug von Reputation). Aus der formalen Funktion ergibt sich das Verständnis einer Zitation als textliche Spur und somit sichtbares Element eines diachronen Wissensnetzwerks. Die latente Funktion bezieht sich auf die durch das Zitieren und Nicht-Zitieren vermittelte Belohnung und Sanktionierung der Fachkolleg*innen.

Auch wenn sich die wissenschaftliche Relevanz eines Fachbeitrags erst Jahre nach seiner Veröffentlichung zeigt, lässt sich eine Reihe von Faktoren identifizieren, die – im Sinne der Nachrichtenwerttheorie in den Medien- und Kommunikationswissenschaften (siehe Kp. 3.3) – eine hohe Aufmerksamkeit gegenüber einem Beitrag wahrscheinlicher machen. Dabei ist zunächst entscheidend, dass die Erkenntnis seitens der Fachgemeinschaft für wahr und originell befunden wird und dass sie für eine möglichst große Zahl an Forscher*innen inhaltlich passfähig im Rahmen ihrer jeweiligen Forschung ist. Um überhaupt eine kritische Zahl an Rezipient*innen zu gewinnen, sollte die produzierte Erkenntnis in einem Medium mit einer möglichst großen Reichweite erscheinen. Für die Reichweite des Mediums sind (im Falle von Zeitschriften, Reihen oder Sammelbänden) insbesondere dessen Reputation, Sprache und inhaltlicher Zuschnitt entscheidend. Darüber hinaus spielen für die fachgemeinschaftliche Verwendung einer Erkenntnis soziale und strategische Kriterien eine Rolle, etwa dadurch, dass besonders bekannte Autor*innen und Publikationen bevorzugt rezipiert und zitiert werden, weil deren Erwähnung seitens der Leser*innenschaft belohnt wird (Matthäus Effekt, siehe Kp. 4.2.2).

Die Relevanz eines Fachbeitrags manifestiert sich im Rahmen der nachfolgenden Wissensproduktion in der Qualität und Frequenz seiner – durch Zitierungen dokumentierten – Verwendung durch die Fachgemeinschaft. Die Urheberschaft relevanter Erkenntnisse ist das wesentliche Kriterium für die Zuschreibung von Reputation. Indem die Mitglieder der Fachgemeinschaft um Reputation konkurrieren, gleichzeitig aber deren Zuschreibung selbst verantworten, wird die Herstellung von Relevanz zu einem über epistemische Mechanismen hinausgehenden sozialen und politischen Prozess. Gleichzeitig ist diese Selbstreferenzialität Grundlage für die häufig hervorgehobene Autonomie der Wissenschaft.

Diese interessiert sich für Entwicklungen und Informationen aus anderen Teilbereichen der Gesellschaft nur insofern, als dass sie für die Produktion relevanten wissenschaftlichen Wissens Bedeutsamkeit erlangt.

Das System Wissenschaft ist auf vielfältige Weise und in zunehmenden Maße mit der gesellschaftlichen Umwelt strukturell gekoppelt. Für die Herstellung ihrer Legitimität sowie die Bereitstellung von Infrastrukturen und finanziellen Ressourcen ist die Wissenschaft auf die Leistungen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme angewiesen. Diese Abhängigkeit kann als „*Einfallstor*“ (Aljets 2015: 77) für verschiedenartige Beeinflussungsversuche durch nicht-wissenschaftliche Akteur*innen gesehen werden. Insbesondere im Rahmen von Auftragsforschungen, politisch beeinflusster Fördermittelvergabe oder Ressortforschung modifizieren Politik, Verwaltung oder Wirtschaft die wissenschaftliche Wissensproduktion auf der Basis ihrer jeweiligen Nutzenerwartungen und verändern die wissenschaftliche Sozialstruktur sowie die inhaltliche Schwerpunktsetzung unabhängig von wissenschaftsinternen Reputationsmechanismen. Auch die Aufmerksamkeitskriterien der Öffentlichkeit beeinflussen die wissenschaftliche Wissensproduktion, indem Wissenschaftler*innen etwa über die Herstellung gesamtgesellschaftlicher Aufmerksamkeit politisch gesteuerte Ressourcenzuweisungen zu beeinflussen suchen. Die extern vermittelten Selektionsprinzipien haben wiederum Rückwirkungen auf die Ressourcenallokation wissenschaftlicher Akteur*innen und folglich auf die Wissensproduktion. Da sich die verschiedenen Funktionssysteme der Gesellschaft ständig wandeln, verändern sich auch die von außen an die Wissenschaft herangetragenen Prioritäten und Beurteilungskriterien. Durch verschiedene Kanäle vermittelt, ergibt sich ein Interdependenzverhältnis, das wesentlich zum institutionellen Kontext der Wissenschaft beiträgt. In dem Maße, wie die Wissenschaft auf die sich verändernden externen Erwartungen reagiert, wird die gesellschaftliche Umwelt zur treibenden Kraft für den innerwissenschaftlichen Wandel. In Bezug auf die Entwicklung der Aufmerksamkeit gegenüber bestimmten Themen stellt sich an dieser Stelle die Frage, inwiefern die wissenschaftsintern verhandelten Forschungsbedarfe und die fachöffentliche Aufmerksamkeitsverteilung durch wissenschaftsexterne Nutzenerwartungen und Relevanzkriterien beeinflusst werden.

Die Mechanismen der kollektiven Wissensproduktion in der Fachgemeinschaft zusammen mit wissenschaftsexternen Kanälen der Einflussnahme bilden den institutionellen Kontext der Wissenschaft. Dieser prägt wissenschaftliche Akteur*innen, indem er Handlungsressourcen und Handlungsorientierungen sowie die innere Organisation komplexer Akteur*innen strukturiert. Er konstituiert Entscheidungssituationen, indem er Entscheidungsregeln vorgibt, die beteiligten Akteur*innen benennt, ihnen Handlungsoptionen vorgibt und diese

mit Anreizen versieht. Wissenschaftsexterne Akteur*innen und Strukturen nehmen auf der einen Seite direkt Einfluss auf die Entscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen bezüglich des Forschungsinhalts (bspw. mit Forschungsaufträgen), schaffen und modifizieren auf der anderen Seite aber auch die Rahmenbedingungen des Wissenschaftssystems (bspw. durch das Personalrecht) und beeinflussen somit indirekt – vermittelt durch die fachgemeinschaftliche Wissensproduktion – die den Forschungsinhalt betreffenden Entscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen.

5.4 Handlungsressourcen und Handlungsziele wissenschaftlicher Akteur*innen

Als wissenschaftliche Akteur*innen sind in dieser Arbeit in erster Linie Wissenschaftler*innen zu fassen, also Individuen, die über einen Hochschulabschluss verfügen und mittels eigener Beiträge an der wissenschaftlichen Kommunikation teilnehmen. Sie sind in der Regel an Hochschulen, außeruniversitären Forschungsorganisationen oder anderen Einrichtungen mit Forschungsausrichtung beschäftigt oder organisationell angebunden. Auch kollektive Akteur*innen (bspw. Fakultäten, Leibnitz-Forschungsinstitute) werden als wissenschaftliche Akteur*innen gefasst, während korporative Akteur*innen, zumindest im Rahmen dieser Forschung, zwar Einfluss auf die Wissenschaft nehmen (bspw. Ministerien), aber nicht in der Wissenschaft zu verorten sind.

Wissenschaftliche Akteur*innen handeln auf Basis ihrer subjektiv wahrgenommenen Realität intentional. Sie verfügen über Handlungsressourcen, die es ihnen ermöglichen, ein Ergebnis in bestimmter Hinsicht zu beeinflussen, und sie agieren auf Basis von Handlungsorientierungen, also charakteristischen Wahrnehmungen und Präferenzen. Die Ressourcen und Orientierungen wissenschaftlichen Handelns werden im Folgenden systematisiert und erläutert.

Während institutionalistische Ansätze bislang auf die *sozialen* Anreizstrukturen fokussieren, und dabei insbesondere die formale Koordination, die Reputation und die materiellen Ressourcen als Einflussfaktoren oder Kapitalarten unterscheiden (siehe Kp. 4.3), wird die Rolle *epistemischer* Faktoren in der Regel nicht oder nur in nachgeordneter Funktion, als Mittel zur Erlangung von Reputation, konzeptualisiert. Dies ist mit der jeweils beabsichtigten Betonung der Rolle eben jener sozialen Faktoren zu erklären, mit Hilfe derer (trans-epistemische) Einflussnahmen auf die Forschung sowie die Interdependenzen wissenschaftlicher Akteur*innen analytisch gefasst werden können. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist jedoch anders gelagert. Epistemische Faktoren sollen hier sehr

wohl konzeptualisiert werden, da die Entstehung von Themen in der Wissenschaft im Fokus der Analyse steht. Im Sinne der Mikrofundierung von Makrophänomenen lässt sich die auf die Akteur*innenebene heruntergebrochene Fragestellung formulieren als ‚*Wie wählen wissenschaftliche Akteur*innen ein Thema?*‘. Die bisher persönlich oder fachgemeinschaftlich angeeignete Kompetenz, also die Fertigkeiten und das Wissen, ist ein zentraler Einflussfaktor für zukünftige Forschungsentscheidungen und insbesondere für die Auswahl von Forschungsproblemen, wie in Abschnitt 4.2.3 im Rahmen der Erläuterung epistemischer Mechanismen der Wissensproduktion hergeleitet werden konnte. Hier sind es insbesondere die individuellen Einschätzungen fachgemeinschaftlicher Forschungsbedarfe sowie der eigenen Kompetenzen im Vergleich mit den Fachkolleg*innen, die für die Wahl von Forschungsproblemen ausschlaggebend sind. Der Akteurzentrierte Institutionalismus kommt für politische Entscheidungen zu einer ähnlichen Einschätzung, indem er Handlungsressourcen von Akteur*innen konzeptionell als entscheidungsrelevant erfasst und darunter neben Sozialkapital und materiellen Ressourcen auch Humankapital, also das Wissen und die Fähigkeiten von Akteur*innen, miteinbezieht.

Kompetenz lässt sich aber nicht nur als *Handlungsressource*, sondern dessen Erweiterung auch als *Handlungsorientierung* konzeptualisieren. Solcherlei Wahrnehmungen und Präferenzen leiten sich gemäß Scharpf und Mayntz aus den Interessen, Erwartungen und Identitätskonstruktionen der Akteur*innen ab und lassen sich nicht akteur- und situationsübergreifend gewichten. Häufig wird das Streben nach neuem und wahrem Wissen als Mittel zum Zweck eingestuft, das heißt, das Aufbauen neuen Wissens dient allein einem anderen, sozialen Handlungsziel, nämlich zumeist der Erhöhung der Reputation. Demgegenüber hebt Maton (2003: 61) die Rolle nicht-sozialer Motivationen in der Wissenschaft hervor. Er räumt zwar auf der Grundlage von Bourdieus soziologischer Theorie die große Bedeutung sozial orientierter Motivationen („*social interestedness*“) für Wissenschaftler*innen ein, stellt aber gleichzeitig klar, wissenschaftliches Engagement sei „*mehr als das*“. Das Forschen, Vortragen, Verfassen und Lesen von Publikationen sei nicht immer allein mit dem Streben nach sozialer Autorität zu erklären, sondern eben auch mit dem intrinsischen Wunsch, Forschungsprobleme zu lösen, bzw. mit dem unvermittelten Streben nach neuen Erkenntnissen. Maton (2003: 62) schlägt daher vor, „*epistemisches Kapital*“ als Handlungsorientierung zu konzeptualisieren:

„I suggest we can add [...] the concept of epistemic capital, the ability to better explain the (social) world. This captures the way in which actors within the intellectual field

engage in strategies aimed at maximising not merely resources and status but also epistemic profits, that is, better knowledge of the world.“

Dieser Konzeptualisierung der Wissensorientierung als *epistemisches Kapital* schließt sich diese Arbeit an, allerdings (1.) mit expliziter Berücksichtigung der *sozialen* Dimension dieses Wissens und (2.) ergänzt um die Fertigkeiten, die ein*e Akteur*in erwerben kann (s. u.). Darüber hinaus werden mit leichten Anpassungen die Kategorien aus Abschnitt 4.3 übernommen. Es werden also vier grundlegende Kapitalsorten unterschieden, die einerseits als Handlungsressource dienen, deren Erwerb aber andererseits auch eine Handlungsorientierung für wissenschaftliche Akteur*innen darstellen: epistemisches Kapital, soziales Kapital, ökonomisches Kapital und politisches Kapital. Zusammengenommen werden die vier genannten Handlungsressourcen auch als *wissenschaftliches Kapital* wissenschaftlicher Akteur*innen bezeichnet.

Unter epistemischem Kapital oder auch fachlich-sozialer Kompetenz werden in dieser Arbeit das Wissen und die Fertigkeiten wissenschaftlicher Akteur*innen verstanden, die benötigt werden, um bspw. einen Fachbeitrag oder einen Drittmittelantrag zu erstellen und erfolgreich in die kollektive Wissensproduktion einzubringen. Das Wissen beinhaltet ein Verständnis von Inhalten und Methoden (etwa ‚*wo besteht Forschungsbedarf?*‘), Akteur*innen (etwa ‚*wer hat sich durch einschlägige Forschung besonders hervorgetan?*‘), Medien (etwa ‚*in welchen Fachzeitschriften lässt sich ein Fachbeitrag möglichst effektiv oder schnell unterbringen?*‘) usw. Unter Fertigkeiten (oder: *skills*) wird das Vermögen der Akteurin bzw. des Akteurs gefasst, bestimmte Aufgaben der Forschung – etwa das Verfassen eines Fachbeitrags oder die Anwendung einer spezifischen Erhebungsmethode – effektiv erfüllen zu können. Das epistemische Kapital hat neben der fachlichen immer auch eine soziale Seite. Dies folgert aus dem Verständnis dieser Arbeit, dass wissenschaftliches Wissen (und dessen Geltung) immer sozial konstruiert ist, sodass *Fachwissen* (etwa Theorieverständnis) und *Sozialwissen* (etwa Wissen um Reputationsverteilung oder Machtbeziehungen) nicht voneinander zu trennen sind, sondern ein und dasselbe Wissen beschreiben. Schließlich gehört zum Theorieverständnis auch ein Wissen darüber, welche Theorien aktuell in der Fachgemeinschaft als bekannt vorausgesetzt werden können und welche dort als besonders vertrauenswürdig und nützlich angesehen sind. Ebenso ist die Begründung und Erläuterung des Forschungsbedarfs nicht allein durch logische Herleitung zu leisten, sondern impliziert ein Verständnis bspw. über aktuelle Relevanzkriterien des Zielpublikums bzw. der Fachgemeinschaft. Auch Fertigkeiten haben nicht nur eine *fachliche* Komponente (bspw. das Beherrschen einer Statistik-Anwendung), sondern auch eine *soziale* (bspw. kommunikative

Fertigkeiten). Fertigkeiten und Wissen sind interdependent, indem etwa taktisches Geschick ein Mindestmaß an instrumentellen Wissen erfordert oder indem bestimmte Fertigkeiten eingesetzt werden müssen, um Wissen zu erwerben.

Zu den Handlungsressourcen zählt weiterhin das soziale Kapital, also gemäß Bourdieu (1983: 190) „*die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind*“. Bezogen auf einzelne (individuelle oder komplexe) wissenschaftliche Akteur*innen beschreibt Sozialkapital den ihnen zu Gute kommenden vorteilhaften Effekt der Netzwerkstruktur, der darin besteht, diesen „*breitere Handlungsmöglichkeiten oder Zugang zu Ressourcen zu eröffnen*“ (Jansen und Diaz-Bone 2014: 73). Als Teilaspekte des sozialen Kapitals werden wissenschaftliche Reputation und persönliche Beziehungen voneinander unterschieden. Die Reputation (bzw. soziale Anerkennung, Prestige) ist auch für Außenstehende auf der Grundlage formeller Indikatoren in gewissem Maße erkennbar und wird auch abseits persönlicher Bekanntschaften dezentral durch die Fachkolleg*innen zugeschrieben. Sie manifestiert sich bspw. in Zitationsindizes, in Beteiligungen in Forschungsprojekten, in organisationalen Zugehörigkeiten oder in durchlaufenen Karrierestationen. Persönliche Beziehungen, etwa zu Fachkolleg*innen, Herausgeber*innen, Gutachter*innen oder Fördermittelgeber*innen, entstehen durch den direkten Kontakt und senken die Transaktionskosten wissenschaftlicher Austauschbeziehungen, wie bspw. gemeinsamer Projektanbahnungen, Ko-Autorenschaften oder der Weitergabe von (exklusiven) Informationen. Zwar werden die beiden Teilaspekte – Reputation und soziale Beziehungen – konzeptionell unterschieden, sie lassen sich aber nicht gänzlich voneinander trennen. So ist bspw. die Zuschreibung wissenschaftlicher Anerkennung seitens befreundeter Fachkolleg*innen mitunter eine wichtigere Handlungsmotivation für Wissenschaftler*innen als die in Zitaten und Positionen geronnene Reputationsallokation seitens der erweiterten Fachgemeinschaft. Persönliche Beziehungen beeinflussen zudem den Reputationserwerb, etwa wenn Zitationen nicht allein aus inhaltlichen Faktoren oder Ko-Autorenschaften nicht allein aus der tatsächlichen Mitwirkung resultieren, sondern auch aus Freundschaftsbeziehungen. Genauso ist es umgekehrt für Akteur*innen mit höherer Reputation leichter, persönliche Beziehungen aufzubauen, weil seitens der Fachkolleg*innen ein gesteigertes Interesse an der Relation besteht.

Das ökonomische Kapital umfasst die Geldmittel, die Ausstattung und das Personal eines Akteurs bzw. einer Akteurin und wird auch als materielle Ressourcen gefasst. Zu den Geldmitteln zählen das persönliche Einkommen sowie finanzielle Ressourcen, die in unterschiedlichem Ausmaß zweckgebunden sein können.

Die Ausstattung umfasst die Verfügbarkeit oder den Besitz von technischen Gerätschaften, Räumen, Literatur und Daten. Personal steht für die personellen Ressourcen oder Mitarbeiter*innen, für die der*die Akteur*in – in unterschiedlichem Maße – weisungsbefugt ist. Materielle Ressourcen in der Wissenschaft werden primär in Form von Grundmitteln und Drittmitteln zur Verfügung gestellt. Mit Grundmitteln werden die laufenden Ausgaben der Universitäten und Forschungsinstitute bezeichnet, wobei in dieser Arbeit der auf Forschung entfallene Teil der Sach- und Personalmittel interessiert. Der Begriff Drittmittel umfasst Gelder, die nicht direkt von der unterhaltenden Universität oder dem unterhaltenden Forschungsinstitut stammen, sondern (zusätzlich) von öffentlichen oder privaten Stellen bereitgestellt werden. Sie werden meist in einem kompetitiven Verfahren von einzelnen oder kooperierenden Forscher*innen, Lehrstühlen oder Instituten eingeworben. Werben wissenschaftliche Akteur*innen ein Drittmittelprojekt ein, so können sie mit einem Schlag ihre Ausstattung erheblich steigern. Auf der anderen Seite bieten die langfristiger angelegten Grundmittel für wissenschaftliche Akteur*innen eine höhere Planbarkeit, und sie sind weniger zweckgebunden. Materielle Ressourcen sind eine wichtige Voraussetzung, um Forschung betreiben und am Reputationswettbewerb teilnehmen zu können. Ihr Besitz verspricht Handlungsspielraum und Einfluss, etwa indem durch Investitionen in die eigenen Forschungsthemen diese gestärkt und somit die Forschungslandschaft gemäß der eigenen Präferenzen geprägt werden kann. Zudem kann gerade in Zeiten der Zunahme prekärer Beschäftigungsformen die Sicherung des Lebensunterhalts zum zentralen Kriterium für die Aufnahme einer bestimmten entlohnten wissenschaftlichen Tätigkeit werden.

Ebenfalls zu den Handlungsressourcen zählt das politische Kapital, das auch als formales Kapital, institutionelle Macht oder Einfluss geführt werden kann. Das politische Kapital umfasst die Rechte, Pflichten und Einflussmöglichkeiten, die einem*einer Akteur*in im Rahmen der formalen Koordination der Wissenschaft zugeschrieben werden und die der*die Akteur*in zu nutzen versteht. Sie leiten sich also aus Gesetzen und Vorschriften ab und werden unter anderem auf Basis von Posten (bspw. Dekan*in), Funktionen (bspw. Gutachter*in in einem Forschungsprogramm, Herausgeber*in einer Zeitschrift), akademischen Graden (bspw. Doktor*in) oder Mitgliedschaften (bspw. in einer Akademie) verliehen. Zu dem politischen Kapital wird auch das Durchsetzungsvermögen in kollektiven Entscheidungssituationen gezählt, für das zum einen Fertigkeiten (bspw. Verhandlungsgeschick, strategisch-taktisches Können) und zum anderen akkumuliertes Wissen (über politisch-historische Hintergründe, Präzedenzfälle, mögliche Handlungsalternativen) entscheidend sind. Das Verfügen über Einfluss ermöglicht es Akteur*innen, bestimmte Themen bei Verteilungsentscheidungen zu fördern

bzw. zu verhindern, beispielsweise dann, wenn in universitären Gremien über die Denomination von Lehrstühlen oder im Rahmen von Begutachtungen über die Finanzierung von Forschungsprojekten entschieden wird. Nicht zuletzt in hierarchischen Machtbeziehungen werden thematische Ausrichtungen verhandelt, bspw. bei der Bestimmung des Inhalts gemeinsamer Veröffentlichungen und Forschungsanträge.

Auch außerhalb der Wissenschaft akquirierte Handlungsressourcen können in der Wissenschaft in Wert gesetzt werden, sofern sie sich in die Handlungslogik des Systems übertragen lassen. So kann beispielsweise Wissen über die politische Ökonomie der lokalen Stadtentwicklung, das im Rahmen von zivilgesellschaftlichem Engagement akquiriert worden ist, im Rahmen der wissenschaftlichen Wissensproduktion eingesetzt werden. Ebenfalls können persönliche Beziehungen mit Akteur*innen aus Politik oder Wirtschaft in der Wissenschaft von Nutzen sein. Indem wissenschaftliche Akteur*innen auch in anderen gesellschaftlichen Kontexten agieren, können auch außerwissenschaftliche Motive in wissenschaftlichen Entscheidungssituationen ins Gewicht fallen. Als Beispiele seien das Ablehnen eines ethisch bedenklichen Forschungsprojekts zur Sicherung des eigenen Ansehens in Familie und Freundeskreis sowie das Anstreben der Doktorwürde zur Verbesserung alleiniger außerwissenschaftlicher Karrierechancen genannt.

Das wissenschaftliche Kapital lässt sich – mit unterschiedlicher Effektivität – für bestimmte Zwecke investieren und gegeneinander eintauschen. Wer beispielsweise über ein hohes Maß an epistemischem Kapital verfügt, hat gute Voraussetzungen, um Reputation zu erwerben, mit der er*sie wiederum eine hochrangige Position erlangen und Fördermittel einwerben kann. Eine hochrangige Position verleiht wiederum Reputation sowie gleichzeitig politisches Kapital und leichteren Zugang zu ökonomischem Kapital und persönlichen Beziehungen. Aufbauend auf Latour und Woolgar (1982, 1986) lässt sich dieser Mechanismus der iterierenden Übersetzung verschiedener Kapitalsorten als *credit cycle* beschreiben (siehe Kp. 4.3.4). Aufgrund mangelnder Entsprechungen des englischen Begriffs *credit* wird das Investieren und Eintauschen der jeweiligen Handlungsressourcen zum Zwecke der Kapitalvermehrung hier als wissenschaftlicher Akkumulationszyklus bezeichnet. Allerdings ist anzumerken, dass jede Kapitalsorte sich gegen jede andere Kapitalsorte eintauschen lässt, der Zyklus also nicht allein in eine Richtung verläuft und mehrere Prozesse parallel stattfinden können. Zudem handelt es bei der zyklischen Kapitalakkumulation nicht um einen linearen, planbaren Prozess. Stattdessen kann Kapital auch wieder verloren gehen, eine getätigte Investition nicht den gewünschten Ertrag

bringen oder eine Handlung zu einer nicht intendierten Kapitalvermehrung verhelfen. An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass die Grenzen zwischen den jeweiligen Kapitalsorten nicht immer scharf verlaufen, sondern dass mitunter Überschneidungen vorkommen. Einige beispielhafte Tauschmechanismen zwischen den jeweiligen Handlungsressourcen sind in Abb. 5.2 dargestellt.

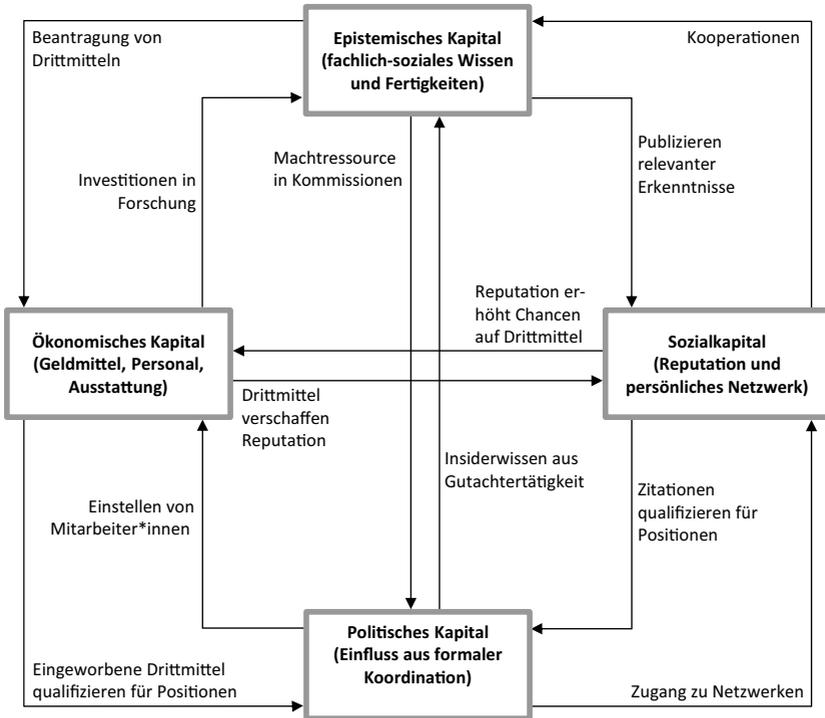


Abb. 5.2 Kapitalakkumulationszyklus wissenschaftlicher Akteur*innen (*Eigene Darstellung*)

In der Erweiterung und Beschleunigung dieses Zyklus bzw. in der Vermehrung der Handlungsressourcen sind die Handlungsorientierungen wissenschaftlicher Akteur*innen zu erkennen. Insbesondere das Erlangen von Reputation wird als primäre Handlungsorientierung gefasst, durch das weitere Ziele, wie das Vermehren materieller Ressourcen, das Eingehen und die Pflege von Beziehungen oder

das Erweitern des politischen Kapitals erreicht werden können. Wissenschaftliche Akteur*innen suchen also, die unterschiedlichen Kapitalsorten zu maximieren und treffen deshalb Entscheidungen, die diese Maximierung begünstigen. Durch Belohnung und Sanktionierung bzw. über die Gewährung und den Entzug der genannten Kapitalien werden die Forschungsentscheidungen wissenschaftlicher Akteur*innen steuerbar.

5.5 Die wissenschaftliche Themenwahl

Als nächster und letzter Baustein des analytischen Rahmens wird auf der Basis der vorangegangenen Kapitel die Entscheidungssituation skizziert, in der individuelle sowie komplexe wissenschaftliche Akteur*innen einen Forschungsgegenstand wählen. Demnach treffen wissenschaftliche Akteur*innen die Wahl ihrer Forschungsthemen (im Folgenden *Themenwahl*) in der Regel autonom auf der Grundlage ihrer persönlichen Interpretation (1.) der Entscheidungssituation, (2.) des institutionellen Kontextes (3.) ihrer Handlungsorientierungen und (4.) ihrer verfügbaren Handlungsressourcen. Diese einzelnen Faktoren und ihr Zusammenspiel im Zuge einer Themenwahl werden im Folgenden erläutert. Dabei wird primär die wissenschaftliche Einzelentscheidung in den Blick genommen, weil sie die häufigste und für die Themenentwicklung in einer Disziplin wichtigste Entscheidungssituation darstellt. Gemeint sind Entscheidungen, die ein*e Akteur*in – ohne Verhandlung, Mehrheitsentscheid oder hierarchische Steuerung – selbst über seine*ihre eigene Forschung trifft. Grundsätzlich gilt: Die Entscheidung, ein Thema wissenschaftlich zu bearbeiten, wird immer vor dem Hintergrund knapper Ressourcen und begrenzter Zeit gewählt. Jede Entscheidung zugunsten eines bestimmten Themas hat also zur Folge, dass weniger Zeit und Ressourcen für andere Themen zur Verfügung stehen.

Forschungsentscheidungen werden durch wissenschaftliche Akteur*innen selbst intentional im Rahmen einer Entscheidungssituation getroffen, die sich anhand der Akteur*innenkonstellation und der Interaktionsform charakterisieren lässt. Die Entscheidung, ein bestimmtes Thema aufzugreifen, weiterzuverfolgen oder aufzugeben, wird dabei selten aktiv, explizit, bewusst und strategisch getroffen – etwa: *„Ich habe freie Arbeitszeit. Beschäftige ich mich jetzt mit Klimawandel oder mit Schrumpfung?“*. Vielmehr manifestiert sich die Themenwahl von wissenschaftlichen Akteur*innen inkrementell in deren alltäglichen Einzelentscheidungen über ihre Forschungsprozesse und deren inhaltliche Ausgestaltung – etwa *„Nehme ich jetzt endlich die lange schon anvisierte Publikation zu Frage xy in Angriff?“*; *„Soll ich die Anfrage der angesehenen Fachkollegin,*

einen gemeinsamen Antrag zu stellen, annehmen, obwohl ich mittlerweile andere Fragestellungen spannender finde?‘; ‚Sollen wir das vorliegende Problem nach bewährtem Schema lösen oder wenden wir die neue Methode des Fachkollegen an?‘; ‚Lassen sich unsere Kompetenzen im Rahmen des neu aufgelegten Förderprogramms zu einem aussichtsreichen Antrag kombinieren?‘; ‚Mit welchem Framing kann ich meinen Ergebnissen Aufmerksamkeit verschaffen?‘ oder ‚Soll ich die Anfrage, einen Vortrag über xy zu halten, annehmen und, wenn ja, wie gestalte ich diesen gewinnbringend?‘.

Als Forschungsprozess ist dabei jedes zielgerichtete, einmalige und zeitlich begrenzte Vorhaben eines oder mehrerer wissenschaftlicher Akteur*innen zu verstehen, das unter Einsatz von Ressourcen durchgeführt wird, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu einem bestimmten Thema zu produzieren und zu publizieren. Ein Forschungsprozess ist es daher auch, eine Publikation, einen Vortrag oder einen Forschungsantrag zu einer neuartigen Fragestellung zu entwickeln. Trotz der zur Bedingung erklärten Zielgerichtetheit, führt nicht jedes Projekt zu den anvisierten Erkenntnissen, nicht jede Forschung mündet in eine Publikation und nicht jede Erkenntnis entspricht dem ursprünglich fokussierten Zielhorizont.

In der wissenschaftlichen Einzelentscheidung evaluiert der*die Akteur*in selbst einerseits, welcher Beitrag zum Wissen der Gemeinschaft nachgefragt werden könnte, sowie andererseits, ob und in welcher Form er*sie diesen erzeugen kann und will. Dieser Mechanismus der autonomen Projekt- bzw. Themenwahl ist gemäß Gläser (2012b: 153–154) konstitutiv für eine effiziente Erweiterung des kollektiven Wissens:

„Die Produktion neuen Wissens ist ein kreativer Prozess, und die Formulierung einer für einen Wissenschaftler lösbaren Aufgabe setzt eine akkurate Einschätzung seiner kreativen Fähigkeiten voraus. Das kann aber nur der Betreffende selbst. Die ‚Selbst-Identifikation‘ von Wissenschaftlern mit Aufgaben [...] erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass diese an Aufgaben arbeiten, die sie auch tatsächlich lösen können.“

Akteur*innen treffen wissenschaftliche Einzelentscheidungen in wechselseitiger Anpassung zueinander, das heißt, sie handeln eigenständig in Kenntnis ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und in rationaler Antizipation der Aktionen und Reaktionen der Fachgemeinschaft. Diese Interaktionsform entspricht einerseits der eines Netzwerks, denn ausschlaggebende Kriterien für die eigene Themenwahl werden – vermittelt über erwartete Belohnungen oder Sanktionen – aus der Wissensproduktion und den Wissenslücken der Fachgemeinschaft abgeleitet (bspw. *‚Hat das schon mal jemand erforscht und wenn nein, kann ich damit einen*

interessanten Beitrag leisten?‘). Allerdings beruht diese Netzwerkförmigkeit nicht allein auf persönlichen Beziehungen, sondern auch auf abstrakten Wissensbeziehungen, die sich aus der gegenseitigen Rezeption von Forschungsbeiträgen (ohne persönlichen Kontakt) ergeben. Die Interaktionsform hat andererseits marktförmigen Charakter, indem für die Produktion eigener Beiträge Kosten-Nutzen-Erwägungen zum Tragen kommen und indem mitunter Angebot und Nachfrage in der kollektiven Wissensproduktion evaluiert werden, bevor ein eigenes Produkt eingebracht wird (bspw. ‚*Wäre ein eigener Forschungsantrag konkurrenzfähig?*‘).

Die Themenwahl wird vor dem Hintergrund des institutionellen Kontextes getroffen, der primär die kollektive Wissensproduktion der entscheidungsrelevanten Fachgemeinschaft(en), aber auch systemexterne Einflussnahmen umfasst. Der institutionelle Rahmen schafft Bedingungen, Normen, Optionen, Anreize und Sanktionen für Forschungsentscheidungen. Im Rahmen der kollektiven Wissensproduktion der Fachgemeinschaft identifizieren die wissenschaftlichen Akteur*innen Lücken im gemeinsamen Wissen und formulieren Projekte zu deren Schließung. Alles, „*was andere diesem Wissensbestand schon hinzugefügt haben oder gerade hinzufügen möchten*“ (Gläser 2012b: 151), ist deshalb für die eigene Themenwahl und die mit der Themenwahl verbundenen Erwartungen von Bedeutung. Die kollektiv verhandelten Forschungsbedarfe werden über die Allokation von Reputation, materiellen Ressourcen und Positionen vermittelt. Wird ein Forschungsproblem seitens der Fachgemeinschaft als wichtig erachtet, so werden Ressourcen und Positionen dafür verfügbar gemacht und diejenigen Forscher*innen werden mit Reputation bedacht, die einen Beitrag zu dessen Lösung leisten. Diese auf der Meso- und Makroebene ansetzende Erklärung des Mechanismus fachgemeinschaftlicher Prioritätensetzung und -vermittlung lässt sich auch auf die Akteur*innenebene herunterbrechen und transepidemisch interpretieren: Die Sicherung der eigenen Position sowie des Sozialkapitals einer Akteurin bzw. eines Akteurs hängt auch davon ab, ob die verantworteten Allokationsentscheidungen im Sinne der (Präferenzen der) Fachgemeinschaft, der Fakultät oder dem *editorial board* einer Zeitschrift sind.

Die fachgemeinschaftliche Ressourcenallokation ist durch verschiedene Mechanismen vermittelt. So gerinnt die Präferenz der Fachgemeinschaft für ein bestimmtes Thema in einschlägigen Publikationen sowie in den Zitationen, die auf die einschlägigen Publikationen entfallen. Sie äußert sich in den tendenziell positiven Gutachten zu einschlägigen Publikationen und Forschungsanträgen sowie in Förderprogrammen mit dem thematischen Schwerpunkt – vorausgesetzt die Gutachten und Konzeptionierungen liegen in der Hand der Fachgemeinschaft (wie bspw. bei Förderungen der DFG). An Hochschulen und

Forschungseinrichtungen werden Strategien, Curricula sowie Denominationen leitender Positionen an aktuelle Relevanzkriterien angepasst. Einschlägige Arbeitskreise werden eingerichtet, Konferenzen und Sessions organisiert und besucht. Als Resultat eingeworbener Ressourcen leitender Wissenschaftler*innen werden Stellenausschreibungen veröffentlicht, die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern thematische Vorgaben machen. Diese Fokussierung von Ressourcen zugunsten eines bestimmten Themas (und zulasten anderer Themen) schlägt sich in der Aufmerksamkeitsverteilung der gesamten Fachgemeinschaft und den Entscheidungssituationen ihrer Mitglieder nieder. Weil die veränderten Belohnungsstrukturen für die Problemwahl für alle Mitglieder der Fachgemeinschaft mehr oder weniger sichtbar sind, bewerten viele wissenschaftliche Akteur*innen ihre Handlungsoptionen neu und gelangen gegebenenfalls zu neuen Entscheidungsergebnissen.

Zusätzlich zu diesem primären Arbeitskontext wissenschaftlicher Akteur*innen – der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft – gibt es wissenschafts-externe Faktoren, die zum einen die Rahmenbedingungen dieser kollektiven Wissensproduktion schaffen und modifizieren, die zum anderen aber auch direkt Einfluss auf die Entscheidungssituationen wissenschaftlicher Akteur*innen nehmen. Beispielsweise können aktuelle Problemlagen und Relevanzkriterien seitens der Gesellschaft an die Wissenschaft kommuniziert werden, sei es im direkten Austausch zwischen Wissenschaftler*innen und Akteur*innen der Gesellschaft oder vermittelt über die Massenmedien. Die direkte Einflussnahme vollzieht sich insbesondere durch die Bereitstellung materieller Ressourcen. Direkt können wissenschaftsexterne Akteur*innen Themen promovieren, indem sie bspw. im Rahmen von Ressortforschungseinrichtungen entsprechende politische Bedarfe durchsetzen, Forschungsfragen per Auftragsforschung vorgeben oder Förderprogramme auflegen, denen politische oder wirtschaftliche Relevanzkriterien zu Grunde liegen. Weitet ein*e Geber*in die Mittelzuweisung in einem Themenbereich aus, so steigen die für die einschlägige Forschung potenziell verfügbaren Ressourcen und mehr Forscher*innen beginnen, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Dies wiederum lässt einschlägige Publikationen, Zitationen, Konferenzen etc. anschwellen, wodurch ein verdichteter Resonanzboden für thematisch passfähige Forschung entsteht. Die einschlägigen Forschungen bringen vermehrt Reputation ein, was wiederum die Chancen auf einflussreiche Positionen stärkt usw.

Die Einflussnahme wissenschaftsexterner Akteur*innen wirkt also nicht nur direkt auf die Entscheidungsoptionen einzelner Akteur*innen, wie etwa im Rahmen von Auftragsforschungen. Durch die *direkte* Beeinflussung der Themenwahl einzelner wissenschaftlicher Akteur*innen wird die kollektive Wissensproduktion

und die fachgemeinschaftliche Sozialstruktur verändert, was *indirekt* wiederum Auswirkungen auf die durch die Fachgemeinschaft vermittelten Rahmenbedingungen und Relevanzkriterien hat. Die Wahl eines Themas durch eine*n wissenschaftliche*n Akteur*in hat also Auswirkungen nicht nur auf seine*ihre eigenen Präferenzen und Ressourcen (und damit auf seine*ihre zukünftigen Themenentscheidungen), sondern sie beeinflusst auch die kollektive Wissensproduktion der Fachgemeinschaft (und die durch sie vermittelten Themenpräferenzen) bzw. den institutionellen Kontext.

Indem das Erwerben von wissenschaftlichem Kapital die zentrale Handlungsorientierung wissenschaftlicher Akteur*innen darstellt, werden sie auch zu den maßgeblichen Selektionskriterien für die Wahl von Forschungsthemen. Ein*e wissenschaftliche*r Akteur*in präferiert also denjenigen Forschungsgegenstand, von dessen Bearbeitung er*sie sich den stärksten Kompetenzerwerb, den höchsten Reputationsgewinn, die meisten materiellen Ressourcen und den größten formalen Einfluss verspricht. Diese an die Themenwahl geknüpfte Erwartung entsteht auf Basis der persönlichen Interpretation der eigenen Fähigkeiten und Handlungsressourcen sowie des institutionellen Kontextes.

Die Handlungsorientierungen lassen sich nicht akteur*innenunabhängig gewichten und sind nicht gleichermaßen auf verschiedene Themenbereiche und Fachgemeinschaften beziehbar. Während einige Akteur*innen sich stärker durch Erfolge in der Drittmittelwerbung definieren, sehen andere Akteur*innen ihre Rolle eher als kritische Impulsgeber*innen. Handlungsleitende Interessen, normative Erwartungen und Identitätskonstruktionen leiten sich unter anderem aus der bisherigen Forschungsbiografie ab, das heißt aus den bislang verfolgten Schwerpunkten, Karrierestationen und den dementsprechend geprägten sozialen Beziehungen. Dies bringt eine inhaltliche Präferenz mit sich, denn fachfremde Kompetenz, Reputation, Drittmittel oder Positionen sind zwar nicht unbedingt schädlich, in der Regel aber auch kein persönliches Handlungsziel von Akteur*innen, zumal sie selten ohne einen unverhältnismäßig hohen Ressourceneinsatz zu erreichen sind. Die mit der Verfolgung eines Themas verbundenen Motivationen und Erwartungen unterscheiden sich also von Wissenschaftler*in zu Wissenschaftler*in und sind subjektiv.

Auch und insbesondere die Handlungsressourcen von Akteur*innen sind an bestimmte Themen gebunden und lassen sich nur in spezifischen Fachgemeinschaften realisieren. So lässt sich die Reputation, die ein*e Akteur*in aus seinen*ihren Veröffentlichungen schöpft, nur dort gewinnbringend einsetzen, wo eine thematische Verknüpfung mit den verfassten Inhalten für die Fachgemeinschaft erkenntlich ist. Genauso kann epistemisches Kapital, das durch die

wissenschaftliche Tätigkeit in dem einen Bereich (bspw. Verkehrsplanung) akkumuliert wurde, in einem anderen Bereich (bspw. politische Ökonomie) wertlos sein, solange der*die Akteur*in keine inhaltliche Schnittmenge ausmachen bzw. konstruieren kann. Auch ökonomisches und politisches Kapital lässt sich nicht oder nur in begrenztem Maße in anderen Fachgebieten realisieren. Die eigene Forschungsbiografie bringt also eine einzigartige Kombination aus epistemischem, sozialem, politischem und ökonomischem Kapital in bestimmten Themenfeldern hervor, auf Basis derer sich eigene Präferenzen entwickeln, Handlungsoptionen entstehen und wahrgenommen werden und der institutionelle Rahmen interpretiert wird. Die thematisch gebundene Kombination wissenschaftlichen Kapitals wird in dieser Arbeit auch als Forschungsportfolio bezeichnet.

Wissenschaftliche Akteur*innen treffen die Wahl ihrer Forschungsthemen auf Basis der subjektiven Interpretation nicht nur ihrer individuellen Voraussetzungen und der Entscheidungssituation, sondern auch der kollektiven Wissensproduktion. Hierzu gehören zum einen die Identifizierung von Forschungsbedarfen und Handlungsoptionen sowie zum anderen die Bewertung der eigenen Ressourcen vor dem Hintergrund der jeweiligen Fachgemeinschaft. Ein wichtiger Faktor dabei ist, ob sich aus den eigenen Handlungsressourcen Wettbewerbsvorteile in der Fachgemeinschaft ergeben. Aussagen aus zwei von Latour und Woolgar (1986: 190) durchgeführten Interviews veranschaulichen diese Sichtweise:

„This instrument can bring me ten papers a year“

„Why working on this [substance], we are not the best in this area; we invested a lot in the releasing factor field . . . we are the best in it, we'd better stay in it“

In kleinen Fachgemeinschaften, die sich um ein neues Forschungsproblem gruppieren, sind solche Vorteile leichter zu realisieren, als in etablierten Fachgemeinschaften, die bereits auf einen ausdifferenzierten Wissenskatalog verweisen können. Während erstere offener für neue Mitstreiter*innen und Impulse sind, setzen letztere eine hohe Eintrittshürde, indem die Kenntnis des fachgemeinschaftlichen Wissens vorausgesetzt wird. Das Aufgreifen eines bislang wenig erforschten Themas ist dementsprechend verbunden mit der besseren Chance, einen (in der Nische) relevanten Beitrag zu leisten. Ein womöglich gleichbleibend kleines Publikum setzt aber andererseits auch eine natürliche Grenze für den möglichen Reputationserwerb. Demzufolge kann das Aufgreifen eines bislang wenig erforschten, aber voraussichtlich an fachöffentlicher Aufmerksamkeit gewinnenden Themas unter Kosten-Nutzen Erwägungen insbesondere für junge Wissenschaftler*innen attraktiv erscheinen.

Aufgrund der thematisch gebundenen, akkumulierten Handlungsressourcen und der herausgebildeten Handlungsorientierungen sind Themenentscheidungen also in hohem Maße pfadabhängig. Sich ein gänzlich neues Thema zu erarbeiten und dort einen relevanten Fachbeitrag einbringen zu können, ist für eine*n Wissenschaftler*in mit großem Aufwand verbunden. Umso mehr (themengebundenes) Kapital ein*e Akteur*in bereits in anderen Themenbereichen akkumuliert hat, umso mehr wird er*sie diesen Aufwand scheuen. Identifiziert ein*e etablierte*r Akteur*in Parallelen oder Schnittmengen zwischen einem von ihm*ihr bereits erforschten Thema und einem neuen Thema, so ist der Aufwand geringer und Wettbewerbsvorteile in dem neuen Fachbereich sind für ihn eventuell bereits erkennbar. Ein Fachbeitrag oder Forschungsantrag, in dem er bspw. sein bereits vorhandenes Wissen mit einem neuen Thema verknüpfen kann, könnte dann unter Kosten-Nutzen-Erwägungen Sinn ergeben, weil der*die Akteur*in mit relativ geringem Aufwand eine neue Quelle für soziales, ökonomisches und politisches Kapital erschließen kann. Forscher*innen, die in der bisherigen Forschungsbiografie nur wenige Handlungsressourcen akkumuliert haben, die also in allen Themen ein ähnliches Maß an Handlungsressourcen zur Verfügung haben, sind in ihrer Themenwahl weniger durch ihre bisherige Karriere geleitet bzw. weniger pfadabhängig. Eine Ausnahme stellen Akteur*innen dar, die eine gewisse Sättigung feststellen, die also das Gefühl haben, genug Wissen zu einem bestimmten Thema produziert zu haben oder ihr Maximum an Reputation in dem Bereich erreicht zu haben.

Zur Veranschaulichung wird in Abb. 5.3 die wissenschaftliche Themenwahl in vereinfachter Form bildhaft dargestellt. Sie orientiert sich an dem analytischen Modell des Akteurzentrierten Institutionalismus (siehe Abb. 5.1), fokussiert aber auf die Einzelentscheidung der Themenwahl wissenschaftlicher Akteur*innen, was einige Detail-Betrachtungen wichtiger Mechanismen ermöglicht. Die wichtigste Modifikation gegenüber Mayntz und Scharpf besteht in der Handhabung der Systemumwelt und des institutionellen Kontextes. Sie ergibt sich aus der Selbstreferenzialität der Wissenschaft: Die Wissenschaft ist ihr *eigenes* Publikum und trifft Entscheidungen (bspw. im Gegensatz zur Politik) nicht für eine *systemexterne* Umwelt (bspw. das Wirtschaftssystem).

Jede wissenschaftliche Entscheidung (15) betrifft dementsprechend anstelle der „Umwelt“ zunächst das eigene Forschungsprogramm (13), was sich wiederum auf die eigene Kapitalstruktur und Handlungsorientierungen auswirkt (16, 11). Zudem wirkt sich jede wissenschaftliche Kommunikation (14) des Akteurs bzw. der Akteurin (17) auf die fachgemeinschaftliche Wissensproduktion (4) aus, indem er*sie bspw. eine Forschungslücke schließt oder durch Zitieren Reputation verteilt (10). Die kollektive Wissensproduktion ist gleichzeitig ein Teil des

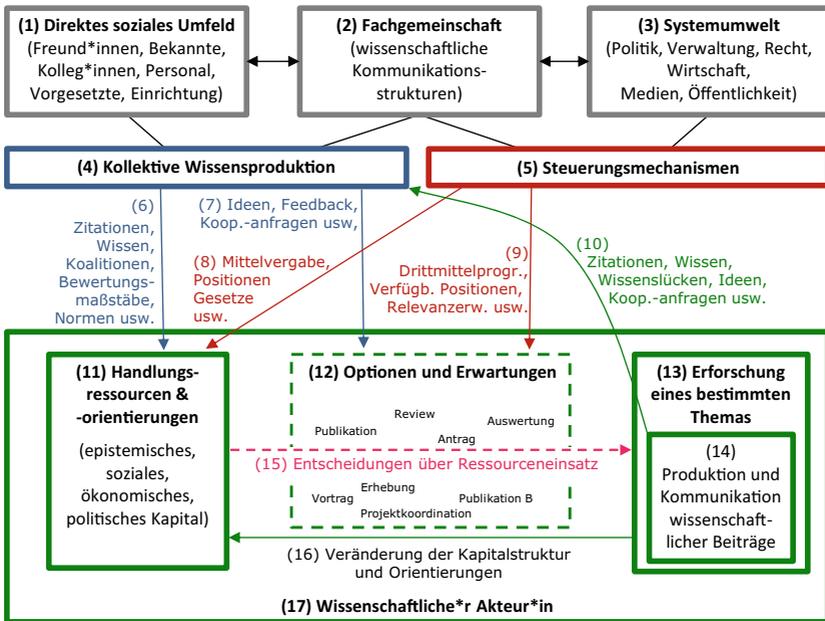


Abb. 5.3 Themenwahl wissenschaftlicher Akteur*innen (Eigene Darstellung)

institutionellen Kontextes, indem durch sie Reputation verteilt oder Relevanzkriterien vermittelt werden (6) und indem sie Handlungsoptionen hervorbringt (7, 12). Der institutionelle Kontext besteht darüber hinaus aus den formellen Steuerungsmechanismen (5), die über Gesetzgebung, Drittmittelvergabe oder die Besetzung von Positionen ebenfalls Handlungsressourcen und -optionen vergeben (8, 9). Die Steuerungsmechanismen werden sowohl durch die Fachgemeinschaft (2) als auch durch die Systemumwelt (3) bestimmt. Die kollektive Wissensproduktion wird dagegen nur indirekt durch die Systemumwelt beeinflusst. Allerdings wird auf der Seite der kollektiven Wissensproduktion eine weitere Differenzierung vorgenommen: Das direkte soziale Umfeld (1), das zumindest teilweise eine Teilgruppe der Fachgemeinschaft darstellt, wird gesondert aufgeführt, um dessen Bedeutung herauszustellen. Schließlich sind wissenschaftliche Einzelentscheidungen in besonderem Maße von den Bewertungsmaßstäben befreundeter Kolleg*innen abhängig. Auch sind für die Entstehung neuer Ideen direkte Austausche – das zeigt die Empirie dieser Arbeit – häufig wichtiger als

die abstrakte Wissensproduktion auf der Grundlage der Produktion und Rezeption von Publikationen.

Mit diesen Kategorien und Mechanismen der Themenwahl ist der analytische Rahmen zur Analyse von Themenkarrieren in der Wissenschaft vollständig. Wie die erläuterten Aspekte im Rahmen der Empirie erhoben werden, zeigt das folgende Kapitel.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





In diesem Kapitel wird das methodische Vorgehen, das im empirischen Teil dieser Arbeit (Kp. 7 und Kp. 8) zum Einsatz kommt, transparent gemacht und begründet. Ziel der Empirie ist es, die Datengrundlage für die Beantwortung der Forschungsfrage ‚*Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft*‘ herzustellen. Hierfür leitet der analytische Rahmen ein Kategoriengerüst aus der Theorie ab, das den Fokus auf die potenziell erklärungsrelevanten Aspekte richtet. Die Methodik muss ermöglichen, diese Aspekte im Zuge der empirischen Analyse zu erfassen. Als Untersuchungsfeld dient die deutsche Planungswissenschaft. Hier sind Themenkarrieren nachzuweisen, zu rekonstruieren und Mechanismen der wissenschaftlichen Aufmerksamkeitsentstehung offenzulegen.

Themenkarrieren in der Planungswissenschaft werden durch die aggregierten Themenentscheidungen der Planungswissenschaftler*innen konstituiert. Diese Entscheidungen stehen deshalb im Zentrum der empirischen Untersuchung. Es werden dabei, dem Programm der institutionalistischen Wissenschaftssoziologie folgend, die personenunabhängigen Regeln und Normen zur Erklärung in den Vordergrund gerückt. Die Beschaffenheit des institutionellen Rahmens der Planungswissenschaft wird folglich als Erklärungsmoment für das kollektive Handeln der Planungswissenschaftler*innen und damit für die Entstehung von Aufmerksamkeit gegenüber Themen anvisiert.

Es wird ein vergleichender Fallstudienansatz gewählt, wobei die beiden Themenkarrieren *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* im Zeitraum 1995–2014 als Fälle dienen. Der Beginn des Untersuchungszeitraums wurde auf der Grundlage einer Voruntersuchung ausgewählt, die ergab, dass beide Themen erst nach 1995 in der Planungswissenschaft etabliert worden sind. Das Ende des Untersuchungszeitraums (Dezember 2014) markiert gleichzeitig den Beginn der Datenaufnahme (Januar 2015). Die Analyse kann nur *ex post* erfolgen, weil Themenkarrieren

erst *nach* der erstmaligen Etablierung des Themas als solche identifizierbar sind. Folglich muss auf Verfahren der Datenerhebung abgestellt werden, mit denen vergangene Prozesse möglichst detailliert nachvollzogen werden können.

Um diese empirische Rekonstruktion leisten zu können, wird ein *mixed methods* Ansatz angewandt. Dieser folgt dem von Pluye und Quan Nha Hong (2013: 30) formulierten Leitbild: „*mixing methods combines the power of stories and the power of numbers*“. Die Verwendung sowohl quantitativer als auch qualitativer Verfahren gewährleistet nicht nur die notwendige empirische Evidenz. Vielmehr werden im Rahmen dieses Vorhabens die Methoden kombiniert und integriert, sodass qualitative Schritte quantitative Ergebnisse erst ermöglichen und umgekehrt. Quantitative Daten dienen der Identifizierung der Themenkarrieren und der Deskription des Verlaufs der Aufmerksamkeit gegenüber den Themen. Durch bibliometrische Kennziffern soll dargelegt werden, wie sich die beiden Themen in der Planungswissenschaft manifestiert haben. Eine formale Netzwerkanalyse zeigt die Eigenschaften themenspezifischer Netzwerke von Planungswissenschaftler*innen und planungswissenschaftlichen Veröffentlichungen. Aus der Theorie abgeleitet werden Netzwerkpositionen (bspw. zentrale Akteur*innen) definiert, die anschließend einer qualitativen Analyse unterzogen werden. Schließlich werden durch die Netzwerkanalyse Akteur*innen identifiziert, die diese Netzwerkpositionen bekleiden. Die ausgewählten Akteur*innen werden jeweils im Rahmen eines leitfadengestützten Interviews befragt. Zur Vorbereitung des Interviews werden wiederum sowohl quantitative (bspw. Zitationskennziffern) als auch qualitative (bspw. Forschungsbiografien) personen- und forschungsbezogene Daten verwandt. Über eine grafische Darstellung werden die Akteur*innen mit ihren persönlichen Daten bzw. ihrer persönlichen Forschungsbiografie konfrontiert.

Im Folgenden wird das mehrstufige empirische Forschungsdesign erläutert. Zunächst ist dabei herzuleiten, warum ein vergleichender Fallstudienansatz gewählt wird und anhand welcher Kriterien die beiden Fälle ausgewählt werden (Kp. 6.1). Im Anschluss wird die Operationalisierung der beiden gewählten Themen vorgenommen (Kp. 6.2). In Abschnitt 6.3 wird die quantitative Analyse erläutert, was die Datenerhebung sowie die angewandten Auswertungsmethoden der Bibliometrie und der formalen Netzwerkanalyse mit einschließt. Abschließend wird in Abschnitt 6.4 auf die qualitative Datenerhebung und -auswertung eingegangen, wobei primär leitfadengestützte Interviews zum Einsatz kommen.

6.1 Fallstudienansatz, Auswahl und Abgrenzung der Fälle

Zur Beantwortung der Frage wird ein multipler Fallstudienansatz mit der vergleichenden Untersuchung von zwei Fällen gewählt. Dieser eignet sich speziell für die Analyse besonders komplexer organisationaler Zusammenhänge (Yin 2009: 4), die Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind. Fallstudien erfassen und analysieren zeitgenössische soziale Prozesse in einem realitätsnahen Kontext, insbesondere wenn die Grenzen zwischen Phänomen und Kontext nicht offensichtlich sind (ebd.: 18). Sie ermöglichen es, komplexe Dynamiken unter Einbeziehung kontextabhängigen Wissens in einer dichten Beschreibung nachzuvollziehen. Darüber hinaus eignen sich Fallstudien dazu, unterschiedliche Variablen und Datenarten theoriegeleitet zu erschließen und in einen aufschlussreichen Zusammenhang einzuordnen (Günzel 2016a: 143; Flyvbjerg 2006). Gemäß Yin (2009: 61) ist es, sofern eine Wahlmöglichkeit besteht, grundsätzlich vorzuziehen mehrere Fallstudien durchzuführen, um die Wahrscheinlichkeit einer ‚geeigneten‘ Fallstudie zu erhöhen und weil ein substanzieller analytischer Mehrwert bei dem Vergleich zweier Fallstudien erwartet werden kann. Dagegen nimmt der erwartete Mehrwert bei einer dritten Fallstudie (oder weiterer) tendenziell ab, sodass einem steigenden Arbeitsaufwand ein abnehmender Grenznutzen gegenübersteht – insbesondere dann, wenn eine Ähnlichkeit der Fälle konstatiert werden kann.

Die beiden Fälle werden exemplarisch untersucht. Nicht die Analyse der Themen selbst steht also im Fokus der Auswertung, sondern die dahinterliegenden sozialen Strukturen und Mechanismen einschließlich deren Veränderung im Verlauf der Themenkarriere. Als Fall gilt in dieser Arbeit eine Themenkarriere, also der Verlauf der fachöffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema in der Planungswissenschaft. Der erstmalige, textlich manifestierte Beitrag zum Thema markiert den Beginn der Themenkarriere. Dementsprechend würde das Ende der Themenkarriere durch den letzten Beitrag markiert, der sich, solange die Planungswissenschaft existiert, nicht bestimmen lässt. Es können auch Ereignisse vor dem Beginn der Themenkarriere in die Untersuchung einfließen, sofern sich ein Einfluss auf die Themenkarriere vermuten lässt.

Für die Auswahl der Fallstudien bzw. der Themen lassen sich aus der Forschungsfrage, dem Untersuchungsgegenstand und der gewählten Methodik wesentliche Bedingungen ableiten. Zunächst müssen die Themen jeweils eine Themenkarriere in der Planungswissenschaft durchlaufen (haben). Das heißt, dass zumindest die Latenzphase und die anschließende Etablierung des Themas

über einen gewissen Zeitraum hinweg beobachtbar sein müssen, denn Untersuchungsgegenstand ist die tatsächliche Themenkarriere bzw. ihre Entstehung. Dass einige Themen (bisher) keinen Durchbruch in der Fachöffentlichkeit erreicht haben und warum das so ist, ist dagegen nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Des Weiteren müssen sich die Themen durch eine hohe Wirkmächtigkeit auszeichnen: Zum einen impliziert der Untersuchungsgegenstand der Themenkarriere an sich schon die Notwendigkeit einer gewissen Etablierung im fachöffentlichen Diskurs. Zum anderen sollte das Thema in den zentralen Institutionen der Planungswissenschaft (bspw. Fördermittelvergabe) bereits eine messbare Wirkung entfaltet haben. Darüber hinaus verlangt die vorgesehene Netzwerkanalyse eine genügend große Grundgesamtheit an Veröffentlichungen in den verschiedenen Fachzeitschriften der Planungswissenschaft. Schließlich muss das Thema gegenwärtig sein, denn für die Untersuchung der Themenkarriere muss auf die beteiligten Akteur*innen (bspw. Vertreter*innen aus Forschung, Gremien, Fördermittelvergabe) für Interviews zugegriffen werden können. Für die Qualität der Interviews sollte der zeitliche Abstand zu den besprochenen Erfahrungen gering gehalten werden, da bspw. individuelle Einschätzungen zu Themenkarrieren oder Akteur*innennetzwerken sich mit zeitlichem Abstand und mit Veränderung der Position im Netzwerk wandeln.

Anhand dieser Kriterien wurden die Themen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* als Fälle ausgewählt. Sie sind vergleichbar, indem sie in erster Linie Inhalte der Planung transportieren. Es werden dabei vor allem materielle Anpassungserfordernisse adressiert und erst in zweiter Linie Theorien und Methoden der Planung. Die Themenkarrieren haben deshalb unmittelbar Einfluss auf planungspraktische Handlungsoptionen sowie letztlich auf die Gestaltung von Räumen. Des Weiteren erscheint der Verlauf beider Themenkarrieren mit signifikanten Aufmerksamkeitsspitzen in den 2000er Jahren zeitlich weitgehend entkoppelt von der Entwicklung vermeintlich objektiver Handlungserfordernisse im Kontext der bereits Jahrzehnte zuvor und wahrscheinlich auch noch Jahrzehnte danach raumrelevanten Themen. Diese Entkopplung ermöglicht einen freien Blick auf planungswissenschaftsinterne, soziale Mechanismen der Themenkarriere. Beide Themen bieten zudem starke Anknüpfungspunkte an gesamtgesellschaftliche Diskurse, wobei das Thema *Klimawandel* in besonderem Maße fremdreferenziell erscheint, während das Thema *Schrumpfende Städte* auf den ersten Blick stärker durch die Planungswissenschaft selbst geprägt wurde (Gravert et al. 2013: 23–25).

Die beiden gesamtgesellschaftlichen Megathemen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel*, genauso wie die anwendungsorientierte Planungswissenschaft,

stellen sicherlich wissenschaftssoziologische Sonderfälle dar. Bei der Kontextualisierung der Ergebnisse in den Kanon der Wissenschaftssoziologie und der Planungswissenschaft sind daher die besonderen disziplinären und thematischen Charakteristika zu berücksichtigen. Zu der Frage, warum Sonderfälle für die vorliegende Untersuchung gewählt wurden, ist erstens zu erwidern, was denn der diesen Sonderfällen gegenüberzustellende ‚Normalfall‘ wäre. Weder die im Rahmen dieser Arbeit evaluierten empirischen Studien (siehe insb. Kp. 2) noch der Blick auf andere Disziplinen oder andere planungswissenschaftliche Themen legen Beispiele nahe, die als ‚Normalfälle‘ bezeichnet werden könnten. Weiterhin ist zu bemerken, dass allein die Exposition der betrachteten Gegenstände keine Aussage über den zu erwartenden Erkenntnisgewinn zulässt.

6.2 Operationalisierung und Abgrenzung der Themen

Bei der Datenerhebung und -auswertung ist die Abgrenzung und Operationalisierung der Themen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* ein neuralgischer Punkt. Die hier vorgenommenen Entscheidungen konstruieren erst den Untersuchungsgegenstand dieser Forschungsarbeit. Die Operationalisierung wird für die Themenzuordnung der 7.053 Artikel in planungswissenschaftlichen Zeitschriften im Zeitraum 1995–2014 eingesetzt (siehe Kp. 6.3.2). Das konkrete Ziel der Operationalisierung ist die intersubjektiv überprüfbare Identifizierung einschlägiger planungswissenschaftlicher Fachbeiträge. Einschlägig heißt, die Fachbeiträge werden von der planungswissenschaftlichen Gemeinschaft dem zu untersuchenden Thema zugeordnet. Aus den in Abschnitt 5.1 zusammengefassten Merkmalen von Themen ergeben sich dafür verschiedene Herausforderungen der Operationalisierung:

- *Abgrenzung*: Ein Thema hat Schnittmengen mit anderen Themen, vereint verschiedene Subthemen zu einem Sinnkomplex und ist seinerseits als Subthema Teil verschiedener übergeordneter Themen. Das wesentliche Problem dabei ist die Abgrenzung: Ab wann gehört ein Beitrag zum Thema?
- *Signifikation*: Linguistisch betrachtet ist ein Thema ein Sinnkomplex (Signifikat), der durch ein Netzwerk mit Bedeutung aufgeladener Begriffe (Signifikanten) repräsentiert wird. Ähnliche Sinnkomplexe sind bei unterschiedlichen Akteur*innen, zu unterschiedlichen Zeitpunkten aber mit unterschiedlichen Begriffen verbunden. Zudem kann die Begriffswahl strategisch motiviert sein. So werden etwa die Begriffe ‚Verdrängung‘ bzw. ‚Aufwertung‘ in bestimmten Diskursen von bestimmten Akteur*innengruppen strategisch vermieden

bzw. bevorzugt, selbst wenn auf dasselbe stadtentwicklungspolitische Ereignis Bezug genommen wird.

- *Intersubjektivität*: Es gibt so viele Verständnisse eines Themas, wie es Teilnehmende der Kommunikation zu dem Thema gibt. Zwar lässt sich von einem geteilten Themenverständnis sprechen, wie aber erhebt man dieses? Was sind die Schnittmengen? Die Abgrenzung einzelner Themen sollte möglichst nicht willkürlich von dem*der Forschenden vorgenommen werden, sondern von dem Forschungsgegenstand selbst, also von den Beiträgen der untersuchten Planungswissenschaftler*innen, ausgehen.
- *Asynchronie*: Die vorliegende Untersuchung beobachtet Themen über einen Zeitraum von 20 Jahren. Ein Thema transformiert sich über die Zeit, ist also zu unterschiedlichen Zeitpunkten nicht-identisch mit sich selbst. Ein Thema erzeugt bei den gleichen Personen im Jahr 1995 andere Sinnkomplexe als im Jahr 2014. Hinzu kommt, dass sich der Kreis der Personen, der sich mit einem Thema befasst, verändert.

Die im Folgenden erläuterte Methodik muss diese Punkte weitestgehend auffangen, wobei ein Schwerpunkt auf die intersubjektive Nachvollziehbarkeit gelegt wird. Da sich die benannten Herausforderungen jedoch nicht ohne Einschränkungen im Zuge der *Datenerhebung* bewältigen lassen, sind sie auch in der *Datenauswertung* zu berücksichtigen.

Für die themenspezifische Datenauswertung werden all jene Artikel als einschlägig identifiziert, die eine explizite Kontextualisierung im jeweiligen Thema enthalten. Für eine solche Kontextualisierung kann bereits eine Überschrift oder ein einzelner Absatz genügen. Andererseits wird eine Kommunikation erst dann Teil der Themenkarriere, wenn sie in dem jeweiligen Thema gerahmt wird. Zwei Artikel können also eine nahezu identische Fragestellung aufweisen, durch die Rahmung in unterschiedlichen Kontexten ist es jedoch möglich, dass einer der beiden Artikel als einschlägig befunden wird, der andere aber nicht.

Zur Auswahl einschlägiger Artikel aus den planungswissenschaftlichen Zeitschriften im Untersuchungszeitraum wird ein mehrstufiges Verfahren angewendet, das ein größtmögliches Maß an Objektivität (bzw. intersubjektiver Nachvollziehbarkeit), Reliabilität und Validität gewährleistet. Als methodologischer Ausgangspunkt für die Themenzuordnung werden Signifikanten bzw. Schlüsselbegriffe gewählt. Neben „*Klimawandel*“, „*Klimaerwärmung*“ und „*Schrumpf**“ wird hierfür auch der Begriff „*Stadtumbau*“ genutzt, der mit wenigen Ausnahmen im Schrumpfungskontext beheimatet ist.

Die folgenden vier Schritte werden für die Auswahl einschlägiger Artikel befolgt (siehe Abb. 6.1):

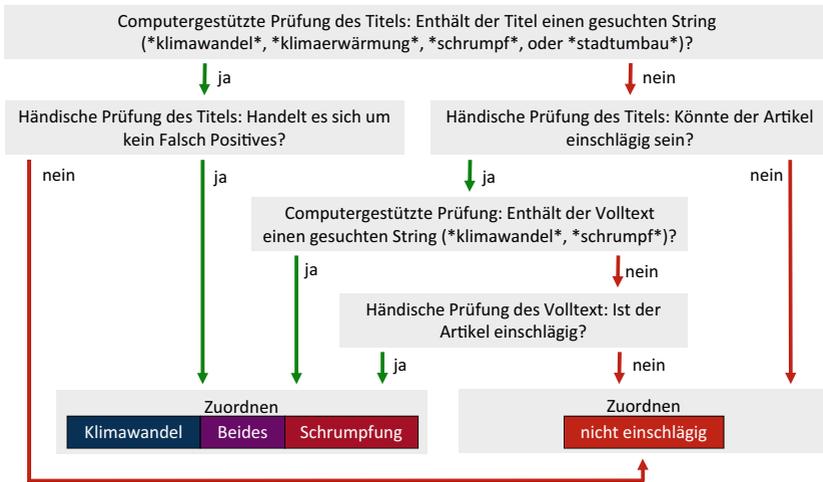


Abb. 6.1 Auswahl einschlägiger planungswissenschaftlicher Artikel (Eigene Darstellung)

1. In einem ersten Schritt wird der Titel überprüft, wobei der Begriff *Titel* in dieser Arbeit immer auch den Untertitel, sofern vorhanden, mit einschließt. Artikel, die die Zeichenketten *klimawandel*, *klimaerwärmung*, *schrumpfung* und/oder *stadtumbau* im Titel tragen, werden händisch um mögliche Falsch Positive (bspw. „Schrumpfende Einnahmen der Kommunen“ enthält den gesuchten String, ist aber nicht unbedingt einschlägig) reduziert und schließlich als einschlägig eingestuft.
2. Aus den verbleibenden Titeln wird eine Auswahl potenziell einschlägiger Artikel getroffen. Diese Auswahl wird großzügig angelegt, sodass das Übersehen einschlägiger Artikel vermieden wird, andererseits jedoch viele nicht einschlägige Artikel Teil der Auswahl werden. Als Hilfestellung für die Vorauswahl dient eine Liste mit 18 Hinweiswörtern (bspw. *bevölkerungsrückgang*). Allerdings werden auch Titel, die kaum Rückschlüsse auf den Inhalt zulassen (bspw. „Letzter macht das Licht aus“), in diesem zweiten Schritt berücksichtigt.
3. Im dritten Schritt wird die entstandene Auswahl potenziell einschlägiger Artikel einer Volltextsuche unterzogen: Artikel, die die Zeichenketten *klimawandel*, *klimaerwärmung*, *schrumpfung* und/oder *stadtumbau* enthalten, werden direkt als einschlägig eingestuft.

4. In einem vierten Schritt werden die verbliebenen, potenziell einschlägigen Artikel unter Berücksichtigung der 18 Hinweiswörter händisch gesichtet und gegebenenfalls als einschlägig eingestuft. Generell ist hierbei ein Mindestkriterium die Thematisierung demografischer Schrumpfung oder globaler Klimaerwärmung als zentraler Bestandteil des Artikels.

In der weiteren Analyse beider Themenkarrieren wird die Einstufung der Einschlägigkeit eines Artikels mehrmals auf Basis unterschiedlicher Indikatoren überprüft. So würde bspw. eine hohe bibliografische Kopplung (Ähnlichkeit der Literaturlisten verschiedener Artikel) zwischen als nicht-einschlägig und als einschlägig eingestuften Artikeln auffallen.

Insgesamt wurden nach diesem Verfahren aus 7.053 Artikeln 325 dem Thema *Schrumpfende Städte* (siehe Kp. 7) und 337 dem Thema *Klimawandel* (siehe Kp. 8) zugeordnet. 12 Artikel wurden beiden Themen zugeordnet.

6.3 Quantitative Analyse: Bibliometrie und Netzwerkanalyse

Die quantitative Erhebung und Auswertung stellt die Analyse der beiden Themenkarrieren auf ein Fundament aus möglichst objektiven, reliablen und validen Informationen. Zum einen wird der Verlauf der planungswissenschaftlichen Aufmerksamkeit gegenüber beiden Themen gemessen und dargestellt (bspw. anhand der Anzahl einschlägiger Artikel pro Jahr). Zum anderen wird die soziale Dynamik dieses Verlaufs mit netzwerkanalytischen Auswertungen nachvollzogen (bspw. anhand der Veränderungen der Kooperationsstruktur der Planungswissenschaftler*innen). Weiterhin wird die qualitative Analyse durch quantitative Daten unterstützt: Einerseits erfolgt die Auswahl der Akteur*innen für die Leitfaden-Interviews mit Hilfe quantitativer Abfragen, andererseits werden die Interviews auf der Grundlage personenbezogener Kooperations-, Zitations- und forschungsinhaltlicher Auswertungen geleistet.

Die Grundlage für die quantitative Analyse wissenschaftlicher Prozesse und Strukturen sind wissenschaftliche Publikations- und Zitationsdaten. Dies macht sie zu einer *bibliometrischen* Analyse. Zentrale Annahmen und Konzepte der Bibliometrie werden deshalb in Abschnitt 6.3.1 erläutert. Im Anschluss wird die quantitative Erhebung sowie die Aufbereitung der Publikations- und Zitationsdaten geschildert. Im Rahmen der bibliometrischen *Datenauswertung* kommen Methoden und Konzepte der deskriptiven Statistik sowie der Netzwerkanalyse zum Einsatz. Die deskriptiv statistischen Auswertungen dieser Arbeit zielen

auf Häufigkeiten, Summen, Mittelwerte und Varianzen (bspw. ‚*wieviele einschlägige Artikel werden pro Jahr veröffentlicht?*‘). Sie bedürfen keiner weiteren methodologischen Erläuterungen. Dagegen ist die netzwerkanalytische Auswertung voraussetzungsreich, weshalb deren grundlegende Annahmen, Konzepte und Methoden in Abschnitt 6.3.3 dargelegt werden. Am Ende dieses Teilkapitels werden in Form eines Glossars einige Begriffe und Analyseparameter der (bibliometrischen) Netzwerkanalyse erklärt, die im Verlauf der empirischen Kapitel (7 und 8) verwendet werden.

6.3.1 Grundlagen der Bibliometrie

Die Wissenschaft wird in dieser Arbeit als ein soziales System betrachtet, in welchem Wissenschaftler*innen Erkenntnisse in einem fachgemeinschaftlichen Forschungsprozess und auf der Basis eines geteilten Wissensstandes gewinnen. Wissenschaftliche Wissensproduktion ist folglich immer das Ergebnis von Kommunikation, nie das Werk isolierter Forscher*innen. Verschiedene Akteur*innen beziehen Ideen und Wissen voneinander, verfassen gemeinsam Publikationen und begutachten das Werk der anderen. Die Veränderung der fachgemeinschaftlichen Wissensstruktur sowie die Zuweisung von Reputation werden als das Produkt sozialer und intellektueller Beziehungen verstanden, die sich bspw. in Form von Ko-Autorenschaften und Zitationen manifestieren.

Der Prozess der gemeinschaftlichen Wissensproduktion lässt sich mit den Methoden der Bibliometrie abbilden und analysieren (Aufenvenne und Steinbrink 2014: 263). Als Teil der Szientometrie, also der quantitativen Analyse von Wissenschaft, wählt die Bibliometrie Publikationen zum Ausgangspunkt der Analyse (Broadus 1987: 377). Bibliometrische Methoden stellen ein wichtiges Analyseinstrument kritischer Wissenschaftsbeobachtung dar, das weit über die seit einigen Jahren an Bedeutung gewinnende Bewertung wissenschaftlichen Outputs anhand quantifizierbarer Indizes hinausgeht (Aufenvenne und Steinbrink 2014: 263).

Die bibliometrische Analyse wissenschaftlicher Publikationen nimmt für die hier vorgenommene empirische Beobachtung von Themenkarrieren in der Planungswissenschaft eine zentrale Rolle ein. In diesen Publikationen findet die formalisierte Kommunikation über die Wissensproduktion statt. Zwar sind auch informelle Kommunikationen (bspw. Gespräche oder Emails) mitunter von großer Bedeutung für die wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung, allerdings nur, wenn sie sich langfristig auch in Publikationen manifestieren. So argumentieren Morris und Van der Veer Martens (2008: 219):

„[...] the nature of science is such that, without the published papers, the informal communication relations of most scholars appear of limited interest. Although scientific progress cannot be achieved without informal communication, scientific progress can not be verified without formal communication.“

Weingart (2003: 32) geht deshalb soweit, nur in Publikationen veröffentlichte Ergebnisse zum wissenschaftlichen Wissen zu zählen. In dieser Arbeit genügt es, Publikationen als das entscheidende Medium für die fachöffentliche Kommunikation und das Festhalten wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie dahinterliegender Entstehungszusammenhänge aufzufassen. Insbesondere in Fachzeitschriften veröffentlichte Artikel stellen seit den Anfängen der modernen Wissenschaft das zentrale Produkt wissenschaftlicher Arbeit dar (ebd.). Hier werden Forschungsergebnisse zwischen Mitgliedern der Fachgemeinschaften besonders intensiv rezipiert und der kollegialen Kritik unterworfen.

Im Zuge der bibliometrischen Analyse werden zwei Arten von Beziehungen untersucht: Ko-Autorenschaften und Zitationen. Ko-Autorenschaften sind Beziehungen die sich aus gemeinsam verantworteten Publikationen ergeben und denen in der Regel vielfältige formale und informelle Formen der Zusammenarbeit vorausgehen (Heinze 2012: 192). Sie dienen als Indikator für wissenschaftliche Kooperation und Kommunikation, die in der Regel eine persönliche Beziehung, eine intensive Interaktion sowie eine gewisse intellektuelle Nähe zwischen den Autor*innen voraussetzt (Arzheimer und Schoen 2009: 607; Steinbrink et al. 2010: 12). Indem Ko-Autorenschaften Kollaborationen indizieren, handelt es sich um soziale Beziehungen. Im Gegensatz dazu deuten Zitationen primär auf intellektuelle Relationen zwischen zitierender und zitierter Quelle. Dieses Verständnis der Zitation als textliche Spur einer Wissensbeziehung bzw. als sichtbares Element eines diachronen Wissensnetzwerks ergibt sich aus ihrer formalen Funktion (Offenlegung der Quellen). Allerdings ist auch die latente Funktion (Verteilung sozialer Anerkennung auf andere Autor*innen) zu beachten (siehe Kp. 5.3) (Arzheimer und Schoen 2009: 606–607; Steinbrink et al. 2010: 11). Ähnlich wie bei der Ko-Autorenschaft, die nur einen Teil der Kooperationsbeziehungen erfasst, handelt es sich bei Zitationen um besonders sichtbare Bezugnahmen auf bereits publiziertes Wissen, die bei Weitem nicht alle faktischen intellektuellen Bezüge einer Publikation einschließlich des jeweils vorausgehenden Forschungsprozesses miteinbeziehen (Heinze 2012: 192).

6.3.2 Erhebung und Aufbereitung der Daten

Ausgangspunkt der quantitativen Analyse ist die systematische Erhebung der Artikel in den deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Zeitschriften im Untersuchungszeitraum 1995 bis 2014. Diese Eingrenzung der Datengrundlage ermöglicht eine konsistente Erhebung sowie eine vergleichsweise hohe Repräsentativität bei vertretbarem Aufwand. Weitere Publikationsmedien deutschsprachiger Planungswissenschaftler*innen systematisch zu erheben – beispielsweise in den unübersichtlichen und nicht systematisch katalogisierten Publikationssegmenten der Monografien und Sammelbände – wäre empirisch nicht leistbar (vgl. Aufenvenne und Steinbrink 2014: 267). Eine zusätzliche Erhebung von englischsprachigen oder in anderen Disziplinen verorteten Zeitschriften würde unter anderem das Filtern auf Beiträge deutscher Planungswissenschaftler*innen sowie die sprachliche Anpassung der Themenabgrenzung erfordern. Diesem Aufwand steht ein geringer Nutzen entgegen, da fraglich ist, inwieweit solche Zeitschriften als Kommunikationsplattform für *deutschsprachige, planungswissenschaftliche* Diskurse gelten können.

Der Konzentration auf planungswissenschaftliche Artikel liegt außerdem die Annahme zugrunde, dass diese einen repräsentativen Querschnitt des Erkenntnisgewinns der Disziplin darstellen. Schließlich sind Zeitschriften das zentrale Medium für das wissenschaftliche Kommunikationssystem, das heißt für das gegenseitige Wahrnehmen und Rezipieren sowie für die Zuschreibung von Reputation (Weingart 2003: 32–34). Resonanter Erkenntnisgewinn wird deshalb in der Regel (auch) in Artikeln durch die Urheber*innen der Fachöffentlichkeit vorgestellt oder zumindest von Dritten besprochen. Dies gilt für Beiträge in anderen Publikationsformaten (bspw. Monografien) sowie in disziplinär und sprachlich anders zugeschnittenen Zeitschriften gleichermaßen. Ferner werden durch die miterhobenen Zitationen nachvollziehbare Bezüge zu den grundlegenden Publikationen in den Zeitschriftenartikeln kenntlich gemacht. Indem alle in den einschlägigen Artikeln getätigten Zitationen systematisch erfasst werden, können wichtige Veröffentlichungen unabhängig vom Publikationsorgan bzw. -segment ermittelt werden. Veröffentlichungen, die sich etwa durch besonders häufige oder besonders grundlegende inhaltliche Bezüge aus der Artikelauswahl hervorheben, die aber nicht Teil des Zeitschriftenkorpus sind, werden nachträglich in die Analyse einbezogen.

Im Zuge der quantitativen Analyse planungswissenschaftlicher Artikel werden der Volltext, die in den Artikeln getätigten Zitationen sowie die Metadaten, das heißt insbesondere Autor*innen, Titel, Erscheinungsjahr und Zeitschriftenausgabe erhoben. Artikel, deren Autorenschaft nicht gekennzeichnet ist, sind nicht

Bestandteil der Analyse. Aus forschungspragmatischen Erwägungen, die sich aus der unterschiedlich gelagerten Datenverfügbarkeit sowie aus der unterschiedlichen Funktion der Zeitschriften im Rahmen der planungswissenschaftlichen Wissensproduktion ergeben, werden die Daten der verschiedenen Zeitschriften in unterschiedlicher Tiefe erhoben (siehe Tab. 6.1). Die folgenden Zeitschriften werden systematisch erfasst:

- disP – The Planning Review (im Folgenden disP) (699 Artikel im Untersuchungszeitraum)
- Informationen zur Raumentwicklung (IzR) (1.421 Artikel)
- Forschungs- und Sitzungsberichte bzw. seit 2013 Forschungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL-FB) (587 Artikel)
- PLANERIN (1.867 Artikel)
- RAUM (2012 eingestellt) (909 Artikel)
- RaumPlanung (803 Artikel)
- Raumforschung und Raumordnung (RuR) (767 Artikel)

Somit sind alle wesentlichen deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Zeitschriften des Untersuchungszeitraums Teil der Untersuchung mit Ausnahme der ‚*fub - Flächenmanagement und Bodenordnung*‘, bei der keine Datenfreigabe möglich war. Die ebenfalls in Frage kommende ‚*pnd online*‘ scheidet aufgrund der Unregelmäßigkeit und des Zeitraums (erst seit 2006) ihres Erscheinens mit Blick auf die angewandte Methodik und den gewählten Untersuchungszeitraum aus.

Die zu erhebenden Zeitschriften lassen sich auf der Grundlage ihrer (heutigen) Autor*innenrichtlinien und der tatsächlichen Veröffentlichungspraxis grob klassifizieren. Die PLANERIN, die RaumPlanung und die RAUM sind primär praxisorientiert, der Artikelumfang liegt zwischen 5.000 und 30.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen)¹. Die IzR wird von dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und

¹ Angesichts der Praxisorientierung der PLANERIN, der RaumPlanung und der RAUM wird die Wissenschaftlichkeit dieser drei Zeitschriften seitens der planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft mitunter in Frage gestellt. Allerdings ist gemäß einer Stichprobe festzustellen, dass zumindest in der PLANERIN und der RaumPlanung deutlich mehr als die Hälfte der Autor*innen einen wissenschaftlichen Hintergrund haben und dass deutlich mehr als die Hälfte der mit Autor*innenangaben versehenen Artikel ein Literaturverzeichnis aufweisen, beides in steigendem Maße seit 1995. Bei der RAUM sind es jeweils etwas weniger als die Hälfte. Nachweisbar stell(t)en alle drei Zeitschriften ein Austauschformat für die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion dar, was das einzig entscheidende Kriterium für *Wissenschaftlichkeit* im Rahmen dieser Arbeit ist. Vereinfachend werden daher alle genannten Zeitschriften in dieser Arbeit als *planungswissenschaftlich* bezeichnet. Auf die

Raumforschung (BBSR) herausgegeben und ist dementsprechend an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis angesiedelt, allerdings mit einer primär wissenschaftlichen Autorenschaft (20.000 bis 55.000 Zeichen). Die disP und die RuR sind primär wissenschaftlich und vergleichsweise international ausgerichtet. Ihre Artikel werden vor ihrer Veröffentlichung einem *double-blind peer review*-Verfahren unterzogen (30.000 bis 75.000 Zeichen). Die ARL-FB stellen in erster Linie ein Veröffentlichungsformat für die jeweiligen thematisch begrenzten, maximal drei Jahre operierenden ARL-Arbeitskreise dar. Sie nehmen dementsprechend bezüglich der über die unterschiedlichen Ausgaben hinweg verteilten Gleichmäßigkeit des Inhaltes sowie der jährlichen Anzahl von Ausgaben und Artikeln eine Sonderposition ein. Das Format der ARL-FB changiert zwischen Monografie mit multipler Autorenschaft und Sammelband. Die Arbeitskreise sind in der Regel mit Akteur*innen sowohl der Wissenschaft als auch der Praxis besetzt. Mit Ausnahme der RAUM (Österreich) und der disP (Schweiz) werden alle Zeitschriften in Deutschland verlegt².

Bei der Auswertung zu beachten sind die (unterschiedlichen) Zeiträume, die zwischen der Idee für einen Fachbeitrag, dem Beginn des Forschungsprozesses, der erstmaligen Einreichung des Artikels, der finalen Veröffentlichung sowie der Rezipierung durch die Fachöffentlichkeit liegen. Zunächst ist dabei grundsätzlich festzustellen, dass eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber dem Gegenstand des Artikels seitens der Autor*innen nicht unbedingt nur im Jahr der Veröffentlichung anzunehmen ist, sondern auch in den unmittelbar vorangegangenen Jahren. Darüber hinaus sind Unterschiede zwischen den ausgewählten planungswissenschaftlichen Zeitschriften zu berücksichtigen. So können einige Zeitschriften (insbesondere PLANERIN, RaumPlanung, RAUM) aufgrund redaktioneller Themensetzungen und weniger aufwändiger Artikelformate innerhalb weniger Monate auf veränderte Relevanzkriterien reagieren. Andere Zeitschriftenartikel sind dagegen das Produkt von teilweise mehrjährigen Forschungs- und *review*-Prozessen. Die ARL-FB sind zudem das Resultat mehrjähriger, institutionalisierter Diskussionen. Von der formalen Initiierung eines Arbeitskreises bis zur Veröffentlichung des dazugehörigen Forschungsberichts vergehen in der Regel zwischen drei und fünf Jahren.

Unterschiede zwischen den jeweiligen Messwerten der unterschiedlichen Zeitschriften wird in den Auswertungen umso deutlicher hingewiesen.

² Auch die schweizerische disP und die österreichische RAUM stell(t)en im Zuge der untersuchten Themenkarrieren sowie generell nachweislich eine Kommunikationsplattform für deutsche Planungswissenschaftler*innen dar. Auf partiell auftretende Besonderheiten wird im Zuge der Auswertungen hingewiesen.

Dank der freundlichen Unterstützung seitens der Verlage konnte der Arbeitsaufwand für die computergestützte Erhebung der Metadaten sowie des Volltextes insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen gering gehalten werden. Der Volltext wurde digitalisiert und für die Auswertung aufbereitet. Die Metadaten wurden bereinigt und mithilfe der Microsoft-Office-Anwendung Access in eine relationale Datenbank eingespeist. In allen einschlägigen Artikeln aller Zeitschriften sowie zusätzlich in allen nicht-einschlägigen Artikeln der RuR (1995–2014) wurden die dort getätigten Zitationen erhoben (siehe Tab. 6.1). Die Auswahl der RuR für eine über die einschlägigen Artikel hinausgehende Zitationsanalyse ist aus forschungspragmatischen Erwägungen (hochwertige Digitalisierung im gesamten Untersuchungszeitraum und auswertungsfreundliche Formatierung der Literaturverzeichnisse) sowie aufgrund der Ausrichtung der Zeitschrift (Fokus auf *Planungswissenschaft* und vergleichsweise hohe Bedeutung des Zitats) erfolgt. Durch die Vollerhebung der RuR können die beiden Themenkarrieren vor dem Hintergrund eines planungswissenschaftlichen Gesamtdiskurses betrachtet werden, sodass die Besonderheiten der Themenkarrieren in jeder Phase sichtbar gemacht werden können (siehe bspw. Abb. 7.6 und Abb. 8.8).

Tab. 6.1 Erhobene Daten strukturiert nach Zeitschrift und Datentyp

	Vollerhebung (aller Artikel)			Einzelfallerhebung (nur einschlägiger Artikel)			
	Metadaten	Zitationen	Volltext	Prüfung	Metadaten	Zitationen	Volltext
PLANERIN	1995-2014	-	-	1995-2014	1995-2014	1995-2014	-
RaumPlanung	1995-2014	-	-	1995-2014	1995-2014	1995-2014	-
RAUM	1995-2012	-	1995-2012	1995-2012	1995-2012	1995-2012	1995-2012
IzR	1995-2014	-	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014
RuR	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014
disP	1995-2014	-	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014
ARL-FB	1995-2014	-	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014	1995-2014

Quelle: Eigene Darstellung

Jede Zitation wurde mit allen abgebildeten Informationen digitalisiert und zusätzlich mit einem Code aus Autor*innen, Jahr und Titel versehen (bspw. „*Gravert, Andreas; Günzel, Marian; Wiechmann, Thorsten#2019#Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?*“). Dieser Code transportiert alle zuverlässig in den Verzeichnissen aufgeführten und systematisch verwertbaren Informationen und fungiert als eindeutige Erkennung, anhand derer identische Veröffentlichungen softwaregestützt identifiziert werden können. Die an die Primärerhebung anschließende Datenbereinigung und Vereinheitlichung musste verschiedene Fehlerquellen berücksichtigen. Hierzu zählen insbesondere die unterschiedliche Handhabung

multipler Urheberschaften (vollständige Aufzählung vs. „et al.“, institutionelle*r Herausgeber*in vs. Autor*innen), die unterschiedliche Handhabung des Veröffentlichungsjahres bei mehrfachen Auflagen sowie die unterschiedliche Handhabung der Reihenfolge von Titel und Untertitel.

Nach der Erhebung und Bereinigung der Zitationsdaten liegen zum einen die Metadaten der planungswissenschaftlichen Artikel der sieben oben genannten planungswissenschaftlichen Zeitschriften vor und zum anderen die in diesen Artikeln zitierten Publikationen. Die dadurch hinzugewonnenen Publikationen und Autor*innen sind nicht mehr auf einen vorab definierten Zeitschriftenkatalog und Untersuchungszeitraum festgelegt. Verzeichnete Publikationen können also nun auch deutlich vor 1995 und außerhalb der sieben genannten Zeitschriften veröffentlicht worden sein. An dieser Stelle soll eine im Zuge der Darstellung der Fallstudien wichtige Begriffspräzisierung getroffen werden:

- ‚*planungswissenschaftliche Artikel*‘ bezeichnet stets nur die Artikel in den sieben erhobenen Zeitschriften 1995–2014.
- ‚*Publikationen*‘ oder ‚*Veröffentlichungen*‘ bezeichnet demgegenüber *alle* erhobenen Publikationen (1776–2015), einschließlich der nur als Zitierung vorliegenden.

Für die Auswertung sind nun primär sechs Tabellen in der Datenbank von Interesse (siehe Abb. 6.2): Das Publikationsverzeichnis inklusive Jahr, Titel und Ausgabe (T1), das Personenverzeichnis (T2), und das Verzeichnis der Themen (T3) sowie die drei Verknüpfungstabellen Autorenschaften (Personen-(veröffentlichen)->Publikationen) (VT1), Zitate (Artikel-(zitieren)->Publikationen) (VT2) und Inhalte (Artikel-(handeln von)->Themen) (VT3).

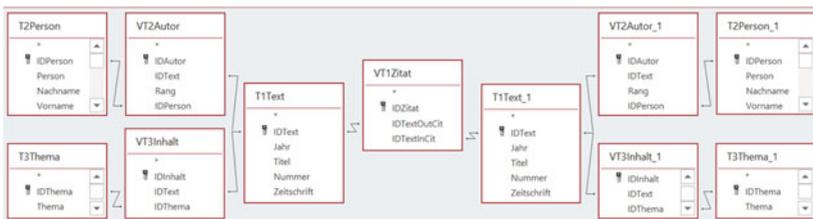


Abb. 6.2 Struktur der relationalen Datenbank (*Eigene Darstellung*)

Durch den relationalen Charakter der Datenbank werden diverse bibliometrische Abfragen und Analysen möglich, wie etwa eine thematisch einschlägige Zitationsanalyse (bspw. ‚welche Autor*innen werden in den Jahren 2005–2009 besonders häufig in solchen Artikeln zitiert, die Klimawandel zum Thema haben?‘).

Zusammen mit weiteren Verlagsdaten, wie etwa den Metadaten aller Ausgaben der ARL-FB vor 1995 (1.803 Artikel) sowie der RuR (1.973 Artikel), ergibt sich ein Datensatz mit 35.365 Veröffentlichungen, 16.881 Autor*innen und 25.850 Zitationen. Die Kennzahlen der erhobenen Artikel und der erhobenen Zitationen sind in Tab. 6.2 und Tab. 6.3 dargestellt.

Tab. 6.2 Erhobene Artikel nach Zeitschrift und Jahr

Jahr	Gesamt	PLANERIN	RaumPlanung	RAUM	IzR	RuR	disP	ARL-FB
1995	312	48	36	60	70	55	36	7
1996	330	65	44	58	57	44	30	32
1997	330	65	44	56	70	41	36	18
1998	317	56	33	50	68	40	30	40
1999	386	92	34	55	75	44	36	50
2000	394	112	43	52	72	47	36	32
2001	364	88	41	48	80	45	30	32
2002	384	78	43	56	77	34	41	55
2003	357	94	34	53	73	37	38	28
2004	316	86	36	52	59	34	37	12
2005	397	92	35	49	80	38	41	62
2006	383	110	35	47	67	42	28	54
2007	348	109	39	40	70	40	29	21
2008	382	108	35	49	124	39	27	0
2009	343	99	36	48	74	30	30	26
2010	354	100	37	49	80	34	45	9
2011	356	126	31	47	67	28	32	25
2012	388	116	54	40	56	36	33	53
2013	303	121	64	0	49	29	33	7
2014	309	102	49	0	53	30	51	24
Gesamt	7.053	1.867	803	909	1.421	767	699	587

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Auswertung ist zu beachten, dass Zitationen, mit wenigen Ausnahmen, nur auf bereits veröffentlichte Beiträge entfallen. Theoretisch könnte deshalb eine Publikation aus dem Jahr 1994 1.400 Mal zitiert worden sein (von jedem der 1.400 mit Zitationen erhobenen Artikel einmal), während eine Publikation aus dem Jahr 2014 nur maximal 73 Mal zitiert worden sein kann (von jedem der 73 mit Zitationen erhobenen Artikel aus dem Jahr 2014 einmal), wobei tatsächlich nur 3,9 Prozent aller Zitationen auf dasselbe Jahr entfallen. Allerdings nimmt die Anzahl der Zitationen pro Artikel im Untersuchungszeitraum zu, im Falle der RuR bspw. um das Doppelte. Auch ist zu beachten, dass insbesondere Publikationen aus den jeweils vorangegangenen vier Jahren zitiert werden, sodass etwa die meisten Zitationen aus der RuR nicht auf das Jahr 1994 entfallen, sondern auf das Jahr 2006. Grundsätzlich sind die quantitativen Ergebnisse aufgrund der teilweise geringen Fallzahlen sowie des begrenzt repräsentativen Publikations-segments der genannten Zeitschriften mit qualitativ erhobenen Informationen zu überprüfen und zu unterlegen. Werden quantitative Auswertungen zur Argumentation in den empirischen Kapiteln angeführt, so werden die Fallzahlen und die Berechnung offengelegt.

6.3.3 Auswertung der quantitativen Daten: Formale Netzwerkanalyse

Zur Auswertung der quantitativen Daten kommt neben der deskriptiven Statistik³ auch eine formale Netzwerkanalyse zum Einsatz. Die Netzwerkanalyse stellt eine Methode zur Erhebung und Auswertung relationaler Daten dar (Steinbrink et al. 2013: 15). In Abgrenzung zur *qualitativen* Netzwerkanalyse, arbeitet die *formale* Netzwerkanalyse mit quantitativen Daten und basiert auf der Graphentheorie. Sie nimmt also Graphen in den Blick, das heißt jeweils endliche Mengen an Knoten, die durch Kanten miteinander verbunden sind. In der Terminologie der *sozialen* Netzwerkanalyse werden Graphen als Netzwerke, Knoten als Akteur*innen und Kanten als Relationen oder Beziehungen bezeichnet (Heinze 2012: 192). Die Bedeutung eben jener Relationen für die untersuchten (sozialen) Ordnungen wird vor dem Hintergrund des ‚*Netzwerkparadigmas*‘ betont. Das heißt, nicht die individuellen Attribute und Eigenschaften einzelner Knoten (bspw. Akteur*innen)

³ Die Bekanntheit der in der Empirie zum Tragen kommenden Auswertungsparameter und -methoden der deskriptiven Statistik wird vorausgesetzt.

Tab. 6.3 Erhobene Zitationen (Outcitations)

Jahr	RuR (themenübergreifend)	Schrumpfung (Zeitschriften-übergreifend)	Klimawandel (Zeitschriften-übergreifend)
1995	683	0	0
1996	566	0	53
1997	690	7	18
1998	825	5	29
1999	666	0	0
2000	731	17	353
2001	799	30	35
2002	573	110	82
2003	799	237	151
2004	701	103	82
2005	961	466	96
2006	881	668	184
2007	993	243	191
2008	1.053	119	474
2009	1.074	209	324
2010	1.496	420	236
2011	1.150	79	426
2012	1.630	376	927
2013	1.340	122	523
2014	1.437	201	236
Summe	19.048	3.412	4.420

Quelle: Eigene Darstellung

werden für die Beschreibung und Erklärung von (sozialen) Strukturen herangezogen, sondern die Beziehungen und Interdependenzen zwischen ihnen (Steinbrink et al. 2015: 435–439).

Die sozialwissenschaftliche Netzwerkforschung fokussiert auf die Untersuchung von sozialen Netzwerkstrukturen sowie auf die Einbettung von Akteur*innen in diese Strukturen. Auf der einen Seite wirken die Netzwerke von Akteur*innen als strukturelles Moment auf ihr soziales Verhalten ein. Das heißt, ihre Handlungen sind stets in soziale Beziehungen eingebettet (Herz et al. 2015b: o.S.; Granovetter 1985). Auf der anderen Seite sind die Strukturen des Netzwerks das Produkt dieser sozialen Handlungen der eingebetteten Akteur*innen. Soziale Netzwerke werden daher oft als eine Mesoebene betrachtet, als „*missing link*“ zwischen den Individuen (Mikroebene) und den gesellschaftlichen Strukturen (Makroebene) (Steinbrink et al. 2015: 435). In diesem Sinne wird die soziale Netzwerkanalyse als empirisches Programm anschlussfähig an die institutionalistisch orientierte Forschungsheuristik dieser Arbeit. Soziale Netzwerke ordnen den Akteur*innen Handlungsressourcen bzw. Sozialkapital zu und vermitteln Normen und Handlungsorientierungen, sie sanktionieren oder belohnen Handlungen, sie stellen Infrastrukturen für Transaktionen zwischen Akteur*innen bereit und sie strukturieren kollektive Akteur*innen (Diaz-Bone und Rainer 2006: 5–6; Scharpf 2006: 233–239).

Die quantitative Erhebung der Publikationsdaten ermöglicht die erstmalige formale Netzwerkanalyse der relationalen Strukturen der planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft. Planungswissenschaftler*innen können nun auf der Grundlage von Ko-Autorenschaften und Zitationen bspw. bezüglich ihrer Position im Netzwerk analysiert werden, die auf der einen Seite ihnen selbst Vor- oder Nachteile im sozialen Tausch (Sozialkapital) verschafft und die auf der anderen Seite eine Funktion für die Kommunikations- oder Organisationsfähigkeit des Netzwerks einnimmt. Auch die Identifizierung unverbundener Netzwerksegmente (struktureller Löcher) bzw. die Frage, *welche Akteur*innen wann* die einzelnen Netzwerksegmente durch neue Beziehungen verbinden, kann aufschlussreich für die Analyse von Themenkarrieren und darüber hinaus sein.

Methodische Grundlagen der Netzwerkanalyse

Ausgangspunkt jeder Netzwerkanalyse ist die Definition der Knoten und der Beziehungen sowie die Abgrenzung des Netzwerks. Die Abgrenzung des Netzwerks variiert in dieser Arbeit von Auswertung zu Auswertung (bspw. ‚*alle einschlägigen Artikel 1995–2014*‘). Als Knoten werden, je nach spezifischer Fragestellung, einerseits Publikationen (etwa ‚*welche Publikationen sind ähnlich?*‘) und andererseits Autor*innen (etwa ‚*welche Autor*innen sind zentral?*‘) zum Gegenstand formaler Netzwerkanalysen gemacht. Als Beziehungen werden in

dieser Arbeit zwei Arten erhoben: Ko-Autorenschaften und Zitationen. Aus den Ko-Autorenschaften ergibt sich ein Ko-Publikationsnetzwerk. Dadurch, dass alle erhobenen Publikationen mitsamt Autor*innen vorliegen, lassen sich nicht nur aus den planungswissenschaftlichen Artikeln, sondern auch aus den darin referenzierten Publikationen Ko-Autorenschaften auswerten. Beispielsweise lassen sich jeweils Ko-Publikationsnetzwerke zu den beiden Themen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* analysieren und die Entwicklung der Graphen im Zeitverlauf anhand des Erscheinungsjahrs der Publikationen betrachten. Zitationen bieten sich als Indikator für Wissensnetzwerke an. Zitationsnetzwerke lassen sich zeitschriftenübergreifend bezüglich der beiden Themenkarrieren, anhand der RuR-Zitationen aber auch themenunabhängig auswerten. Beispielsweise lässt sich betrachten, welche Autor*innen zu welcher Zeit besonders häufig in einschlägigen Artikeln zitiert werden und inwiefern die Fokussierung auf diese Autor*innen auch themenübergreifend zu beobachten ist.

Die Netzwerkanalyse unterscheidet weiter drei grundlegende Eigenschaftsaspekte: (1.) Eigenschaften der Knoten (bspw. Zentralität), (2.) Eigenschaften der Kanten (bspw. Gewicht bzw. Intensität der Beziehung) sowie (3.) Eigenschaften der Netzwerkstruktur (bspw. Dichte) (Diaz-Bone und Rainer 2006: 7). Darüber hinaus enthalten soziale Netzwerke Attributinformationen, die die einzelnen Knoten und Kanten charakterisieren (bspw. Namen der Akteur*innen, Art der Beziehung) (Holzer 2015: 34).

Die methodischen Verfahren, die in der Netzwerkanalyse Anwendung finden, lassen sich in zwei unterschiedliche Zugänge differenzieren: Verfahren, die auf Parameter der Kohäsion fokussieren (relationale Analysen), und Verfahren, die die Äquivalenz (positionale Analysen, Blockmodellanalyse) in den Blick nehmen (Herz et al. 2015a). Zu Parametern der Kohäsion lassen sich Berechnungen bezüglich Beziehungsdichte, Cluster-Koeffizienten oder der Kohäsion zählen (siehe Tab. 6.4) (Herz et al. 2015a; Heinze 2012: 195). Demgegenüber nimmt die Äquivalenz die Ähnlichkeit von Akteur*innen auf der Grundlage ihrer Beziehungsstrukturen in den Blick. Strukturell äquivalent sind zwei Akteur*innen dann, wenn sie identische Beziehungen zu allen anderen Akteur*innen des Netzwerks haben. Regulär äquivalent sind sie, wenn sie gleichartige Beziehungen zu wiederum regulär ähnlichen (aber nicht zwangsweise denselben) Akteur*innen haben (Heidler 2006: 10–11). Die Äquivalenz mehrerer Akteur*innen im Netzwerk erlaubt Rückschlüsse auf gleichartige Rollen, sodass bestimmte Akteur*innengruppen unabhängig von direkten Beziehungen zueinander gebildet und analysiert werden können (Herz et al. 2015a).

Die netzwerkanalytischen Berechnungen und Darstellungen werden mit dem Softwarepaket Gephi erstellt. In den Grafiken kommen die Layout-Algorithmen Force Atlas sowie Force Atlas 2 (Jacomy 2009) zum Einsatz. Force-Algorithmen

versehen klassischerweise alle Knoten mit einer Abstoßungskraft, während gleichzeitig die Kanten eine zusammenziehende Wirkung ausüben. Knoten liegen umso näher beieinander je häufiger (Anzahl der Kanten) und stärker (Gewicht der Kanten) sie miteinander verbunden sind und je ähnlicher sie sich in Bezug auf ihre Beziehungen zu dritten Knoten sind. Darüber hinaus schiebt Force Atlas die Knoten mit den meisten Kanten (*hubs*) tendenziell auseinander, während die mit ihnen direkt verbundenen Knoten in Clustern um die *hubs* herum ausgerichtet sind. So wird erreicht, dass sich so wenige Kanten wie möglich gegenseitig kreuzen (Paranyushkin 2011: 10). Der ebenfalls angewandte Noverlap Layout-Algorithmus dient dazu, Knoten bei Überlappungen zugunsten der besseren Lesbarkeit (minimal) auseinander zu schieben.

Grundbegriffe der Bibliometrie und der Netzwerkanalyse

Im empirischen Teil dieser Arbeit (Kp. 7 und 8) werden einige Begriffe aus der Netzwerktheorie sowie der Bibliometrie verwendet, die im Format eines Glossars im Folgenden (Tab. 6.4) kurz erläutert werden.

Tab. 6.4 Grundbegriffe der Bibliometrie und der Netzwerkanalyse

Ein *Graph* ($G = (N, L)$) besteht aus zwei endlichen Mengen: den ‚*Knoten*‘ (*nodes*) des Graphen $(N(G))$ und *Kanten* (*links*) des Graphen $(L(G))$, die die Knoten verbinden. Ein *dynamischer Graph* betrachtet die Entwicklung des Netzwerks im Zeitverlauf.

Ein *Pfad* ist eine Verbindung zwischen zwei Knoten, die ein oder mehrere Kanten, jede Kante jedoch maximal einmal, miteinbeziehen kann. Im Rahmen dieser Arbeit wird nur der *Kürzeste Pfad* betrachtet, also jener mit der kleinsten Kantenzahl.

Eine Kante kann mit einem *Gewicht* versehen sein, wenn Unterschiede bezüglich der Intensität von Kanten bzw. Beziehungen vorliegen. Eine stark gewichtete Beziehung verursacht mehr Anziehung bzw. weniger Widerstand als eine schwache.

In einem *ungerichteten* Graphen, beruht jede Beziehung zwischen zwei Knoten auf Gegenseitigkeit. Indem sich Ko-Autorenschaften aus gemeinsam verantworteten Publikationen ergeben, sind sie ungerichtet (bspw. Ko-Autor*in1 <-> Ko-Autor*in2).

In einem *gerichteten* Graphen hat jede Beziehung eine Richtung, die Kanten werden daher als *Pfeile* bezeichnet. Indem Zitationen sich aus dem einseitigen Verweis einer Publikation auf eine andere ergeben, handelt es sich um gerichtete Beziehungen (bspw. Zitierende*r->Zitierte*r).

Adjazent sind zwei Knoten, wenn sie durch eine Kante direkt miteinander verbunden sind. In einem gerichteten Graphen ist der Knoten A *adjazent zu* Knoten B, wenn die beiden Knoten durch den Pfeil (A->B) verbunden sind. Der Knoten A ist *adjazent von* Knoten B, wenn die beiden Knoten durch den Pfeil (B->A) verbunden sind.

(Fortsetzung)

Tab. 6.4 (Fortsetzung)

Ein soziales Netzwerk kann als Graph betrachtet werden, wobei die Akteur*innen durch Knoten repräsentiert sind und die Beziehungen zwischen den Akteur*innen durch Kanten.

Ko-Publikationsnetzwerke bestehen aus (gegenseitigen) Ko-Autorenschaften und stellen somit ungerichtete Graphen dar.

Zitationsnetzwerke bestehen immer aus gerichteten Relationen (bspw. A zitiert B). Outcitations (von Knoten A) sind in einem Zitationsnetzwerk ausgehende Pfeile (A->), während Incitations (von Knoten B) dessen eingehende Pfeile darstellen (->B). Analog sind die Outcitations eines Jahres die von den Artikeln dieses Zeitraums ausgehenden Zitierungen älterer Publikationen. Die Incitations eines Jahres sind dagegen die auf die Publikationen dieses Zeitraums eingehenden Zitierungen jüngerer Artikel. Zitiert ein Knoten sich selbst (A->A), spricht man von einer Selbstzitation.

Der Grad eines Knotens bezeichnet die Anzahl seiner Kanten. In einem gerichteten Netzwerk (bspw. Zitationsnetzwerk) bezeichnet der Eingangsgrad die Anzahl der eingehenden (Incitations), der Ausgangsgrad die Anzahl der ausgehenden Verbindungen (Outcitations).

Ein*e Akteur*in in einem sozialen Netzwerk ist zentral, wenn er*sie eine wichtige Stellung in dem sozialen Netzwerk einnimmt. Diese Wichtigkeit lässt sich differenzieren anhand der Gradzentralität, die sich auf Menge und/oder Gewicht der direkten Beziehungen eines Knotens bezieht. Daneben beschreibt die closeness-Zentralität die Nähe zu allen anderen Akteur*innen, das heißt die durchschnittliche Länge der Pfade zu allen anderen Akteur*innen. Die betweenness-Zentralität bezieht sich auf die strategisch günstigste Lage. Sie manifestiert sich in der Anzahl kürzester Pfade (zwischen beliebigen Knotenpaaren), die durch einen Knoten führen, was wiederum auf eine Maklerfunktion zwischen bestimmten Bereichen des Netzwerks hinweisen kann. Eigenvektor-Zentralität oder auch Status ist ein rekursives Konzept, bei dem Akteur*innen umso zentralere Positionen einnehmen, je zentraler die Akteur*innen sind, mit denen sie Beziehungen unterhalten.

Autoritäten sind in einem gerichteten Graphen Knoten mit hohem Eingangsgrad, sie verfügen über ein hohes Prestige. Rang-Prestige ist analog zur Eigenvektor-Zentralität ein rekursives Konzept von Prestige, bei dem derjenige über ein hohes Rang-Prestige verfügt, der Pfeile von anderen Akteur*innen unterhält, die selbst ein hohes Prestige besitzen. Demgegenüber stellen hubs Knoten mit hohem Ausgangsgrad dar, sie verfügen über eine hohe Aktivität.

Fehlende Beziehungen zwischen Akteur*innen oder Teilgruppen werden als Strukturelle Löcher bezeichnet. Ein*e Makler*in, der*die zwischen verschiedenen Akteur*innen oder Teilgruppen Beziehungen unterhält, die ihrerseits nicht verbunden sind, hat die Möglichkeit zwischen den Kontakten zu vermitteln und Informations- und Kontrollvorteile zu realisieren. Eine Form der Maklerposition ist der*die Gatekeeper*in, der*die die eigene Gruppe mit dem übrigen Netzwerk bzw. mit einer anderen Teilgruppe verbindet und kontrolliert, welche Informationen in die eigene Teilgruppe hinein bzw. aus dieser hinaus gelangen.

(Fortsetzung)

Tab. 6.4 (Fortsetzung)

Die *Dichte* eines Graphen ist definiert als die Anzahl der Kanten (bzw. Pfeile) geteilt durch die Anzahl aller möglichen ungeordneten Paare unterschiedlicher Knoten. Diese Anzahl beträgt in ungerichteten Graphen mit g Knoten $g \cdot (g-1)/2$ und in gerichteten Graphen mit g Knoten $g \cdot (g-1)$. In einem vollständigem Graph ist jeder Knoten mit jedem anderen Knoten verbunden und seine Dichte entspricht 1.

Ein Graph teilt sich häufig in nicht miteinander verknüpfte *Komponenten*, wobei die *Hauptkomponente* die größte Zahl wenigstens indirekt miteinander verbundener Knoten aufweist. Bei zunehmender Integration des Graphen bildet sich in der Regel eine *Gigantische Komponente*, in der ein Großteil der Knoten wenigstens indirekt miteinander verbunden sind, sodass davon unabhängige *Subkomponenten* nur noch sehr viel kleiner als die Gigantische Komponente ausfallen.

Eine Menge von Akteur*innen, die, verglichen mit dem übrigen Netzwerk, eine besonders hohe Verbundenheit untereinander aufweist, nennt sich *Teilgruppe* oder *Cluster*. Bei maximaler Verbundenheit (jeder mit jedem) spricht man von einer *Clique*. Akteur*innen, die keinerlei Verbindung im Netzwerk haben, werden als *isolates* bezeichnet.

Knoten werden in *Modularitätsklassen* zusammengefasst, wenn sie intern stärker miteinander verbunden sind als mit dem übrigen Netzwerk bzw. mit den Knoten anderer Modularitätsklassen.

Quelle: Eigene Darstellung basierend insbesondere auf Schnerch 2019; Trappmann et al. 2011: 51–61; Steinbrink et al. 2010; Mutschke 2010; Leifeld und Malang 2009; Jansen 2003

6.4 Qualitative Analyse: Leitfadengestützte Interviews

Das Ziel der qualitativen Empirie ist es, die Strukturen und individuellen Handlungsbedingungen der Planungswissenschaftler*innen offenzulegen, die für die Entwicklung der beiden Themen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* ausschlaggebend waren. Im Zuge der angestrebten Mikrofundierung des Makrophänomens wird die Forschungsfrage nunmehr auf die empirisch zu untersuchende Akteur*innenebene heruntergebrochen. Sie lautet ‚*Wie wählen Planungswissenschaftler*innen ein Thema und warum?*‘. Es wird also im Sinne der Forschungsheuristik nach den jeweils relevanten Handlungsbedingungen der Planungswissenschaftler*innen im Kontext ihrer Entscheidungen zugunsten bzw. zulasten eines Themas gefragt. Dem institutionalistischen Programm folgend wird die Veränderung dieser Handlungsbedingungen als Erklärungsmoment für Themenkarrieren anvisiert.

Für die Rekonstruktion der Entscheidungssituationen von Planungswissenschaftler*innen lassen sich einige Anhaltspunkte durch die Auswertung ihrer Publikationen sowie ihrer öffentlich zugänglichen (forschungs-)biografischen Daten identifizieren. Darüber hinaus werden aber Informationen benötigt, über die nur diese Personen selbst verfügen – etwa in Bezug auf nicht wahrgenommene Handlungsoptionen, persönliche Motive oder Wahrnehmungen struktureller

Anreizstrukturen. Um dieses Wissen schöpfen zu können, ist das leitfadengestützte Interview mit einem Fokus auf die retrospektive Analyse der maßgeblichen forschungsbiografischen Entscheidungssituationen in Bezug auf die Themenwahl bzw. die Änderung des Forschungsinhaltes die Methode der Wahl.

Die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Methode leitfadengestützter Interviews im Rahmen dieser Arbeit erfordert eine hohe Sensibilität gegenüber spezifischen Antworttendenzen, auf die in Abschnitt 6.4.1 eingegangen wird. Um diesen zu begegnen, werden die Interviews durch die Erhebung quantitativer, textbasierter sowie biografischer Informationen vorbereitet. Hierbei werden die persönlichen Forschungsbiografien und diachronen Wissensstrukturen der Befragten auf der Grundlage von Publikations- und web-basierten Daten analysiert, visualisiert und daraus Detailfragen abgeleitet (Kp. 6.4.2). Ebenfalls zur Vorbereitung der Interviews und zur Entwicklung der Leitfaden werden aus der Theorie abgeleitete Aspekte, die für die Beantwortung der Forschungsfrage ein hohes Erklärungspotenzial besitzen, in Form eines Fragenkatalogs operationalisiert und systematisiert (Kp. 6.4.3). Es folgt die Auswahl der Interviewpartner*innen (Kp. 6.4.4) und die Durchführung und Auswertung der Interviews (Kp. 6.4.5).

6.4.1 Funktion und Herausforderungen leitfadengestützter Interviews

Zur Beantwortung der Frage, wie und warum Wissenschaftler*innen ein Thema aufgreifen und es weiterverfolgen, gilt es, die jeweiligen Entscheidungssituationen zu rekonstruieren, das heißt, die Handlungsbedingungen zu identifizieren, die für die Themenentscheidungen ausschlaggebend waren. Hierfür wird Wissen benötigt, über welches exklusiv die jeweils entscheidenden Personen verfügen und welches durch die Methode des leitfadengestützten Interviews erhoben werden kann.

Das leitfadengestützte Interview ist ein nicht-standardisiertes Interview, bei dem der*die Interviewer*in eine Liste offener Fragen (den Leitfaden) zur Grundlage des Gesprächs macht. Es stellt damit einen Kompromiss aus narrativen und standardisierten Interviewformen dar, der sowohl Offenheit als auch Vergleichbarkeit gewährleisten soll. Nach Gläser und Laudel (2006: 107) wird der Leitfaden eingesetzt, wenn *„in einem Interview mehrere unterschiedliche Themen behandelt werden müssen, die durch das Ziel der Untersuchung und nicht durch die Antworten des Interviewpartners bestimmt werden“* und wenn gleichzeitig *„auch einzelne genau bestimmbare Informationen erhoben werden müssen“*. Die Orientierung an einem Leitfaden soll die Zielführung des Interviews sicherstellen, ermöglicht aber gleichzeitig eine offene Gesprächsführung, während derer die

befragte Person die Möglichkeit hat, eigene Erklärungsansätze, Gesichtspunkte, Schwerpunktsetzungen und Kontextinformationen einzubringen. Der*Die Interviewer*in kann flexibel auf Äußerungen oder Reaktionen der befragten Person reagieren, ist aber in der Verantwortung, den Fokus des Gesprächs aufrecht zu erhalten. Eine besonders ausgeprägte Steuerungsfunktion kann die Leitfadensorientierung folglich im Hinblick auf den Ausschluss unergiebigere Themen ausüben (Flick 2006: 139–140).

Allerdings ergeben sich aus der Interdependenz zwischen interviewender und interviewter Person sowie aus der retrospektiven Betrachtung teilweise weit zurückreichender, flüchtiger Entscheidungen mehrere Punkte, die bei der Vorbereitung, Durchführung sowie in der Auswertung der Interviews eines besonderen Augenmerks bedürfen: Zunächst muss das Problem der sozialen Erwünschtheit in besonderem Maße berücksichtigt werden, weil Fragen nach persönlichen Handlungsorientierungen und -ressourcen als sensibel wahrgenommen werden können. Dies gilt insbesondere, weil die interviewte Person, der Interviewer sowie ein Großteil der Adressaten dieser Forschungsarbeit zu ein und derselben Fachgemeinschaft zu zählen sind. Sie beobachten sich also teilweise gegenseitig und teilen einander Handlungsressourcen, wie bspw. Reputation, zu. Den befragten Personen ist daher grundsätzlich eine verstärkte Tendenz zu unterstellen, ein positives Bild der eigenen Handlungen zeichnen zu wollen. Dabei variieren zum einen die subjektiven Kriterien sozialer Erwünschtheit gemäß ihrer präferierten Rollenverständnisse (bspw. legt die eine Person besonderen Wert darauf, wissenschaftliche Pionierarbeit geleistet zu haben, eine andere Person möchte ihre Handlungen auch als gesellschaftspolitischen Aktivismus verstanden wissen) (vgl. Lamker 2017). Zum anderen variiert der Grad der (durch die befragte Person wahrgenommenen) Interdependenz zum Interviewer zwischen nicht-vorhanden (bspw. wegen Ruhestands) und direkter Austauschbeziehung.

Mit der teilweise großen Zeitspanne zwischen dem Interview und den zu rekonstruierenden Entscheidungen sind weitere Erhebungsprobleme verbunden. Zunächst lässt das Erinnerungsvermögen mit zunehmendem zeitlichen Abstand nach, sodass es zu Vergessen und Fehl-Erinnern kommen kann. Hinzu kommt ein ‚Nadel-im-Heuhaufen‘-Problem, denn es gilt, bestimmte, teilweise flüchtige Entscheidungen in einer permanenten Veränderungen unterworfenen Forschungsbiografie zu identifizieren, die möglicherweise erst im Nachhinein und nur im Rahmen der hier vorliegenden Fragestellung als relevant eingestuft werden (Gläser und Laudel 2015a: 300). Des Weiteren stellt die retrospektive Rationalisierung von Handlungen ein Erhebungsproblem dar. Dies gilt insbesondere für das Feld der Wissenschaft, da hier Wissensansprüche besonders umstritten sind und der wissenschaftlich-rationalen Herleitung von Forschungsentscheidungen große Bedeutung beigemessen wird.

Den genannten Antworttendenzen soll durch die Triangulation unterschiedlicher Datenquellen (siehe Kp. 6.4.2), die bezüglich der genannten Faktoren sensibilisierte Erstellung des Leitfadens (siehe Kp. 6.4.3), die auf objektiven Kriterien beruhende Auswahl der zu befragenden Personen (siehe Kp. 6.4.4), die aufmerksame und informierte Gesprächsführung sowie die nachträgliche Prüfung und achtsame Auswertung (siehe Kp. 6.4.5) begegnet werden. Dabei hat das Untersuchungsfeld der Wissenschaft den Vorteil, dass eine sehr große Menge weit zurückreichender und aufschlussreicher Daten systematisch erfasst und öffentlich zugänglich vorliegt. So sind in Publikationen nicht nur der Forschungsprozess und der Wissensstand zum Zeitpunkt der jeweiligen Veröffentlichung textlich konserviert. Anhand von Ko-Autorenschaften und Zitationen lassen sich auch persönliche Bekanntschaften und diachrone Wissensstrukturen nachvollziehen. Nicht zuletzt entfaltet die Zugehörigkeit des Forschers (bzw. Interviewers) und der erforschten Personen (bzw. der Interviewten) zu ein und derselben Fachgemeinschaft hier auch einen positiven Effekt, schließlich muss das benötigte Verständnis der Inhalte sowie der sozialen Mechanismen, mit denen die Interviewten befasst sind bzw. waren, nicht erst aufwändig erarbeitet werden.

6.4.2 Erhebung und Auswertung von Forschungsbiografien

Um die aggregierte Themenwahl retrospektiv nachvollziehen zu können, sind die Entscheidungssituationen der fachgemeinschaftlichen Akteur*innen zu rekonstruieren: *Was hat wann* dazu geführt, dass sich die Planungswissenschaftler*innen für oder gegen die Beschäftigung mit dem Thema entschieden haben? Für diese Frage werden die Erinnerungen und Bewertungen derjenigen Personen benötigt, die diese Entscheidungen getroffen haben. Um diese Informationen im Zuge der Interviews möglichst unverfälscht und tiefschürfend erfassen und wenn möglich validieren zu können, werden bibliometrische Daten und biografische Informationen über die Interviewten vorab recherchiert und ausgewertet. Die erhobenen Informationen werden – wo sinnvoll (siehe Kp. 6.4.5) – visualisiert, großformatig ausgedruckt und als Impuls sowie zur beiderseitigen Orientierung in den Gesprächssituationen eingesetzt.

Die Erstellung und Nutzung solcher visualisierter, bibliometrisch informierter Forschungsbiografien zur Unterstützung von Interviews wurde von Gläser und Laudel im Rahmen ihrer Forschungen zu Innovationen in der Wissenschaft entwickelt und getestet (Gläser und Laudel 2007, 2009, 2015a; Laudel und Gläser 2007). Dem Instrument der „*bibliometric research trails*“ liegt die Betrachtungsweise zugrunde, dass sich wissenschaftliche Erkenntnisentstehung auf Ebene der

Fachgemeinschaft, aber auch auf Ebene des Individuums als diachrone Wissensstruktur erfassen lässt. Diese besteht aus verschiedenen, sich überschneidenden Forschungspfaden, das heißt Sequenzen thematisch zusammenhängender Projekte, in denen frühere Forschungsprozesse als Input für spätere dienen (siehe Kp. 4.2.3). Aus dieser Perspektive folgt eine Betonung der Pfadabhängigkeit von Forschungsentscheidungen:

„The researcher’s own research biography creates a unique combination of knowledge that has been accumulated in prior research, the frames guiding the perception and evaluation of new knowledge, and individual interests and preferences.“ (Gläser 2012a: 7)

Die Forschungspfade lassen sich mit Hilfe bibliometrischer Daten und Methoden erheben. Diese haben den Vorteil, objektiv zu sein. ‚Objektivität‘ heißt hier, dass die Analyse unabhängig von den *ad hoc*-Interpretationen der eigenen Karriere seitens der Interviewten selbst erfolgt, was Verzerrungen durch die retrospektiven Rationalisierungen der Informant*innen vermeidet. Stattdessen kann anhand der analysierten Publikationen, ihrer Inhalte, Kooperationen und Zitationen ein weitgehend verzerrungsfreies Bild davon gezeichnet werden, auf welchem Wissensstand sich die Wissenschaftler*innen befanden, als sie ihre jeweiligen Erkenntnisse veröffentlichten. Durch diese Vorteile eignen sich bibliometrische Methoden besonders, um die qualitativen und subjektiven Interview-basierten Daten zu triangulieren (Gläser und Laudel 2015a: 303). Bibliometrisch informierte Visualisierungen von Forschungsbiografien, im Folgenden kurz *„research trails“*, werden deshalb bei der Vor- und Nachbereitung sowie während der Interviews eingesetzt.

Zur Erstellung eines *research trail* wird die Forschungsbiografie der interviewten Person erhoben, ausgewertet und im Zeitverlauf dargestellt. Verschiedene Informationen werden dafür aus der eigenen Datenbank sowie auf Basis einer Bibliotheks- und Internetrecherche gesammelt: beruflicher Werdegang, Publikationen, Zitationen, Forschungsschwerpunkte, Beteiligungen an Forschungsprojekten, Mitgliedschaften sowie Qualifizierungsarbeiten und Kooperationen. Die verschiedenen Daten werden mit einem Fokus auf thematische Verläufe und Brüche ausgewertet und – wo sinnvoll – visualisiert. Kern der Visualisierung ist die Rekonstruktion der Forschungspfade auf der Basis bibliometrischer Daten nach dem Prinzip einer diachronen Netzwerkabbildung (siehe Abb. 6.3 und Abb. 6.4). Diese rückt die Publikationen der Akteurin bzw. des Akteurs in den Fokus, die als farbliche Kreise dargestellt sind. Deren Größe variiert entsprechend der in Incitations manifestierten Bedeutung, die die Publikation im Rahmen der betrachteten Forschungsbiografie innehat. Hierfür werden auf Grundlage der eigenen

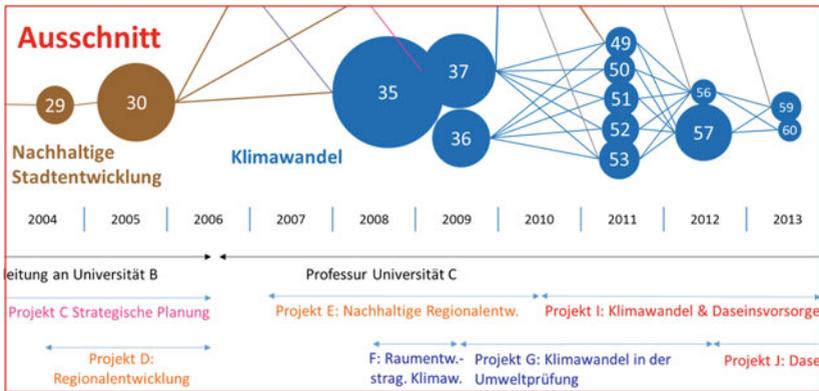


Abb. 6.4 Ausschnitt der Thematisierung des Klimawandels im research trail (*Eigene Darstellung basierend auf Gläser und Laudel (2007, 2009, 2015a)*)

Die Farbe der Kreise ergibt sich aus der Zuordnung der repräsentierten Publikation zu dem jeweils im Vordergrund stehenden Thema, die wiederum primär auf der Basis der Publikationstitel händisch erfolgte. Inhaltliche Verknüpfungen zwischen den Publikationen (Forschungspfade) sind darüber hinaus mit farbigen Verbindungslinien dargestellt, was insbesondere dann eine Zusatzinformation bereithält, wenn ein neuer Forschungspfad (bspw. Umweltgerechtigkeit) aus einem oder mehreren bestehenden Forschungspfaden (bspw. Umweltindikatoren, Umweltrecht) entsteht. Ebenfalls dargestellt werden Karrierestationen, Drittmitelprojekte und Ko-Autorenschaften. Zu jedem *research trail* gehört eine Legende, in der Erscheinungsjahr, Titel, Ko-Autor*innen und identifizierte Themen der einzelnen Publikationen verzeichnet sind.

6.4.3 Erstellung der Leitfaden

Die Formulierung und Zusammenstellung der Fragen für das Interview (der Leitfaden) erfolgt auf Basis (1.) der dieser Arbeit zugrundeliegenden Fragestellung sowie dem aus der Theorie abgeleiteten analytischen Rahmen, (2.) der individuellen Forschungsbiografie und der daraus abgeleiteten, potenziell aufschlussreichen Entscheidungssituationen sowie (3.) des Wissens um mögliche Antworttendenzen.

Der analytische Rahmen fungiert für die empirische Datenerhebung als eine Art Scheinwerfer, indem er die Aufmerksamkeit auf jene Aspekte richtet, denen ein besonders hohes Erklärungspotenzial beigemessen wird (siehe Kp. 5). Für die

Interviewvorbereitung heißt das, dass die Faktoren und Mechanismen, die potenziell bei den Themenentscheidungen Einfluss genommen haben, im Leitfaden operationalisiert werden. Hierzu gehören akteur*innenbezogene Fragen (bzgl. der Handlungsorientierungen und -ressourcen einschließlich sozialer Beziehungen) sowie strukturbezogene Fragen (bzgl. strukturell vermittelter Handlungsspielräume und Erwartungshaltungen) in den jeweiligen Entscheidungssituationen.

Die forschungsbiografische Auswertung ermöglicht die individuelle Anpassung des aus der Heuristik abgeleiteten Fragenkatalogs auf die im Sinne der Fragestellungen jeweils besonders aufschlussreichen Entscheidungssituationen bzw. auf die ihnen jeweils zugrundeliegenden Handlungsbedingungen. Auf dieser Basis werden die Leitfaden erstellt, sodass diese neben Interview-übergreifenden Fragen (bspw. ‚*Wie schätzen Sie den weiteren Forschungsbedarf zum Thema ein?*‘) auch individuell angepasste Detailfragen (bspw. ‚*Wie kam diese bestimmte Publikation zustande?*‘) umfassen.

Durch die Anpassung und Gliederung des Fragenkatalogs auf Basis der forschungsbiografischen Informationen ergibt sich ein chronologischer Aufbau des Leitfadens, der im letzten Abschnitt des Interviews von einigen generalisierenden Fragen abgelöst wird. Zugunsten eines übersichtlichen Leitfadenaufbaus – dessen Gliederungspunkte im Gespräch keine Rolle spielen – werden Aspekte der Themenzyklusmodelle (siehe Kp. 3.2) auf die Akteur*innenebene bezogen. Es ergibt sich der folgende, idealtypische Aufbau eines Leitfadens:

- Latenzphase (das Thema spielt noch keine Rolle für die Person, allerdings existieren bereits inhaltlich verwandte Forschungsprozesse und/oder später relevante Kooperationen)
- Erkennungsphase (die Person betrachtet das Thema erstmals im Kontext der eigenen Forschung als Thema)
- Aneignungsphase (die Person macht das Thema zum Gegenstand der eigenen wissenschaftlichen Arbeit)
- Fokussierungsphase (die einschlägige Forschung trägt Früchte, nimmt aber auch mehr Ressourcen in Anspruch)
- Reorientierungsphase (andere Themenoptionen werden verstärkt geprüft und wahrgenommen, selbst wenn die einschlägige Forschung weiterhin Früchte trägt)
- Gesamtbetrachtung (generelle, retrospektive und zukunftsgerichtete Einschätzungen zur eigenen Themenwahl sowie zur Themenkarriere in der Planungswissenschaft als Ganzes)

In den jeweiligen Phasen werden sowohl akteur*innenbezogene (bspw. ‚*Inwiefern mussten Sie sich neues Wissen erarbeiten?*‘) als auch strukturbezogene (bspw. ‚*Welche Rolle spielte das Thema im Zuge des Berufungsverfahrens?*‘) bzw. dazwischen anzusiedelnde Fragen (‚*Wie kam Ihre Teilnahme an dem Arbeitskreis zustande?*‘) gestellt.

Die idealtypische Phaseneinteilung der individuellen Beschäftigung mit dem Thema lässt sich mit zwei Ausnahmen auf alle Akteur*innenkategorien anwenden: Nicht bei allen Akteur*innen erlebt das Thema eine Fokussierung, etwa weil strukturell vermittelte Belohnungen ausbleiben. Außerdem tritt nicht bei allen Akteur*innen eine Reorientierungsphase ein, das heißt, das Thema steht zum Ende des Untersuchungszeitraums im Jahr 2014 weiterhin im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Tätigkeit. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Interpretationen bezüglich der Frage, wann das Thema angeeignet wurde, möglich sind. Dem methodischen Ausgangspunkt dieser Arbeit, die erstmalige *explizite* Erwähnung (bspw. ‚*Klimawandel*‘) und deren Zustandekommen zu betrachten, steht dabei etwa der Verweis auf ein vergleichsweise konstantes Forschungsportfolio, das vor und nach dieser Explizitmachung ähnliche Fragen umfasst (bspw. zur Nachhaltigkeit), gegenüber.

6.4.4 Auswahl der Interviewpartner*innen und Anonymisierungsstrategie

Für die Auswahl der Interviewpartner*innen werden aus der Theorie abgeleitete Akteur*innenkategorien definiert, denen mit Hilfe von Datenbankauswertungen passfähige Personen zugeordnet werden. Mit diesem Vorgehen wird die Objektivität der Personenauswahl gewährleistet und es können Erklärungsansätze, die bspw. in den Themenzyklusmodellen der Medien- und Kommunikationswissenschaften aufscheinen (siehe Kp. 3.2), auf den Fall angewendet und geprüft werden.

Um qualitative Informationen aus verschiedenen Blickwinkeln erhalten zu können, müssen die Akteur*innenkategorien unterschiedliche Phasen und Funktionen im Rahmen der Themenkarrieren repräsentieren. Zum einen werden Akteur*innen ausgewählt, die hervorstechende Positionen im Netzwerk einnehmen. Dazu zählen bspw. Akteur*innen, die besonders früh zum Thema veröffentlicht haben, oder solche, die besonders zentral im Ko-Publikationsnetzwerk sind. Zum anderen werden einige Akteur*innen ausgewählt, die eben keine markante Stellung im Netzwerk einnehmen, sondern vielmehr repräsentativ für eine große Gruppe befragt werden können. Auch sind unterschiedliche organisationale

Zugehörigkeiten – Akteur*innen an Universitäten, Forschungsinstituten sowie im Grenzbereich zwischen Planungswissenschaft und Politik – repräsentiert, um die unterschiedlichen Handlungslogiken erfassen zu können. Insgesamt werden acht Personen aus dem *Schrumpfende Städte*-Diskurs und neun Personen aus dem Klimawandeldiskurs auf Basis der oben genannten Systematik befragt.

Für die Konzeptualisierung der Akteur*innenkategorien werden Begriffe aus der Theorie der Diffusion von Innovationen nach Rogers (1983 [1962]) aufgegriffen und auf die Entstehung wissenschaftlicher Themen bezogen. Die Übertragung auf die Themenkarrieren *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* erfolgt auf Basis des analytischen Rahmens und der Häufigkeiten einschlägiger Artikel, aus denen sich ein Aufmerksamkeitsverlauf ermitteln lässt. Dieser besteht aus Latenz-, Durchbruch-, Fokus- und Normalisierungsphase. Die ursprünglichen Kategorien nach Rogers – *innovators*, *early adopters*, *early majority*, *late majority* und *laggards* (Rogers 1983 [1962]: 247) – werden dabei modifiziert: ‚*Innovators*‘ werden zu ‚*Pionier*innen*‘, weil nicht Innovationen, sondern Themen untersucht werden und um zu betonen, dass die vereinzelt einschlägigen Vorarbeiten nicht zwangsläufig in einem Durchbruch münden. Da anstatt der Glockenkurve nach Rogers (siehe Abb. 6.5) ein abrupter Durchbruch der Aufmerksamkeit gefolgt von einer Fokusphase mit zwei Höhepunkten (siehe Abb. 6.6) identifiziert wurden, werden *early majority* und *late majority* zu Follower*innen zusammengefasst und die Abgrenzungen angepasst (für Erläuterungen zu den einzelnen Phasen und Akteur*innenkategorien siehe Kp. 7, 8 und 9.1).

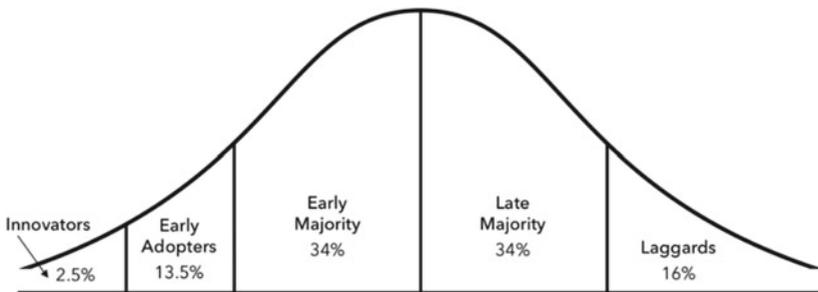


Abb. 6.5 „Adopter categorization on the basis of innovativeness“ (Quelle: Rogers (1983 [1962]: 247))

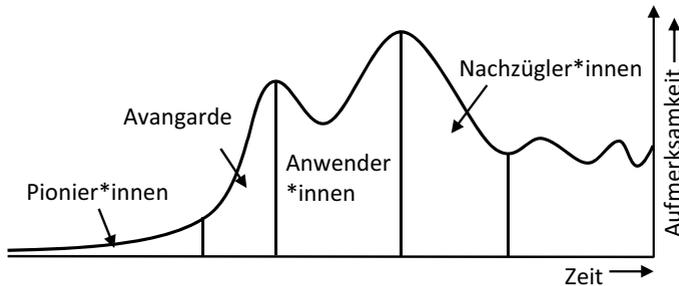


Abb. 6.6 Adopter-Kategorien auf Basis der wissenschaftlichen Themenkarriere (*Eigene Darstellung*)

Für die Auswahl der Interview-Partner*innen, werden die folgenden Akteur*innenkategorien festgelegt:

- Pionier*in (Person, die in der Latenzphase einschlägig veröffentlicht)
- Avantgardist*in (Person, die in der Durchbruchphase erstmals einschlägig veröffentlicht)
- Anwender*in (Person, die in der Fokusphase erstmals einschlägig veröffentlicht)
- Nachzügler*in (Person, die *nach* der Fokusphase erstmals einschlägig veröffentlicht)
- Autorität (Person, die besonders häufig einschlägig zitiert wird)
- Fördermittelgeber*in (Person, die an Entscheidungen der Fördermittelvergabe beteiligt ist, die im Grenzbereich zwischen Planungswissenschaft und Politik anzusiedeln und für die Entwicklung des Themas relevant sind)

Indem Autoritäten und teilweise auch Fördermittelgeber*innen zu einem bestimmten Zeitpunkt erstmals einschlägig publizieren, können einige Personen mehreren Akteur*innenkategorien zugeordnet werden (bspw. Pionier*in und Autorität). Auch ist möglich, dass eine Person in beiden Themenkarrieren eine Rolle einnimmt.

Auf Basis der Kategorien werden Vorauswahlen von Personen durch Datenbankauswertungen getroffen, aus denen Personen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Kommt ein Interview nicht zu Stande, wird eine andere Person nach dem genannten Verfahren ausgewählt.

Im Zuge der Beschreibung der beiden Themenkarrieren in Kapitel 7 und 8 sollen möglichst tiefe und unverfälschte Einblicke in das empirische Material gegeben werden. Hierbei nimmt die Wiedergabe von Interviewaussagen eine wichtige Funktion ein, sodass sie nicht nur in paraphrasierter Form, sondern auch als direktes Zitat in den Text einfließen. Diese Zitate sind nicht nur aussagekräftig im Hinblick auf die Beantwortung der Fragestellung, sondern sie vermitteln einige Mechanismen der Themenwahl auch besonders anschaulich. Indem die Leser*innen einen Bezug zu den in den Zitaten geschilderten Situationen entwickeln können, lassen sich einige Aspekte prägnanter darstellen, als etwa mit Hilfe abstrakter Theorierückgriffe oder quantitativer Auswertungen.

Allerdings ist dem Schutz der Quellen oberste Priorität einzuräumen, insbesondere angesichts der vergleichsweise kleinen Fachgemeinschaften, die sich um die beiden Themen gruppieren. Es sind also einige Maßnahmen erforderlich, um die Anonymität der Interviewten zu gewährleisten. Dabei sollen einerseits *so wenig Informationen wie möglich* Rückschlüsse auf den*die Interviewte*n zulassen, sodass der Kreis möglicher Urheber*innen maximiert wird. Gleichzeitig sollen aber *so viele Informationen wie nötig* angegeben werden, um die Nachvollziehbarkeit und Aussagekraft des Zitats durch ihre Kontextualisierung sicherzustellen. Die jeweils sprechende Person wird daher nicht in Form eines Schlüssels angegeben, da die Aneinanderreihung der Zitate auf der Grundlage dieses Schlüssels den Kreis der möglichen Urheber*innen weiter verkleinern könnte. Um die Interviews dennoch als Quelle zu markieren, werden stattdessen die einzelnen Aussagen von *i1* bis *i68* durchnummeriert, wobei direkt aneinanderanschließende Aussagen desselben Interviews die gleiche Nummer erhalten. Namen, Geschlechter, Orte, Organisationen und ähnliche Hinweise auf die Quelle werden aus der Aussage entfernt und wo nötig durch Allgemeinplätze ersetzt. Die exemplarische Darstellung der *research trails* (siehe Abb. 7.2 und Abb. 8.4) erfolgt außerdem nicht auf der Grundlage der Forschungsbiografien tatsächlich interviewter Personen. In den Fällen, in denen trotz dieser Maßnahmen ein zu geringer Spielraum für die Anonymisierung besteht, muss auf die Aussagen verzichtet werden oder die betreffende Person um die Freigabe der Passagen gebeten werden.

6.4.5 Durchführung und Auswertung der Interviews

Insgesamt wurden acht Personen aus dem Schrumpfende Städte-Diskurs und neun Personen aus dem Klimawandeldiskurs auf Basis der oben erläuterten Systematik befragt. Die Dauer der Interviews lag, abhängig von der Akteur*innenkategorie und Verfügbarkeit der Person, zwischen 40 und 120 Minuten. Die Interviews

wurden nach Möglichkeit *face-to-face*, in sieben Fällen aber auch telefonisch durchgeführt. Während die Erhebung und Auswertung forschungsbiografischer Daten im Vorfeld *aller* Interviews angewendet wurde, wurde der Einsatz einer großformatig ausgedruckten, visualisierten Forschungsbiografie während des Gesprächs nur in neun Interviews für sinnvoll erachtet und umgesetzt. Für die Wahl dieser Methode war ausschlaggebend, ob durch sie ein Mehrwert bezüglich der im Gespräch zu erwartenden Erkenntnisse entsteht. Spielte die Erforschung des Themas bspw. nur eine geringe und zeitlich stark begrenzte Rolle in der – nicht immer nur wissenschaftlichen – Karriere der Akteur*innen, so wurde von dem Einsatz der Abbildung im Gespräch abgesehen.

Durch die Vorab-Auswertung der forschungsbiografischen Daten konnte – auch unabhängig von ihrer Visualisierung und Vorlegung im Interview – die Erinnerung der befragten Person stimuliert werden oder Fehlerinnerungen im Dialog aufgeklärt werden, insbesondere wenn es um die zeitliche Einordnung bestimmter Handlungen ging. Indem die befragten Personen die intensive Vorarbeit des Interviewers sowie die in der Struktur der Wissenschaft angelegte Überprüfbarkeit vieler Aussagen registrierten, wurden bewusste Verfälschungen, Übertreibungen oder Auslassungen seitens der interviewten Personen von vornherein auf ein Minimum reduziert.

Kam die forschungsbiografische Abbildung zum Einsatz, wurde sie einleitend zu Beginn des Interviews vorgelegt und diente der beiderseitigen zeitlichen und sachlichen Orientierung während des Gesprächs. Sie fungierte als Stimulus und Leitfadenergänzung und ermöglichte einen unmittelbaren Einstieg in weit zurückliegende Abschnitte der jeweiligen Forschungsbiografie. Die kompakte Darstellung komplexer Daten machte Veränderungen, Brüche und Kontinuitäten einfach nachvollziehbar, sodass sie voraussetzungsfrei als Angelpunkt der Gesprächsführung dienen konnte. Hierbei konnten sich beide Gesprächspartner*innen immer wieder auf Details der Biografie, Zusammenhänge zwischen einzelnen Elementen sowie auch auf das Fehlen wichtiger Informationen beziehen (Aljets 2015: 116). Ein letztes, wichtiges Argument für den Einsatz der *research trails* ist, dass die intensive Vorarbeit des Interviewers bei Gesprächsbeginn offenkundig war, sodass die Interviewten motiviert wurden, das Ihrige zu einem fokussierten, offenen und fruchtbaren Gespräch beizutragen.

Einzelfallabhängig wurde für den Einstieg entweder eine biografisch informierte Frage gewählt – bspw. *„Sie haben sich in ihrer ersten Publikation mit der Bewältigung von Umweltkatastrophen auseinandergesetzt, wie kam es dazu?“* – oder es wurde mit der weniger vorstrukturierten, fallunabhängigen Frage *„Können Sie sich an den Moment erinnern, als Sie das Thema ‚Schrumpfung‘ zum ersten*

Mal wahrgenommen haben?‘ begonnen. Von hier ausgehend entfaltete jedes Interview eine eigene Dynamik, die sich unterschiedlich stark an dem Leitfaden und dem *research trail* orientierte. Unabhängig von deren wechselnden Bedeutung hat sich in jedem Interview die intensive Vorarbeit bezahlt gemacht, etwa wenn der interviewten Person mit Jahreszahlen oder Publikationstiteln assistiert werden musste oder wenn Unstimmigkeiten in den Erzählungen direkt angesprochen und aufgeklärt werden konnten.

Die primäre Aufgabe des Interviewers im Gespräch war es, zu gewährleisten, dass die Fokussierung auf die im Sinne der Fragestellung relevanten Informationen beibehalten wurde und dass die zentralen Fragen des Leitfadens besprochen wurden. Zudem musste der Interviewer nicht nur inhaltlich (s.o.), sondern auch emotional aufmerksam sein, um etwa intervenieren zu können, wenn die befragte Person mit einer ehrlichen Antwort haderte. Ein weiterer wichtiger Punkt war es, zu vermitteln, dass die genannten Aussagen anonymisiert werden, sodass ein sicherer Raum geschaffen wurde, in dem offen gesprochen werden konnte.

Der entscheidende Faktor dafür, dass die Informationsgewinnung im Rahmen der Interviews ausgesprochen erfolgreich verlaufen ist, war die hohe Kooperations- und Auskunftsbereitschaft der Interviewten. Hierfür war zum einen die intensive Vorbereitung durch den Interviewer ein wichtiger Faktor, der die Motivation und Fokussierung insbesondere zu Beginn des Gesprächs erkennbar erhöhte. Vor allem aber ist an dieser Stelle auf die hohe Bereitschaft der Interviewten hinzuweisen, Zeit und Anstrengungen zu investieren, um in teilweise weit zurückliegende Situationen einzutauchen und tatsächliche Faktoren der Themenwahlen zu identifizieren. Es entstand der Eindruck, die Akteur*innen würden die erstmalige oder zumindest seltene Gelegenheit, auf informierter Basis über ihr alltägliches Handeln zu reflektieren, dankbar annehmen. Die durchgeführten Interviews lassen sich daher beschreiben als ein jeweils ein- bis zweistündiges intensives und gemeinsames Suchen nach den tatsächlichen Faktoren und Zusammenhängen der jeweiligen Themenwahlen unter Zuhilfenahme der vorab erhobenen und aufbereiteten forschungsbiografischen und bibliografischen Informationen und mit der größtmöglichen Offenheit und Ehrlichkeit.

Zur Vorbereitung der computergestützten Interviewauswertung wurden die Interviews aufgezeichnet, vollständig transkribiert und codiert. In zwei Interviews war keine durchgängige Audio-Aufnahme möglich, sodass die Transkription hier auf der Basis händischer Mitschriften erfolgte. Die Erhebung und Auswertung der Daten erfolgte iterativ, das heißt, jeder Erhebungs-, Auswertungs- und Analyseprozess war durch die vorhergehenden Forschungsprozesse informiert und bildete die Grundlage für weitere Forschungsprozesse. Beispielsweise wurden in wenigen Fällen Detailfragen zur Validierung anderer Interviewaussagen ergänzt.

Bei der Interpretation der Interviewdaten waren die in Abschnitt 6.4.1 genannten methodischen Herausforderungen zu berücksichtigen. Insoweit sich die für die Beschreibung der beiden Themenkarrieren verwendeten Aussagen auf manifeste Handlungen und Objekte beziehen – bspw. Veröffentlichungen oder Vorträge und ihre zeitliche Einordnung –, wurden diese überprüft. Zudem wurden einige weitere Personen zur Überprüfung und Klärung von Interview-Aussagen mit jeweils spezifischen Detailfragen konfrontiert. War eine Validierung nicht möglich, wurde auf die Verwendung der Aussage verzichtet oder auf ihre Unüberprüfbarkeit hingewiesen.

Nicht nur Aussagen aus den Interviews flossen in die Analyse der Themenkarrieren ein. Zum einen wurden Detailaussagen weiterer Akteur*innen verwendet, die zur Interpretation der Netzwerkanalyse und der Interviews sowie zum Verständnis spezifischer Prozesse der Themenkarrieren gezielt erhoben wurden. Zum anderen wurde auf Ausführungen zurückgegriffen, die in Workshops und Konferenzen im Kontext des TIPKUS-Projektes getätigt wurden. Insbesondere die forschungsbiografischen Reflexionen im Rahmen des TIPKUS Projekt-Symposiums „*Themenkarrieren in der Planungswissenschaft*“ am 07.02.2018 an der TU Dortmund sind hier zu nennen. Dabei reflektierten Hans Heinrich Blotevogel, Christina von Haaren, Johann Jessen, Heiderose Kilper und Walter Siebel⁵ im Rahmen von Vorträgen über ihre eigene Forschungsbiografie, jeweils verbunden mit der Frage, wie und warum sich bestimmte Themen zu eigenen Forschungsschwerpunkten entwickelt haben.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



⁵ Walter Siebel legte seine Reflexion schriftlich vor, nachdem er den mündlichen Vortrag kurzfristig absagen musste.



Das Thema *Schrumpfende Städte* in der Planungswissenschaft

7

In diesem Kapitel wird das erste von zwei Fallbeispielen untersucht. Dabei werden der vorab entworfene analytische Rahmen (siehe Kp. 5) sowie die Methodik (siehe Kp. 6) zur Erfassung von Themenkarrieren in der Planungswissenschaft auf das Thema *Schrumpfende Städte* angewandt. In diesem sowie im anschließenden Kapitel (Thema *Klimawandel*, siehe Kp. 8) wird die empirische Grundlage geschaffen, auf der generalisierbare Erkenntnisse zur Entstehung von Themen gewonnen werden (siehe Kp. 9).

Der Begriff *Schrumpfende Städte* oder auch (*Stadt-*)*Schrumpfung* wird häufig synonym mit rückläufigen demografischen Prozessen und Wohnungsleerstand verwendet, bleibt dabei jedoch oft unscharf (Brandstetter et al. 2005: 55). Häufig impliziert der Begriff die Gleichzeitigkeit von demografischen mit ökonomischen sowie städtischen und stadtreionalen Niedergangsprozessen (Brandstetter et al. 2005; Jessen und Walther 2007). Schrumpfende Städte werden als räumliche Auswirkung und Teilaspekt des demografischen Wandels verstanden, der die Aspekte natürliche Bevölkerungsentwicklung, Wanderung und Alterung umfasst (BBR 2005: 29–40).

Zu dem Thema *Schrumpfende Städte* wurden im Zeitraum 1995 bis 2014 325 Artikel, an denen 353 Autor*innen beteiligt waren, in den planungswissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht und in diesem Kapitel analysiert. 3.412 Bezüge aus dieser Literatúrauswahl zu weiteren Publikationen wurden erfasst, und insbesondere zentrale (häufig zitierte) und grundlegende (in frühen Artikeln zitierte) Publikationen wurden zusätzlich ausgewertet. Des Weiteren wurden einzelne Veröffentlichungen ausgewertet, die den wissenschaftlichen Diskurs um Schrumpfende Städte nachvollziehen (bspw. Brandstetter et al. 2005; Jessen und Walther 2007; Bernt 2017). Es wurden acht Interviews mit einschlägig in Erscheinung getretenen Planungswissenschaftler*innen geführt.

Die in diesem Kapitel vorgelegte Untersuchung der Karriere des Themas *Schrumpfende Städte* beginnt nicht erst mit dem Jahr 1995, ab dem systematisch erhobene, quantitative Daten vorliegen. Stattdessen setzt die Analyse bereits ab Mitte der 1970er Jahre ein, als das Absinken der Geburtenrate unter die Sterberate die deutsche Planungswissenschaft erstmals veranlasste, die demografische Schrumpfung und deren Folgen zu diskutieren. Zwar lässt sich, wie sich zeigen wird, das rasche Ansteigen der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema ab dem Ende der 1990er Jahre als eigene, neue Themenkarriere fassen. Gerade dieser Umstand, also der Bruch zwischen den inhaltlich ähnlich gelagerten Diskursen der 1970er und 1980er Jahre und jenen der 2000er Jahre, legt jedoch wertvolle Aufschlüsse zur Erklärung von Thematisierungsprozessen offen (siehe Kp. 7.1). Begrifflich werden die Diskussionen der 1970er und 1980er Jahre als *Vorläufer* gefasst, was zum einen die große inhaltliche Schnittmenge der beiden Aufmerksamkeitszyklen zum Ausdruck bringt, zum anderen aber nicht impliziert, dass bereits *ein Weg bereitet* oder *Vorarbeit geleistet* wurde. Schließlich bauen die Diskurse der 2000er Jahre nur marginal auf jenen der 1970er und 1980er Jahre auf und sie erleben Thematisierungshemmnisse noch einmal in sehr ähnlicher Form. Die Beschreibung und Analyse der aktuellen Themenkarriere *Schrumpfende Städte* mit Latenz-, Durchbruch-, Fokus- und Normalisierungsphase beginnt ab dem Jahr 1991, als die Vorläuferdiskurse nach der Deutschen Wiedervereinigung zum Erliegen kommen.

Die in Abb. 7.1 gezeigte Aufmerksamkeitskurve zum Thema *Schrumpfende Städte* basiert auf der Anzahl einschlägiger Artikel pro Jahr im Untersuchungszeitraum 1995–2014. Sie zeigt zunächst eine kaum messbare Aktivität in den 1990er Jahren, die als Latenzphase eingeordnet wird (Kp. 7.2). Sie wird durch die Durchbruchphase in den Jahren 2000 und 2001 abgelöst, in der ein leichter Anstieg der Aufmerksamkeit zu erkennen ist (Kp. 7.3). Es folgen ein schlagartiger Anstieg der Kurven in den Jahren 2002 und 2003, ein zwischenzeitliches Absinken sowie ein zweiter Höhepunkt in den Jahren 2005 und 2006. Diese beiden Aufmerksamkeitshochs werden als Beginn und Ende der planungswissenschaftlichen Fokussierung (2002–2006) betrachtet (Kp. 7.4). Das wellenförmige Absinken ab dem Jahr 2007 auf ein gegenüber der Latenzphase deutlich erhöhtes Niveau wird als Normalisierungsphase bezeichnet (Kp. 7.5). Eine umfassendere quantitative Gesamtbetrachtung der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* wird in Abschnitt 7.6 vorgenommen.

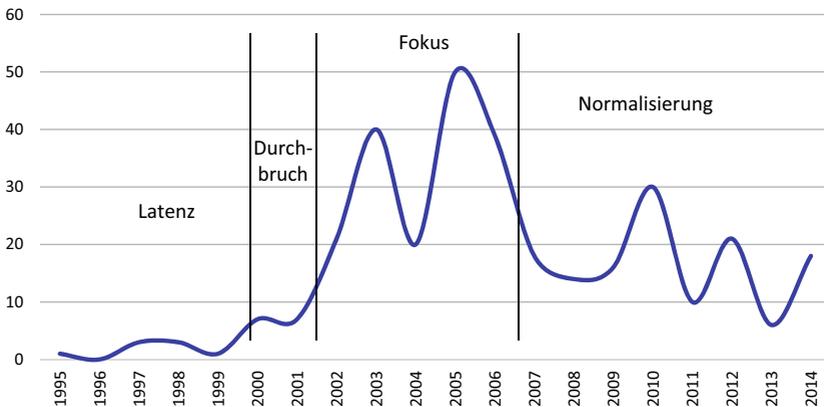


Abb. 7.1 Aufmerksamkeitskurve zum Thema *Schrumpfende Städte* 1995–2014 basierend auf der Anzahl einschlägiger Artikel (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

7.1 1972 bis 1990: Vorläufer der Themenkarriere

Nachdem in der damaligen Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1972 die Zahl der Geburten unter die Zahl der Sterbefälle gesunken ist, wird im Raumordnungsbericht 1974 ein „Wandel der Einflussfaktoren der räumlichen Entwicklung“ konstatiert (BMRBS 1974: 28–29). Zu den vier wesentlichen Rahmenbedingungen der Raumordnungspolitik zählen nun „Geburtenrückgang und stagnierende, wahrscheinlich sogar rückläufige Bevölkerungsentwicklung“ sowie „zurückhaltende Anwerbspolitik für ausländische Arbeitnehmer“ (Deutscher Bundestag 1974: 28–29). Die zukünftig schrumpfende Bevölkerung wird breit diskutiert (Tönnies 2004: 155–156), und auch die Alterung gibt Indizien für eine bevorstehende „Bevölkerungsimplosion“ (Jost 1974). Nach Jahren des Wachstums der Nachkriegszeit wird ein unerwarteter wirtschaftlicher und demografischer „Wendepunkt“ ausgemacht, der zu „veränderten Verhältnissen“ führe (ARL 1976: VII). Hinzu käme die Suburbanisierung, durch die die meisten Großstädte bereits deutliche Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben, sodass bereits vom „Verstummen“ einiger innerstädtischer Bereiche die Rede ist (Göb 1977: 159). Angesichts dieser neuen Situation, in der in den Städten nicht mehr überschüssiges Potenzial, sondern Defizite zu verteilen seien, müssten manche lieb gewonnen

Vorstellungen der Planer*innen über „*Bord geworfen werden*“ (Schwarz 1978: VIII).

Das Thema *Schrumpfung* wird im Rahmen von Arbeitskreisen¹ und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) sowie der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) aufgegriffen. Es werden Fragestellungen entwickelt, die für die planungswissenschaftliche Fachgemeinschaft bis heute relevant sind (vgl. Istel 1975: 78ff). So werden „*Infrastrukturumbau*“ (Thoss 1976: 15ff), „*Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen*“ (ebd: 27), „*Stadtumbau*“ (Farenholtz 1976: 57) sowie die Aufgaben der Raumplanung und die Eignung des planerischen und gesetzlichen Instrumentariums generell (Riemann 1976; Stich 1976: 61) jeweils vor dem Hintergrund der Schrumpfung besprochen (vgl. Istel 1975: 71ff). Dabei stellt Riemann (1976: 43, 49) bereits fest, dass „*Stadtumbau*“ unter Schrumpfungsbedingungen Neuinvestitionen erfordere und dass „*Geringeres Wachstum [...] nicht weniger, sondern eher mehr Planung*“ bedeute.

Die einschlägig forschenden Planungswissenschaftler*innen müssen erkennen, dass das gesellschaftliche Interesse an ihrem Thema weitgehend ausbleibt, wie Göb 1977 in seinem Beitrag „*Die schrumpfende Stadt*“ resümiert. So stünden, trotz des mittlerweile „*allgemein bekannten Sachverhalts*“ des Bevölkerungsrückgangs, Öffentlichkeit und Politik dem Phänomen noch „*ziemlich apathisch*“ gegenüber (Göb 1977: 154).

Dennoch werden die genannten Fragestellungen in den 1980er Jahren in der Planungswissenschaft stellenweise vertieft und aktualisiert (vgl. bspw. ARL 1983). Insbesondere in den Kernstädten wird aufgrund des anhaltenden Bevölkerungsverlustes und des Trends zur dezentralen Konzentration Wohnungsleerstand diagnostiziert und für die folgenden Jahrzehnte prognostiziert (vgl. Reiß-Schmidt und Zwoch 1985: 123). Städtebauliche Missstände und Leerstand in Großwohnsiedlungen finden nun öffentliches und planungswissenschaftliches Interesse und sind Gegenstand zahlreicher Fachtagungen (vgl. Autzen und Becker 1985: 134). In diesem Kontext wird die Anwendung von Städtebaufördermitteln für „*Rückbau*“, „*Entdichtung*“, „*Teilabbruch*“ und „*Entkernung*“ neben weiteren Anpassungsstrategien breit diskutiert (vgl. Henckel 1985). Auch die Entschuldung von Wohnungsunternehmen wird bereits thematisiert (vgl. Autzen und Becker 1985: 140). Um die mögliche Tragweite der Problematik als „*warnendes Beispiel*“ (Ganser 1985: 120) illustrieren zu können und dort implementierte Strategien zu evaluieren, werden bereits geschrumpfte Städte oder Vororte, wie

¹ Insbesondere zu nennen ist der ARL Arbeitskreis „*Soziale Entwicklung und regionale Bevölkerungsprognose*“.

etwa in den USA, Großbritannien oder Frankreich, als Beispiele herangezogen (vgl. Autzen und Becker 1985; Häußermann und Siebel 1985; Fortin 1985).

Mehrere im Rahmen dieser Arbeit analysierte Forschungsbiografien und befragte Planungswissenschaftler*innen sind bereits in der Vorläuferphase mit dem Thema *Schrumpfende Städte* befasst. So veröffentlicht Anfang der 1980er Jahre eine an der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) angestellte Person ihre erste einschlägige Publikation. Wie sie auf das Thema *Schrumpfung* aufmerksam wird, ist nur durch eine Mehrzahl von Faktoren zu erklären, die sowohl in der eigenen empirischen Forschung, dem beruflichen als auch in dem gesellschaftlichen Kontext gelagert sind. Die Person wechselte zuvor innerhalb der BfLR in ein neues Referat, das sich mit Raumbeobachtung und Prognostik beschäftigt. Der damalige Leiter der BfLR, Karl Ganser, regt die Person an, sich quantitativ mit dem demografischen Wandel und der Schrumpfung auseinanderzusetzen. Die Entwicklung und Ausführung von Bevölkerungsprognosen zählten zwar bereits zu den klassischen Aufgaben der BfLR, sie erhalten Anfang der 1980er Jahre aufgrund wachsender Rechnerkapazitäten allerdings eine neue Dynamik.

Im Interview erklärt die Person, dass für die einschlägig interessierten Planungswissenschaftler*innen bereits zu dieser Zeit „*sichtbar*“ gewesen sei, dass das Ruhrgebiet und das Saarland schrumpfen:

„Es ging uns eigentlich nur darum Szenarien zu rechnen, um wie viel [Betonung durch die interviewte Person] sie schrumpfen werden. Dass sie schrumpfen war klar.“ (i1)

Gemäß der Interviewaussagen sei die Schrumpfung nicht nur aufgrund der Vielzahl darauf hindeutender Indikatoren – darunter Arbeitslosigkeit, Steuer-aufkommen, Wohnungsbau, Geburtenrate und Wanderungssaldi – offensichtlich gewesen. Sie sei, etwa im Ruhrgebiet, auch schon „*spürbar*“ geworden.

In ihrer ersten räumlich differenzierten Prognose aggregiert die Person verschiedene Regionstypen. Für einen dieser Typen, die „*alt-industrialisierten Gebiete*“, kann aufgrund der guten Datengrundlage eine im Vergleich mit den anderen Typen besonders belastbare Prognose aufgestellt werden, nämlich dass dort „*die Bevölkerung nahezu unausweichlich schrumpft*“ (i1). Aufgrund dieser Ergebnisse bzw. durch „*reine Empirie*“, so erklärt es die Person zunächst selbst, sei sie auf das Thema *Schrumpfende Städte und Regionen* gestoßen. Eine wesentliche Motivation für die räumlich differenzierten Prognosen sei gewesen, dass die Voraussetzungen für ihre Erstellung gerade erst geschaffen worden seien, sodass die Originalität möglicher Ergebnisse garantiert gewesen sei:

„Nach dem Motto: ‚Wir haben die Daten, wir haben diese Rechnerkapazitäten inzwischen, wir können das, also machen wir es‘. Dann kann man auch hinterher verkünden: ‚Ich habe Neuigkeiten für euch‘.“ (i1)

Hinzu kommt, dass die Akteur*innen der BFLR regelmäßig (gemeinsam) versucht hätten zu antizipieren, was in der Raumpolitik relevant werden würde und was die zukünftigen Anforderungen an die Politikberatung sein könnten. Auf Basis der räumlich differenzierten Prognosen sei die befragte Person insbesondere an der Diskussion um die Auswirkungen der Schrumpfung und den Umgang damit interessiert gewesen. Sie habe zusammen mit Karl Ganser auf die Problematik aufmerksam machen und auf die Vorteile früher Anpassungsmaßnahmen hinweisen wollen. Gleichzeitig sei es ihr Anliegen gewesen, keine *„Panik daraus zu machen“*. Allerdings hätten diese Punkte ohnehin nur geringe Aufmerksamkeit erregen können. Stattdessen habe sich die öffentliche Diskussion über den demografischen Wandel auf die Zukunft der Rente und später auf regionale Disparitäten und deren Ausgleich durch Wirtschaftsförderung fokussiert (i1).

Die Diskussion um regionale Schrumpfungsszenarien habe Anfang der 1980er Jahre nach Aussagen der interviewten Person aus einer Vielzahl von Gründen nicht wirklich Fahrt aufgenommen. So seien die meisten Bevölkerungsprognosen anderer Institute nicht (so stark) regionalisiert, die Methodik vergleichsweise unbekannt und die informierte Community dementsprechend klein gewesen. Der *„Warnruf“* sei zwar in bestimmten, primär wissenschaftlichen Kreisen wahrgenommen worden, in Politik und Raumplanung sei das Thema allerdings zunächst nicht aufgegriffen worden:

„Man wollte auf keinen Fall zugeben, dass es auch die Gefahr des Schrumpfens gäbe. Das war sozusagen ein Tabu.“ (i1)

Für die betroffenen Regionen seien alternative Bevölkerungsprognosen von anderen Akteur*innen angefertigt worden, in denen Bevölkerungsverluste durch die Annahme unwahrscheinlicher Wanderungssaldi neutralisiert worden seien:

„[Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang war] ein Thema, was gerade die in den Ländern für Raumordnung und Regionalpolitik Zuständigen nicht so breit öffentlich diskutieren wollten. Nach dem Motto: ‚Das wollen wir den Leuten nicht sagen, wir tun ja rechtzeitig was, damit es nicht passiert‘.

[...] In der Ministerkonferenz für Raumordnung, wo Bund und Länder sich eigentlich über so etwas zu unterhalten hatten, war das eigentlich ein Thema, was nicht so beliebt war. Auch in der Akademie [für Raumforschung und Landesplanung] war das zu Beginn nicht so beliebt, weil einfach die Furcht bestand, es könnten ja

die Verlierer identifiziert werden und als Verlierer dastehen. Das ist Imageverlust und das will man aus politischen Gründen nicht haben. Das war nach dem Prinzip Hoffnung. Es wird bestimmt wieder alles besser, wenn wir da beispielsweise genug Regionalförderungsmittel reinpumpen.“ (i1)

Das Eingeständnis, die eigene Region verliere demografisch und wirtschaftlich, hätten Politiker*innen ungern und auch nur dann gegeben, wenn Mittel für strukturschwache Regionen, bspw. zur regionalen Wirtschaftsförderung, in Aussicht gestanden hätten. Die „*politische Schizophrenie*“, einerseits die eigene Strukturschwäche zu betonen, um Fördermittel einzufordern, und sich an anderer Stelle als starker und gut bemittelter Standort gegenüber Unternehmen und Wähler*innen zu präsentieren, bezeichnet die Person als damals gängiges Phänomen. Außerdem sei die Themenbreite dessen, was man damals als Aufgaben der Raumordnung auf Bundesebene verstanden habe, groß gewesen. Welches Thema stärker in den Blickpunkt rücken solle, sei nicht allein in der BfLR „*entschieden*“ worden, sondern auch durch den Kontext bestimmt gewesen: Innerhalb der BfLR hätten die Einschätzungen und Meinungen der miteinander im Austausch stehenden Mitarbeiter*innen eine Rolle gespielt, die sich aus politischen Einstellungen, empirischem Material sowie wissenschaftlichen Handlungslogiken – „*Wo können wir Neues produzieren?*“ (i1) – gespeist hätten. Aus dem breiten Themenspektrum, das die BfLR bei aller Schwerpunktsetzung trotzdem abgedeckt und in Publikationen teilweise gleichberechtigt nebeneinander dargestellt habe, habe sich die Politik und die Öffentlichkeit dann häufig auf ein Thema fokussiert. Dieses habe in der Folge mehr oder weniger unabhängig von der BfLR eine Karriere erlebt. Des Weiteren habe die BfLR mögliche Beratungsbedarfe seitens der Politik stets antizipieren wollen (i1). Im Sinne der Erwartungserwartung (Luhmann 1991: 411ff) trifft die BfLR also eigenständig Prioritätsentscheidungen, von denen sie annimmt, sie entsprächen den Relevanzkriterien der Politik.

Die Person wendet sich schließlich anderen Themen zu und veröffentlicht Mitte der 1980er Jahre das letzte Mal zum Thema *Bevölkerungsrückgang*. Sie erklärt das Ablegen des Themas zum einen durch einen erneuten Positionswechsel innerhalb der BfLR. Zum anderen sei Schrumpfung aus der Perspektive der laufenden Raumbewertung und im regionalpolitischen Diskurs nur die „*eine Seite der Medaille*“, Wachstum sei ebenso wichtig. Die Person beschäftigt sich im Anschluss insbesondere mit Wachstumsregionen.

In einem weniger Prognostik-orientierten und stärker stadtsoziologisch und planungspraktisch gelagerten Diskurs werden in den 1980er Jahren die „*Chancen des Schrumpfens*“ (Putz 1983: 3) hervorgehoben. Sie werden 1985 durch

Häußermann und Siebel öffentlichkeitswirksam in ihrem gleichnamigen Beitrag im Wochenblatt DIE ZEIT erörtert. Der Text geht auf den Dortmunder Soziologentag 1984 zurück, zu dem die beiden Autoren einen stadtsociologischen Vortrag mit Lokalbezug entwickeln wollen. Die referierten Thesen werden zunächst in dem genannten Artikel veröffentlicht und später in dem Buch „*Neue Urbanität*“ (1987) vertieft. Häußermann und Siebel interpretieren Schrumpfung darin als primär ökonomisches, strukturwandelbedingtes Phänomen und blenden demografische Prognosen sowie die oben geschilderten planungswissenschaftlichen Diskussionen weitgehend aus. Ihre zentrale These ist, dass die verbreitete Prämisse „*aus Schrumpfen wieder Wachstum zu machen*“ nicht nur häufig aussichtslos sei, sondern auch Gefahr laufe andere Qualitäten des städtischen Lebens in den Hintergrund zu rücken (Häußermann und Siebel 1988: 92). Schließlich könne eine sinkende Bevölkerungszahl beispielsweise den Wohnungsmarkt entlasten und der wachsende Flächenbedarf der Privathaushalte könne nun innerhalb der Stadt befriedigt werden (Häußermann und Siebel 1985: 36). Die Stadtpolitik müsse das Schrumpfen als Gestaltungschance begreifen und zu steuern suchen:

„Das Alte geht nicht mehr, jedenfalls nicht mehr überall. Etwas Neues ist noch nicht definiert oder gar gesellschaftsfähig. Und dennoch muß darauf hin geplant werden.“
(Häußermann und Siebel 1985: 37)

Die Vorstöße Häußermanns und Siebels, die letztlich einen Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklungspolitik strukturschwacher Räume einfordern, erregen zunächst Aufmerksamkeit im öffentlichen und planungswissenschaftlichen Diskurs. Im Interview konstatiert Siebel, ihre Aussagen seien auch von der Politik stark nachgefragt worden und das Buch „*Neue Urbanität*“ sei zunächst ein Verkaufserfolg gewesen. Allerdings versiegen die Diskussionen schlagartig, als die Wiedervereinigung ab 1989 die angesprochenen Probleme für einige Jahre in den Hintergrund rücken lässt. So ernten Häußermann und Siebel für ihre Vorstöße in den 1990er Jahren „*steinernes Schweigen*“ in Politik und Wissenschaft (Hannemann 2004: 74). Siebel erinnert sich im Interview, dass einige Wissenschaftler*innen „*so ein bisschen versuchten sich lustig zu machen*“ über die Thesen und Prognosen (i2). Weiske und Schmitt (2000: 163) ergänzen, dass die Aufforderung, die schrumpfende Stadt als „*neuen Gegenstand*“ zu entdecken, auch von Häußermann und Siebel selbst nicht dezidiert weiterverfolgt worden sei. Siebel selbst erklärt dazu:

„Ich glaube weder Hartmut Häußermann noch mir wäre da furchtbar viel Neues eingefallen. Das war für uns im Wesentlichen abgeschlossen. Und wenn Sie als Wissenschaftler arbeiten, dann möchten Sie auch mal etwas Neues und nicht ein altes Thema immer wieder durchwurschteln.“ (i2)

Später ergänzt Siebel:

„Solange das Problem nicht verstanden ist, möchte man daran arbeiten, glaubt man aber, es verstanden zu haben, sinkt das Interesse rapide. Deshalb haben Häußermann und ich z. B. nach der ‚Neuen Urbanität‘ uns nicht mehr um Schrumpfung gekümmert.“ (i3)

Auch wenn Siebel sich in den 1990er Jahren neuen Themen zuwendet, darf hier nicht unterschlagen werden, dass er im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park (IBA Emscher) (1989–1999) von dem Geschäftsführer Karl Ganser als Wissenschaftlicher Direktor engagiert wird. Er wirkt in dieser Funktion an wichtigen planungstheoretischen und -praktischen Anstößen im Umgang mit dem Strukturwandel mit und präzisiert seine zusammen mit Häußermann formulierten Forderungen teilweise anhand konkreter Projekte im Ruhrgebiet (siehe Kp. 7.2).

Mitte der 1980er Jahre greift eine weitere Person das Thema *Schrumpfung* im Kontext der Planungswissenschaft auf. Sie wird einige Jahre nach ihrer Promotion durch einen Vortrag des Soziologen und Bevölkerungsforschers Rainer Mackensen sowie im Anschluss durch dessen Publikationen (insb. Mackensen 1984) und den persönlichen Kontakt mit ihm auf den nahezu unausweichlichen Bevölkerungsrückgang aufmerksam gemacht. Die Person erkennt, dass mit dem Bevölkerungsrückgang große Herausforderungen für die Planung verbunden sind, und nimmt die Forschung zu den regionalen Auswirkungen der Schrumpfung sowie zu den Strategien des Umgangs damit auf. Im Interview schildert die Person, wie die Recherchen zum Thema zunächst nach dem klassischen Schneeballprinzip verlaufen seien. Ausgehend von wenigen Publikationen habe sie also Literaturhinweise verfolgt, um dort weitere Erkenntnisse und Literaturhinweise zu finden. Insbesondere die oben genannten ARL-Publikationen hätten sich dabei als nützlich erwiesen. Dass die Person „viel zu wenig“ wissenschaftliche Literatur zu dem Thema gefunden habe, habe sie zunächst verunsichert, weil ihr zum einen wichtige Grundlagen gefehlt hätten und zum anderen das fachöffentliche Interesse gering zu sein schien. Andererseits sei sie zu dem Schluss gekommen, dass es sich dementsprechend „lohnt“, vertiefend zu dem Thema zu forschen und kollektive Wissenslücken zu schließen (i4).

Als die Person nach mehrjähriger Forschung ein Buch zu dem Thema habe veröffentlichen wollen, habe der Verlag die Änderung des Titels eingefordert:

„Ich wollte das eigentlich unter einer ganz anderen Überschrift veröffentlichen. Nämlich unter einer Überschrift, die auf den demografischen Wandel hinführt. Da hat dann der [...] Verlag das abgelehnt und gesagt: Damit lässt sich das Buch nicht verkaufen, das müssen wir umändern. Dadurch kam dieser Titel zustande.“ (i4)

Der geänderte Titel ist allgemein gehalten und lässt keine Rückschlüsse auf die Themen *Demografischer Wandel* oder *Schrumpfung* zu. Die Verkaufszahlen des Buches beschreibt die Person trotzdem als gering. Es erscheint kurz vor der Wiedervereinigung, die in der Planungswissenschaft und der Raumpolitik großen Raum einnimmt. Das anfangs durchaus vorhandene Interesse einiger Politiker*innen an den Thesen sei in der Folge erloschen. Die Person führt dies auch darauf zurück, dass diese Politiker*innen angesichts des Zeitgeistes keine Möglichkeit gesehen hätten, das erkannte Problem auf die politische Agenda zu setzen und zu unmittelbar umsetzbaren Lösungen zu gelangen (i4).

Nach eigener Aussage habe die Person Anfang der 1990er Jahre mehrfach (fach-)öffentlich darauf hingewiesen, die Programme zur Förderung des Wohnungsbaus in den neuen Ländern seien angesichts der Wanderungsbewegungen und Bevölkerungsprognosen *„eigentlich fehlgeleitet“* und würden den *„Leerstand der Zukunft“* produzieren (i4). Ihre Warnungen seien zwar wahrgenommen, aber nicht weiterverfolgt worden. Belegen lassen sich diese Interviewaussagen mangels textlicher Manifestierungen lediglich insofern, als dass die Person das Thema in den 1990er Jahren weiterverfolgt und in Publikationen, Vorträgen und Diskussionsrunden jeweils am Rande erwähnt. Dass die Person das Thema in den 1990er Jahren nicht in das Zentrum der Betrachtung rückt, erklärt sie selbst damit, dass sie keine Anfragen für einschlägige Vorträge und Projekte erhalten habe. Solche Anfragen hätten aber für sie oft den Anstoß gegeben, eine Fragestellung zu vertiefen, um anschließend die Ergebnisse in wissenschaftlichen Artikeln zu publizieren (i4).

Zwar keimt in den geschilderten Diskussionen hin und wieder das Potenzial für eine breite planungswissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte auf, diese tritt jedoch in den 1970er und 1980er Jahren nicht ein. Die Interviewaussagen geben Anhaltspunkte dafür, dass das systemübergreifend vorhandene Widerstreben gegenüber der Thematisierung von Schrumpfungsprozessen Ende der 1980er Jahre abgebaut wird. Ab 1989 setzt allerdings die deutsche Wiedervereinigung ein, über deren abrupte Wirkung auf den Schrumpfungsdiskurs Einigkeit bei den befragten Personen sowie in der planungswissenschaftlichen Literatur besteht: Durch die *„Einheitseuphorie“* werden Diskussionen zur Schrumpfung nicht nur überlagert, sondern größtenteils geschlossen, weshalb durch sie ein Endpunkt für die Vorläufer des Schrumpfungsdiskurses markiert wird.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Der gesamte Verlauf der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema *Schrumpfende Städte* in der Planungswissenschaft gibt Anhaltspunkte zur Erklärung von Themenkarrieren. Zu diesem Verlauf zählen Beiträge aus den 1970er und 1980er Jahren, die bereits grundlegende Fragestellungen entwickeln und wesentliche Erkenntnisse hervorbringen. Allerdings ermüdet die (fach-)öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren. Als das Thema Anfang der 2000er Jahre zu einem dominanten Diskurs in der Planungswissenschaft wird, geschieht dies weitestgehend ohne Bezüge zu den Beiträgen aus den vorangegangenen Jahrzehnten. Das anfängliche Widerstreben und die Ignoranz gegenüber dem Thema seitens der Politik und Teilen der Planungswissenschaft erfahren die Protagonist*innen Ende der 1990er noch einmal in ganz ähnlicher Form, wie es bereits in den 1970er und 1980er Jahren erlebt wurde.

Die im Rahmen der Vorläufer des Schrumpfungsdiskurses diskutierten Inhalte – Bevölkerungsprognostik, Entleerung der Innenstädte, Großwohnsiedlungen, Strukturwandel – sind nicht als ein kohärenter, aufeinander aufbauender Diskurs zu sehen. Vielmehr handelt es sich um eigenständige Vorstöße aus jeweils unterschiedlichen Forschungstraditionen. Dennoch lassen sie sich im Nachhinein der ab Ende der 1990er Jahre entstehenden Themenkarriere *Schrumpfende Städte* zuordnen. Die Problemdiagnosen, Begriffe und Handlungsempfehlungen sind teilweise deckungsgleich mit jenen der 2000er Jahre. Weil aber der Diskurs ab Ende der 1990er Jahre nur marginal auf die Diskussionen aus den vorangegangenen Jahrzehnten aufbaut, lässt sich trotz inhaltlicher Überlappungen kaum von einer zusammenhängenden Kommunikation sprechen.

Die Vorläufer der Themenkarrieren zeigen einerseits, dass die Planungswissenschaft gesellschaftliche und räumliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und Lösungsvorschläge entwickeln kann. Andererseits wird deutlich, dass die planungswissenschaftlichen Vorstöße in der Planungspolitik und -praxis nicht resonieren. Sie werden stattdessen ignoriert, belächelt oder abgelehnt. Dies führt dazu, dass die jeweiligen Initiativen auch innerhalb der Planungswissenschaft nicht weiterverfolgt werden und verhallen. Die einschlägig Forschenden wenden sich nach drei bis sechs Jahren schwerpunktmäßig anderen Themen zu. Ohne das wissenschaftsexterne Interesse ist die Planungswissenschaft offenbar nicht in der Lage, das Thema zu institutionalisieren und einen einschlägigen Wissenskanon über mehrere Jahrzehnte hinweg zu pflegen und weiterzuentwickeln. Zwar gibt es Anhaltspunkte, dass das systemübergreifend vorhandene Widerstreben gegenüber dem Schrumpfungsthema Ende der 1980er Jahre abgebaut wird, nach Einsetzen der Einheitseuphorie ist dieses aber wieder hergestellt. Die 1990er Jahre werden deshalb als Latenzphase der anschließend einsetzenden Themenkarriere *Schrumpfende Städte* eingeordnet.

7.2 1991 bis 1999: Latenzphase

Neben der Einheitseuphorie, die Politik, Öffentlichkeit und Planungswissenschaft für mehrere Jahre erfasst, tragen auch die Ergebnisse aus der Volkszählung von 1987, nach denen im Bundesgebiet ca. 1 Mio. Wohnungen weniger vorhanden sind als vorher angenommen, sowie eine erstarkte Zuwanderung aus dem Ausland zu einer Verdrängung des Themas *Schrumpfende Städte* bei (Spiegel 2007: 18–19; Leib und Mertins 1992: 134; Süddeutsche Zeitung 11.11.1995 zitiert in Jessen und Walther 2007: 385). Der Spiegel Nr. 29 vom 15.07.1991 titelt „*Crash am Wohnungsmarkt: Die Neunziger werden ein Jahrzehnt schlimmsten Wohnungsmangels*“. Dabei wird bereits 1990 in Ostdeutschland ein Leerstand von 420.000 Wohnungen verzeichnet (Hübl et al. 1996: 40). Neben der Abwanderung gerät der ostdeutsche Wohnungsmarkt auch durch den steuerlich subventionierten Wohnungsbau unter Druck, im Rahmen dessen zwischen 1991 und 1999 rund 690.000 neue Wohnungen in Ostdeutschland gebaut werden. Gemäß Aehnelt (2018: 21) sei es „*eine der großen Paradoxien dieser Phase, dass der gesamte Wohnungsüberhang, der sich bis zum Ende des Jahrzehnts auf türmen sollte, rechnerisch allein auf das Konto des Neubaus und nicht der Abwanderung oder Alterung geht*“. Die zwischen 1992 und 2002 eingesetzte Enquete-Kommission zum Thema „*Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik*“ verhandelt primär den Zusammenhang zwischen Alterung und Arbeitsmarkt, während der Bevölkerungsrückgang und seine Auswirkungen kaum eine Rolle spielen (Kaufmann 2005: 30; vgl. Deutscher Bundestag 2002).

Die IBA Emscher, die in den 1990er Jahren eine hohe Aufmerksamkeit seitens der Planungswissenschaft hervorruft, beschäftigt sich mit dem Strukturwandel im Ruhrgebiet und setzt Erneuerungsimpulse. Sie lässt sich als eine Brücke zwischen den Schrumpfungs- und Strukturwandeldiskursen der 1980er Jahre und jenen der 2000er Jahre interpretieren. Allerdings ist auch hier die Thematisierung der – über den montanindustriellen Niedergang hinausgehenden – Schrumpfung in den 1990er Jahren deutlich weniger ausgeprägt als in der Zeit ihrer Vor- und Nachbereitung in den 1980er Jahren bzw. ab dem Jahr 2000 (vgl. Sieverts und Ganser 1993; Mayer und Siebel 1998). Auffällig ist die Rolle Karl Gansers, der in mehreren Interviews und Dokumenten im Schrumpfungskontext als „*kritischer Geist*“ und „*Antreiber*“ beschrieben wird. Er gibt in seinen verschiedenen Funktionen für die BfLR, das Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, die IBA Emscher sowie als profilierter Planungspraktiker und -wissenschaftler in den 1970er, 1980er, 1990er und 2000er Jahren wichtige Anstöße für den Schrumpfungsdiskurs. Indem Ganser die verschiedenen

Jahrzehnte sowie die verschiedenen Teildiskurse – insbesondere Bevölkerungsrückgang, Strukturwandel, planungspraktischer Umgang – miteinander verbindet, lässt er sich als die vielleicht wichtigste Klammer der zeitlich, inhaltlich und personell bislang weitgehend unverbundenen Schrumpfungsdiskurse betrachten.

Insgesamt mahnt die Planungswissenschaft in den 1990er Jahren nur sehr vereinzelt die Beschäftigung mit Schrumpfungsprozessen an. Nur acht planungswissenschaftliche Artikel (von 1.657) beschäftigen sich zwischen 1995 und 1999 mit dem Thema, sechs davon in der PLANERIN, sowie jeweils einer in der RuR und der RAUM. Bezüglich der mangelnden Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema *Schrumpfung* resümiert Hannemann im Jahr 2004 (S. 75), das Zulassen und Steuern von Schrumpfung sei in den 1990er Jahren in der Politik nicht diskussionsfähig gewesen und es scheine fast „*als habe sich die Stadtforschung über Jahre dem ‚Denkverbot‘ der Politik unterworfen*“. Ganser (1997: 8–9) zeigt auf, wie bequem eine Abkehr vom unangenehmen Nachdenken über eine Steuerung rückläufiger Entwicklung zu einer „*erneuten Wachstumseuphorie*“ gewesen sei und konstatiert, dass so „*mühsam aufgebautes Bewusstsein*“ zerschlagen worden sei.

Einen ersten Impuls für die erneute planungswissenschaftliche Verhandlung des Themas bietet eine 1996 erscheinende Studie des Pestel-Instituts im Auftrag der DSL-Bank (vgl. Hübl et al. 1996). Sie prognostiziert einen Wohnungsüberhang von einem Drittel des Bestandes bis 2010 und kommt zu dem Schluss, dass 750.000 Altbauwohnungen abgerissen werden sollten. Einige Planungswissenschaftler*innen registrieren die sogenannte Pestel-Studie vorübergehend mit Interesse, allerdings fällt die fachöffentliche Resonanz weitgehend ablehnend und stellenweise vernichtend aus (Aehnelt 2018: 22). So wird der Bericht als interessegeleitet, methodisch fragwürdig und unseriös eingestuft. Die Gegenpositionierung der Politik wird indessen gestützt, nach der die Nachkriegs-Neubaubestände für die Wohnungsversorgung unverzichtbar seien und die Weiterentwicklung der großen Siedlungen geboten sei (vgl. Großhans 1997: 103; Rietdorf 1997a: 52, 1997b). Nelle (2018: 61) konstatiert, die Studie sei „*mit der Thematisierung des Abrisses den Diskursen ihrer Zeit [...] um ein paar Jahre voraus*“. Ein weiterer Impuls geht von einem Wissenschaftsforum der Universität Bremen im November 1996 aus, das das „*Verschwinden der Städte*“ in den Fokus stellt und einschlägigen Beiträgen von Ganser, Häußermann und Siebel (u. a.) ein Forum bietet (vgl. Krämer-Badoni und Petrowsky 1997).

In einigen ostdeutschen Städten kommen ab 1996 in Veranstaltungen vermehrt die Themen Leerstand und Bevölkerungsrückgang auf, sie werden jedoch nicht systematisch aufgegriffen (Reuther 2003: 577). 1997 widmet sich die SRL-Jahrestagung sowie die in der Folge erscheinende Ausgabe der PLANERIN der

„*Stadt im harten Wandel*“, stellt dabei aber nicht die ebendort diagnostizierten Leerstände in den Kernstädten und Großwohnsiedlungen in den Mittelpunkt, sondern die Entwicklungen in der „*Zwischenstadt*“ gemäß der so betitelten Neuerscheinung von Thomas Sieverts (1997). Mit der *Zwischenstadt* thematisiert Sieverts den Siedlungsraum, der weder dem städtischen noch dem ländlichen Raum zugeordnet werden kann, und problematisiert die mangelnde Aufmerksamkeit der Planung für diesen Typ der fragmentierten Stadtlandschaft. In den Folgejahren weisen einige weitere Veröffentlichungen auf Missstände in den Neubausiedlungen der neuen Bundesländer hin und fordern die Entwicklung von Konzepten, die auch Teilrückbau und Abriss miteinschließen (vgl. insb. BMVBW 1999; BBR 2000a) (Aehnel 2018: 22–23; Nelle 2018: 61). Auch in der Planungspraxis lässt sich bereits der Beginn eines Umdenkprozesses beobachten. 1998 werden erstmals Abrissmaßnahmen in ostdeutschen Großwohnsiedlungen im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms „*Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete*“ gefördert, sofern städtebauliche Missstände als Fördertatbestand nachgewiesen werden (Haller und Nelle 2018: 189–190; Rietdorf et al. 2001: 10–11). In Leipzig wird 1998 mit der „*Neuen Gründerzeit*“ ein Programm aufgelegt, das zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität erstmals auch den Rückbau bestehender Gründerzeitstrukturen forciert (Glock 2006: 130–131).

Ende der 1990er Jahre beginnen an verschiedenen Instituten in Ostdeutschland junge Planungswissenschaftler*innen das Thema *Schrumpfung* aufzugreifen. Die in Abschnitt 7.1 benannten (planungs-)wissenschaftlichen Erkenntnisse der Vorläufer zum Thema *Schrumpfende Städte* spielen für ihr wachsendes Interesse zunächst keine Rolle. In den Interviews schildern die Pionier*innen ihre Themenfindung stellenweise wie eine Art Puzzle. Um selbst ein Problembewusstsein zu entwickeln, aber auch um anderen Akteur*innen dies vermitteln zu können, hätten die Forschenden verschiedene Teilaspekte gemeinsam betrachten müssen: Aktuelle Daten aus der Wohnungsmarktbeobachtung (insb. Hübl et al. 1996), Erkenntnisse aus einzelnen (Forschungs-)Projekten mit unterschiedlichen regionalen und thematischen Schwerpunkten, die gemeinhin wahrgenommenen Herausforderungen in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen, leerstehende Altbauten und nicht zuletzt das alltägliche Erleben der Schrumpfung. Letzteres sei für eine interviewte Person besonders ausschlaggebend gewesen:

„Ich glaube, dass [...] der Anstoß dieser Auseinandersetzung vielleicht gar nicht durch akademische Inspirationen kam – Publikationen oder politische Diskurse, die aufkommen und die man wahrnimmt –, sondern durch Schrumpfungserfahrungen in der Region, in der man lebt. [...] Da, wo ich gewohnt habe, war eine Art Wohnungsruinenfeld, unglaublich viel Leerstand mit brach gefallenem Grundstücken, mit eingestürzten

Häusern. [...] Es war klar irgendwie, dass die räumliche Planung und Politik darauf reagieren muss. Und ebenso klar war, dass es ein völlig neues Thema ist und dass Planung überhaupt nicht darauf vorbereitet ist. Es waren, glaube ich, alltägliche Wahrnehmungen verstärkt eben durch so einen beginnenden Diskurs, der sich entwickelt hat, der uns [...] und mir gezeigt hat: Das ist ein Riesenthema, wir müssen da irgendwie ran.“ (i5)

Für die Akteur*innen sei anfangs der formelle (bspw. interne review-Verfahren) und informelle (bspw. Gespräche nach Feierabend) Austausch mit Kolleg*innen sowie mit reflektierten Stakeholder*innen aus der Praxis maßgeblich für die Verfolgung des Themas gewesen, insbesondere dann, wenn die Gesprächspartner*innen unterschiedliche professionelle oder disziplinäre Hintergründe mitgebracht hätten (bspw. Raumplanung, Soziologie, Bevölkerungsforschung, Wohnungswirtschaft). Über einen einschlägig interessierten Personenkreis an ihrer planungswissenschaftlichen Einrichtung sagt eine Person:

„Dann gab es weitere Kollegen [mit unterschiedlichen Forschungshintergründen], die sich ebenfalls für das Thema interessiert haben. Also ich würde mal so sagen es waren fünf bis sechs Leute. Aber es war nicht institutionalisiert, [...] es war eher ein loses Netzwerk von Themeninteressierten, die das diffuse Gefühl hatten: Da ändert sich was, da kommt irgendwas. Wir müssen uns da intensiver mit befassen.“ (i6)

Zwar schildern die befragten Personen, dass ihnen bereits Ende der 1990er Jahre klar geworden sei, dass das Thema die Raumplanung langfristig beschäftigen würde und dass diese noch nicht über das benötigte Problembewusstsein und die Lösungskompetenz verfüge. Jedoch sei weder die hohe Dringlichkeit, mit der das als Langzeitphänomen wahrgenommene Thema in den Folgejahren verhandelt worden sei, noch das Ausmaß der einsetzenden fachinternen Aufmerksamkeit für die Akteur*innen absehbar gewesen. So ist auch zu erklären, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema anfangs kaum auf eine strategische Motivation zurückzuführen ist. Vielmehr berichten die Interviewten von einer wachsenden persönlichen „Faszination“ für die Schrumpfungsproblematik (i7). Über den Zeitraum 1997 bis 1999 sagt eine Person:

„Es war glaube ich wirklich, wie man so schön sagt, ein intrinsisches Interesse. Wir fanden das einfach spannend. Raumplaner sagen immer gerne ‚Das ist spannend‘, aber das ist wirklich auch so gemeint. Das hat uns schon fasziniert. Auch diese damalige Physis [ostdeutscher Städte] hat mich total fasziniert. Das war auch einer der Gründe, wieso ich [aus einer westdeutschen in eine ostdeutsche Großstadt] gegangen bin, weil mich das wirklich interessiert hat. Also diese Überformung des Sozialismus

und dann aber auch diese unverkennbaren Schrumpfungsspuren durch Deindustrialisierung, Abwanderung, baulichen Verfall, den die DDR ja nicht verhindern wollte, der Innenstädte. Das fand ich einfach erstmal faszinierend. Das hat eine Grundmotivation kriert und verfestigt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.“ (i8)

Der so gelagerten Motivation folgend, äußert sich die Beschäftigung mit dem Thema zunächst auch nicht in schwerpunktmäßigen Bemühungen innerhalb des Systems Wissenschaft. Wenn es zu einschlägigen Vorträgen und Publikationen kommt, so sind diese von geringer reputativer Strahlkraft, wie bspw. im Kontext einer Festschrift oder eines lokalen Symposiums.

Eine weitere interviewte Person befasst sich bereits seit Beginn der 1990er Jahre mit Großwohnsiedlungen, ihren Bewohner*innenstrukturen und Stakeholder*innen. Die Wahl dieses Themas sei in den ersten Forschungsjahren weitestgehend durch Vorgesetzte festgelegt und durch sie selbst nie in Frage gestellt worden. Auf größeren Konferenzen sei ihr jedoch der Eindruck vermittelt worden, sie beschäftige sich mit einem weniger reizvollen, randständigen Thema. Die Person selbst habe ihre Fachkolleg*innen zeitweise um ihre resonanzträchtigeren Themen beneidet, wie die folgende Aussage zeigt:

„Naja sagen wir es mal so: Plattenbaugebiete sind ja nun nicht unbedingt sonderlich sexy [...]. Man steht so manches Mal mitten im Plattenbaugebiet und denkt sich: Jetzt ein Café und einen schönen Cappuccino. Und es ist weit und breit nichts als quadratisch, praktisch, gut. Abstandsgrün und Wind, der einem um die Nase weht. Das sind dann so die Momente, wo man eigentlich mehr sich selbst so ein bisschen belächelnd sagt: ‚Ach, hätte ich mich doch mal mit anderen Dingen beschäftigt‘. Aber ich habe meine Arbeit zu dem Themenfeld eigentlich nie in Frage gestellt in dem Sinne: ‚Das mache ich jetzt nur, weil ich muss‘.“ (i9)

Ab dem Jahr 1996 sei die Person im Rahmen ihrer Forschung durch Gespräche und Befragungen mit Akteur*innen der Wohnungswirtschaft darauf aufmerksam geworden, dass der zunehmende Leerstand in Großwohnsiedlungen für manche Wohnungsunternehmen zu einem existenzgefährdenden Problem werden könne. Allerdings sei ihre Problemwahrnehmung zunächst nur auf ihren Forschungsgegenstand Großsiedlungen bezogen gewesen. Die Person habe zu dem Zeitpunkt nicht gesehen, dass es schon zur Wendezeit rund 400.000 leerstehende Wohnungen in Ostdeutschland gegeben habe, die auf Verfallserscheinungen in Altbauten und auf ganz andere Eigentümergruppen zurückgingen. Den Moment, in dem sie ausgehend von ihrem eng abgegrenzten Thema Großsiedlungen, angestoßen unter anderem durch die oben genannte Pestel-Studie, die gesamtstädtische Problematik des Leerstands „*begriff*“, beschreibt die Person als „*irritierend*“:

„Denn man hätte gerade die Probleme der Stadtentwicklung in Ostdeutschland viel früher in ihrer Dimension erkennen können, wenn man sich eben nicht fokussiert hätte auf nur Großsiedlungen oder nur historischen Altbaubestand. Das war der Punkt, [...] wo sich so allmählich das Themenfeld aufgeweitet hat.“ (i9)

Es folgen eigene Forschungen und Veranstaltungen zum Thema Leerstand. Mehr und mehr greift die Person in ihren Publikationen neben Strategien zur Aufwertung von Großwohnsiedlungen verstärkt die Themen Abwanderung, Mieterfluktuation und Leerstand auf.

Die Pionier*innen berichten von dem Widerstreben einiger etablierter Wissenschaftler*innen, Vorgesetzter und Politiker*innen in der Zeit vor der Jahrtausendwende. Dieses habe sich etwa darin manifestiert, dass keine Projekte mit einschlägigem Bezug in Auftrag gegeben worden seien, dass einschlägige Wortbeiträge auf Veranstaltungen Ablehnung erfahren hätten oder dass durch Vorgesetzte Maßnahmen ergriffen worden seien, um Mitarbeiter*innen von der Beschäftigung mit dem Thema abzubringen. Eine Person schildert etwa, wie Nachwuchswissenschaftler*innen an ihrer Einrichtung das Thema bereits diskutiert und erforscht hätten, während die etablierten Wissenschaftler*innen das Thema zugunsten anderer Themen strukturell vernachlässigt hätten – solange bis das Thema auf die politische Agenda gelangt sei:

„Also ich habe das Gefühl, dass dieses Thema eher so bottom-up [in unserer Einrichtung] institutionalisiert worden ist [...], dass von der Leitung [...] zunächst andere Schwerpunkte bis ungefähr zur Jahrtausendwende gesetzt worden sind. Dann kam es ja auch in der Politik, und es ist extrem diskursmächtig geworden, dieses Thema. Aber so die ersten Jahre, so 1997, 1998, 1999, gab es eine kleine Gruppe von Interessierten im Institut, die das ein bisschen auf die Agenda gesetzt hat. [...] Aber es war nicht sofort oder nicht relativ schnell Politik [der Einrichtung] sich damit zu befassen.“ (i10)

Die entgegengebrachte Ablehnung brachte die Akteur*innen nicht von ihrem einschlägigen Interesse ab. Teilweise habe sie zu der wachsenden Motivation beigetragen, sich mit dem Thema *Schrumpfung* intensiv zu beschäftigen. Die Pionier*innen hätten sich vermehrt mit Akteur*innen auseinandergesetzt, die über ein deutlich schwächer ausgeprägtes empirisches Fundament verfügten, von denen sie sich in ihren teilweise abweichenden Positionen aber nicht ernst genommen gefühlt hätten:

„Da eine eigene Linie zu finden und zu sagen: Was passiert denn hier eigentlich tatsächlich? Hat mich dann beschäftigt bis zu dem Punkt meiner Dissertation, wo ich gesagt habe: ‚Okay, wenn ich über einen längeren Zeitraum immer wieder den

unterschiedlichsten Diskursen ausgesetzt bin, möchte ich mit so einer Dissertation auch einen Punkt finden, wo man die eigene Position auch mal festhält, und deutlich macht, und sie auch belegt.“ (i11)

„In dem Moment, wo wir gemerkt haben ‚man kommt [...] um das ganze Leerstandsthema nicht herum, es muss thematisiert werden‘, da erntet man erstmal unendlich viel Gegenwind. Und man muss natürlich gucken, wie bettet man es ein, wie begründet man es [...]. Wo dann die Leute gesagt haben: ‚Was Ihr uns hier erzählt zu Schwedt oder Stendal, das ist doch alles Quatsch. Das ist doch nur vorübergehend, das waren besondere Bedingungen, das kann man überhaupt nicht übertragen.‘ Da braucht man ja Argumente, um in der Diskussion dann irgendwie bestehen zu können.“ (i12)

Zur Stärkung der eigenen Position, forschen die Planungswissenschaftler*innen nach Argumenten, die über ihren ursprünglichen Forschungsgegenstand hinausgehen. Eine Person stößt dabei unter anderem auf die Publikationen von Häußermann und Siebel. Faszinierend seien hierbei insbesondere die damals in ähnlicher Weise vorliegenden Barrieren der Thematisierung gewesen und *„wie wenig an Aufmerksamkeit und wie viel an Abwertung oder Abwehrhaltung von Fachkollegen auch da war“* (i13). Eine solche Abwehrhaltung habe die befragte Person auch in ihrem direkten Arbeitsumfeld zu spüren bekommen. Während ihr*e Vorgesetzte*r den Großteil seines*ihres planungswissenschaftlichen und planungspraktischen Lebenswerks durch die Schrumpfungs- und Stadtumbau-Debatte gefährdet gesehen habe, sei sie selbst *„viel weniger befangen in der Auseinandersetzung“* gewesen (i13). Lange in der zweiten Reihe stehend, sei sie nun in der Fachöffentlichkeit und darüber hinaus als Person wahrgenommen worden:

„Naja, als diese ganze Schrumpfungs- und Leerstandsdebatte hochkam, habe ich mich teilweise schon sehr deutlich positioniert. Also auch im Rahmen von Veranstaltungen: ‚Das ist ein Thema, damit müssen wir uns beschäftigen, [...] ob wir es schön finden oder nicht‘. Damit habe ich mich natürlich an vielen Stellen auch ein bisschen gegen den Mainstream gestellt. [...] Klar, da fingen dann auch Konflikte an, was dann auch dazu geführt hat, dass [von einer vorgesetzten Person] direkt bestimmte Sachen an mich herangetragen worden sind. In dem Sinne: ‚Können Sie sich nicht mal hiermit oder damit beschäftigen?‘ So ist dieses [andere Thema ohne Schrumpfungsbezug] an mich herangetragen worden.“ (i13)

Der Beginn dieses Zitats markiert den – erst im Nachhinein erkennbaren – Phasenübergang von der Latenz- zur Durchbruchphase: Es wird erstmals von einer *„Debatte“* gesprochen, die an Resonanz gewinnt. Eine explizite Positionierung

in dem Thema erscheint plötzlich erstrebenswert. Den Schilderungen der Pionier*innen zufolge reagieren die etablierten Akteur*innen bis jetzt entweder gar nicht oder sie ergreifen Maßnahmen gegen das Aufkommen des Themas. Das Nicht-Reagieren lässt sich noch damit erklären, dass die etablierten Akteur*innen die Debatte nicht zur Kenntnis nehmen (wollen). Das aktive Ergreifen von Maßnahmen der Verhinderung zeigt dagegen, dass das Thema einschließlich inhaltlicher, sozialer, politischer und räumlicher Dimensionen auch für Außenstehende sichtbar wird. Inwieweit die Abwendung des Themas gelingen kann bzw. inwieweit sich auf der anderen Seite die Investitionen der Pionier*innen auszahlen, ist bis zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar. Noch ist möglich, dass die Pionierarbeiten, ähnlich wie jene der 1970er und 1980er Jahre, verhalten.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ab Mitte der 1990er Jahre sind mehr und mehr einschlägige Aktivitäten und Kommunikationen in der Planungswissenschaft zu verzeichnen. Einige Pionier*innen beginnen dem Thema *Schrumpfende Städte* Zeit und Ressourcen zu widmen. Das Aufgreifen des Themas in der Latenzphase ergibt sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Impulse, wobei Gespräche mit Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie persönliches Erleben eine wichtige Rolle einnehmen. Zunehmend schreiben die Pionier*innen dem Thema eine hohe Bedeutung zu, auch wenn sie die Dimensionen der Fokussierung in den Folgejahren nicht vorhersehen. Sie beginnen Daten zusammenzutragen und über das Thema zu kommunizieren – zunächst über weniger reputationsträchtige Kanäle (bspw. Gespräche, Vorträge, Jubiläumsbände). Sie sind dabei mit verschiedenartigen institutionellen Hemmnissen in Bezug auf die Themenwahl konfrontiert: Desinteresse oder Anfeindungen seitens der Fachgemeinschaft, Ignoranz oder Sanktionierung seitens der Vorgesetzten, ausbleibende Resonanz und fehlende Mittelzuweisungen seitens wissenschaftsexterner Akteur*innen. Sie selbst sind fasziniert von dem Thema, was unter anderem auf die Diskrepanz zwischen der zunehmend für sie erkennbaren Dimension der Problematik auf der einen und der fachgemeinschaftlichen Nichtbeachtung auf der anderen Seite zurückzuführen ist.

Die strukturellen Hemmnisse wirken einerseits demotivierend und lenken die Aufmerksamkeit auf andere Themen, deren Bearbeitung einfacher und gewinnbringender erscheint. Andererseits hat gerade die strukturelle Ignoranz einen motivierenden Effekt, denn die Pionier*innen müssen Argumente zusammentragen, wenn sie Resonanz für ihre einschlägigen Erkenntnisse erhalten wollen. Da sie von der Wichtigkeit des Themas überzeugt sind, investieren sie Zeit und Ressourcen, um die benötigten Kompetenzen zu erlangen. Dadurch entstehen in den letzten

vier Jahren der Latenzphase Wissen sowie ein – noch weitgehend unverbundener – Expert*innenkreis zum Thema *Schrumpfende Städte*. In der Retrospektive lässt sich feststellen, dass damit eine Fundierung für den direkt anschließenden Durchbruch geschaffen wird. Das heißt, Pionier*innen erarbeiten epistemisches und soziales Kapital, auf das in den Folgejahren aufgebaut wird.

Den Schilderungen der jungen Planungswissenschaftler*innen zufolge ignorieren die etablierten Planungswissenschaftler*innen in der Latenzphase zunächst das Thema. Damit einher geht das Aufrechterhalten der präferenziellen Allokation von Ressourcen zugunsten anderer Themen. Als die Etablierten erste Zeichen des Aufkommens einer Debatte erkennen, ergreifen sie partiell sogar aktiv Maßnahmen zur Verhinderung des Themas. Ihr wissenschaftliches Kapital ist zum Teil an die Allgemeingültigkeit des Wachstumsparadigmas gebunden, das sie nun im Kontext ihres Forschungsfeldes in Frage gestellt sehen. Auch die emotionale Verbundenheit gegenüber dem eigenen Lebenswerk spielt dabei eine Rolle. In der Latenzphase ist noch nicht absehbar, ob, wann und in welcher Form das Thema einen disziplinweiten Durchbruch erfahren wird.

7.3 2000 bis 2001: Durchbruchphase

Im Juli 2000 erscheint die 9. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, die von einem Rückgang der Bevölkerung in Deutschland um 12–17 Millionen bis zum Jahr 2050 ausgeht (Statistisches Bundesamt 2000). Gemäß Mäding (2006: 339) führt diese Veröffentlichung „zu einem Wendepunkt in der öffentlichen Aufmerksamkeit und zu einer anhaltenden Debatte auch in den Medien über Ursachen, Quantitäten und Folgen der demographischen Prozesse und über politische Handlungsmöglichkeiten“. Für viele Planungswissenschaftler*innen markiert insbesondere der im November 2000 veröffentlichte Bericht der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ (Lehmann-Grube-Kommission) (Pfeiffer et al. 2001) den Durchbruch der Debatte um Schrumpfende Städte, nicht nur in Bezug auf das Maß der Aufmerksamkeit. Auch bezüglich der inhaltlichen Lenkungswirkung bzw. des Framings ist der Bericht wirkmächtig, mit dem Ergebnis der vorübergehenden Fokussierung auf das ökonomische Problem des massenhaften Wohnungsleerstandes Anfang der 2000er Jahre (Jessen und Walther 2007: 385). Die Bedeutung der beiden genannten Publikationen spiegelt sich in den Zitationen wider (siehe Tab. 7.1).

Tab. 7.1 Meistzitierte Publikationen in planungswissenschaftlichen Artikeln zum Thema *Schrumpfende Städte* zwischen 2000 und 2003 (bzw. ergänzend zwischen 2004 und 2014)

Erscheinungsjahr und Titel der Publikationen, die zwischen 2000 und 2003 am häufigsten in einschlägigen Artikeln zitiert werden		Erscheinungsjahr und Häufigkeit der zitierenden Artikel					
Jahr	Titel	00	01	02	03	00–03	04–14
2000	Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern		1	1	4	6	3
2000	Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung		1	2	2	5	2
1997	Zwischenstadt: Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land			2	2	4	6
1988	Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie	1			3	4	1
2001	Stadtentwicklungskonzepte als Voraussetzung für Aufwertung & Rückbau		1		3	4	0

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

Die Lehmann-Grube-Kommission ist im Februar 2000 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) konstituiert worden. Sie setzt sich aus 17 Mitgliedern zusammen, darunter primär Akteur*innen der Wohnungswirtschaft und der Kommunalpolitik, mit Werner Rietdorf aber auch ein Planungswissenschaftler. Er ist Abteilungsleiter am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) Erkner, das bereits im Vorfeld der Kommission gegenüber dem BMVBW auf die Leerstandsproblematik hingewiesen hat und der Kommission mit verschiedenen Studien zuarbeitet (vgl. Rietdorf et al. 2001).

In ihrer Analyse stellt die Lehmann-Grube-Kommission fest, dass es einen strukturellen Leerstand von rund einer Million Wohnungen in Ostdeutschland gebe und ein weiterer Anstieg des Leerstands zu erwarten sei. Zahlreiche Handlungsempfehlungen der Kommission finden innerhalb weniger Jahre Eingang in die Gesetzgebung, darunter die Abrissförderung für 300.000 bis 400.000 Wohnungen in zehn Jahren, die Anpassung der Eigenheimzulage sowie die „*flankierende Entwicklung eines neuen Typus der Stadtentwicklungsplanung*“ (Stubbe 2004: 65; Aehnel 2018: 23–27). Aufbauend auf dem Lehmann-Grube-Bericht wird im Jahr 2001 der Wettbewerb „*Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen*“ initiiert. Er stellt ostdeutschen Kommunen bis zu 125.000 Euro für die Erarbeitung und Einreichung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten sowie fachliche Unterstützung zur Verfügung. 259 Kommunen und

10 Stadtteile Ostberlins nehmen daran teil (BMVBS 2012b). Hieran anknüpfend wird im Jahr 2002 das gleichnamige Städtebauförderungsprogramm aufgelegt, das den ostdeutschen Städten insbesondere durch Rückbau und durch die Aufwertung innerstädtischer Quartiere wieder zu intakten Stadtstrukturen und Wohnungsmärkten verhelfen soll (Nagel und Preibisch 2001: 542). Im Rahmen des Programms werden in den Jahren 2002 bis 2005 jeweils ca. 150 Millionen Euro eingesetzt (BMVBS 2012a: 12).

Die interviewten Personen nennen einhellig die Lehmann-Grube-Kommission und das Programm Stadtbau Ost als die wichtigsten Faktoren, die die Resonanz auf das Thema *Schrumpfung* und die eigenen Forschungsergebnisse in der ostdeutschen Politik schlagartig verändert haben. Eine Person schildert diesen „*Moment*“ folgendermaßen:

„In dem Moment als die Ergebnisse des Gutachtens da lagen und gesagt worden ist: ‚Es gibt eine Million leerstehende Wohnungen. Um den Abriss wird man hier nicht herum kommen. Wir schlagen vor Förderprogramme zu machen. Wir schlagen auch vor einen Wettbewerb zu machen, sodass alle die, die künftig mal an so einem Stadtbauprogramm partizipieren wollen, sich auf der konzeptionellen Ebene erstmal fit machen.‘ In dem Moment war das ganze Thema Schrumpfung plötzlich öffentlich diskutierbar. Im Sinne von: Wenn ich mich zum Leerstand und damit auch zur Schrumpfung bekenne, habe ich die Möglichkeit, im nächsten Schritt an Förderungen zu partizipieren.“ (i14)

Das bislang kaum öffentlich vollzogene Eingeständnis der Schrumpfung wird nun mit einem starken finanziellen Anreiz versehen, der bei einem Großteil der Kommunen und Stadtteile ausschlaggebend für das erstmalige Bekenntnis zur Schrumpfung gewesen sein dürfte. Diese Dynamik wird dadurch verstärkt, dass viele Wohnungsunternehmen aufgrund des Leerstandes in ihrer Existenz gefährdet sind und die finanziellen Mittel der Kommunen zunehmend verknappen (Rietdorf et al. 2001: 10; Reuther 2003: 577). Reuther (2003: 577) resümiert hierzu: Ein lange „*von den allgemeinen Wachstumserwartungen und erheblichen Transferleistungen zur Sanierung und Erweiterung der baulichen Substanz*“ überlagertes Problem sei so „*zutage gefördert*“ bzw. plötzlich verstärkt wahrgenommen und mit hoher Dringlichkeit auf die Agenda gehoben worden. Weiterhin konstatiert sie:

„In einem erstaunlich kurzen Zeitraum haben sich die verschiedenen Akteure der Stadtentwicklung [...] über die Grenzen ihrer eigenen Vorstellungskraft und ihrer traditionellen Ressorts hinaus neu orientiert und müssen sich nun praktisch verhalten. Die Stadtplanungspraxis in Deutschland hat einen innovativen und kreativen Moment erlebt.“ (Reuther 2003: 575)

Das Forschungsdesign dieser Arbeit ist nicht darauf ausgelegt nachvollziehen zu können, wie das Thema *Schrumpfende Städte* in den Medien und in der Politik aufkam (für Letzteres siehe insb. Bernt 2017). Angesichts der starken Einflussnahme dieser Systeme auf die Planungswissenschaft ist aber bemerkenswert, dass an keiner Stelle – weder in den Interviews noch in der wissenschaftlichen Literatur – geäußert wird, dass die durchaus vorhandenen planungswissenschaftlichen Erkenntnisse und Vorstöße den Durchbruch in Politik, Medien und Planungswissenschaft befördert hätten. Stattdessen wird die zentrale Rolle der Wohnungs- und Kreditwirtschaft, der Bundes- und Länderpolitik sowie der Ministerialbürokratie hervorgehoben. Für eine weitergehende Analyse in diese Richtung wäre bspw. die Rolle des IRS bei der Entstehung der Lehmann-Grube-Kommission sowie des Stadtumbauprogrammes zu untersuchen. Zweifelsfrei lieferte das IRS vor, während und nach der Lehmann-Grube-Kommission wichtige und vielbeachtete planungswissenschaftliche Erkenntnisse. Inwieweit das Institut aber darüber hinaus mitwirkte, initiale Impulse zu geben und das Thema politisch zu setzen, ist fraglich.

Die in Abschnitt 7.2 erwähnten, bereits vor dem Jahr 2000 an dem Thema interessierten, jungen Planungswissenschaftler*innen erleben die plötzlich einsetzende Dynamik im öffentlichen Diskurs sehr bewusst. Trotz ihrer Pionierrolle werden sie von der tatsächlichen Dimension der Schrumpfung noch einmal überrascht, als diese ab dem Ende der 1990er Jahre deutlich zu Tage tritt. Aufgrund der sich abzeichnenden hohen gesellschaftlichen Relevanz, bei gleichzeitig noch geringer fachinterner Aufmerksamkeit, erkennen die Pionier*innen vermutlich im Laufe des Jahres 2000, dass das Thema *Schrumpfung* nicht nur für die Planungswissenschaft, sondern auch für die eigene wissenschaftliche Karriere ungenutztes Potenzial besitzt. Ab dem Jahr 2000, vor Erscheinen des Lehmann-Grube-Berichts, gründen im Rahmen der ARL zuerst ostdeutsche Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) Arbeitsgruppen zum Thema *Schrumpfung* (vgl. bspw. Müller und Siedentop 2003). Im Rahmen solcher formeller Programme und Austauschformate werden erste Veranstaltungen mit explizitem Schrumpfungsbefugnis einberaumt, in denen ein wachsender Akteur*innenkreis einen Rahmen für die planerische und planungswissenschaftliche Verhandlung des Themas abstecken kann.

Große Teile der Fachgemeinschaft haben den Eindruck, es mit einem gänzlich neuen Phänomen zu tun zu haben. Davon zeugen nicht nur die Interviews, sondern auch die Zitationen, unter denen sich kaum Rückgriffe auf ältere planungswissenschaftliche Arbeiten finden². Ein weiteres Muster zeigt sich in den

² Selbstzitationen ausgenommen

Zitationen: Unter den acht Publikationen, die zwischen 1997 und 2002 mehr als einmal zitiert werden³, ist Sieverts' „*Zwischenstadt*“ die einzige, die nicht auf eine*n institutionelle*n Auftraggeber*in zurückgeht (siehe Tab. 7.2). Hierbei ist anzumerken, dass „*Zwischenstadt*“ (1.) auch in den nicht einschlägigen Artikeln zu den meistzitierten Publikationen zählt und dass (2.) die daraus geschöpften Erkenntnisse für sich noch keinen Schrumpfungsbezug enthalten, sondern diesen erst durch die (nachträgliche) Kontextualisierung in den einschlägigen Artikeln bekommen (vgl. Winkel 2002a; Kegler 2002; Reuther 2003). Das Buch ist also eine zentrale Publikation für die gesamte Planungswissenschaft, das thematisch zwar Verknüpfungen zum Schrumpfungsdiskurs erlaubt, aber zunächst nicht selbst in diesem verortet ist.

Tab. 7.2 Meistzitierte Publikationen in planungswissenschaftlichen Artikeln zum Thema *Schrumpfende Städte* aus den Jahren 1997 bis 2002⁴

Jahr	Titel
2000	Stat. Bundesamt: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
2000	Lehmann-Grube-Kommission: Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern
2000	Verband deutscher Hypothekenbanken: Trends der Bevölkerungsentwicklung: Auswirkungen der Bevölkerungsschrumpfung, der Migration und der Alterung der Gesellschaft in Deutschland und Europa bis 2050, insbesondere im Hinblick auf den Bedarf an Wohnraum
2000	BBR: Raumordnungsbericht 2000
1998	Gesamtverband der Wohnungswirtschaft: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern
1997	Sieverts: <i>Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land</i>
1996	DSL-Bank: <i>Zwischen Sanierung und Abriss. Plattenbaugebiete in den neuen Bundesländern</i>
1994	Bundesregierung/BMRBS: <i>Großsiedlungsbericht 1994</i>

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

Nachdem in den fünf Jahren 1995 bis 1999 acht Artikel (von 1.675) einen Beitrag zum Thema *Schrumpfung* enthalten, sind es im Jahr 2000 und 2001

³ Selbstzitationen ausgenommen

⁴ Selbstzitationen ausgenommen

schon jeweils sieben pro Jahr (von 394 bzw. 364). Eindrücklicher ist diese Steigerung zusammen mit der Fokusverschiebung innerhalb der gezählten Artikel: Wurde Schrumpfung vor 2000 fast ausschließlich am Rande besprochen, rückt das Thema 2000 und 2001 in den Mittelpunkt der meisten gezählten Artikel. Im August 2000 widmet die Zeitschrift *RaumPlanung* ihre 91ste Ausgabe dem Schwerpunkt „*Die schrumpfenden Städte*“. Darin wird zum einen festgestellt, dass die Zeitungen immer häufiger über das Thema berichten, es aber gleichzeitig noch ein „*Un-Thema*“ sei, zu dem die „*Professionellen der Stadtplanung, der Kommunalpolitik und der Stadtforschung*“ sich nur zögerlich äußern, „*weil sie nicht die Botinnen mit den schlechten Nachrichten sein wollen*“ (Weiske und Schmitt 2000: 162). Während im Jahr 2000 die *PLANERIN* und die *RaumPlanung* die einzigen planungswissenschaftlichen Zeitschriften sind, in denen einschlägige Artikel erscheinen, kommen im Jahr 2001 die *IzR*, *RAUM* und *disP* mit je einem Artikel hinzu.

Inhaltlich handelt es sich bei den Artikeln des Jahres 2000 und 2001 primär um grundlegende Aufarbeitungen. Sie variieren zwischen wohnungswirtschaftlichen Bestandsaufnahmen, planungstheoretischen Einordnungen sowie Schilderungen ostdeutscher Stadtentwicklungen und dort bereits implementierter Planungsansätze. Wie sich unter anderem anhand der Zitationen zeigt, werden verschiedene Diskursfelder weitergeführt oder neu eröffnet, ohne dass bereits von einem kohärenten, vernetzten Diskurs die Rede sein kann. Die Autor*innen verknüpfen dabei stets, je nach Beitrag in unterschiedlich starker Ausprägung, ihre bisher verfolgten Forschungspfade (bspw. *Großwohnsiedlungen* oder *Regionalentwicklung*) mit dem Thema *Schrumpfung*, was sich auch in einem hohen Anteil an Selbstzitationen niederschlägt.

Über die Zeit vor bzw. nach der Veröffentlichung der Lehmann-Grube-Kommission Anfang 2001 berichtet eine Person im Interview:

„Für uns war das hier [zeigt auf Zeitraum 1998–2000] natürlich eine ganz intensive Arbeitsphase, ohne dass sich das tatsächlich in Produkten niederschlägt. Und eigentlich kann man sagen hier so [2001–2002], zeitgleich mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Expertenkommission, wo plötzlich das Thema in der Öffentlichkeit ist, stellt man fest: ‚Jetzt ist der Zeitpunkt, jetzt kann man sich dazu äußern, jetzt kann man die Sachen publizieren‘. Und das haben wir genutzt.“ (i15)

Die Akteur*innen berichten von Vor- und Nachteilen der plötzlich erstarkten öffentlichen Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema. Auf der einen Seite sei man nach Jahren in der Nische nun in der erfreulichen Situation gewesen, dass ein größerer (fach-)öffentlicher Kreis die eigenen Ergebnisse verfolge und neue Kooperationen möglich werden. Genauso habe man die Beiträge der anderen

Institute und Akteur*innen rezipiert und dadurch Anstöße für wiederum eigene Forschungsaktivitäten erhalten. Auf der anderen Seite habe es Spannungen und Revierdenken im Zuge einer aufkeimenden Konkurrenz um das Thema gegeben, insbesondere auf der Führungsebene. Die Befragten berichten, dass gegenüber der ursprünglichen persönlichen „Faszination“ bzw. dem „*intrinsischen Interesse*“ nun die strategische Dimension viel stärkeres Gewicht bekommen habe. Die fachöffentliche Aufmerksamkeit sowie die Verfügbarkeit von Drittmitteln hätten dazu geführt, dass die Protagonist*innen Druck verspürt hätten, sich durch Projekteinwerbung und Publikationen zu positionieren. So berichtet eine Person:

„BBSR, Umweltministerium, Bauministerium, Umweltbundesamt fingen dann natürlich auch an, das Thema auf die Agenda zu setzen. Da war klar, es gibt Mittel dafür, man muss sich da jetzt aufstellen. [Andere Forschungseinrichtungen] haben auch sehr früh zu erkennen gegeben, dass sie sich mit dem Thema befassen werden. Dann war natürlich eine gewisse Konkurrenz da und uns war klar, man muss sich wettbewerblich aufstellen, um dann Forschungsgelder zu akquirieren. Es kam dann ein externer Impuls dazu: Es geht jetzt auch um Geld!“ (i16)

Die Interviewaussage dokumentiert die Transformation des strukturellen Kontextes. Ab dem Jahr 2001 erzeugen einschlägige Kommunikationen nicht mehr Widerstreben und Ignoranz. Stattdessen, so legt das Zitat nahe, haben Akteur*innen das Nachsehen, die sich nicht umgehend mit eigenen Beiträgen in den fachgemeinschaftlichen Diskurs zum Thema einbringen. Etablierte Akteur*innen müssen erkennen, dass die Tabuisierung und Ausblendung des Themas nicht länger aufrechterhalten werden kann. Plötzlich erscheint es angesichts der nun offensichtlichen, hohen Bedeutung für die Disziplin sogar verwunderlich, dass das Thema seitens der Fachgemeinschaft jahrelang vernachlässigt und ignoriert werden konnte. Bei mehr und mehr individuellen und komplexen Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Planungswissenschaft genießt das Thema zum Ende der Durchbruchphase Priorität.

Mit diesem institutionellen Wandel geht ein starker Anstieg verfügbarer Fördermittel für die einschlägige, planungswissenschaftliche Forschung einher. Der Umfang und die Laufzeit der Förderprogramme deuten an, dass das Thema langfristig zahlreiche Planungswissenschaftler*innen beschäftigen und an Bedeutung gewinnen wird. Das Anlaufen der Drittmittel-geförderten Forschungsprojekte markiert den Übergang von der Durchbruchphase in die Fokusphase. Der Phasenübergang ist darüber hinaus durch die abrupte Zunahme einschlägiger Artikel zwischen dem Jahr 2001 und 2002 dokumentiert.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Jahr 2000 erarbeitet die Lehmann-Grube-Kommission ihren Bericht „*Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern*“. In dieser Zeit werden bereits vermehrt einschlägige Konferenzen und Arbeitskreise einberaumt, um Handlungs- und Forschungsbedarfe zu ermitteln. Vereinzelt fragen öffentliche Auftraggeber*innen planungswissenschaftliche Expertise nach, bspw. im Rahmen von Begleitforschungen und Gutachten. In niedrighschwelligem Publikationssegmenten gewinnt das Thema an Raum, was sich nicht nur in der gestiegenen Häufigkeit einschlägiger Artikel zeigt, sondern auch darin, dass innerhalb der einschlägigen Artikel das Thema *Schrumpfung* in das Zentrum rückt.

Die Veröffentlichung des Lehmann-Grube-Berichts markiert den Durchbruch für die Debatte um das Thema *Schrumpfende Städte*. Zahlreiche Handlungsempfehlungen der Kommission werden innerhalb weniger Jahre umgesetzt. Es findet eine Rahmung des Themas statt, mit dem Ergebnis der vorübergehenden Fokussierung auf den massenhaften Wohnungsleerstand. Die Verfügbarkeit von Fördermitteln, bspw. im Rahmen des Stadtumbau-Ost-Programms, führt dazu, dass die in den 1990er Jahren vorherrschende Tabuisierung des Themas insbesondere in der Politik und der Wohnungswirtschaft aufgebrochen wird: Das Eingeständnis der Schrumpfung ist jetzt mit einem strukturellen Anreiz verbunden.

Die Nachfrage nach einschlägigem Wissen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft steigt insbesondere im Jahr 2001 schlagartig. Die vormals mit strukturellen Hemmnissen konfrontierten, einschlägigen Expert*innen können nun ihren Wissensvorsprung in Wert setzen und damit soziales sowie ökonomisches Kapital generieren. Dementsprechend gewinnen strategische Interessen im Kontext des Themas an Bedeutung. Das heißt, die Hoffnung auf Reputation und finanzielle Ressourcen spielt nun eine stärkere Rolle. Gleichzeitig ist die epistemische Motivation nicht mehr die alleinige Antriebskraft für die Beschäftigung mit und die Kommunikation über *Schrumpfende Städte*. Damit einher geht eine veränderte Bedeutung von Zeit: Vor dem Jahr 2000 spielte es für die eigene Karriere aufgrund der kaum vorhandenen Resonanz und Konkurrenz eine geringe Rolle, wann ein einschlägiger Beitrag veröffentlicht wurde. In der Durchbruchphase werden allerdings Ressourcen verfügbar und neue Akteur*innen betreten das Feld. Als Folge dessen treten einschlägig aktive Planungswissenschaftler*innen erstmals in Konkurrenz zueinander. Sie verspüren Druck sich zu positionieren, um Sichtbarkeit in der Fachgemeinschaft zu erlangen und Ressourcen generieren zu können.

Diese Veränderung der Anreizstrukturen in der Planungswissenschaft zugunsten des Themas *Schrumpfende Städte* ist charakteristisch für die Durchbruchphase. Die weithin wahrnehmbaren, mehrjährigen Förderprogramme zeigen auf, dass das Thema langfristig zahlreiche Planungswissenschaftler*innen beschäftigen

und an Bedeutung gewinnen wird. Das Thema wird in der Planungswissenschaft und -politik jetzt – zumindest im Diskurs um die *neuen* Bundesländer – nicht mehr tabuisiert, sondern es genießt Priorität.

7.4 2002 bis 2006: Fokusphase

Das Stadtbau-Programm induziert einen starken Anstieg einschlägiger planungswissenschaftlicher Konferenzen und Veröffentlichungen. Nachdem in den Jahren 2000 und 2001 bereits jeweils sieben Artikel zum Thema *Schrumpfende Städte* veröffentlicht wurden, sind es im Jahr 2002 21 Artikel und im Jahr 2003 40 Artikel. Auch der Trend, dass das Thema bereits 2000 und 2001 deutlich mehr Raum innerhalb der einschlägigen Artikel einnahm als in den Vorjahren, setzt sich in den Jahren 2002 und 2003 fort, was sich nun auch in den verwendeten Begriffen niederschlägt. Im Jahr 1999 und 2000 trug noch kein Artikel die Begriffe **schrumpf** oder **stadtbau** im Titel, im Jahr 2001 waren es zwei (1x **schrumpf** und 1x **stadtbau**), im Jahr 2002 sind es 13 von 21 einschlägigen Artikeln (6x und 7x) und im Jahr 2003 24 von 40 (7x und 18x). Zudem erscheinen zwei Ausgaben der PLANERIN (1/2002, 2/2003) sowie eine Doppelausgabe der IzR (10–11/2003) unter dem Titelthema Stadtbau.

2002 und 2003 ist ein erster Aufmerksamkeitspeak erreicht. Standen in den Vorjahren noch verschiedene, kaum miteinander verbundene, teilweise ältere Diskurse nebeneinander, ist nun die diskursive Herstellung *eines* neuen planungswissenschaftlichen Themas *Schrumpfende Städte* nicht zu übersehen. Hiervon zeugt, dass in mindestens 10 von 21 Artikeln im Jahr 2002 eine sehr grundlegende, abstraktere bzw. weniger fallbeispielbasierte Auseinandersetzung mit dem „*neuen Phänomen*“ stattfindet, wie bspw. an den Titeln „*Veränderte Rahmenbedingungen der Raumentwicklung*“ (Siebel 2002), „*Raumplanung unter neuen Vorzeichen*“ (Winkel 2002a) oder „*Herausforderung Schrumpfende Stadt*“ (Klatt und Meyer 2002) abzulesen ist. Neben dieser Aufarbeitung der Grundlagen verbindet viele Artikel die Forschung nach Maßnahmen und Strategien für den Stadtbau.

Es finden nun „*in kaum noch zu überschauender Zahl Veranstaltungen zur Thematik statt*“ (Fuchs und Wiechmann 2004: 1). Innerhalb der ARL sind seit 2000 mehrere einschlägige Arbeitsgruppen und überregionale Arbeitskreise zu Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Raumentwicklung initiiert worden. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Thematik, beschließt die ARL im Jahr 2003 erstmals die verschiedenen Aktivitäten in einer Verbundforschungsperspektive, das heißt erstmals als Kooperation verschiedener Arbeitskreise und

Landesarbeitsgruppen, zu intensivieren (Strubelt und Zimmermann 2005: VIII). Aus Sicht einiger befragter Personen fungiere die ARL dabei als die „*vorhandene Netzwerkstruktur*“, auf die planungswissenschaftliche und -praktische Auseinandersetzungen mit dem Thema *Schrumpfung* aufgesetzt werden könnten (i17). Auch international bilden sich – unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Planungswissenschaftler*innen – Netzwerke, darunter 2004 das „*Shrinking Cities International Research Network (SCiRN)*“, das die international vergleichende Erforschung von Regenerierungsstrategien in schrumpfenden Städten verfolgt (Wiechmann 2015a: 97).

Bis ins Jahr 2003 dominieren ostdeutsche und vereinzelt internationale Städte als Fallbeispiele für Schrumpfungsdynamiken und darauf abzielende Maßnahmen den Diskurs. Fuchs und Wiechmann konstatieren im Jahr 2004 (S. 1), *Schrumpfung* sei zwar „*in aller Munde*“, die Thematik werde aber in den alten Bundesländern „*vielfach noch tabuisiert*“. Insbesondere die Vorbehalte der Lokalpolitik seien in Westdeutschland stärker ausgeprägt, als Ende der 1990er Jahre in Ostdeutschland, wie eine interviewte Person berichtet:

„5–6 Jahre später hatten wir die Diskussion dann sehr viel stärker im Westen [...], dass in [einer westdeutschen Großstadt] der Bürgermeister gesagt hat: ‚Ihr könnt mit mir über alles reden, aber das Wort Schrumpfung wird in meinem Beisein nicht in den Mund genommen.‘“ (i18)

Abermals gibt eine politische Intervention den Anstoß dazu, der Schrumpfung – diesmal in Westdeutschland bzw. in einer gesamtdeutschen Perspektive – mehr Aufmerksamkeit beizumessen. Im Jahr 2002 wird im Rahmen des Programms „*Experimenteller Wohnungs- und Städtebau*“ (ExWoSt) des BMVBW das Forschungsfeld „*Stadtumbau West*“ mit elf Pilotstädten initiiert. Im Jahr 2004 wird das gleichnamige Städtebauförderungsprogramm aufgelegt. Die hierfür eingesetzten Mittel erreichen zunächst mit 40 Millionen Euro im Jahr 2004 und 34 Millionen Euro im Jahr 2005 nur ca. ein Viertel des Umfangs der Stadtumbau-Ost-Förderung (BMVBS 2012c: 85, 2012a: 12). Die Erweiterung des Diskurses auf die neuen Bundesländer manifestiert sich jedoch bereits schrittweise in den Titeln einschlägiger Artikel: Nachdem in den Vorjahren kein expliziter Bezug auf Westdeutschland erkennbar ist, nehmen im Jahr 2003 2 von 40 planungswissenschaftlichen Artikeln im Titel Bezug auf Westdeutschland, 13 Artikel dagegen auf Ostdeutschland. Die beiden Artikel mit West-Bezug erscheinen Ende des Jahres in der IzR und verhandeln den Start des Stadtumbau West-Programms (vgl. Goderbauer und Karsten 2003; Hunger 2003). Im Jahr 2004 haben 4 von 20 einschlägigen Artikeln einen eindeutigen Bezug auf Westdeutschland im Titel, 3

auf Ostdeutschland. Im Jahr 2005 etabliert sich erkennbar eine gesamtdeutsche Perspektive.

Nachdem sich die jährliche Anzahl einschlägiger Artikel von 40 im Jahr 2003 auf 20 im Jahr 2004 halbiert, erreicht der Diskurs um Schrumpfende Städte im Jahr 2005 einen vorläufigen Höhepunkt: 50 Artikel lassen sich dem Thema zuordnen, das sind 12,6 Prozent aller Artikel dieses Jahres in den planungswissenschaftlichen Zeitschriften. Dabei fällt auf, dass die analysierten Zeitschriften aus Österreich (RAUM) und der Schweiz (disP) in den 2000er Jahren keinen Fokus auf das Thema *Schrumpfung* legen. Nur 6 von 9 (RAUM) bzw. 3 von 16 (disP) einschlägigen Artikeln in den Jahren 1995 bis 2014 erscheinen zwischen 2000 und 2007 (Gesamtartikelzahl 1995–2014: 909 bzw. 699) (siehe Tab. 7.3). Ohne diese beiden Zeitschriften liegt der Anteil einschlägiger Artikel im Jahr 2005 bei 16,3 Prozent (48 einschlägige Artikel gegenüber 307 Artikeln insgesamt).

Die 2002 und 2003 dominanten, grundlegenden Aufarbeitungen der Schrumpfungsthematik entfallen 2004 und 2005 nahezu vollständig. Zudem trägt im Jahr 2005, im Kontrast zu den Vorjahren, nur noch ein Artikel den Begriff *Stadtumbau* im Titel. Das weist zum einen auf die Etablierung und zum anderen auf die Diversifizierung des Themas jenseits des politischen Programms hin. Zwar ist der Stadtumbau weiterhin der dominierende Bezugsrahmen, nun rücken aber Detailfragen in den Fokus. Insbesondere die Auswirkungen der Schrumpfung auf verschiedene Räume sowie auf verschiedene Gesellschaftsbereiche wie bspw. Verkehr, Gesundheit oder Tourismus werden verstärkt untersucht (vgl. Gans und Schmitz-Veltin 2006; Strubelt und Zimmermann 2005). Durch die damit einhergehende Verknüpfung etablierter raumplanerischer Inhalte mit dem Thema *Schrumpfung* werden neue Anknüpfungspunkte geschaffen, sodass sich nicht nur das Themenspektrum, sondern auch der Kreis der wissenschaftlichen Akteur*innen, bspw. um Verkehrsplaner*innen, noch einmal deutlich erweitert. Publizierten beim ersten Aufmerksamkeitshoch (2002–2003) noch 67 Akteur*innen zum Thema *Schrumpfende Städte*, waren es beim zweiten Peak (2005–2006) mit 113 Akteur*innen fast doppelt so viele.

Auch Jessen und Walther (2007: 386) erkennen nach der zwischenzeitlichen Fokussierung auf den Wohnungsleerstand Anfang der 2000er Jahre eine thematische Erweiterung, in der sich verschiedene Konnotationen der Schrumpfung – bspw. Wohnungsmarkt, Deindustrialisierung, politische Transformation, Alterung – überlagern. Es erfolgt eine zunehmende Thematisierung der Schrumpfung als Gesamtphänomen städtischen Wandels, für welche die auf breite öffentliche Wirkung angelegte Ausstellung „*Shrinking Cities*“ (Oswalt 2004; Oswalt 2005) exemplarisch steht (Jessen und Walther 2007: 386). Brandstetter et al. resümieren im Jahr 2005 (S. 55), der Begriff *Schrumpfung* habe „*innerhalb der Stadtforschung in den letzten Jahren eine erstaunliche Wandlung zum*

Modethema vollzogen und ist heute als Schlagwort aus den aktuellen Diskussionen zu Fragen der Stadtentwicklung nicht mehr wegzudenken“.

Da Aufmerksamkeit ein begrenztes Gut ist, bedeutet die Fokussierung auf das Thema *Schrumpfung*, dass weniger Kapazität für andere Themen verfügbar ist. Dies gilt für das System der Planungswissenschaft als Ganzes, weil Fördermittelgeber*innen, Zeitschriften oder Konferenzen verstärkt das Thema *Schrumpfung* in den Mittelpunkt rücken und dementsprechend weniger Mittel und *attention space* für andere Themen zur Verfügung stehen. Es gilt aber auch für einzelne Wissenschaftler*innen, für die der Zugang zu Ressourcen und das Erhalten fachöffentlicher Aufmerksamkeit von elementarer Bedeutung sind. Jede Entscheidung, sich verstärkt einem Thema zuzuwenden, bedeutet zugleich eine Abkehr von anderen Themen (siehe Abb. 7.2). Dass für die individuelle Entscheidung, welches Thema verfolgt wird, die Resonanz und damit auch die Reputationserwartung ein zentraler Faktor ist, veranschaulicht die folgende Aussage aus einem Interview:

„Vorträge und Einladungen, das ist natürlich auch ein Indikator, der einem zeigt, dass es richtig ist, was man da tut. Es gab fast eine Explosion von Tagungseinladungen zu diesem Thema Schrumpfung, Stadt, Raum. Das ist ein Resonanzboden, den man glaube ich auch braucht, also auch für die Selbstvergewisserung, dass das nicht ein toter Ast ist, auf dem man da sitzt. Das war genau die ganz diametral gegensätzliche Erfahrung zu hier [deutet auf anderen Forschungspfad], wo es ganz punktuell mal ein-, zweimal im Jahr eine Veranstaltung gab, wo ich hätte was vortragen können zu dem Thema meiner Dissertation.“ (i19)

Die interviewte Person legt folglich in den Jahren 2002 bis 2005 einen Schwerpunkt auf den Forschungspfad *Schrumpfende Städte*. Diese Entscheidung bedeutet eine zwischenzeitliche Abkehr von dem Forschungszweig der gerade erst veröffentlichten Dissertation. Dies ist bemerkenswert, weil die Person das über Jahre im Zuge der Dissertation angeeignete soziale und epistemische Kapital nicht weiter in dem dazugehörigen Thema investiert und vermehrt. Auch ist das intrinsische Interesse, das die Person als einen maßgeblichen Faktor bei der Themenwahl einstuft, für beide Themen in gleichem Maße vorhanden. Es ist vielmehr die fachöffentliche Resonanz, die bei dieser Themenwahl den Ausschlag gibt. Andere Akteur*innen finden sich in ähnlich gelagerten Entscheidungssituationen wieder. Eine Person erwidert auf die Frage, ob es an ihrer damaligen, ostdeutschen Forschungseinrichtung Planungswissenschaftler*innen gegeben habe, die sich trotz eines grundsätzlich anschlussfähigen Forschungsportfolios gegen die Beschäftigung mit dem Thema *Schrumpfung* entschieden hätten: *„Nein, das haben wirklich alle gemacht“ (i20).*

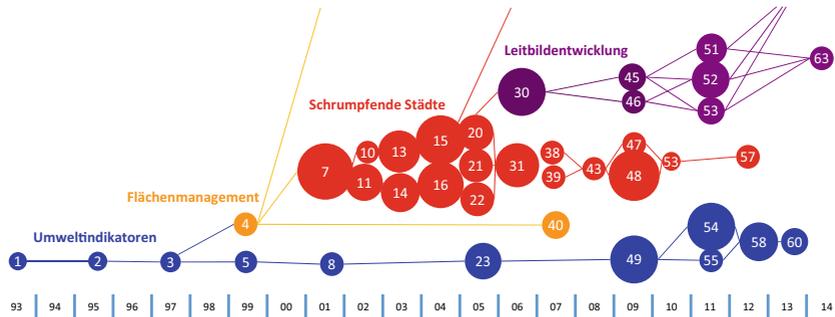


Abb. 7.2 Beispielhafter Ausschnitt eines research trail mit dem vorübergehenden Themenschwerpunkt *Schrumpfende Städte* (Quelle: Eigene Darstellung)

Von den befragten Akteur*innen, die bereits vor 1990 zum Thema *Schrumpfung* geforscht und publiziert haben, nimmt nur eine Person den Faden wieder auf. Nachdem sie zehn Jahre lang andere Schwerpunkte in ihren Publikationen gesetzt hat, veröffentlicht sie zwischen 2001 und 2005 mindestens sieben Artikel, die die Begriffe *Schrumpfung*, *Stadtumbau* oder *Bevölkerungsrückgang* im Titel tragen. Hierfür ist die schlagartige Zunahme einschlägiger Konferenzen ein wichtiger Faktor:

„Es kann sein [...] dass ich [...] mehr Veröffentlichungen hatte, weil ich zu der Zeit, ab Ende der 90er Jahre, sehr häufig auf Fachtagungen zu dem Thema als Referent eingeladen wurde. Und wenn ich jetzt ein Thema für eine Fachtagung ausarbeite, dann ist es eine Kleinigkeit, sich danach hinzusetzen und einen Fachartikel daraus zu schreiben. Das mag mit eine Rolle gespielt haben.“ (i21)

Trotz der gestiegenen Nachfrage nach ihren Erkenntnissen in der Fachgemeinschaft und darüber hinaus, beobachtet die Person den plötzlichen Anstieg der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema ab dem Jahr 2000 mit gemischten Gefühlen:

„Ich habe das unterschiedlich wahrgenommen. Dass das Thema mehr Beachtung erfahren hat, habe ich positiv wahrgenommen. Was ich teilweise mit ein bisschen Verdrießlichkeit wahrgenommen habe, ist, dass dann häufig Dinge als ‚neu‘ vorgetragen wurden – auf Fachtagungen [Betonung durch interviewte Person] –, sowohl an Erkenntnissen dazu, wie auch an möglichen Konzepten, die aus meiner Sicht uralte Hüte waren. Bloß die Leute wussten gar nichts von den Erkenntnissen, die längst schon da waren.“ (i21)

Der Eindruck, der erstarkende Diskurs der 2000er Jahre würde teilweise zu Erkenntnissen gelangen, die bereits in den 1970er und 1980er Jahren veröffentlicht wurden, lässt sich angesichts der in Abschnitt 7.1 genannten Publikationen bestätigen. Die Autor*innen der vorangegangenen Jahrzehnte werden kaum zitiert, wie sich wiederum auf Grundlage der erhobenen Zitationsdaten belegen lässt. Zwar wird in einigen wenigen Artikeln darauf verwiesen, dass bereits in den 1970er und 1980er Jahren einschlägige Erkenntnisse produziert wurden (insb. Weiske und Schmitt 2000; Winkel 2002b; Göschel 2003; Fuhrich 2003; Mäding 2006), allerdings werden auch hier nicht die Erkenntnisse selbst dargelegt, sondern es wird lediglich auf die Existenz älterer Publikationen verwiesen. Von allen Publikationen aus der Zeit vor 1995 werden im Schrumpfungsdiskurs zwischen 1995 und 2014 lediglich die beiden oben genannten Bücher von Häußermann und Siebel mehr als fünfmal (10x 1987, 6x 1988) zitiert. Die wenigen Bezüge auf die Debatten der 1970er und 1980er Jahre bestätigen den vielfach geäußerten Eindruck, dass es sich bei dem Schrumpfungsthema nach Ende der 1990er Jahre um einen „*neuen Diskurs*“ (Hannemann 2004: 97) handelt.

Einige Pionier*innen des Themas, also die Akteur*innen die zum Zeitpunkt des Durchbruchs bereits Wissen und Beziehungen in dem Feld aufgebaut hatten, können ihr wissenschaftliches Kapital im Verlauf der Fokusphase deutlich vermehren. Ihre ersten einschlägigen Veröffentlichungen erhalten verhältnismäßig viel Aufmerksamkeit und Zitationen, weil die Auswahl einschlägiger Publikationen zunächst gering ist, die Anzahl einschlägig Forschender und Zitirender aber hoch. Sie behaupten ihre herausgehobene Stellung in dem stark gewachsenen Feld der Schrumpfungsforscher*innen und erlangen hochrangige Positionen in der Wissenschaft, in der Planungspraxis oder in der Verwaltung. Das soziale Kapital der Akteur*innen hat sich mittlerweile stark erhöht, nicht nur weil durch die Resonanz auf ihre einschlägige Forschung Reputation und neue soziale Beziehungen hinzugekommen sind. Auch haben ihre ehemals in der thematischen Nische verorteten sozialen Kontakte nun ebenfalls stark an Einfluss und Reputation gewonnen. Das heißt, befreundete, früh einschlägig forschende Nachwuchswissenschaftler*innen sind nun teilweise (ebenfalls) einflussreiche Funktionsträger*innen und bekleiden bspw. Professuren, Instituts- oder Büroleitungen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In der Fokusphase erreicht die Häufigkeit einschlägiger Artikel ihr bisheriges Allzeithoch. Für die planungswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema *Schrumpfende Städte* spielt die gesellschaftliche Aufmerksamkeit sowie die Fördermittelvergabe eine wichtige Rolle. So wirkt sich der Einsatz der Fördermittel

in der Planungspraxis, aufgrund vielfältiger struktureller Kopplungen auf die Relevanzkriterien und Anreizstrukturen innerhalb der Planungswissenschaft aus: Die Umsetzung der politischen Förderprogramme führt bspw. zu Veränderungen der Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise, der Anforderungsprofile von Hochschulabsolvent*innen sowie des Forschungsgegenstandes, also der räumlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Gestaltung. Auch der sprunghafte Anstieg verfügbarer Drittmittel im Rahmen der Forschungsförderung bewirkt eine planungswissenschaftliche Fokussierung auf das Schrumpfungsthema.

Die einschlägigen Forschungsprojekte ermöglichen es den Schrumpfungsforscher*innen, sich über mehrere Jahre hinweg der Erforschung des Themas zu widmen und dafür Personal (insb. Nachwuchswissenschaftler*innen) zu rekrutieren. Gleichzeitig geht mit der Drittmittelförderung die Verpflichtung einher, Ergebnisse zu produzieren und zu veröffentlichen. Hierin ist eine Ursache für die Häufigkeit einschlägiger Artikel in den Jahren 2005 und 2006 – zwei bis vier Jahre nach Einsetzen der ersten Forschungsprogramme – zu sehen: Nachdem die Projekte eingeworben und Personal eingestellt worden ist, beginnt eine Arbeitsphase von zwei bis vier Jahren. Nach dieser Phase muss das produzierte Wissen veröffentlicht werden. Der Einfluss dieses Mechanismus auf den Aufmerksamkeitsverlauf wird durch die Auswertung der Interviews sowie der planungswissenschaftlichen Artikel bestätigt. Zum einen wird in den Artikeln 2005 und 2006 verstärkt ein Drittmittelbezug kenntlich gemacht, zum anderen nimmt das Thema nun in den aufwändigeren Zeitschriftensegmenten (insb. RuR, ARL-FB) größeren Raum ein (siehe Tab. 7.3). Hier geht der Veröffentlichung eines Artikels meist der Einsatz wissenschaftlicher Ressourcen über mehrere Jahre hinweg voraus.

7.5 2007 bis 2014: Normalisierungsphase

Das Absinken der Aufmerksamkeitskurve nach dem Hoch in den Jahren 2005 und 2006 auf ein gegenüber der Latenzphase deutlich erhöhtes Niveau markiert den Übergang von der Fokus- zur Normalisierungsphase (siehe Abb. 7.1). Es werden nun durchschnittlich 16,6 einschlägige Artikel pro Jahr veröffentlicht (siehe Tab. 7.3). Innerhalb dieser Artikel wird die bereits in der Fokusphase beobachtete Ausdifferenzierung des Themas und Spezialisierung auf Detailfragen fortgesetzt. Wie in den Jahren vor dem Durchbruch stehen nun wieder andere Themen im Vordergrund. Im Gegensatz zur Latenzphase ist das Thema *Schrumpfende Städte* nun allerdings seltener ein untergeordneter Teilaspekt, sondern es fungiert als (Teil einer) Hintergrundfolie, vor der bestimmte Detailfragen

bzw. Subthemen erforscht und diskutiert werden. Parallel dazu gewinnen einige Stichworte aus dem Kontext der Schrumpfungsforschung – bspw. *Peripherisierung*, *Regenerierung*, *Gleichwertige Lebensverhältnisse*, *Alterung* – erkennbar an Bedeutung.

Es ist zu vermuten, dass die Schrumpfungsthematik in den aufwändigeren Publikationssegmenten erst zum Ende der Fokusphase oder zu Beginn der Normalisierungsphase besonders großen Raum einnimmt. So ist bspw. für die Produktion von Dissertationen nicht nur ein hohes Mindestmaß an themenbezogenem wissenschaftlichem Kapital vorauszusetzen, über das nur sehr wenige Akteur*innen bereits vor der Fokusphase verfügten. Auch ist für die Produktion eine Zeitspanne von mehr als drei Jahren anzusetzen. Trotz gesunkener Artikelhäufigkeiten ist also in den ersten Jahren der Normalisierung von einem hohen wissenschaftlichen Output zum Thema *Schrumpfung* auszugehen. Zudem greifen weiterhin Planungswissenschaftler*innen das Thema auf und werden erst jetzt Teil der einschlägigen Fachgemeinschaft. Die befragten Personen betrachten *Schrumpfende Städte* deshalb auch nach dem Jahr 2007 als „*Modethema*“ (i22). Allerdings ist es für sie schwierig, sich über die Veröffentlichung einschlägiger Erkenntnisse innerhalb der Planungswissenschaft zu profilieren, wie Interviewaussagen belegen. Dies gilt nicht nur für aufstrebende Wissenschaftler*innen, für die es eine Herausforderung darstellt innerhalb des Themas eine Nische zu finden, in der neue, relevante Erkenntnisse zu erwarten sind. Auch etablierte Autor*innen, die jetzt teilweise aufwändige Monografien und Sammelbände zum Thema vorlegen, erhalten geringere Aufmerksamkeit für ihre jüngeren Publikationen, obwohl sie diese für wissenschaftlich besonders wertvoll halten.

Anders gelagert ist die Resonanz im englischsprachigen Diskurs, wo das Thema erst ab 2008 an Aufmerksamkeit gewinnt⁵. Die deutschsprachigen Schrumpfungsforscher*innen können auf der Grundlage ihres über Jahre erworbenen wissenschaftlichen Kapitals Wettbewerbsvorteile realisieren und die Erkenntnisse des deutschsprachigen Diskurses in den internationalen Diskurs einspeisen (bspw. Pallagst et al. 2013). Roth (2015) analysiert den Aufstieg englischsprachiger Schrumpfungsliteratur und das zeitgleich zurückgehende Interesse in der deutschsprachigen Forschungsliteratur. Demnach wurde der Begriff der *Schrumpfung* bzw. *Shrinkage* in dem (ost-)deutschen Diskurs der 2000er Jahre etabliert und anschließend von dort in den internationalen Diskurs eingespeist.

⁵ Gemäß mehrerer Abfragen in der bibliometrischen Datenbank Scopus (www.scopus.de) gewinnt das Thema *Schrumpfende Städte* in der englischsprachigen Diskussion ab dem Jahr 2008 an Aufmerksamkeit (bspw. Suche nach „*shrinking city' or ,shrinking cities'“* in „*Article title, Abstract, Keywords*“, Document Type: „*Articles*“, zuletzt geprüft am 26.02.2020).

Als wesentliche Antriebskräfte der internationalen Diffusion benennt sie das Projekt „*shrinking cities*“ (Oswalt 2004), das Netzwerk SCiRN und europäische Forschungsprojekte (Shrink Smart 2009–2012; Cities Regrowing Smaller 2009–2013). Den Rückgang des deutschsprachigen Diskurses führt sie unter anderem darauf zurück, dass deutschsprachige Autor*innen zunehmend in englischer Sprache publizieren. Auch werden die Prozesse und Phänomene *in* schrumpfenden Städten zwar weiterhin erforscht, *die Schrumpfung an sich* stehe dabei aber weniger im Fokus als zuvor (Roth 2015).

Das Thema ist nun in der deutschen Planungswissenschaft institutionalisiert, was sich unter anderem in allgemein bekannten Veröffentlichungen, akzeptierten Erkenntnissen, etablierten Expert*innen, prominenten Fallbeispielen sowie in universitären Lehrstühlen und Curricula zeigt. Auch in der Planungspraxis ist das Thema verankert, bspw. in Leitbildern und Plänen, in einem erprobten Instrumentenkasten sowie in der gebauten Umwelt. Für junge Planungswissenschaftler*innen gehört das Thema bereits zum unhinterfragten planungswissenschaftlichen Wissenskanon. Die mittlerweile zumindest in der Wissenschaft abgebauten strukturellen Hemmnisse und die aufgehobene Tabuisierung sind Teil der Überlieferung und jungen Universitätsabsolvent*innen dementsprechend präsent.

Die etablierten Schrumpfungsforscher*innen haben kein gesteigertes Interesse mehr, sich durch einschlägige Beiträge fachlich zu profilieren. Allerdings profitieren einige von ihnen in keinem anderen Diskurs so stark von ihrem sozialen, politischen und epistemischen Kapital. Der zu betreibende Aufwand, um einen wissenschaftlichen Beitrag zu verfassen und zu platzieren oder eine renommierte Position einzunehmen, ist für sie im Zusammenhang mit dem Schrumpfungsdiskurs geringer als in anderen Bereichen. Insbesondere internationale und daher potenziell reputationsträchtiger Publikationen und Kooperationen lassen sich mit diesem Thema besser realisieren als mit anderen. Den Protagonist*innen fällt es daher partiell schwer, das Schrumpfungsthema ruhen zu lassen, wie die folgende Interviewaussage zeigt:

„Die [Abschlusskonferenz eines Projektes] sollte eigentlich ein Cut sein. Ich wollte und will jedenfalls nicht [die Person] sein: ‚Ach [die Person, die] macht doch Schrumpfung‘; deswegen verfolge ich das Schrumpfungsthema kaum noch, aber es kommen reihenweise irgendwelche Anfragen. Jetzt gerade wieder etwas [...].“ (i23)

Keine*r der nach dem Jahr 2000 aktiven Schrumpfungsforscher*innen legt das Thema in der Normalisierungsphase gänzlich ab. Allerdings treten sie immer

seltener als einschlägig forschende Akteur*innen in Erscheinung. Teilweise werden ältere Forschungspfade, die im Zuge der zwischenzeitlichen Fokussierung auf die Schrumpfungsthematik weniger oder gar nicht verfolgt wurden, wieder (verstärkt) aufgenommen. Teilweise erschließen Akteur*innen ein neues Thema, das starke Bezüge zum Schrumpfungsthema hat, sodass das im Schrumpfungsdiskurs erworbene wissenschaftliche Kapital weitestgehend auf das neue, nun ebenfalls eine Karriere erlebende Thema übertragen werden kann. Wiederum andere Akteur*innen wechseln aus der Wissenschaft in die Planungspraxis oder in die Verwaltung, sodass auch sie kaum mehr einschlägig publizieren. In den Veröffentlichungen der meisten befragten Akteur*innen rücken die Grundlagen und Mechanismen der Schrumpfung zwischen 2007 und 2018 in den Hintergrund. Auch in den Drittmittelprojekten, in denen *Schrumpfung* zumindest in den Jahren 2001 bis 2012 ein wichtiges Stichwort darstellt, werden andere Stichworte sowie bestimmte Detailfragen maßgeblich.

Die interviewten Akteur*innen halten das Thema weiterhin für langfristig relevant und empfinden es teilweise als „gefährlich“, dass das Thema *Schrumpfung* angesichts der aktuell vielerorts gesunkenen Leerstände und ausgeglicheneren Wanderungssaldi an Aufmerksamkeit verliert. So konstatiert eine Person:

„Die letzten 3–4 Jahre ist das schon immer wieder zu beobachten, dass das ganze Thema sich so wellenmäßig legt. [...] Spricht auf der Bundesebene im Moment noch jemand von Schrumpfung? Es wird über Wachstumsschmerzen und wie kann ich Wachstum steuern und wie werde ich damit fertig, darüber wird gesprochen. Aber dass diese Schere zwischen wachsenden und schrumpfenden Städten und Regionen immer weiter auseinander geht, [wird vernachlässigt].“ (i24)

Weiteren Forschungsbedarf sehen die befragten Wissenschaftler*innen primär in verschiedenen Spezialdiskursen, in denen sie selbst teilweise partizipieren und für die das Thema *Schrumpfende Städte* lediglich ein Kontextfaktor darstellt.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In der Normalisierungsphase sinken die Häufigkeiten einschlägiger Artikel auf ein gegenüber der Latenzphase erhöhtes Niveau ab. Innerhalb der einschlägigen Artikel wird das Thema *Schrumpfende Städte* zum Kontext für (ehemalige) Subthemen, die nun eine eigene Karriere erleben. In den aufwändigeren Publikationssegmenten (bspw. Monographien) ist zu Beginn der Normalisierungsphase von einem anhaltend hohen wissenschaftlichen Output auszugehen, allerdings erregen die einschlägigen Veröffentlichungen auch hier nur noch vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Anders gelagert ist die Resonanz im internationalen, englischsprachigen Diskurs,

wo die Aufmerksamkeitskurve erst ab dem Jahr 2008 ansteigt. Einigen etablierten deutschsprachigen Schrumpfungsforscher*innen gelingt es, im Rahmen dieser internationalen Themenkarriere zentrale Netzwerkpositionen einzunehmen und reputationsträchtige Veröffentlichungen einzuspeisen.

Die etablierten Akteur*innen haben spätestens ab 2010 kein gesteigertes Interesse mehr, sich über den Schrumpfungsdiskurs fachlich zu profilieren. Sie profitieren allerdings in keinem anderen Diskurs so stark von ihrem wissenschaftlichen Kapital, sodass sie zumindest sporadisch einschlägige Beiträge einbringen. Junge Planungswissenschaftler*innen, die das Thema erst in der Normalisierungsphase aufgreifen, finden eine etablierte Forschungslandschaft mit verfestigten einschlägigen Akteur*innenkonstellationen und Hierarchien vor. Aus ihrer Sicht beschäftigen sich außergewöhnlich viele Planungswissenschaftler*innen mit dem Thema, was zusammen mit dem mittlerweile ausdifferenzierten Forschungsgegenstand dazu führt, dass sie mitunter Schwierigkeiten haben, eigenständig relevante Forschungen in den Diskurs einzubringen und eine eigene Nische zu finden.

Die Themenkarriere ist jetzt zum planungswissenschaftlichen Kontext geworden, innerhalb dessen sich neue Themen etablieren. Die Pionier*innen und Avantgardist*innen sind nun in der Planungswissenschaft und/oder -praxis etabliert. Die zunächst ignorierten oder abgelehnten Inhalte sind nun unhinterfragter Teil der fachgemeinschaftlichen Wissensstruktur.

7.6 1995 bis 2014: Quantitative Gesamtbetrachtung

Im Folgenden wird eine Auswahl quantitativer Datenauswertungen vorgelegt, die grundlegend für die oben dargestellte Erforschung der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* waren. Sie sind mitunter methodisch voraussetzungsreich, weshalb ihre Darstellung gebündelt an dieser Stelle erfolgt, so dass der Lesefluss der obigen Kapitel gewährleistet ist. Das bis hierhin gezeichnete Bild der Themenkarriere wird durch die folgenden Tabellen und Abbildungen nicht verändert, sondern lediglich quantitativ unterlegt und präzisiert. Gleichzeitig wird gezeigt, auf welchem Datenfundament die empirische Analyse steht und welche Erkenntnisse sich daraus schöpfen lassen.

Vier aussagekräftige quantitative Indikatoren über die Themenkarriere *Schrumpfende Städte* 1995–2014 werden in Abb. 7.3 zusammen betrachtet:

1. Die Anzahl des Strings *schrumpf* im Volltext der Zeitschriften ARL-FB, disP, IzR, Raum, RuR in dem jeweiligen Jahr;

2. Die Anzahl der als einschlägig identifizierten Artikel in den Zeitschriften ARL-FB, disP, IzR, PLANERIN, RAUM, RaumPlanung und RuR in dem jeweiligen Jahr;
3. Die Anzahl der einschlägigen Artikel aus 2., die den String *schrumpf* oder *stadtumbau* im Titel tragen;
4. Die Anzahl der Incitations, das heißt der Zitationen aus den einschlägigen Artikeln der Folgejahre, die auf Publikationen des jeweiligen Jahres entfallen.

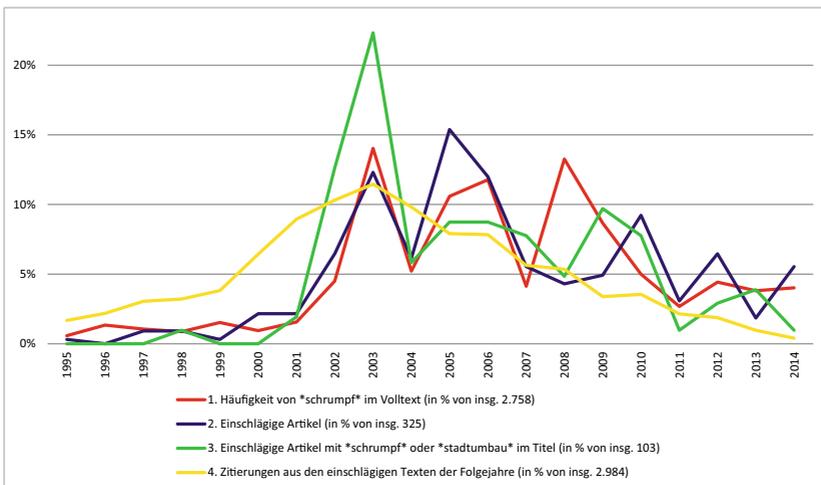


Abb. 7.3 Relative Häufigkeitsverteilungen der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* 1995–2014 (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Die Werte in Abb. 7.3 werden in Prozent der jeweiligen Gesamtanzahl 1995–2014 dargestellt, sodass die Kurven die relative Häufigkeit der jeweiligen Werte bezogen auf den Gesamtzeitraum darstellen und sich besser vergleichen lassen.

Es wird deutlich, dass ab 2001 ein starker Anstieg der planungswissenschaftlichen Aufmerksamkeit zu verzeichnen ist, der im Jahr 2003 kulminiert, als alle Kurven einen signifikanten ersten Höhepunkt erreichen. Während die Incitation-Kurve (orange) bereits vor 2001 und insbesondere zwischen 1999 und 2001 einen Anstieg verzeichnet, weisen die anderen Kurven durchgängig niedrige Werte bis

ins Jahr 2001 auf. Nach dem ersten Höhepunkt sinkt die Incitation-Kurve kontinuierlich ohne weiteren Peak. Die anderen Kurven erleben 2004 ein starkes Absinken, im Falle der dritten Kurve (blau) sogar um deutlich mehr als die Hälfte, das jeweils von einem erneuten Anstieg in den Jahren 2005 und 2006 gefolgt ist. Die Häufigkeit einschlägiger Artikel (rosa) erreicht erst hier ihr vorläufiges Allzeit-Hoch (15,4 Prozent), während die erste Kurve (String im Volltext, rot) einen ähnlichen Wert wie 2003 erreicht und die dritte Kurve (String im Titel) nach 2004 nur noch geringfügig ansteigt (2003: 22,3 Prozent, 2004: 5,8 Prozent, 2005 und 2006 8,7 Prozent). Nach 2005/2006 sinken alle Kurven in Wellenbewegungen, wobei sowohl Kurve 1 als auch Kurve 3 2008 bzw. 2009 ein erneutes Zwischenhoch erreichen, das jenes aus 2005/2006 übertrifft (siehe Abb. 7.3).

Die Entwicklung der Anzahl einschlägiger Artikel ist in Tab. 7.3 dargestellt und anhand der Zeitschriften aufgeschlüsselt, sodass sich die Datengrundlage sowie die Häufungen in den jeweiligen Jahren und in den jeweiligen erhobenen Zeitschriften nachvollziehen lassen. Im Gegensatz zur dritten (blauen) Kurve aus Abb. 7.3 enthält die letzte Spalte nicht die Häufigkeiten einschlägiger Artikel im Verhältnis zur Gesamtzahl einschlägiger Artikel 1995–2014, sondern den Anteil einschlägiger Artikel an der Gesamtzahl veröffentlichter Artikel des jeweiligen Jahres. Folglich lassen sich auf Basis dieser Spalte Aussagen darüber treffen, welche Bedeutung und Dominanz das Thema innerhalb der Planungswissenschaft vorübergehend eingenommen hat. So war im Jahr 1999 einer von 386 Artikeln einschlägig, im Jahr 2005 waren es dagegen 50 von 397, also ca. einer von acht Artikeln (siehe Tab. 7.3).

In Abb. 7.4 sind die absoluten Häufigkeiten einschlägiger Artikel aufgeschlüsselt nach Zeitschriften abgetragen. Es wird deutlich, dass die RAUM und die disP mit 9 bzw. 16 einschlägigen Artikeln im gesamten Zeitverlauf eine vernachlässigbare Rolle spielen. Auch innerhalb der beiden Zeitschriften nehmen einschlägige Artikel mit 1,0 Prozent bzw. 2,3 Prozent der Gesamtartikelzahl 1995–2014, verglichen mit den anderen Zeitschriften, geringen Raum ein (siehe Tab. 7.3). Mit Ausnahme dieser beiden Zeitschriften zeigt jede Zeitschrift im Zeitraum 2002 und 2006 insgesamt eine Fokussierung sowie jeweils im Jahr 2003 oder 2005 ein Allzeit-Hoch. Die PLANERIN und die RaumPlanung veröffentlichen bis ins Jahr 2002 gemeinsam dreiviertel der einschlägigen Artikel aller Zeitschriften. Im Zeitraum 2003 bis 2006 treten erstmals die Zeitschriften IzR, RuR und ARL-FB signifikant in Erscheinung, sodass die RaumPlanung und die PLANERIN in diesem Zeitraum nur noch für 47 Prozent der einschlägigen Artikel aufkommen. Die IzR ist primär für den ersten Peak im Jahr 2003 verantwortlich, während die ARL-FB den zweiten Peak in den Jahren 2005/2006 maßgeblich bestimmen.

Tab. 7.3 Absolute Häufigkeiten von Artikeln zum Thema *Schrumpfende Städte* 1995–2014

Jahr	Anzahl einschlägiger Artikel nach Zeitschrift							Zeitschriftenübergreifend		
	PLANERIN	RaumPlanung	RAUM	IzR	RuR	disP	AKL.-FB	Einschlägige Artikel	Summe aller Artikel (themen-übergreifend)	Anteil einschlägiger Artikel an allen Artikeln
1995	0	0	1	0	0	0	0	1	312	0,3%
1996	0	0	0	0	0	0	0	0	330	0,0%
1997	3	0	0	0	0	0	0	3	330	0,9%
1998	2	0	0	0	1	0	0	3	317	1,0%
1999	1	0	0	0	0	0	0	1	386	0,3%
2000	2	5	0	0	0	0	0	7	394	1,8%
2001	3	1	1	1	0	1	0	7	364	1,9%
2002	13	2	0	1	3	0	2	21	384	5,5%
2003	16	4	0	17	1	0	2	40	357	11,2%
2004	12	3	1	0	4	0	0	20	316	6,3%
2005	10	10	0	2	8	2	18	50	397	12,6%
2006	11	4	1	4	3	0	16	39	383	10,2%
2007	7	7	0	2	1	0	1	18	348	5,2%
2008	6	3	2	3	0	0	0	14	382	3,7%
2009	4	1	1	4	1	0	5	16	343	4,7%
2010	8	0	1	4	3	11	3	30	354	8,5%
2011	6	1	0	0	0	0	3	10	356	2,8%
2012	8	4	1	0	2	1	5	21	388	5,4%
2013	1	3	0	0	1	1	0	6	303	2,0%
2014	10	2	0	1	1	0	4	18	309	5,8%
Summe	123	50	9	39	29	16	59	325	7.053	4,6%
Mittelw.	6,2	2,6	0,5	2,0	1,5	0,8	3,0	16,3		
Sta.-abw.	4,7	2,7	0,6	3,9	2,0	2,5	5,1	14,3		
Varianz	22,5	7,1	0,4	14,8	3,94	6,1	26,3	204,0		
Gesamtartikelzahl (themenunabhängig)	1.867	803	909	1.421	767	699	587			
Anteil einschlägiger Artikel an Gesamtartikelzahl	6,6%	6,2%	1,0%	2,7%	3,8%	2,3%	10,0%			

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995-2014

In der RuR werden ab 2002 bis 2014 relativ gleichmäßig einschlägige Artikel veröffentlicht, mit Ausnahme eines Peaks im Jahr 2005 (siehe Abb. 7.4).

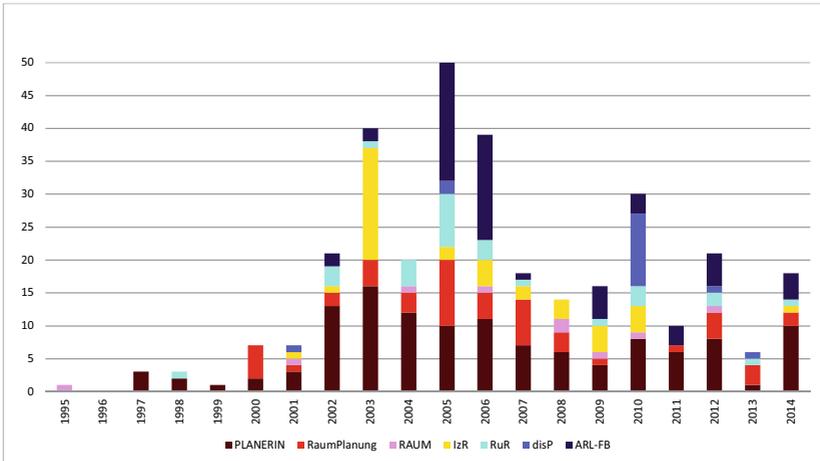


Abb. 7.4 Anzahl der Artikel zum Thema *Schrumpfende Städte* 1995–2014, aufgeschlüsselt nach Zeitschriften (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Abb. 7.5 zeigt die relative Verteilung der einschlägigen Artikel einer Zeitschrift in einem Jahr bezogen auf die Gesamtzahl der einschlägigen Artikel derselben Zeitschrift im gesamten Untersuchungszeitraum. Bei dieser relativen Verteilung kommt die Gesamtzahl einschlägiger Artikel einer Zeitschrift (1995–2014) nur noch insofern zum Tragen, als dass eine hohe Gesamtzahl, wie im Falle der PLANERIN und der RaumPlanung, eine ausgeglichenerere Verteilung begünstigt, während im Falle der RAUM schon *ein* einschlägiger Artikel zu starken Ausschlägen (11 Prozent) führen würde. Deshalb, sowie zur Erhöhung der Übersichtlichkeit, wurde auf die Darstellung der RAUM und der disP verzichtet, während die PLANERIN und die RaumPlanung aggregiert dargestellt werden, sodass die Besonderheiten der IzR, der RuR und der ARL-FB herausgestellt werden. Es zeigt sich auch hier, dass die IzR mit 43,6 Prozent der einschlägigen Artikel im Jahr 2003 und die ARL-FB mit zusammen 57,6 Prozent der einschlägigen Artikel im Jahr 2005 und 2006 die stärksten Fokussierungen aufweisen (siehe Abb. 7.5). Die PLANERIN zeigt mit 13,0 Prozent im Jahr 2003 den geringsten Ausschlag durch das Allzeithoch, danach die RaumPlanung mit 20,0 Prozent im Jahr 2005 (jeweils nicht separat dargestellt).

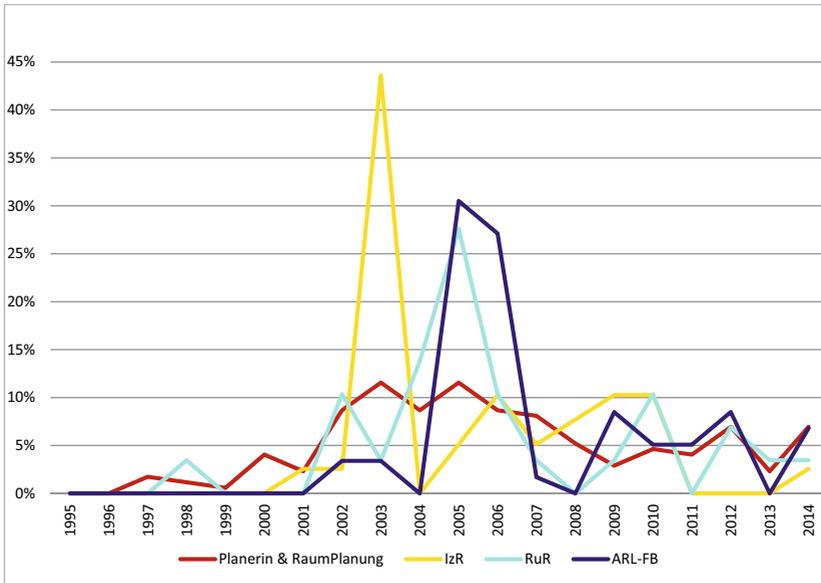


Abb. 7.5 Relative Häufigkeit einschlägiger Artikel eines Jahres bezogen auf die Gesamtzahl einschlägiger Artikel in der jeweiligen Zeitschrift 1995–2014 (Thema *Schrumpfende Städte*) (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

In Abb. 7.3 wurde dargestellt, dass die Incitation-Kurve gegenüber den anderen Kurven einen sehr viel gleichmäßigeren Verlauf nimmt. Sie zeigt zwischen 1999 und 2003 einen verstärkten Anstieg, 2003 einen Höhepunkt und anschließend ein langsames Absinken. Diese Kurve zeigt, dass bereits vor dem Durchbruch Wissen produziert worden ist, das später für relevant befunden wurde. Darüber hinaus gewinnt die Kurve allerdings erst Aussagekraft, wenn die folgenden, in Abschnitt 6.3 näher erläuterten Faktoren berücksichtigt werden:

- Zitationen können, mit wenigen Ausnahmen, nur auf bereits veröffentlichte Beiträge entfallen, d. h. Publikationen des Jahres 1994 hätten von der Gesamtheit erhobener Artikel zitiert werden können, Publikationen des Jahrgangs 2014 allerdings nur von einem sehr kleinen Teil.

- Die Anzahl der Outcitations pro Artikel nimmt im Untersuchungszeitraum zu, im Falle der RuR um mehr als das Doppelte zwischen 1995–1999 gegenüber 2010–2014.
- Mehr als die Hälfte der Zitationen reicht nicht länger als vier Jahre zurück, mehr als 80 Prozent nicht länger als 10 Jahre.

Zudem häufen sich die erhobenen einschlägigen Artikel in bestimmten Jahrgängen, sodass bspw. die hohe Anzahl an Outcitations in den Jahren 2005 und 2006 wesentlich zu der Ausprägung des Maximums der Incitations im Jahr 2003 beiträgt.

In Abb. 7.6 sind daher zum besseren Verständnis und zur Einordnung drei Kurven eingezeichnet:

1. Die Incitation-Kurve (hier rot) zeigt die Häufigkeit der auf die Publikationen des jeweils abgetragenen Jahres entfallenen Incitations aus den einschlägigen Artikeln aller Zeitschriften 1995–2014 (Werte entsprechen denen von Kurve 4 in Abb. 7.3, allerdings bezogen auf 1975–2014, nicht 1995–2014)
2. Die graue Kurve zeigt die auf das jeweilige Jahr entfallenen Zitationen aus *allen* Artikeln (unabhängig vom Thema) der Zeitschrift RuR (1995–2014), die die einzige Zeitschrift ist, für die *alle* Zitationen im gesamten Untersuchungszeitraum erhoben wurden. Der starke Anstieg der Zitationen vor dem Jahr 1995 markiert den Beginn der Erhebung, das rasche Absinken der Kurve nach dem Jahr 2006 bis nahezu Null ist durch das Ende der Erhebung im Jahr 2014 zu erklären. Der zwischen 1995 und 2006 liegende leichte Anstieg deutet die von Jahr zu Jahr wachsenden Zitationszahlen an.
3. Die dunkelrote Kurve zeigt, wie die auf das jeweilige Jahr (1975–2014) eingehenden Incitations aus allen Artikeln (unabhängig vom Thema) der Zeitschrift RuR (1995–2014) ausfallen würden, würden sich die ausgehenden Outcitations der RuR (1995–2014) in der gleichen Form häufen, wie sie es bei den einschlägigen Artikeln tun. Das heißt, jede auf die Jahre 1975 bis 2014 eingehende Incitation aus der RuR wird mit einem Faktor belegt, der sich aus der relativen Häufigkeit von Outcitations in allen einschlägigen Artikeln des jeweiligen Jahres bezogen auf die Gesamtzahl der Outcitations 1995–2014 bemisst und der den Incitations anhand des Jahres ihrer jeweiligen Outcitation zugeordnet wird. Jede Incitation 1975–1996, die aus einem RuR-Artikel des Jahres 1996 hervorgeht, wird bspw. mit dem Faktor 0 multipliziert und entfällt dadurch, weil im Jahr 1996 keine einschlägigen Zitierungen vorliegen. Jede Incitation 1975–2006, die aus einem RuR-Artikel des Jahres 2006 hervorgeht, wird mit dem Faktor 0,12 multipliziert, weil 12 Prozent aller einschlägigen Zitationen im Jahr 2006 vorgenommen wurden.

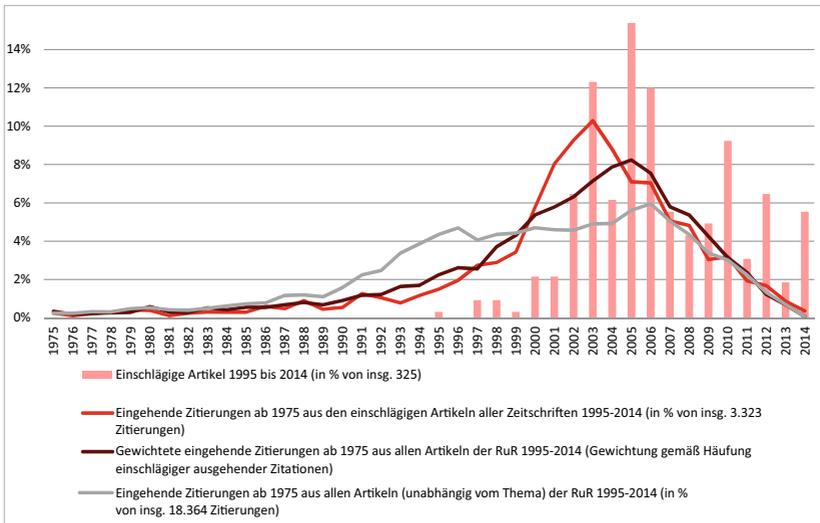


Abb. 7.6 Analyse der Zititionen einschlägiger Artikel gegenüber den Zititionen aller Artikel (Thema *Schrumpfende Städte*) (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Zusätzlich wird die Häufigkeit einschlägiger Artikel 1995–2014 in Form von rosa Balken dargestellt (Werte entsprechen denen von Kurve 2 in Abb. 7.3).

Der Vergleich der beiden roten Kurven zeigt, dass Publikationen der Jahre 1992 bis 1999 sowie 2005 bis 2009 unterdurchschnittlich häufig von einschlägigen Artikeln zitiert werden, während Publikationen der Jahre 2000 bis 2004 stark überdurchschnittlich häufig zitiert werden. Die Kurve einschlägiger Zititionen erreicht ein markantes Maximum im Jahr 2003, während die Kurve der gewichteten RuR Zititionen ihr Maximum im Jahr 2005 erreicht (siehe Abb. 7.6).

Die Differenz der beiden roten Kurven, also die über- bzw. unterdurchschnittlich stark zitierten Jahrgänge im Schrumpfungsdiskurs, lässt sich als ein Indikator dafür nehmen, in welchen Jahren über- bzw. unterdurchschnittlich relevantes Wissen zum Thema *Schrumpfende Städte* produziert wurde. Sie veranschaulicht, dass die 1990er Jahre eine geringe Bedeutung für den Schrumpfungsdiskurs haben. Im Jahr 2000 beginnt ein rascher Anstieg der Produktion einschlägig relevanten Wissens, während ab 2004 ein ähnlich starkes Absinken einsetzt. Wird nun diese Differenz (überdurchschnittlich relevantes Wissen bzw. überdurchschnittlicher

Nutzen für den Schrumpfungsdiskurs) vor dem Hintergrund der Anzahl einschlägiger Artikel (wissenschaftlicher *Aufwand* im Schrumpfungsdiskurs) betrachtet, so lässt sich auf die Effizienz der wissenschaftlichen Arbeit schließen. Dabei zeigt sich besonders deutlich, dass der deutlich höhere Aufwand der Jahre 2005 (50 einschlägige Artikel) und 2006 (39) gegenüber 2000 (7), 2001 (7), 2002 (21) und 2003 (40) kein diesem Aufwand entsprechender überdurchschnittlicher Nutzen gegenübersteht, sondern im Gegenteil, die Bedeutung der Jahrgänge 2005 und 2006 für den Schrumpfungsdiskurs ist sogar leicht unterdurchschnittlich (siehe Abb. 7.6).

In Tab. 7.4 sind die in den einschlägigen Artikeln meistzitierten Veröffentlichungen aufgelistet (1995–2014). Es zeigt sich die große Bedeutung der Publikationen institutioneller Akteur*innen (Statistisches Bundesamt, BBR, Lehmann-Grube-Kommission). Zusammen mit Sieverts' Zwischenstadt entfalten ihre Publikationen die größte Relevanz. Alle Publikationen zusammengerechnet weisen das BBR sowie das Statistische Bundesamt mit Abstand die meisten einschlägigen Incitations auf (siehe Tab. 7.4).

In Tab. 7.5 sind die meistzitierten individuellen Autor*innen des Schrumpfungsdiskurses in den planungswissenschaftlichen Artikeln von 1995 bis 2014 sowie deren früheste im Schrumpfungsdiskurs zitierte Veröffentlichung verzeichnet. Die Incitations lassen sich aufgrund der Mehrfachautorenschaften der zitierenden sowie der zitierten Veröffentlichungen unterschiedlich abtragen, weshalb diese in vier Spalten aufgeführt sind. Anhand der Incitations Häußermanns seien die Spalten erläutert:

- 57 Mal beziehen sich *Autor*innen* in planungswissenschaftlichen Artikeln auf Veröffentlichungen mit Beteiligung Häußermanns. Alle Ko-Autor*innen eines Artikels, in dem eine Veröffentlichung (u. a.) Häußermanns zitiert wird, zählen mit 1 (Beispiel: Drei Autor*innen zitieren in einem Artikel eine Veröffentlichung von Häußermann und Siebel -> 3 Autor*innen * 1 Veröffentlichung = 3);
- 24 Mal beziehen sich planungswissenschaftliche *Artikel* auf Veröffentlichungsanteile von Häußermann. Jeder zitierende Artikel (unabhängig von den jeweiligen Ko-Autor*innenanzahlen) zählt jetzt nur noch mit 1, die zitierten Artikel werden im Falle von Mehrfachautorenschaften auf den jeweiligen Anteil reduziert (Beispiel (s.o.) -> 1 Artikel * 1 halbe Veröffentlichung = 0,5);
- 41 Mal beziehen sich planungswissenschaftliche *Artikel* auf Veröffentlichungen mit Beteiligung Häußermanns (Beispiel (s.o.) -> 1 Artikel * 1 Veröffentlichung = 1);

Tab. 7.4 Meistzitierte Veröffentlichungen in Artikeln zum Thema *Schrumpfende Städte*

Incit.	Jahr	Titel
11	2003	Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
10	2005	Raumordnungsbericht 2005
10	1997	Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land
9	2000	Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern
7	2008	Stadtpolitik
7	2000	Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
6	2006	Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten – Bilanzierung und Strategieentwicklung
6	2003	Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung
6	2003	Demographischer Wandel: Herausforderungen an eine künftige Stadtpolitik
6	2003	Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
6	2002	Disurbanisierung und Reurbanisierung: Polarisierte Raumentwicklung in der ostdeutschen Schrumpfungslandschaft
6	2001	Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa
6	2001	Die perforierte Stadt. Eine Versuchsanordnung
6	2000	Raumordnungsbericht 2000
6	2000	Siedlungsentwicklung und Infrastrukturkosten

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

- 33,2 Mal beziehen sich *Autor*innen* in planungswissenschaftlichen Artikeln auf Veröffentlichungsanteile von Häußermann (Beispiel (s.o.) -> 3 Drittel Artikel * 1 halbe Veröffentlichung = 1,5) (siehe Tab. 7.5).

Jede Spalte in Tab. 7.5 belichtet einen anderen Aspekt der Bedeutung der Autor*innen in dem einschlägigen Diskurs. Die erste Spalte zeigt die Anzahl kognitiver Bezüge zwischen Wissenschaftler*innen, so dass sich bspw. ausgehend von Häußermann ein Netzwerk mit bis zu 57 durch Häußermann direkt inspirierten Personen zeigen ließe. Analog lässt sich die zweite Spalte interpretieren,

Tab. 7.5 Meistzitierte Autor*innen in Artikeln zum Thema *Schrumpfende Städte* (ohne Selbstzitationen)

Früheste im Schrumpfungsdiskurs zitierte Publikation	Name	Incitations insgesamt	Incitations bei Reduzierung um alle Mehrfach-Autorenschaften	Incitations bei Reduzierung um Mehrfach-Autorenschaften der zitierenden Autor*innen	Incitations bei Reduzierung um Mehrfach-Autorenschaften der zitierten Autor*innen
1985	Häußermann, H	57	24,0	41,0	33,2
1985	Siebel, W	42	17,0	31,0	23,2
1998	Siedentop, S	48	12,7	29,0	20,6
1997	Bucher, H	34	14,8	27,0	18,5
1999	Schloemer, C	36	11,3	24,0	15,7
2003	Gutsche, J.-M.	40	13,0	23,8	23,1
1997	Liebmann, H	36	10,8	23,4	15,7
1975	Birg, H	30	21,3	23,0	28,3
1997	Kabisch, S	39	11,3	22,9	17,8
2001	Koziol, M	31	10,6	22,5	14,6
2000	Haller, C	30	9,1	21,4	12,4
1983	Sieverts, T	27	18,5	20,0	24,5
1998	Mueller, B	32	11,6	20,0	18,6
2002	Schiller, G	27	6,9	19,5	9,1
2001	Gans, P	30	11,8	19,5	17,8
1989	Blotevogel, H	29	12,8	19,0	17,8
1998	Herfert, G	34	13,7	18,3	26,0
1986	Winkel, R	23	16,1	18,0	20,8
1986	Laepfle, D	25	12,3	18,0	18,0
1992	Selle, K	23	11,1	17,5	15,1
1980	Maeding, H	23	14,7	17,0	19,8
1996	Gatzweiler, H	24	5,8	16,0	8,2
2002	Bernt, M	22	7,8	16,0	9,2
1995	Holz-Rau, C	22	8,7	15,3	12,7
1998	Pfeiffer, U	24	4,9	15,0	7,9
1994	Fuerst, D	22	11,8	15,0	17,8
1999	Kocks, M	21	9,8	15,0	14,3
1998	Hannemann, C	57	10,9	15,0	20,2

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995-2014

nur das jetzt Publikationen, nicht Personen, die verbundenen Knoten darstellen. Absteigend sortiert wird nach der markierten Spalte, die ausdrückt, wieviele Artikel (nicht wieviele Autor*innen) sich auf Erkenntnisse der aufgeführten Planungswissenschaftler*innen beziehen. Da Selbstzitationen ausgenommen sind, weist die Spalte immer dann keine geraden Zahlen auf, wenn mind. eine zitierende Publikation eine Ko-Autorenschaft der zitierten Person aufweist. Im Vergleich mit der ersten Spalte indiziert die letzte Spalte, inwiefern die abgetragene Person zitierte Erkenntnisse eigenständig bzw. in Kooperation mit anderen Autor*innen geschrieben hat. Während also bei Birg und Sieverts in besonderem Maße eigenständig erzeugte Veröffentlichungen durch die Fachgemeinschaft zitiert werden, sind es bei Pfeiffer, Schiller und Gatzweiler in besonderem Maße Kooperationen mit vielen Ko-Autor*innen.

Tab. 7.5 zeigt, dass viele Autoritäten (vielzitierte Planungswissenschaftler*innen) des Schrumpfungsdiskurses in den Jahren 1997 (3), 1998 (5) und 1999 (2) ihre ersten einschlägig bedeutsamen Publikationen veröffentlicht haben. Dies stützt die These, dass in diesen Jahren, trotz kaum messbarer Erhöhung der Aufmerksamkeit, eine Fundierung des Themas stattgefunden hat. Weiterhin ist auch hier auf die Bedeutung des BBR hinzuweisen. Die vielzitierten Publikationen von Bucher und Schlömer sind etwa dem BBR zuzuordnen. Auch Gutsche und Liebmann haben relevante Publikationen im Auftrag des BBR verfasst.

In Abb. 7.7 sind die wichtigsten Knoten und Kanten der Gigantischen Komponente des einschlägigen Ko-Publikationsnetzwerks visualisiert. Stark verbundene Knoten sind nahe beieinander, wichtige Knoten sind anhand ihrer *betweenness*-Zentralität vergrößert dargestellt. Die Farbe markiert das Jahr der ersten einschlägigen Publikation. Institutionelle Akteur*innen, wie bspw. das BBR oder das UBA, treten in dieser Analyse in den Hintergrund, weil sie zwar als alleinige Autor*innen, selten aber als *Ko-Autor*innen* in Erscheinung treten.

Ko-Autorenschaften dienen als Indikator für wissenschaftliche Kooperation und Kommunikation zwischen den untersuchten Akteur*innen. Sie setzen gemeinhin persönlichen Kontakt und intensive Interaktion voraus und indizieren eine gewisse intellektuelle Nähe. Besonders *betweenness*-zentrale Knoten fungieren häufig als Gatekeeper bzw. als Schnittstelle zwischen verschiedenen unverbundenen Bereichen des Netzwerks. In der Wissenschaft nehmen häufig hochrangige Akteur*innen (bspw. Professor*innen) eine solche Position ein, da sie zum einen innerhalb ihrer Organisation (bspw. Lehrstuhl) eine integrierende Funktion einnehmen und dort mit vielen Akteur*innen gemeinsam publizieren. Zum anderen unterhalten sie aber – häufig im Gegensatz zu ihren Mitarbeiter*innen – Beziehungen mit anderen hochrangigen Akteur*innen, die wiederum

ihre Mitarbeiter*innen in das Netzwerk einbinden, und verfolgen gemeinsame Publikationsprojekte mit ihnen.

Es zeigt sich ein zentraler Bereich des Netzwerks mit vielen wichtigen Akteur*innen, von denen einige der *betweenness*-Zentralsten in den Jahren 1998 (rosa) und 1999 (rot) erstmals im Schrumpfungsdiskurs in Erscheinung traten. Kern dieses Bereichs ist eine *Clique* (Aring, Danielzyk, Blotevogel, Wiechmann, Grabow), deren Mitglieder die höchste *closeness*-Zentralität des gesamten Netzwerks aufweisen, also über die kürzesten Pfade zu allen übrigen Knoten verfügen. Sie nehmen teilweise selbst eine starke Gatekeeping-Funktion ein, indem sie viele weniger bedeutende Akteur*innen in das Netzwerk einbinden, und sind jeweils mit weiteren Gatekeepern (bspw. Siedentop, Beckmann) in (einer) Teilgruppe(n) verbunden (siehe Abb. 7.7).

Hintergrundinformation zu Abb. 7.7

Datengrundlage:

Kanten: Alle 3.765 Ko-Autorenschaften einschlägiger Artikel sowie in einschlägigen Artikeln zitierter Publikationen, jeweils gewichtet nach Anzahl der Ko-Autor*innen,

Knoten: Alle 1.672 einschlägig zitierenden oder zitierten Ko-Autor*innen

Filter: Gigantische Komponente

Knotenfarbe: Jahr der ersten einschlägigen Veröffentlichung (einschl. Alleinautorenschaft)

Knotengröße: Betweenness Zentralität ohne Gewichtung der Kanten

Kantenstärke: Summiertes Gewicht der Ko-Autorenschaften adjazenter Knoten
(von 2 Ko-Autor*innen->Faktor 1, bis 20 Ko-Autor*innen-> Faktor 0,05)

Darstellung: Gephi, Algorithmen Force Atlas und Noverlap

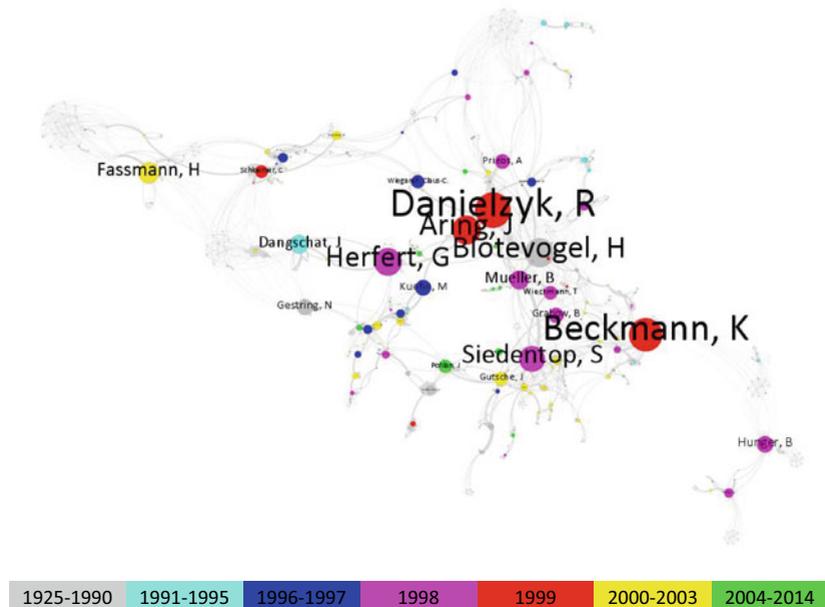


Abb. 7.7 Ko-Publikationsnetzwerk der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Das Konzept der *betweenness*-Zentralität wird durch die Anbindung vieler Ko-Autor*innen Fassmanns (insb. im Jahr 2010) an die zentrale *Clique* veranschaulicht. Es zeigt sich ein *Kürzester Pfad* Fassmann-Dangschat-Herfert-Aring, dessen gewichtete Gradzentralitäten (in diesem Fall verfasste Publikationen mit Ko-Autor*innen) (Fassmann 8, Herfert 9, Dangschat 7, Aring 5) hinter denen einiger kaum sichtbarer Knoten zurückfällt (insb. Kabisch, Liebmann, Gans mit jeweils 16), allerdings stellen letztere nur für wenige Akteur*innen eine zu passierende Schnittstelle dar, sodass sie selten eine Maklerfunktion einnehmen (siehe Abb. 7.7 und Tab. 7.6).

Bemerkenswert ist auch das strukturelle Loch zwischen der *betweenness*-zentralen Teilgruppe um die genannte *Clique* auf der einen und der Gradzentralen Teilgruppe um die Akteur*innen Liebmann, Haller, Kabisch, Haase und Bernt auf der anderen Seite (rote, blaue und gelbe Knoten zwischen Gestring und Kühn) (siehe Abb. 7.7). Letztere verfügt über starke Verbindungen untereinander, während erstere mit vergleichsweise schwachen (aber vielen)

Verbindungen eine strategisch günstige Position im Netzwerk einnehmen kann. Dieser Unterschied wird auch anhand des Vergleichs zwischen dem Grad (Anzahl der Ko-Autor*innen) und dem gewichteten Grad (Anzahl der Publikationen mit Ko-Autor*innen) deutlich (siehe Tab. 7.6). Die beiden Cluster lassen sich weiter differenzieren, wie anhand der Modularitätsklassen deutlich wird: Das IRS um die Jahrtausendwende (Liebmann, Haller, Kühn und weitere) stellt eine Teilgruppe, die mit dem IFL in Leipzig (Kabisch, Haase, Bernt und weitere) enge Beziehungen aufbaut. In der gegenüberliegenden Teilgruppe bilden Siedentop, Müller, Wiechmann, Iwanow und Schiller, die um die Jahrtausendwende dem IÖR angehören, zusammen mit Gutsche eine Modularitätsklasse. Ebenfalls fällt die erweiterte, *betweenness*-zentrale Teilgruppe (mit Danielzyk, Aring, Blotevogel, Beckmann und weitere) durch eine starke Präsenz innerhalb der ARL auf. Eine sichtbare Maklerposition nimmt insbesondere Kühn ein, der dem IRS angehört und seit 2003 korrespondierendes Mitglied der ARL ist (siehe Abb. 7.7 und Tab. 7.6).

Insgesamt sticht in Abb. 7.7 die starke Repräsentanz der erstmals 1998 (rosa) und 1999 (rot) einschlägig veröffentlichenden Autor*innen ins Auge. 12 der 20 wichtigsten Akteur*innen zählen zu dieser Gruppe⁶. Sie sind offenbar mittlerweile etabliert im deutschsprachigen Schrumpfungsdiskurs und nehmen eine Schnittstellenfunktion ein. Viele wichtige Akteur*innen promovieren um die Jahrtausendwende (u. a. Danielzyk 1997, Wiechmann 1998, Aring 1999, Knieling 1999, Siedentop 2002, Liebmann 2004), einige weitere Akteur*innen sind bereits promoviert, erhöhen aber ebenfalls um die Jahrtausendwende ihren wissenschaftlichen Output.

⁶ Zu den wichtigsten 20, aber nicht den 1997 oder 1998 erstmals einschlägig auftretenden Akteur*innen zählen (nach *betweenness*-Zentralität sortiert): Blotevogel 1989, Fassmann 2002, Dangschat 1994, Kühn 1997, Gestring 1990, Gutsche 2003, Wiegandt 1996, Pohlan 2005.

Tab. 7.6 Modularität und Zentralitätsindikatoren der zentralsten Akteur*innen des Ko-Publikationsnetzwerks zum Thema *Schrumpfende Städte* (Rangfolge gemäß Durchschnittswert⁷)

Name	Erste einschlägige Publ.	Module (Auflösung: 1.0)	<i>closeness</i>	<i>betweenness</i> (*10 ⁹)	Grad	Gewichteter Grad
Siedentop, S	1998	4	0,25	27,8	40	15
Beckmann, K	1999	21	0,24	36,1	32	8
Blotevogel, H	1989	10	0,27	31,1	27	10
Fassmann, H	2002	5	0,21	22,1	56	8
Schloemer, C	1999	16	0,22	13,6	29	14
Aring, J	1999	1	0,28	31,1	21	5
Herfert, G	1998	1	0,25	29,6	12	9
Knieling, J	1998	20	0,26	10,0	27	10
Dangschat, J	1994	1	0,23	19,4	27	7
Grabow, B	1998	3	0,26	16,1	27	6
Gans, P	2001	7	0,21	3,5	23	16
Liebmann, H	1997	12	0,20	8,8	15	16
Mueller, B	1998	4	0,25	2,0	22	13
Wiechmann, T	1998	4	0,27	14,4	22	6
Kabisch, S	1997	11	0,22	0,9	17	16
Danielzyk, R	1999	10	0,28	3,8	22	8
Gutsche, J	2003	4	0,23	14,8	17	7
Bernt, M	2002	11	0,21	8,4	15	11
Haller, C	2000	12	0,17	7,5	14	14
Gestring, N	1990	13	0,22	16,5	24	4
Iwanow, I	2001	4	0,23	9,1	15	9
Haeussermann, H	1985	13	0,20	8,9	7	13
Gatzweiler, H	1996	16	0,22	9,9	14	9
Schiller, G	2002	4	0,22	7,3	20	8
Haase, A	2004	11	0,21	6,0	17	10
Selle, K	1992	20	0,18	5,4	19	11
Kuehn, M	1997	12	0,23	16,8	8	6
Wiegandt, C-C	1996	10	0,24	14,1	13	5
Benz, A	1998	6	0,21	5,4	28	6
Holz-Rau, C	1995	21	0,21	2,8	12	11

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

⁷ Ermittlung des Durchschnittswertes: Innerhalb jeder Spalte wird das Maximum ermittelt. Alle Werte der Spalte werden durch dieses Maximum dividiert. Die so errechneten Quotienten jeder Zeile werden addiert.

Blotevogel nimmt eine Sonderrolle im Ko-Publikationsnetzwerk ein, indem er mit einschlägig zitierten Publikationen ab 1989 in den Schrumpfungsdiskurs eingebunden ist, gleichzeitig aber über eine hohe *betweenness*-Zentralität verfügt (siehe Abb. 7.7 und Tab. 7.6). Im Gegensatz zu den meisten anderen Gatekeepern des Schrumpfungsnetworks gehörte er bereits in den 1990er Jahren zu den etablierten Akteur*innen. Es lässt sich vermuten, dass Blotevogel seine hohe *betweenness*-Zentralität primär seiner bereits vor dem Schrumpfungsdiskurs vorhandenen guten Vernetzung verdankt. Im Vergleich zu den jüngeren Forscher*innen spielt also seine einschlägige Expertise eine geringere Rolle. Allerdings ist sein Forschungsportfolio im Schrumpfungsdiskurs anschlussfähig – zitiert werden primär seine Beiträge zu zentralen Orten und Stadt-Umland-Wanderung. Das eigentlich Bemerkenswerte an Blotevogels Ausnahmestellung ist jedoch der Umstand, dass kein anderer der bereits vor 1996 einschlägig zitierten Wissenschaftler*innen eine wichtige Stellung im Ko-Publikationsnetzwerk einnimmt. Grundsätzlich sind Akteur*innen, die bereits Mitte der 1990er Jahre in der (Planungs-) Wissenschaft etabliert sind, weniger wichtig, als angesichts ihrer zumindest damals vorliegenden Schnittstellenfunktion vermutet werden könnte. Dies legt den Schluss nahe, dass es insbesondere die junge, wenig kapitalgebundene Generation ist, die das neue Thema aufgreift und damit Karriere macht. Die älteren Planungswissenschaftler*innen investieren nicht mehr in das Thema und haben kein gesteigertes Interesse an Kooperationen mit anderen einschlägigen Akteur*innen. Die Wenigen, die bereits vor 1995 das Thema aufgegriffen haben und nach 2000 weiterverfolgen, nehmen eine relativ isolierte Position ein. Es bestätigt sich eine Schlussfolgerung aus den Interviews: Ende der 1990er Jahre treibt eine in den Startlöchern stehende, junge Wissenschaftler*innengeneration ein Thema voran, vernetzt sich und macht Karriere. Dabei greift sie kaum auf ältere Beiträge und Zusammenarbeiten mit etablierten Akteur*innen zurück.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die ausschnitthaft dargestellte quantitative Gesamtbetrachtung bildet den Ausgangspunkt für die in Abschnitt 7.2 bis 7.5 ausgewerteten qualitativen Ergebnisse. Gleichzeitig spiegelt und bestätigt sie die qualitativ erhobenen Aspekte. Es handelt sich um das Ergebnis eines iterativen Vorgehens: Ausgehend von bibliometrischen Daten wurden unterschiedlich positionierte Akteur*innen befragt, deren Aussagen ein Gesamtbild entstehen lassen, welches wiederum durch quantitative Auswertungen überprüft und ergänzt wurde. Die Rückkopplung und Verschneidung quantitativer und qualitativer Daten ist zudem aufgrund der in Abschnitt 6.2 und 6.3 geschilderten, unvermeidbaren Einschränkungen der Datenverfügbarkeit von zentraler Bedeutung für die Validierung von Erkenntnissen (siehe auch Kp. 6).

Der quantitativ erhobene Aufmerksamkeitsverlauf zeigt eine Doppelpeakstruktur: Nach der äußerst geringen Aufmerksamkeit in den 1990er Jahren erreicht die Kurve einschlägiger Veröffentlichungen einen ersten Peak im Jahr 2003 und einen zweiten Peak im Jahr 2005, bevor eine Normalisierung eintritt. Die beiden Peaks haben unterschiedliche Qualitäten: An dem ersten Peak hat insbesondere die vergleichsweise stark auf die Politik ausgerichtete IzR einen maßgeblichen Anteil, während für den zweiten Peak die vergleichsweise stark theoriegeleitete RuR und die ARL-FB bedeutend sind. Im zweiten Peak – dem Allzeithoch – nimmt der Schrumpfungsdiskurs 12,6 Prozent der veröffentlichten Artikel ein. Die Zitationskurven zeigen an, dass das besonders relevante – also das in der nachfolgenden Wissensproduktion besonders häufig verwendete – Wissen in den Jahren des Durchbruchs bis zum ersten Peak (insb. 2001–2003) veröffentlicht wird. In den darauf folgenden Jahren sind die einschlägigen Erkenntnisse vergleichsweise wenig relevant, was angesichts des in diesen Jahren betriebenen hohen Aufwands auf eine relativ geringe Effizienz bzw. hohe Redundanz der Erkenntnisproduktion hindeutet.

In verschiedenen Auswertungen wird der große Einfluss politischer Akteur*innen erkennbar. Der Einfluss der Veröffentlichungen des BBR ist besonders hoch. Bezüglich der einschlägig forschenden Wissenschaftler*innen ist hervorzuheben, dass insbesondere jene Akteur*innen eine hohe Zentralität im Ko-Publikationsnetzwerk erreichen, die unmittelbar vor dem Durchbruch begannen, zu Themen zu forschen, die sich anschließend in den Schrumpfungsdiskurs eingliedern lassen. Akteur*innen dagegen, die während und nach dem ersten Peak begonnen haben einschlägig zu veröffentlichen, nehmen keine zentralen Positionen im Diskurs ein. Auch Akteur*innen, die schon vor 1997 einschlägig relevante Erkenntnisse produziert haben, erreichen mit wenigen Ausnahmen keine hohe Zentralität. Dies bestätigt den Eindruck einer jungen, thematisch vergleichsweise ungebundenen Forscher*innengeneration, die in Teilgruppen gut vernetzt ist und gemeinsam das Thema vorantreibt, wodurch sie schließlich wissenschaftliches Kapital in erheblichem Umfang generiert. Es zeigt sich darüber hinaus die hohe Bedeutung kollektiver und korporativer Akteur*innen, insbesondere anhand der untereinander eng vernetzten Teilgruppen des IRS, IFL, IÖR, BBR und der ARL. Sie bestätigen, dass persönliche Kontakte und räumliche Verortungen entscheidenden Einfluss auf die Wissensproduktion haben. Der fachöffentliche Austausch durch (ubiquitär verfügbare) wissenschaftliche Publikationen ist hingegen weit weniger ausschlaggebend für die Wahl von Themen und die Aufnahme von Kooperationsbeziehungen.

7.7 Zwischenfazit zur Themenkarriere *Schrumpfende Städte*

Inhaltlich vereint das Thema *Schrumpfende Städte* eine Vielzahl von Subthemen, von den unterschiedlichen Facetten des demografischen Wandels über räumliche Disparitäten, bis hin zum ökonomischen Strukturwandel. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren werden einige dieser Themen – darunter *Bevölkerungsrückgang*, *Entdichtung* oder *Strukturwandel* – umfassend im Rahmen von Arbeitskreisen und Publikationen analysiert. Nach der Wiedervereinigung kommen die Vorstöße nahezu vollständig zum Erliegen. Anfang der 2000er Jahre leiten der Lehmann-Grube-Bericht sowie das Stadtumbau-Programm einen starken Anstieg der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema *Schrumpfende Städte* ein. Damit einher geht eine vorübergehende Verengung des Diskurses auf die politisch lösbar erscheinenden Probleme, insbesondere auf die Reduzierung des Leerstands und die Stabilisierung von Stadtquartieren durch städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Maßnahmen. Bereits während dieser inhaltlichen Fokussierung werden jedoch (neue) Subthemen des Schrumpfungsdiskurses angestoßen oder weiterentwickelt. Insbesondere ab 2005, als der zweite Aufmerksamkeitspeak erreicht wird, werden diese verstärkt veröffentlicht und diskutiert. Die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema legt sich seitdem in Wellen, bleibt aber auf einem erhöhten Niveau. Das Abklingen des Schrumpfungsdiskurses geht einher mit einer – im Vergleich zur Themenkarriere *Schrumpfende Städte* moderaten – Steigerung der Aufmerksamkeit gegenüber (ehemals) untergeordneten oder verwandten Themen des Diskurses, wie bspw. *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* oder *Peripherisierung*.

Der *strukturelle Kontext* vermittelt den Planungswissenschaftler*innen bis ins Jahr 2000 geringe Resonanz, Ablehnung und Tabuisierung für einschlägige Vorstöße. Ab 2000, als die Lehmann-Grube-Kommission ihre Arbeit aufnimmt, steigt der Wissensbedarf in Politik, Praxis und Wissenschaft rapide. Institutionelle Hemmnisse kehren sich in ihr Gegenteil um: Schrumpfungsforschung wird bei Ressourcenallokationen nicht mehr vernachlässigt, sondern bevorzugt. Dies sorgt dafür, dass die einschlägig aktiven Planungswissenschaftler*innen ihre Publikationstätigkeit deutlich erhöhen, um Wissensansprüche geltend zu machen und den Wissensbedarf zu befriedigen. Zusätzlich werden weitere Planungswissenschaftler*innen auf das Thema aufmerksam. Sie prüfen die Anschlussfähigkeit ihres wissenschaftlichen Kapitals, um gegebenenfalls den Diskurs aufzugreifen und von den verfügbaren Drittmitteln sowie der steigenden Aufmerksamkeit zu profitieren. Die Bedeutung der Fördermittel für den planungswissenschaftlichen Diskurs lässt sich unter anderem daran erkennen, dass das Framing des

Lehman-Grube-Berichts und des darauf aufbauenden Stadtbau-Programms in zahlreichen Artikeln explizit oder implizit übernommen wird. Auch ist insbesondere für den zweiten Peak einschlägiger Veröffentlichungen charakteristisch, dass die Fachbeiträge vermehrt im Kontext von Forschungsprojekten entstehen. Als Mitte der 2000er Jahre die erste Generation der Stadtbauprojekte abgeschlossen ist, sind nicht nur die Problemwahrnehmung, sondern auch Lösungsstrategien etabliert und erforscht. Der Umgang mit Schrumpfungsprozessen verstetigt sich, der Wissensbedarf nimmt ab und der „*Reiz des Neuen*“ geht verloren (vgl. Christmann et al. 2020: 501).

Die *Akteur*innen* erleben das Thema auf unterschiedliche Art und Weise, je nachdem in welcher Phase der Themenkarriere und ihrer eigenen wissenschaftlichen Karriere sie das Thema aufgreifen. Für die interviewten Akteur*innen der 1970er und 1980er Jahre stellt die Beschäftigung mit dem Thema primär eine intensive Episode von jeweils drei bis fünf Jahren der eigenen Forschungsbiografie dar, an die nur in einem Fall nach 2000 angeknüpft wird. Ende der 1990er Jahre werden einige junge Planungswissenschaftler*innen in Ostdeutschland durch verschiedene Faktoren auf das Thema aufmerksam. Die Pionier*innen sind, wie auch schon die Vorläufer*innen in den 1970er und 1980er Jahren, zunächst mit strukturellen Barrieren konfrontiert: Sie erleben Schwerpunktsetzungen zugunsten anderer Themen in Ausschreibungen, Veranstaltungen und der institutsinternen strategischen Ausrichtung, Ablehnung und Desinteresse gegenüber eigenen einschlägigen Vorträgen, bis hin zur absichtsvollen Behinderung der Schrumpfungsforschung durch Vorgesetzte. Diese Pionier*innen haben einen Wissensvorsprung, als das Thema Anfang der 2000er Jahre in das Zentrum der planungswissenschaftlichen Aufmerksamkeit gelangt. Sie können im Zuge des Durchbruchs und der daran anschließenden Fokussierung mit diesem Wissen weiteres wissenschaftliches Kapital in Form von Beziehungen, Drittmittelprojekten, Zitationen und Einfluss aufbauen. Spätestens ab 2010 haben sie kein gesteigertes Interesse mehr, sich über den Schrumpfungsdiskurs fachlich zu profilieren. Sie profitieren allerdings in keinem anderen Diskurs so stark von ihrem Status, ihrem Netzwerk und ihrem Wissen, sodass sie zumindest sporadisch einschlägige Beiträge einbringen. Junge Planungswissenschaftler*innen, die das Thema erst in der Normalisierungsphase aufgreifen, finden eine etablierte, vertikal (Hierarchien) und horizontal (Subthemen) ausdifferenzierte Forschungslandschaft vor. Sie haben mitunter Schwierigkeiten eine eigene Nische zu finden und eigenständig relevante Forschungen in den Diskurs einzubringen.

Nicht nur die befragten Akteur*innen resümieren einhellig, die Themenkarriere *Schrumpfende Städte* habe wichtige Erkenntnisse und Impulse für die planungswissenschaftliche Disziplin sowie die Planungspraxis geliefert. Grundlegende Errungenschaften des Schrumpfungsdiskurses seien primär die breite (fach-)öffentliche Thematisierung dieses zunächst mit Tabus behafteten Themas sowie der „*Paradigmenwechsel*“ weg von der Fokussierung auf die Generierung erneuten Wachstums hin zur Bewältigung und Gestaltung der unabwendbaren Schrumpfungsprozesse.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Das Thema Klimawandel in der Planungswissenschaft

8

In diesem Kapitel wird das zweite von zwei Fallbeispielen, die Entstehung des Themas *Klimawandel*, empirisch untersucht. Im Bereich der Raumplanung bzw. auch der Planungswissenschaft, wird unter dem Begriff *Klimawandel* in der Regel die aktuelle Klimaerwärmung vor dem Hintergrund ihrer Raumbedeutsamkeit verhandelt. Dies umfasst nicht nur die Auswirkungen des Raumes auf den Klimawandel durch die Emission von Treibhausgasen, sondern (mittlerweile) auch die Auswirkungen des prognostizierten und bereits eintretenden Klimawandels auf den Raum und den Umgang damit.

Zu dem Diskurs um das Thema *Klimawandel* wurden im Zeitraum 1995 bis 2014 in den planungswissenschaftlichen Zeitschriften 337 Artikel, an denen 443 Autor*innen beteiligt waren, veröffentlicht und im Rahmen dieser Arbeit analysiert. 4.420 Bezüge aus dieser Literaturliste zu weiteren Publikationen wurden erfasst und insbesondere häufig sowie besonders früh zitierte Publikationen zusätzlich analysiert. Neun leitfadengestützte Interviews mit Akteur*innen des Klimawandeldiskurses wurden geführt. Des Weiteren wurden einzelne Veröffentlichungen ausgewertet, die die Geschichte des Klimawandeldiskurses beschreiben (bspw. Egner 2007; Weingart et al. 2008; Aufenvenne et al. 2014; ARL 2011).

Die in Abb. 8.1 gezeigte Aufmerksamkeitskurve zum Thema *Klimawandel* basiert (analog zur Aufmerksamkeitskurve *Schrumpfung*, siehe Abb. 7.1) auf der Anzahl einschlägiger Artikel pro Jahr im Untersuchungszeitraum 1995–2014. Sie zeigt zunächst eine geringe Aktivität von 1995 bis 2006, die als Latenzphase eingeordnet wird (Kp. 8.1). Der Durchbruch des Themas findet im Jahr 2007 statt (Kp. 8.2), in dessen Folge die Artikelzahl in die Höhe schnellte. Auf den ersten Höhepunkt der Kurve im Jahr 2008 folgen ein zwischenzeitliches Absinken und ein erneuter Höhepunkt im Jahr 2012. Diese beiden Aufmerksamkeitshochs werden als Beginn und Ende der planungswissenschaftlichen

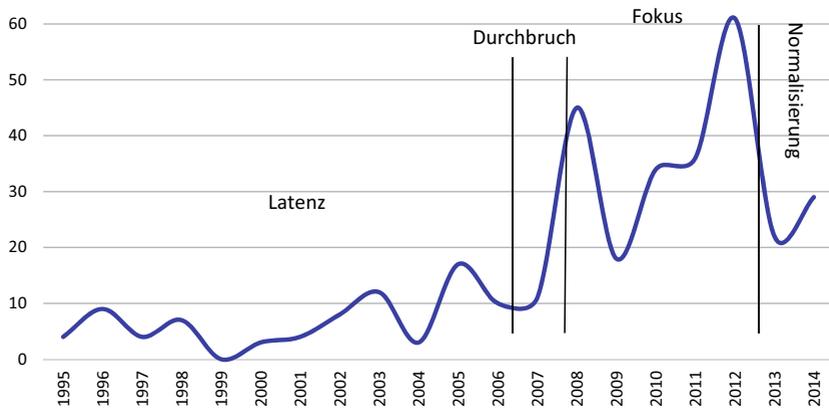


Abb. 8.1 Aufmerksamkeitskurve zum Thema *Klimawandel* 1995–2014 basierend auf der Anzahl einschlägiger Artikel (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

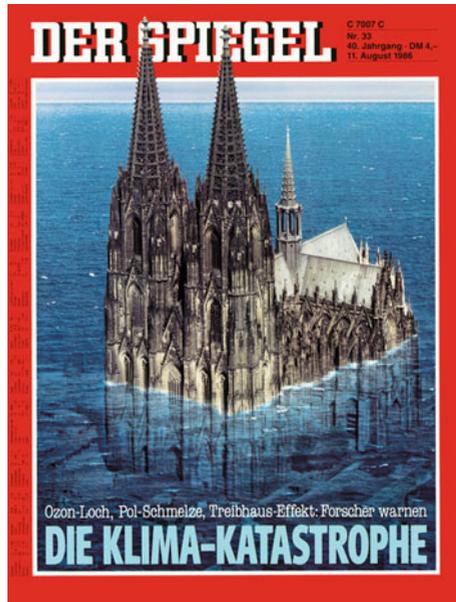
Fokussierung (2008–2012) betrachtet (Kp. 8.3). Das anschließende Absinken der Kurve wird als Normalisierungsphase gefasst (Kp. 8.4). Eine umfassendere quantitative Gesamtbetrachtung der Themenkarriere *Klimawandel* wird in Abschnitt 8.5 vorgenommen.

8.1 1980 bis 2006: Latenzphase

In den 1980er Jahren erstickt im deutschsprachigen Raum die Umweltbewegung und der Ökologiediskurs, der mit *Waldsterben*, *Smog*, *Ozonloch*, *Saurer Regen*, *Tschernobyl* oder eben der „*Klima-Katastrophe*“ (Der Spiegel, 11.08.1986, siehe Abb. 8.2) immer wieder auch in den Massenmedien großen Raum einnimmt. Unter anderem mit der Einsetzung der Enquete Kommission „*Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre*“ im Jahr 1987 und international mit der Einrichtung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Jahr 1988 erhält das Thema Einzug in die Politik. Auf Vorlage der Enquete Kommission beschließt der Deutsche Bundestag 1990 erstmals ein konkretes klimabezogenes Handlungsziel, nämlich die CO₂-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25 bis 30 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1987 zu reduzieren (Weingart et al. 2008: 74). 1992 wird auf der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen über den Schutz des Klimas zusammen mit

der Agenda 21 unterzeichnet. 1997 wird das Kyoto-Protokoll verabschiedet, das 2005 in Kraft tritt (Stock 2013: 18). Im Zuge der nationalen und internationalen Zielsetzungen ab Ende der 1980er Jahre erweitert sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Klimawandel um den Gegenstand der politischen Regulierung. Das Thema wird jetzt verstärkt auch von den Sozialwissenschaften aufgegriffen (Weingart et al. 2008: 44ff).

Abb. 8.2 „Die Klima-Katastrophe“ als Titelthema des Nachrichtenmagazins Der Spiegel (Quelle: Der Spiegel Nr. 33, 11.08.1986)



Das Erstarken des Ökologiediskurses findet auch in der Planungswissenschaft seinen Niederschlag. Aufgaben und Leitvorstellungen der Raumordnung werden mit der Novelle des Raumordnungsgesetzes von 1989 insbesondere zur Stärkung umweltpolitischer Belange angepasst (Söfker 2005: XXV). Auch die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung 1990 wird durch eine intensive planungswissenschaftliche Debatte vorbereitet und begleitet. Das Thema „Klima“ oder „Treibhausgasemission“ wird in der Raumplanung erstmals im Kontext des „ökologischen Aufbaus“ der neuen Bundesländer, die vor der Wende die weltweit höchste Pro-Kopf-CO₂-Emission aufwiesen, aufgegriffen (BMRBS 1991:

109ff). In den Raumordnungsberichten von 1991 und 1993 wird die Eindämmung des zusätzlichen, anthropogenen Treibhauseffekts als prioritäre Aufgabe der Bundesregierung dargestellt (BMRBS 1991: 109–112, 1994: 196–197).

Ein Beitrag der Raumordnung zum Klimaschutz wird erstmals 1993 in der IzR-Ausgabe „*Raumstruktur und CO₂-Vermeidung*“ von Bergmann et al. systematisch ins Auge gefasst. Darin werden die Klimaschutzziele der Bundesregierung auf die Raumentwicklung bezogen, um daran anschließend eine umfassende „*Raumstrukturstrategie*“ zur Verringerung von Treibhausgasemissionen vorzulegen, die neben vielen anderen Aspekten auf eine höhere Dichte, Nutzungsmischung und dezentrale Konzentration abzielt (Bergmann et al. 1993: I, 508). Die Veröffentlichung geht auf eine Arbeitsgruppe zurück, deren Mitglieder auf Initiative des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMRBS) von der Leitung der BfLR aus verschiedenen Referaten der BfLR ausgewählt wurden und die zusammen mit Akteur*innen des Ministeriums den Zusammenhang zwischen Raumstruktur und CO₂-Vermeidung diskutierten. Die unterschiedlichen Forschungsschwerpunkte der Akteur*innen lassen sich jeweils gut mit der gemeinsamen Untersuchung verknüpfen, sodass alle Beteiligten im Rahmen der nachfolgenden Publikation ihre jeweils eigene Forschung einbringen können, ohne sich dezidiert mit dem übergeordneten Thema zu befassen. Eine beteiligte Person berichtet im Interview, dass das Thema *Klimawandel* für sie und ihren Beitrag zu der Publikation keine Rolle gespielt habe (i25). Für die Person stellt die Publikation ein frühes Produkt im Rahmen eines von ihr ohnehin verfolgten Forschungspfades dar, sie betrachtet den Beitrag aber nicht als wichtiges oder wegweisendes Produkt, weder für die eigene Karriere noch für die Planungswissenschaft. Die Publikation war und ist für die Person primär im damaligen Nachhaltigkeitsdiskurs angesiedelt, während sie deren besonderen Beitrag zum Thema *Klimawandel* erst im Laufe des Interviews nachvollzieht. Sie profitiert davon, dass ihr Forschungsportfolio mit dem an Bedeutung gewinnenden Thema *Nachhaltigkeit* in Verbindung steht. Insbesondere der Wechsel Klaus Töpfers in das BMRBS im Jahr 1994 habe hierfür eine Rolle gespielt, so die Person:

„Und [Töpfer] fragte uns, da kann ich mich sehr dran erinnern, das ist so ein Moment: ‚Was haben Sie an der BfLR denn jetzt eigentlich zu Nachhaltigkeit gemacht?‘ Und an der Stelle mussten wir ein bisschen schlucken. Wir hatten natürlich über den Begriff nachgedacht, klar. Aber wir hatten gesagt, wir wollen das eigentlich nicht, weil das ist so ein Modebegriff, und der ist so weich und so schwabbelig, und wir wollten den eigentlich nicht. Und wir mussten aber zu dem Zeitpunkt einen städtebaulichen Bericht machen. Und dann hat Herr Töpfer gesagt: ‚So jetzt machen Sie mal einen Bericht zur nachhaltigen Stadtentwicklung‘. Und den durfte ich damals mit [anderen

Personen] machen. Und wir haben dann diesen Bericht zur nachhaltigen Stadtentwicklung gemacht und das passte alles ganz wunderbar zu all den Aktivitäten, die da parallel liefen zum Klimawandel.“ (i25)

Im weiteren Verlauf der 1990er Jahre wird die Vermeidung des Klimawandels im planungswissenschaftlichen Diskurs allerdings nur selten, und wenn, dann als Teilaspekt des Themas *Nachhaltige Stadtentwicklung*, thematisiert (vgl. bspw. Thierstein und Walser 1996; Lorenz 1995; Michaelis 1996; Hamm 1997). Der ARL Arbeitskreis „*Operationalisierung des Prinzips der Nachhaltigkeit in der Regionalplanung*“ bereitet den Stand der Forschung zur Vermeidung des Klimawandels im Kontext der Raumplanung auf und legt Forschungsbedarfe offen (ARL 2000: 43–209). Wichtige Referenzen für diesen Diskurs bzw. für die dazu beitragenden Planungswissenschaftler*innen sind zunächst die Rio Konferenz 1992 sowie die dort initiierte Lokale Agenda 21. Ebenfalls zu nennen sind das fünfte Environmental Action Programme (EAP) der EU „*Towards Sustainability*“, das 1993 die Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels sowie Forschungsbedarf bezüglich möglicher Auswirkungen des Klimawandels erwähnt, und das sechste EAP, das „*Tackling Climate Change*“ zur ersten von vier Prioritäten erhebt (European Commission 1992, 2001). Die in den einschlägigen Artikeln meistzitierte Veröffentlichung dieses Zeitraums ist „*Zukunftsfähiges Deutschland: Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung*“ (Bund und Misereor 1997).

Die Auswirkungen und Anpassungserfordernisse im Zuge des Klimawandels werden in den 1990er Jahren kaum thematisiert, und wenn, dann nur am Rande (vgl. bspw. Bruns und Spehl 1998). Eine Ausnahme bildet das 1992 gegründete Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), das im Jahr 1996 die erste Untersuchung zu den regionalen Auswirkungen des Klimawandels für Brandenburg vorlegt (vgl. Stock und Toth 1996). Auslöser dieser Untersuchung ist ein Besuch des Brandenburgischen Ministers für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung Matthias Platzeck, dessen Ministerium in der Nachbarschaft des PIK liegt. Platzeck möchte wissen, ob es möglich sei, Klimafolgenforschung nicht nur *in*, sondern auch *für* Brandenburg zu betreiben (Platzeck 1996: V; Stock 1996: 1). Eine beteiligte Person berichtet:

„Und da war die Frage: ‚Könnt ihr irgendetwas sagen, was das für Brandenburg heißt?‘ Da war eigentlich ein großes Fragezeichen. Dann habe ich gemeint: ‚Lasst es uns doch mal versuchen‘. Und das war also der erste Versuch, aus dem dann auch ein regionales Klimamodell entstanden ist, um für so eine Region abzuschätzen, was sich da tut.“ (i26)

Zu diesem Zeitpunkt sei den Beteiligten „*nicht so klar*“ gewesen, inwiefern das Land Brandenburg überhaupt gravierende Auswirkungen durch den Klimawandel zu erwarten habe. Der anschließende Forschungsprozess sei in mehrfacher Hinsicht Neuland für die Mitarbeiter*innen des PIK und nur durch die Beteiligung verschiedener Forschungsabteilungen durchführbar gewesen. Als die sogenannte *Brandenburgstudie* erstmals die regionalen Auswirkungen des Klimawandels sowie Anpassungsbedarfe aufgezeigt habe, seien die Akteur*innen des PIK auf die Bedeutung der Raumplanung aufmerksam geworden (i26).

Nach Aussagen von Beteiligten sei es auch der Direktor des PIK Hans Joachim Schellnhuber gewesen, der im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) darauf gedrängt habe, sich im Rahmen des Jahresgutachtens 1998 mit den Folgen des Klimawandels zu beschäftigen (vgl. WBGU 1998). Diese Thematisierung im WBGU sei es wiederum gewesen, die den dort als wissenschaftlichen Mitarbeiter von Paul Velsing beteiligten Planungswissenschaftler Mark Fleischhauer inspiriert habe, sich im Rahmen seiner Dissertation intensiv mit den Zusammenhängen zwischen „*Klimawandel, Naturgefahren und Raumplanung*“ auseinanderzusetzen (vgl. Fleischhauer 2003) (i27).

Im August 2002 vollzieht sich eine Hochwasserkatastrophe an der Elbe und an einigen ihrer Zuflüsse, die über mehrere Wochen hinweg die Schlagzeilen der Massenmedien dominiert. Sie wird medial mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht, was zu einer Debatte über mögliche Auswirkungen der globalen Erwärmung in Politik und Öffentlichkeit führt. Dieses Framing wird nicht nur von den Planungswissenschaftler*innen, die sich mit Hochwasservorsorge beschäftigen, interessiert wahrgenommen, sondern auch von jenen, die sich mit dem Thema *Klimawandel* auseinandersetzen. Eine bereits mehrere Jahre einschlägig forschende Person berichtet über die Bedeutung dieses Ereignisses für ihre Forschung:

„Das passte dann sehr schön [zu meiner Publikation]. [...] Das war das erste Mal, dass so eine Fünf-B-Wetterlage im Zusammenhang mit Klimawandel thematisiert wurde, und auch das Thema Stadtentwicklung da ganz stark, in Dresden beispielsweise, diskutiert wurde: ‚Was hat man in der Vergangenheit falsch gemacht?‘, ‚Wird es in der Zukunft stärker werden?‘“ (i28)

Im Gegensatz zu den vorangegangenen großen Hochwasserereignissen an Rhein (1993 und 1995) und Oder (1997) wird das Elbehochwasser im Jahr 2002 auch in der Planungswissenschaft erstens besonders intensiv und zweitens mit Bezug zum Thema *Klimawandel* diskutiert (Bahlburg 2003: 144). Diese Kontextualisierung ist bemerkenswert, da eine direkte Kausalität, nach der die globale Erwärmung

für die Überschwemmungen verantwortlich gemacht werden könnte, keineswegs evident ist (Schmidt-Thomé et al. 2006: 19; Gravert et al. 2018: 16). Als für die Themenentwicklung maßgeblich erweist sich allerdings nicht die (vermeintliche) Evidenz einer Kausalität, sondern vielmehr die mediale Berichterstattung, die den Zusammenhang wiederholt diskursiv herstellt.

In mehrfacher Hinsicht ist eben diese Kontextualisierung, die sich auch in der Planungswissenschaft manifestiert (vgl. Karl und Pohl 2003), ein entscheidendes Moment im planungswissenschaftlichen Klimawandeldiskurs. So verleiht die öffentliche Diskussion den wenigen bereits einschlägig forschenden Planungswissenschaftler*innen Selbstvertrauen im Umgang mit ihrem Thema und erweckt das Interesse weiterer Akteur*innen. Auch wird die abstrakte Forderung Treibhausgasemissionen zu reduzieren von nun an mit einer konkreten Bedrohung verknüpft. Indem die nachfolgenden Extremwetterereignisse – bspw. die Hitzeperiode in Europa im August 2003 oder der Hurrikan Katrina in den USA im August 2005 – in den Massenmedien und in der Planungswissenschaft stets vor der allgemeinen Bedrohungskulisse des Klimawandels betrachtet werden, erhalten die jeweiligen Einzelereignisse besondere Aufmerksamkeit. Umgekehrt wird das übergreifende Thema durch die Einzelereignisse in unregelmäßigen Abständen immer wieder auf die öffentliche Agenda gehoben. Insbesondere findet eine inhaltliche Erweiterung des Themas von der Treibhausgasreduktion auf die Katastrophenvorsorge statt. Innerhalb der planungswissenschaftlichen Karriere des Klimawandelthemas beginnt die Verschiebung des fachöffentlichen Fokus von Fragen der Nachhaltigkeit hin zu Fragen der Anpassung an die Folgen der globalen Erwärmung. Das Thema *Klimawandel* wird dadurch von einer breiteren Fachöffentlichkeit rezipiert, etwa indem jetzt auch Wissenschaftler*innen in den Bereichen Risikoforschung und Regionalplanung partizipieren.

In diesem Zusammenhang schafft der ARL Arbeitskreis „*Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt*“ wichtige theoretische Grundlagen für die „*in den Raumwissenschaften bislang eher vernachlässigte*“ (ARL 2003: VII) Verknüpfung von Katastrophenvorsorge und Raumplanung, insbesondere im Rahmen zweier Ausgaben der ARL Forschungs- und Sitzungsberichte (vgl. Karl und Pohl 2003; Karl et al. 2005). Darin stellt das Mitglied der gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg Bahlburg (2003: 133, 137) klar, „*Ausgangspunkt*“ und „*Anstoßgeber*“ für den Arbeitskreis sei die oben genannte Brandenburgstudie des PIK gewesen. Insbesondere Stock (PIK) und Bahlburg schaffen in ihren Beiträgen Verknüpfungen zwischen den Themen *Klimawandel* und *Raumentwicklung*. So führt Stock (2003) in die Erstellung regionalisierter Klimaszenarien ein und untersucht dabei mögliche Auswirkungen auf verschiedene raumordnungsrelevante Bereiche. Bahlburg (2003) diskutiert

die Aufgaben der räumlichen Planung in Bezug auf den Umgang mit Klimaänderungen und konstatiert, die Instrumente der Raumordnung bezüglich des vorbeugenden Hochwasserschutzes seien noch nicht mit Blick auf langfristige Klimaänderungen in den Blick genommen worden und erforderten nun erneute Aufmerksamkeit.

Wie zuvor im Nachhaltigkeitsdiskurs erhält das Thema *Klimawandel* nun im Katastrophendiskurs zunächst eine untergeordnete Bedeutung. Noch gilt die Annahme, dass Klimaänderungen tatsächlich bereits Auswirkungen auf Häufigkeit und Stärke der zu Schäden führenden Naturereignisse haben, als nicht gesichert. Die folgende Formulierung aus dem zweiten Band der oben genannten Forschungs- und Sitzungsberichte verdeutlicht dies exemplarisch:

„Hinzu tritt die zunehmend wahrscheinlicher werdende Klimaänderung, die – auch wenn noch keine einhellige Meinung der Fachleute derzeit vorliegt – gebieten würde, die Vorsorge zu verstärken.“ (Bahlburg 2005: 8)

Langfristige Klimaänderungen werden in den wenigen einschlägigen Publikationen in der Regel als zusätzlicher Begründungszusammenhang angeführt, um die Wichtigkeit der jeweils im Fokus stehenden Katastrophenvorsorge diskursiv herzustellen. Diese diskursive Verknüpfung führt jedoch nicht nur zu der intendierten Erhöhung der Aufmerksamkeit gegenüber der Katastrophenvorsorge, sondern auch dem Klimawandel wird dadurch planungswissenschaftliche Aufmerksamkeit verliehen. Insbesondere wird in dieser Zeit zunehmend das Potenzial erkannt, dass das Thema für die Raumplanung und die Planungswissenschaft birgt, wie eine interviewte Person konstatiert:

„Also da [in den 2000er Jahren] würde ich sagen hat die Raumplanung entdeckt, dass sie durch den Klimawandel neue Bedeutung erlangen kann. Das hat dann für viele, die eben im Bereich der Raumplanung tätig waren, neue Forschungsimpulse gegeben.“ (i29)

Eine Person schildert das Entstehen dieser Einsicht als einen wechselseitigen Prozess, bei dem man, zunächst in einer kleinen wissenschaftlichen Community im Rahmen von Arbeitskreisen, Drittmittelprojekten und weiteren Austauschformaten, in seiner Forschungstätigkeit herausgefordert worden sei, grundlegend neue Erkenntnisse zu produzieren, diese mit den anderen zu teilen, um schließlich wiederum anspruchsvolle Anfragen zu erhalten und neue Forschungsbedarfe zu ermitteln (i30).

Wesentliche Aspekte der Themen *Klimaanpassung* und *Klimaschutz* werden zwischen 2002 und 2006 in das Bezugssystem der Raumplanung übersetzt und

grundlegende Fragen aufgeworfen, die in den folgenden Jahren vertieft werden. Allerdings lässt sich – abgesehen von den beiden genannten Forschungs- und Sitzungsberichten des ARL Arbeitskreises *Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt* – kein Anstieg der Häufigkeit einschlägiger planungswissenschaftlicher Artikel feststellen (siehe Abb. 8.1). Auch enthalten die Raumordnungsberichte in diesem Zeitraum noch keinen expliziten Bezug zum Thema *Klimawandel* (vgl. BBR 2000b, 2005).

Die befragten Personen, die vor dem Jahr 2007 zum Thema *Klimawandel* forschen und publizieren, sind privat und wissenschaftlich mit Umweltthemen verbunden. Der Brundtland Bericht (WCED 1987), der erste IPCC Sachstandsbericht (IPCC 1992), der Bericht der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre (Deutscher Bundestag 1994), die Rio Konferenz und/oder einzelne Naturkatastrophen und -skandale hätten die Personen privat beschäftigt und an die Themen Nachhaltigkeit und/oder Katastrophenvorsorge herangeführt. Gefragt nach ihrer ersten – wissenschaftlichen oder privaten – Berührung mit dem Forschungsthema, berichtet eine Person:

B: „Das war die Einführung des Semestertickets. Ich gehörte zu denen – aus heutiger Sicht Hochnotpeinlichen – die [zu dem Hochwasser führen] und guckten, wie andere Sandsäcke geschleppt haben.“

I: „Und wie kamen Sie dann auf die Idee, dass das mit Ihrem Forschungspfad zu tun haben könnte bzw. dass man das mit Raumplanung in Verbindung bringen könnte?“

B: „Das war eigentlich auf der Hand liegend. Ich kann jetzt nicht sagen, dass es ein Heureka-Erlebnis gegeben hat, aber für mich war es immer auf der Hand liegend. Raumplanung ist ja schließlich verantwortlich für die Steuerung von Raumnutzungen und Raumfunktionen [...].“ (i31)

Über das grundsätzlich bei allen befragten Personen vorhandene persönliche Interesse hinaus, kommen für das Aufgreifen des Klimawandelthemas *im Kontext der Planungswissenschaft* verschiedene Faktoren zum Tragen. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die befragten Pionier*innen im Vorfeld dieser Themenwahl keinen eindeutigen Schwerpunkt in ihrer jeweiligen Forschungsbiografie entwickelt haben, sondern sich jeweils mit ganz unterschiedlichen Themen befasst haben. Eine Person berichtet von ihrer Themenwahl im Rahmen einer Qualifizierungsarbeit. Sie habe ursprünglich ein ganz anderes Thema fokussiert, habe dazu auch bereits ein Exposé vorgelegt, sei damit aber „*nicht weiter vorangekommen*“ (i32). Parallel habe sich an ihrem Fachbereich ein für die Person vollkommen neuer Arbeitsschwerpunkt ergeben, der eng mit dem Thema *Klimawandel* korrespondiert habe. Der Gedanke, das Promotionsthema mit diesem

Arbeitsschwerpunkt zu verknüpfen, sei über mehrere Jahre hinweg gewachsen, bevor die Person schließlich ein neues Exposé angefertigt habe:

„Ich habe gedacht, Raumplanung sollte in der [Qualifizierungsarbeit] drin sein, irgendwas mit [meinem bisherigen Themenschwerpunkt] und einer der großen globalen Trends, der großen globalen Umweltentwicklungen. Und da Klimawandel da eben sehr stark diskutiert wurde, habe ich mich dann letztlich für einen Zusammenhang Klimawandel und Raumplanung entschieden. Es erschien mir am reizvollsten und dazu gab es damals noch nichts.“ (i32)

Fachlichen Austausch unterhält die Person primär mit ebenfalls jungen Wissenschaftler*innen, die sich entweder mit Nachhaltigkeit oder Katastrophenvorsorge beschäftigen. Für die Qualifizierungsarbeit zählen die weiter oben in diesem Kapitel genannten Arbeiten zu den wichtigsten Grundlagen aus dem Feld der deutschsprachigen Planungswissenschaft.

Die befragten Pionier*innen nennen jeweils ein oder zwei Personen, die mit dem Thema *Klimawandel* an sie herangetreten sind, als maßgebliche Initiator*innen für die Auseinandersetzung mit dem Thema. Darunter sind insbesondere Vorgesetzte und Autoritäten, aber auch Angestellte und Fachkolleg*innen aus dem nationalen und internationalen Kontext. Teilweise lässt sich ein Schneeballprinzip erkennen, indem die Themenwahl von drei befragten Akteur*innen durch eine Kaskade von Kontakten, die von Hans Joachim Schellnhuber ausgeht, beeinflusst wird. Zahlreiche weitere Akteur*innen lassen sich auf Grundlage der Interviews sowie anhand von Ko-Autorenschaften diesem Schneeballsystem zuordnen. Gegenstand der Kontakte sind einschlägige Auftragsvergaben, Betreuungsanfragen, Drittmittelprojekte, Personaleinstellungen und inhaltliche Auseinandersetzungen. Zumeist liegt vor diesen Kontakten keine persönliche Beziehung vor, sodass die Forschung zum Thema *Klimawandel* häufig als Anlass für die Kontaktherstellung gelten kann. Insbesondere stellen einschlägig forschende Akteur*innen Verbindungen zu bislang nicht einschlägig forschenden Akteur*innen her, die über eine bestimmte Expertise (bspw. im Bereich geografische Informationssysteme) oder institutionelle Anbindung (bspw. in einer bestimmten Region) verfügen, die für ein Forschungsvorhaben benötigt wird. Auf diese Weise diffundiert das Thema in neue Fachbereiche und verändert dadurch seine inhaltliche und soziale Struktur.

Eine zunehmende Forschungsförderung für Klimathemen im Bereich Raumplanung lässt sich ab dem Jahr 2005 belegen (Bruhse 2016: 49–50; Meyer und Overbeck 2009: 187–188). Im Feld der Klimawandelanpassung lassen sich im Kontext der Raumplanung sechs Drittmittelprojekte bis zum Jahr 2006

identifizieren. Sie alle gehen auf Initiativen außerhalb der deutschsprachigen Planungswissenschaft – bspw. ausländische Projektpartner*innen, Rückversicherung, PIK – zurück. Mitte 2006 wird das BMBF-Förderprogramm „*klimazwei – Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen*“ aufgelegt, im Rahmen dessen auch drei Projekte mit Planungsbezug gefördert werden (vgl. BMBF und IW 2007). Für mehrere Planungswissenschaftler*innen, die für den weiteren Verlauf der planungswissenschaftlichen Themenkarriere zentrale Rollen einnehmen, stellen diese Projekte die ersten eigenen Forschungen mit explizitem Klimawandelbezug dar.

Über die extern induzierte Projektanbahnung in der Latenzphase berichtet eine Person:

*„B: Das kam über [den*die Projektpartner*in] zustande. [Die Person] hatte ich mal bei einer ARL Veranstaltung, irgendwie ein Jahr vorher oder so [...], wo internationale Leute, auch jüngere Wissenschaftler zusammengebracht worden waren, kennen gelernt. [...] [Die Person] brauchte noch [eine*n deutsche*n Partner*in]. Wie es halt so ist.“*

I: „Und da ist Ihnen dann klar geworden: ‚Klimawandel ist ein Thema für die Zukunft?‘“

B: „So ist das. Dann kam ja das erste Projekt.“ (i33)

Die interviewte Person legt hier dar, dass ihr der wegweisende Charakter des mehrjährigen Forschungsprojekts für die eigene Karriere von Beginn an bewusst gewesen sei, wobei einschränkend auf den expliziten Impuls seitens des Interviewers hinzuweisen ist. Die frühe Weitsicht können die anderen befragten Personen im Rahmen ihrer jeweiligen Forschungsbiografien nicht rekonstruieren. Einigkeit herrscht jedoch darin, dass die teilweise erst Jahre später einsetzende starke fachöffentliche Aufmerksamkeit nicht vorausgesehen worden sei.

Die Pionier*innen verfügen in ihrem Forschungsportfolio über ein thematisches Alleinstellungsmerkmal in der Planungswissenschaft. Als Reaktionen auf ihre Beiträge erhalten sie allerdings partiell Ignoranz und Widerstreben. Diese Resonanz wirkt einerseits motivierend, indem die Pionier*innen ihre Position mit Forschungsergebnissen unterlegen wollen, um die Relevanz ihres Themas vermitteln zu können. Andererseits führen die Widerstände zu Zweifeln. So erklärt eine Person:

„Also beispielsweise [eine leitende Person aus meiner Forschungseinrichtung] hat mich irgendwann mal darauf angesprochen, als ich gesagt habe: ‚Das könnte man mal hier für [eine bestimmte Region] untersuchen‘. Da hat [sie] gesagt: ‚Das ist

überhaupt gar kein Thema für Deutschland. Das geht in eine ganz falsche Richtung. Wir müssen hier Klimaschutz machen und Anpassung an den Klimawandel ist ein Thema für Dritte Welt-Staaten'. Also ich hab da durchaus so meine Krisen gehabt, wo ich dachte: ‚Ist das denn überhaupt was?‘, und war dann über jeden Zeitungsartikel froh, wo ich dann mal eine Umweltkatastrophe in Deutschland gesehen habe, die sich irgendwie mit Klima, mit Sturm oder mit Hochwasser-Ereignissen beschäftigt hat, und wo mal irgendwas drin stand.“ (i34)

Dem Zitat zufolge wird hier letztlich die Forschungsarbeit des Nachwuchswissenschaftlers bzw. der Nachwuchswissenschaftlerin durch eine etablierte Fachperson in Frage gestellt. Letztere argumentiert dabei, Klimawandelfolgen würden die Dritte Welt, nicht aber Deutschland treffen. Diese Position ist einerseits mit Unwissen zu erklären, wobei bemerkenswert ist, dass die etablierte Person trotz geringerer Fachkenntnis die Nachwuchswissenschaftlerin bzw. den Nachwuchswissenschaftler belehren möchte. Ebenso tritt hier ein nicht allein mit Unwissen zu erklärender, grundsätzlicher Widerwille zu Tage, die Relevanz der Thematik anzuerkennen.

Ein solches Widerstreben gegenüber dem Thema *Klimawandelanpassung* Anfang und Mitte der 2000er Jahre wird in mehreren Interviews geschildert. Es lässt sich unter anderem damit erklären, dass die Anpassung an die durch den Menschen verursachte globale Erwärmung für einige das Eingeständnis gescheiterter Umweltpolitik bedeutet: Viele etablierte Akteur*innen der Praxis und der Wissenschaft, in deren Aufgabenbereich das Thema *Klimawandel* fällt, verstehen sich als Agent*innen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit. Der für sie neue Gedanke, sich gesellschaftlich an unvermeidbar gewordene Umweltveränderungen anpassen zu müssen, lässt sich vor diesem Hintergrund als Kapitulation interpretieren und ist dementsprechend gewöhnungsbedürftig. Das Thema Anpassung wird also in Opposition oder in Konkurrenz zur Vermeidung eben jener Umweltveränderungen gesehen. So berichtet eine Person, die das Thema erst später aufgreift, von der Zeit ab 2004:

„Die erste Phase war eher noch so ein bisschen schwieriger [...], weil da die Klimaanpassung ja zum Teil ein bisschen negativ kommuniziert war, wegen der Konkurrenz mit Klimaschutz. Und gesagt wurde: ‚Das ist ein Opportunismus, während die eigentliche Notwendigkeit bei Klimaschutz liegt‘. Das habe ich auch selber geteilt teilweise.“ (i35)

Das Vorherrschen dieser Sichtweise bestätigen die anderen befragten Akteur*innen. So berichtet eine Person, etablierte Akteur*innen des Umweltbundesamtes hätten einer Erweiterung der Umweltpflicht um Aspekte der

Klimawandelanpassung zunächst ablehnend gegenübergestanden, mit der Begründung,

„So nach dem Motto [...]: ‚Ich hab doch nicht 30 Jahre dafür gekämpft die Umwelt vor den Menschen zu schützen, damit ich jetzt anfangen [...], den Menschen vor der Umwelt schützen zu müssen.“ (i36)

Die anfänglichen Vorbehalte gegenüber dem Thema *Anpassung an den Klimawandel* seitens einiger Akteur*innen aus dem Umweltbereich fallen in eine Zeit, in der das Thema *Klimawandel* sektorübergreifend eben diesem Umweltbereich zugeordnet wird und in der die erst ab 2007 zunehmend Raum gewinnende Einordnung als Querschnittsthema noch nicht etabliert ist. So berichtet eine Person über die Zeit vor dem Hurrikan Katrina:

„Dem BMVBW, BMVBS¹ ist das Thema überhaupt nicht transportierbar gewesen. Es ist auch lange Zeit negiert worden. Jegliche Versuche die Thematik damals [...] zu einem Thema der Raum- und Stadtentwicklung zu machen, wurden auch von dem damaligen BMVBW und BMVBS als eine Umweltaktivität sozusagen tituliert, die im Verkehrsministerium keine Rolle spielen würde.“ (i37)

Für die integrierte Betrachtung der beiden Aspekte Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels plädieren Fleischhauer und Bornefeld in ihrem Artikel *„Klimawandel und Raumplanung“* in der RuR im Jahr 2006. Hierin werden die zwei Dimensionen zunächst getrennt voneinander auf die Raumplanung bezogen, um anschließend sowohl Synergieeffekte als auch Zielkonflikte beispielhaft zu nennen. Gemäß Fleischhauer ergab sich der Artikel daraus, dass er an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund zunächst ein Studienprojekt und anschließend die Diplomarbeit von Bornefeld betreute:

„Er hat sich in der Diplomarbeit mit dem Thema ‚Klimaschutz und Raumplanung‘ beschäftigt [vgl. Bornefeld 2005] und da kam mir die Idee vielleicht auf Basis meiner Dissertation [vgl. Fleischhauer 2003] und seinem Diplomarbeitsthema diese beiden Aspekte des Klimawandels mal zusammenzubringen, in einem Artikel, und gegenüberzustellen. Was ist sozusagen die Rolle der Raumplanung/Raumentwicklung.“ (i38)

Die parallele Betrachtung, partielle Verknüpfung oder teilweise auch pauschalisierende Vermischung der Themen *Klimaschutz* und *-anpassung* ist im politischen

¹ Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) geht im Jahr 2005 aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) hervor

und öffentlichen Diskurs Mitte der 2000er Jahre nicht außergewöhnlich. Auch das IPCC erforscht seit dem Ersten Sachstandsbericht 1990 beide Dimensionen und das BMBF benennt seit November 2004 beide Aspekte als Teil des Rahmenprogramms „*Forschung für Nachhaltigkeit*“ (IPCC 1992; BMBF 2004d). Für die Karriere des Themas *in der Planungswissenschaft* kann die grundlegende Aufarbeitung und Zusammenführung der beiden Themenstränge allerdings als Meilenstein betrachtet werden. Schließlich ist *Klimawandel* bislang jeweils als untergeordnetes Thema eines der beiden Themen *Nachhaltigkeit* und *Katastrophenvorsorge* geführt worden, die in Bezug auf Akteur*innen, Inhalte und Arenen weitestgehend getrennt voneinander verhandelt worden sind. Dies zeigt sich auch im Literaturverzeichnis des genannten Artikels, in dem 15 deutschsprachige wissenschaftliche Publikationen sich entweder dem *Klimaschutz* oder der *Klimaanpassung* zuordnen lassen, keine jedoch beiden Dimensionen zugleich².

Der genannte Artikel ist zentraler Bestandteil der Fundierung für den im Folgejahr einsetzenden Durchbruch des Themas *Klimawandel*, indem er Erkenntnisse bündelt, wichtige Grundlagen zitiert und die beiden Dimensionen zusammenführt. Seine Bedeutung für den planungswissenschaftlichen Diskurs zeigt sich unter anderem darin, dass der Artikel die meistzitierte Veröffentlichung in den einschlägigen Artikeln im gesamten Untersuchungszeitraum ist (siehe Tab. 8.3). An dieser Stelle ebenfalls zu nennen ist die im August 2005 veröffentlichte Studie des PIK im Auftrag des Umweltbundesamtes „*Klimawandel in Deutschland: Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme*“ (vgl. Zebisch et al. 2005). Sie bündelt das Wissen im Feld der Anpassung an den Klimawandel, schafft Anknüpfungspunkte für die Raumplanung und legt Forschungsbedarf für die Planungswissenschaft offen. Beide Publikationen zählen zu den wichtigsten Publikationen der Latenzphase (siehe Tab. 8.1).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Thema *Klimaschutz* wird zunächst im Nachhaltigkeitsdiskurs verhandelt, kommt dort aber nicht über den Status eines sporadisch genannten Teilaspekts hinaus. Eine erste Studie im Feld der Anpassung an den Klimawandel wird am PIK durchgeführt, von wo aus das Thema in die Planungswissenschaft diffundiert. Auch hier ist es zunächst ein Teilaspekt eines etablierten Themas (Katastrophenvorsorge) und dient unter anderem als einer von mehreren Begründungszusammenhängen zur

² Die referenzierte Publikation „*Katastrophenanfälligkeit und „Nachhaltige Entwicklung“*“ von Lass et al. 1998 könnte als Ausnahme eingestuft werden, weil sie darauf abzielt die Katastrophenforschung als Bestandteil des Nachhaltigkeitsleitbilds zu etablieren. Allerdings wird das Thema *Klimaschutz* dort nicht vertieft.

Tab. 8.1 Erscheinungsjahr und Titel der Publikationen aus der Latenzphase (bis einschl. 2006), die am häufigsten in allen einschlägigen Artikeln zitiert werden

Jahr	Titel	Anzahl Incitations
2006	Fleischhauer/Bornefeld: Klimawandel und Raumplanung. Ansatzpunkte der Raumordnung und Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel	17
2005	Zebisch et al.: Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme	15
2006	Stern: The economics of climate change: The Stern review	11
2000	IPCC: Special Report on Emissions Scenarios	9
1996	BUND/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung	8
1987	World Commission on Environment and Development (Brundtland-Kommission): Our Common Future	6
1993	Bergmann et al.: Raumstruktur und CO ₂ -Vermeidung	6

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

Herstellung der Relevanz der Katastrophenvorsorge. Die beiden Dimensionen *Klimaschutz* und *-anpassung* werden in der Planungswissenschaft bis zum Jahr 2006 von verschiedenen Akteur*innenkreisen getrennt voneinander verhandelt.

Seit dem Elbehochwasser 2002 werden Naturkatastrophen in den Massenmedien vermehrt mit dem Klimawandel sowie mit der Siedlungsentwicklung in Verbindung gebracht. Bei den wenigen Pionier*innen wächst mit zunehmender Auseinandersetzung der Glaube an das Thema, was dessen Bedeutung für die Disziplin aber auch für die eigene Karriere anbetrifft. Erste Drittmittelprojekte werden aufgelegt und es entsteht eine kleine Fachgemeinschaft, die sich gegenseitig informiert und motiviert. Allerdings erleben die Pionier*innen als Reaktionen auf ihre Kommunikationen mitunter Ignoranz und Widerstreben seitens planungswissenschaftlicher und -politischer Akteur*innen. Insbesondere die Dimension der *Anpassung an den Klimawandel* ist zunächst schwer vermittelbar, weil es seitens etablierter Akteur*innen in Konkurrenz zum Thema *Klimaschutz* gesehen wird. Auch wird das Thema als ein Umweltthema betrachtet, weshalb Akteur*innen außerhalb des Umweltsektors die Relevanz für den eigenen Wirkungsbereich nicht erkennen.

Die Zusammenführung beider Dimensionen in dem RuR-Artikel „*Klimawandel und Raumplanung*“ entpuppt sich in den Folgejahren als zentrale Grundlage für den anschließenden Durchbruch und die Fokussierung des Themas *Klimawandel*. Ebenfalls zentral ist die Studie des PIK „*Klimawandel in Deutschland*“ (Zebisch et al. 2005). Die beiden Veröffentlichungen gehen auf einschlägige Forschungspfade

zurück, die seit 1996 (PIK) bzw. seit 1998 (Fleischhauer) kontinuierlich verfolgt werden.

8.2 2007: Durchbruchphase

Ab Mitte der 2000er Jahre erfährt das Thema *Klimawandel* mehr Resonanz in der Gesellschaft als je zuvor. Aktuelle Naturereignisse werden zunehmend im Kontext des Klimawandels besprochen, wie bspw. der Hurrikan Katrina im August 2005 oder der Orkan Kyrill im Januar 2007. Im Oktober 2006 kommt der einschlägige Dokumentarfilm ‚*An Inconvenient Truth*‘ in die Kinos des deutschsprachigen Raums, in dem der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore eine zentrale Rolle einnimmt. Der unerwartet große Erfolg des Films dokumentiert das gesteigerte öffentliche Interesse und setzt Impulse für das Thema in Politik, Medien und Öffentlichkeit (Egner 2007: 250). Ebenfalls als Anstoßgeber fungiert der im Oktober 2006 veröffentlichte sogenannte Stern-Report, der auf eine Initiative der britischen EU-Ratspräsidentschaft zurückgeht. In dem Bericht werden die wirtschaftlichen Kosten der globalen Erwärmung berechnet und den verhältnismäßig geringen Kosten für Mitigationsmaßnahmen gegenübergestellt (vgl. Stern 2007). Das Thema wird damit in die Handlungslogik der Ökonomie (unter dem Code Gewinn/Verlust) übersetzt und macht den Klimawandel so zu einem für dieses gesellschaftliche Teilsystem berechenbaren und damit verstehbaren Problem (Egner 2007: 253–254). Wichtige Grundlage für Stern und Gore sind die stetig zunehmenden naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, die regelmäßig durch das IPCC (2001, 2007a, 2007b) zusammengefasst werden. Der ‚*Vierte Sachstandsbericht*‘ des IPCC wird in vier Teilen im Februar, April, Mai und November des Jahres 2007 veröffentlicht und erhält immer wieder breite Aufmerksamkeit in den Medien. Gore und das IPCC erhalten im Oktober 2007 zu gleichen Teilen den Friedensnobelpreis.

Auch in den einschlägigen Artikeln der Planungswissenschaft zählen die IPCC-Berichte zu den meistzitierten Referenzen (siehe Tab. 8.4). Ebenfalls von zentraler Bedeutung für die Planungswissenschaft ist das im Juni 2007 von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft veröffentlichte Grünbuch ‚*Anpassung an den Klimawandel in Europa – Optionen für Maßnahmen der EU*‘. Es veranlasst die Zusammenarbeit mehrerer bereits einschlägig forschender Planungswissenschaftler*innen im Rahmen eines Ad-hoc-Arbeitskreises der ARL. In ihrer Stellungnahme zu dem Grünbuch stellen sie im November 2007 fest,

es habe die „politische Debatte um die Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf dem Kontinent eröffnet“ (Ritter et al. 2007: 1). Weiterhin werde in dem Grünbuch festgestellt, dass „Raumplanung und Planung der Flächennutzung ein integraler Bestandteil der Anpassungspolitik“ seien (Ritter et al. 2007: 3). Der damit verbundene, zunächst nur grob umrissene Auftrag und Bedeutungsgewinn für die Raumplanung gibt Anlass für das Aufgreifen und Vertiefen des Themas durch zahlreiche Planungswissenschaftler*innen. Die IPCC-Berichte, das Grünbuch sowie eine weitere Veröffentlichung Ritters von November 2007 zählen zu den meistzitierten Veröffentlichungen in den einschlägigen Artikeln des Jahres 2008 (siehe Tab. 8.2).

Die eingangs dargestellte Themenkonjunktur in Politik, Medien und Öffentlichkeit führt zu einer steigenden Nachfrage nach Informationen und Politikanalysen zum Thema *Klimawandel und Raumplanung*. Interviewaussagen zufolge hätten die oben teilweise benannten Naturereignisse jeweils Aktivitäten in den planungspolitischen und -wissenschaftlichen Einrichtungen ausgelöst. Einerseits seien die Akteur*innen mit einem erhöhten Aufkommen externer Anfragen konfrontiert worden, andererseits hätten sie selbst Überlegungen angestellt, wie auf die Ereignisse und auf die dadurch induzierte Aufmerksamkeit mit Projektfor schung oder Politikberatung zu reagieren sei. Einigen Planungsbüros habe sich ein neues Geschäftsfeld eröffnet, da staatliche Akteur*innen zunehmend Einzelstudien in Auftrag gegeben hätten, um das Thema *Klimawandel* und dessen Bedeutung für den eigenen Wirkungsbereich ermessen zu können.

Nach den Aussagen einer Person aus dem Grenzbereich zwischen Politik und Wissenschaft habe sich das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteur*innen „dann gegenseitig ein Stück weit nach oben geschaukelt“ (i39). Initiativen für neue Veranstaltungen, Projekte oder auch Gesetze seien nicht mehr auf Ablehnung oder Desinteresse, sondern auf große Resonanz gestoßen. Auch im Bereich der einschlägigen Fördermittelvergabe habe ein Umdenken in Bezug auf die Finanzierung einschlägiger Forschung stattgefunden. Die Fördermittelgeber*innen – insbesondere BMBF, BMVBS, BMU, BBR, Umweltbundesamt, Ministerien der Länder – treten im Feld der Planungswissenschaft in Konkurrenz zueinander und setzen einander durch ihre Bekanntmachungen in Zugzwang. In allen Bereichen werden die Relevanz des Themas, die Chance auf einen Bedeutungsgewinn sowie große Wissensbedarfe zunehmend erkannt.

Das BMBF veröffentlicht im März 2007 die Bekanntmachung für die Fördermaßnahme „*Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten*“ („KLIMZUG“), im Rahmen derer ab Mitte 2008 sieben deutsche Regionen in einem Zeitraum von fünf Jahren gefördert werden (BMBF 2007a). Für das Programm der ange wandten Forschung stellt das BMBF ein Fördervolumen von rund 83 Millionen

Euro bereit, das von weiteren öffentlichen Fördermittelgeber*innen im Rahmen der Einzelprojekte teilweise deutlich aufgestockt wird (BMBF und IW 2011).

Der BMBF-Förderschwerpunkt „*Forschung für die nachhaltige Entwicklung der Megastädte von morgen*“ erlebt im Jahr 2007 einen im Sinne der Fragestellung bemerkenswerten inhaltlichen Wandel. Das Programm zielt zunächst auf die Entwicklung und Implementierung integrierter Planungsansätze für die nachhaltige Stadtentwicklung in Schwellenländern (BMBF 2004c: 23). Es läuft in den Jahren 2004 bis 2013, wobei die geförderten Projekte 2007 und 2010 einer Zwischenevaluierung unterzogen werden. In den ersten Bekanntmachungen des Förderprogramms im Februar 2004 wird der Klimawandel mit keinem Wort erwähnt (BMBF 2004b, 2004a; Krück 2004). In einer erweiterten Bekanntmachung einen Monat später wird der Klimawandel als eine von vielen Herausforderungen des globalen Wandels genannt, die eine Überprüfung vor dem Hintergrund des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung erfordern (BMBF 2004c: 1, 2, 12). Zehn Projekte bewerben sich auf dieser Grundlage erfolgreich für die erste Förderperiode. Ab Anfang 2007 werden die Projekte informell durch den Projektträger, das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), darüber informiert, dass das Thema *Klimaschutz* in den kommenden Förderperioden des Megastädte-Programms eine zentrale Bedeutung erhalten soll. Offiziell kommuniziert wird diese Neufokussierung im Rahmen eines Workshops am 15.08.2007, drei Monate vor der Antragsfrist für die zweite Förderperiode. In einer später verteilten Handreichung werden zunächst die Ergebnisse des Vierten Sachstandsberichts des IPCC sowie die jüngsten Anstrengungen der Bundesregierung für den Klimaschutz dargelegt. Sie werden zum Anlass genommen, die Schwerpunktförderung zwar weiterzuverfolgen, aber aufgrund des „*veränderten nationalen und internationalen Kontexts*“ inhaltlich zugunsten „*energie- und klimaeffizienter Strukturen in urbanen Wachstumszentren*“ anzupassen (BMBF 2007b: 1–2; BMBF und DLR 2007).

Der Fokusverschiebung auf das Thema *Klimaschutz* wird somit nachträglich durch das BMBF und den Projektträger zur Bedingung für die Fortsetzung der Förderung erhoben. Als Reaktion darauf passen einige Projekte lediglich das Framing an, während andere den Impuls zum Anlass für eine grundlegende inhaltliche Neujustierung nehmen. Partiiell gewinnen innerhalb der Projekte Akteur*innen an Bedeutung, die mit ihrem Wissen und ihren Beziehungen schnell an das neue Thema anknüpfen können. Als Gründe für die inhaltliche Intervention des BMBF sind neben der allgemeinen Themenkonjunktur politische Prozesse anzuführen. So hat vor Beginn der zweiten Förderphase die Bundesregierung gewechselt und die Leitung des BMBF ist von Bulmahn (SPD) an Schavan (CDU) übergegangen. Zudem verweist die oben genannte Handreichung

auf die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007, im Rahmen derer beschlossen wurde, den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu senken, sowie auf den G-8-Gipfel unter deutschem Vorsitz im Juni 2007, auf dem erstmals Einigung erzielt wurde, „*dass die Erderwärmung nicht mehr als maximal 1,5–2,5 °C betragen darf*“ (BMBF 2007b: 1). Über die tatsächlich vorliegenden Beweggründe im BMBF lässt sich auf Basis der vorliegenden Informationen nur spekulieren. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass es politisch opportun ist, einem von der Vorgängerin übernommenen Programm einen eigenen Stempel aufzudrücken und dabei ein Thema einzusetzen, das eine gesamtgesellschaftliche Themenkonjunktur erfährt. Für den politischen Erfolg sind dabei nicht die Inhalte, sondern das Framing entscheidend. Auch ist es vor dem Hintergrund des erklärten Ziels „*Einsatz, Weiterentwicklung und Diffusion deutscher Technologien, Verfahren und Dienstleistungen zu fördern*“ (BMBF 2007b: 4) möglicherweise effektiver auf das mit Investitionsentscheidungen und deutschem Know-How (bspw. erneuerbare Energien, Gebäudeeffizienz, ingenieurtechnische Lösungen) verknüpfte Thema *Klimaschutz* zu setzen, als das mittlerweile in die Jahre gekommene und schwammig wirkende Umweltthema *Nachhaltigkeit* in den Vordergrund zu stellen.

Im weiteren Verlauf des Programms findet schließlich eine erneute Fokusverschiebung statt, als die bis Anfang 2008 nicht erwähnten Themen *Anpassung an den Klimawandel* und *Resilienz* in das Themenspektrum integriert werden. Hierbei könnten neben allgemeinen, programmunabhängigen Diskursverschiebungen auch programminterne Prozesse Einfluss genommen haben. So berichtet eine Person, einer der Projektanträge sei im Jahr 2008 bei der Förderentscheidung besonders kontrovers diskutiert worden. Dieser habe die *Anpassung an den Klimawandel* in den Mittelpunkt gestellt und weniger das seitens des BMBF zunächst intendierte Thema *Klimaschutz*. Es seien schließlich die externen Gutachter*innen gewesen, die das BMBF und das DLR davon überzeugt hätten, das Projekt *trotz* dieser thematischen Ausrichtung zu fördern (i40). Gemäß dieser Aussage sei der Aspekt *Klimawandelanpassung* im Jahr 2008 noch als inhaltliches Defizit gewertet worden, bei Abschluss des Projektes im Jahr 2013 war er jedoch integraler Programmbestandteil (vgl. BMBF 2013).

Die gesellschaftliche Themenkonjunktur und die dadurch ausgelösten Irritationen (siehe Kp. 4.1.2) in Politik und Praxis sind auch für die Entwicklung weiterer politisch gesteuerter Förderprogramme zentrale Impulse. Dieser Kausalzusammenhang wird in den Interviews geschildert, ist aber auch den Begründungen der Fördermaßnahmen zu entnehmen, die den jeweiligen Bekanntmachungen und Broschüren vorangestellt werden. Exemplarisch sei die Einleitung der

Dokumentation der initialen Fachtagung des BMVBS und des BBR „*Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel*“ am 30.10.2007 zitiert:

„Strategien zur Begrenzung des Klimawandels und zur Anpassung an die Klimafolgen in Deutschland und in Europa stehen weit oben auf der politischen Agenda. Aktuelle Extremwetter und Witterungsereignisse verleihen dem Thema in den Medien und im Bewusstsein der Bevölkerung Nachdruck. [...] Der Handlungsdruck betrifft nicht nur Fachpolitiken wie den Hochwasserschutz oder die Landwirtschaft, sondern unmittelbar auch die Raumplanung [...].“ (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und BBR 2007: 7)

Gemäß Interviewaussagen sei die Entwicklung explizit klimabezogener Förderprogramme seitens einer bestimmten, politisch gesteuerten Einrichtung ab Anfang 2007 offiziell aufgenommen worden, nachdem eine Anfrage des übergeordneten Ministeriums eingegangen sei. Dies habe einen bemerkenswerten Wandel markiert, denn keine zwei Jahre zuvor habe das Ministerium die Zuständigkeit für das Thema noch zurückgewiesen. Im Jahr 2007 sei jedoch erkannt worden, dass Klimawandelanpassung eine Gesellschaftsaufgabe und ein Querschnittsthema sei. Dieses Aufgreifen des Themas durch das Ministerium sei kaum auf Impulse seitens der planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft oder auf neue planungswissenschaftliche Erkenntnisse zurückzuführen, wie eine interviewte Person erläutert:

„Der Hauptdriver dieser Sache war dann nicht die Forschung, sondern da kam es tatsächlich eher von Staatssekretärsseite und auch von oben, dass man sich eben mal damit auseinandersetzen musste.“

[...] Ich glaube es gab mehrere Personen [in der Einrichtung], die dieses Thema stärker gesehen haben wollten. Vor allen für [einen bestimmten Bereich der Einrichtung war absehbar] dass man nicht nur Hochwasservorsorge als ein Thema betrachten muss, sondern generell Klimawandel. [...] Ich bin mir sicher, dass es da auch Forschungsprojekte gab, die in die Planung eingespeist wurden, aber zunächst mal nicht umsetzungsfähig waren, bzw. dass man sie einfach rausgestrichen hat, weil andere wichtiger erschienen.“ (i41)

Für die veränderte Prioritätensetzung der Einrichtung sei dieser Aussage zufolge das Agieren des Ministeriums ausschlaggebend gewesen, das das Thema vor dem Jahr 2007 zurückgestellt, ab dem Jahr 2007 aber gefördert habe. Dieser Wandel im Ministerium sei wiederum primär auf politische bzw. ministerielle Handlungslogiken zurückzuführen. So sei das Ministerium durch die raumplanungsrelevanten Förderaktivitäten anderer Einrichtungen unter Zugzwang gesetzt worden:

„Ich bin felsenfest der Überzeugung, dass es damals keine politisch-strategische Entscheidung gewesen ist, sich diesem Thema zu widmen, sondern schlicht und ergreifend der Druck der anderen Einrichtungen. Das [Ministerium] hat dann gesagt: ‚Da machen wir auch mal etwas zu‘. [...] Es gibt ganz anderes, wo man lange Dinge systematisch vorbereitet, wo man strukturell mit Arbeitskreisen zusammensitzt, wo man sozusagen strategisch überlegt, welche Themen man auf die Agenda setzt. Ich glaube hier ist es ein reines Nachziehen gewesen.“ (i42)

Darüber hinaus hätten die Landes- und Kommunalpolitik sowie die Planungspraxis zunehmend Druck auf die Bundespolitik ausgeübt, grundlegende raumplanerische Fragen in Bezug auf den Klimawandel aufzuarbeiten. Einer Interviewausgabe zufolge sei bspw. von den Ländern im Rahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) auf den einschlägigen Wissens- und Handlungsbedarf hingewiesen worden (i43). Auch planungswissenschaftliche Studien dokumentieren das plötzliche Erkennen von Wissenslücken bei dem Thema *Klimawandel* seitens der Planungspolitik und -praxis (bspw. Overbeck et al. 2009).

Mit den ersten öffentlichen Bekanntmachungen und Veranstaltungen der Fördermittelgeber*innen im Jahr 2007 einher geht das Einsetzen einer „breiten Debatte“ in der Planungswissenschaft und -praxis (Overbeck et al. 2009: 202). Dabei werden die beiden Aspekte *Klimaschutz* und *-anpassung* in der Regel zusammen verhandelt, insbesondere das Handlungsfeld der Anpassung verspricht der Disziplin aber einen Bedeutungsgewinn (ebd.). Diesem Ansatz folgt auch der im Mai 2007 gegründete ARL-Arbeitskreis zum Thema „*Klimawandel und Raumplanung*“. Er bindet, auch durch die zwischenzeitliche Zusammenarbeit mit dem Informations- und Initiativkreis „*Regionalplanung*“ der ARL, einige weniger einschlägig erfahrene Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen in den Klimawandeldiskurs ein (vgl. Birkmann et al. 2009). Starke Schnittmengen in Bezug auf Inhalte und Akteur*innen weist der ARL-Arbeitskreis mit dem Leibniz-Verbundvorhaben „*Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung – Grundlagen, Strategien, Instrumente (KLIMAPAKT)*“ auf, das im Januar 2008 die Arbeit aufnimmt (Umweltbundesamt 2015a, 2015b). Beide Vernetzungs- und Forschungsinitiativen sind auf mehrere Jahre angelegt und betrachten die Anpassungs- und die Vermeidungsdimension der Klimawandelthematik in einer integrierenden Perspektive. Das folgende Zitat verdeutlicht die Rolle der Vernetzungsaktivitäten für die Diffusion des Themas. Dabei kommt eine Person, die in den kommenden Jahren eine zentrale Position einnimmt, zum ersten Mal mit dem Thema in Berührung:

„Das war so ein [bestimmter Arbeitskreis], wo ein Arbeitstag einberufen wurde, wo ich netterweise eingeladen wurde. Während die anderen [Personen], die waren schon

länger in der Szene auch mit Publikationen aktiv. [...] So kam [meine erste einschlägige Publikation] dann zustande.“ (i44)

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Für den Durchbruch des Themas im Jahr 2007 spielt die gesamtgesellschaftliche Themenkonjunktur eine wichtige Rolle. Sie führt dazu, dass Akteur*innen der Planungspraxis und -politik simultan die Relevanz des Themas für ihren jeweiligen Handlungsbereich erkennen, was einen selbstverstärkenden Effekt auslöst. Das gesamte Feld der Raumplanung wird in eine Irritation versetzt, die letztlich einen Handlungsbedarf in der Bundespolitik erzeugt. Die Zuständigkeit für das Thema ist nun mit einem Bedeutungsgewinn verknüpft, was dazu führt, dass komplexe Akteur*innen – bspw. in der Fördermittelvergabe – in Konkurrenz zueinander treten. Es werden Programme der Forschungsförderung angestoßen und angepasst, was ab Mitte des Jahres 2007 verstärkt fachöffentlich kommuniziert wird.

Nachdem bereits in der Latenzphase eine Fundierung des Themas durch Forschungs- und Vernetzungsaktivitäten innerhalb einer planungswissenschaftlichen Nische erfolgt ist, erreicht das Thema im Zuge der Durchbruchphase den planungswissenschaftlichen *Mainstream*. Die seit Mitte der 1990er stattfindende inkrementelle Diffusion des Themas wird abgelöst durch einen disziplinweiten Durchbruch. Hierfür ist nun nicht mehr der gerichtete persönliche Kontakt maßgeblich, bei dem das Interesse einer Person durch die Kommunikation einer bereits einschlägig forschenden Person geweckt wird. Vielmehr erreicht das Thema schlagartig eine allgemeine Bekanntheit, die dazu führt, dass Planungswissenschaftler*innen verschiedener Spezialisierungen das Aufgreifen des Themas auch unabhängig voneinander abwägen.

Die vor dem Jahr 2007 erlebte Ignoranz gegenüber dem Thema wird abgelöst durch eine besonders starke Resonanz. Der Wissensbedarf in Planungspolitik, -praxis und -wissenschaft ist schlagartig angestiegen. Planungswissenschaftler*innen, die bereits über epistemisches und soziales Kapital im Themenfeld *Klimawandel* verfügen, werden deshalb zu gefragten Expert*innen. Auch haben sie einen Vorteil in dem an Fahrt gewinnenden Wettbewerb um Wissensansprüche und Ressourcen. Sie übernehmen führende Funktionen in der fachgemeinschaftlichen Wissensproduktion, in den einschlägigen formellen Netzwerken sowie in der Fördermittelvergabe.

8.3 2008 bis 2012: Fokusphase

Abb. 8.3 zeigt die Aufmerksamkeitsentwicklung des Themas *Klimawandel* in Medien, Politik und Planungswissenschaft. Bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Reaktionszeiten der drei Systeme ist ein nahezu zeitgleicher Durchbruch des Themas festzustellen. Während die Süddeutsche Zeitung im Jahr 2007 ein Allzeithoch erreicht, das von einer „*Ermüdung*“ im Sinne Luhmanns (1970) gefolgt ist, stellt der Durchbruch in den Systemen Politik und Planungswissenschaft den Auftakt einer mindestens fünf- bis sechsjährigen Fokussierung dar.

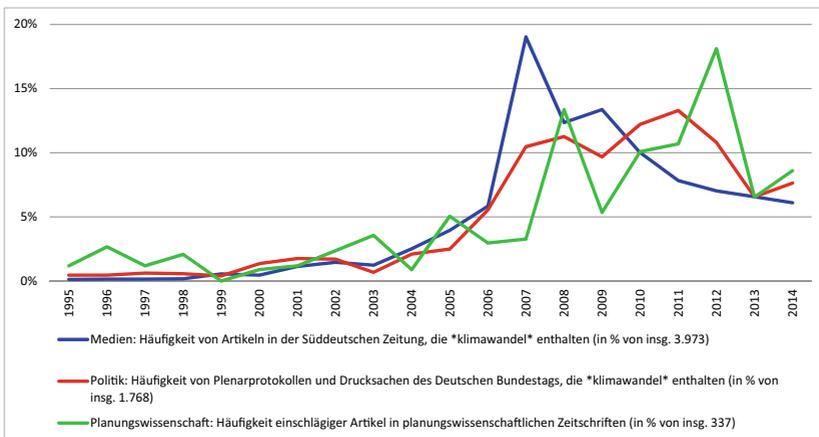


Abb. 8.3 Karriere des Themas *Klimawandel* in Medien, Politik und Planungswissenschaft zwischen 1995 und 2014 (Quellen: Eigene Darstellung auf Grundlage von Abfragen im elektronischen Archiv des Deutschen Bundestags (2020), im Deutschen Referenzkorpus des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache (2020) sowie der eigenen Erhebung planungswissenschaftlicher Zeitschriften 1995–2014)

Nach dem Durchbruch ist das Thema *Klimawandel* in den Medien, der Politik und der Planungswissenschaft etabliert. Während in den Medien weiterhin vereinzelt Klimaskeptiker*innen ein Forum erhalten, ist das Widerstreben etablierter Akteur*innen der Planungswissenschaft und -politik nun nicht mehr wahrzunehmen. Die Bedeutung der Raumplanung für das Thema *Klimawandel* wird im Jahr 2008 und 2009 durch zahlreiche politische Prozesse und Entscheidungen unterstrichen. Hierbei ist insbesondere die im Dezember 2008 veröffentlichte

„*Deutsche Anpassungsstrategie*“ zu nennen, die unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) erarbeitet wurde. Sie stuft die Raumplanung als zentrales und vielseitiges Anpassungsinstrument ein und dient als vielzitiertes Beleg für den Bedeutungsgewinn der Raumplanung (Bundesregierung 2008; Daschkeit 2010: 27).

In den planungswissenschaftlichen Zeitschriften erlebt die Themenkarriere *Klimawandel* im Jahr 2008 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Zeitschriften IZR, RAUM und PLANERIN bringen jeweils eigene, einschlägige Themenhefte heraus. Insgesamt lassen sich 45 der 382 planungswissenschaftlichen Artikel des Jahres 2008 (11,8 Prozent) dem Thema *Klimawandel* zuordnen. Innerhalb der einschlägigen Artikel rückt der *Klimawandel*, der in den Vorjahren zumeist als Teilaspekt anderer Themen aufgerufen wurde, in den Fokus. Weiterhin fällt auf, dass eine grundlegende Übersetzung des Themas in das Bezugssystem der Raumplanung angestrebt wird. Deutlich wird das an den explizit aufgeworfenen Fragen, wie bspw. „*Was wissen wir?*“ (Becker et al. 2008: 341) oder „*Warum Klimaanpassung jetzt und künftig?*“ (Dosch et al. 2008: 381) oder „*Welche Rolle [kann] der Raumplanung bei der Anpassung an den Klimawandel zukommen [...]?*“ (Greiving und Fleischhauer 2008: 61). Auch die meistzitierten Werke deuten darauf hin, dass das Thema *Klimawandel* zunächst aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen sowie anderen gesellschaftlichen Teilsystemen in die Planungswissenschaft übertragen wird. Zu den acht Publikationen, die im Jahr 2008 am häufigsten zitiert werden, zählen nur zwei Publikationen von Planungswissenschaftler*innen (siehe Tab. 8.2). Weiterhin ist bemerkenswert, dass insbesondere jüngere Publikationen zitiert werden. Die elf meistzitierten Publikationen sind im Durchschnitt 1,4 Jahre alt.

Insbesondere in den Jahren 2008 und 2009 laufen wichtige Forschungsprojekte zum Thema *Klimawandel und Raumplanung* an. Von besonderer planungswissenschaftlicher Bedeutung ist zunächst das BMBF-Programm „*Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten*“ („*KLIMZUG*“), im Rahmen dessen das erste Projekt im Juni 2008 startet. Auf der Grundlage einer Vorstudie aus dem Jahr 2008 (Gruehn et al. 2008) initiieren das BMVBS und das BBR zunächst das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „*Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel*“, das im Juni 2009 die Forschungsaktivitäten aufnimmt. Das Vorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) „*Urbane Strategien zum Klimawandel*“ beginnt im Dezember 2009. Zwischen der ersten öffentlichen Kommunikation zu den Programmen und dem Start des ersten Projektes verstreichen jeweils ein bis zwei Jahre.

Das planungswissenschaftliche Aufmerksamkeitshoch im Jahr 2008 ist auf die im Zuge des Durchbruchs veränderten Anreizstrukturen zurückzuführen.

Tab. 8.2 Erscheinungsjahr und Titel der Publikationen, die im Jahr 2008 am häufigsten in den einschlägigen Artikeln zitiert werden

Jahr	Titel	Anzahl der Incitations
2006	Fleischhauer/Bornefeld: Klimawandel und Raumplanung. Ansatzpunkte der Raumordnung und Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel	9
2007	Ritter: Klimawandel – eine Herausforderung an die Raumplanung	6
2007	EU Kommission: Green Paper. Adapting to climate change in Europe – options for EU action	6
2007	IPCC: Climate Change 2007 – Synthesis Report	5
2007	IPCC: Climate Change 2007 – The Physical Science Basis	5
2006	Stern: The economics of climate change: The Stern review	5
2005	Zebisch et al.: Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme	5
2007	UBA: Neue Ergebnisse zu regionalen Klimaänderungen. Das statistische Regionalisierungsmodell WETTREG	4

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

So ist bspw. eine verstärkte Resonanz auf einschlägige Forschungsergebnisse zu verzeichnen, Drittmittel werden verfügbar und in Berufungsverfahren wird einschlägige Expertise belohnt. Zum einen greifen deshalb viele Planungswissenschaftler*innen das Thema erstmals auf, zum anderen sind die einschlägig erfahrenden Akteur*innen motiviert, ihre Wettbewerbsvorteile – insbesondere Reputation, Beziehungen und Wissen – in Wert zu setzen. Es setzt eine gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhte Dringlichkeit ein, Wissensansprüche zu markieren und sich für die Einwerbung von Drittmitteln zu positionieren. Allerdings sehen nicht alle befragten Personen gleichermaßen eine strategische Motivation als Hintergrund für ihre erstmalige oder verstärkte Publikationstätigkeit zum Thema *Klimawandel*. Eine einschlägig erfahrene Person resümiert dazu:

„Ich weiß nicht, ob das nicht zu hoch gegriffen ist zu sagen, dass da irgendeine Strategie dahinter gesteckt hat. Eher so ein Bedürfnis einen bestimmten Erkenntnisstand auch mal zu kommunizieren. Also das ist letztendlich mal ein Thema, was eine Bedeutung hat, die von vielen nicht gesehen wird.“ (i45)

Hier wird eine epistemische Orientierung als Handlungsmotivation für die stark ausgeweitete, einschlägige Publikationstätigkeit dargelegt. Ergänzend ist anzumerken, dass diese zwar das entstandene „*Bedürfnis*“ partiell erklären kann, nicht aber den Zeitpunkt seines Entstehens. Zudem führt die interviewte Person an anderer Stelle dezidiert *strategische* Motive an.

Zahlreiche Planungswissenschaftler*innen betreten im Jahr 2008 erstmals das Feld der Klimawandelforschung: Im Jahr 2007 veröffentlichten elf Autor*innen einen einschlägigen Artikel, darunter sieben zum ersten Mal. Im Jahr 2008 publizieren 67 Autor*innen einen Artikel zum Thema, darunter 60 zum ersten Mal. Es entsteht eine Konkurrenz zwischen einschlägig erfahrenen und weniger erfahrenen Planungswissenschaftler*innen. Dies wird insbesondere im Rahmen der anschwellenden Forschungsförderung im Bereich Klimawandel deutlich. Zum Zeitpunkt der Antragstellung verfügen die bereits einschlägig erfahrenen Planungswissenschaftler*innen über einen Wettbewerbsvorteil und damit über einen vereinfachten Zugang zu Drittmittelförderung. Sie wissen um ihren Vorsprung gegenüber potenziellen Konkurrent*innen und wollen diesen beibehalten oder ausbauen, wie die folgende Interviewaussage verdeutlicht:

„Vor dem Hintergrund, dass ich mich vorher schon mit dem Thema begonnen habe zu befassen, waren wir auch in der Lage ein Angebot abzugeben, das die anderen ausgestochen hat, die sich sonst noch so in dem Bereich vielleicht hätten tummeln können.“ (i46)

Dass die etablierten Akteur*innen angesichts der wachsenden Konkurrenz ihre Wissensansprüche und ihre herausgehobene Stellung zu verteidigen suchen, zeigt auch die folgende Interviewaussage. Die befragte Person verfügt bereits über einschlägige Forschungserfahrung, hat sich aber nicht für eine bestimmte Drittmittelförderung beworben:

*„Strategisch vielleicht eine der größten Fehlentscheidungen, die ich jemals getroffen habe, war die Tatsache, dass ich [das Förderprogramm] anderen überlassen habe. Woraufhin dann [andere Wissenschaftler*innen ohne einschlägige Erfahrung] eingestiegen sind in das Thema. Wir hätten die gekriegt, wenn wir einen Antrag, ein Angebot abgegeben hätten, haben wir aber nicht. [...] Die haben ja vorher nichts gemacht zu dem Thema. Die sind eingestiegen mit [dem Förderprogramm].“ (i47)*

Wie diese Aussage andeutet, sind die Förderprogramme für viele Akteur*innen die entscheidende Gelegenheit für den nachhaltigen Eintritt in den Diskurs. Durch sie können Neulinge auf einen Schlag Reputation und Personalmittel in dem Themenfeld gewinnen. Sie geben einen Impuls sich das Thema zu erarbeiten und

zünftig innerhalb der wachsenden Fachgemeinschaft Sichtbarkeit zu erlangen. Eine Interviewaussage beschreibt dieses Muster:

„Dann kam diese Ausschreibung [...]. Wir haben glücklicherweise einen Zuschlag gekriegt [...]. Und da ist dann für mich sehr schnell die Forderung im Team – dann erzeuge ich einen hohen Publikationsdruck –, dass ich sage: ‚Wir müssen schnell herauskommen mit ersten Sachen‘. State-of-the-art Artikeln in nicht so hochrangigen Sachen, Publikationen, aber zumindest erst einmal etwas sichtbar machen und möglichst dann auch weitere Sachen publizieren. Also neue Themen sind im Grunde genommen auch immer ein Impuls für neue Publikationen. [...] Ja, dass man überhaupt erst einmal eine Sichtbarkeit erzeugt, vielleicht auch intern ein Paper, was zumindest auf der Website steht, oder irgendetwas, was zitiert werden kann.“ (i48)

Die Forschungsprogramme dienen auch als Vernetzungsformate, im Rahmen derer einschlägig erfahrene sowie unerfahrene Wissenschaftler*innen im Zuge von Konferenzen, Workshops und gemeinsamen Publikationen wiederholt zusammentreffen und sich austauschen. Dabei werden auch bereits bestehende Beziehungen und Austauschformate nun um das Thema *Klimawandel* erweitert oder modifiziert. Hierfür gibt die folgende Interviewaussage ein Beispiel:

„Ich glaube, die ersten Publikationen aus dieser Kooperation mit [einer bestimmten, etablierten Fachperson einer anderen Einrichtung], die liefen noch unter Hochwasser und später liefen die dann unter climate adaptation.“ (i49)

An dieser Stelle ist auf die unterschiedlichen Grade der Transformation innerhalb der individuellen Forschungspfade hinzuweisen. Während einige Akteur*innen lediglich Schlagworte austauschen, die dahinterliegenden Fragestellungen aber im Rahmen des neuen Themas weiterverfolgen oder ausbauen können, müssen andere Akteur*innen sich das Thema von Grund auf neu erarbeiten. Zwei interviewte Personen können als Beispiele für die beiden Extreme dienen:

Die erste Person veröffentlicht in den Jahren 1990 bis 2014 ca. 30 Publikationen, die die Themen „*umweltfreundliche*“, „*nachhaltige*“ und/oder „*autoarme Mobilität*“ im Titel führen, alle in dem Zeitraum bis einschließlich 2008. Dieselbe Person veröffentlicht bis 2014 ca. 10 Publikationen, die die Themen „*Klimaschutz*“ und „*klimafreundliche Mobilität*“ im Titel führen, alle in dem Zeitraum 2009 bis 2014 (vgl. Abb. 8.4). Die in den jeweiligen Forschungspfaden angesprochenen Inhalte und Strategien ähneln sich, allerdings wird ab dem Jahr 2009 das Thema *Klimaschutz* aufgearbeitet und auf die vorhandenen Forschungspfade bezogen, indem bspw. erörtert wird, welche Verkehrskonzepte nötig sind, um das

klimapolitisch formulierte Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Für eine erstmalige, systematische Auseinandersetzung mit dem Thema *Klimaschutz* ist in diesem Fall ein Vortrag im Zuge eines Berufungsverfahrens zur Besetzung einer Professur ausschlaggebend.

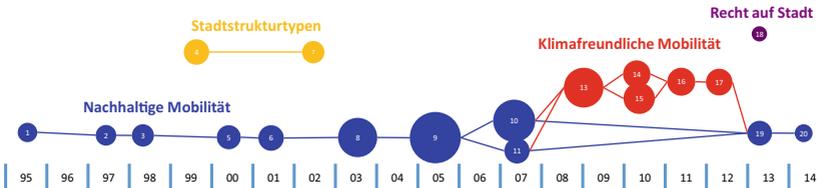


Abb. 8.4 Beispielhafter Ausschnitt eines *research trail* mit dem vorübergehenden Themenschwerpunkt *Klimawandel* (Quelle: Eigene Darstellung)

Die zweite Person nimmt bereits eine etablierte Stellung innerhalb der planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft ein. Sie bewegt sich in einem Themenfeld, das als besonders anschlussfähig an das Thema *Klimawandel* gilt, allerdings ist das Thema selbst für die Person neu. Im Zuge eines Drittmittelprojektes muss die Person sich fachliches und soziales Wissen in dem neuen Feld erarbeiten. Auf die Frage nach ihrer Herangehensweise bei der Erschließung des Klimawandelfeldes entgegnet sie:

„Naja, was man ja klassisch macht. Also in der ersten Phase, wenn man in so ein Feld neu hereingeht, arbeitet man viel erstmal den Literaturstand auf, das was da ist. Das haben wir auch gemacht, dass wir immer bei Forschungsprojekten den State of the Art am Anfang versuchen abzugreifen. Und das haben wir damals am Anfang ein bisschen intensiver gemacht, weil wir uns da erstmal hereinkämpfen mussten, bis wir dann auch so das Feld der Akteure, die eine Rolle spielen, kennen gelernt haben. Das hat auch eine Zeit natürlich gedauert. Also weniger national, das ging ja schnell, da kennt man ja auch Leute vom Namen her, aber international ist das noch viel schwieriger.“ (i50)

Eine weitere Person kommt auf das Spannungsfeld von Kontinuität und Transformation in ihrer eigenen Forschungsbiografie zu sprechen. Sie berichtet von dem Verhältnis zwischen fachöffentlicher Fokussierung und dem eigenen Thema, das mit einem gesellschaftspolitischen Motiv verbunden ist. Sie erklärt, zunächst zu der Zeit vor dem Jahr 2008:

B: „Insofern würde ich nicht sagen, dass ich überhaupt nichts dazu gemacht habe. Aber ich habe nicht überall in die Überschrift reingeschrieben ‚Klimaschutz und [mein

Schwerpunktthema]’, sondern die Veröffentlichungen, die ich in der Zeit gemacht habe oder auch die Arbeit, die ich gemacht habe, hatte einen anderen Fokus.“

I: „Und warum haben Sie es nicht in die Überschrift geschrieben?“

B: „Weil das nicht der Fokus war. Der Fokus war [mein Schwerpunktthema]. Dann fängt man an zu definieren, was das ist und dann war ja eher die Frage: ‚trägt es was zum Klimaschutz bei?‘. Ich sage mal die intrinsische Motivation mich damit zu beschäftigen war [mein Schwerpunktthema] und nicht das Thema Klimaschutz, und deshalb stand es nicht in der Überschrift. [...]

Es war [bis Mitte der 2000er Jahre] auch noch nicht so das Thema. Also wenn es damals vielleicht schon das Thema gewesen wäre, hätten wir [unsere Forschung] damit auch schon gelabelt, aber der Ausgangspunkt war schon klar: Wir wollen eine andere Stadt haben. [...]

Und letztendlich beschäftigt man sich dann mit dem, womit man sich vorher auch schon beschäftigt hat, nämlich mit der Zukunft [meines Schwerpunktthemas] und dann kriegt das aber durch so eine Fragestellung einen Drall. Ja genau, wie so ein Kreisel, der vielleicht mal so, und dann mal ein bisschen in eine andere Richtung, aber im Prinzip immer noch in die Richtung, die man so hat, [einschlägt].“ (i51)

Die Ausrichtung der eigenen Forschung lässt sich in diesem Fall also als ein Kompromiss zwischen der Interpretation struktureller Relevanzenerwartungen und des eigenen Forschungsportfolios verstehen.

Der Einfluss der Fördermittelgeber*innen ist im Jahr 2012 erneut ablesbar, als die Häufigkeit einschlägiger Artikel ihr Allzeithoch erreicht. 61 von 384 planungswissenschaftlichen Artikeln (15,8 Prozent) dieses Jahres lassen sich dem Thema *Klimawandel* zuordnen. In vielen dieser Artikel werden nun die Ergebnisse der mehrjährigen Drittmittelprojekte vorgelegt. Grundsätzliche Übersetzungsleistungen (bspw. „*Klimaanpassung in der Regionalplanung*“), wie sie im ersten Aufmerksamkeitshoch dominant waren, sind im Jahr 2012 kaum noch zu verzeichnen, in den Jahren 2013 und 2014 gar nicht mehr. Stattdessen findet eine Ausdifferenzierung zugunsten eines höheren Anteils an lokalen Fallstudien sowie einer stärkeren Spezialisierung auf Teilaspekte (bspw. Biomasse oder Regenwasserbewirtschaftung) statt. Auch verschiebt sich der Fokus auf die *Implementierung* der in den Vorjahren konzeptionierten Strategien und Regelungsstrukturen einschließlich der damit verbundenen Probleme. Auffällig ist, dass 14 einschlägige Artikel des Jahres 2012 sich anhand des Titels dem Thema *Energiewende* zuordnen lassen. Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass das Allzeithoch der einschlägigen, planungswissenschaftlichen Artikel in einen Zeitraum fällt, in dem die Aufmerksamkeitskurve der Politik stark absinkt (siehe Abb. 8.3). Dies deutet auf ein Schließen des *policy window* in der Planungspolitik

bzw. auf ein sinkendes Interesse nach Problemlösungen im Bereich Klimawandel hin.

Es ist zu vermuten, dass die Planungswissenschaft durch den mit der Klimawandelthematik verbundenen Bedeutungsgewinn, der sich bspw. in zahlreichen Auftragsforschungen und Förderprogrammen manifestiert, einen Zugewinn an Ressourcen verzeichnen kann. Gleichzeitig nimmt die Erforschung des Themas in der Fokusphase aber einen großen Teil der fachgemeinschaftlichen Aufmerksamkeit, das heißt der aufgewendeten Ressourcen, in Anspruch. Weil Aufmerksamkeit ein knappes Gut ist, geht der Fokus auf das Thema *Klimawandel* also zulasten anderer Themen. Heruntergebrochen auf die Akteur*innenebene heißt das, die verstärkte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema *Klimawandel* führt zur Vernachlässigung anderer Forschungspfade. Die folgende Interviewaussage verdeutlicht dies:

*„Wir haben ja vorher auch eine Reihe von planungsnäheren Projekten zum Teil gemacht. Dann kam halt dieses [Projekt mit Klimawandelbezug, mit mehreren Mitarbeiter*innen über mehrere Jahre]. Das war einfach wirklich groß für uns. Damit hat man uns dann auch gut ausgefüllt für eine lange Zeit. Wir haben parallel immer eine ganze Reihe andere Sachen gemacht, aber [das Projekt] war schon so ein großer Brocken.“ (i52)*

Diese zwischenzeitliche Schwerpunktsetzung zugunsten des Themas *Klimawandel*, bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer Themen, ist von den politisch gesteuerten Fördermittelgeber*innen intendiert. Ihr Hauptziel ist allerdings weniger die Veränderung der Schwerpunktsetzung *in der Planungswissenschaft*, als vielmehr das Setzen des Themas und die Vermittlung von Wissen *in Praxis und Politik*. Eine Person aus diesem Bereich erklärt dies folgendermaßen:

„Es ging hier nicht um Grundlagenvermittlung, um klassische wissenschaftliche Forschung, sondern darum Forschung an die Akteure in den Regionen und Städten heranzutragen, ihnen Werkzeuge zu liefern und ihnen etwas an die Hand zu geben. Das war zum Teil ein sehr aufwendiger Prozess, weil natürlich trotzdem hier viele Abstimmungsprozesse notwendig waren, die einfach zeit- und ressourcenintensiv waren und auch nicht immer auf Freude gestoßen sind, weil natürlich viele Kollegen hier im Haus das auch nicht so gerne gesehen haben, dass so ein Thema so ganz stark in den Vordergrund tritt, weil ja viele Themen hier im Haus behandelt werden müssen. Aber man muss manchmal einfach mit solchen Mengen powern, um überhaupt ein Thema hoffähig zu machen.“ (i53)

Auch wenn es nicht das primäre Interventionsziel der Fördermittelvergabe ist, stuft die befragte Person deren Wirkung auf die Planungswissenschaft als hoch

ein. Diese Wirkung wird grundsätzlich für nötig befunden, was aber nicht ausschließt, dass sie auch kritisch beobachtet wird. So resümiert die befragte Person: „[...] was wir da losgetreten haben, hat Forschung erzeugt, die in vielen Dingen doch sehr oberflächlich geblieben ist“. Dabei habe eine Rolle gespielt, dass die geförderten Forschungsprojekte eine starke Ähnlichkeit untereinander in Bezug auf ihre wissenschaftlichen Inhalte aufgewiesen hätten. Es habe viele Fragestellungen gegeben, die kaum behandelt worden seien, während bestimmte Fragestellungen sich laufend wiederholt hätten:

„Also es ist ein unheimlicher Mainstream gewesen auch, dass man sich bestimmten Fragen widmet. Das war auch ein bisschen so die Schattenseite [der Fördermittelvergabe].“ (i54)

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In den Artikeln wird das Thema im Jahr 2008 grundsätzlich in das Bezugssystem der Raumplanung sowie in die unterschiedlichen Teilbereiche der planungswissenschaftlichen Disziplin übersetzt. Wissensbedarfe werden formuliert und Forschungsprogramme zu deren Deckung werden entwickelt. Es folgt eine Art fachgemeinschaftliche Arbeitsphase, in der – insbesondere im Zuge der großen Förderprogramme – jenes Wissen produziert wird, das in den Jahren 2010 bis 2012 verstärkt veröffentlicht wird. Inhaltlich geraten grundsätzliche Aufarbeitungen in den Hintergrund und die Umsetzung konkreter Maßnahmen sowie die damit verbundenen Probleme werden vermehrt thematisiert.

Die Etablierung des Themas *Klimawandel* im Jahr 2007 resultiert in einem Wandel der Anreizstrukturen: Was vor 2007 noch wenig Interesse oder Ablehnung hervorrief, gehört im Jahr 2008 zu den gefragtesten Themen in der Planungspolitik, -praxis und -wissenschaft. Dies führt dazu, dass einschlägig bereits erfahrene Planungswissenschaftler*innen ihre herausgehobene Stellung bezüglich Wissen, Beziehungen und Reputation in Wert setzen können und wollen. Ebenfalls greifen Planungswissenschaftler*innen ohne einschlägige Erfahrung in großer Zahl das Thema erstmals auf und versuchen früh Sichtbarkeit in dem Feld zu erlangen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Drittmittel, denn sie ermöglichen den Neulingen die schlagartige Erhöhung ihres sozialen sowie ökonomischen Kapitals, was wiederum für die Wissensproduktion essentiell ist. Umgekehrt fungieren sie als Katalysator für die Einbindung neuer Planungswissenschaftler*innen, deren Kompetenzen und persönliche Beziehungen jetzt der gemeinschaftlichen Wissensproduktion zum Thema *Klimawandel* zu Gute kommen. Unterschiedliche Grade der Transformation individueller Forschungsbiografien lassen sich dabei beobachten: Während einige

Akteur*innen lediglich Schlagworte austauschen, die dahinterliegenden Fragestellungen aber im Rahmen des neuen Themas weiterverfolgen oder ausbauen können, erarbeiten sich andere Akteur*innen das Thema von Grund auf neu.

Das Hochfahren der Wissensproduktion führt dazu, dass in den Jahren 2010 bis 2012 viele Ergebnisse veröffentlicht werden. Die Antworten auf den 2007 identifizierten Wissensbedarf werden also nach drei bis fünf Jahren verstärkt kommuniziert. Die angewandten Forschungsprogramme ermöglichen den Wissensaustausch zwischen Planungspraxis und -wissenschaft und unterstützen die Etablierung des Themas in verschiedenen Bereichen der Raumplanung. Die Fokussierung des Themas *Klimawandel* ist allerdings auch mit Nachteilen verbunden. Weil Aufmerksamkeit ein knappes Gut ist, geht die Priorisierung mit der vorübergehenden Vernachlässigung anderer Themen einher. Dies ist sowohl auf der Ebene einzelner Akteur*innen als auch in Bezug auf die gesamte Disziplin zu beobachten. Gleichzeitig führt die parallele Bearbeitung ähnlicher Fragestellungen im Rahmen der zahlreichen Forschungsprojekte zu Redundanzen in der Wissensproduktion.

8.4 2013 bis 2014: Normalisierungsphase

Die Ausführungen zur Normalisierungsphase der Themenkarriere *Klimawandel* können aufgrund der Datenlage nicht in gleichem Maße eingeordnet und bewertet werden, wie die vorangegangenen Jahre. Quantitative Daten liegen nur bis ins Jahr 2014 vor, also nur für zwei Jahre der mutmaßlichen Normalisierungsphase, während die Interviewaussagen aus den Jahren 2017 und 2018 stammen. Diese vorhandenen Daten zeigen deutlich, dass das Thema *Klimawandel* den Höhepunkt fachlicher Aufmerksamkeit ab dem Jahr 2013 *vorläufig* überschritten hat. Dies schließt allerdings nicht aus, dass in den Jahren nach 2014 ein erneutes Aufmerksamkeitshoch erreicht werden kann.

Extremwetterereignisse, wie bspw. das Hochwasser in Mitteleuropa Mitte 2013, zeigen der Planungswissenschaft und -politik immer wieder die Relevanz des Themas *Klimawandel* auf. Die grundsätzliche Bedeutung des Themas wird weiterhin nicht infrage gestellt, wohl aber wird stellenweise die Schwerpunktsetzung innerhalb des Themenfeldes kritisiert. Eine interviewte Person mahnt bspw. die „*Rückbesinnung auf die eigene Profession*“ der Raumplanung an: Das Wissen über Klimafolgen genüge, demgegenüber seien Kompetenzen im Bereich der rechtlichen und praktischen Umsetzung auszubauen (i55). Der Rückgang der Fördermittel im Bereich Klimawandel (Bruhse 2016: 50) und die Menge einschlägiger Artikel, die in den Jahren 2013 (15) und 2014 (28) nicht mehr an die hohen

Zahlen der Vorjahre anknüpft, sind Indikatoren für das Einsetzen einer Normalisierung. Auch innerhalb der Artikel tritt das Thema *Klimawandel* nun verstärkt in den Hintergrund. Stattdessen nehmen Framings wie *Umweltgerechtigkeit*, *smart cities* oder *Energiewende* mehr Raum ein. Allerdings ist – analog zum Schrumpfungsdiskurs (siehe Kp. 7.5) – zu vermuten, dass das Thema *Klimawandel* in den aufwändigeren Publikationssegmenten (bspw. Monographien) weiterhin großen Raum einnimmt.

In den Interviews lässt sich eine eindeutige Tendenz der Ermüdung ablesen. Für die Akteur*innen hat das Thema im Rahmen ihrer eigenen Forschungsarbeit aus unterschiedlichen Gründen den Reiz verloren und gleichzeitig erwecken andere Themen ihr Interesse. So berichtet eine Person:

„[Ein bis zwei Jahre nach Projektende] kamen dann eigentlich erst die Abschlusspublikationen von [dem einschlägigen Drittmittelprojekt]. Die sind mehr oder weniger der Ausfluss davon. Auch was wir zuletzt gemacht haben, wir haben jetzt auch ein bisschen geschwenkt, dass wir Klimaanpassung, ich will nicht sagen auslaufen lassen, aber als Forschungsfeld nicht so intensiv weiter verfolgen, weil wir einfach mal andere Sachen machen wollen. [Projekte zu einem bestimmten anderen Thema sind jetzt eher in unserem Fokus.] Wir verstehen das schon auch als einen Beitrag zum Klimaschutz, jetzt nicht ganz so direkt unter dem Label, [...] aber das ist momentan unsere Schiene.“
(i56)

Die Aussage bestätigt zum einen die Vermutung, dass das zweite Aufmerksamkeitshoch um das Jahr 2012 ein Resultat der auslaufenden Drittmittelprogramme ist. Zum anderen deutet sie darauf hin, dass die Ermüdung der Aufmerksamkeit bereits zum Zeitpunkt des Peaks eingesetzt hat. Die bereits vorliegenden Ergebnisse der einschlägigen Forschung sollen noch verwertet werden, verfügbare Ressourcen werden aber bereits zugunsten anderer Themen gebündelt.

Die Ermüdung lässt sich auf einen veränderten institutionellen Kontext zurückführen. Für das Erlangen von Reputation, Positionen oder Drittmitteln verliert das Thema an Potenzial. Die große Menge einschlägig forschender Akteur*innen sowie der starke planungswissenschaftliche Output zum Thema erschweren es, einen originellen und nützlichen Beitrag in die kollektive Wissensproduktion einzuspeisen, der von der Fachgemeinschaft auch als solcher wahrgenommen wird. Eine Interviewaussage beschreibt diesen Umstand:

„Mittlerweile hat sich das ja dermaßen breit entwickelt, alle möglichen Leute sind da eingestiegen in die Thematik. Das ist ja vor dem Hintergrund eigentlich überhaupt kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Es macht ja fast jeder irgendwas dazu mittlerweile.“
(i57)

Einige Planungswissenschaftler*innen, die das Thema vor dem ersten Durchbruch aufgegriffen haben, konnten im Zuge der Fokusphase ihr wissenschaftliches Kapital stark vermehren und nehmen nun zentrale Positionen im planungswissenschaftlichen Netzwerk ein. Auf dieser Basis können sie eigenständig neue thematische Impulse setzen und sich im Rahmen neuer Themenkarrieren profilieren. Anderen Planungswissenschaftler*innen, die bspw. durch eine Anstellung in einem einschlägigen Drittmittelprojekt begonnen haben, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, fällt dies weniger leicht. Sie konnten in der Fokusphase zwar epistemisches Kapital in dem Themenfeld erwerben, dieses aber bislang nur partiell in soziales, ökonomisches und politisches Kapital eintauschen. Für sie ist es schwieriger einen anderen Forschungspfad aufzunehmen, worauf die folgende Aussage einer leitenden Person über ihren Lehrstuhl hindeutet:

„Klimaanpassung haben wir momentan ein bisschen auf Sparflamme. Wenn da Anfragen kommen, wenn Projekte kommen, dann haben wir ein, zwei Mitarbeiter, die da auch ein Faible für haben, da würden wir glaube ich reingehen. Aber wir machen momentan keine Akquise.“ (i58)

Das Thema *Klimawandel* rückt gemäß Interviewaussagen bei Drittmittelanträgen zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen nähmen jetzt einige Themen tragende Rollen in den Förderprogrammen ein, die in der Fokusphase als Teilaspekt des Klimawandels verhandelt wurden. Beispielsweise wird von mehreren Personen die wachsende Bedeutung des Themenfeldes *Resilienz* angesprochen. Dieses wurde im planungswissenschaftlichen Kontext zunächst im Zuge der Fokusphase des Klimawandeldiskurses eingeführt und dort gerahmt. Es weist starke inhaltliche Schnittmengen mit der Dimension der *Anpassung an den Klimawandel* auf, weshalb das im Klimawandeldiskurs erworbene wissenschaftliche Kapital in hohem Maße übertragbar ist. In den Interviews herrscht Einigkeit darüber, dass das Thema und der Begriff *Resilienz* nun – bspw. bei Drittmittelanträgen – gegenüber dem Thema *Klimawandel* in den Vordergrund rückt. Inwieweit es sich bei dieser begrifflich markierten Verschiebung um eine substanzielle Änderung des Forschungsinhalts handelt, wird unterschiedlich bewertet. Im Rahmen der Forschungsbiografien löst die begriffliche Verschiebung in keinem Fall einen Bruch in Bezug auf Kooperationspartner*innen, Methodische Herangehensweisen und institutionelle Rahmenbedingungen aus.

Eine Person betont im Interview zunächst die Vorteile von Brüchen in Forschungsbiografien. Allerdings fällt es ihr angesichts ihrer Wettbewerbsvorteile und der weiterhin vorhandenen Verfügbarkeit von Drittmitteln mittlerweile schwer, einen solchen Bruch selbst zu vollziehen:

„Das heißt, ich hätte auch nichts dagegen nochmal ein völlig anderes Thema hier zu nutzen. Aber man ist natürlich an [einer Forschungseinrichtung] auch immer gebunden, die Drittmittel zu akquirieren. Das heißt also, momentan können wir auch im Bereich Resilienz, Klimawandel, Anpassung gegenüber Extremereignissen relativ gut auf Gelder zugreifen.“ (i59)

Das Thema *Klimawandel* bleibt Teil des wahrgenommenen Forschungsportfolios der befragten Personen. Im planungspraktischen Kontext ist die Nachfrage nach einschlägiger Expertise gemäß Interviewaussagen unvermindert hoch. In den parallel zur wissenschaftlichen Tätigkeit betriebenen Planungsbüros, die im Zuge der Fokusphase das Thema aufgegriffen haben, werden die Kompetenzen – bspw. im Rahmen privatwirtschaftlicher Gutachten – weiterhin abgerufen. Die folgende Interviewaussage aus dem Jahr 2017 verdeutlicht, dass einschlägige Projekte ein konstant wichtiges Marktsegment darstellen:

„Mittlerweile hat [das Büro] 20 [...] Klimaschutzkonzepte gemacht [...]. Das ist ein totaler Markt geworden für das Büro.“ (i60)

Im Rahmen der privatwirtschaftlichen Aktivitäten hat mittlerweile eine gewisse Routine eingesetzt. Das heißt, im Vergleich mit den ersten einschlägigen Projekten können Aufträge nun, acht bis zehn Jahre später, aufgrund der erworbenen, einschlägigen Kompetenzen mit stark verringertem Aufwand erfüllt werden. Gleichzeitig sind die darin entstehenden Erkenntnisse für die Wissenschaft nur noch von geringem Wert. Teilweise stellt die privatwirtschaftliche Tätigkeit sogar ein Hindernis für die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion dar, wie die Aussage einer anderen Person belegt:

„Es ist glaube ich einfach auch eine Frage der Zeit. Also um sich in ein Thema einzuarbeiten, braucht man Zeit und Muße, sich mal hinzusetzen, vielleicht auch mal zwei Wochen lang nur Literatur anzugucken, mit anderen Wissenschaftlern nochmal in den kritischen Diskurs zu treten, Vorträge zu halten, sich Rückmeldungen zu holen. Das ist jetzt in den letzten Jahren auch so ein bisschen auf der Strecke geblieben. Und wir haben jetzt auch viele Projekte gemacht, wo wir gar nichts veröffentlicht haben, weil das nächste schon wieder anstand, die nächsten Abgabetermine und es ist auch ein bisschen schade. Im Grunde ist es auch eine Zeitfrage.“ (i61)

Im wissenschaftlichen Kontext fokussieren die befragten Personen nun wieder vermehrt andere Themen, wobei jeweils eine gewisse Übertragbarkeit des erworbenen Kapitals gegeben ist. Insbesondere der – teilweise schon vor dem Aufgreifen des Themas vorhandene – individuelle Schwerpunkt im Rahmen

des Klimawandeldiskurses (bspw. *Vulnerabilität* oder *Planungsrecht*) wird weiterverfolgt. Bei einigen Akteur*innen rücken neue Schlagworte bzw. Themen (bspw. *Resilienz*) in den Vordergrund, während sich bei anderen Akteur*innen anhand der Publikationstitel eher eine Rückbesinnung auf früh vorhandene Forschungsfragen abzeichnet.

Das Urteil bezüglich des weiteren Forschungsbedarfs fällt differenziert aus. Die befragten Personen sehen aktuell wichtige und dringliche Fragestellungen primär in der rechtlichen und praktischen Umsetzung von klimawandelbezogenen Maßnahmen im Handlungsfeld der Raumplanung. Einigkeit besteht bezüglich der langfristigen Relevanz des Themas. Dies sollen zwei Zitate exemplarisch verdeutlichen:

„Also ich halte diese Dringlichkeit für extrem hoch, weil ich der Meinung bin, dass das Zwei-Grad-Ziel unbedingt erfüllt werden muss.“ (i62)

„Wenn ich mir so angucke, wie oft ich in der Lehre und auch in Vorträgen diese Schleife über den Klimawandel, CO2-Problematik und Zwei-Grad-Ziel [...], wie oft ich das als Begründung dafür nehme, dann zu sagen: ‚im ÖPNV heißt es das‘ und ‚bei Mobilitätsmanagement heißt es das‘ und ‚für die Veränderung der Stadt heißt es das‘...“ (i63)

Beide Aussagen stammen von Personen, die ihre Forschungstätigkeit mit explizitem Bezug zum Thema *Klimawandel* seit dem Jahr 2014 reduziert haben.

Das Verhältnis des Themas *Klimawandel* zur fachöffentlichen Aufmerksamkeit hat sich gewandelt. Es wird nun leichter Interesse erwecken als Themen, die noch keine Karriere durchlaufen haben. Dafür spricht etwa die materielle Institutionalisierung des Themas. Es ist seit 2008 im Raumordnungsgesetz und seit 2011 im Baugesetzbuch und wurde dort mehrfach angepasst. Im Jahr 2017 ist es im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung zentral verankert worden. Darüber hinaus manifestiert sich das Thema mehr und mehr in Planwerken, strategischen Leitbildern oder auch durch die eingesetzten Klimabeauftragten in vielen Kommunen. Insbesondere in großen Städten ist das Thema bereits weitgehend in alltägliche Routinen integriert, wie eine Person im Interview konstatiert:

„Die haben da sehr elaborierte Analysen und auch Strategien mittlerweile. Das hat sich geändert gegenüber der Anfangsphase, wo wir auch gerade große Städte hatten [...]. Aber die sind mittlerweile gut aufgestellt, für sie ist das Thema durch.“ (i64)

Hier kommt der starke Anwendungsbezug der Planungswissenschaft zum Tragen: Zunächst entsteht eine Problemwahrnehmung, dass Maßnahmen im Bereich

Klimawandel ergriffen werden können und müssen. Schließlich werden Maßnahmen entwickelt, umgesetzt und reflektiert, was dazu führt, dass das identifizierte Problem als gelöst gilt, was wiederum mit einem Absinken der planungswissenschaftlichen Aufmerksamkeit einhergeht.

Anhand der verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema *Energiewende* ab dem Jahr 2010 lässt sich die zyklische Entwicklung von planungswissenschaftlichen Themen veranschaulichen. Das Thema geht zwar diskursiv aus der Karriere des Themas *Klimawandel* hervor, jedoch wird zunehmend auf eine Kontextualisierung im Klimawandeldiskurs verzichtet. Ungeachtet dessen werden hier Inhalte transportiert, die im Kontext des Themas *Klimawandel* überhaupt erst Aufmerksamkeit erhalten haben. Hier schließt sich ein Kreis: In der Latenzphase und der Durchbruchphase kann das Thema *Klimawandel* auf etablierte Diskurse aufsateln (bspw. *Nachhaltigkeit*, *Katastrophenvorsorge*), spielt aber in diesen Diskursen eine untergeordnete, ergänzende Rolle. In der Fokusphase gelangt das Thema *Klimawandel* und der Umgang damit selbst in den Fokus der Beiträge. Verschiedene Fragestellungen und Fachbereiche (bspw. *Vulnerabilität*, *Mobilität*) werden nun mit dem fokussierten Thema verknüpft, was ihnen fachgemeinschaftliche Resonanz sichert. In der Normalisierungsphase koppeln sich wiederum zwischenzeitliche Subthemen (bspw. *Resilienz*, *Energiewende*) vom Thema *Klimawandel* ab und gelangen teilweise selbst in den Fokus. Ungeachtet dessen werden viele der in der Fokusphase angestoßenen Diskussionen in der Normalisierungsphase fortgeführt. Das Thema *Klimawandel* hat scheinbar seine werbende Wirkung verloren. Zudem darf nun ein deutlich erhöhtes Wissen seitens der Fachgemeinschaft vorausgesetzt werden, sodass offenbar auf die Erläuterung zentraler Aspekte des Themas verzichtet werden kann und die Relevanz bestimmter Fragestellungen nun auch ohne Explizitmachung der Klimawandelproblematik hergestellt werden kann.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Häufigkeit einschlägiger Artikel kann in den Jahren 2013 und 2014 nicht an die hohen Zahlen der Vorjahre anknüpfen. Auch wird deutlich, dass die interviewten Personen sich nun verstärkt anderen Themen zuwenden. Innerhalb der einschlägigen Artikel wird das Thema *Klimawandel* zum Kontext für (ehemalige) Subthemen, die nun eine eigene Karriere erleben.

Es hat ein abermaliger Wandel des institutionellen Kontexts stattgefunden: Um neue Wissensansprüche zu markieren, Drittmittel zu generieren und an Einfluss zu gewinnen werden jetzt andere Themen als vielversprechend wahrgenommen. Dabei ist die gewachsene Konkurrenz ein entscheidender Punkt: Einschlägige Expertise ist kein Alleinstellungsmerkmal mehr, sodass es schwierig geworden ist, sich im

planungswissenschaftlichen Netzwerk durch neue Erkenntnisse zum Thema *Klimawandel* zu profilieren. Gleichzeitig verfügen die einschlägigen Akteur*innen in keinem anderen Diskurs über so viel wissenschaftliches Kapital. Sie investieren dieses nun seltener mit explizitem Bezug zum Thema *Klimawandel*, sondern verstärkt in anderen Diskursen, die allerdings bezüglich Inhalt und Akteur*innen starke Schnittmengen mit dem Klimawandeldiskurs aufweisen.

8.5 1995 bis 2014: Quantitative Gesamtbetrachtung

Analog zu Abb. 7.3 werden vier quantitative Indikatoren über die Themenkarriere *Klimawandel* 1995–2014 in Abb. 8.5 zusammen betrachtet:

1. Die Anzahl des Strings *klima* im Volltext der Zeitschriften ARL-FB, disP, IzR, Raum, RuR in dem jeweiligen Jahr;
2. Die Anzahl der als einschlägig identifizierten Artikel in den Zeitschriften ARL-FB, disP, IzR, PLANERIN, RAUM, RaumPlanung und RuR;
3. Die Anzahl der einschlägigen Artikel aus 2., die den String *klima* im Titel tragen;
4. Die Anzahl der Incitations, das heißt der Zitationen aus den einschlägigen Artikeln der Folgejahre, die auf Publikationen des jeweiligen Jahres entfallen.

Die Werte werden in Prozent der jeweiligen Gesamtanzahl 1995–2014 dargestellt, sodass die Kurven die relative Häufigkeit der jeweiligen Werte bezogen auf den Gesamtzeitraum darstellen und sich besser vergleichen lassen.

Abb. 8.5 zeigt nach relativ konstanten Häufigkeitsverteilungen bis ins Jahr 2007 einen schlagartigen Durchbruch. Im Vorfeld des Durchbruchs, in den Jahren 2006 und 2007 vollzieht die Zitationskurve einen Anstieg, der darauf hindeutet, dass hier bereits eine Fundierung der späteren fachgemeinschaftlichen Fokussierung erfolgt. Das heißt, kurz vor dem ersten Aufmerksamkeitshoch werden bereits politische und wissenschaftliche Grundlagen veröffentlicht, die für den anschließend einsetzenden planungswissenschaftlichen Diskurs von Bedeutung sind. Im Jahr 2008 bzw. 2009 ist ein erstes Aufmerksamkeitshoch zu beobachten, dem ein dreijähriges Zwischentief folgt. In den Jahren 2012 und 2013 erreichen die Kurven, mit Ausnahme der Zitationskurve, ihr vorläufiges Allzeit-Hoch. 18,1 Prozent der einschlägigen Artikel werden im Jahr 2012 veröffentlicht und 18,4 Prozent der Wortnennungen im Volltext sind im Jahr 2013 zu verzeichnen. Die Anzahl einschlägiger Artikel, die *klima* im Titel führen, ist mit jeweils 21,9

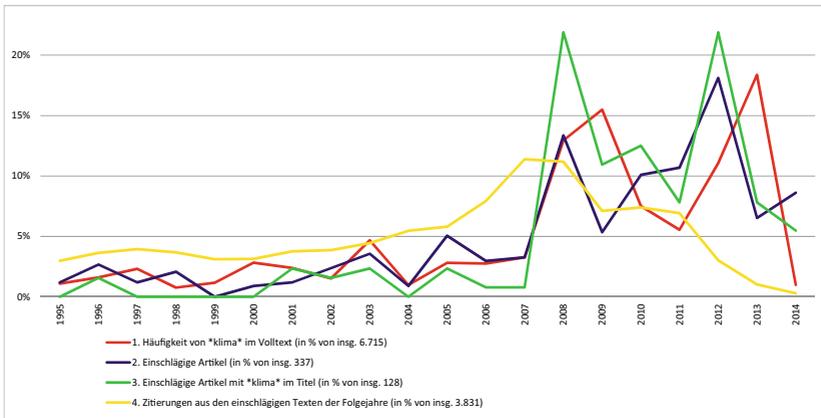


Abb. 8.5 Relative Häufigkeitsverteilungen der Themenkarriere *Klimawandel* 1995–2014 (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Prozent im Jahr 2008 und 2012 gleichermaßen hoch. Nach dem zweiten Peak der Aufmerksamkeit verzeichnen alle Kurven ein Absinken im Folgejahr (2013 bzw. 2014).

Die Entwicklung der Anzahl einschlägiger Artikel ist in Tab. 8.3 dargestellt und anhand der Zeitschriften aufgeschlüsselt, sodass sich die Datengrundlage sowie die Häufungen in den jeweiligen Jahren und erhobenen Zeitschriften nachvollziehen lassen. Einschlägige Artikel nehmen mit 11,8 Prozent bzw. 15,7 Prozent aller veröffentlichten Artikel in den Jahren 2008 bzw. 2012 den größten Raum ein. In der untersten Zeile sind die Anteile einschlägiger Artikel an der Gesamtartikelzahl der jeweiligen Zeitschrift abgetragen. Im Vergleich der Zeitschriften wird deutlich, dass Klimawandelbeiträge in den ARL-FB mit Abstand den meisten Raum einnehmen (12,4 Prozent). Mit ca. 7 Prozent der jeweiligen Gesamtartikelzahl folgen die PLANERIN und die RaumPlanung. In den anderen Zeitschriften erreichen einschlägige Artikel einen Wert von jeweils unter 3 Prozent. Diese Anteile einschlägiger Artikel weisen eine starke Ähnlichkeit zum Schrumpfungsdiskurs auf (siehe Tab. 7.3). Die drei Zeitschriften ARL-FB, PLANERIN und RaumPlanung scheinen also ein besonders geeignetes Forum für die beiden Themenkarrieren und deren Protagonist*innen zu bieten. Dies lässt sich zum Teil durch die hier vorliegende, vergleichsweise starke Orientierung an aktuellen Wissens- und Handlungsbedarfen der Planungspraxis (siehe

Tab. 8.3 Absolute Häufigkeiten von Artikeln zum Thema *Klimawandel* 1995–2014

Jahr	Anzahl einschlägiger Artikel nach Zeitschrift							Zeitschriftenübergreifend		
	PLANERIN	RaumPlanung	RAUM	IZR	RuR	disP	ARL - FB	Einschlägige Artikel	Summe aller Artikel (themen-übergreifend)	Anteil einschlägiger Artikel an allen Artikeln
1995	1	1	1	0	0	0	1	4	312	1,3 %
1996	5	0	1	0	0	1	2	9	330	2,7 %
1997	3	0	0	0	0	1	0	4	330	1,2 %
1998	5	1	0	0	0	0	1	7	317	2,2 %
1999	0	0	0	0	0	0	0	0	386	0,0 %
2000	1	0	0	0	1	0	1	3	394	0,8 %
2001	0	0	3	0	1	0	0	4	364	1,1 %
2002	2	2	0	2	0	0	2	8	384	2,1 %
2003	1	0	0	0	1	0	10	12	357	3,4 %
2004	1	0	0	0	0	0	2	3	316	1,0 %
2005	0	0	1	0	3	0	13	17	397	4,3 %
2006	1	5	0	0	1	0	3	10	383	2,6 %
2007	3	2	0	0	1	0	5	11	348	3,2 %
2008	16	11	9	8	1	0	0	45	382	11,8 %
2009	6	3	0	1	8	0	0	18	343	5,3 %
2010	18	4	0	8	1	1	2	34	354	9,6 %
2011	16	2	3	0	0	1	14	36	356	10,1 %
2012	29	9	2	8	3	1	9	61	388	15,7 %
2013	7	4	0	2	1	1	7	22	303	7,3 %
2014	13	14	0	0	0	1	1	29	309	9,4 %
Summe	128	58	20	29	22	7	73	337	7053	
Mittelw.	6,4	2,9	1	1,5	1,1	0,4	3,7	16,9	352,7	4,7
Sta.-abw.	7,7	3,9	2,1	2,8	1,8	0,5	4,4	15,9	30,6	4,3
Varianz	59,4	15,5	4,3	8,0	3,3	0,2	19,1	254,1	937,1	19,4
Gesamtartikelzahl (themenunabhängig)	1.867	803	909	1.421	767	699	587			
Anteil einschlägiger Artikel an Gesamtartikelzahl	6,9 %	7,2 %	2,2 %	2,0 %	2,9 %	1,0 %	12,4 %			

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995-2014

Kp. 6.3.2) erklären. Demgegenüber lassen die wissenschaftlich orientierten Zeitschriften – angesichts ihrer stärkeren Gewichtung methodischer und theoretischer Fundierungen – grundsätzlich weniger Raum für die Verhandlung prävalenter und praktischer Themen.

In Abb. 8.6 sind die absoluten Häufigkeiten einschlägiger Artikel abgetragen, wobei die Zeitschriften gemäß ihrer Charakteristika (siehe Kp. 6.3.2) sortiert und visualisiert sind: Die PLANERIN, die RaumPlanung und die RAUM mit der stärksten Praxisorientierung übereinander, es folgen die IzR an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik, die disP und die RuR als stark wissenschaftlich ausgerichtete Zeitschriften und oben die bezüglich ihres Formats besonders exponierten ARL-FB.

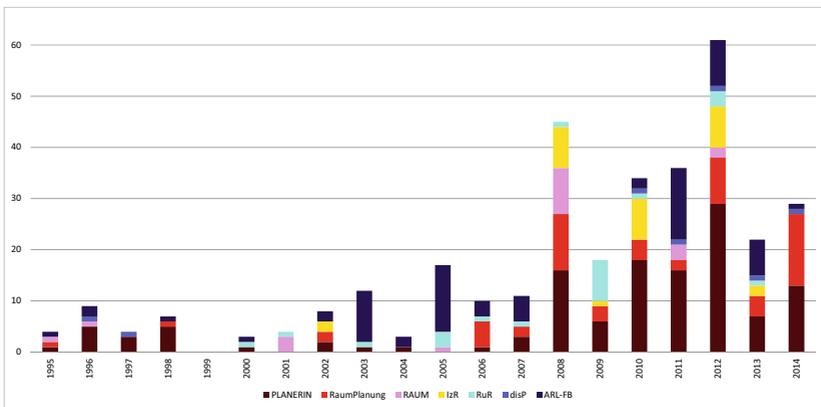


Abb. 8.6 Anzahl der Artikel zum Thema *Klimawandel*, aufgeschlüsselt nach Zeitschriften 1995–2014 (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Zunächst ist auf die Thematisierung des Klimawandels im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses in den Jahren 1995 bis 1998 hinzuweisen (siehe Abb. 8.6). Insbesondere in der PLANERIN nimmt dieser Diskurs Raum ein. In der Latenzphase der 2000er Jahre stellen die ARL-FB das wichtigste Medium für die Thematisierung des Klimawandels im Rahmen der Katastrophenvorsorge dar. Gleichzeitig spielen die ARL-FB während des ersten Aufmerksamkeitshochs gar keine Rolle als Veröffentlichungsmedium, sondern erst wieder in den Jahren 2011 bis 2013, in denen sie maßgeblichen Anteil an dem zweiten Aufmerksamkeitshoch haben. Auffällig ist, dass die Abschlusspublikationen des 2007 gegründeten

Arbeitskreises „*Klimawandel und Raumplanung*“ (siehe Kp. 8.2, Birkmann et al. 2013) erst veröffentlicht wird, als die Artikelzahlen der übrigen Zeitschriften von 52 (2012) auf 15 (2013) sinken, sodass ein Drittel der einschlägigen Artikel im Jahr 2013 in den ARL-FB erscheinen. Die PLANERIN veröffentlicht im Vergleich der Zeitschriften insgesamt die meisten einschlägigen Artikel (38 Prozent), was insbesondere in der Fokusphase ins Gewicht fällt. Sie weist nach der IzR und der RAUM die stärkste Fokussierung auf, das heißt die stärkste Ballung einschlägiger Artikel in dem Zeitraum 2008 bis 2012 gegenüber dem Gesamtzeitraum innerhalb der jeweiligen Zeitschrift. In der PLANERIN fallen 66 Prozent aller einschlägigen Artikel in den Zeitraum der Fokusphase, in der RAUM 70 Prozent und in der IzR 86 Prozent (siehe Abb. 8.7).

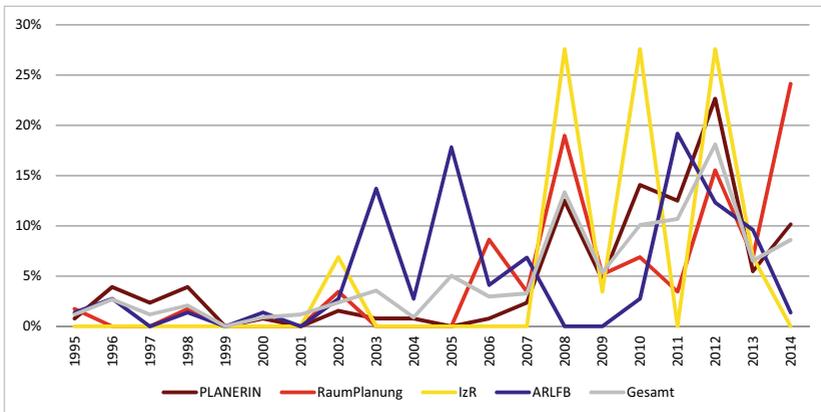


Abb. 8.7 Relative Häufigkeit einschlägiger Artikel eines Jahres bezogen auf die Gesamtzahl einschlägiger Artikel in der jeweiligen Zeitschrift 1995–2014 (Thema *Klimawandel*)³ (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Für Abb. 8.8 gelten dieselben Erläuterungen wie für Abb. 7.6. Im Kern geht es darum, zu analysieren, in welchen Jahren besonders relevante – das heißt in der nachfolgenden Wissensproduktion zum Thema *Klimawandel* häufig verwendete – Erkenntnisse produziert werden. Die graue Kurve – Incitations aus allen

³ Die Zeitschriften mit den niedrigsten Fallzahlen (disP, RuR und RAUM) wurden für diese Analyse außen vor gelassen, weil hier bereits einzelne Artikel zu starken Ausschlägen der Kurve führen.

Artikeln der RuR – wird als Indikator für die gleichmäßig verteilte, planungswissenschaftliche Erkenntnisproduktion als Ganzes genommen. Die hellblaue Kurve stellt die tatsächliche Verteilung der auf die Veröffentlichungen des abgetragenen Jahres eingehenden Zitationen aus einschlägigen Artikeln dar. Sie entfallen allein aufgrund der Häufung von Outcitations in den letzten sieben Jahren des Untersuchungszeitraums (siehe Balken im Hintergrund) tendenziell auf jüngere Publikationen. Die dunkelblaue Kurve stellt deshalb zur Einordnung den entsprechend der Häufungen einschlägiger Outcitations gewichteten Verlauf der themenunabhängigen Incitations der RuR dar. Alle RuR-Zitationen aus dem Jahr 2012 – dem Allzeithoch der einschlägigen Outcitations – werden bspw. mit dem Faktor 0,21 multipliziert, weil 21 Prozent aller einschlägigen Outcitations in diesem Jahr getätigt wurden. Outcitations aus dem Jahr 1999 werden dagegen mit dem Faktor 0 belegt und entfallen, weil in diesem Jahr keine einschlägigen Zitationen vorliegen. Weil der Klimawandeldiskurs jünger als der Schrumpfungsdiskurs ist, liegt der Höhepunkt dieser dunkelblauen Kurve gegenüber jenem der dunkelroten Kurve in Abb. 7.6 weiter rechts.

Die Differenz der beiden blauen Kurven, also die über- bzw. unterdurchschnittlich referenzierten Jahrgänge im Klimawandeldiskurs, lässt sich als ein Indikator dafür nehmen, in welchen Jahren Wissen produziert wurde, das über- bzw. unterdurchschnittlich relevant für den Klimawandeldiskurs der Folgejahre war. Nachdem sich die beiden Kurven bis ins Jahr 1995 kaum unterscheiden, entsteht in den Jahren 1996 und 1997 eine Differenz. Das in diesem Zeitraum publizierte Wissen war von besonderer Bedeutung für die Thematisierung des Klimaschutzes im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte (siehe Kp. 8.1). In den Jahren 1999 bis 2006 wurde vergleichsweise wenig einschlägig relevantes Wissen veröffentlicht (siehe Abb. 8.8).

Im Jahr 2006 setzt ein starker Anstieg der hellblauen Kurve ein, der von einem äußerst markanten Allzeithoch in den Jahren 2007 und 2008 gefolgt ist. Die Differenz zwischen den beiden blauen Kurven ist gleichzeitig am größten. Es wird also in diesen Jahren Wissen veröffentlicht, das sich für den Klimawandeldiskurs als außerordentlich nützlich erweist. Wird nun dieser *Nutzen* vor dem Hintergrund der Verteilung einschlägiger Artikel (Balken) als Indikator für den wissenschaftlichen *Aufwand*, der für die Produktion einschlägiger Erkenntnisse betrieben wird, betrachtet, so lässt sich auf die Effizienz der wissenschaftlichen Arbeit schließen. Es fällt auf, dass im Jahr 2007, dem Jahr des Durchbruchs, deutlich weniger einschlägig veröffentlicht wird als im Jahr 2008, dem ersten Aufmerksamkeitshoch. Die Wissensproduktion wird also im Jahr 2008 hochgefahren, die Menge relevanter, neuer Erkenntnisse in beiden Jahren bleibt aber konstant. In den Folgejahren

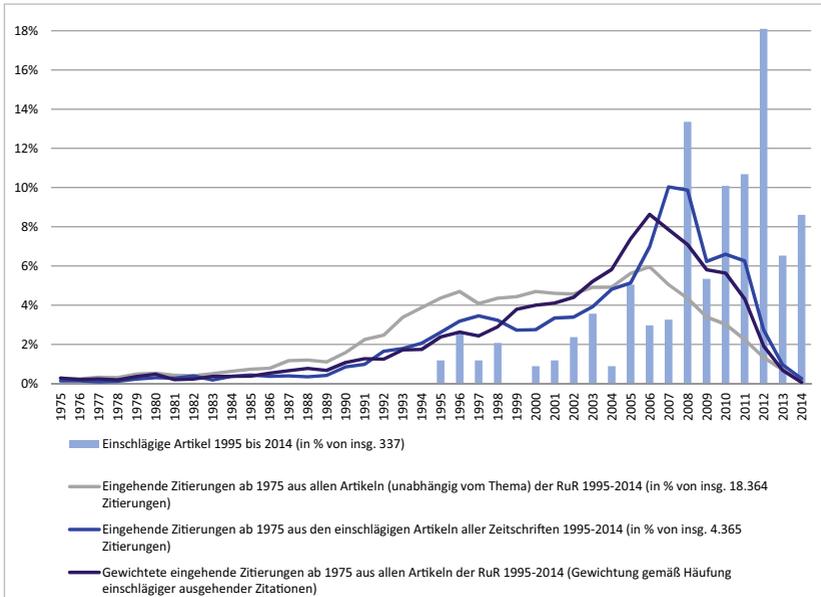


Abb. 8.8 Analyse der Zitierungen von Artikeln zum Thema *Klimawandel* gegenüber den Zitierungen *aller* Artikel (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

gleichensich die Kurven an, was angesichts des hohen wissenschaftlichen Outputs, insbesondere im Jahr 2012, auf ein sinkendes Aufwand-Nutzen-Verhältnis schließen lässt. Allerdings verlieren die Kurven mit zunehmender Nähe zum Ende des Untersuchungszeitraums an Aussagekraft: Zum einen lässt sich die Relevanz neuer Erkenntnisse erst nach mehreren Jahren einstufen und zum anderen sinken die akkumulierten Fallzahlen mit jedem Jahr, bis schließlich im Jahr 2014 nur noch Zitierungen aus den Veröffentlichungen des selben Jahres berücksichtigt werden können.

Tab. 8.4 zeigt die in den einschlägigen Artikeln (1995 bis 2014) meistzitierten Veröffentlichungen. Auch hier wird die herausgehobene Stellung der Jahre 2007 und 2008 deutlich. Zudem lässt sich die hohe Bedeutung externer Impulse für die Planungswissenschaft erkennen: Unter den 17 meistzitierten Veröffentlichungen finden sich nur fünf originär planungswissenschaftliche Publikationen, sowie eine BBR-Studie mit Beteiligung einiger Planungswissenschaftler (vgl. Gruehn et al. 2008; siehe Kp. 8.3) und eine PIK-Studie (vgl. Zebisch et al. 2005; siehe Kp. 8.1).

Tab. 8.4 Meistzitierte Veröffentlichungen aus allen Artikeln zum Thema *Klimawandel*

Incit.	Jahr	Titel
17	2006	Fleischhauer/Bornefeld: Klimawandel und Raumplanung. Ansatzpunkte der Raumordnung und Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel
16	2008	Bundesregierung: Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)
16	2007	IPCC: Climate Change 2007 – Synthesis Report
15	2005	PIK/UBA: Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme
12	2007	EU: Green paper. Adapting to climate change in Europe – options for EU action
11	2007	Ritter: Klimawandel – eine Herausforderung an die Raumplanung
11	2006	Britische Regierung: The economics of climate change: The Stern review
10	2008	Greiving/Fleischhauer: Raumplanung: in Zeiten des Klimawandels wichtiger denn je!
9	2008	BBR: Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel – Vorstudie für Modellvorhaben
9	2008	Birkmann: Globaler Umweltwandel Naturgefahren, Vulnerabilität und Katastrophenresilienz
9	2007	UBA: Neue Ergebnisse zu regionalen Klimaänderungen. Das statistische Regionalisierungsmodell WETTREG
9	2000	IPCC: Special Report on Emissions Scenarios
8	2007	IPCC: Climate Change 2007 – The Physical Science Basis
8	2007	IPCC: Climate Change 2007 – Impacts, Adaptation and Vulnerability
8	1996	BUND/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung
7	2012	IPCC: Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation
7	2008	Schlipf/Herlitzius/Frommer: Regionale Steuerungspotenziale zur Anpassung an den Klimawandel

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

Tab. 8.5 zeigt, wie viele Jahre zwischen den zitierenden Artikeln (Outcitations) und den zitierten Publikationen (Incitations) liegen. Neben den Jahren ist zunächst die durchschnittliche Zeitspanne zwischen Out- und Incitation abgetragen. Es zeigt sich, dass zu Beginn der Fokusphase, in den Jahren 2008, 2009 und 2010, tendenziell jüngere Publikationen zitiert werden. Dies verdeutlicht, dass bereits unmittelbar vor dem ersten Aufmerksamkeitshoch (2008) ein Wissensfundament geschaffen wurde, das sich in der Fokusphase – im Vergleich mit älteren Publikationen – als besonders nützlich für die Erkenntnisproduktion erweist. In den weiteren Spalten sind die absoluten Häufigkeiten der auf die jeweiligen Jahre entfallenen Zitationen abgetragen. Die Farbgebung bemisst sich nach der relativen Häufigkeit, das heißt dem Anteil der absoluten Häufigkeit eines Feldes gegenüber der Summe der Incitations derselben Zeile. Im Jahr 2007 werden bspw. 20 Mal

Publikationen aus dem Jahr 2007 zitiert, was einer relativen Häufigkeit von 11 Prozent entspricht. Im Jahr 2012 werden 73 Mal Publikationen aus dem Jahr 2007 zitiert, was aufgrund des vielfach höheren einschlägigen Zitationsaufkommens des Jahres 2012 gegenüber dem Jahr 2007 nur eine relative Häufigkeit von 8 Prozent ergibt. Es ist weiterhin eine rote Rahmenmarkierung zu sehen. Sie markiert die Bezüge auf das Jahr 2007 und soll verdeutlichen, dass in der Fokusphase primär Erkenntnisse verwendet werden, die während des Durchbruchs oder in den Folgejahren (alle Zellen links der Markierung) produziert worden sind. 2008, 2009 und 2010 resultiert daraus eine zeitliche Verdichtung. 2014, sieben Jahre nach dem Durchbruch, sind die Incitations dagegen wieder gleichmäßiger (auf mittlerweile acht Jahre) verteilt.

Tab. 8.5 Zeitlicher Abstand zwischen einschlägigen Outcitations und Incitations

Jahr der Outcitations	Durchschnittliche Zeitspanne zwischen Out- und Incitation in Jahren	Zeitlicher Abstand zwischen Outcitations und Incitations in Jahren										
		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Fokusphase	2014	3,66	11	30	25	25	30	24	16	9	7	7
	2013	4,10	8	46	70	77	60	63	52	29	17	18
	2012	3,56	45	149	111	97	84	73	56	46	31	30
	2011	3,91	19	35	33	78	57	64	23	18	18	8
	2010	2,98	29	40	35	32	18	20	16	5	4	8
	2009	2,95	17	88	61	34	26	25	14	9	10	10
	2008	2,42	65	133	75	56	28	19	15	12	15	7
Durchbruch	2007	3,98	20	10	10	15	19	20	12	11	6	7
	2006	4,13	10	12	29	11	25	14	8	6	14	9
	2005	2,52	5	25	30	4	9	5	4	4	1	0
	2004	4,95	0	4	6	14	7	9	8	3	7	6
	2003	4,04	3	20	14	20	13	11	11	9	10	3
	2002	3,85	6	5	7	14	6	0	3	1	3	7
	2001	4,68	0	2	5	2	8	8	4	0	2	3
2000	4,27	1	11	49	66	60	40	35	21	12	10	

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014

Abb. 8.9 bis Abb. 8.14 zeigen das Entstehen der Gigantischen Komponente des Ko-Publikationsnetzwerks zum Thema *Klimawandel*. Dabei sind die akkumulierten Verbindungen zu fünf Zeitpunkten abgetragen: 1998 (Abb. 8.9), 2001 (Abb. 8.10), 2004 (Abb. 8.11), 2007 (Abb. 8.12), 2009 (Abb. 8.13) und 2014 (Abb. 8.14). Anhand der sechs Abbildungen lassen sich jeweils Transformationen der Netzwerkstruktur ablesen, die für die Entstehung des Themas *Klimawandel* bedeutend waren.

Das Ko-Publikationsnetzwerk setzt sich aus den Autor*innen einschlägiger Artikel sowie deren Ko-Autor*innen zusammen. Die in den einschlägigen Artikeln zitierten Publikationen werden Teil des Netzwerks, sofern eine*r der Autor*innen einschlägiger Artikel daran beteiligt ist. Auf diese Weise werden alle wichtigen einschlägigen Publikationen der deutschsprachigen Planungswissenschaft Teil der Analyse, nicht aber systemexterne Veröffentlichungen, wie bspw. die des IPCC.

Die Knoten sind ab dem Jahr ihres ersten erstmaligen Auftretens im Klimawandeldiskurs abgetragen. Ihre Größe und Position resultiert aus allen akkumulierten Kanten (1976 bis 2014). Die Größe der Knoten repräsentiert ihre *betweenness*-Zentralität am Ende des Untersuchungszeitraums, die Kantenstärke zeigt das summierte Gewicht der Ko-Autorenschaften adjazenter Knoten. Die Grafiken wurden mit dem Force Atlas 2 Algorithmus erstellt. Um die zentralen Akteur*innen und ihre Verbindungen sichtbar machen zu können, wurden besonders Grad-zentrale Akteur*innen mit Hilfe des Noverlap-Algorithmus auseinander geschoben. Die Farben repräsentieren Modularitätsklassen im Jahr 2014, also Teilgruppen, die am Ende des Untersuchungszeitraums untereinander stärker miteinander verbunden sind als mit den Knoten anderer Teilgruppen.

Hintergrundinformation zu Abb. 8.9 bis 8.14

Datengrundlage: Alle Ko-Autorenschaften der 337 einschlägigen planungswissenschaftlichen Artikel sowie der darin zitierten Veröffentlichungen, an denen mindestens eine*r der 443 Autor*innen der einschlägigen Artikel beteiligt ist. Es ergibt sich ein Graph mit 1.036 Knoten und 4.750 Kanten. Filter: Betrachtet wird nur die Gigantische Komponente. Diese umfasst 633 Knoten und 3.546 Kanten.

Knotenfarbe: Modularitätsklassen (Berechnung mit Auflösung 1,0, 20 Klassen (nicht alle farblich hervorgehoben))

Knotengröße: *Betweenness*-Zentralität bzw. in Abb. 8.14 gewichtete Grad-Zentralität

Kantenstärke: Summiertes Gewicht der Ko-Autorenschaften adjazenter Knoten (gewichtete nach Anzahl der Ko-Autor*innen (von 2 Ko-Autor*innen->Faktor 0,5, bis 31 Ko-Autor*innen-> Faktor 0,032))

Darstellung: Gephi, Algorithmus: Force Atlas 2 und Noverlap

Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995-2014

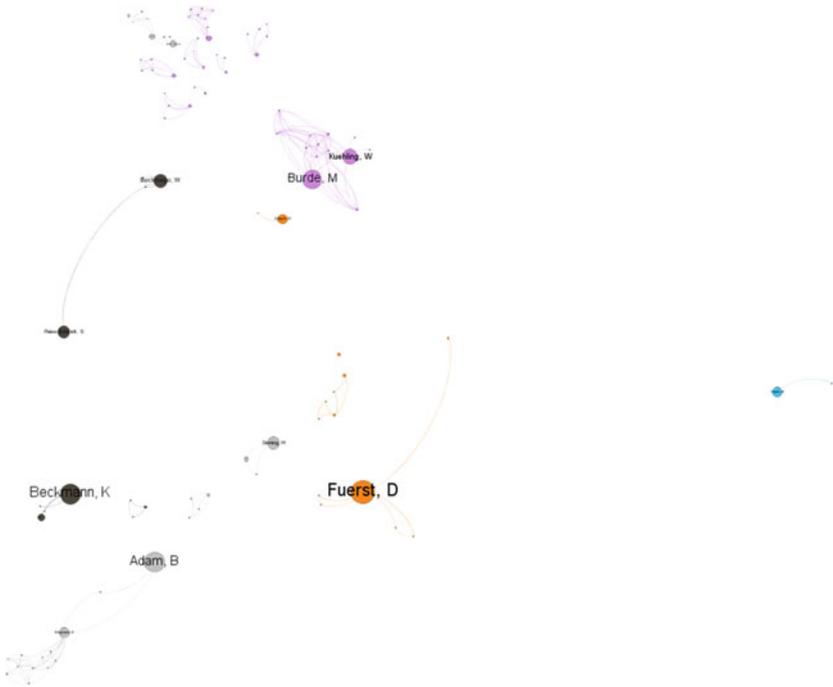


Abb. 8.9 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–1998 (Knoten: 100, Kanten: 202, Dichte⁴: 0,001 (Knotengröße: Betweenness-Zentralität))

Im Jahr 1998 sieht man mehrere unverbundene Subkomponenten auf der linken Bildhälfte, die sich teilweise um einen Gatekeeper gruppieren (siehe Abb. 8.9). Sie setzen sich inhaltlich mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinander, jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten, wie bspw. Fürst (Regionalplanung), Adam (Raumentwicklung), Beckmann (Mobilität), Burde (Wasser). Am rechten Bildrand sind in blau Stock und Toth zu sehen, die 1996 die Brandenburgstudie

⁴ Abgetragen ist die Dichte der Gigantischen Komponente. Als Berechnungsgrundlage für die Dichte wird die Anzahl der Knoten des Jahres 2014 gewählt. Das heißt, die Anzahl verbundener Knotenpaare des jeweiligen Jahres – hier 1998 – wird durch die Anzahl möglicher Knotenverbindungen des Jahres 2014 geteilt. Auf diese Weise werden Vergleiche der Dichtewerte unterschiedlicher Jahre aussagekräftiger als würde die Knotenzahl des jeweiligen Jahres zu Grunde gelegt, weil die von Jahr zu Jahr zunehmende Knotenzahl zu einer exponentiell steigenden Anzahl aller möglichen Knotenverbindungen führt.

veröffentlicht haben. Zwischen diesen beiden Polen, dem Nachhaltigkeitsdiskurs und der ersten Analyse regionaler Auswirkungen des Klimawandels des PIK, entsteht der Diskurs um die Anpassung an den Klimawandel.

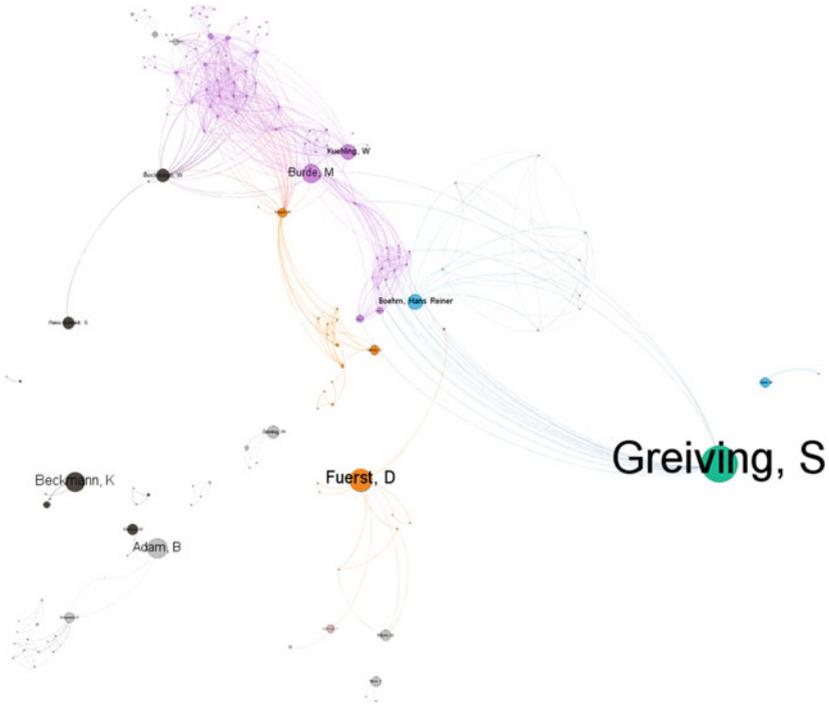


Abb. 8.10 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–2001 (Knoten: 162, Kanten: 763, Dichte: 0,004 (Knotengröße: Betweenness-Zentralität))

Im Jahr 2001 kommt der bis 2014 *betweenness*-zentralste Akteur Greiving (grün, rechts) hinzu (siehe Abb. 8.10). Er knüpft durch seine Beteiligung an dem ARL-Positionspapier Flächenhaushaltspolitik (1999) an den Nachhaltigkeitsdiskurs an. Ebenfalls sichtbar vernetzende Funktion haben die ARL-FB „*Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung. Handreichung zur Operationalisierung*“ (lila, oben links).

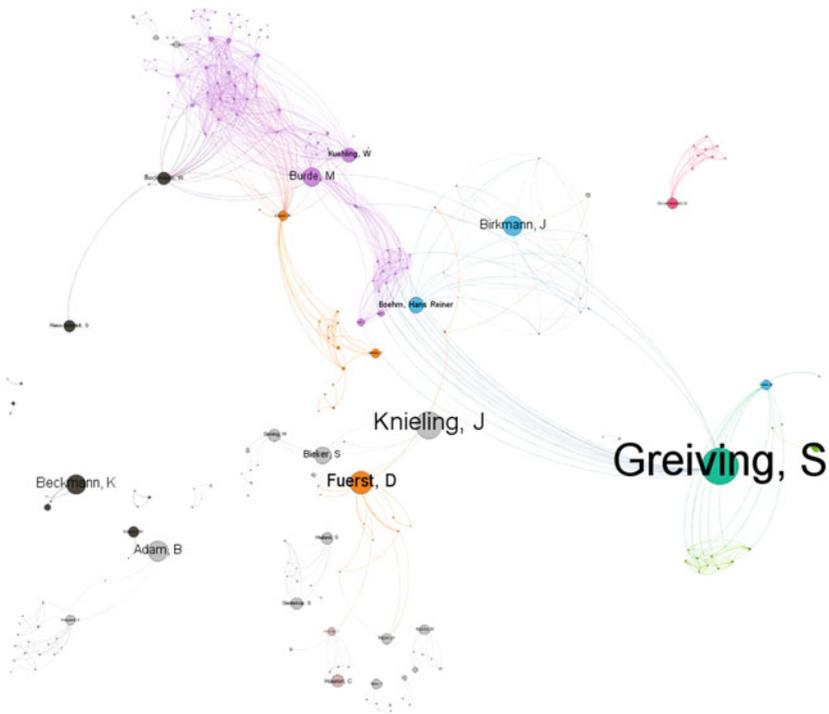


Abb. 8.11 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–2004 (Knoten: 230, Kanten: 925, Dichte: 0,005 (Knotengröße: Betweenness-Zentralität))

Im Jahr 2004 kommen Birkmann (blau, oben) und Knieling (grau, mittig) hinzu (siehe Abb. 8.11). Knieling hat, ähnlich wie Fürst, primär zu den Themen Regionalplanung und regionale Kooperation veröffentlicht und dabei auch die Nachhaltigkeitsdebatte aufgegriffen. Birkmann hat bis ins Jahr 2003 zum Thema *Nachhaltigkeitsindikatoren* publiziert und dazu im Jahr 2003 promoviert. Im Jahr 2004 wechselt er an die United Nations University Bonn und veröffentlicht in den Folgejahren primär zum Thema *Vulnerabilität*. Wie sich anhand ihrer *betweenness*-Zentralität (Knotengröße) zeigt, erhalten Knieling, Birkmann und Greiving im weiteren Verlauf der Themenkarriere Maklerfunktionen. Während Knieling zentrale Bereiche des planungswissenschaftlichen Netzwerks mit dem Klimawandeldiskurs verknüpft, binden Birkmann und Greiving auch internationale Ko-Autor*innen ein, sodass ihre Position randständig ist.

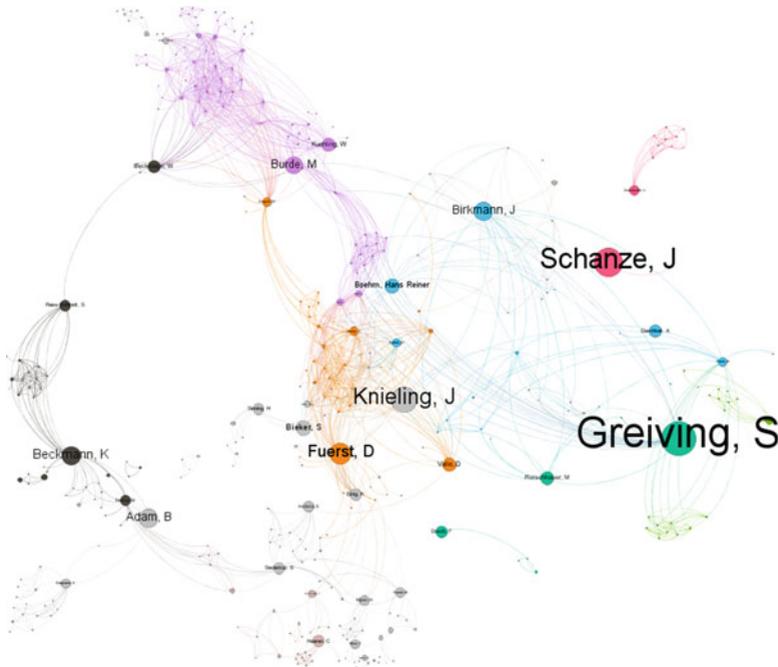


Abb. 8.12 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–2007 (Knoten: 362, Kanten: 1.576, Dichte: 0,008 (Knotengröße: Betweenness-Zentralität))

Das Jahr 2007 weist die höchste Vernetzungsdynamik im gesamten Untersuchungszeitraum auf (siehe Abb. 8.12): Nachdem die Anzahl der Kanten innerhalb der gigantischen Komponente in den fünf Jahren vor 2007 insgesamt 42,6 Prozent zugenommen hat, nimmt sie jetzt innerhalb eines Jahres um 45 Prozent zu. Die Dichte des Gesamtnetzwerks erhöht sich im Jahr 2007 um 100 Prozent (auf 0,004) und die der gigantischen Komponente um 60 Prozent (auf 0,008). Diese Verdichtung ist besonders bemerkenswert, weil die Artikelzahlen des Jahres 2007 noch deutlich geringer ausfallen als jene der Folgejahre (siehe Tab. 8.3). Auch qualitativ sind Sprünge zu verzeichnen. Insbesondere das Positionspapier des ARL-Ad-hoc-Arbeitskreises „ARL Stellungnahme zum EU-Grünbuch ‚Anpassung an den Klimawandel in Europa‘“ verknüpft unter anderem Birkmann, Fleischhauer (türkis, links neben Greiving), Knieling und Stock. Fleischhauer und Stock waren

die ersten Akteur*innen, die das Thema *Klimawandelanpassung* explizit und systematisch aufgegriffen haben, allerdings war ihre Position bislang relativ isoliert. Knieling und Birkmann dagegen sind bereits gut im Vulnerabilitäts- und Nachhaltigkeitsdiskurs vernetzt, sie hatten aber bislang keine Publikation mit explizitem Klimawandelbezug. Neu hinzugekommen ist Schanze von der TU Dresden (rosa, oben rechts), dessen Schwerpunkt Hochwasserschutz ist (siehe Abb. 8.12).

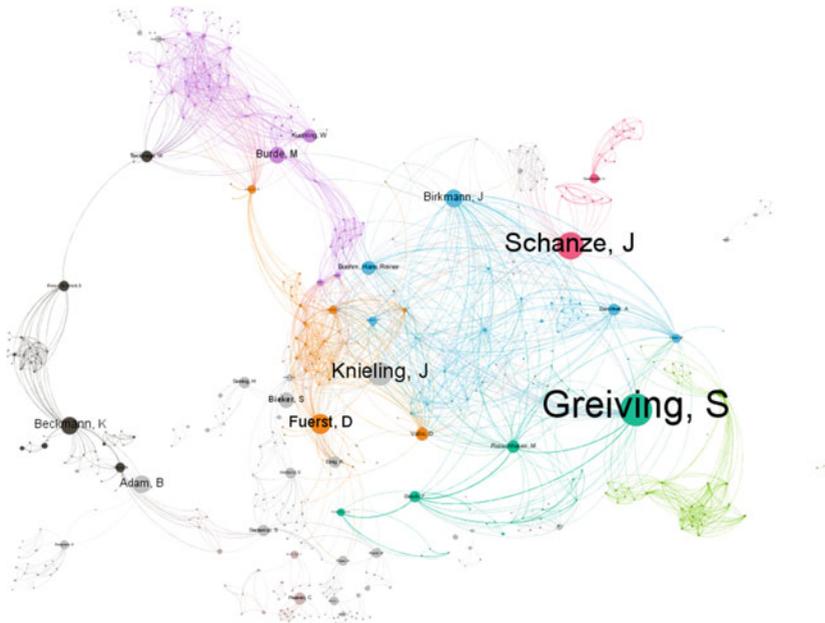


Abb. 8.13 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–2009 (Knoten: 473, Kanten: 2.231, Dichte: 0,011 (Knotengröße: Betweenness-Zentralität))

In den Jahren 2008 und 2009 kommen zahlreiche Akteur*innen neu hinzu, die das Thema *Klimawandelanpassung* aufgreifen (siehe Abb. 8.13). Sie ordnen sich größtenteils zwischen den *betweenness*-zentralen Akteur*innen ein, sodass hier – wo vor 2007 keine Knoten und Kanten zu sehen waren – ein stark verdichteter Bereich entsteht. Dieser blaue Cluster ist untereinander stark vernetzt und umringt von *betweenness*-zentralen Akteuren, die das Netzwerk mit dem übrigen Netzwerk verknüpfen – wie erst jetzt zunehmend erkennbar wird.

In den Jahren 2010 bis 2014 findet primär eine Verdichtung des Netzwerks statt (siehe Abb. 8.14). Zwar kommen noch 160 Akteur*innen hinzu, diese können aber keine herausgehobene Position mehr einnehmen. Da die *betweenness*-Zentralitäten des Jahres 2014 bereits in den vorangegangenen Abbildungen dargestellt sind, wird in Abb. 8.14 nun die gewichtete Grad-Zentralität zur Bemessungsgrundlage für die Knotengröße gewählt. Sie zeigt die Summe der gewichteten Ko-Autorenschaften an. Die Differenz der Knotengröße fällt bei Fleischhauer am größten aus. Er hat viel publiziert und kooperiert (= > hohe Grad-Zentralität), verbindet aber primär Akteur*innen, die (mittlerweile) ohnehin gut vernetzt sind, sodass er keine Maklerfunktion einnimmt (= > vergleichsweise niedrige *betweenness*-Zentralität). Auch bei den mittig positionierten Akteur*innen, also jenen, die erst im Zuge der Fokusphase Teil des Netzwerks wurden, sind einige Knoten nun größer dargestellt. Sie sind also innerhalb des themenspezifischen Netzwerks der Fokusphase sehr gut vernetzt, verfügen aber darüber hinaus über kaum exklusive Kontakte im Klimawandeldiskurs.

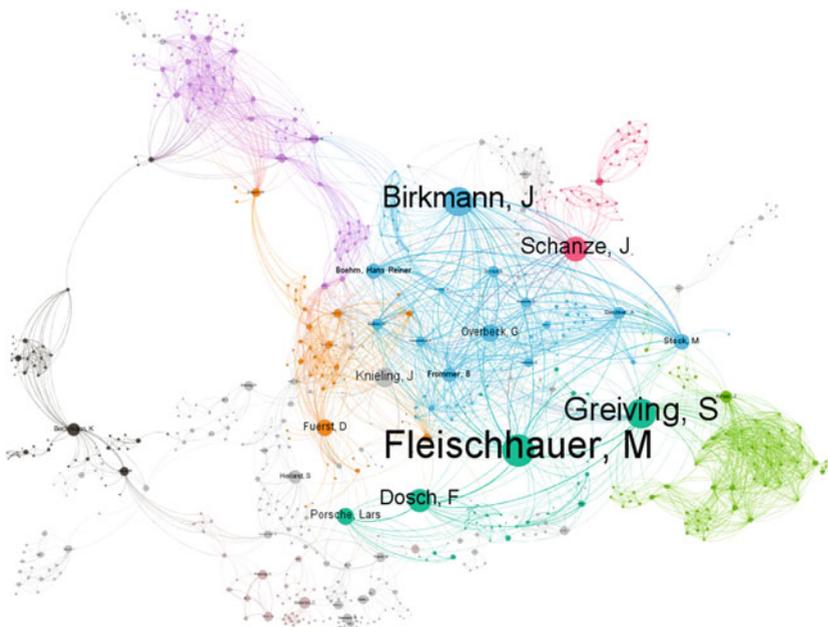


Abb. 8.14 Das Ko-Publikationsnetzwerk zum Thema *Klimawandel* 1976–2014 (Knoten: 633, Kanten: 3.546, Dichte: 0,018 (Knotengröße: Gewichtete Grad-Zentralität))

Die sprunghafte Herausbildung der Gigantischen Komponente im einschlägigen Ko-Publikationsnetzwerk, die von Bettencourt et al. (2009: 214) als zentraler Indikator für die Entstehung eines wissenschaftlichen Feldes identifiziert wird (siehe Kp. 2.3), findet im Jahr 2007 statt. Um dies zu veranschaulichen, wird in Abb. 8.15 der Anteil der Knoten der Gigantischen Komponente gegenüber den Knoten des gesamten Graphen auf einer Zeitachse abgetragen. Der sprunghafte Anstieg von 10,9 Prozent, die im Jahr 2006 in der größten Netzwerkkomponente verbunden sind, auf 29,3 Prozent, die im darauf folgenden Jahr 2007 die Gigantische Komponente bilden, ist deutlich erkennbar.

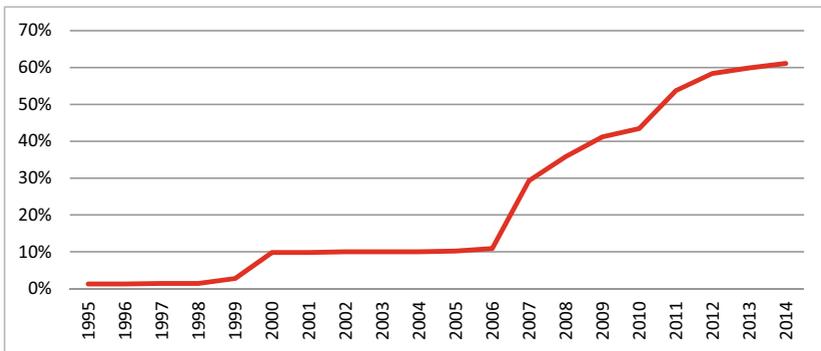


Abb. 8.15 Entwicklung der Gigantischen Komponente im Klimawandeldiskurs (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Zur Verdeutlichung ist die Entwicklung der Gigantischen Komponente zwischen 2005 und 2009 sowie 2014 in einer weiteren Netzwerkkabbildung visualisiert (siehe Abb. 8.16). Die Kanten sind akkumuliert bis zu dem dargestellten Jahr abgetragen. Die Anzahl und Anordnung der Knoten entspricht jeweils der des Jahres 2014 (bzw. des gesamten Untersuchungszeitraums). In rot ist jeweils die Gigantische Komponente dargestellt, in blau und grün die beiden größten Subkomponenten des jeweiligen Jahres und in grau alle übrigen Subkomponenten.

Hintergrundinformation zu Abb. 8.16

Datengrundlage: Alle Ko-Autorenschaften der 337 einschlägigen planungswissenschaftlichen Artikel sowie der darin zitierten Veröffentlichungen, an denen mindestens eine*r der 443 Autor*innen der einschlägigen Artikel beteiligt ist. Es ergibt sich ein Graph mit 1.036 Knoten und 4.750 Kanten.

Filter: Kein Filter

Knotengröße & Kantenstärke: Keine Gewichtung

Farben: rot = Gigantische Komponente, blau = größte Subkomponente, grün = zweitgrößte Subkomponente, grau = alle weiteren Subkomponenten

Darstellung: Gephi, Algorithmus: Force Atlas 2 (mit ggü. Abb. 8.9-8.14 erhöhter Anziehungskraft)

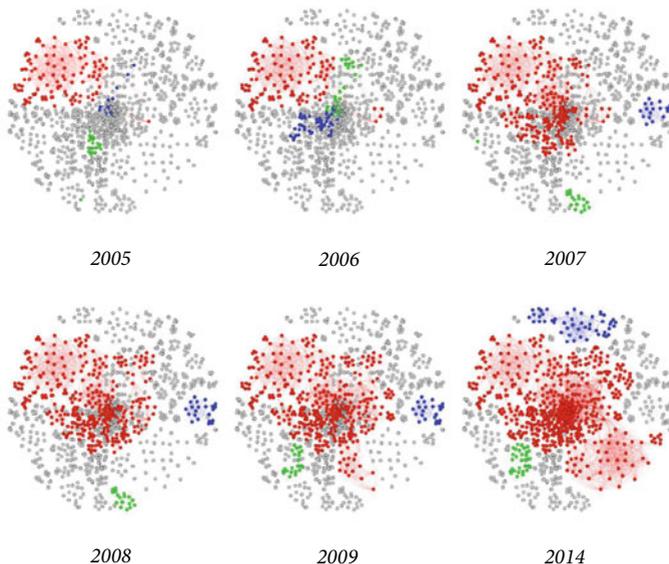


Abb. 8.16 Netzwerkentwicklung und Herausbildung der Gigantischen Komponente im Klimawandeldiskurs (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Auch für die Analyse der Themenkarriere *Klimawandel* dient die Verschneidung quantitativer und qualitativer Daten der wechselseitigen Validierung und Ergänzung. Insbesondere schaffen *quantitative Daten* eine intersubjektiv nachvollziehbare, nicht durch retrospektive Rationalisierungen und Erinnerungslücken verfälschte Gesamtbetrachtung, von der ausgehend der Diskurs erschlossen werden kann. Auf der anderen Seite versehen die Interviews, Forschungsbiografien und Literaturauswertungen die bibliometrischen Daten erst mit der Aussagekraft, die für die vorliegende Fragestellung benötigt wird.

Analog zur Themenkarriere *Schrumpfende Städte* zeigt die Themenkarriere *Klimawandel* eine Latenzphase, einen abrupten Durchbruch sowie eine markante Fokusphase. Der Untersuchungszeitraum endet zwei Jahre nach der Fokusphase, weshalb Aussagen über die Normalisierung kaum auf der Grundlage quantitativer Daten getroffen werden können. Die Fokusphase ist auch bei dieser Themenkarriere von zwei Aufmerksamkeitspeaks eingerahmt, von denen der zweite höher ausfällt als der erste. Zum einen liegen beide Peaks zwei Jahre weiter auseinander als es bei der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* der Fall war. Zum anderen fallen die Peaks markanter aus, das heißt, die Ausschläge in den Jahren 2008 und 2012 sind besonders hoch. Hierbei kann zum einen die zeitliche Unschärfe eine Rolle spielen, indem beispielsweise ein über zwölf Monate erhöhter Output von Januar bis Dezember auf ein Datum ausfallen kann, während ein erhöhter Output von Juni bis Mai sich auf zwei Achsenpunkte verteilt. Ebenso lassen sich aber auch diskursive und strukturelle Ursachen heranziehen, wie die unterschiedlich ausfallende, partielle Überformung der Themenkarrieren durch Subdiskurse (bspw. *Stadtumbau West*, *Resilienz*) oder die zunächst stärker ausgeprägte Umsetzungsorientierung des Schrumpfungsdiskurses. Auch die Unterschiedlichkeit der Förderprogramme bezüglich investiver Maßnahmen, Laufzeit und Forschungsansatz fällt ins Auge.

Beide Aufmerksamkeitspeaks gegenüber dem Thema *Klimawandel* sind primär von den Artikelzahlen der Zeitschriften PLANERIN, RaumPlanung, RAUM und IzR getragen. Die ARL-FB sind vor dem Durchbruch das wichtigste Medium für einschlägige Beiträge. Wie schon beim Schrumpfungsdiskurs tragen sie zum Ende der Fokusphase maßgeblich zur Häufigkeit einschlägiger Artikel bei, als zwei Arbeitskreise ihre Ergebnisse veröffentlichen. Die stärkste Fokussierung, das heißt die stärkste Ballung einschlägiger Artikel in der Fokusphase gegenüber den übrigen Phasen, weisen die PLANERIN, die IzR und die Raum auf.

Wie die Abb. 8.8 und Tab. 8.5 zeigen, bringt das Jahr des Durchbruchs (2007), trotz mengenmäßig geringen Outputs, besonders relevante Ergebnisse hervor, während die Publikationen der Jahre davor relativ wenig zitiert werden. Wie auch schon bei der Themenkarriere *Schrumpfende Städte* lässt der Vergleich der Kurven und

die Outputzahlen auf ein besonders gutes Aufwand-Nutzen-Verhältnis in der Durchbruchphase schließen, welches sich in den Folgejahren allmählich verschlechtert. Diese Einschätzung wird durch alle interviewten Akteur*innen bestätigt: So habe der „*irrsinnige Aufwand*“ zu Redundanzen geführt (i65) oder zu „*nicht wirklich adäquaten Ergebnissen*“ (i66). Dabei ist es allerdings wichtig darauf hinzuweisen, dass in dieser Arbeit mit *Relevanz* lediglich die Anzahl der auf einen Beitrag entfallenen Zitationen gemeint ist. In Anlehnung an Crane (1972: 77) haben aber nicht nur die besonders viel zitierten Problemdefinitionen und ersten Theorie- und Lösungsansätze, sondern auch deren (seltener zitierten) Fundierungen, Adaptionen und Spezifizierungen eine bedeutende Funktion für die Wissensproduktion. Die hohe Relevanz der Jahre des Durchbruchs und der beginnenden Fokusphase lässt sich, wie auch bei der Themenkarriere *Schrumpfende Städte*, teilweise darauf zurückführen, dass in diesen Jahren die Problemstellungen einschließlich anvisierter Lösungsstrategien geframed wurden, an denen sich die Fachgemeinschaft in den Folgejahren abarbeitet.

Die Analyse der Entwicklung des einschlägigen Ko-Publikationsnetzwerks zeigt den Zusammenhang zwischen sozialen und inhaltlichen Prozessen der Wissensproduktion. So entwickeln sich verschiedene Teilgruppen bzw. Themenstränge ohne direkte, gruppenübergreifende Zusammenarbeit. Unmittelbar vor der Fokusphase erfährt der Klimawandeldiskurs einen Durchbruch, was sich darin manifestiert, dass die relevanten Teilgruppen des einschlägigen Netzwerks Beziehungen zueinander aufbauen. Für Bettencourt et al. (2009) markiert dieses abrupte Zusammenschließen zu einer Gigantischen Komponente die Entstehung eines neuen wissenschaftlichen Feldes. Die Durchbruchphase ist also ein kritischer Moment sowohl für die Wissens- als auch für die Sozialstruktur der planungswissenschaftlichen Disziplin: Zum einen wird ein neues Problem gerahmt und in den disziplinären Themenkanon integriert, indem es in ein Verhältnis zu der bestehenden Wissensstruktur gesetzt wird und mit Bezügen zu dieser versehen wird. Zum anderen werden zahlreiche Brücken in der Sozialstruktur des planungswissenschaftlichen Netzwerks geschlagen, insbesondere durch die Aufnahme von Kooperationen zwischen bislang getrennt voneinander agierenden Teilgruppen.

8.6 Zwischenfazit zur Themenkarriere *Klimawandel*

Strukturell wird das Thema *Klimawandel* bis Mitte der 2000er Jahre vernachlässigt. Einige etablierte Akteur*innen lehnen eine schwerpunktmäßige Auseinandersetzung mit dem Thema sogar explizit ab. Vorbehalte bestehen insbesondere

gegenüber dem Thema *Anpassung an den Klimawandel*, unter anderem weil es zunächst dem Umweltbereich zugeordnet wird und weil dessen Verfolgung das Eingeständnis gescheiterter Umweltpolitik erfordert. Dies ändert sich, als das Thema im Jahr 2007 nach einer Vielzahl von Ereignissen auf der politischen und medialen Agenda nach oben rückt. Politische Kommunikationen, wie das EU-Grünbuch Klimawandelanpassung oder die Deutsche Anpassungsstrategie stellen die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen heraus und betonen die Bedeutung der Raumplanung. Sie werden vielfach zum Anlass genommen, das Thema mit dem raumplanerischen und planungswissenschaftlichen Instrumentarium zu erschließen. Eine große Bedeutung nehmen Auftragsforschungen und Förderprogramme ein. Durch sie werden nicht nur einschlägige Akteur*innen vernetzt und mit finanziellen Ressourcen für mehrere Jahre ausgestattet. Auch rahmen sie das Thema, indem sie die schwerpunktmäßig zu verfolgenden Forschungsprobleme und anvisierten Lösungsstrategien definieren. Als die Ergebnisse der großen Forschungsprogramme insbesondere um das Jahr 2012 veröffentlicht werden, setzen bereits eine Ermüdung der Aufmerksamkeit und die Schwerpunktverlagerung auf neue Themen ein. Allerdings erhalten insbesondere praxisnahe Planungswissenschaftler*innen weiterhin Aufträge für regionale Vulnerabilitätsanalysen, Anpassungsstrategien oder Klimaschutzkonzepte, die sie mittlerweile mit einer gewissen Routine, allerdings auch mit geringer Aussicht auf wissenschaftlich relevanten Erkenntnisgewinn, bearbeiten.

Die Akteur*innen entwickeln in der Latenzphase teilweise eigenständig ein Interesse für Aspekte des Klimawandels. Das explizite Aufgreifen des Themas wird allerdings immer durch den direkten Kontakt mit bereits einschlägig interessierten Fachkolleg*innen oder Auftraggeber*innen aus Politik und Wirtschaft initiiert. Das Prinzip der (langsamen) Diffusion durch persönlichen Kontakt wird im Jahr 2007 abgelöst durch den disziplinweiten Durchbruch. Der gesamtgesellschaftliche Diskurs, die Anmeldung von Wissensbedarfen seitens der Planungspraxis und -politik sowie die Ankündigungen der Fördermittelgeber*innen schaffen ein Umfeld, in dem plötzlich ein großer Teil der planungswissenschaftlichen Disziplin sich mit dem Thema *Klimawandel* auseinandersetzt und einen eigenen Forschungsbeitrag auch unabhängig von persönlichen Kontaktaufnahmen erwägt. Im Zuge von Arbeitskreisen und Förderprogrammen nimmt die Vernetzungsaktivität Fahrt auf, insbesondere durch die Verknüpfung von bereits in der Planungswissenschaft etablierten (aber thematisch kaum bewanderten) Akteur*innen mit bereits einschlägig erfahrenen (aber bislang nur in der Nische bekannten) Forscher*innen. Akteur*innen, die das Thema erst nach 2008 aufgreifen, können bis zum Ende des Untersuchungszeitraums keine zentrale Position im Klimawandeldiskurs einnehmen. Die meisten von ihnen nehmen zunächst

untergeordnete Funktionen in der Wissensproduktion ein, wie etwa die empirische Fundierung bereits bestehender Wissensansprüche oder die Bearbeitung von Forschungsprojekten, die von übergeordneten Akteur*innen entworfen wurden.

Inhaltlich wird das Thema *Klimawandel* vor 2007 sporadisch als Teilaspekt etablierter Themen benannt. Nachdem die Erkenntnis des Klimawandels bereits einige Jahrzehnte in den Naturwissenschaften verhandelt wurde und dort weitgehende Gewissheit auch über dessen anthropogene Verursachung hergestellt wurde, gelangt das Thema Anfang der 1990er Jahre in den planungswissenschaftlichen Diskurs. Zunächst wird es untergeordnet im Nachhaltigkeits- und später im Katastrophenvorsorgediskurs verhandelt. Trotz des anfänglichen Nischendaseins der Klimawandelthematik, werden bereits Kompetenzen aufgebaut und Erkenntnisse produziert, die später große Bedeutung erlangen. Allerdings trifft das Thema auf Vorbehalte. Akteur*innen des Umweltbereichs, in dem das Thema *Klimawandel* bislang primär verortet ist, lehnen eine intensive Beschäftigung mit dem Thema ab. Insbesondere wird die *Anpassung* an den Klimawandel in Konkurrenz zu den bereits seit Jahrzehnten verfolgten Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit gesehen, so dass die Aufrechterhaltung dieses Status Quo auch an strategische Interessen geknüpft ist. Im Jahr 2007 findet jedoch ein Umdenken in der Planungspolitik, -praxis und -wissenschaft statt, der einem Paradigmenwechsel gleichkommt. Nicht nur wächst die Erkenntnis, dass in Mitteleuropa umfassende Anpassungsmaßnahmen erforderlich sein werden. Auch wird klar, dass der Raumplanung dabei eine zentrale Rolle zukommt, so dass nicht nur der Politikbereich, sondern auch die wissenschaftliche Disziplin einen langfristigen Bedeutungsgewinn erwarten kann. Im Zuge des Durchbruchs bzw. Paradigmenwechsels werden etablierte Ansichten revidiert und ein neues Set an Zielen, Methoden, Akteur*innen und Forschungsprogrammen für die Fokusphase und darüber hinaus definiert.

Am Ende der Fokusphase ist die Themenkarriere zum planungswissenschaftlichen Kontext geworden, innerhalb dessen sich neue Themen etablieren. Einige Pionier*innen und Avantgardist*innen nehmen nun in der Planungswissenschaft und/oder -praxis zentrale Positionen ein. Die zunächst ignorierten oder abgelehnten Inhalte sind nun unhinterfragter Teil der fachgemeinschaftlichen Wissensstruktur.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Fazit: Die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft

9

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengetragen und die Forschungsfrage ‚*Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft?*‘ in komprimierter Form beantwortet. Dafür werden zunächst die empirischen Befunde zu den Themenkarrieren *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* in eine allgemeine Beschreibung der Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft überführt. Die eigentliche Funktion der Phasentheorie kommt hier zum Tragen: Durch sie werden die empirischen Analysen zu den beiden Themenkarrieren in jeweils vergleichbare Segmente aufgeteilt, sodass die konkreten Ereignisse und Prozesse in einem synoptischen Phasenverlauf eingeordnet werden können (siehe Kp. 9.1). Auf dieser Grundlage wird nach den Faktoren geforscht, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der fachgemeinschaftlichen Aufmerksamkeit gegenüber den beiden Themenverläufen hatten. Hier werden generalisierbare Mechanismen abgeleitet, die den beiden planungswissenschaftlichen Themenkarrieren zu Grunde liegen (siehe Kp. 9.2). Schließlich wird auf die Auswirkungen eingegangen, die die temporären Fokussierungen auf die planungswissenschaftliche Disziplin haben (siehe Kp. 9.3).

9.1 Die Entstehung von Themen in der Planungswissenschaft: Von der Nichtbeachtung zum unhinterfragten Kontext

Im Folgenden wird zur Beantwortung der Forschungsfrage der Verlauf einer planungswissenschaftlichen Themenkarriere dargelegt. Diese Schilderung stellt einerseits die Synopse der beiden untersuchten Themenkarrieren *Schrumpfende*

Städte und *Klimawandel* dar. Andererseits legt sie hypothesenartig eine idealtypische Abfolge von Mechanismen offen, so dass Aufmerksamkeitsverläufe gegenüber anderen Themen auf dieser Basis untersucht und verglichen werden können.

Um Missverständnissen entgegenzuwirken, ist – gerade angesichts der starken Ähnlichkeit der beiden erhobenen Fallbeispiele (siehe Abb. 9.1) – auf Einschränkungen in Bezug auf die Allgemeingültigkeit der vorgelegten Erkenntnisse hinzuweisen. So nimmt nicht jedes Thema in der Planungswissenschaft den geschilderten linearen Verlauf. Es ist davon auszugehen, dass einige Themen nie disziplinweite Aufmerksamkeit erlangen, dass einem Durchbruch und einer zwischenzeitlichen Fokussierung keine Phase der weitläufigen Ignoranz unmittelbar vorausgeht und dass andere Ausprägungen der Fokusphase bezüglich Dauer und Dimension beobachtet werden können. Ungeachtet dessen werden Mechanismen der wissenschaftlichen Aufmerksamkeitsentstehung dargelegt, die auch unabhängig von Phasenabfolge, Intensität oder Dimension analytisch auf andere Themen angewendet werden können. Darüber hinaus dient diese Arbeit dem Nachweis, dass Themenzyklen in eben jener geschilderten, in gewisser Hinsicht extremen, Form auftreten. Hierfür ein Bewusstsein zu schaffen und eine Diskussion darüber anzustoßen (siehe insb. Kp. 10) ist ein Ziel dieser Arbeit.

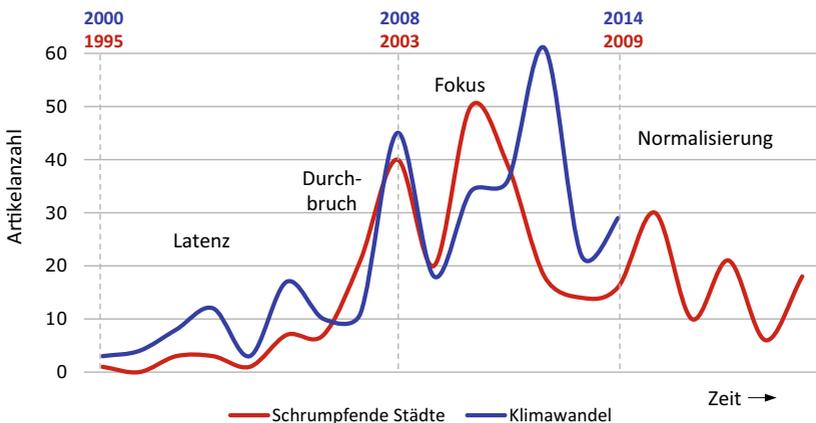


Abb. 9.1 Aufmerksamkeitskurven der beiden Themen *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* übereinandergelegt (Quelle: Eigene Erhebung auf Basis der planungswissenschaftlichen Zeitschriften 1995–2014)

Zudem sind beide untersuchten Themenkarrieren das Resultat multidimensionaler Prozesse. Sie werden im Folgenden in ihrer Komplexität (weiter) reduziert, mit dem Ziel generalisierbare Faktoren herauszustellen. Zu der Multidimensionalität gehört, dass ein Thema Teil anderer Themen ist, genauso wie es verschiedene Subthemen unter sich vereint. So setzt sich bspw. die Themenkarriere *Klimawandel* aus verschiedenen, interagierenden Themenkarrieren mit ganz unterschiedlichen Verläufen zusammen, darunter *Nachhaltigkeit*, *Elbe-Hochwasser*, *Energiewende*, *Umweltprüfung*, *adaptive Kapazität*, *Resilienz* und viele mehr. Jedes dieser Themen bringt nicht nur eigene gesellschaftliche Impulse, eigene Akteur*innen und einen eigenen Aufmerksamkeitsverlauf in den Klimawandeldiskurs ein, sondern auch spezifische inhaltliche Verschiebungen, so dass die Schnittmengen zwischen den Themen unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Auch gehört zu jeder Themenkarriere eine spezifische räumliche Komponente. So war bspw. das Thema *Schrumpfung* zunächst auf Ostdeutschland beschränkt und hat durch die spätere Diskurserweiterung auf Westdeutschland einen starken Impuls bekommen. Diese Spezifika gehen durch die Abstraktion zwar verloren, dafür wird aber der Blick für themenübergreifend vergleichbare Mechanismen freigemacht.

Die Schilderung der Themenkarrieren erfolgt in der empirisch bewährten Phaseneinteilung – Latenzphase (Kp. 9.1.1), Durchbruchphase (Kp. 9.1.2), Fokusphase (Kp. 9.1.3) und Normalisierungsphase (Kp. 9.1.4) (siehe Abb. 9.1). Um die Klarheit der Schilderung zu gewährleisten, wird innerhalb jeder Phase eine Gliederung in (1.) *Institutioneller Kontext*, (2.) *Akteur*innen*, (3.) *Inhalt* und (4.) *Fazit und Phasenübergang* vorgenommen. Sie entspricht dem im Akteurzentrierten Institutionalismus eingehend beschriebenen Spannungsverhältnis zwischen Struktur und Akteur*innen (siehe Kp. 5.2) und ergänzt dieses um den Ausgangspunkt und das Produkt des sozialen Systems der Wissenschaft: die Entwicklung wissenschaftlichen Wissens. Allerdings sind die innerhalb der Phasen geschilderten Prozesse eng miteinander verwoben, weshalb die Grenzen zwischen den Teilkapiteln als fließend zu betrachten sind. Auch soll kein einseitiger Kausalmechanismus suggeriert werden – etwa: Der institutionelle Wandel löst eine Veränderung der Akteur*innenkonstellationen aus, was zu einer inhaltlichen Verschiebung führt. Schließlich lösen auch inhaltliche Verschiebungen einen institutionellen Wandel aus, genauso wie die jeweils getrennt voneinander dargelegten Mechanismen parallel und miteinander verschränkt ablaufen, ohne dass eine eindeutige kausale Abfolge identifiziert werden kann.

9.1.1 Latenzphase

In der Latenzphase beginnen sich verschiedene neue Problemstellungen, die für die Planungswissenschaft grundlegende Bedeutung erlangen könnten, herauszuschälen – bspw. im Rahmen von Bevölkerungsprognosen, naturwissenschaftlichen Erkenntnissen oder exemplarischen Einzelereignissen. Sie werden in der Planungswissenschaft bereits aufgegriffen und in das Bezugssystem der Raumplanung übersetzt. Allerdings sind die Vorstöße selten und erhalten geringe Resonanz innerhalb der Planungswissenschaft sowie in der Planungspraxis. Die Zusammenführung und Verdichtung zu dem Sinnkomplex, der später eine Themenkarriere erfährt, erfolgt erst in der Durchbruchphase sowie unmittelbar davor. Ist also im Folgenden von *einem* Thema die Rede, so handelt es sich um die ex-post-Betrachtung eines Netzwerks von Subthemen, dessen Verknüpfung und Verdichtung noch aussteht.

Institutioneller Kontext

Später zusammengehörende Problemstellungen werden in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft primär in Verbindung mit Einzelereignissen thematisiert. Weder die enge Verknüpfung der einzelnen Aspekte zu einem Thema noch die Dimension der Aufmerksamkeit, die dieses in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen erregen wird, sind bislang absehbar.

Strukturell wird die Beschäftigung mit dem Thema im Rahmen der planungswissenschaftlichen Erkenntnisproduktion sanktioniert. In Öffentlichkeit, Politik und Praxis bleibt die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema gering. Exogene Impulse auf das Anreizsystem der Wissenschaftler*innen geben anderen Themen Vorrang, die als opportuner, dringlicher oder zukunftssträchtiger gelten: In Auftragsforschungen, Gutachten, Plänen, Gesetzgebungen und Medienberichten werden andere Prioritäten gesetzt. Unter den Akteur*innen, die über die thematische Ausrichtung raumplanungsrelevanter Förderprogramme in Wissenschaft und Praxis bestimmen, hat das Thema keine starken Fürsprecher*innen und wird, sofern es überhaupt auf die Entscheidungsagenda gelangt, zugunsten anderer Themen zurückgestellt.

Auch innerhalb der Planungswissenschaft fällt die Ressourcenallokation – bspw. in der Ausrichtung von Konferenzen, der Setzung von institutsinternen Forschungsschwerpunkten, der Lehrplanentwicklung oder der Ausgestaltung von Berufungsverfahren – in der Latenzphase grundsätzlich zugunsten bereits etablierter Themen aus. Aufgrund der Neuartigkeit des Themas fehlt das Publikum, das heißt die themenbezogene Fachgemeinschaft, die einschlägige Beiträge rezipieren, bewerten und durch Zitierung oder positive Begutachtung belohnen

könnte. Häufig erleben die Pionier*innen als Reaktionen auf ihre Kommunikations Desinteresse, Ridikülisierung und Ignoranz seitens etablierter Akteur*innen der Planungswissenschaft, -politik und -praxis. Eine weitere, anders gelagerte Form der Ablehnung des neuen Themas ist die Tabuisierung. Hierbei erkennen Akteur*innen das Problem bereits in Ansätzen, allerdings lehnen sie es ab, die Bedeutung des Themas explizit einzugestehen. Teilweise sabotieren etablierte Wissenschaftler*innen sogar einschlägige Forschungen im Rahmen ihrer Verfügungsgewalt. Ihre wissenschaftliche Autorität ist in gewissem Maße an die Gültigkeit des vorherrschenden Paradigmas gebunden, das sie nun im Kontext ihres Forschungsfeldes durch das aufkommende Thema in Frage gestellt sehen. Sie versuchen ihre Deutungshoheit, ihre Wissensansprüche und ihr Ansehen zu bewahren. Auch die emotionale Verbundenheit mit dem eigenen Lebenswerk spielt dabei eine Rolle. Zudem herrschen ähnliche Pfadabhängigkeiten in Politik und Praxis vor, weshalb hier auch Abhängigkeiten, etwa in der Auftrags- und Mittelvergabe, ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung des Status Quo sein können.

Vor dem Hintergrund dieser strukturellen Hemmnisse ist nachvollziehbar, dass die Akteur*innen ihre Fachbeiträge im Kontext bereits etablierter planungswissenschaftlicher Diskurse rahmen. Sie finden so mit der eigenen Forschung eher Akzeptanz bei bestimmten Gatekeeper*innen, wie bspw. Verlagen, Fördermittelgeber*innen, Gutachter*innen oder Berufungskommissionen. Sie können darüber hinaus das neue Thema an den etablierten Wissenskanon der Planungswissenschaft andocken und die eigene Forschung in einer Fachgemeinschaft verankern, die dann wiederum die eigenen Erkenntnisse rezipiert. Nicht zuletzt geht die Verortung in etablierten Wissensstrukturen auf die eigene Forschungsbiografie zurück, die wiederum aus diesen disziplinären Wissensstrukturen hervorgeht. Hat sich ein*e Wissenschaftler*in also bislang vorrangig mit einem etablierten Forschungspfad befasst, so ist es für ihn*sie nicht nur strategisch sinnvoll an diesen Forschungspfad anzuknüpfen. Die Option, die Forschung in einem neuen, bislang kaum erkennbaren Diskurs zu rahmen, wird gar nicht unbedingt erwogen. Folglich geben etablierte Themenbestände im Sinne eines Paradigmas einen Rahmen für die Erkenntnisproduktion der Fachgemeinschaft vor, der durch die daraus resultierenden Forschungsentscheidungen ihrer Mitglieder kontinuierlich reproduziert wird.

Akteur*innen

Die Diffusion des Themas in der Planungswissenschaft erfolgt in der Latenzphase durch direkten Kontakt. Häufig geht diesem Kontakt das Entstehen einer persönlichen Faszination für das Thema voraus, dieses kann aber bereits Jahre

zurückliegen und nahezu folgenlos für die eigene wissenschaftliche Aktivität bleiben. Für das planmäßige Aufgreifen im Kontext der wissenschaftlichen Wissensproduktion sind dagegen direkte Austauschbeziehungen im Kontext der Wissenschaft ausschlaggebend, da sie unmittelbar die Relevanz des Themas für die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion erkennbar machen. Es entwickeln sich Kaskaden von direkten fachbezogenen Transaktionen, die zumeist auf Impulse von außerhalb der deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft zurückgehen – bspw. aus der Wirtschaft, Politik, anderen Disziplinen oder auf ausländische Fachkolleg*innen. Auch eine Rolle spielen informelle und formelle Austauschformate innerhalb von Forschungseinrichtungen. Auf diese Art entstehen mehrere unverbundene, einschlägig interessierte Teilgruppen – bspw. Lehrstuhlinhaber*in-Mitarbeiter*in, Dozent*in-Student*in oder Arbeitskreise mit thematischen Schnittmengen zu dem entstehenden Diskurs.

Die Pionier*innen sind fasziniert von dem Thema, was unter anderem auf die Diskrepanz zwischen den eigenen Erkenntnissen und der fachgemeinschaftlichen Nichtbeachtung zurückzuführen ist. Die strukturellen Hemmnisse wirken einerseits demotivierend und lenken die Aufmerksamkeit auf andere Themen, deren Bearbeitung einfacher und gewinnbringender erscheint. Auch geben sie einigen Pionier*innen immer wieder Anlass, die Relevanz des eigenen Themas in Frage zu stellen. Andererseits hat gerade die strukturelle Ignoranz einen motivierenden Effekt: Je mehr Ablehnung sie erhalten, desto überzeugendere Argumentationsgrundlagen für die Verhandlung des Themas müssen sie aufbauen. Da sie zunehmend von der Wichtigkeit des Themas überzeugt sind, investieren sie Zeit und Ressourcen, um die benötigten Kompetenzen zu erlangen. Angesichts der ohnehin geringen Resonanz haben die Pionier*innen dabei allerdings keinen Zeit- bzw. Handlungsdruck und befassen sich schwerpunktmäßig mit anderen Forschungspfaden, bei denen die Anerkennung eigener Forschungsbeiträge durch das persönliche Umfeld, die Fachgemeinschaft und den*die Geldgeber*in sicherer erscheint.

Einige der Akteur*innen und Teilgruppen wenden sich nach wenigen Jahren einschlägiger Forschung wieder anderen Themen zu. Bei Ihnen stellt sich das Gefühl ein, die wichtigen Fragen in Bezug auf das Thema seien beantwortet. Diese epistemische Erklärung für das Aufgeben der einschlägigen Forschungsaktivität ist unübersehbar an das Ausbleiben von Resonanz geknüpft. So legen die Akteur*innen das Thema ausschließlich in der Latenz- und der Normalisierungsphase ab, also immer nur dann, wenn einschlägige Forschungen im Vergleich mit anderen Themen eine strukturelle Vernachlässigung erfahren. Insbesondere in der Latenzphase werden thematische Vorstöße kaum seitens der Fachgemeinschaft aufgegriffen und geprüft, weitergeführt oder auch in Frage gestellt. Den

Pionier*innen wird also wenig Inspiration und Motivation zur Vertiefung des Themas vermittelt. Hinzu kommt die geringe Aussicht auf soziales, ökonomisches und politisches Kapital.

Kognitive Bezüge und soziale Beziehungen zwischen den einzelnen Teilgruppen sind in der Latenzphase nicht besonders häufig. Allerdings beginnen sie im Vorfeld der Durchbruchphase ihre einschlägigen Kommunikationen gegenseitig wahrzunehmen. Hierin sind – im Nachhinein – die Anfänge der emergierenden, themenbezogenen Fachgemeinschaft zu erkennen. Eine kritische Masse an Interessierten, die sich durch gegenseitiges Zitieren Reputationsgewinne verschaffen könnte oder die im Sinne einer Epistemischen Gemeinschaft gemeinsam innerhalb und außerhalb der Wissenschaft Überzeugungsarbeit leisten könnte, ist damit aber noch nicht erreicht. Dies kann sich durch die Einberufung regionsübergreifender Arbeitskreise ändern. Sie dienen nicht nur als Forum für die multiperspektivische, systematische Erschließung des neuen Themas. Sie sind auch ein Instrument zur Verknüpfung bislang kaum verbundener Bereiche der einschlägigen Wissensproduktion. Zudem können interregionale Arbeitskreise einen inhaltlichen Bezugsrahmen sowie einen sichtbaren Expert*innenkreis etablieren, sodass das Thema für Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Planungswissenschaft personell und inhaltlich greifbar wird.

Inhalt

Die Verknüpfung mehrerer Teilaspekte zu dem dichten Sinnkomplex, der später eine Themenkarriere erlebt, ist bislang wenn überhaupt nur in Ansätzen erkennbar. Zum einen werden ohnehin nur selten einschlägige Fachbeiträge veröffentlicht. Zum anderen kommt für die Zusammenführung von Erkenntnissen zu einem kohärenten Diskurs erschwerend hinzu, dass die einschlägigen Fachbeiträge zunächst in anderen Diskursen gerahmt werden: Die unterschiedlichen Facetten des Themas werden als Teilaspekt und als Begründungszusammenhang zur Herstellung der Relevanz anderer, bereits fachöffentlich etablierter Themen angeführt. Durch die Rahmung im Kontext verschiedener Fachdiskurse können die einzelnen Fachbeiträge kaum als zusammengehörig identifiziert werden.

Vereinzelt werden die Zusammenhänge zwischen dem Thema und der Raumplanung im Rahmen weniger reputationsträchtiger Formate – bspw. Vorträge, Jubiläumsbände oder planungspraktisch orientierte Zeitschriften – beleuchtet. Mehrjährige, planmäßige und methodisch kontrollierte Auseinandersetzungen mit dem Thema finden seltener statt, können sich aber als besonders grundlegend im einschlägigen Diskurs der Folgejahre erweisen, indem sie bereits die systematische Evaluation bestehender Wissensbestände, Forschungslücken und möglicher Diskussionslinien leisten sowie die Herstellung kognitiver Bezüge und sozialer

Beziehungen vorwegnehmen. Solche Arbeiten finden zum einen im Zuge einzelner Drittmittelprojekte statt, die auf Initiativen außerhalb der deutschen Planungswissenschaft zurückgehen. Zum anderen sind Qualifizierungsarbeiten ein wichtiges Format zur Erschließung des neuen Themas. Insbesondere im Rahmen von Promotionen entscheiden sich junge Wissenschaftler*innen das neue Thema aufzuschlüsseln: Sie verfügen noch über wenig wissenschaftliches Kapital und sind dementsprechend ungebunden in ihrer Themenwahl. Gleichzeitig suchen sie aktiv nach einem bislang unterrepräsentierten Thema, das potenziell relevant für die Disziplin ist.

Die wissenschaftliche Bearbeitung der neu erkannten Probleme ist originell und fördert Innovationen. Zwar sind nur wenige Planungswissenschaftler*innen mit ihnen befasst und die Verfügbarkeit von Ressourcen ist eingeschränkt, dennoch gelingt es bereits in der Nische, grundlegende Erkenntnisse zu gewinnen. Das neue Wissen muss aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen, ausländischen Diskursen, neuen Berechnungen, neuen empirischen Beobachtungen, Gedankenexperimenten und durch deren Verknüpfung mit bekannten Wissensstrukturen geschöpft werden. Das Erschließen des Themas beschreiben einige Pionier*innen dementsprechend als eine Art Puzzle, bei dem erst die Kombination verschiedener Datenquellen ein „*faszinierendes*“ Gesamtbild entstehen lässt. Einige Wissenschaftler*innen sind bereits mit besonders passfähigen Herausforderungen und Ideen befasst und können durch geringfügige Modifikationen ihrer Forschungspfade bereits wichtige Erkenntnisse für den Diskurs gewinnen.

Fazit und Phasenübergang

Zwar wird das Thema in der Latenzphase vereinzelt von Planungswissenschaftler*innen erforscht, die Resonanz bleibt jedoch bis zum Beginn der Durchbruchphase gering. Das akkumulierte Wissen lässt sich dementsprechend nur schwer für Reputation, Drittmittel oder Positionen in Wert setzen. Im Rahmen von Karriereschritten spielt das einschlägige wissenschaftliche Kapital, wenn überhaupt, nur eine nachgeordnete Rolle. Zu diesem Zeitpunkt ist – auch für die Pionier*innen selbst – noch nicht absehbar, ob, wann und in welcher Form das Thema einen Durchbruch erfahren wird. Wahrscheinlicher als eine disziplinweite Fokussierung ist die anhaltende Existenz in der Nische. Möglich ist auch, dass sich die Pionier*innen nach mehrjährigem Engagement anderen Themen zuwenden und die einschlägige Forschung vollständig abreißt.

In der Latenzphase wurden elementare Erkenntnisse – empirische Befunde, Argumentationen, theoretische Bezüge usw. – der späteren Themenkarriere produziert. Unterschiedliche Facetten des Themas wurden in das Bezugssystem der Raumplanung übersetzt, grundlegende Fragestellungen wurden entwickelt und

deren Beantwortung in Angriff genommen. Auch ist ein – weitgehend unverbundener – Akteur*innenkreis mit einschlägigen Kompetenzen entstanden. Kommt es zum unmittelbaren Durchbruch, so erfährt dieses bislang unscheinbare epistemische und soziale Kapital eine Neubewertung. In der Retrospektive zeigt sich, dass unmittelbar vor dem Phasenübergang eine Fundierung des Themas stattgefunden hat, indem Inhalte und Akteur*innen vernetzt und in Stellung gebracht worden sind, die im Zuge des Durchbruchs zentrale Bedeutung erlangen.

9.1.2 Durchbruchphase

Im gesamten Feld der Raumplanung wird erkennbar, dass die mit dem Thema verbundene Problemstellung von wegweisender Bedeutung ist. Es ist mehr und mehr abzusehen, dass eine Transformation in dem Bereich nicht mehr abzuwenden ist, so dass ein Wettstreit um deren Gestaltung in Gang gesetzt wird. Durch den zunehmend wahrgenommenen Handlungs- und Wissensbedarf gewinnt einschlägiges soziales und epistemisches Kapital schlagartig an Bedeutung. Die Forschungs- und Vernetzungsaktivitäten innerhalb planungswissenschaftlicher Nischen werden nun kombiniert und in das Zentrum des fachgemeinschaftlichen Interesses gehoben. Damit einher geht die Infragestellung etablierter Wissens- und Machtstrukturen in der Planungswissenschaft. Es findet ein institutioneller Wandel statt, bei dem das Thema innerhalb von ein bis zwei Jahren von der strukturellen Vernachlässigung und Tabuisierung der Latenzphase zur prioritären Behandlung der Fokushase aufsteigt.

Institutioneller Kontext

Es häufen sich Ereignisse, die das Problem auf die massenmediale und politische Agenda rücken lassen. Solche Ereignisse können die Veröffentlichung eines Kommissionsberichts, der Abschluss eines internationalen Abkommens, eine Katastrophe, ein popkulturelles Phänomen und vieles mehr sein. Ein Frame wird etabliert, der die unterschiedlichen Ereignisse und Beobachtungen verknüpft und in dessen Rahmen Handlungsbedarfe ermittelt und potenzielle Lösungen verhandelt werden. Das Thema gelangt immer wieder in den Fokus der medialen Berichterstattung und erhält rasch wachsende Aufmerksamkeit in großen Teilen der Gesellschaft, darunter Akteur*innen der Verwaltung, Politik sowie der Wissenschaft.

Im Zuge der wachsenden gesamtgesellschaftlichen Aufmerksamkeit erkennen Akteur*innen der Planungspraxis und -politik die Relevanz des Themas für ihren jeweiligen Handlungsbereich. Die Aussicht auf zusätzliche Fördermittel und einen Machtgewinn führt zum weitläufigen Eingeständnis von Handlungs-

und Wissensdefiziten und damit zur Aufhebung der Tabuisierung. Die Zuständigkeit für das Thema ist nun mit einem Bedeutungsgewinn verknüpft und für Entscheidungsträger*innen bietet das Thema eine Gelegenheit, sich und den eigenen Entscheidungsbereich zu profilieren. Akteur*innen verschiedener ministerieller Zuordnungen machen es sich daher zu eigen und bemühen sich, eine treibende Rolle einzunehmen. Das nahezu simultane Aufgreifen des Themas in unterschiedlichen Einrichtungen löst einen selbstverstärkenden Effekt aus: Zum einen entsteht schlagartig ein Resonanzraum, in dem die einschlägigen Kommunikationen der Akteur*innen auf starke gegenseitige Nachfrage stoßen. Zum anderen treten die Akteur*innen zunehmend in Konkurrenz zueinander. Angesichts dieser Dynamik sehen sich politische Akteur*innen unter Zugzwang: Sie müssen zeigen, dass sie die Bedeutung des Themas erkannt haben, dass sie Maßnahmen ergreifen und dass sie eine wichtige Rolle für die Lösung des Politikproblems spielen. Im nun entfachten politischen Wettstreit um Macht und finanzielle Ressourcen benötigen sie umgehend Argumente, um das Thema in ihrem Sinne rahmen zu können. Für die Gestaltung, Umsetzung und Legitimierung von Maßnahmen sind sie auf wissenschaftliches Wissen angewiesen. Es entstehen Handlungs- und Zeitdruck.

Das gesamte Feld der Raumplanung wird in eine Irritation versetzt. Große Wissensbedarfe werden mit zunehmender Dringlichkeit von außen an die Planungswissenschaft herangetragen. Schnell werden Kontakte geknüpft und Kommunikationskanäle etabliert. Schnittstellen und Übersetzer*innen zwischen Wissenschaft und Politik kommt jetzt eine zentrale Rolle zu. Insbesondere Ressortforschungseinrichtungen koordinieren einerseits die Beschaffung des benötigten Wissens für die Politik und organisieren andererseits die Allokation finanzieller Ressourcen sowie die Einflussnahme auf Strategiepapiere, Gesetzesänderungen und Förderprogramme der Planungspraxis für die Wissenschaft. Es schält sich eine Hierarchie, oder zumindest funktionale Ausdifferenzierung, zwischen den einzelnen Kommunikationskanälen heraus: Bestimmte Kontakte, die bereits eingespielt waren oder die sich für bestimmte Fragen als besonders effektiv und effizient erweisen, nehmen vorübergehend eine herausgehobene Makler- bzw. Vermittlerfunktion zwischen Wissenschaft und Politik ein.

In kurzer Zeit werden weithin wahrnehmbare Förderprogramme von Bundesministerien – bei den untersuchten Fallstudien insbesondere BMBF, BMVBS/BMVWB und BMU – sowie deren untergeordneten Behörden angestoßen. Bestehende Förderprogramme und Projekte werden nachträglich um das neue Thema erweitert. Dass die jeweiligen Initiativen sich inhaltlich überschneiden, stellt für die Fördermittelgeber*innen nicht unbedingt ein Hemmnis dar. Sie konkurrieren teilweise darum, frühzeitig einschlägige Förderprogramme zu initiieren, um schließlich Forschungsergebnisse und Problemlösungen vorlegen zu können.

Weitere Einrichtungen auf Landes-, Regions- und kommunaler Ebene beauftragen Planungswissenschaftler*innen und Planungsbüros, um ebenfalls die Zusammenhänge zwischen dem Thema und dem eigenen Wirkungsbereich zu beleuchten und Handlungsempfehlungen sowie passfähige Strategien zu erhalten.

Durch die zunehmende gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit und Nachfrage nach einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen verändern sich die Anreizstrukturen der Planungswissenschaftler*innen. Zunehmend ist eine besonders schnelle Vermehrung des sozialen, ökonomischen und politischen Kapitals als Belohnung für die einschlägige Forschung zu erwarten. Die epistemische Motivation rückt deshalb gegenüber strategischen Interessen als maßgebliche Antriebskraft für die Beschäftigung mit und die Kommunikation über das Thema in den Hintergrund.

Akteur*innen

Durch die Verschiebung der Ressourcenallokation zugunsten der einschlägigen Forschung geraten etablierte Machtstrukturen in der Planungswissenschaft unter Druck. Die vor dem Durchbruch mit strukturellen Hemmnissen konfrontierten einschlägigen Forscher*innen werden nun zu gefragten Expert*innen in der Planungswissenschaft, -praxis und -politik. Allein durch die Veränderung des institutionellen Kontextes gewinnen bereits bestehende Kompetenzen und Wissensansprüche der Pionier*innen schlagartig an Wert. Das gleiche gilt für die – jetzt verstärkt in Anspruch genommenen – über Jahre aufgebauten Beziehungen zu weiteren einschlägig forschenden Akteur*innen, deren epistemisches und soziales Kapital ebenfalls an Bedeutung gewinnt. Auf der anderen Seite sehen die in der Disziplin etablierten Akteur*innen, die zuvor die strukturelle Vernachlässigung und Tabuisierung des Themas exekutiert haben, nun ihre wissenschaftliche Autorität in Frage gestellt. Teilweise können sie einen Bedeutungsverlust abwenden, indem sie schnell auf das neue Thema aufsatteln: Noch verfügen sie über den nötigen Einfluss, das Spezialwissen und die Beziehungen, die es ihnen ermöglichen, auch in dem neuen Diskurs eine herausgehobene Position einzunehmen.

Die überwiegend jungen Akteur*innen, die unmittelbar vor dem Durchbruch Ressourcen in die Erforschung des Themas investiert haben, gewinnen angesichts der rasch zunehmenden Resonanz Vertrauen in ihr epistemisches Kapital. Sie verspüren ein erhöhtes Bedürfnis, den Wissensvorsprung – insbesondere in Form von wissenschaftlichen Publikationen – zu kommunizieren und Wissensansprüche geltend zu machen. Es gilt jetzt, Wettbewerbsvorteile in Form themenspezifischer Reputation, Beziehungen und Wissen in Wert zu setzen und für die Zukunft zu sichern.

Weitere Planungswissenschaftler*innen beginnen sich für das Thema, die Pionier*innen und ihre Erkenntnisse zu interessieren. Die Avantgardist*innen erkennen

die potenzielle Bedeutung des Themas nicht nur für ihren bisherigen Forschungsbereich, sondern auch für die eigene Karriere: Wer mit der eigenen Forschung an das neue Thema anknüpfen kann, verschafft den eigenen Wissensansprüchen eine erhöhte Relevanz. Die Akteur*innen beginnen Zusammenhänge zwischen dem Thema und der eigenen Forschung zu erkunden und machen mit Vorträgen, Publikationen und Fördermittelanträgen auf sich aufmerksam. Das Thema wird so in verschiedene Teilbereiche der Disziplin übersetzt und der einschlägige Akteur*innenkreis erweitert sich. Es setzt ein selbstverstärkender Effekt ein: Planungswissenschaftliche Akteur*innen kommunizieren zunehmend über das Thema, dadurch verdichtet sich der Resonanzboden für einschlägige Forschungsbeiträge, sodass weitere wissenschaftliche Akteur*innen ihren Ressourceneinsatz zugunsten des Themas verlagern. So wie die wachsende Popularität des Themas dazu führt, dass mehr und mehr Akteur*innen verschiedener Fachbereiche das Aufgreifen des Themas im Kontext ihrer Forschung abwägen, so ist das weitläufige Aufgreifen des Themas Grundlage für dessen Diffusion und wachsende Popularität.

Mit den nun in Aussicht stehenden Ressourcen sowie der wachsenden Konkurrenz in der einschlägigen Forschung einher geht eine veränderte Bedeutung von Zeit: Während es in der Latenzphase angesichts der kaum vorhandenen Resonanz und Konkurrenz eine geringe Rolle spielte, wann ein einschlägiger Beitrag veröffentlicht wird, setzt nun eine deutlich erhöhte Dringlichkeit ein, Wissensansprüche zu markieren und Sichtbarkeit in der Fachgemeinschaft zu erlangen. Die Akteur*innen verspüren Druck sich zu positionieren, um Ressourcen generieren zu können.

Die Vernetzungsaktivität nimmt schlagartig Fahrt auf. Akteur*innen, die bereits zu dem Thema publiziert haben, werden zu Wissenshubs und gefragten Kooperationspartner*innen. Gleichzeitig betreten neue Akteur*innengruppen den Diskurs und bringen ihre Kompetenzen und Beziehungen in die Debatten ein. Ministerien und Ressortforschungseinrichtungen nehmen Kontakt zu einschlägig erfahrenen Planungswissenschaftler*innen auf, um einen Überblick über das neue Thema und die fehlende Expertise von ihnen zu erhalten. Arbeitskreise werden konstituiert und verknüpfen Expert*innen verschiedener Teilgruppen des Netzwerks bzw. unterschiedlicher geografischer und institutioneller Zuordnungen miteinander. Erste Workshops und Konferenzen werden einberaumt, die die einschlägig erfahrenen und interessierten Akteur*innen zusammenbringen. Die Auftragsforschungen, Drittmittelanträge, Veranstaltungen und Arbeitskreise führen zu neuen Beziehungen zwischen Akteur*innen aus Planungswissenschaft und -praxis oder erweitern bereits bestehende Beziehungen um einen neuen inhaltlichen Aspekt. Die in der Latenzphase erfolgte, inkrementelle Vernetzung durch die Herausbildung mehrerer unverbundener, einschlägig spezialisierter Teilgruppen, wird durch eine

sprunghafte Integration verschiedener Teilbereiche des Netzwerks zu einem Mainstreamdiskurs abgelöst. Die gerichtete, persönliche Kontaktaufnahme, bei der das Interesse einer Person durch die Kommunikation einer anderen, bereits einschlägig forschenden Person geweckt wird, ist hierfür nicht mehr allein maßgeblich. Der entscheidende Faktor für die schlagartig erhöhte Netzwerkkohäsion ist stattdessen die Aufnahme von Beziehungen zwischen jeweils bereits einschlägig forschenden Akteur*innen untereinander, sodass diese als Makler*innen ihre jeweiligen Teilgruppen verknüpfen. Hinzu kommen Akteur*innen, für die das Thema zwar neu ist, die aber bereits eine zentrale Position im planungswissenschaftlichen Netzwerk einnehmen. Strukturelle Lücken werden so geschlossen und es bildet sich eine gigantische Komponente im Ko-Publikationsnetzwerk heraus. Das heißt, bislang unverbundene Teilbereiche des einschlägigen Kooperationsnetzwerks verknüpfen sich zu einer Netzwerkkomponente, die um ein Vielfaches größer ist als die übrigen, nicht mit ihr in Verbindung stehenden Komponenten des Netzwerks (siehe Abb. 9.4).

Inhalt

Indem das neue Thema auf die Agenda rückt und dessen Tabuisierung aufgehoben wird, wird die Geltung etablierter Erkenntnisse, Instrumente und normativer Grundsätze in einigen Teilbereichen der Disziplin zunehmend in Frage gestellt. Im Sinne Kuhns lässt sich von einer Krise sprechen. Das heißt, die identifizierten Anomalien haben ein solches Ausmaß angenommen, dass das vorherrschende Paradigma nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Der Wettstreit um die Deutungshoheit und die Durchsetzung alternativer Ansätze gewinnt an Fahrt, so dass die Planungswissenschaft einen besonders innovativen und kreativen Moment erlebt. Das Framing – einschließlich der inhaltlichen Tragweite, der institutionellen Zuständigkeit und der einzusetzenden Ressourcen – ist vorübergehend in besonderem Maße formbar. Einen großen Einfluss darauf üben Austauschprozesse im Rahmen hoch angesiedelter Auftragsforschungen und Gutachten, anlaufende Ausschreibungsverfahren von großen Drittmittelprogrammen sowie nun ins Leben gerufene überregionale Arbeitskreise aus. Die Wissenschaftler*innen stellen darin Erkenntnisse bereit, was auch die Formulierung von Wissenslücken miteinschließt. Jetzt entscheidet sich, welche Probleme priorisiert und welche Lösungsoptionen in den kommenden Jahren anvisiert werden. Die Planungswissenschaft ist bei dieser Ausarbeitung des Framings nicht unbeteiligt, das letzte Wort hat aber die Politik, weil sie durch Förderprogramme, Gesetze und Strategiepapiere über die nötigen Machtinstrumente für dessen Durchsetzung verfügt.

Die inhaltliche Entwicklung der Themenkarriere ist von der Krise und der daraus folgenden Suche nach umgehend verwertbarem Wissen geprägt. Die Fachbeiträge,

die jetzt produziert werden, leisten primär die grundlegende diskursive Herstellung der Relevanz und die Übersetzung des Themas in das Bezugssystem der Raumplanung. Insbesondere werden jetzt verstärkt bestehende Wissensbestände zusammengetragen und kombiniert, Handlungsbedarfe formuliert und Wissenslücken umrissen. Immer mehr Verknüpfungen zwischen bestehenden Wissensbereichen und dem neuen Thema werden erkennbar. Allerdings findet durch das von politischen Handlungslogiken bestimmte Framing eine temporäre Verengung des Themas auf Teilaspekte statt, für die Lösungsansätze im Feld der Planungspraxis nicht nur dringend benötigt, sondern gleichzeitig auch besonders greifbar und unmittelbar umsetzbar erscheinen. Das heißt, im Rahmen des bestehenden institutionellen Kontextes der Raumplanung verfügbare Steuerungsinstrumente und Strategien sowie die für deren Formulierung und Implementierung benötigten Wissensbestände und deren legitime Sprecher*innen geraten zunehmend in den Fokus.

Für die Markierung einschlägiger Wissensansprüche ist angesichts der entstandenen Krise im gesamten Feld der Raumplanung jetzt ein günstiger Zeitpunkt. Nicht nur kann auf das Framing des Themas in besonderem Maße Einfluss genommen werden, auch ist die Aufmerksamkeit gegenüber neuen Erkenntnissen äußerst hoch. Angesichts der Signale der Fördermittelgeber*innen ist zudem absehbar, dass einschlägige Forschungen weiterhin an Bedeutung gewinnen werden. Es kann deshalb von einer bevorstehenden Erweiterung der einschlägigen Fachgemeinschaft und einer Erhöhung der Publikationszahlen ausgegangen werden, so dass jetzt veröffentlichte Erkenntnisse besonders gute Voraussetzungen für eine weitreichende Rezeption und Zitierung haben. Insbesondere grundlegende Publikationen aus Politik, Praxis oder Wissenschaft, die *jetzt* systematisch den Wissenstand zum Thema zusammenfassen, Regulierungsoptionen benennen oder die Relevanz des Themas herausstellen, werden in den Folgejahren zu den meistzitierten Publikationen der gesamten Themenkarriere zählen.

Fazit und Phasenübergang

Im Zuge der Konferenzen, Drittmittelprogramme und Arbeitskreise wird das vorhandene Wissen fachöffentlich zusammengetragen und evaluiert. Es werden – größtenteils mit Beteiligung politischer und planungspraktischer Akteur*innen – Wissenslücken ermittelt und mehrjährige Arbeitsprogramme zu deren Schließung entworfen. Akteur*innen mit bestimmten Spezialisierungen werden zu Expert*innen für das neue Thema und gewinnen wissenschaftliche Autorität. Es wird also innerhalb kurzer Zeit ein über mehrere Jahre hinweg maßgeblicher personeller und inhaltlicher Bezugsrahmen etabliert und mit Ressourcen versehen. Auf diese Weise wird das Thema geframed, das nun eine Fokussierung erfährt. Es ist absehbar, dass Inhalte und Akteur*innen, die Teil dieses Frames sind, in den kommenden Jahren

in das Zentrum der fachöffentlichen Aufmerksamkeit rücken werden. Dementsprechend suchen zahlreiche Planungswissenschaftler*innen nach Verknüpfungen zwischen dem eigenen Forschungsportfolio und dem neuen Diskurs, was gleichzeitig Ursache und Folge der inhaltlichen und personellen Diffusion bzw. der wachsenden Aufmerksamkeit ist.

Nachdem die Frequenz einschlägiger Publikationen gegenüber der Latenzphase einen raschen Anstieg verzeichnet, markiert ein vorläufiger Höhepunkt der Aufmerksamkeitskurve den Übergang von der Durchbruchphase zur Fokusphase. Angesichts zahlreicher bereits stattfindender Aktivitäten fällt die in Publikationen manifestierte Aufmerksamkeit unmittelbar vor diesem ersten Höhepunkt vergleichsweise gering aus. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass nur wenige Planungswissenschaftler*innen über das epistemische Kapital verfügen, um umgehend Wissensansprüche veröffentlichen zu können. Andererseits liegt zwischen der erstmaligen Einreichung eines Manuskripts und der Veröffentlichung des Artikels in der Regel ein Zeitraum von mehreren Monaten. Ein Großteil der zu Beginn der Fokusphase veröffentlichten einschlägigen Artikel wird also bereits in der Durchbruchphase vorbereitet. Die Wissenschaftler*innen visieren für die Veröffentlichung ihrer Erkenntnisse primär die Zeitschriften mit den kürzesten Zeiträumen zwischen Artikelplanung und -veröffentlichung an. Diese weisen gleichzeitig eine hohe Praxis- und Politikorientierung auf, sodass nicht die Einhaltung wissenschaftlicher Standards, sondern die schnelle Anwendbarkeit des Wissens im gesamten Feld der Raumplanung im Vordergrund steht.

9.1.3 Fokusphase

Nicht nur ist die Kritik an der Thematisierung verstummt. Aufgrund des klar erkennbaren Handlungs- und Wissensbedarfs ist zudem kaum noch nachvollziehbar, wie das Thema so lange Zeit ignoriert werden konnte. Etablierte Erkenntnisse und Deutungsmuster sind in Frage gestellt worden und ihre Revision setzt sich mehr und mehr durch. Die Entwicklungen der Durchbruchphase – insbesondere die gestiegene Nachfrage nach einschlägigem Wissen, die dadurch stark verbesserte Aussicht auf Reputation und Ressourcen und der wiederum dadurch entfachte Wettbewerb um Aufmerksamkeit und zur Verfügung gestellte Ressourcen – führen zu einer massiven Erhöhung des wissenschaftlichen Outputs. In einem erstaunlich kurzen Zeitraum ist das Thema aus der Nische in das Zentrum des planungswissenschaftlichen Diskurses gerückt. Die Ausschreibungen für die

großen Förderprogramme, deren Grundlagen in der Durchbruchphase geschaffen wurden, werden jetzt weithin wahrnehmbar veröffentlicht. Die Krise der Durchbruchphase weicht einer Verständigung auf prioritäre Wissens- und Handlungsbedarfe, auf das Vorgehen zu deren Deckung sowie auf den damit befassten Akteur*innenkreis. Es setzt eine nachholende Wissensproduktion ein, bei der ein offensichtlich zu unrecht vernachlässigtes Thema mit Vehemenz in das Zentrum der disziplinären Wissensproduktion gehoben wird, sodass das in der Latenzphase entstandene Defizit durch eine vorübergehende Fokussierung kompensiert wird.

Institutioneller Kontext

Die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema in Planungspolitik und -praxis ist zu Beginn der Fokusphase hoch. Nachdem das Problem gerahmt, dessen Relevanz hergestellt und Ressourcen verfügbar gemacht wurden, stehen jetzt insbesondere die Politikformulierung, -umsetzung und -evaluierung auf der Tagesordnung. Das Thema wird zu einem prioritär verhandelten Gegenstand politischer Regulierung, was tiefgreifende Transformationen im gesamten Feld der Raumplanung nach sich zieht. Es werden Institutionen – Gesetze, Planungen, Instrumente, Ziele, Ressourcenallokationen – benannt, die vor dem Hintergrund des neuen Themas eine Modifikation erfordern. Finanzmittel, Wissen und Personal werden jetzt nicht mehr nur für die Problemdefinition und Politikformulierung benötigt, sondern auch für die Politikumsetzung.

Vermittelt durch vielfältige strukturelle Kopplungen verändert dieser Wandel die Relevanzkriterien und Anreizstrukturen innerhalb der Planungswissenschaft. So führt bspw. die Umsetzung einschlägiger Förderprogramme im gesamten Feld der Raumplanung zu einer erhöhten Nachfrage nach einschlägiger Expertise, zu veränderten Anforderungsprofilen von Hochschulabsolvent*innen sowie zu einer Transformation des Forschungsgegenstandes, also räumlicher Entwicklungen und deren planerische Gestaltung. In Reaktion darauf werden bspw. Lehrveranstaltungen und Curricula angepasst, in Berufungsverfahren wird einschlägige Expertise honoriert und in Forschungsinstituten werden Schwerpunktsetzungen verschoben. Auch der sprunghafte Anstieg verfügbarer Drittmittel für das Thema im Rahmen allgemeiner Forschungsförderungen, Auftragsforschungen sowie Politikberatungen bewirkt eine planungswissenschaftliche Fokussierung, die sich unter anderem in Stellenausschreibungen, Konferenzen und Publikationen manifestiert. Wurde einschlägige Kompetenz bislang kaum nachgefragt und belohnt, werden nun über mehrere Kanäle Ressourcen für die Erforschung des Themas verfügbar.

Die Krise, die Planungspraxis, -politik und -wissenschaft in der Durchbruchphase über einen kurzen Zeitabschnitt hinweg ergriffen hat, ist zu Beginn der

Fokusphase einer gewissen Planungssicherheit in Bezug auf inhaltliche, prozedurale und strukturelle Parameter der weiteren Themenkarriere gewichen. Die Wissensbedarfe sind weiterhin hoch, allerdings herrscht jetzt eine gewisse Klarheit, welche Forschungsprobleme für besonders dringlich und wichtig erachtet werden und wie eine Schließung der Wissenslücken zu erreichen ist. Dieses in der Durchbruchphase aufgesetzte Arbeitsprogramm wird in der Fokusphase unter hohem Ressourceneinsatz über mehrere Jahre hinweg abgearbeitet.

Der institutionelle Kontext hat sich gewandelt (siehe Abb. 9.2): Nachdem in der *Latenzphase* die Zuständigkeit für und die Beschäftigung mit bestimmten Problemstellungen (rot) sanktioniert wurde bzw. andere Themen (grau) bevorzugt wurden, und nachdem in der *Durchbruchphase* diese Ressourcenallokation in Frage gestellt und neu verhandelt wurde, hat sich in der *Fokusphase* ein neues Thema in der disziplinären Wissens- und Sozialstruktur integriert und etabliert, das vorübergehend strukturell priorisiert wird, bevor anschließend eine *Normalisierung* einsetzt.

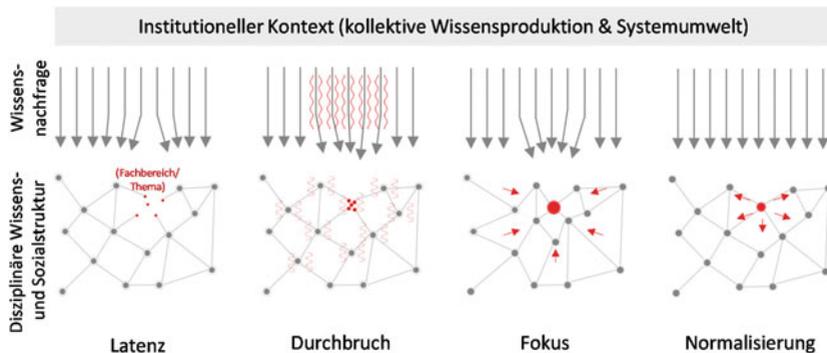


Abb. 9.2 Veränderte Ressourcenallokation gegenüber einem Thema (rot) und ihr Einfluss auf die disziplinäre Wissens- und Sozialstruktur (Quelle: Eigene Darstellung)

Die einschlägigen Förderprogramme in Wissenschaft und Praxis haben großen Anteil daran, dass Planungssicherheit in Bezug auf die Art und den Umfang der Aufwendung fachgemeinschaftlicher Ressourcen für die Erforschung des Themas besteht. Insbesondere die großen Drittmittelprogramme in der Wissenschaft haben im Zuge des Aufstellungsprozesses zunächst die Wissenslücken systematisch unter Einbeziehung verschiedener Akteur*innengruppen erhoben und gerahmt, um diese anschließend durch die Ausschreibungs- und Wettbewerbsverfahren, an denen sich zahlreiche Planungswissenschaftler*innen beteiligen, zu kommunizieren. Es ist

damit zu rechnen, dass insbesondere die Akteur*innen, die ein Drittmittelprojekt einwerben, in den Folgejahren als Konferenzteilnehmer*innen und Autor*innen in dem einschlägigen Diskurs in Erscheinung treten. Sie haben sich nicht nur durch ihre vielversprechenden Ideen, ihre Beziehungen und ihre Kompetenzen in einem Bewerber*innenfeld durchgesetzt. Auch ist durch die im Rahmen des Programms abgerufenen finanziellen Ressourcen sowie die vorgesehenen Veranstaltungen, Publikationen und Evaluierungen mit einem Mindestmaß an wissenschaftlichem Output, personeller Verstärkung und Vernetzung zu rechnen. Dies führt zu einer über mehrere Jahre hinweg stark erweiterten themenbezogenen Fachgemeinschaft, die nicht nur neue einschlägige Erkenntnisse erwarten lässt, sondern auch die Resonanz darauf gewährleistet.

Akteur*innen

Strukturelle Anreize und Hemmnisse für die wissenschaftliche Themenwahl geben insbesondere zu Beginn der Fokusphase einschlägigen Forschungsaktivitäten Vorrang gegenüber anderen Themen. Um den Zugang zu Fördermitteln sicherzustellen, die Relevanz der eigenen Arbeiten zu unterstreichen und die Resonanz auf eigene Wissensansprüche zu erhöhen, ist es daher jetzt für Wissenschaftler*innen von Vorteil, das eigene Forschungsprogramm mit dem neuen Thema diskursiv zu verknüpfen. Drittmittelanträge, Arbeitskreise, Publikationen und Vorträge werden zum Anlass genommen, einschlägiges Wissen zu produzieren, vorhandene Wissensbestände auf Anschlussfähigkeit zu überprüfen und erworbene Erkenntnisse zu verwerten. Auch sind sie Katalysatoren für neue Kooperationen und die inhaltliche Erweiterung bestehender Kooperationen, so dass sich das themenbezogene Netzwerk gleichzeitig vergrößert und verdichtet.

Die entstandene Planungssicherheit manifestiert sich auch in den Akteur*innenkonstellationen. Das heißt, aufgrund der allgemein anerkannten Relevanz des Themas hält die einschlägige Forschung – anders als bisher – langfristige Karriereoptionen bereit. Die Hektik bzw. der Zeitdruck, unter dem die Akteur*innen in der Durchbruchphase vorhandenes Wissen kommuniziert haben, weicht nach Aufnahme der Drittmittelprojekte einer langfristigen und systematischen Produktion neuen Wissens. Die Verringerung einschlägiger Artikelzahlen unmittelbar nach dem ersten Aufmerksamkeitshoch zu Beginn der Fokusphase lässt sich auf das Einsetzen dieser mehrjährigen Produktionsphase zurückführen.

Die einschlägige Fachgemeinschaft differenziert sich nicht nur horizontal entlang neuer Spezialgebiete aus, sondern auch vertikal anhand des sozialen, ökonomischen und politischen Kapitals. Im Sinne von Cranes (1969b) „*core and scatter*“ gibt es jetzt gut sichtbare Autoritäten, die besonders stark an Reputation und Einfluss gewinnen. Sie geben neu hinzukommenden Wissenschaftler*innen Orientierung

und gewährleisten, dass deren wichtige Erkenntnisse nicht verloren gehen, sondern rezipiert und akkumuliert werden (siehe Kp. 2.3). Einige Pionier*innen, die bereits in der Nische zentrale Positionen einnahmen, üben nun führende Funktionen in der einschlägigen Politikberatung, Drittmittelforschung und Wissensproduktion aus. Indem sie jetzt deutlich mehr zitiert werden, ihre Kooperationsbeziehungen an Prestige gewinnen und sie erfolgreich Forschungsprojekte einwerben, erhöhen sich ihre Reputation, ihre finanziellen Ressourcen sowie ihr Einfluss. Trotz der weiterhin teils starken Spezialisierung ihres Forschungsportfolios entwickeln sie sich also mit dem Durchbruch des Themas von Teilnehmenden eines peripheren Teildiskurses zu zentralen Akteur*innen der Disziplin.

Auch einem Teil der Avantgarde, die im Zuge der Durchbruchphase das Thema aufgegriffen hat, gelingt es, ihre wissenschaftliche Autorität durch einschlägige Forschungsaktivitäten zu erweitern. Voraussetzung hierfür ist, dass die Akteur*innen bereits vor der Durchbruchphase über ein gewisses Maß an wissenschaftlichem Kapital verfügt haben. Gelingt es den Avantgardist*innen im Zuge der Durchbruchphase ihr Forschungsportfolio erfolgreich mit dem neuen Thema zu verknüpfen und so den Diskurs mit Beziehungen und Wissen zu bereichern, werden sie Teil des über Systemgrenzen hinweg sichtbaren Expert*innenkreises. Auch sie werden für Forschungs- und Beratungsaufträge, wissenschaftliche Kooperationsanfragen, Zitationen usw. in Betracht gezogen. Sie erweitern ihr ökonomisches und politisches Kapital und gewinnen im wissenschaftlichen Netzwerk an Zentralität (siehe Abb. 9.4).

Im Zuge der zahlreichen anlaufenden Drittmittelprojekte und der dadurch erfolgenden Stellenbesetzungen beginnen sich viele, insbesondere junge Planungswissenschaftler*innen erstmals systematisch mit dem Thema zu befassen. Im Rahmen der Förderprogramme haben sie vereinfachten Zugang zu einschlägigem Wissen und Netzwerken. Allerdings ist es in der mittlerweile großen einschlägigen Fachgemeinschaft schwieriger geworden, Sichtbarkeit zu erlangen, zumal die jungen Forscher*innen kaum über wissenschaftliches Kapital verfügen. Sie zählen zu den Anwender*innen und müssen sich zunächst den Pionier*innen und den Avantgardist*innen unterordnen. Im Rahmen von Angestelltenverhältnissen führen sie vorab definierte Forschungsprogramme aus und verschaffen ihren Vorgesetzten Wissen und Einfluss. In der fachgemeinschaftlichen Wissensproduktion nehmen sie weniger reputationsträchtige Funktionen wahr, wie etwa die empirische Fundierung bereits bestehender Wissensansprüche. Durch Konferenzteilnahmen, Zitationen und die Anwendung von Erkenntnissen schaffen sie einen dichten Resonanzboden insbesondere für die Kommunikationen jener Akteur*innen, die bereits über einen Vorsprung in Bezug auf ihr wissenschaftliches Kapital in dem Themenfeld verfügen. Bevor sie eigene Wissensansprüche

markieren können, müssen sie den mittlerweile umfangreichen Wissenskanon aufarbeiten und darin eine eigene Nische finden. Im einschlägigen Netzwerk sind sie in gewissem Maße von Gatekeeper*innen abhängig und auf die Auskunfts- und Kooperationsbereitschaft etablierter Akteur*innen angewiesen. Über die im Zuge der Fokusphase neu hinzugekommenen Wissenschaftler*innen resümiert eine*r dieser Gatekeeper*innen:

„Ich wüsste jetzt nicht, dass [...] richtig neue Namen nochmal dazu gekommen sind, [...] wo ich sagen würde, die haben eine größere Wahrnehmung erreicht.“ (i67)

Indem viele Planungswissenschaftler*innen das neue Thema aufgreifen, diffundiert das Thema in die verschiedenen Teilbereiche der Disziplin und verändert individuelle und kollektive Wissensstrukturen. Die Akteur*innen verknüpfen ihre jeweiligen Forschungsportfolios mit dem für sie neuen Thema, was sich unter anderem darin zeigt, dass sie in hohem Maße besonders aktuelle Publikationen sowie verstärkt eigene Veröffentlichungen zitieren. Durch das Einbringen ihrer jeweiligen Forschungsbiografien, erweitern die Akteur*innen den Diskurs um ihre jeweiligen Interessen, Themen, Theorien, Methoden, regionalen Schwerpunkte und persönlichen Beziehungen. Die Akteur*innen erschließen so das neue Thema für ihre jeweiligen Fachbereiche und schaffen neue Fragestellungen und Anknüpfungspunkte für wiederum neue Wissenschaftler*innen. Mit dieser Diffusion einher geht die inhaltliche Verschiebung und Ausdifferenzierung des einschlägigen Diskurses.

Aber nicht nur das Thema wird durch dieses Prinzip verändert und erweitert, die Themenkarriere modifiziert umgekehrt auch die individuellen Forschungsbiografien maßgeblich und nachhaltig. Durch die Verknüpfung ihrer bisherigen Forschungspfade mit dem Thema werden die Akteur*innen und ihre Inhalte aus ihren gewohnten Kommunikationszusammenhängen gelöst und für eine größere oder zumindest veränderte Fachgemeinschaft sichtbar gemacht. Zum Thema passende Aspekte der jeweiligen Forschungsportfolios werden von den Akteur*innen vorübergehend in den eigenen Forschungsentscheidungen priorisiert und hervorgekehrt. Durch die neuen Erkenntnisse, Erfahrungen und Kontakte im Kontext der einschlägigen Forschung verändert sich das wissenschaftliche Kapital der Akteur*innen, was sich wiederum auf zukünftige Forschungsentscheidungen auswirkt.

Inhalt

Die Fokusphase beginnt mit einem vorläufigen Allzeithoch der Häufigkeit einschlägiger Artikel. Gleichzeitig rückt innerhalb der einschlägigen Artikel das neue Thema, nachdem es zuvor primär als Teilaspekt anderer Themen verhandelt wurde, in den Mittelpunkt der Betrachtung. In den Zeitschriften dominieren zu Beginn der

Fokusphase weiterhin theoriebasierte Beiträge zum Thema, die in die Thematik einführen und zentrale Fragestellungen formulieren. Bestehende Wissensbestände werden mit dem Thema verknüpft, wodurch wiederum rasch neue Erkenntnisse entstehen. Die Artikel sind geprägt von dem Anspruch, das Thema grundsätzlich für die Disziplin und ihre verschiedenen Fachbereiche zu übersetzen, das heißt, aufzuschlüsseln, inwiefern das Thema für die Raumplanung relevant ist, sowie umgekehrt darzustellen welche Rolle der Raumplanung im Kontext der neuen Problemstellung zukommt. Die Titel der Artikel – bspw. „*Herausforderung* [neues Thema]“, „[Neues Thema] *und Raumplanung*“ oder „*Raumplanung: In Zeiten* [des neuen Themas] *wichtiger denn je*“ – verdeutlichen diesen Anspruch.

Auch wenn die Wissensdefizite in Planungswissenschaft, -politik und -praxis gleichermaßen erkannt worden sind, wird das erste vorläufige Allzeithoch in der Fokusphase primär getragen durch die vergleichsweise planungspraktisch und -politisch orientierten Zeitschriften PLANERIN, RaumPlanung und IZR. Bei diesen Zeitschriften nehmen die Redaktionen eine stärkere inhaltliche Lenkungsfunktion wahr, im Rahmen derer Praxistauglichkeit und Aktualität zu den wichtigsten Selektionskriterien gehören. Zudem ist der zu betreibende Aufwand und damit der benötigte Zeitraum bis zur Veröffentlichung eines Beitrags geringer als in den wissenschaftlich orientierten Zeitschriften, die stärkeren Wert auf methodische und theoretische Fundierung sowie auf das *peer review*-Verfahren legen. Dies ermöglicht einerseits den Pionier*innen auf Basis ihres bereits erworbenen epistemischen Kapitals, die plötzlich überall wahrgenommenen Wissensdefizite in kompakter Form zu bedienen und Wissensansprüche schnell geltend zu machen. Andererseits können Akteur*innen, die das Thema jetzt erst aufgreifen, hier Sichtbarkeit erlangen, indem sie Aspekte des neuen Themas im Format eines Gedankenspiels mit einem eigenen Forschungspfad – bspw. eine bestimmte Region, ein disziplinäres Spezialgebiet oder eine Methode – verknüpfen.

Neben der kurzfristig angelegten Veröffentlichung von Wissensansprüchen auf der Grundlage bereits bestehender Wissensbestände nehmen mit Einsetzen der bereits erwähnten Planungssicherheit jetzt auch (wieder) aufwändige, langfristig angelegte Forschungen mehr Raum ein. Sie finden im Rahmen der mehrjährigen Drittmittelprojekte, Arbeitskreise und Qualifizierungsarbeiten statt und resultieren in einem im Laufe der Fokusphase verstärkten Aufkommen einschlägiger Veröffentlichungen in den aufwändigeren Publikationssegmenten. Das heißt, nicht nur ist anhand der Zeitschriften RuR und ARL-FB ein zunehmender Output nachweisbar, auch in Monografien und Sammelbänden dürfte das Thema bis zum Ende der ca. fünfjährigen Fokusphase mehr und mehr Raum einnehmen.

Es setzt das Mainstreaming des Themas ein. Das heißt, das Thema, das zuvor ausschließlich in einer Nische verhandelt wurde, entfaltet sich innerhalb kurzer

Zeit in verschiedene Bereiche der Planungswissenschaft. An dieser Stelle zeigt sich das integrative Potential des Themas: Je breiter das Spektrum an Normen, Theorien, Instrumenten, Methoden und Fachbereichen, die durch das Thema tangiert werden, desto weitreichender ist die Aufmerksamkeit, die dem Thema entgegengebracht werden kann. Umgekehrt führt die erhöhte Aufmerksamkeit dazu, dass in mehr und mehr Fachbereichen inhaltliche Schnittmengen mit dem Thema geprüft werden. Bereits bekannte kognitive Bezüge zwischen bestehenden Wissensbereichen und dem neuen Thema gewinnen an Bedeutung und weitere Verknüpfungen werden erkannt. Die temporäre Verengung des Themas auf wenige, förderfähige Teilaspekte, die im Zuge des Durchbruchs in den Fokus rückten, weicht zunehmend einer Ausdifferenzierung des einschlägigen Diskurses.

Diese Ausdifferenzierung hängt auch mit der Evolution des Themas im Feld der Planungspraxis zusammen. Nicht nur wird die Dimension des Themas im Rahmen beobachteter räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen zunehmend sichtbar bzw. wahrgenommen, auch wird die Regulierung des Politikproblems zunehmend formuliert und implementiert. Umsetzungswissen – bspw. über Strukturen, Prozesse, Instrumente und Handlungshemmnisse – gewinnt gegenüber normativen, inhaltlichen und theoretischen Grundlagen an Bedeutung. Die Implementierung von Förderprogrammen, Gesetzesänderungen und angepassten Planwerken zieht außerdem die Veränderung räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen nach sich. In den Publikationen rücken daher Fallbeispiele und Evaluationen von Politikansätzen in den Vordergrund. Zunehmend werden Probleme und Interessenkonflikte der neuen Politikansätze offengelegt und Änderungsbedarfe angemeldet. Auch werden kritische Stimmen laut, die die thematische Fokussierung an sich in Zweifel ziehen.

Fazit und Phasenübergang

Der Beginn der Fokusphase war durch eine große Zahl grundlegender politik- und praxisorientierter Veröffentlichungen geprägt, die als schnelle Reaktion auf den hohen Handlungs- und Wissensbedarf angelegt waren. Hierbei sind grundlegende Fragen und Lösungsansätze formuliert worden, die in einer ca. drei Jahre andauernden Arbeitsphase erforscht wurden. Die Publikationszahlen reichen in diesen drei Jahren nicht ganz an das erste Aufmerksamkeitshoch heran, übertreffen dieses aber zum Ende der Fokusphase und erreichen ein Allzeithoch (siehe Abb. 9.3). Während zum ersten Veröffentlichungshöhepunkt einführende, übersetzende, eher hypothetische Beiträge – häufig nach dem Muster „*Was bedeutet [das Thema] für die [Bindestrichplanung]?*“ – dominierten, rücken im zweiten Höhepunkt empirische Fallstudien und anwendungsorientierte Forschungen in den Fokus.

Der zweite Peak der Aufmerksamkeitskurve ist zu einem großen Teil auf das Auslaufen der drei Jahre zuvor initiierten Arbeitskreise und Drittmittelprogramme

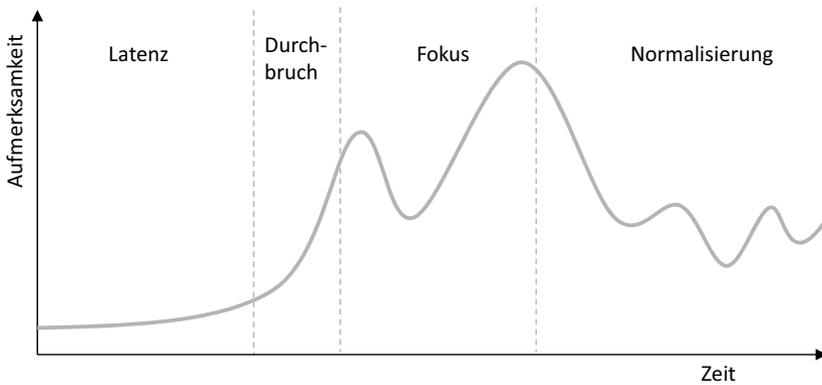


Abb. 9.3 Idealtypische Themenkarriere auf Basis der beiden untersuchten Fallbeispiele (Quelle: Eigene Darstellung)

zurückzuführen. Die darin vorgesehenen finanziellen und organisatorischen Unterstützungsleistungen sind mit der – mehr oder weniger formalisierten – Erwartung verbunden, dass Ergebnisse produziert und veröffentlicht werden. Nachdem also zu Beginn der Projekte die verantwortlichen Akteur*innen benannt, die Forschungsfragen festgelegt und die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen eingestellt worden sind, beginnt zunächst eine Arbeitsphase von zwei bis vier Jahren. Nach dieser Phase muss das produzierte Wissen veröffentlicht werden.

In diesem Allzeithoch ist der Übergang zur Normalisierungsphase angelegt. Die zum Ende der Fokusphase publizierten Erkenntnisse erreichen eine bis dahin unerreichte methodische, empirische und theoretische Fundierung. Gleichzeitig sind aber auch eine gegenüber der Durchbruchphase erhöhte Redundanz des produzierten Wissens sowie verringerte Kreativität und Innovativität zu verzeichnen. Mittlerweile hat der Diskurs einen einschlägigen Wissenskanon und zentrale Akteur*innen etabliert, die unter den Diskursteilnehmer*innen als bekannt vorausgesetzt werden können und auf deren Erkenntnisse zahlreiche neue Studien aufbauen. Die zentralen Wissensansprüche sind bereits veröffentlicht worden. Das heißt, die neu erscheinenden Publikationen beschäftigen sich primär mit der Anwendung, Fundierung und Kritik dieser Innovationen.

Wer jetzt noch eine grundlegende Aufarbeitung der Thematik vorlegt, für den*die sollte die Hoffnung auf erhöhte Resonanz kein Antriebsfaktor sein. Nicht nur werden jetzt die meisten Fachbeiträge veröffentlicht, auch veröffentlichen nun mehr planungswissenschaftliche Akteur*innen als je zuvor zu dem Thema. Die Dichte

des Netzwerks einschlägig publizierender Akteur*innen erreicht ein Maximum, da ab jetzt wichtige Vernetzungsformate (Drittmittelprojekte, Arbeitskreise) auslaufen und sich der Diskurs inhaltlich zunehmend ausdifferenziert. Das Thema vereint nun zahlreiche Teildiskurse, das heißt hinreichend homogene, dynamische Kommunikationszusammenhänge von Akteur*innen, in denen kollektiv ein jeweils spezifisches Wissen produziert wird. Die schnelle und persönliche Kommunikation über neue Erkenntnisse und priorisierten Forschungsbedarf im Kontext des übergreifenden Themas ist kaum mehr möglich und wird nicht mehr angestrebt. Auch inhaltlich ist deshalb ein Maximum an Kohäsion überschritten.

9.1.4 Normalisierungsphase

Im zweiten Aufmerksamkeits-Peak ist bereits die anschließende Ermüdung angelegt. Zwar ist durch die stark expandierte, einschlägige Fachgemeinschaft ein verdichteter Resonanzboden entstanden, gleichzeitig ist das Thema aber auch kein Alleinstellungsmerkmal mehr. Im Verhältnis zur Größe der einschlägigen Fachgemeinschaft ist die Bedeutung des verbliebenen und neu identifizierten Forschungsbedarfs gering, weshalb die Konkurrenz um potenzielle Wissensansprüche groß ist. Auch die Verfügbarkeit von Ressourcen und neuen Positionen ist in dem Themenfeld rückläufig. Die Akteur*innen wenden sich verstärkt Detailfragen und anderen Themen zu, so dass sich die fachöffentliche Aufmerksamkeit sukzessive verlagert. Die Zahl der einschlägigen Veröffentlichungen nimmt jetzt in Wellen ab, sie bleibt aber im Vergleich zur Latenzphase auf einem höheren Niveau.

Institutioneller Kontext

Die hohe Bedeutung des Themas in verschiedenen Bereichen der Planungspolitik, -praxis und -wissenschaft ist unvermindert anerkannt. Es hat sich mittlerweile in Gesetzen, Leitbildern, Plänen, Handlungsprioritäten und Netzwerken manifestiert. Diese Institutionalisierung zieht bundesweit und ebenenübergreifend Umsetzungserfordernisse und damit eine anhaltend hohe Nachfrage nach einschlägiger Expertise im Feld der Planungspraxis nach sich. Auch entsteht neuer Forschungsbedarf in der Evaluation und Optimierung umgesetzter Maßnahmen sowie in der Analyse von Handlungshemmnissen bei mangelhaft oder nicht implementierten Ansätzen im Feld der Raumplanung.

Dennoch trifft zu Beginn der Normalisierungsphase das beispiellos hohe Angebot an neuem, fundiertem wissenschaftlichen Wissen zu dem Thema auf einen

stagnierenden bzw. teilweise sinkenden Wissensbedarf außerhalb der Planungswissenschaft. Zahlreiche und umfassende Problemlösungen im Feld der Raumplanung sind entwickelt und umgesetzt worden, so dass die Politik – unabhängig davon, ob das Problem tatsächlich gelöst wurde – sich anderen Fragen zuwendet. Die anhaltend hohe Nachfrage aus der Praxis nach einschlägiger Expertise – bspw. im Rahmen von beauftragten Gutachten, Konzepten oder Entwürfen – lässt sich weitgehend im Rahmen von Handlungsrouitinen und allgemein bekannten Vorgehensweisen bedienen. Weiterer Bedarf nach grundlegenden wissenschaftlichen Innovationen wird deshalb immer seltener freigelegt. Im Gegensatz zur Durchbruchphase, in der ein extremer Nachfrageüberhang nach einschlägigen Erkenntnissen vorlag, lässt sich jetzt teilweise von einem Angebotsüberhang in der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Systemumwelt sprechen.

Es ist nunmehr ein Rückgang oder zumindest kein weiteres Wachstum der Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema in der Planungswissenschaft zu erwarten. Es wird deutlich, dass der hohe Ressourceneinsatz und die Dominanz des Diskurses innerhalb der Disziplin kaum mehr steigerungsfähig sind. Zunehmend wird Kritik an dieser Fokussierung bzw. der Vernachlässigung anderer Themen laut. Die großen einschlägigen Arbeitskreise und Förderprogramme sind abgeschlossen und die in diesem Kontext zu Beginn der Fokusphase festgelegten Fragen sind zumindest aus Sicht der Beteiligten – sonst müssten sie ihr Scheitern eingestehen – beantwortet. Eine Neuauflage ist daher ausgeschlossen bzw. nur mit Modifikationen und unter anderer Überschrift möglich. Die im Rahmen der einschlägigen Erkenntnisproduktion neu ermittelten Wissenslücken haben nicht mehr die hohe Bedeutung, die der zu Beginn der Fokusphase identifizierte Forschungsbedarf hatte. Die Fokussierung und Planungssicherheit der Vorjahre weichen der Suche nach neuen, verheißungsvollen Wissensbereichen. Während das Interesse an dem übergeordneten Diskurs nachlässt, gewinnen Detailfragen an Aufmerksamkeit, denen noch Wachstumspotenzial zugesprochen wird.

Der abnehmende Innovationsbedarf, der Rückgang von Fördermitteln und die Perspektive der stagnierenden oder rückgängigen Bedeutung der einschlägigen Forschung wirken sich auf das Anreizsystem der Planungswissenschaftler*innen aus. Nicht nur für das Einwerben finanzieller Ressourcen herrschen jetzt vergleichsweise ungünstige Bedingungen, auch für die fachinterne Akkumulation von Reputation oder das Einnehmen einflussreicher Positionen hat das Themenfeld an Attraktivität verloren. Gleichzeitig bringen die Arbeitskreise, Drittmittelprojekte und Qualifizierungsarbeiten der letzten Jahre eine große Zahl einschlägiger Expert*innen hervor. Die Konkurrenz um potenzielle Wissensansprüche, finanzielle Ressourcen und Einfluss ist deshalb in dem Themenfeld intensiver als in anderen Fachbereichen der Disziplin.

Akteur*innen

Parallel zu den veränderten Anreizstrukturen stellt sich bei den einschlägigen Expert*innen eine Sättigung in Bezug auf ihre eigene Forschung zu dem Thema ein. Das heißt, sie gewinnen das Gefühl, genug in dem Themenbereich geforscht zu haben und der – gemäß retrospektiver Schilderungen „*intrinsische*“ oder epistemisch motivierte – Wunsch wird größer, jetzt neue Wissensbereiche zu erschließen. Diese Ermüdung auf individueller Ebene wird in ähnlicher Form von den Akteur*innen geschildert, die sich in der Latenzpase von dem Thema abwenden. Sie tritt also immer dann auf, wenn die Resonanz für die einschlägige Forschung vergleichsweise gering ausfällt, und ist unabhängig von einem vermeintlich objektiven Forschungsbedarf. Angesichts des mittlerweile erworbenen themengebundenen wissenschaftlichen Kapitals fällt es einigen einschlägig etablierten Akteur*innen trotz dieser Ermüdung schwer, das Thema ruhen zu lassen. Sie haben zwar kein gesteigertes Interesse, sich noch weiter mit dem Thema zu profilieren, allerdings profitieren sie in dem einschlägigen Diskurs nach wie vor besonders stark von ihren Beziehungen und ihrem Wissen. Immer wieder ergeben sich günstige Gelegenheiten, um mit geringem Aufwand wissenschaftliche Beiträge zu platzieren, renommierte Positionen einzunehmen oder Drittmittel einzuwerben.

Das Thema hat sich in die Forschungsbiografien eingeschrieben. Das heißt, ein Großteil des Wissens, der Beziehungen und der Reputation, über das diese Akteur*innen verfügen, wurde durch einschlägige Forschung erzeugt und in diese reinvestiert. Das von den Akteur*innen im Kontext der Themenkarriere aufgebaute epistemische und soziale Kapital entfaltet nachhaltige Wirkung auf die individuelle und fachgemeinschaftliche Wissensproduktion, indem es Grundlage zukünftiger Forschungsentscheidungen ist. Insbesondere Akteur*innen, die im Vorfeld der Erforschung des Themas über geringes wissenschaftliches Kapital verfügten, sind jetzt vergleichsweise stark auf das Thema festgelegt. Einige Pionier*innen des Themas, also die Akteur*innen, die zum Zeitpunkt des Durchbruchs bereits wissenschaftliches Kapital – insbesondere Wissen, Reputation und Beziehungen – in dem Feld erworben hatten, konnten ihre eigene Karriere bspw. durch vielzitierte einschlägige Veröffentlichungen fördern und bekleiden mittlerweile Professuren, leiten Institute oder eigene Planungsbüros. Das soziale Kapital der Akteur*innen hat sich stark erhöht, nicht nur weil durch die Resonanz auf die einschlägige Forschung Reputation und wertvolle Kontakte hinzugekommen sind, sondern auch, weil die ehemals in der Nische verorteten persönlichen Beziehungen nun ebenfalls stark an Einfluss und Reputation gewonnen haben.

Es werden neue Verwertungsmöglichkeiten für das im Zuge der einschlägigen Forschung erworbene wissenschaftliche Kapital gesucht. Hierbei werden zum einen Diskurse mit thematisch hohen Schnittmengen ins Auge gefasst, die ein höheres

Innovations- und Reputationspotenzial bieten. Erneut tritt ein selbstverstärkender Effekt ein: Strukturelle Anreize geben anderen Themen Vorzug, weshalb sich mehr und mehr Planungswissenschaftler*innen von dem ‚alten‘ Thema abwenden. Dadurch schrumpfen die einschlägige Fachgemeinschaft und die Resonanz auf einschlägige Erkenntnisse, was wiederum eine Veränderung des Anreizsystems darstellt. Zum anderen wird der Fokus auf den internationalen Diskurs verschoben, denn nicht nur bieten international vergleichende Studien weiterhin Innovationspotenzial, auch haben die im deutschsprachigen Diskurs etablierten Erkenntnisse hier teilweise Neuigkeitswert. Sie lassen sich also ein zweites Mal in Wert setzen, jetzt mit einer stark vergrößerten Leserschaft. Zusätzliche Verwertungsmöglichkeiten bieten sich im Feld der Planungspraxis. Hier ist die Nachfrage nach einschlägiger Expertise aufgrund der umfassenden Institutionalisierung des Themas in Gesetzen, Plänen und Förderprogrammen weiterhin hoch, weshalb sich die erworbenen einschlägigen Kontakte, Kompetenzen, Referenzen und Routinen hier weiterhin gut in finanzielle Ressourcen und einflussreiche Positionen eintauschen lassen. Einige Planungswissenschaftler*innen verlagern ihre einschlägigen Aktivitäten daher stärker auf ihr Planungsbüro, andere verlassen die Wissenschaft und wechseln ganz in die Verwaltung oder in die Privatwirtschaft.

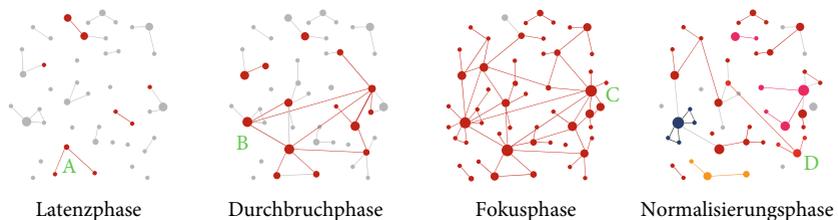


Abb. 9.4 Vernetzung wissenschaftlicher Akteur*innen im Laufe einer Themenkarriere (Quelle: Eigene Darstellung)

Abb. 9.4 stellt die Vernetzungsaktivität im einschlägigen Netzwerk im Zuge der Themenkarriere dar. Alle dargestellten Knoten (Wissenschaftler*innen) sind in mindestens einer der Phasen schwerpunktmäßig mit dem Thema befasst (dann in rot dargestellt). Die Kanten stellen aktive Kooperationsbeziehungen (bspw. Ko-Publikationen, gemeinsame Teilnahme in Arbeitskreisen, gemeinsame Drittmittelprojekte) zwischen den Personen dar. Die Größe der Knoten spiegelt das soziale Kapital der Akteur*innen bzw. die Zentralität im wissenschaftlichen Netzwerk wider. In der Latenzphase gibt es nur wenige verstreute *isolates* und Teilgruppen, die das Thema bearbeiten (A). In der Durchbruchphase greifen einige Akteur*innen

das Thema auf, deren bisherige Forschung sich gut mit dem aufkommenden Thema verknüpfen lässt. Einige von ihnen hatten vor ihrer einschlägigen Forschung bereits zentrale Positionen inne (B). Im Zuge einschlägiger Konferenzen und Arbeitskreise werden Beziehungen aufgenommen, die einige Teilgruppen zu einer Gigantischen Komponente zusammenschließen und den direkt verbundenen Akteur*innen (Makler*innen) einen Bedeutungszuwachs verleihen. In der Fokusphase werden einige Akteur*innen, insbesondere durch Stellenbesetzungen im Zuge einschlägiger Projekte, erstmals Teil der Planungswissenschaft. Sie sind in der Hierarchie ihren Vorgesetzten nachgeordnet und verleihen diesen einen Bedeutungszuwachs. Die Pionier*innen (bereits in der Latenzphase aktiv) und Avantgardist*innen (seit der Durchbruchphase aktiv) machen teilweise mit dem Thema Karriere und nehmen mitunter zentralere Positionen ein als ihre (ehemaligen) Vorgesetzten und Mentor*innen (C). In der Normalisierungsphase zerfällt das einschlägige Netzwerk. Einige Akteur*innen gehen in die Praxis oder in den Ruhestand und die Knoten fallen weg. Andere Akteur*innen wenden sich Subthemen zu, die nun eine eigene Themenkarriere erfahren können (D).

Inhalt

Die im Zuge der Durchbruchphase formulierten wichtigsten Fragen gelten als beantwortet, so dass keine bahnbrechenden Innovationen mit direkter Praxisrelevanz mehr zu erwarten sind. Es werden Ressourcen frei, um auch die zunächst als weniger dringlich erachteten Fragen ins Auge zu fassen, so dass das Thema weiter diffundiert. Fokussiert werden beispielsweise Analysen weniger betroffener Regionen, internationale Vergleiche oder die Aktualisierung von Theoriebeständen. Zudem verlagert sich die Aufmerksamkeit weiter auf die Umsetzung von Politikansätzen, also auf Verfahrensfragen und Wirkungsanalysen. Dabei kommt zunehmend Kritik an den Politikansätzen in Bezug auf ihre negativen Effekte und ihre thematische Einseitigkeit auf.

Das Thema ist nun in den planungswissenschaftlichen Wissenskanon integriert. Das heißt, die grundsätzlich hohe Bedeutung des Themas für die Raumplanung sowie zahlreiche inhaltliche Bezüge zu etablierten Wissensbereichen sind diskursiv hergestellt worden und werden auch im Zuge der nachlassenden Aufmerksamkeit in der Normalisierungsphase nicht mehr in Frage gestellt, sondern erweitert. Neue Diskurse müssen an diesen Wissenskanon anknüpfen, sich also auch gegenüber dem mittlerweile etablierten Thema in Beziehung setzen. Das Thema wird so innerhalb der Disziplin zum unhinterfragten Kontext für die Erforschung neuer Wissensbereiche.

Bis dato als Subthemen innerhalb des Diskurses wahrgenommene Debatten rücken stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit, und sie erfahren eigene Themenkarrieren. Die thematische und begriffliche Verschiebung ist das Resultat einer nötig gewordenen Differenzierung innerhalb eines kaum mehr überschaubaren Diskursfeldes. Sie dient also einerseits der Abgrenzung und Verdichtung von Kommunikationszusammenhängen. Den (ehemaligen) Subthemen wird aber gleichzeitig auch ein größeres Innovationspotenzial zugesprochen, während die wichtigen Fragen des ‚alten‘ Themas als weitgehend erforscht gelten. Diese Sichtweise wird von den Fördermittelgeber*innen gestützt, für die eine Neuauflage bereits durchgeführter Förderprogramme keine Option darstellt, weshalb neue Themen und Begriffe Vorzug erhalten. Hier schließt sich ein Kreis: In der Latenzphase kann das Thema auf etablierte Diskurse aufsatteln, in der Fokusphase ist das Thema selbst der diskursive Horizont, innerhalb dessen verschiedene Fragestellungen prominent positioniert werden können, während schließlich in der Normalisierungsphase bisherige Teilaspekte eigene Karrieren entwickeln (siehe Abb. 9.5).

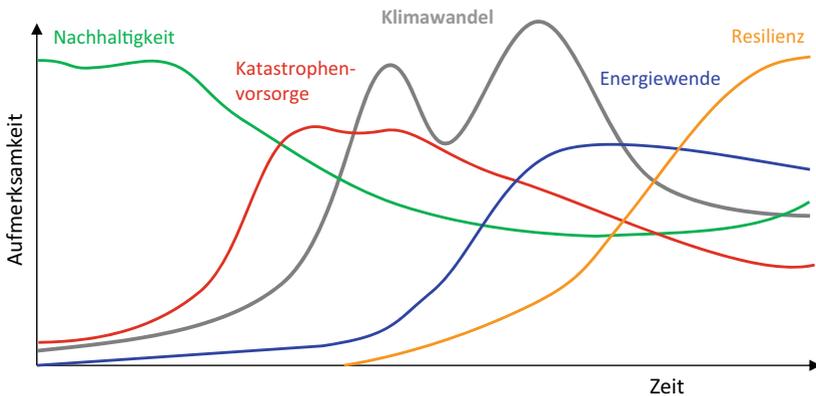


Abb. 9.5 Mögliche Aufmerksamkeitskurven interagierender Themenkarrieren (Quelle: Eigene Darstellung (grobe Schätzungen markanter Subthemen des Klimawandeldiskurses ohne empirische Basis))

Fazit

Nach der Fokusphase erlebt die Verhandlung des Themas durch die Disziplin eine Normalisierung. Das heißt, die zwischenzeitliche Dynamik der Themenkarriere

stabilisiert sich auf einem gegenüber der Latenzphase erhöhten Aufmerksamkeitsniveau. Bisherige Subthemen geraten nun in den Fokus, sodass der Diskurs in verschiedene Kommunikationszusammenhänge zerfällt. Allerdings hat sich das Thema in die fachgemeinschaftliche Wissens- und Sozialstruktur sowie in die individuellen Forschungsbiografien nachhaltig eingeschrieben. Innerhalb der Disziplin ist das Thema weiterhin in Lehrstühlen, Curricula und Ressourcenallokationen manifestiert. Auch die Institutionen der Planungspraxis und -politik wurden im Hinblick auf das Thema langfristig transformiert. Das Verhältnis des Themas zur Fachöffentlichkeit hat sich gewandelt. Es wird nun leichter Aufmerksamkeit erwecken als Themen, die noch keine solche Karriere durchlaufen haben.

9.2 Mechanismen der wissenschaftlichen Themenentstehung: Stabilität und Wandel

In diesem Kapitel wird auf die zugrundeliegenden Mechanismen wissenschaftlicher Themenkarrieren eingegangen. Während die vorangegangene Beschreibung der Themenentstehung eine Synopse der empirischen Kapitel darstellt, werden im Folgenden verstärkt die wissenschaftssoziologischen, politik- und kommunikationswissenschaftlichen Theorien der Entstehung von Aufmerksamkeit (siehe Kp. 2 und 3) aufgegriffen, um zu prüfen, inwieweit durch sie die anfängliche Vernachlässigung von Themen, die plötzliche Fokussierung sowie die anschließende Normalisierung erklärt werden kann.

Themenkarrieren sind durch Aufmerksamkeitsverteilungen determiniert. Um die Entstehung von Themen erklären zu können, müssen also die Ursachen für das zunächst niedrige Niveau, den folgenden raschen Anstieg, die mehrjährige Fokussierung sowie das anschließende Absinken der Aufmerksamkeit gefunden werden. Aufmerksamkeit gegenüber einem Thema lässt sich anhand der formalisierten Kommunikation bestimmen, die sich im System Wissenschaft in Publikationen und Zitationen manifestiert. Ihr zugrunde liegt das Maß, in welchem Wissenschaftler*innen ihre begrenzten Forschungskapazitäten auf das Thema verwenden. Zur Erklärung von Themenkarrieren ist also möglichst die Veränderung der aggregierten Themenwahl der planungswissenschaftlichen Fachgemeinschaft im Rahmen ihrer Forschung zu rekonstruieren.

Für die wissenschaftliche Themenwahl sind die individuellen Handlungsressourcen und Handlungsorientierungen von Wissenschaftler*innen sowie der institutionelle Kontext maßgeblich, der sich aus der fachgemeinschaftlichen

Wissensproduktion und den Steuerungsmechanismen (siehe Abb. 5.3) zusammensetzt. Grundsätzlich zeichnet sich die wissenschaftliche Themenwahl durch eine hohe Pfadabhängigkeit bzw. Stabilität aus: Wissenschaftler*innen müssen sich spezialisieren, um den kollektiven Wissensstand in einem bestimmten Bereich ergänzen zu können. Ein neues Thema wissenschaftlich aufzugreifen ist für sie mit großem Aufwand verbunden, weshalb vor allem Akteur*innen, die noch keine Spezialisierung entwickelt haben, hierfür in Frage kommen. Akteur*innen dagegen, die sich bereits in einem Feld etabliert haben, die sich also epistemisches, soziales, ökonomisches und politisches Kapital erarbeitet haben, werden eher davor zurückschrecken, ein gänzlich neues Feld zu erschließen. Würden die Mitglieder der Fachgemeinschaft allein auf Basis ihres Forschungsportfolios Themenentscheidungen treffen, wären abrupte Fokusverschiebungen innerhalb der Disziplin äußerst ungewöhnlich.

Die disziplinäre Vernachlässigung des Themas in der Latenzphase kann durch diese individuelle und fachgemeinschaftliche Stabilität des Forschungsportfolios partiell erklärt werden: Um ein Thema im Rahmen der eigenen Forschung aufgreifen zu können, muss es zunächst als solches wahrgenommen werden. Innerhalb etablierter Wissens- und Sozialstrukturen – auch „*Paradigma*“ (Kuhn) oder „*multiparadigmatische Struktur*“ (Kornmesser und Schurz) –, in denen die Akteur*innen ihre jeweiligen Forschungsprogramme bearbeiten, ist die Aufmerksamkeit jedoch auf ein bereits bestehendes Problemset ausgerichtet. Selbst wenn wissenschaftliche Akteur*innen das Thema als raumplanungsrelevant wahrnehmen, so ist das systematische Aufgreifen im Rahmen der jeweils eigenen Forschungen noch nicht die logische Konsequenz. Angesichts aktueller Kooperationsanfragen, dringlicher Abgabefristen sowie langfristiger Forschungsprogramme ist es sogar unwahrscheinlich, dass Forschende dem neuen Thema Ressourcen widmen. Die meisten Planungswissenschaftler*innen erkennen keine Schnittmengen ihres Forschungsportfolios mit dem neuen Thema und vermeiden den Aufwand, es neu zu erschließen. Auch etablierte Akteur*innen, die das Thema als besonders relevant für ihre Spezialisierung anerkennen, reagieren zurückhaltend oder widerwillig. Indem es etablierte Wissensstrukturen in Frage stellt, sehen sie ihr wissenschaftliches Kapital – ihr Wissen, ihre Reputation, ihren Zugang zu finanziellen Mitteln – in Gefahr. Teilweise ergreifen sie deshalb sogar Maßnahmen zur Verhinderung des neuen Themas. Wenn das Thema dennoch wissenschaftlich bearbeitet wird, dann zumeist von Akteur*innen und Institutionen, die sich explizit auf das Aufspüren neuer raumrelevanter Entwicklungen spezialisiert haben – bspw. Qualifizierungsarbeiten, die laufende Raubeobachtung oder Wissenschaftler*innen, die sich eher über ihre Rolle als Impulsgeber*innen

denn als Spezialist*innen definieren. Allerdings erhalten ihre Vorstöße aus den genannten Gründen geringe Resonanz.

Warum kommt es dennoch zum Durchbruch des Themas? Die Durchbruchphase beschreibt den rasanten Wandel des institutionellen Kontextes von der strukturellen Vernachlässigung und Tabuisierung des Themas hin zur Priorisierung im Rahmen der fachgemeinschaftlichen Vermittlung von Wissensbedarfen sowie der Allokationen von finanziellen Ressourcen und Positionen.

Grundsätzlich ist es möglich, dass die Wissenschaft selbst diesen Wandel erzeugt. Kuhn schildert einen solchen Mechanismus: Im Zuge der „normalen Wissenschaft“ werden mehr und mehr Anomalien registriert, was schließlich in der Krise des alten und in der Durchsetzung eines neuen Paradigmas resultiert (siehe Kp. 2.1). Darauf aufbauend legen bspw. Crane und Mullins dar, wie eine neue Theorie, Idee oder ein neues Paradigma in der Disziplin durch persönlichen Kontakt diffundiert (siehe Kp. 2.3). Diese Prozesse sind allerdings mit einem längeren Zeitraum und mindestens einem Generationenwechsel verbunden. Die inkrementelle, nicht abreißende Diffusion des Themas *Klimawandelanpassung* im Zuge der Latenzphase kommt diesen Schilderungen am nächsten. Für die Erklärung des abrupten Durchbruchs des Themas im Jahr 2007 sowie des Verlaufs des Schrumpfungsthemas reichen diese wissenschaftssoziologischen Theorien jedoch nicht aus.

Stattdessen erinnern die Beobachtungen eher an Phänomene, die in den Agenda Setting-Forschungen beschrieben werden. So hat insbesondere das Punctuated Equilibrium Modell in Bezug auf die Stabilität etablierter Deutungen starke Ähnlichkeiten mit den wissenschaftssoziologischen Theorien, allerdings erfolgt der Politikwandel bzw. Paradigmenwechsel hier in Form plötzlicher Disruptionen. Fachbereiche lassen sich in diesem Sinne als stabile Wissens- und Sozialstrukturen (=> „*policy monopolies*“) beschreiben, innerhalb derer sich eine Konstellation aus Entscheidungsträger*innen weitgehend einig über das Framing bzw. die Deutung eines bestimmten wissenschaftlichen Gegenstandes ist (=> „*policy image*“). Indem diese Gemeinschaft über die Allokation von Reputation, finanziellen Ressourcen und Positionen entscheidet, kann sie ihre Wissensansprüche verteidigen und rivalisierende Deutungen zunächst marginalisieren. Irgendwann wird der Druck jedoch zu groß und die etablierte Deutung, die bislang von einem Großteil der Fachgemeinschaft für selbstverständlich gehalten wurde, wird zunehmend hinterfragt. Es zeichnet sich Gestaltungsspielraum in Bezug auf das Framing ab und bislang vernachlässigte Dimensionen des Themas rücken in den Fokus. Dies ruft zahlreiche bislang unbeteiligte Akteur*innen auf den Plan, die ihre alternativen Fragestellungen, Forschungsansätze und Deutungen einbringen und durchsetzen wollen. Es wird ein abrupter Paradigmenwechsel in Gang gesetzt,

im Zuge dessen auch Ressourcenallokationen neu verhandelt und Institutionen modifiziert werden.

Im Rahmen der beiden untersuchten Themenkarrieren ist es jeweils eine hegemoniale Deutung, die im Zuge der Durchbruchphase disziplinweit ins Wanken gerät und schließlich aufgegeben werden muss. So wird der Glaube, Schrumpfung könne mit dem bewährten Instrumentarium bekämpft und schließlich in erneutes Wachstum umgekehrt werden, im Zuge der Durchbruchphase von der Erkenntnis abgelöst, Schrumpfung sei nicht abwendbar und müsse gesteuert, abgefedert und gestaltet werden. Das Thema *Klimawandel* erlebt einen solchen Paradigmenwechsel, als sich die Deutung durchsetzt, die Klimawandelanpassung sei ein unausweichliches Erfordernis, das nicht länger aus Sorge, Anstrengungen im Bereich *Klimaschutz* zu konterkarieren, aufgeschoben werden könne. In beiden Fällen geht der Paradigmenwechsel damit einher, dass eine an die neue Deutung geknüpfte Befürchtung sich – zumindest für einen Großteil der Fachgemeinschaft – in eine Versprechung verkehrt: Zwar erfordert der Paradigmenwechsel das Eingeständnis eines Scheiterns, dies impliziert aber nicht, dass das sich öffnende Betätigungsfeld für andere Akteur*innen und Instrumente geräumt werden muss. Im Gegenteil: Mehr und mehr wird deutlich, dass es gerade die Raumplanung ist, die einen Bedeutungsgewinn erwarten kann. Dass das Wissen und Instrumentarium der Planungswissenschaft im Zuge des Paradigmenwechsels einer Revision und Erweiterung bedarf, ist für die Disziplin überwiegend mit Vorteilen verbunden. So steigt das Interesse an planungswissenschaftlichen Erkenntnissen, es werden Ressourcen verfügbar und es kann Einfluss auf die Planungspraxis genommen werden.

An dieser Stelle bietet sich auch ein Rückgriff auf Kingdons *policy windows* an. Sie öffnen sich, wenn drei voneinander unabhängige Ströme – Lösungen, Entscheidungsprozesse und Problemwahrnehmung – sich kreuzen. So steigt die fachöffentliche Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema *Klimawandel* erst dann rasant an, als mehr und mehr Akteur*innen im Jahr 2007 zu der Überzeugung gelangen, dass die Raumplanung ganz entscheidend zur Anpassung an den Klimawandel beitragen könne, also eine wachsende Problemwahrnehmung mit dazu passenden Lösungsansätzen aus dem Feld der Planung verknüpft wird. Für das Thema *Schrumpfung* scheint dieser Rückgriff allerdings weniger ertragreich, da die Problemwahrnehmung zumindest in Teilen der Planungswissenschaft bereits seit den 1970er-Jahren mit kompatiblen Lösungsansätzen gekoppelt war. Erst als die Politik das Thema aufgrund unübersehbarer ökonomischer und politischer Auswirkungen aufgreift, vervielfacht auch die Planungswissenschaft schlagartig ihren wissenschaftlichen Output zu dem Thema. Auch der Durchbruch des Themas *Klimawandel* ist nicht der selbstreferenziellen Wissensproduktion der

Disziplin zuzuschreiben. Die Auslöser der Fokussierung sind vielmehr außerhalb der planungswissenschaftlichen Disziplin zu suchen.

Es ist festzuhalten, dass die empirischen Befunde keine Anhaltspunkte dafür geben, dass allein wissenschaftliche Mechanismen eine kontinuierliche Akkumulation einschlägigen Wissens gewährleisten, geschweige denn eine disziplinäre Fokussierung auslösen können. Insbesondere für die zwischenzeitliche Intensivierung der einschlägigen Forschung im Rahmen der beiden erforschten Themenkarrieren sind stattdessen externe Impulse verantwortlich zu machen. Trotz in der Nische bereits vorliegender Erkenntnisse und möglicher Politikansätze zur Problemlösung herrschen bis zum Durchbruch geringes fachöffentliches Interesse, strukturelle Benachteiligung und Widerstreben gegenüber dem neuen Thema vor. Dieser Zustand und die ihm zugrundeliegenden Mechanismen werden erst beendet und schließlich in ihr Gegenteil transformiert, als die Massenmedien, die Politik und die Wirtschaft das Thema auf die Agenda setzen. Durch eine Häufung von Ereignissen – politische Prozesse, Auftragsforschungen, gerichtliche Entscheidungen uvm. – wird das Feld der Raumplanung in eine Irritation versetzt. Verschiedene Akteur*innen der Planungspraxis, -politik und -forschung erkennen die potenzielle Bedeutung des Themas. Sie beginnen im Rahmen von Forschungsaufträgen, Kommissionen, Gutachten, Arbeitskreisen und Workshops den Handlungs- und Wissensbedarf für die nächsten Jahre zu eruieren und schließlich festzulegen. Vermittelt über verschiedene strukturelle Kopplungen werden Handlungserfordernisse im Feld der Raumplanung in wissenschaftliche Forschungslücken und daraus resultierende Forschungsprogramme übersetzt. Eine zentrale Rolle spielen hierbei weithin wahrnehmbare Förderprogramme der angewandten Wissenschaft: Innerhalb weniger Jahre treten verschiedene Geldgeber*innen auf den Plan, wobei mögliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Förderprogrammen kein Hemmnis, sondern eher ein Katalysator für deren Initiierung darstellen.

Das plötzlich einsetzende externe Interesse erweitert zum einen den bislang von theoretischen und präskriptiven Überlegungen geprägten Forschungsgegenstand maßgeblich um Fragen der politischen Regulierung, der planungspraktischen Umsetzung und der Erfolgskontrolle. Zum anderen setzt es wissenschaftsinterne Mechanismen und selbstverstärkende Effekte in Gang. Durch den systemexternen Handlungsbedarf und die aufgelegten Förderprogramme wird die bisherige Nische (bzw. werden verschiedene bisherige Nischen) für mehrere Jahre zu einem wachsenden Feld. Nicht nur die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen ist deshalb in diesem Feld vergleichsweise hoch, sondern auch die zunehmende Aufmerksamkeit seitens der Disziplin ist gesichert. Akteur*innen, die bereits zu dem Thema geforscht haben, können jetzt ihre Erkenntnisse verwerten und

erhöhen ihre Sichtbarkeit durch eine steigende Publikationsfrequenz. Zahlreiche Wissenschaftler*innen und Forschungsgruppen treten zusätzlich in den Diskurs ein und machen mit Vorträgen, Publikationen und Fördermittelanträgen auf sich aufmerksam. Sie verknüpfen ihre Forschungsportfolios mit dem neuen Thema, was sowohl neue Erkenntnisse schafft als auch neuen Forschungsbedarf offenlegt. Zwar entsteht nun ein Resonanzboden, der es ermöglicht, Reputation und Ressourcen zu erwerben, es entwickelt sich aber auch eine Konkurrenzsituation im Wettbewerb um Aufmerksamkeit und zur Verfügung gestellte Ressourcen, die zu einem erhöhten wissenschaftlichen Output animiert. Der zuvor in der Nische geringe Zeitdruck in Bezug auf die Veröffentlichung wissenschaftlicher Ergebnisse nimmt schlagartig zu.

Der externe Einfluss auf die Planungswissenschaft zeigt sich nicht zuletzt in der Doppelpeakstruktur der Aufmerksamkeitskurven (siehe Abb. 9.1 und Abb. 9.3). Während des ersten Höhepunktes dominiert inhaltlich die theoretische Erschließung und Übersetzung des Themas, im zweiten Höhepunkt tritt hingegen die Veröffentlichung von Ergebnissen aus Forschungsprojekten und empirischen Fallstudien in den Vordergrund. Nach dem zweiten Höhepunkt sinkt die disziplinäre Aufmerksamkeit ab, was wiederum zeitlich mit dem Rückgang des systemexternen Interesses korreliert bzw. genauer: Der zweite planungswissenschaftliche Aufmerksamkeitshöhepunkt erfolgt, *nachdem* bereits eine Ermüdung der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, eine Reduktion des externen Wissensbedarfs und das Auslaufen der großen Förderprogramme zu verzeichnen sind. Der Grund für die Verzögerung ist einerseits in der längeren Reaktionszeit der Wissenschaft zu sehen, andererseits in den unterschiedlichen Handlungslogiken der Systeme: Während Medien und Politik an einem schnellen Abschluss des Problems – unabhängig von dessen tatsächlicher Lösung – interessiert sind („*looking for closure*“), verfolgt die Wissenschaft auf methodisch kontrollierte Weise die Gewinnung langfristig gültiger Erkenntnisse. Während Medien und Politik die Komplexität der Realität systematisch reduzieren, um Verständlichkeit zu gewährleisten und zu Entscheidungen gelangen zu können, bietet die Wissenschaft den Raum, um in hochspezialisierten Expert*innenkreisen die unterschiedlichen Facetten des Problems zu erforschen.

Dass insbesondere die Planungswissenschaft aber eben nicht unabhängig von unmittelbaren gesellschaftlichen Nutzenerwartungen und Relevanzkriterien operiert, zeigt nicht zuletzt die Normalisierungsphase. Der abnehmende externe Wissensbedarf und die Reduktion der Drittmittel für einschlägige Forschung lösen wiederum selbstverstärkende Effekte in der Disziplin aus. Die Wachstumsspirale der Durchbruch- und beginnenden Fokusphase wird umgedreht: Jetzt konkurriert eine große Zahl einschlägiger Expert*innen um eine sinkende Nachfrage

außerhalb und innerhalb der Planungswissenschaft. Nicht nur der Erwerb von Drittmitteln und Positionen ist in dem Themenfeld jetzt vergleichsweise schwierig, auch hat der verbliebene und neu hinzukommende Forschungsbedarf nicht mehr die hohe Bedeutung, die er zu Beginn der Fokusphase hatte. Die Konkurrenz um Drittmittel und potenzielle Wissensansprüche in dem Feld ist deshalb im Vergleich zu anderen Themen höher, weshalb die Forscher*innen neue Verwertungsmöglichkeiten für ihr Wissen suchen und sich anderen Themen zuwenden. Auch geraten jetzt Detailfragen und vormalige Subthemen in den Blick, weshalb das zuvor fokussierte überspannende Thema durch neue Begriffe und Frames ersetzt wird.

9.3 Auswirkungen von Themenkarrieren auf die Wissenschaft: Gekommen, um zu bleiben

Temporäre Fokussierungen von Themen verändern die disziplinäre Wissensproduktion in vielen Bereichen tiefgreifend und nachhaltig. Inhaltliche und soziale Gesichtspunkte gehen dabei Hand in Hand.

Die im Rahmen dieser Arbeit untersuchten Themenkarrieren wurden maßgeblich durch politische und planungspraktische Relevanzkriterien und Nutzenerwartungen bestimmt. Zunächst ist daher festzuhalten, dass die Wissenschaft den systemexternen Bedarf, teilweise mit einer Verzögerung von wenigen Jahren, weitgehend befriedigen konnte. Die Raumplanung und die Planungswissenschaft konnten dadurch nicht nur ihre gesellschaftliche Relevanz unter Beweis stellen, sondern auch einen Bedeutungsgewinn verzeichnen. Einschlägige planungswissenschaftliche Expertise hat sich seit dem Durchbruch der Themen nicht nur im Rahmen von Strategiepapieren, Leitbildern, Förderprogrammen, Plänen, Gesetzen sowie organisationalen und personellen Anpassungen institutionalisiert. Auch in der gebauten Umwelt findet die vorübergehende Fokussierung ihren dauerhaften Niederschlag. Insofern lassen sich temporäre Fokussierungen von Themen im Feld der Raumplanung als strukturelle Kopplungen zwischen Wissenschaft und Praxis verstehen: Die Wissenschaft erhält Finanzmittel und die Möglichkeit, Einfluss auf Planung und Gesetzgebung zu nehmen. Im Gegenzug produziert und kommuniziert sie spezifisches Wissen¹.

Die schnelle Befriedigung des externen Legitimations- und Wissensbedarfs im Zuge der Durchbruch- und Fokusphase bringt tiefgreifende Anpassungen in der

¹ Auch Luhmann weist in „*Die Realität der Massenmedien*“ (1996: 28) auf die Funktion von Themen hin, verschiedene Bereiche der Gesellschaft strukturell zu koppeln.

disziplinären Wissensproduktion und Sozialstruktur mit sich. Bestimmte Kommunikationskanäle bzw. Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Systemumwelt, die sich als besonders effektiv erweisen, gewinnen an Einfluss. Die an ihnen beteiligten Planungswissenschaftler*innen bündeln, sortieren und hierarchisieren den rasch wachsenden Wissensbestand für die Bedarfe der Systemumwelt und wirken bei der Festlegung weiterer Wissensbedarfe mit. Bei der Gestaltung und Umsetzung von Förderprogrammen, Strategiepapieren oder Gesetzesänderungen erhalten sie eine herausgehobene Bedeutung. Diese vorübergehende Vermittlungs- oder auch Gatekeeping-Funktion verschafft ihnen Informations- und Kontrollvorteile, sichert ihnen ökonomisches, politisches und soziales Kapital und damit einen langfristigen Bedeutungsgewinn in der Wissenschaft.

Auch abseits dieser Gatekeeper*innen zwischen Wissenschaft und Systemumwelt manifestiert sich die vorübergehende Fokussierung nachhaltig in der Allokation von Reputation und Einfluss. Im Rahmen von Drittmittelvergaben, Arbeitskreisen, Themenheften, Sammelbänden und Konferenzen wird insbesondere denjenigen Akteur*innen Raum gegeben, die an das Thema anknüpfen können, was eine gleichzeitige „Diskriminierung“ (Luhmann 1991: 213) jener Akteur*innen bedeutet, die keinen Beitrag leisten können. Auf individueller Ebene erhalten vorübergehend einschlägige Fragestellungen mehr Beachtung, während Forschungspfade, die sich nicht mit dem fokussierten Thema verknüpfen lassen, vernachlässigt werden. Auch bei der Besetzung von Stellen und leitenden Positionen in der Planungswissenschaft und der Planungspraxis haben einschlägig forschende Akteur*innen einen Vorteil: Sie verfügen durch die Fokussierung zum einen über eine erhöhte wissenschaftliche Autorität. Zum anderen passen die Einrichtungen ihre inhaltliche Ausrichtung im Zuge der Fokussierung an, was sich in veränderten Auswahlkriterien für Auftragsvergaben, Stellenbesetzungen und Beförderungen manifestiert. Während sich diese Auswahlkriterien nach der Fokussierung verflüchtigen, ist die Besetzung einflussreicher Positionen und die von ihnen ausgehende Bevorzugung bestimmter Themen – bspw. in der Lehre, in Begutachtungen und in weiteren Stellenbesetzungen – von langfristiger Natur.

Themenkarrieren modifizieren die disziplinäre Netzwerkstruktur: Die einschlägigen Konferenzen, Arbeitskreise und Forschungsprojekte beeinflussen, wer sich kennenlernt, welche Form der Austauschbeziehung miteinander eingegangen wird und welches Sozialkapital aus den Beziehungen resultiert. In einem bestimmten Themenbereich erweitert und verdichtet sich das persönliche Netzwerk kooperierender Forscher*innen im Zuge der disziplinären Fokussierung besonders stark, während andere Themenbereiche vorübergehend weniger Kooperationsaktivität aufweisen. Indem thematische Nischen in das Zentrum der disziplinären Aufmerksamkeit gehoben werden, gewinnen deren Mitglieder an

Status: Nicht nur nehmen zentrale Akteur*innen der Disziplin Beziehungen mit ihnen auf, auch gewinnen bereits bestehende Kooperationspartner*innen an Zentralität. Um also akute Wissensbedarfe innerhalb und außerhalb der Disziplin schnell und umfassend bedienen zu können, wird die disziplinäre Sozialstruktur nachhaltig transformiert.

Disziplinäre Fokussierungen sorgen in einer zunehmend ausdifferenzierten Wissenschaft für den wechselseitigen Austausch zwischen und die temporäre Integration von Fachgemeinschaften und Wissensarten. Akteur*innen unterschiedlicher disziplinärer Fachbereiche prüfen im Zuge des Durchbruchs und der Fokussierung, ob ihr Forschungsportfolio Wissensbezüge und Kooperationen bereithält, die sich auf das neue Thema anwenden lassen. Dadurch werden Silos isolierter Forschung aufgebrochen und das Spezialwissen wird für die anderen – durch die gemeinsame Kommunikation über das fokussierte Thema vorübergehend besonders interessierten – Fachbereiche zugänglich gemacht. Dies gilt insbesondere für jene Nischen, die in das Zentrum der disziplinären Aufmerksamkeit gehoben werden. Ihr über Jahre angehäuften Wissen kommt (erst) jetzt der gesamten Disziplin zugute und ihre hochspezialisierten Beziehungen werden um Kontakte mit für sie neuen thematischen Facetten ergänzt, was wiederum neue Erkenntnisse befördert. Die Disziplin wird also durch temporäre Fokussierungen in Bewegung gehalten, durchmischt und vernetzt. Der integrierende Effekt von Themenkarrieren gilt nicht allein disziplinintern: Planungspraktische Erfordernisse, die womöglich in der Nische schon lange bekannt sind, sind nun für alle erkennbar, was den Expert*innen Gehör in der Systemumwelt verschafft und dem Spezialwissen zu planungspraktischer Umsetzung verhilft.

Fokussierungen induzieren die rasche Erweiterung des Wissens in bestimmten Bereichen, bei gleichzeitiger Vernachlässigung anderer Bereiche. Bei Einsetzen der Normalisierungsphase nimmt der Wissensbedarf der Systemumwelt ab und auch innerhalb der Wissenschaft gelten die wichtigsten Fragen vorübergehend als beantwortet. Dennoch hat die punktuelle Erweiterung eine nachhaltig veränderte disziplinäre Schwerpunktsetzung zur Folge. Die bereits benannten, hierfür maßgeblichen *sozialen* Mechanismen haben auch eine *epistemische* Komponente: Innerhalb der Wissenschaft erzeugt die Anhäufung von Wissen keine Sättigung, sondern lässt stattdessen das Nichtwissen anwachsen oder zumindest sichtbar werden (Weingart 2003: 9–10). Mehr Forschung in einem bestimmten Feld zieht also nicht unbedingt eine Reduktion, sondern eher eine Vermehrung der Fragen in eben diesem Feld nach sich. Dieser epistemische Mechanismus lässt sich mit den medien- und kommunikationswissenschaftlichen Agenda Setting-Ansätzen ergänzen: Die im Zuge der Fokussierung erhöhte Salienz eines Themas

beeinflusst nachhaltig, welche Inhalte für wichtig erachtet werden. Indem Wissenschaftler*innen über das Thema lesen, nachdenken, forschen und kommunizieren, messen sie ihm mehr Gewicht bei, was sich auf die zukünftige Wahrnehmung, Selektion und Beurteilung anderer Themen und Ereignisse auswirkt. Bestimmte Attribute neuer und altbekannter Themen werden nun mehr Aufmerksamkeit – in Publikationen, Begutachtungen, Lehrveranstaltungen, Diskussionen, Evaluationen, Entwürfen usw. – erhalten als andere. Letztlich werden dadurch nicht nur Relevanzkriterien verschoben, sondern auch persönliche Prioritäten, Bewertungsmaßstäbe und Einstellungen verändert, wodurch wiederum soziales Handeln und Entscheidungsprozesse strukturiert werden.

All diese Prozesse schreiben sich nachhaltig in die disziplinäre Wissens- und Sozialstruktur ein. Im Feld der Planungspraxis wird das Thema durch organisationale und personelle Anpassungen, Gesetzesänderungen, Förderprogramme und Pläne institutionalisiert. Auch räumliche und gesellschaftliche Strukturen sowie deren Perzeption durch die Raumplanung werden im Zuge der vorübergehenden Fokussierung verändert. Dieser Wandel des Forschungsgegenstandes wirkt sich wiederum in der Planungswissenschaft auf Ressourcenallokationen, Forschungsprogramme sowie die Ausbildung zukünftiger Raumplaner*innen aus. Zahlreiche Mitglieder der Disziplin akkumulieren im Zuge der Fokussierung epistemisches, soziales, ökonomisches und politisches Kapital. Indem diese Handlungsressourcen zu einem großen Teil thematisch gebunden sind, indem also beispielsweise die erworbene Reputation sich nur in spezifischen Fachgemeinschaften realisieren lässt, verändern sie die Selektionskriterien für zukünftige Forschungsprobleme. Die soziale Netzwerkstruktur der Disziplin wird transformiert, indem ausgewählte Bereiche, jetzt um zahlreiche Akteur*innen und wichtige Beziehungen erweitert, an Zentralität gewinnen. Dies gilt auch für das kognitive Netzwerk: Die Wissensstruktur der Disziplin wird jetzt um viele Erkenntnisse und Bezüge in einem bestimmten Feld erneuert und ergänzt. Nicht zuletzt die Wahrnehmungen, Bewertungsmaßstäbe und persönlichen Einstellungen der gesamten Disziplin verschieben sich deshalb zugunsten des vorübergehend fokussierten Themenfeldes.

Auch wenn das Thema in der Normalisierungsphase nicht mehr im Fokus der Disziplin steht, sein Verhältnis zur fachöffentlichen Aufmerksamkeit ist nun ein anderes. Es wird leichter Interesse erwecken als Themen, die noch keine Karriere durchlaufen haben. Das Thema wird zum Kontext, vor dessen Hintergrund neue Probleme wahrgenommen, gerahmt und gelöst werden. Es gilt der Satz von Gläser und Laudel (2015a: 302) *„Previous research influences the choice of new research problems, as current research will – through modifying the structures – influence future choices“*, allerdings nicht allein in Bezug auf

Wissensstrukturen und nicht nur auf Ebene individueller Forschungsbiografien: Indem Themenkarrieren die Wissens- und Sozialstruktur der gesamten Disziplin modifizieren, beeinflussen sie, ob und in welcher Form sich ihre Mitglieder in Zukunft bestimmten Themen zuwenden.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.





Diskussion und Ausblick: Zum Umgang mit Themenkarrieren in der Planungswissenschaft

10

In diesem abschließenden Kapitel werden auf Basis der vorgelegten Erkenntnisse Anknüpfungspunkte für weitergehende Diskussionen und Forschungen gegeben. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Kapiteln werden hier keine systematisch gewonnenen Forschungsergebnisse dargestellt. Vielmehr ist der Abschnitt als Brücke zu verstehen, mit der das gewonnene Wissen über Themenkarrieren in der Planungswissenschaft für weitergehende Diskussionen und Forschungen zugänglich gemacht wird.

Die Reaktionen seitens planungswissenschaftlicher Kolleg*innen auf Fachbeiträge mit Teilen der hier vorgelegten Erkenntnisse haben insbesondere zwei Dinge gezeigt:

- *Erstens* ist niemand überrascht, dass die planungswissenschaftliche Wissensproduktion von Themenkonjunkturen geprägt ist. Auch die Erkenntnis, dass der Zeitpunkt und das Ausmaß temporärer Fokussierungen primär durch wissenschaftsexterne Faktoren bestimmt werden, ruft kein Erstaunen hervor. Schon eher gewöhnungsbedürftig ist für viele der Umstand, dass dieses Phänomen systematisch untersucht wird und dass die DFG dieses Vorhaben unterstützt. In der planungswissenschaftlichen Disziplin sind Themenkarrieren also Normalität, ihre explizite Benennung, Analyse und kritische Hinterfragung ist es dagegen nicht.
- *Zweitens* wird das Thema als sensibel eingestuft und ruft gleichzeitig großes Interesse hervor. Ohne dass die Vorträge dies zum Gegenstand gemacht haben, rücken in den Diskussionen stets normative und präskriptive Fragen in den Fokus. Dabei ist kaum zu übersehen, dass das Fachpublikum jeweils eigene Berührungspunkte nicht nur mit der Planungswissenschaft, sondern auch mit den untersuchten Themenkarrieren hat und somit eine unmittelbare

Betroffenheit vorliegt. Ausdruck dessen ist beispielsweise die immer wieder auftkommende Frage, wie einzelne wissenschaftliche Akteur*innen sowie die Disziplin als Ganzes (das Wissen über) Themenkarrieren nutzen können. Ebenfalls geäußert werden Bedenken, die planungswissenschaftliche Disziplin könne in ein schlechtes Licht gerückt werden, was sich wiederum auf die Fördermittelvergabe auswirken könne.

Eine Diskreditierung wissenschaftlicher Themenkarrieren, der planungswissenschaftlichen Disziplin oder der Fördermittelvergabe wäre auf Basis der vorgelegten Erkenntnisse unzulässig. Auch in der abschließenden Betrachtung lässt sich das differenzierte Bild planungswissenschaftlicher Themenkarrieren, das in dieser Arbeit gezeichnet wurde, nicht mit einer pauschalen Bewertung versehen. Die Entwicklung von Handlungsempfehlungen war ebensowenig Gegenstand der Forschungsarbeit. Gleichwohl sollen der Verwendung des hier gewonnenen Wissens keine Steine in den Weg gelegt werden. Im Gegenteil: Erklärtes Ziel dieser Arbeit ist es, ein Baustein im theoretischen und empirischen Fundament zu sein, auf dessen Grundlage die Diskussion über Struktur und Dynamik der Planungswissenschaft informiert geführt werden kann.

In diesem Sinne wird im Folgenden zunächst das eingangs umrissene normative Spannungsfeld erkundet, in dem sich diese Arbeit bewegt (siehe Kp. 1.1). Dabei werden in Abschnitt 10.1 insbesondere jene Fragen aufgegriffen, die für die sporadisch in verschiedenen Disziplinen auftkommenden Diskussionen um Modeerscheinungen in der Wissenschaft (siehe Kp. 2.4) charakteristisch sind: ‚*Haben temporäre Fokussierungen einen positiven oder einen negativen Effekt auf die Wissensproduktion?*‘ und ‚*Lassen sie sich vermeiden?*‘. In Abschnitt 10.2 werden einige Anhaltspunkte dazu gegeben, wie ein bewusster Umgang mit Themenkarrieren in der Planungswissenschaft aussehen könnte. Den Abschluss dieser Arbeit und gleichzeitig den möglichen Startpunkt für weitere Arbeiten bilden die methodische Reflexion und Benennung weiteren Forschungsbedarfs in Abschnitt 10.3.

10.1 Positive und negative Aspekte temporärer Fokussierungen: Gelegenheitsfenster für wissenschaftliche Innovation oder Vereitelung planungswissenschaftlicher Theorieentwicklung?

Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen sich als empirische Fundierung der als „*fashions*“ oder „*Modeerscheinungen*“ in der Wissenschaft diskutierten Phänomene betrachten. In den in Abschnitt 2.4 dargelegten Debatten vertreten die Anhänger*innen eines rationalistischen Wissenschaftsverständnisses die Ansicht, Modeerscheinungen repräsentierten Dysfunktionalitäten der Wissenschaft, die behoben werden müssten. Auf der anderen Seite erkennen pragmatisch orientierte Wissenschaftsbeobachter*innen auch positive Aspekte und fordern mitunter eine proaktive Gestaltung von Modeerscheinungen im Sinne der Wissenschaft. Aus der Betrachtung planungswissenschaftlicher Fokussierungen lassen sich für beide Seiten gute Argumente ableiten.

Für eine *positive* Bewertung vorübergehender Fokussierungen spricht die damit einhergehende Befriedigung planungspraktischer Bedarfe: Die Planungswissenschaft stellt in einer solchen Phase mit einem außergewöhnlich hohen Ressourcenaufwand sicher, dass das Problem möglichst effektiv bearbeitet wird. Sie sorgt dafür, dass wissenschaftsexterne Nutzenerwartungen erfüllt werden und erneuert damit den Nachweis ihrer gesellschaftlichen Relevanz. Für die Produktion und Kommunikation einschlägigen Wissens erhält die Wissenschaft Finanzmittel sowie die Möglichkeit auf der Basis ihres Fachwissens punktuell Entscheidungsprozesse im Feld der Planungspraxis mitzugestalten. Indem Wissenschaft und Praxis sich vorübergehend gemeinsam auf das (nahezu) gleiche Problem konzentrieren und beide Bereiche dabei auf den gegenseitigen Austausch angewiesen sind, rücken Wissenschaft und Praxis näher zusammen. Die temporär forcierte Verknüpfung unterschiedlicher Wissensarten und die Aufnahme transdisziplinärer Beziehungen reichen dabei über die Phase der Fokussierung hinaus. In diesem Sinne dient das Thema der strukturellen Kopplung zwischen der Wissenschaft und anderen Gesellschaftsbereichen.

Innerhalb der Planungswissenschaft wird ein offenkundig bislang vernachlässigtes Thema etabliert und mit Nachdruck in die disziplinäre Wissens- und Sozialstruktur integriert. Expert*innen und benötigtes Wissen werden aus ihrem Nischendasein befreit und dem Austausch mit anderen Fachbereichen der Disziplin zugeführt. Indem verschiedene, sonst getrennte Teilgruppen vorübergehend zur Erforschung eines spezifischen Themas in den Austausch treten, erlebt die Disziplin eine temporäre Kohäsion. Es werden jetzt neue soziale und

kognitive Beziehungen zwischen verschiedenen Bereichen des disziplinären Netzwerks geschaffen. Diese Verknüpfung bislang unverbundener Wissensbereiche und Akteur*innen verspricht wiederum Innovationen. Auch stellt der mit der Fokussierung verbundene Wandel ein Möglichkeitsfenster dar, etablierte Wissensstrukturen in Frage zu stellen. Es fällt nun leichter, Theorien und Modelle kritisch zu prüfen und gegebenenfalls zu modifizieren oder durch Nützlichere zu ersetzen. Des Weiteren schafft eine Fokussierung Orientierung in der kollektiven Wissensproduktion und gewährleistet, dass aus dem überwältigenden Angebot aller verfügbaren Erkenntnisse eine Auswahl als bekannt und gültig vorausgesetzt werden kann.

Für eine *negative* Bewertung temporärer Fokussierungen spricht die geringe Effizienz der Wissensproduktion: Während die Erkenntnisse aus der Durchbruchphase sowie unmittelbar davor und danach mit vergleichsweise geringem Aufwand gewonnen wurden, aber große wissenschaftliche Bedeutung erlangen, steht der hohe Ressourcenaufwand im Zuge der Fokusphase einem vergleichsweise geringen wissenschaftlichen Nutzen gegenüber – zumindest wenn man als Indikator heranzieht, wie oft die Erkenntnisse in nachfolgenden Publikationen zitiert werden (siehe Kp. 7.6 und 8.5). Dies ist insbesondere deshalb zu hinterfragen, weil mit der Fokussierung des einen Themas die Vernachlässigung anderer Themen einhergeht, für die also vorübergehend weniger Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen verfügbar sind. Ein weiterer zentraler Kritikpunkt an temporären Fokussierungen ist die ihnen zugrundeliegende Abhängigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion von kaum wissenschaftsseitig beeinflussbaren Agenda Setting-Prozessen im Feld der Planungspolitik und -praxis. Dabei ist zu bedenken, dass mit einer Themenkarriere tiefgreifende und langfristige Veränderungen der disziplinären Wissens- und Sozialstruktur einhergehen. Diese Veränderungen sind vergleichsweise stark durch wissenschaftsexterne Nutzenerwartungen induziert, während fachgemeinschaftliche Relevanzkriterien eine nachgeordnete Rolle spielen. So erleben insbesondere jene Wissenschaftler*innen einen langfristigen Zuwachs an wissenschaftlichem Kapital, die die Bedürfnisse der Planungspraxis kurzfristig am besten befriedigen können. Warum dies problematisch ist, erläutern Häußermann und Siebel im Jahr 1978 (S. 485) bezogen auf ihren Fachbereich der Stadtplanungssoziologie:

„Stadtplanungssoziologie trifft zwar auf eine kaufkräftige Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Informationen, aber nur dort, wo für die planende Verwaltung krisenhafte Entwicklungen sichtbar werden. [...] Zugleich nimmt die Steuerungskapazität des politisch-administrativen Systems zumindest relativ zum steigenden Problembestand ab, wodurch Planung immer mehr auf's kurzfristige Reagieren eingengt wird. Wenn sich aber planende Verwaltung in Feuerwehrfunktionen erschöpft,

wird sie nur zu eng definierten und schnell wechselnden Problembereichen Informationen nachfragen. Stadtplanungssoziologie wird so am goldenen Strick von Forschungs- und Gutachteraufträgen in die kurzatmigen Aktualitäten staatlichen Krisenmanagements hineingerissen. Darin sind ihre Theorielosigkeit und Banalität begründet.“

Kritisch zu betrachten ist also nicht allein „die nur allzu freiwillig akzeptierte In-Dienst-Nahme“ der Disziplin durch die Planungspraxis, sondern insbesondere die daraus resultierende „Ankettung“ an krisenhafte Entwicklungen bzw. deren Erkennung durch die Planungspraxis (ebd.). Sie lässt sich nicht mit dem Ziel von Planer*innen und Planungswissenschaftler*innen vereinen, Krisen systematisch vorzubeugen. Zudem ist eine rasche Abfolge disziplinärer Fokussierungen tendenziell hinderlich für die kontinuierliche und systematische Entwicklung eines planungswissenschaftlichen Theoriekerns.

Die Beantwortung der Frage, inwieweit Aufmerksamkeitszyklen als schädlich oder gewinnbringend für die Disziplin einzustufen sind, hängt von der eingenommenen Perspektive auf die planungswissenschaftliche Wissensproduktion ab. Ist die Planungswissenschaft eine eigenständige Disziplin und soll sie es sein? Welche Bedeutung soll die Praxisrelevanz einnehmen, welche die wissenschaftliche Autonomie? Bedürfen Themen bzw. Forschungsprobleme einer Priorisierung und wenn ja, nach welchen Maßstäben soll diese erfolgen?

10.2 Anstöße zum Umgang mit Themenkarrieren in der Planungswissenschaft

Unabhängig davon, zu welcher Bewertung planungswissenschaftlicher Themenkarrieren man nach Abwägung der Vor- und Nachteile gelangt, können die zuletzt genannten schwerwiegenden Kritikpunkte nicht gänzlich unbeantwortet bleiben. Dabei ist es sicherlich keine Option, Krisen im Feld der Planungspraxis zukünftig zu ignorieren, um die Planungstheorie in Ruhe weiterentwickeln zu können. Planungswissenschaftliche Thematisierungsdynamiken sind nicht die Ursache vermeintlich unwissenschaftlicher, möglicherweise kritikwürdiger Mechanismen, sondern allenfalls ihr Symptom. Man kann Themenkonjunkturen gut oder schlecht finden, vermeiden lassen sie sich nicht. Genausowenig lässt sich die Umsetzung wissenschaftlichen Wissens in der Planungspraxis unabhängig von dortigen Problemwahrnehmungen realisieren. Dennoch stellt sich die Frage, welche Handlungsoptionen die Disziplin für den Umgang mit (dem Wissen

über) Themenkarrieren hat. Hierzu werden im Folgenden einige Anhaltspunkte gegeben.

10.2.1 Temporäre Fokussierungen als integralen Bestandteil der wissenschaftlichen Wissensproduktion anerkennen

Wie vermutlich jedes andere soziale System ist auch die Wissenschaft unvermeidbar von Aufmerksamkeitszyklen geprägt. Diese als „*unwissenschaftliche*“ Abweichungen in einem ansonsten Wahrheits-orientierten System abzutun, würde bedeuten, die Augen vor der Realität zu verschließen. Stattdessen gilt es, sie als integralen Bestandteil der wissenschaftlichen Wissensproduktion anzuerkennen, sich ihrer bewusst zu machen und das Wissen über sie zu erweitern. Dies schließt die Prozesse der Thematisierung, die den Thematisierungsprozessen zugrundeliegenden Mechanismen und ihre Auswirkungen mit ein. Dadurch kann einerseits ein besseres (Selbst-)Verständnis der Wissenschaft erreicht werden. Andererseits kann das gewonnene Wissen über Themenkarrieren Ausgangspunkt für die Überprüfung institutioneller Rahmenbedingungen und die Entwicklung individueller und kollektiver Handlungsstrategien sein.

10.2.2 Kontinuität der Wissensproduktion gewährleisten

Gerade angesichts der zunehmenden Abhängigkeit von Drittmitteln, der vorübergehenden Fokussierung bestimmter Themen und der damit einhergehenden Vernachlässigung anderer Themen ist die Bedeutung der kontinuierlichen Pflege und Weiterentwicklung verschiedener – auch vorübergehend weniger beachteter – Forschungsstränge hervorzuheben. Solange diese Kontinuität der Wissensproduktion in den jeweiligen Spezialgebieten gewährleistet ist, sind Wissensbestände aktuell und abrufbar. Auch gibt es Ansprechpartner*innen, die konsultiert werden können, wenn in der Praxis oder in anderen Fachbereichen Wissensbedarf entsteht. Wie die Entwicklung des Themas *Schrumpfende Städte* über die 1990er Jahre hinweg zeigt, kann ein personelles und inhaltliches Abreißen eines Forschungsstranges den zumindest vorübergehenden Verlust der gewonnenen Erkenntnisse aus dem kollektiven Gedächtnis bedeuten. Diese Expertise muss dann teilweise mit erheblichem Aufwand erneut produziert und angeeignet werden. Eine kontinuierliche Forschung lässt sich dagegen mit geringem Ressourceneinsatz gewährleisten. Um Wissensbestände zu pflegen, weiterzuentwickeln und abrufbar zu halten, bedarf es eines kleinen Kerns von Akteur*innen, die

nach innen integrierend wirken und nach außen Sichtbarkeit erzeugen. Für derartige Forschungsstränge sind ein kontinuierlicher Zugang zu finanzieller Förderung und ein Mindestmaß an Vernetzung hilfreich. Bereits ein oder zwei einigermaßen passfähig spezialisierte Teilgruppen können bei Aufkommen eines Themas eine wichtige Funktion einnehmen, indem sie schnell relevante Wissensbestände und Forschungslücken benennen und Handlungsempfehlungen geben.

10.2.3 Temporäre Fokussierungen antizipieren

Zwar lassen sich der Zeitpunkt und das Ausmaß einer zukünftigen Steigerung der Aufmerksamkeit nicht vorhersagen und auch nicht seitens der Wissenschaft beeinflussen. In Bezug auf einige Handlungsfelder und Wissensbestände lässt sich aber sehr wohl auf einen zukünftigen Bedeutungsgewinn spekulieren (bspw. *Umweltgerechtigkeit, Biodiversität, Telearbeit, Postwachstum, Austerität, Flächenversiegelung*) oder zumindest von einem unregelmäßigen Auf und Ab des Interesses ausgehen (bspw. *Umweltprüfung, Metropolregionen, Gleichwertige Lebensverhältnisse, Resilienz, Suburbanisierung*). Bereits während des Nischendaseins lässt sich systematisch Wissen schaffen und eventuell auf spezifische Nachfragen vorbereiten, so dass es im Falle einer erhöhten Aufmerksamkeit abgerufen werden kann. Es gilt Kingdons Surf-Metapher: „*If you're not ready to paddle when the big wave comes along, you're not going to ride it in*“. Die Einrichtung von Arbeitskreisen, die Thematisierung in Qualifizierungsarbeiten und der Einsatz von Drittmitteln im Vorfeld disziplinärer Fokussierungen ermöglichen die Entwicklung von Ideen und Netzwerkkontakten, die sich bei plötzlich einsetzenden Handlungs- und Wissensbedarfen als äußerst wichtig erweisen können.

10.2.4 Temporäre Fokussierungen gestalten

Im Zuge des Durchbruchs wird – ausgehend von der Krise des etablierten Wissensbestandes – das neue Thema gerahmt. Das heißt, welche Institutionen, Akteur*innen, Handlungsfelder, Ideen und Wissensbestände mit dem Thema verknüpft werden und mit ihm zusammen in das Zentrum der Aufmerksamkeit gelangen, ist in einem kurzen Zeitraum in besonderem Maße beeinflussbar. Zu Beginn der Fokusphase hat sich dann ein Frame durchgesetzt, der im Sinne eines Politikmonopols nicht nur eine bestimmte Deutung des Problems, sondern auch institutionelle Arrangements zu dessen Stützung umfasst. Nach einer Disruption ist dann eine gewisse Planungssicherheit und Stabilität erreicht, die nur

noch punktuell und mit größerem Aufwand verändert und erweitert werden kann. Dies gilt für das Handlungsfeld der Raumplanung als Ganzes sowie – damit verbunden – für die planungswissenschaftliche Wissensproduktion. In beiden Feldern können Wissenschaftler*innen sich einbringen und Einfluss nehmen, auch wenn die letztendliche Entscheidung über das Framing in den Händen derjenigen liegt, die es im Zuge von Ressourcenallokationen und Weisungsbefugnissen durchsetzen können.

10.2.5 Temporäre Fokussierungen nutzen

Der Durchbruch und die Fokussierung eines Themas stellen ein Gelegenheitsfenster dar. Es gerinnt zur allgemeinen Erkenntnis, dass „*das Alte nicht mehr geht*“. Teilbereiche der Planungswissenschaft sowie des Handlungsfeldes der Raumplanung werden in eine Irritation versetzt, und es setzt schlagartig ein hoher Handlungs- und Wissensbedarf ein. Die bestehenden institutionellen Arrangements – Gesetze, Instrumente, Ressourcenverteilungen, Machtverhältnisse, Wissensbestände – geraten unter Druck. Lang gehegte oder neu entwickelte Ideen zu ihrer Modifikation haben jetzt verbesserte Umsetzungschancen, sofern sich ein Zusammenhang mit dem aufkommenden Thema herstellen lässt. Allerdings ist die Zeit dafür knapp. Wer erst bei Öffnen des Gelegenheitsfensters beginnt, eine neue Idee systematisch zu erforschen, läuft Gefahr, die anvisierten Ergebnisse erst vorlegen zu können, wenn der Handlungs- und Wissensbedarf bereits befriedigt, der Aufmerksamkeitszyklus vorbei und das Politikfenster geschlossen ist. Im Sinne Shermans (1996: 98) kann eine Themenkarriere als „*Vorschlaghammer*“ eingesetzt werden, mit dem verkrustete Strukturen aufgebrochen und substanzieller Wandel erreicht werden kann. Genauso kann sie allerdings auch zur Minimierung oder Verzögerung tiefgreifender Veränderungen beitragen, indem der entstandene Druck durch die vorübergehende Umetikettierung existierender Ansätze lediglich abgeleitet wird. Sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Ebene lassen sich mit dem Wissen um Themenkarrieren Handlungsoptionen und -ergebnisse besser einordnen, planen und bewerten.

10.2.6 Strukturelle Kopplungen zwischen Planungswissenschaft und Systemumwelt erforschen

Die Kopplung zwischen Wissenschaft und Praxis ist eng und vielfältig. Verknüpfungen ergeben sich aus der systemübergreifenden Vernetzung, Anwendungsnähe,

normativen Ausrichtung, Vermittlung von Expert*innenwissen sowie der Fördermittelvergabe (siehe hierzu ausführlich Gravert et al. 2019; Hildegard Matthies et al. 2015; Kaldewey et al. 2015). Während sich gesellschaftliche und planungspraktische Transformationen in der planungswissenschaftlichen Wissensproduktion niederschlagen, wirken planungswissenschaftliche Impulse auf planungspolitische Vorgaben und Institutionen, auf planungspraktische Handlungsoptionen und Strategien sowie letztendlich auf die Gestaltung und Entwicklung von Räumen. Einerseits ist die Planungswissenschaft durch gesellschaftliche Relevanzkriterien und Nutzenerwartungen geprägt, andererseits entfaltet sie selbst planungspraktische und gesellschaftliche Wirkung. Ein genaueres Verständnis dieses komplexen Wechselspiels zwischen der Disziplin auf der einen sowie der planerischen Praxis, den planungspolitischen Strategien und den gesellschaftlichen Debatten auf der anderen Seite ist von großer Bedeutung für die kritische Selbstreflexion der Planungswissenschaft. Dies schließt nicht nur die Analyse der eigenen Rolle bei Agenda Setting-Prozessen im Handlungsfeld der Raumplanung mit ein, genauso ist die Verknüpfung disziplinter Problemwahrnehmungen mit wissenschaftsexternen Impulsen zu erforschen.

10.2.7 Einfluss der Fördermittelvergabe bewusst machen und überprüfen

Wie anhand der Themenkarrieren *Schrumpfende Städte* und *Klimawandel* gezeigt wurde, haben politische Fördermittelgeber*innen (insb. BMI, BMBF, BMU) und die Ressortforschung (insb. des BBSR, UBA) eine vergleichsweise hohe Bedeutung für die planungswissenschaftliche Wissensproduktion. Sie verfügen über die Instrumente und Ressourcen, um Themen in der Planungswissenschaft zu setzen. Insbesondere die starke Einflussnahme durch thematisch einseitige, gut ausgestattete Förderprogramme konnte in beiden untersuchten Themenkarrieren nachgewiesen werden. Die dadurch erhöhte Salienz bestimmter Themen verändert disziplinäre Wissensstrukturen und Bewertungsmaßstäbe nachhaltig. Grundsätzlich ist bei den Förderentscheidungen zu hinterfragen, inwieweit den kurzfristigen Verwertungsinteressen von Politik und Praxis Vorrang gegenüber der langfristigen Anhebung der wissenschaftlichen Qualität gegeben wird. Eine Verengung der disziplinären Wissensproduktion auf das aktuell politisch Machbare würde die Wissenschaft gefährden (Siebel 2013: 150). Die mit den Fördermitteln einhergehenden politischen Erwartungen und Ziele sowie ihr Einfluss auf die Erkenntnisgewinnung sollten deshalb im wissenschaftlichen Kontext explizit gemacht und reflektiert werden. Auch die geringe Abstimmung zwischen

den unterschiedlichen Ministerien in der Fördermittelvergabe ist bemerkenswert. Zudem lässt sich darüber streiten, inwieweit einzelfallabhängig die Vorteile einer konzentrierten Mittelvergabe (u. a. Ankurbeln der Wissensproduktion bei akutem Bedarf, möglicherweise überfälliges Agenda Setting in Wissenschaft und Praxis) die Nachteile (u. a. Erschweren langfristiger und eigenständiger Forschungsstrategien, redundante Ergebnisse) in Politik, Praxis und Wissenschaft langfristig überwiegen (siehe Kp. 10.1). Auch die Rolle der Ressortforschung gibt Anlass zur Reflexion: Das Umweltbundesamt und das BfLR bzw. BBR haben nicht nur während des Durchbruchs zentrale Erkenntnisse entwickelt und zusammengetragen, sondern auch Jahrzehnte vor dem Durchbruch bereits Studien zu den Themen vorgelegt. Dies spricht für eine vergleichsweise hohe Kompetenz der Ressortforschung, Themen einerseits frühzeitig zu erkennen und andererseits schnell aufzuarbeiten und zu kommunizieren. Sie gibt zusätzlich Anlass dazu, die Ausprägung dieser Kompetenz in der übrigen Disziplin (in diesem Fall ohne Ressortforschung) zu überprüfen.

10.2.8 Das disziplinäre Agenda Setting überprüfen

Disziplinäre Selbstreflexionen – nicht nur in der Planungswissenschaft – im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Vorträgen zeichnen oft das Bild einer Wissenschaft, die als neutrale, systematische Beobachterin am besten Probleme frühzeitig antizipieren, sie anhand ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit in eine Rangfolge bringen und Lösungen entwickeln könne. Allerdings, so das Narrativ, finde die Wissenschaft nicht genügend Gehör in Politik und Gesellschaft. Der letzte Punkt wird durch die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit bestätigt: Die Planungswissenschaft ist kaum in der Lage, eigenständig Themen in der gesellschaftlichen Umwelt zu setzen. Warum das so ist und wie es sich ändern lässt, könnte Gegenstand weitergehender Forschungen sein. Allerdings sind gegenüber dem genannten Narrativ Zweifel angebracht in Bezug auf die Fähigkeit der Planungswissenschaft, die gesellschaftliche Relevanz neuer Fragen selbst zu erkennen und deren Beantwortung systematisch zu verfolgen. Zwar spüren durchaus einzelne, überwiegend junge Wissenschaftler*innen frühzeitig neue Themen auf und ergreifen die mit ihnen verbundene Chance, neues und nützliches Wissen zu generieren. Solange aber die Systemumwelt keinen Wissensbedarf anmeldet, fällt die disziplinäre Resonanz auf ihre Erkenntnisse gering und teilweise sogar ablehnend aus. Es zeigt sich eine ausgeprägte Pfadabhängigkeit der Wissenschaft: Etablierte Strukturen – bspw. Normen, Verteilungsentscheidungen, Schlüsselpositionen – sind darauf ausgerichtet, das geltende Paradigma gegenüber

konkurrierenden Wissensansprüchen zu schützen. Wer bereits über wissenschaftliches Kapital in anderen Themenfeldern verfügt, scheut den Aufwand, ein neues Thema aufzuarbeiten. Das Aufgreifen eines neuen Themas beinhaltet das Risiko, dass einschlägige Kommunikationen verhallen, weil kein Resonanzboden bzw. keine einschlägige Fachgemeinschaft vorhanden ist. Wer neue Fragen untersucht, muss diese in alte Diskurse einbetten, was einschlägigen Kommunikationen zwar eine erhöhte Rezeption verschafft, andererseits aber das Erkennen und Entwickeln des neuen Themas als eigenständiges Handlungsfeld erschwert. Diese Mechanismen sind wichtig, denn sie gewährleisten Kontinuität und Kohäsion in der Wissensproduktion. Auch sorgen sie dafür, dass Forschungsprobleme von denjenigen Forscher*innen bearbeitet werden, die dafür die besten Voraussetzungen (insbesondere Wissen, Reputation und Beziehungen) haben. Umso mehr stellt sich aber die Frage, inwieweit die Identifizierung und Priorisierung von Themen trotz der Pfadabhängigkeiten und strategischen Interessen gewährleistet werden können. Als Indikator für die Wichtigkeit neuer Themen ist deren Aufgriff in der nachfolgenden Wissensproduktion ungenügend, weil diese durch die Größe und Ausrichtung bestehender Fachgebiete geprägt ist und dementsprechend Forschungen im Rahmen etablierter Wissensstrukturen bevorzugt. Ansatzpunkte für die Priorisierung disziplinärer Wissensbereiche geben wiederkehrende Formate, die das Erkennen und teilweise auch das Setzen von Themen bereits zum Ziel haben: Ritualisierte Diskussionen befreundeter Wissenschaftler*innen in vorübergehender Abgeschiedenheit, Austauschformate zwischen Politik und Wissenschaft zur Identifizierung zukünftiger Förderbedarfe, thematisch offene Arbeitskreise und Diskussionsrunden möglichst über Disziplinen und gesellschaftliche Teilsysteme hinweg, Redaktionssitzungen von Fachzeitschriften oder die systematische Raumbesichtigung. Auch bei diesen Formaten stellt sich die Frage, inwieweit eine Priorisierung von Themen unabhängig von Einzelinteressen und Pfadabhängigkeiten gewährleistet werden kann. Die im Rahmen dieser Arbeit gesammelten Interviewaussagen legen nahe, dass hierfür Inter- und Transdisziplinarität, Vertrauen sowie inspirierende Persönlichkeiten nützliche Faktoren sind. Fraglich ist, inwieweit langfristige Perspektiven für die Erforschung der identifizierten Themen unabhängig von gesellschaftlichen Impulsen und disziplinären Aufmerksamkeitszyklen gestärkt werden können.

10.2.9 Agenda Setting-Prozessen in der Raumplanung größeren Stellenwert in Forschung und Lehre beimessen

In der planungswissenschaftlichen Forschung und Lehre stehen oft die Prozesse der Planerstellung, -umsetzung und -evaluation sowie die Inhalte der Planung im Mittelpunkt. Der Kontext in denen die Planung stattfindet, das heißt, die Frage danach, warum überhaupt geplant wird, wird dagegen häufig verkürzt behandelt. Dabei ist gerade die Frage nach dem ‚*warum*‘ grundlegend dafür, ‚*wie*‘ (Prozesse, Akteur*innen) und ‚*was*‘ (Inhalte, Maßnahmen) geplant wird. Zwar werden planungsrelevante Rahmenbedingungen, bspw. im Rahmen von SWOT-Analysen, benannt und erörtert. Die Frage aber, warum bestimmten Rahmenbedingungen eine Planungsrelevanz beigemessen wird und anderen nicht, wird selten gestellt. Wer bestimmt, welche Probleme durch die Planung gelöst werden sollen und welche nicht? Wie entscheidet sich, was überhaupt als ein Problem wahrgenommen wird und was nicht? Das Framing und die Priorisierung von Problemstellungen ist Grundvoraussetzung für Planung und Planungswissenschaft und dementsprechend wirkmächtig. Sie folgt keiner rationalen, objektiven Logik, sondern ist abhängig davon, welche Themen bestimmte Akteur*innen zu bestimmten Zeiten als nützlich oder wichtig ansehen. Priorisierungen und Thematisierungsdynamiken sind folglich genauso umkämpfte wie grundlegende Aspekte von Planung. Ihnen sollte ein entsprechender Stellenwert in Lehre und Forschung beigemessen werden. Ein Basiswissen über Aufmerksamkeitszyklen, Agenda Setting- und Framing-Prozesse sollte zum Repertoire ausgebildeter Planer*innen gehören, genauso wie der planungswissenschaftliche Theoriekanon in diesem Bereich gut sortiert sein sollte.

10.3 Methodische Reflexion und Forschungsbedarf

„Der Kanon an Fragen, die die Forschung stellen kann, erweist sich entgegen ursprünglicher Hoffnungen als unendlich. Es scheint vielmehr so zu sein, dass all das viele angehäufte Wissen zugleich das unbegrenzte Universum des Nichtwissens mit anwachsen oder zumindest sichtbar werden lassen hat.“ (Weingart 2003: 9–10)

Im Sinne des oben genannten Zitats hat sich der Katalog an offenen Fragen im Zuge dieser Forschungsarbeit nicht verkürzt, sondern vervielfacht. Gleichzeitig haben die angewendete Methodik und der analytische Rahmen sich zwar als äußerst robust und ertragreich erwiesen, bestimmte Aspekte aber unterbelichtet

gelassen. Im Folgenden werden fünf Forschungsideen diskutiert, die diese Arbeit besonders gewinnbringend ergänzen und weiterführen könnten.

10.3.1 Zur methodisch determinierten Konstruktion eines deutschsprachigen Diskurses

Zum Ausgangspunkt der Untersuchung von Themenkarrieren wurden in dieser Arbeit planungswissenschaftliche Artikel in deutschsprachigen Zeitschriften gewählt. Diese insbesondere in Abschnitt 6.3 erläuterte Strategie hat sich in der Empirie bewährt, weil sie ermöglicht, die untersuchten Themenkarrieren auf systematische und intersubjektiv nachvollziehbare Weise in Bezug auf kognitive und soziale Strukturen zu erschließen. Gleichwohl hat sie aber Defizite erkennen lassen, die nur teilweise durch die Ergänzung um qualitative Methoden ausgeglichen werden können. Zu diesen Defiziten gehören die nur indirekt vorhandene Berücksichtigung von Veröffentlichungsformaten abseits planungswissenschaftlicher Zeitschriften sowie die weitgehende Ausblendung des englischsprachigen Diskurses. Zu Letzterem einige Beobachtungen aus der Empirie, die nicht systematisch geprüft und berücksichtigt werden konnten:

- Es gibt ein Spektrum zwischen Akteur*innen, die ausschließlich deutschsprachig veröffentlichen, und solchen, deren 20 meistzitierte Veröffentlichungen englischsprachig sind.
- Englischsprachige Veröffentlichungen vereinen im Vergleich zu deutschsprachigen Publikationen in der Regel ein Vielfaches der Zitationen auf sich.
- Die Bedeutung englischsprachiger Veröffentlichungen nimmt mit der Zeit zu, sowohl im individuellen Karriereverlauf vieler Akteur*innen als auch auf Ebene der gesamten Disziplin sowie mit zunehmender Progression der Themenkarrieren (insbesondere im Schrumpfungsdiskurs).
- Der Klimawandeldiskurs weist starke und vielfältige Bezüge zu englischsprachigen Fachbeiträgen auf, während der Schrumpfungsdiskurs insbesondere in den 00er Jahren in besonderem Maße deutschsprachig geprägt ist.

Es stellen sich Fragen dazu, in welchem gegenseitigen Austauschverhältnis der methodisch determinierte *deutschsprachige Diskurs* zum *internationalen Diskurs* steht und welche Konsequenzen sich daraus für die Wissensproduktion ergeben. Welche Auswirkungen hat die starke internationale Anbindung einiger Akteur*innen auf ihre Netzwerkposition in der deutschsprachigen Fachgemeinschaft? Erfahren sie einen Bedeutungsgewinn, indem sie als Brücke zwischen

den Diskursen fungieren, oder einen Bedeutungsverlust, weil sie ihre Ressourcen zugunsten des englischsprachigen Diskurses verlagern? Wie unterscheiden sich die Diskurse inhaltlich? Wenn Forscher*innen ihre Ergebnisse für das jeweils zu erwartende Fachpublikum in internationalisierbare und lokalspezifische Portionierungen aufteilen, welche Konsequenzen hat das für den deutschsprachigen Diskurs? Inwiefern werden wissenschaftliche Inhalte zur Herstellung der Internationalisierbarkeit reduziert, abstrahiert und gefiltert? Welche Rolle spielt die Internationalisierbarkeit von Ergebnissen schon bei der Themenwahl? Sind bestimmte Inhalte an Universitäten stärker repräsentiert, weil diese von internationaler Relevanz sind, was wiederum bei Berufungsverfahren ins Gewicht fällt? Besteht die Gefahr, dass das Interesse gegenüber bestimmten (bspw. raumspezifischen) Problemen aufgrund der geringeren internationalen Verwertbarkeit abnimmt?

10.3.2 Zur Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit von Forschungsbiografien und Forscher*innentypen

In dieser Arbeit wurden die individuellen Charakterzüge und persönlichen Präferenzen einzelner Planungswissenschaftler*innen kaum berücksichtigt. Von einer derart feinkörnigen Analyse zu der anvisierten Beschreibung und Erklärung der aggregierten Themenwahl in der planungswissenschaftlichen Disziplin zu gelangen, wäre im Rahmen dieses Vorhabens nicht leistbar gewesen. Der analytische Rahmen reduziert Individuen auf ihre Entscheidungen und Kommunikationen *innerhalb des wissenschaftlichen Systems* und trifft dabei vereinfachende Annahmen. Zwar hat jede interviewte Person Wahrnehmungen, Ideen, Interessen und Identitätskonstruktionen auch abseits wissenschaftlicher Verwertungsmechanismen. Allerdings ist bei der Frage, warum das Thema *im Kontext der Planungswissenschaft* aufgenommen worden ist und warum ein Gedanke *im wissenschaftlichen Kommunikationssystem* veröffentlicht worden ist, immer der wissenschaftliche Verwertungsgedanke von zentraler Bedeutung und als solcher auch explizit in den Interviews benannt. Das heißt, die Empirie bestätigt die Annahme, Forschungsentscheidungen seien anhand der Orientierung an epistemischem, sozialem, ökonomischem und politischem Kapital – mit unterschiedlichen Gewichtungen – zu erklären.

Gleichwohl ist die Unterschiedlichkeit und Spannbreite der untersuchten Forscher*innentypen bemerkenswert und aufschlussreich. Jede untersuchte Forschungsbiografie weist eine spezifische Forschungs- und Publikationsstrategie auf. Einige seien kurz umrissen:

- Die *Drittmittel-Akquisiteurin*¹ ist thematisch flexibel und verfügt über die Kompetenzen und Beziehungen, um erfolversprechende Forschungsanträge zu stellen. Eine Professorin erklärt ihren Ansatz folgendermaßen durch die Prägung in einem Planungsbüro:

„Ich habe durch das Büro natürlich vielleicht eine Vorprägung, die auch eine Rolle spielt. Im Büro ist man extrem akquiseorientiert, weil man permanent denkt ‚Akquise, Akquise, Akquise‘. [...] Und mit dieser Logik, mit diesem Denken, diesem Modus bin ich an die Hochschule gekommen und habe gemerkt, dass ich eigentlich die Hochschule fast wie das Büro weiterbetreibe, also permanent gucke, was es für Akquisitions- und Drittmittelmöglichkeiten gibt.“ (i68)

- Der *Impulsgeber* hat seine Stärken beim Erkennen von Problemen und Ideen, bei Gedankenspielen und Visionen. Er möchte insbesondere Akteur*innen der Praxis erreichen und legt bei Vorträgen und Veröffentlichungen weniger Wert auf die systematische, empirische und theoretische Fundierung seine Thesen.
- Die *kritische Mahnerin* ist eine gefragte Rednerin und Diskussionspartnerin nicht nur im planungswissenschaftlichen Kontext. Ihr Themenportfolio ist vielseitig und immer mit einer normativ-kritischen Positionierung verbunden. Sie schöpft ihre Reputation nicht primär aus Veröffentlichungen in planungswissenschaftlichen Zeitschriften.
- Der *Idealist* kämpft für seine Herzensangelegenheit in verschiedenen Arenen, mitunter auch in der Wissenschaft. Manchmal muss er Kompromisse eingehen, um seine wissenschaftliche Karriere am Laufen zu halten.
- Die *Wissenschafts-Fokussierte* erkennt früh Forschungslücken und verfügt über die Kompetenzen mit relevanten Vorstößen zu ihrer Schließung beizutragen. Ihre Motivation ist die wissenschaftliche Anerkennung, weshalb sie theoretisch und methodisch fundierte Veröffentlichungen mit hoher Reichweite in ihrem Fachbereich anstrebt.
- Der *Planungspraktiker* interessiert sich kaum für seine innerwissenschaftliche Reputation und orientiert sich stattdessen an den Nutzenerwartungen und Relevanzkriterien der Planungspraxis. Er sucht effiziente und effektive Lösungen für planungspraktische Probleme und versucht diese im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Umsetzung zu bringen.

¹ Zur Gewährleistung der Verständlichkeit werden in diesem Abschnitt – unabhängig von empirischen Befunden – alternierend Maskulinum und Feminum verwendet.

Einzelne Personen vereinen mehrere der genannten Identitätskonstruktionen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung auf sich. Hinzu kommen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Position, Fachbereich oder Organisationszugehörigkeit. Bislang wurde die Unterschiedlichkeit der Identitätskonstruktionen kaum systematisch in wissenschaftssoziologischen Arbeiten aufgearbeitet. Schimanks (2006: 59–60) Einteilung in anwendungsdistanzierte, anwendungsoffene und anwendungsfi-xierte Forscher*innentypen wären ein vielversprechender Ausgangspunkt für tiefgehende Untersuchungen. Wie gelangen Wissenschaftler*innen zu ihren spezifischen Identitätskonstruktionen und Veröffentlichungsstrategien? Wie verhalten sich bestimmte Forscher*innentypen in den Phasen einer Themenkarriere und was ist ihr Beitrag darin? Welcher Forscher*innentyp übernimmt welche Funktion für die wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und -kommunikation? Wie verändert sich der Anteil bestimmter Forscher*innentypen angesichts der zunehmenden Output-Orientierung der Wissenschaft und was bedeutet das für die Wissenschaft?

10.3.3 Zur Nutzung der quantitativen Datengrundlage

Die Empirie fußt auf einer aufwendig erhobenen und ebenso reichhaltigen Datengrundlage. Insbesondere die bibliometrischen Daten bieten bisher ungenutztes Potenzial, um weitere Aufschlüsse über die planungswissenschaftliche Wissens- und Sozialstruktur offenzulegen. Beispielsweise lässt sich die häufig gestellte Frage nach der Eigenständigkeit der planungswissenschaftlichen Disziplin auf der Grundlage von Zitations- und Ko-Publikationsdaten näherungsweise beantworten. So lässt sich analysieren, welche Autor*innen und Publikationen zitiert werden, mit wem (zu welchen Themen) kooperiert wird oder welche Bezüge zu anderen Disziplinen maßgeblich für die Erkenntnisentstehung sind. Auch eine Systematisierung des planungswissenschaftlichen Theoriekerns, wie sie beispielsweise von Wiechmann (2018) oder Diller und Thaler (2017a) vorgenommen wird, lässt sich mit Hilfe einer quantitativen Netzwerkanalyse unterstützen. Glückler und Goeke (2008) sowie Aufvenne und Steinbrink (2014) verfolgen bereits einen ähnlichen Ansatz in der Disziplin der Geografie. Anhand von Zitationsdaten lässt sich ermitteln, welche Theorien von zentraler Bedeutung sind und wie diese untereinander in Beziehung stehen. Die inhaltliche Nähe zwischen Publikationen und Theorien lässt sich etwa über netzwerkanalytische Verfahren der Kozitation (Publikationen stehen miteinander in Verbindung, wenn sie von denselben Artikeln zitiert werden) oder der bibliografischen Kopplung (Artikel stehen miteinander in Verbindung, wenn sie auf die gleiche Publikation verweisen) auswerten. Vorstellbar ist auch, die Entwicklung eines planungswissenschaftlichen Theoriekerns anhand

der Veränderungen theoretischer Bezüge im Zeitverlauf zu identifizieren und zu verfolgen.

10.3.4 Zur Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Planungswissenschaft und Systemumwelt

Diese Arbeit untersucht Thematisierungsprozesse im System der Planungswissenschaft und fasst Prozesse und Mechanismen in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (Politik, Wirtschaft, Medien, Recht), in anderen wissenschaftlichen Disziplinen sowie im Feld der Planungspraxis als systemexterne Impulse. Das heißt, diese wurden in Bezug auf ihre Einflussnahme auf die Planungswissenschaft analysiert, nur am Rande aber auch in Bezug auf ihre jeweilige Entstehung. Beispielsweise wurde das Zustandekommen bestimmter Entscheidungen der Fördermittelvergabe sowie der Ressortforschung zwar untersucht, um hier aber zu gesicherten Aussagen gelangen zu können, müssten die im Rahmen dieser Arbeit erhobenen Aussagen um weitere Perspektiven ergänzt werden. Die systematische Erschließung dieser vielschichtigen, nicht-öffentlichen und umkämpften Entscheidungen erfordert ein konkret darauf abzielendes Forschungsdesign. Des Weiteren könnten die unterschiedlichen Motive der verschiedenen Fördermittelgeber*innen sowie insbesondere ihre jeweilige Funktion in der planungswissenschaftlichen Wissensproduktion analysiert werden. Nicht zuletzt bleibt der Einfluss der planungswissenschaftlichen Wissensproduktion auf (Thematisierungs-)Prozesse in der Systemumwelt in dieser Arbeit unterbelichtet.

10.3.5 Zur Allgemeingültigkeit der empirischen Befunde

Die in Kapitel 2 und 4 dargelegten wissenschaftssoziologischen Erkenntnisse zeigen, dass einzelne Strukturen und Mechanismen der Thematisierung disziplin- und diskursübergreifend auftreten. Dies wird auch für den aus der Theorie abgeleiteten analytischen Rahmen in Anspruch genommen. Dessen Eignung als Kategoriengerüst zur Erfassung und Einordnung empirischer Beobachtungen planungswissenschaftlicher Thematisierungsprozesse wurde in den Kapiteln 7, 8 und 9 unter Beweis gestellt. Bezüglich der Allgemeingültigkeit der hier vorgelegten empirischen Ergebnisse lässt sich darüber hinausgehend allerdings keine Aussage treffen. Inwiefern sich ähnliche Abfolgen und Mechanismen von Thematisierungsprozessen in der Planungswissenschaft oder in anderen Disziplinen manifestieren, werden zukünftige Analysen zeigen müssen. Grundsätzlich

sind hierfür die Besonderheiten der Planungswissenschaft – bspw. Normativität, Interdisziplinarität, Anwendungsorientierung, starke Kopplung mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen (siehe Kp. 1.4) – sowie der beiden untersuchten Themen – parallele Aufmerksamkeitszyklen in Politik und Medien, hohe planungspraktische Bedeutung, Rolle von Fördermitteln – zu berücksichtigen. Diese Arbeit leistet nicht die abschließende Erklärung wissenschaftlicher Themenkarrieren, sondern dient als Aufschlag für die weitere Untersuchung und Diskussion wissenschaftlicher Thematisierungsprozesse in der Planungswissenschaft und darüber hinaus.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.



Literaturverzeichnis

- Abrahamson, Eric (2009): Necessary conditions for the study of fads and fashions in science. In: *Scandinavian Journal of Management* 25, S. 235–239.
- Abrahamson, Warren G.; Whitham, Thomas G.; Price, Peter W. (1989): Fads in ecology: is there a bandwagon and do we know when to get off? In: *BioScience* 39 (5), S. 321–325.
- Aehnelt, Reinhard (2018): Baut auf, baut auf! Reißt ab, reißt ab! Der industriell errichtete Wohnungsbestand im Spannungsfeld von Marktprozessen, Interessen und Politik. In: Uwe Altröck, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 15–34.
- Aljets, Enno (2015): *Der Aufstieg der Empirischen Bildungsforschung. Ein Beitrag zur institutionalistischen Wissenschaftssoziologie (Organization & public management)*. Wiesbaden: Springer VS.
- Aljets, Enno; Lettkemann, Eric (2012): Hochschulleitung und Forscher: Von wechselseitiger Nichtbeachtung zu wechselseitiger Abhängigkeit. In: Uwe Wilkesmann und Christian J. Schmid (Hg.): *Hochschule als Organisation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 131–153.
- Anderson, James E. (1975): *Public policy making (Basic concepts in political science)*. London: Nelson.
- Anderson, John R. (2009): *Cognitive Psychology and Its Implications*. 7. Aufl. New York: Worth Publishers.
- Angermüller, Johannes (2012): Wissenschaft als Wissen/Macht. Für eine Wissenschaftssoziologie nach dem Strukturalismus. In: Hans-Georg Soeffner (Hg.): *Transnationale Vergesellschaftungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 707–718.
- Aring, Jürgen; Sinz, Manfred (2006): Neue Leitbilder der Raumentwicklung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64 (6), S. 451–459. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF03183111>.
- ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.) (1976): *Planung unter veränderten Verhältnissen. Referate und Diskussionsberichte anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg (Forschungs- und Sitzungsberichte, 108)*. Hannover: Hermann Schroedel Verlag.

- ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.) (1983): Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs (Forschungs- und Sitzungsberichte, 144). Hannover: Curt R. Vincentz Verlag.
- ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.) (2000): Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung. Handreichung zur Operationalisierung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 212). Hannover: Verlag der ARL.
- ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (2003): Vorwort. In: Helmut Karl und Jürgen Pohl (Hg.): Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt. Katastrophenvorsorge durch Raumplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 220). Hannover: Verlag der ARL, VII.
- ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.) (2011): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL.
- Arzheimer, Kai; Schoen, Harald (2009): Isoliert oder gut vernetzt? Eine vergleichende Exploration der Publikationspraxis in der PVS. In: *Politische Vierteljahresschrift* 50 (3), S. 604–626. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11615-009-0149-y>.
- Aufenvenne, Philipp; Egner, Heike; Elverfeldt, Kirsten von (2014): On Climate Change Research, the Crisis of Science and Second-Order Science. In: *Radical Constructivism* 10 (1).
- Aufenvenne, Philipp; Steinbrink, Malte (2014): Brüche und Brücken: Netzwerk- und zitationsanalytische Beobachtungen zur Einheit der Geographie. In: *Geographie und Landeskunde. Berichte* 88 (3), S. 257–292.
- Autzen, Rainer; Becker, Heidede (1985): Moderne Zeiten: Aufwertung, Rückbau oder was sonst? In: *Stadtbauwelt* 86 (24), S. 134–142.
- Bahlburg, Cord Heinrich (2003): Klimaänderungen und die Aufgaben der räumlichen Planung. Welchen Beitrag kann die räumliche Planung zu einem raumorientierten Risikomanagement in Technik und Umwelt, insbesondere im Hinblick auf eine Klimaänderung leisten? Erfahrungen aus Berlin-Brandenburg. In: Helmut Karl und Jürgen Pohl (Hg.): Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt. Katastrophenvorsorge durch Raumplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 220). Hannover: Verlag der ARL, S. 132–153.
- Bahlburg, Cord Heinrich (2005): Hochwasser und andere Katastrophen – Was haben wir gelernt? In: Helmut Karl, Jürgen Pohl und Horst Zimmermann (Hg.): Risiken in Umwelt und Technik. Vorsorge durch Raumplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 223). Hannover: Verlag der ARL, S. 3–14.
- Barbehön, Marlon; Münch, Sybille; Haus, Michael; Heinelt, Hubert (2015): Städtische Problemdiskurse. Lokalpolitische Sinnhorizonte im Vergleich (Modernes Regieren – Schriften zu einer neuen Regierungslehre, 12). Baden-Baden: Nomos.
- Barber, Bernhard (1968): The functions and dysfunctions of “fashion” in science: a case for the study of social change. In: *Mens en Maatschappij* 43 (6), S. 501–514. Online verfügbar unter <https://ugp.rug.nl/MenM/article/view/13495/10995>, zuletzt geprüft am 15.08.2020.
- Baumgartner, Frank R.; Jones, Bryan D. (2009 [1993]): *Agendas and instability in American politics* (American politics and political economy series). Chicago: University of Chicago Press.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2000a): Marktchancen des jüngeren Geschosswohnungsbestandes der neuen Länder (Forschungen, Heft 95). Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2000b): Raumordnungsbericht 2000 (Berichte / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bd. 7). Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2005): Raumordnungsbericht 2005 (Berichte / Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bd. 21). Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Becker, Paul; Deuschländer, Thomas; Koßmann, Meinolf; Namyslo, Joachim; Knierim, Andrea (2008): Klimaszenarien und Klimafolgen. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (6–7), S. 341–352.
- Ben-David, Joseph; Collins, Randall (1966): Social Factors in the Origins of a New Science: The Case of Psychology. In: *American Sociological Review* 31 (4), S. 451–465.
- Benz, A. (2011): Der moderne Staat: Grundlagen der politischen Analyse (Oldenbourg Verlag München). 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Berens, H. (2001): Prozesse der Thematisierung in publizistischen Konflikten. Ereignismanagement, Medienresonanz und Mobilisierung der Öffentlichkeit am Beispiel von Castor und Brent Spar. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bergmann, Eckhard; Kanzlerski, Dieter; Otto, Ingrid; Peters, Aribert; Schmitz, Stefan; Wagner, Gerhard; Wiegand, Claus-Christian (1993): Raumstruktur und CO₂-Vermeidung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (8), S. 489–567.
- Berman, Elizabeth Popp (2013): Not Just Neoliberalism: Economization in US Science and Technology Policy. In: *Science, Technology, & Human Values* 39 (3), S. 397–431. DOI: <https://doi.org/10.1177/0162243913509123>.
- Bernt, Matthias (2017): „Keine unklugen Leute“. Die Durchsetzung des „Stadtumbau Ost“. In: *suburban* 5 (1/2), S. 41–60. DOI: <https://doi.org/10.36900/suburban.v5i1/2.273>.
- Besio, Cristina (2010): Netzwerke der Wissenschaft. In: Michael Bommes und Veronika Tacke (Hg.): *Netzwerke in der funktional differenzierten Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119–142.
- Bettencourt, Luís M.A.; Cintrón-Arias, Ariel; Kaiser, David I.; Castillo-Chávez, Carlos (2006): The power of a good idea: Quantitative modeling of the spread of ideas from epidemiological models. In: *Physica A: Statistical Mechanics and its Applications* 364, S. 513–536. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.physa.2005.08.083>.
- Bettencourt, Luís M.A.; Kaiser, David I.; Kaur, Jasleen (2009): Scientific discovery and topological transitions in collaboration networks. In: *Journal of Informetrics* 3 (3), S. 210–221. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.joi.2009.03.001>.
- Bettencourt, Luís M.A.; Kaiser, David I.; Kaur, Jasleen; Castillo-Chávez, Carlos; Wojcik, David E. (2008): Population modeling of the emergence and development of scientific fields. In: *Scientometrics* 75 (3), S. 495–518. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11192-007-1888-4>.
- bfsr (Beirat der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung) (2020): planungsstudium – Die Internetpräsenz des Beirats der Fachschaften für Stadt- und Raumplanung. Online verfügbar unter <http://bfsr.projektrat.de/bfsr/>, zuletzt geprüft am 05.05.2020.
- Birkland, Thomas A. (2007): Agenda Setting in Public Policy. In: Frank Fischer, Gerald J. Miller und Mara S. Sidney (Hg.): *Handbook of Public Policy Analysis – Theory, Politics, and Methods*. Boca Raton, FL, USA: CRC Press, S. 63–78.

- Birkmann, Jörn; Daschkeit, Achim; Fleischhauer, Mark; Frommer, Birte; Jacoby, Christian; Kiwitt, Thomas et al. (2009): Klimawandel als Aufgabe der Regionalplanung (Positionspapier aus der ARL, 81). Hannover. Online verfügbar unter URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-00819>, zuletzt geprüft am 15.08.2020.
- Birkmann, Jörn; Vollmer, Maike; Schanze, Jochen (Hg.) (2013): Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung (Forschungsberichte der ARL, 2). Hannover: Verlag der ARL. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-07302>, zuletzt geprüft am 15.08.2020.
- Blotevogel, Hans Heinrich (2014): Transdisziplinarität als methodologisches Paradigma der Akademie für Raumforschung und Landesplanung? Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Raumwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen im Deutschen Institut für Urbanistik. Berlin, 19.05.2014. Online verfügbar unter https://www.arl-net.de/system/files/ws_arl_zalf_transdisziplinaritaet_beitrag_blotevogel.pdf, zuletzt geprüft am 10.06.2020.
- Blotevogel, Hans Heinrich; Wiegand, Timm Sebastian (2015): Zur Evaluation von Wissensgenerierung und Wissenstransfer in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) – Leibniz-Forum für Raumwissenschaften. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73 (3), S. 155–165. DOI: <https://doi.org/10.1007/s13147-015-0346-7>.
- Blum, Sonja; Schubert, Klaus (2018): Politikfeldanalyse. Eine Einführung (Elemente der Politik). 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Blumer, Herbert (1969): Fashion: From Class Differentiation to Collective Selection. In: *THE SOCIOLOGICAL QUARTERLY* 10 (3), S. 275–291.
- Blumhoff, Andree; Seiffert, Jens (2014): Medienanalysen als Informationsquelle für das Kommunikationsmanagement. In: Zerfaß, Ansgar, Piwinger, Manfred (Hg.): *Handbuch Unternehmenskommunikation. Strategie – Management – Wertschöpfung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 567–584.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2004a): Bekanntmachung von Förderrichtlinien zum Förderschwerpunkt „Forschung für die nachhaltige Entwicklung der Megastädte von morgen“ (12.02.2004–01.09.2004). Online verfügbar unter <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-62.html>, zuletzt geprüft am 15.08.2020.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2004b): Call for proposals in the funding programme “Research for the Sustainable Development of the Megacities of Tomorrow”. Ausschreibung vom 01.02.2004. Bonn, 5 Seiten.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2004c): The urban transition: Research for the sustainable development of the megacities of tomorrow. Handreichung zur Ausschreibung vom 10.03.2004, 24 Seiten.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2004d): Bekanntmachung von Richtlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Förderung von „Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen“ (04.11.2004–31.03.2005). Online verfügbar unter <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-93.html>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2007a): Bekanntmachung von Richtlinien zur Förderung von Forschungsvorhaben Klimawandel in Regionen zukunfts-fähig gestalten (KLIMZUG) Regionen gewinnen im Wettbewerb – die Welt gewinnt mit! Online verfügbar unter <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-234.html>, zuletzt geprüft am 01.03.2020.

- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2007b): Handreichung: „Energie- und klimaeffiziente Strukturen in urbanen Wachstumszentren“. Leitlinien zur Fokussierung des BMBF-Förderschwerpunkts zur nachhaltigen Entwicklung der Megastädte von morgen, 4 Seiten.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (Hg.) (2013): Future Megacities in Action – About the Conference. Online verfügbar unter http://www.future-megacities-2013.org/about_conference.html#topics, zuletzt geprüft am 02.10.2019.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung); DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V.) (2007): Megacities – Antragstellung in der Hauptphase, 2007. Brief an Projektleiter, 3 Seiten.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung); IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) (2007): Forschung und Praxis für Klimaschutz und Anpassung. klimazwei Projektbroschüre.
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung); IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) (Hg.) (2011): Klimawandel in Regionen. Anpassungsstrategien für sieben Regionen. KLIMZUG Projektbroschüre, 40 Seiten.
- BMRBS (Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1974): Raumordnungsbericht 1974. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 7/3582 des Deutschen Bundestags.
- BMRBS (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1991): Raumordnungsbericht 1991.
- BMRBS (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1994): Raumordnungsbericht 1993.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (2012a): 10 Jahre Stadtumbau Ost – Berichte aus der Praxis. 5. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (Hg.) (2012b): Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost. Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag, erstmals erschienen als Bundesdrucksache 17/10942.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) (Hg.) (2012c): Stadtumbau West. Evaluierung des Bund-Länder-Programms. Berlin.
- BMVBW (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen) (Hg.) (1999): Eine Zukunft für die Plattenbausiedlungen. Abschlussbericht der Forschungsbegleitung zum Bund-Länder-Förderprogramm „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins“. Berlin.
- Bornefeld, Benjamin (2005): Das EU-Emissionshandelssystem und kommunaler Klimaschutz. Handlungsansätze für Kommunen. Diplomarbeit Univ. Dortmund, Fakultät Raumplanung. Dortmund.
- Bort, Suleika; Kieser, Alfred (2011): Fashion in Organization Theory: An Empirical Analysis of the Diffusion of Theoretical Concepts. In: *Organization Studies* 32 (5), S. 655–681.
- Bourdieu, Pierre (1975): The Specificity of the Scientific Field and the Social Conditions of the Progress of Reason. In: *Social Science Information* 14 (6), S. 19–47.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2). Göttingen: Schwartz, S. 183–198.

- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo Academicus* (English translation). Stanford, California (USA): Stanford University Press.
- Brandstetter, Benno; Lang, Thilo; Pfeifer, Anne (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: *Berliner Debatte Initial* 16 (6), S. 55–68.
- Braun, Dietmar (2001): Regulierungsmodelle und Machtstrukturen an Universitäten. In: Erhard Stölting und Uwe Schimank (Hg.): *Die Krise der Universitäten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 243–262.
- Braun, Dietmar; Merrien, François-Xavier (1999): *Towards a new model of governance for universities? A comparative view* (Higher Education Policy Series, 53). London: Jessica Kingsley Publishers.
- Braun-Thürmann, Holger (2010): Wandel der Wissensproduktion. In: Dagmar Simon, Andreas Knie und Stefan Hornbostel (Hg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–88.
- Brettschneider, Frank (2014): Massenmedien und Wählerverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 625–657.
- Broadus, Robert N. (1987): Toward a definition of “bibliometrics”. In: *Scientometrics* 12 (5), S. 373–379. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF02016680>.
- Brosius, Hans-Bernd; Eps, Peter (1993): Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Anschläge gegen Ausländer und Asylanten. In: *Rundfunk und Fernsehen* Jg. 41 (Nr. 4), S. 512–530.
- Brown, Trent (2016): Sustainability as Empty Signifier: Its Rise, Fall, and Radical Potential. In: *Antipode* 48 (1), S. 115–133. DOI: <https://doi.org/10.1111/anti.12164>.
- Bruhse, Carina (2016): Trends in der Fördermittelvergabe im Bereich Raumplanung. Masterarbeit. TU Dortmund, Dortmund. Fakultät Raumplanung.
- Bruns, Hermann; Spehl, Harald (1998): Szenarien für Berlin-Brandenburg bis 2030. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Nachhaltige Raumentwicklung. Szenarien und Perspektiven für Berlin-Brandenburg* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 205). Hannover: Verlag der ARL, S. 84–127.
- Bulkow, Kristin; Schweiger, Wolfgang (2013): Agenda Setting – zwischen gesellschaftlichem Phänomen und individuellem Prozess. In: Wolfgang Schweiger und Andreas Fahr (Hg.): *Handbuch Medienwirkungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 171–190.
- Bund; Misereor (1997): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Basel: Birkhäuser Basel.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2007): *Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Dokumentation der Fachtagung am 30. Oktober 2007 im Umweltforum Berlin*.
- Bundesregierung (2008): *Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel vom Bundeskabinett am 17. Dezember 2008 beschlossen*. Berlin.
- Burkart, Roland (2002): *Kommunikationswissenschaft*. Wien: Böhlau Verlag.
- Cairney, Paul; Zahariadis, Nikolaos (2016): Multiple streams approach: a flexible metaphor presents an opportunity to operationalize agenda setting processes. In: Nikolaos Zahariadis (Hg.): *Handbook of public policy agenda setting* (Handbooks of research on public policy). Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, 87–105.
- Christmann, Gabriela; Ibert, Oliver; Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2018): How Does Novelty Enter Spatial Planning? Conceptualizing Innovations in Planning and Research Strategies. In: Werner Rammert, Arnold Windeler, Hubert Knoblauch und Michael Hutter

- (Hg.): *Innovation Society Today. Perspectives, Fields, and Cases*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 247–272.
- Christmann, Gabriela B.; Ibert, Oliver; Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2020): Innovations in spatial planning as a social process – phases, actors, conflicts. In: *European Planning Studies* 28 (3), S. 496–520. DOI: <https://doi.org/10.1080/09654313.2019.1639399>.
- Chubin, Daryl E.; Connolly, Terence (1982): Research Trails and Science Policies: Local and Extra-Local Negotiation of Scientific Work. In: Norbert Elias, Herminio Martins und Richard Whitley (Hg.): *Scientific Establishments and Hierarchies (Sociology of the Sciences, VI)*. Dordrecht: Reidel, S. 293–311.
- Claas, Anna Sophia (2015): *Der Begriff der Kommunikation bei Niklas Luhmann. Eine philosophische Analyse*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Cobb, Roger W.; Elder, Charles D. (1972): *Participation in American Politics. The Dynamics of Agenda Building*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Cobb, Roger W.; Ross, Mark Howard (Hg.) (1997): *Cultural Strategies of Agenda Denial*. Lawrence, KS: University Press of Kansas.
- Cohen, Bernard Cecil (2015 [1963]): *Press and Foreign Policy (Princeton Legacy Library)*. Princeton: Princeton University Press.
- Cohen, Michael D.; March, James G.; Olsen, Johan P. (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: *Administrative Science Quarterly* 17 (1), S. 1–25. DOI: <https://doi.org/10.2307/2392088>.
- Cole, Jonathan R. (1970): Patterns of intellectual influence in scientific research. In: *Sociology of Education* (43), S. 377–403.
- Collins, Randall (1998): *The Sociology of Philosophies: Towards a Global Theory of Intellectual Change*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- Cooksey, David (2006): A review of UK health research funding. Hg. v. HMSO. Norwich. Online verfügbar unter https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/118404/881.pdf, zuletzt geprüft am 20.06.2019.
- Crane, Diana (1969a): Fashion in Science. Does It Exist? In: *Social Problems* 16 (4), S. 433–441. DOI: <https://doi.org/10.2307/799952>.
- Crane, Diana (1969b): Social Structure in a Group of Scientists: A Test of the “Invisible College” Hypothesis. In: *American Sociological Review* 34 (3), S. 335–352. DOI: <https://doi.org/10.2307/2092499>.
- Crane, Diana (1972): *Invisible colleges: diffusion of knowledge in scientific communities*. Chicago: Chicago University Press.
- Cross, Mai’a K. Davis (2013): Rethinking epistemic communities twenty years later. In: *Review of International Studies* (39), S. 137–160.
- Czarniawska, Barbara (2008): Management fashions and fads. In: Stewart R. Clegg und James R. Bailey (Hg.): *International Encyclopedia of Organization Studies* 3, S. 849–855.
- Danielzyk, Rainer; Münter, Angelika (2018): Raumplanung. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung): *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. Hg. v. Thomas Döring, Ilse Helbrecht, Catrin Schmidt, Susan Grotefels, Hans Heinrich Blotevogel und Johann Jessen. Hannover: Verlag der ARL, S. 1931–1942.
- Daschkeit, Achim (2010): Anpassung an den Klimawandel – Integration durch Raumplanung. In: Antje Matern, Sabine von Löwis und Antje Bruns (Hg.): *Integration – Aktuelle Anforderungen und Strategien in der Stadt-, Raum- und Umweltplanung*. 12. Junges Forum der

- ARL 10. bis 12. Juni 2009 in Hamburg (Arbeitsmaterial der ARL, 353). Hannover: Verlag der ARL, S. 27–34.
- Davidson, Mark (2010): Sustainability as ideological praxis: The acting out of planning's master-signifier. In: *City* 14 (4), S. 390–405. DOI: <https://doi.org/10.1080/13604813.2010.492603>.
- Davoudi, Simin (2006): Evidence-Based Planning. In: *disP – The Planning Review* 42 (165), S. 14–24. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.2006.10556951>.
- Debackere, Koenraad; Clarysse, Bart; Wijneberg, Nachoem M.; Rappa, Michael A. (1994): Science and industry. A theory of networks and paradigms. In: *Technology Analysis & Strategic Management* 6 (1), S. 21–38. DOI: <https://doi.org/10.1080/09537329408524150>.
- Der Spiegel (1986): DIE KLIMA-KATASTROPHE. Ozon-Loch, Pol-Schmelze, Treibhaus-Effekt: Forscher warnen. In: *Der Spiegel*, 11.08.1986 (33/1986).
- Der Spiegel (1991): Crash am Wohnungsmarkt. In: *Der Spiegel*, 15.07.1991 (29/1991), S. 102–112.
- Dery, David (2000): Agenda Setting and Problem Definition. In: *Policy Studies* 21 (1), S. 37–47.
- Deutscher Bundestag (1974): Raumordnungsbericht 1974. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 7/3582.
- Deutscher Bundestag (2020): Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages – ab 1949. Online verfügbar unter <https://pdok.bundestag.de/>, zuletzt aktualisiert am 01.03.2020.
- Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode (1994): Schlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“. Mehr Zukunft für die Erde – Nachhaltige Energiepolitik für dauerhaften Klimaschutz -. Drucksache 12/8600.
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Drucksache 14/8800.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2015): DFG Förderatlas: Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland. Weinheim: Wiley-VCH.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2018): DFG Förderatlas: Kennzahlen zur öffentlich finanzierten Forschung in Deutschland. Weinheim: Wiley-VCH.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2019a): Grundlagen der Chancengleichheitsarbeit im Fördersystem der DFG. Online verfügbar unter https://www.dfg.de/foerderung/grundlagen_rahmenbedingungen/chancengleichheit/grundlagen/index.html, zuletzt geprüft am 09.05.2019.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2019b): Jahresbericht 2018. Aufgaben und Ergebnisse. Bonn. Online verfügbar unter https://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/dfg_jb2019.pdf, zuletzt geprüft am 15.08.2020.
- Diaz-Bone; Rainer (2006): Eine kurze Einführung in die sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse. Mitteilungen aus dem Schwerpunktbereich Methodenlehre, Heft Nr. 57. Freie Universität Berlin.
- Diller, Christian; Oberding, Sarah (2017): «Probleme zuerst» – ein banaler, überholter Imperativ in der Raumplanung? In: *disP – The Planning Review* 53 (4), S. 55–70. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.2017.1414492>.
- Diller, Christian; Thaler, Thomas (2017a): Planungstheorien in raumwissenschaftlichen Publikationen. In: *NACHRICHTEN DER ARL* (1).

- Diller, Christian; Thaler, Thomas (2017b): Zum Gap zwischen theoriebasierter Planungsforschung und Planungspraxis. Eine Betrachtung weiter Teile des deutschsprachigen planungswissenschaftlichen Outputs seit 2003. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (1), S. 57–69. DOI: <https://doi.org/10.1007/s13147-016-0431-6>.
- Dosch, Fabian; Porsche, Lars; Schuster, Philipp (2008): Anpassung an den Klimawandel aus europäischer Perspektive. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (6–7), S. 381–394.
- Downs, Anthony (1972): Up and Down With Ecology. The "Issue-Attention Cycle". In: *The Public Interest* (28), S. 38–50.
- Dunlop, Claire A. (2014): The possible experts: how epistemic communities negotiate barriers to knowledge use in ecosystems services policy. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 32, S. 208–228.
- Dunlop, Claire A. (2017): The irony of epistemic learning: epistemic communities, policy learning and the case of Europe's hormones saga. In: *Policy and Society* 36 (2), S. 215–232.
- Egloff, Rainer (2005): Einleitung. In: Rainer Egloff (Hg.): *Tatsache – Denkstil – Kontroverse. Auseinandersetzungen mit Ludwik Fleck*. Zürich: Collegium Helveticum, S. 7–13.
- Egner, Heike (2007): Überraschender Zufall oder gelungene wissenschaftliche Kommunikation: Wie kam der Klimawandel in die aktuelle Debatte? In: *GAIA* 16 (4), S. 250–254.
- Egner, Heike; Ratter, Beate M.W.; Dikau, Richard (Hg.) (2008): *Umwelt als System – System als Umwelt? Systemtheorien auf dem Prüfstand*. München: oekom Verlag.
- Eichhorn, Wolfgang (2005): *Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierung*. 2. Auflage. München (digitale Ausgabe). Online verfügbar unter DOI: <https://doi.org/10.5282/ubm/epub.734>, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Ellis, William Curtis; Ripberger, Joseph T.; Swearingen, C. Douglas (2011): Examining the Impact of Public Attention on Fundraising in U.S. Senate Elections. Paper prepared for presentation at the 2011 Annual Meeting of the American Political Science Association, Seattle, WA, September 1–4. Online verfügbar unter https://papers.ssrn.com/sol3/Delivery.cfm/SSRN_ID1910185_code1322161.pdf?abstractid=1901704&mirid=1, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Entman, Robert M. (1993): Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. In: *Journal of communication* 43 (4), S. 51–58.
- European Commission (1992): *The fifth European Community environmental action programme. Towards sustainability*. Bradford: European Research Press.
- European Commission (2001): *Environment 2010: our future, our choice: 6th EU environment action programme*. Luxembourg: EUR-OP.
- Faludi, Andreas; Waterhout, Bas (2006): Introducing Evidence-Based Planning. In: *disP – The Planning Review* 42 (165), S. 4–13. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.2006.10556950>.
- Farenholtz, Christian (1976): *Stadtumbau und Stadterweiterung. Berichte der Gruppe 4*. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Planung unter veränderten Verhältnissen. Referate und Diskussionsberichte anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg (Forschungs- und Sitzungsberichte, 108)*. Hannover: Hermann Schroedel Verlag, S. 57–58.

- Feiertag, Patricia (2018): Politikrelevantes Wissen in der Raumplanung. Grenzarbeit zwischen Wissenschaft und Politik in Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz. Lemgo: Dorothea Rohn.
- Feist, Gregory J. (2006): *The Psychology of Science and the Origins of the Scientific Mind*. New Haven and London: Yale University Press.
- Fell, Honor B. (1960): Fashion in Cell Biology. In: *Science* 132 (3440), 1625–1627.
- Feyerabend, Paul K. (1975): *Against Method. Outline of an Anarchistic Theory of Knowledge*. London: New Left Books.
- Fischer, Frank; Forester, John (Hg.) (1993): *The argumentative turn in policy analysis and planning*. London: Duke University Press.
- Fleck, Ludwik (1929): Zur Krise der „Wirklichkeit“. In: *Naturwissenschaften* 17 (23), S. 425–430. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF01513488>.
- Fleck, Ludwik (1935): *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Basel.
- Fleck, Ludwik (1983a): Das Problem einer Theorie des Erkennens. In: Lothar Schäfer und Thomas Schnelle (Hg.): *Ludwik Fleck: Erfahrung und Tatsache. Gesammelte Aufsätze (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 404)*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 84–127.
- Fleck, Ludwik (1983b): Über die wissenschaftliche Beobachtung und die Wahrnehmung im allgemeinen. In: Lothar Schäfer und Thomas Schnelle (Hg.): *Ludwik Fleck: Erfahrung und Tatsache. Gesammelte Aufsätze (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 404)*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 59–83.
- Fleischhauer, Mark (2003): *Klimawandel, Naturgefahren und Raumplanung. Ziel- und Indikatorenkonzept zur Operationalisierung räumlicher Risiken aus klimarelevanten Naturgefahren als Beitrag zu einer nachhaltigen Raumentwicklung*. Dissertation. TU Dortmund.
- Fleischhauer, Mark; Bornefeld, Benjamin (2006): Klimawandel und Raumplanung. Ansatzpunkte der Raumplanung und Bauleitplanung für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. In: *Raumforschung und Raumordnung* 64 (3), S. 161–171.
- Flick, Uwe (2006): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 4. Aufl. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Flyvbjerg, Bent (1998): Rationality and Power. In: Scott Campbell und Susan S. Fainstein (Hg.): *Readings in Planning Theory*. 3. Aufl. Oxford: Blackwell, S. 318–329.
- Flyvbjerg, Bent (2000): *Ideal Theory, Real Rationality: Habermas versus Foucault and Nietzsche*. Paper for the 50th Annual Conference of the Political Studies Association, 10.-13. April 2000. London.
- Flyvbjerg, Bent (2006): Five Misunderstandings about Case-Study Research. In: *Qualitative Inquiry* 12 (2), S. 219–245.
- Flyvbjerg, Bent; Richardson, Tim (2002): Planning and Foucault in search of the dark side of planning theory. In: Mark Tewdwr-Jones und Philip Allmendinger (Hg.): *Planning futures. New directions for planning theory*. London: Routledge, S. 44–62.
- Fochler, Maximilian (2016): Variants of Epistemic Capitalism: Knowledge Production and the Accumulation of Worth in Commercial Biotechnology and the Academic Life Sciences. In: *Science, Technology, & Human Values* 41 (5), S. 922–948.
- Fortin, Jean-Patrick (1985): Das Unternehmen "Banlieues 89". In: *Stadtbauwelt* 86 (24), S. 148–155.

- Franzen, Martina (2012): Making Science News: The Press Relations of Scientific Journals and Implications for Scholarly Communication. In: Simone Rödder und Martina Franzen (Hg.): The sciences' media connection – public communication and its repercussions (Sociology of the Sciences Yearbook, vol. 28), Bd. 28. Dordrecht: Springer, S. 333–352.
- Fuchs, Oliver; Wiechmann, Thorsten (2004): Planung und Migration – Trends, Herausforderungen und offene Fragen – Einführung. In: Thorsten Wiechmann und Oliver Fuchs (Hg.): Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Hannover: Verlag der ARL, S. 1–6.
- Füg, Franz (2015): Reflexive Regionalpolitik als soziale Innovation. Vom Blick in die Sackgasse zur kollektiven Neuerfindung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (3), S. 245–260.
- Fuhrich, Manfred (2003): Stadt retour – Dimensionen und Visionen der „schlanken Stadt“. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (10–11), S. 589–604.
- Fürst, Dietrich (1996): Komplexitätsverarbeitung in der Planung (Stadt-, Regional- und Landesplanung) – am Beispiel der Regionalplanung. In: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 35 (1), S. 20–37.
- Fürst, Dietrich (2010): Raumplanung. Herausforderungen des deutschen Institutionensystems (Planungswissenschaftliche Studien zu Raumordnung und Regionalentwicklung, 1). Detmold: Dorothea Rohn.
- Fürst, Dietrich; Mäding, Heinrich (2011): Raumplanung unter veränderten Verhältnissen. In: Klaus Borchard, Werner Buchner, Werner Müller, Axel Prieb, Dietmar Scholich, Manfred Sinz und Peter Müller (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, S. 11–45.
- Gans, Paul; Schmitz-Veltin, Ansgar (Hg.) (2006): Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen (Forschungs- und Sitzungsberichte, 226). Hannover: Verlag der ARL.
- Ganser, Karl (1985): Zur Lage. In: *Stadtbauwelt* 86 (24), S. 120–121.
- Ganser, Karl (1997): Aufstieg und Fall städtischer Regionen. In: Thomas Krämer-Badoni und Werner Petrowsky (Hg.): Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen, 14.-16. November 1996 (Forschungsberichte, 8). Bremen, S. 7–12.
- Gerhardt, Jürgen (1998): Öffentlichkeit. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli und Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268–274.
- Gerhardt, Tim (2001): Neue Perspektiven für die Strategie-Struktur-Diskussion. Erweiterung um Aspekte der Themen- und Agendabildung. Dissertation. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Gibbons, Michael; Limoges, Camille; Nowotny, Helga; Schwartzman, Simon; Scott, Peter; Trow, Martin (1994): The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies. London: SAGE Publications.
- Gläser, Jochen (2012a): How does Governance change research content? On the possibility of a sociological middle-range theory linking science policy studies to the sociology of scientific knowledge. The Technical University Technology Studies – Working Papers – TUTS-WP-1–2012. TU Berlin. Online verfügbar unter <https://www.ts.tu-berlin.de/fileadmin/fg226/TUTS/TUTS-WP-1-2012.pdf>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.

- Gläser, Jochen (2012b): Scientific Communities. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): Handbuch Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden: Springer VS, S. 151–162.
- Gläser, Jochen; Glänzel, Wolfgang; Scharnhorst, Andrea (2017): Same data—different results? Towards a comparative approach to the identification of thematic structures in science. In: *Scientometrics* (111), S. 981–998.
- Gläser, Jochen; Lange, Stefan; Laudel, Grit; Schimank, Uwe (2015): Evaluationsbasierte Forschungsfinanzierung und ihre Folgen. In: Renate Mayntz, Friedhelm Neidhardt, Peter Weingart und Ulrich Wengenroth (Hg.): Wissensproduktion und Wissenstransfer, Wissen im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Berlin: transcript Verlag, S. 145–170.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2006): Experteninterviews und Qualitative Inhaltsanalyse. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2007): Evaluation Without Evaluators. In: Richard Whitley und Jochen Gläser (Hg.): The Changing Governance of the Sciences: The Advent of Research Evaluation Systems. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 127–151.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2009): Identifying individual research trails. In: Birger Larsen und Jacqueline Leta (Hg.): Proceedings of the 12th International Society for Scientometrics and Informetrics (ISSI'09). Rio de Janeiro, S. 841–845. Online verfügbar unter https://pdfs.semanticscholar.org/2572/11a2a77368b52a38b497154ea9cc7f0dc499.pdf?_ga=2.170220579.2056505210.1597849673-545712176.1597849673, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2015a): A Bibliometric Reconstruction of Research Trails for Qualitative Investigations of Scientific Innovations. In: *Historical Social Research / Historische Sozialforschung* 40 (153), S. 299–352.
- Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2015b): The Three Careers of an Academic. Hg. v. Zentrum Technik und Gesellschaft – TU Berlin (Discussion Paper, 35). Online verfügbar unter http://www.laudel.info/wp-content/uploads/2015/12/35_2015discussion_paper_Nr_35_Glaeser_Laudel.pdf, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Glock, Birgit (2006): Stadtpolitik in schrumpfenden Städten. Duisburg und Leipzig im Vergleich (Stadt, Raum und Gesellschaft, 23). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Glückler, Johannes; Goeke, Pascal (2008): Die Wissensarchitektur der deutschen Hochschulgeographie: Ein Blick hinter den Organisationsplan einer Disziplin. In: *SPACES online* 6 (2008–5). Online verfügbar unter http://www.spaces-online.uni-hd.de/include/SPACES%202008-05%20Glueckler_Goeke.pdf, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Glückler, Johannes; Goeke, Pascal (2009): Geographie sei, was Geographen tun. Ein Blick hinter den Organisationsplan einer Disziplin. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 83 (3), S. 261–280.
- Göb, Rüdiger (1977): Die Schrumpfende Stadt. In: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 16 (2), S. 149–177.
- Goderbauer, Evi; Karsten, Martin (2003): Stadumbau West. Pilotstädte am Start. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (10–11), S. 669–676.
- Goodell, Rae (1977): The Visible Scientists. In: *The Sciences* 17 (1), S. 6–9. DOI: <https://doi.org/10.1002/j.2326-1951.1977.tb01494.x>.

- Göschel, Albrecht (2003): Schrumpfende Städte: Planerische Reaktionen auf den Leerstand. In: *Planerin* (2), S. 9–10.
- Gottlieb, Julian (2015): Protest news framing cycle: How The New York Times covered occupy wall street. In: *International Journal of Communication* 9, S. 231–253.
- Granovetter, Mark (1973): The Strength of Weak Ties. In: *American Journal of Sociology* 78, S. 1360–1380.
- Granovetter, Mark (1985): Economic action and social structure: The problem of embeddedness. In: *American Journal of Sociology* 91 (3), S. 481–510.
- Gravert, Andreas; Günzel, Marian; Volkmann, Anne; Wiechmann, Thorsten (2013): Agenda Setting in der Planung. Zur Karriere von stadtplanerischen Modethemen. In: *Raumplanung* (167), S. 21–26.
- Gravert, Andreas; Günzel, Marian; Wiechmann, Thorsten (2018): Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft? TIPKUS Working Paper vom 31.01.2018. TU Dortmund, 34 Seiten.
- Gravert, Andreas; Günzel, Marian; Wiechmann, Thorsten (2019): Wie entstehen Themen in der Planungswissenschaft? In: *Raumforschung und Raumordnung* (77), S. 225–240.
- Gravert, Andreas; Günzel, Marian; Wiechmann, Thorsten (2020): Sie können nicht mit- und nicht ohne einander. Zum komplexen Verhältnis von Planungswissenschaft und Planungspraxis. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (2), S. 14–25.
- Green, Elliott (2016): What are the most-cited publications in the social sciences (according to Google Scholar)? London School of Economics and Political Science – Impact Blog. Online verfügbar unter <https://blogs.lse.ac.uk/impactofsocialsciences/2016/05/12/what-are-the-most-cited-publications-in-the-social-sciences-according-to-google-scholar/>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Greiving, Stefan; Fleischhauer, Mark (2008): Raumplanung: in Zeiten des Klimawandels wichtiger denn je! Größere Planungsflexibilität durch informelle Ansätze einer Klimarisiko-Governance. In: *Raumplanung* (137), 61–66.
- Griffith, Belver C.; Mullins, Nicholas C. (1972): Coherent Social Groups in Scientific Change: Invisible Colleges May Be Consistent Throughout Science. In: *Science* (177), S. 959–964.
- Grimm, Christian (2012): Netzwerke der Forschung. Die historische Eugenikbewegung und die moderne Humangenomik im Vergleich. Berlin: Logos-Verlag.
- Großhans, Hartmut (1997): Humanisierung der großen Siedlungen – Der Beitrag der Wohnungswirtschaft. In: Werner Rietdorf (Hg.): *Weiter Wohnen in der Platte. Probleme der Weiterentwicklung großer Neubaugebiete in den neuen Bundesländern*. Berlin: Edition Sigma, S. 79–108.
- Gruehn, Dietwald; Rannow, Sven; Fleischhauer, Mark; Meyer, Burghard; Greiving, Stefan; Loibl, Wolfgang et al. (2008): Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel – Vorstudie für Modellvorhaben, Zusammenfassung des Zwischenberichts zu den räumlichen Wirkfolgen von Klimaänderungen und ihrer raumordnerischen Relevanz. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0093-ON1908R150>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Gunder, M. (2006): Sustainability: Planning’s Saving Grace or Road to Perdition? In: *Journal of Planning Education and Research* 26 (2), S. 208–221. DOI: <https://doi.org/10.1177/0739456X06289359>.
- Gunder, M. (2011): Fake it until you make it, and then. In: *Planning Theory* 10 (3), S. 201–212. DOI: <https://doi.org/10.1177/1473095210387542>.

- Gunder, M.; Hillier, Jean (2009): Planning in ten words or less. A Lacanian entanglement with spatial planning. Farnham, Surrey, England, Burlington, VT: Ashgate.
- Gunder, Michael (2005): Obscuring difference through shaping debate: A Lacanian view of planning for diversity. In: *International Planning Studies* 10 (2), S. 83–103. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563470500258774>.
- Gunder, Michael (2010): Planning as the ideology of (neoliberal) space. In: *Planning Theory* 9 (4), S. 298–314. DOI: <https://doi.org/10.1177/1473095210368878>.
- Günzel, Marian (2016a): Planung zwischen Diskurs und Konflikt. Zur Rolle von Diskursen im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte. Dissertation: TU Dortmund. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.17877/DE290R-17403>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Günzel, Marian (2016b): „Was im Dunkeln liegt, kann man nicht sehen“: eine Spurensuche nach diskurstheoretischen Impulsen in der Raumplanung. In: *pnd online* (1), 10 Seiten.
- Günzel, Marian; Gravert, Andreas; Wiechmann, Thorsten (2018): Bleibt alles anders? „Schrumpfung“ als planungswissenschaftliche Repräsentation des Niedergangsdiskurses der Städte. In: Fanny Platelle und Hélène Roth (Hg.): *Le déclin dans le monde germanique. Mots, discours et représentations (1914–2014)*. Reims: épure, 207–240.
- Haas, Peter M. (1992): Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. In: *International Organization* 46 (1), S. 1–35.
- Habermas, Jürgen (1981a): Theorie des kommunikativen Handelns Band 1. Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1981b): Theorie des kommunikativen Handelns Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1984): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hackett, Edward J.; Parker, John N.; Vermeulen, Niki.; Penders, Bart (2017): The social and epistemic organization of scientific work. In: Ulrike Felt, Rayvon Fouché, Clark A. Miller und Laurel Smith-Doerr (Hg.): *The Handbook of Science and Technology Studies*. 4. Aufl. Cambridge, Mass.: MIT Press, S. 733–764.
- Hagstrom, Warren O. (1965): *The Scientific Community*. New York: Basic Books.
- Haller, Christoph; Nelle, Anja (2018): Stadtumbau im Plattenbau – mehr als Abriss? Reflexion und Ausblick. In: Uwe Altröck, Nico Grunze und Sigrun Kabisch (Hg.): *Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 185–211.
- Hamm, Bernd (1997): Globalisierung, Stadtentwicklung, Segregation. In: *disP – The Planning Review* 33 (131), S. 3–13.
- Hannemann, Christine (2004): *Marginalisierte Städte. Probleme Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Harcup, Tony; O’Neill, Deirdre (2017): What is News? In: *Journalism Studies* 18 (12), S. 1470–1488.
- Hard, Gerhard (2003 [1990]): Was ist Geographie? Re-Analyse einer Frage und ihrer möglichen Antworten. In: Gerhard Hard (Hg.): *Dimensionen geographischen Denkens (Aufsätze zur Theorie der Geographie, 2)*. Osnabrück, S. 371–386.
- Hasse, Raimund (2012): Das institutionalistische Programm. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–58.

- Hasse, Raimund; Krücken, Georg (2015): Neo-Institutionalismus (Einsichten. Themen der Soziologie). 2. vollst. überarb. Aufl. Bielefeld: transcript Verlag.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1978): Thesen zur Soziologie der Stadt. In: *Leviathan* 6 (4), S. 484–500.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1985): Die Chancen des Schrumpfens. Plädoyer für eine andere Großstadtpolitik. In: *Die ZEIT*, 22.03.1985, S. 33–37.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Jürgen Friedrichs (Hg.): *Soziologische Stadtforschung* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29). Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 78–94.
- Healey, Patsy (1992): Planning through Debate: The Communicative Turn in Planning Theory. In: *The Town Planning Review* 63 (2), S. 143–162.
- Healey, Patsy (1996): The Communicative Turn in Planning Theory and its Implications for Spatial Strategy Formation. In: *Environment and Planning B* (23), S. 217–234.
- Healey, Patsy (1999): Sites, Jobs and Portfolios: Economic Development Discourses in the Planning System. In: *Urban Studies* 36 (1), S. 27–42.
- Healey, Patsy (2007): Re-thinking key dimensions of strategic spatial planning: sustainability and complexity. In: Gert de Roo und Geoff Porter (Hg.): *Fuzzy Planning. The Role of Actors in a Fuzzy Governance Environment*. Aldershot: Ashgate, S. 21–42.
- Heidler, Richard (2006): Die Blockmodellanalyse. Zur theoretischen Grundlegung und Anwendbarkeit einer netzwerkanalytischen Methode (Sozialwissenschaft). Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Heidler, Richard (2010): Ein Begriff erobert die Wissenschaft. Governance – Theorien, Themen, Trends. In: *Wissenschaftsmanagement* 16 (4), S. 12–15.
- Heidler, Richard (2011): Evolution und Struktur von Wissenschaftsnetzwerken am Beispiel der Astrophysik (Interdisziplinäre Schriften zur Wissenschaftsforschung, 12). Baden-Baden: Nomos.
- Heinze, Thomas (2012): Netzwerke der Wissenschaft. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 191–201.
- Hellmich, Meike; Lamker, Christian Wilhelm; Lange, Linda (2017): Planungstheorie und Planungswissenschaft im Praxistest: Arbeitsalltag und Perspektiven von Regionalplanern in Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (7), S. 7–17.
- Henckel, Dietrich (1985): Soziale Infrastruktur: Anpassung oder Rückbau? In: *Stadtbauwelt* 86 (24), S. 124–128.
- Herz, Andreas; Peters, Luisa; Truschkat, Inga (2015a): How to Do Qualitative Structural Analysis: The Qualitative Interpretation of Network Maps and Narrative Interviews. In: *Forum: Qualitative Social Research* 16 (1), 26 Seiten. DOI: <https://doi.org/10.17169/FQS-16.1.2092>.
- Herz, Andreas; Peters, Luisa; Truschkat, Inga (2015b): How to do qualitative strukturelle Analyse? Die qualitative Interpretation von Netzwerkkarten und erzählgenerierenden Interviews. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 16 (1), 26 Seiten. Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs150190>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.

- Hesse, Markus (2010): Wie kommen Themen in die Welt? Über Diskurs und gesellschaftliche Resonanz der Raumforschung. In: *ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): Ausgewählte strategisch bedeutsame Themen für die Arbeit der ARL*, S. 49–57.
- Hesse, Markus; Kaltenbrunner, Robert (2005): Zerrbild „Zersiedlung“. Anmerkungen zum Gebrauch und zur Dekonstruktion eines Begriffs. In: *DISP* 160 (1), S. 16–22.
- Hessels, Laurens K.; Franssen, Thomas; Scholten, Wout; Rijcke, Sarah de (2019): Variation in Valuation: How Research Groups Accumulate Credibility in Four Epistemic Cultures. In: *Minerva* 57 (2), S. 127–149. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11024-018-09366-x>.
- Hildegard Matthies; Dagmar Simon; Marc Torka (2015): Die Responsivität der Wissenschaft. Bielefeld: transcript Verlag.
- Hofmann, Peter; Hirschauer, Stefan (2012): Die konstruktivistische Wende. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 85–100.
- Hogwood, Brian W.; Peters, B. Guy (1982): The Dynamics of Policy Change: Policy Succession. In: *Policy Sciences* 14 (3), S. 225–245.
- Holzer, Boris (2015): *Netzwerke, (2., unveränderte Auflage 2010)*. Berlin, Boston: transcript Verlag.
- Holzner, Burkart (1968): *Reality Construction in Society*. Cambridge (Mass.): Schenkman.
- Holzner, Burkart; Marx, John H. (1979): *Knowledge Application. The Knowledge System in Society*. Boston: Allyn & Bacon.
- Honeck, Thomas (2015): Zwischennutzung als soziale Innovation. Von alternativen Lebensentwürfen zu Verfahren der räumlichen Planung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (3), S. 219–232.
- Hoyningen-Huene, Paul; Lohse, Simon (2012): Die Kuhn'sche Wende. In: Sabine Maasen, Mario Kaiser, Martin Reinhart und Barbara Sutter (Hg.): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 73–84.
- Hübl, Lothar; Möller, Klaus Peter; Günther, Matthias; Plesse, Holger; Klünder, Michael; Rieger, Anna; Gläser, Cornelia (1996): *Zwischen Sanierung und Abriss. Plattenbauten in den neuen Bundesländern*. Hg. v. Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank. Bonn, 99 Seiten.
- Hunger, Bernd (2003): Wo steht der Stadtumbau Ost – und was kann der Westen davon lernen? In: *Informationen zur Raumentwicklung* (10/11), S. 647–656.
- Hüther, Otto; Krücken, Georg (2016): *Hochschulen. Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung (Organization & public management)*. 1. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Hüther, Otto; Lüde, Rolf v.; Krücken, Georg (2010): *Von der Kollegialität zur Hierarchie? Eine Analyse des new Managerialism in den Landeshochschulgesetzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ibert, Oliver (2003): *Innovationsorientierte Planung. Verfahren und Strategien zur Organisation von Innovation (Stadt, Raum, Gesellschaft, 19)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ibert, Oliver; Christmann, Gabriela; Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2015): Innovationen in der räumlichen Planung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (3), S. 171–182.
- Ibert, Oliver; Christmann, Gabriela B.; Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2018): Innovationen in der räumlichen Planung: Zum Wechselverhältnis von inhaltlicher Entfaltung

- und räumlicher Verbreitung des Neuen. In: Norbert Gestring und Jan Wehrheim (Hg.): *Urbanität im 21. Jahrhundert. Eine Fest- und Freundschaftsschrift für Walter Siebel*. Unter Mitarbeit von Walter Siebel. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 204–312.
- Ibert, Oliver; Gailing, Ludger (2016): *Schlüsselfiguren: Raum als Gegenstand und Ressource des Wandels*. In: *Raumforschung und Raumordnung* (74), S. 391–403.
- Ingenhoff, Diana (2004): *Corporate-Issues-Management in multinationalen Unternehmen : eine empirische Studie zu organisationalen Strukturen und Prozessen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (1992): *Climate Change: The 1990 and 1992 IPCC Assessments. IPCC First Assessment Report Overview and Policymaker Summaries and 1992 IPPC Supplement*.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (Hg.) (2001): *Climate Change 2001: The Scientific Basis. Contribution of Working Group I to the Third Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Houghton, J.T., Y. Ding, D.J. Griggs, M. Noguer, P.J. van der Linden, X. Dai, K. Maskell, and C.A. Johnson (eds.)]. Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA: Cambridge University Press.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007a): *Climate change 2007. The physical science basis : contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Solomon, S., D. Qin, M. Manning, Z. Chen, M. Marquis, K.B. Averyt, M. Tignor and H.L. Miller (eds.)]. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) (2007b): *Climate Change 2007: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Core Writing Team, Pachauri, R.K and Reisinger, A. (eds.)]. IPCC, Geneva, Switzerland.
- Instel, Wolfgang (1975): *Zur Frage einer zukünftigen strukturräumlichen Entwicklung bei stagnierender oder schrumpfender Bevölkerung*. In: *Raumforschung und Raumordnung* 33 (2), S. 71–80.
- Jacomy, Mathieu (2009): *Force-Atlas Graph Layout Algorithm*.
- Jann, Werner; Wegrich, Kai (2007): *Theories of the Policy Cycle*. In: Frank Fischer, Gerald J. Miller und Mara S. Sidney (Hg.): *Handbook of Public Policy Analysis – Theory, Politics, and Methods*. Boca Raton, FL, USA: CRC Press.
- Jann, Werner; Wegrich, Kai (2014): *Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy-Cycle*. In: Nils C. Bandelow und Klaus Schubert (Hg.): *Lehrbuch der Politikfeldanalyse: De Gruyter Oldenbourg*, S. 97–132.
- Jansen, Dorothea (2003): *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele* (UTB, 2241). 2. erw. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Jansen, Dorothea; Diaz-Bone, Rainer (2014): *Netzwerkstrukturen als soziales Kapital. Konzepte und Methoden zur Analyse struktureller Einbettung*. In: Johannes Weyer (Hg.): *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung* (Lehr- und Handbücher der Soziologie). 3., überarb. Aufl. München: De Gruyter Oldenbourg, S. 71–104.
- Jessen, Johann; Walther, Uwe-Jens (2007): *Schrumpfende Städte*. In: *Soziologische Revue* 30, S. 383–392.
- Jones, Charles O. (1970): *An introduction to the study of public policy*. Belmont, Calif: Wadsworth.

- Jost, Paul (1974): Bevölkerungsimplosion in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungspolitische Betrachtungen unter besonderer Berücksichtigung der Raumstruktur. In: *Structur* (4), S. 73–79.
- Kaldewey, David; Russ, Daniela; Schubert, Julia (2015): Following the Problems. Das Programm der Nachwuchsforschergruppe „Entdeckung, Erforschung und Bearbeitung gesellschaftlicher Großprobleme“. FIW Working Paper No. 2, Bonn. Online verfügbar unter <https://www.fiw.uni-bonn.de/publikationen/FIWWorkingPaper/fiw-working-paper-no-2>, zuletzt geprüft am 28.08.2020, 32 Seiten.
- Kantelinen, Susanna (2009): The search for reliable indicators of research effectiveness—A constant cause of ineffective research? In: *Scandinavian Journal of Management* 25, S. 228–231.
- Karl, Helmut; Pohl, Jürgen (Hg.) (2003): Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt. Katastrophenvorsorge durch Raumplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 220). Hannover: Verlag der ARL.
- Karl, Helmut; Pohl, Jürgen; Zimmermann, Horst (Hg.) (2005): Risiken in Umwelt und Technik. Vorsorge durch Raumplanung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 223). Hannover: Verlag der ARL.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kegler, Harald (2002): Stadumbau „Charrette“ – Neue Möglichkeiten effektiver Beteiligung. In: *Planerin* (4), S. 45–47.
- Keller, Donald A.; Koch, Michael; Selle, Klaus (Hg.) (1998): Planung + Projekte – Verständigungsversuche zum Wandel der Planung. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau und Planungsliteratur.
- Kilper, Heiderose (2018): Raumwissenschaft. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hg. v. Thomas Döring, Ilse Helbrecht, Catrin Schmidt, Susan Grotefels, Hans Heinrich Blotevogel und Johann Jessen. Hannover: Verlag der ARL, S. 1943–1947.
- Kingdon, John W. (1984): Agendas, alternatives, and public policies. Boston: Little, Brown.
- Kiousis, Spiro; Bantimaroudis, Philemon; Ban, Hyun (1999): Candidate Image Attributes. In: *Communication Research* 26 (4), S. 414–428.
- Kirsch, Werner; Weber, Michael (1999): Evolutionäre Organisationstheorie IV: Themen & Agenden in Organisationen. Arbeitstext am Seminar für Strategische Unternehmensführung. 244 Seiten. Online verfügbar unter <http://www.zfog.bwl.uni-muenchen.de/files/eot/eot4.pdf>, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Klamer, Arjo; van Dalen, Hendrik P. (2002): Attention and the art of scientific publishing. In: *Journal of Economic Methodology* 9 (3), S. 289–315. DOI: <https://doi.org/10.1080/1350178022000015104>.
- Klatt, Sandra; Meyer, Bernd (2002): Herausforderung Schrumpfende Stadt: Forschungsverbund Stadt 2030. In: *Planerin* (3), S. 42–43.
- Knorr-Cetina, Karin (1981): *The Manufacture of Knowledge: An Essay on the Constructivist and Contextual Nature of Science*. Oxford [England]: Pergamon Press.
- Knorr-Cetina, Karin (1999): *Epistemic cultures. How the sciences make knowledge*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Koczy, Oliver (2015): Neue Akteure im Stadtteil. Entstehungslinien des Quartiermanagements. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (3), S. 273–286.

- Kolb, S. (2005): *Mediale Thematisierung in Zyklen: theoretischer Entwurf und empirische Anwendung*. Köln: Von Halem.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2007): *Grünbuch der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Anpassung an den Klimawandel in Europa – Optionen für Maßnahmen der EU*. Brüssel.
- Kornmesser, Stephan; Schurz, Gerhard (Hg.) (2014a): *Die multiparadigmatische Struktur der Wissenschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kornmesser, Stephan; Schurz, Gerhard (2014b): *Die multiparadigmatische Struktur der Wissenschaften: Einleitung und Übersicht*. In: Stephan Kornmesser und Gerhard Schurz (Hg.): *Die multiparadigmatische Struktur der Wissenschaften*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 11–46.
- Krämer-Badoni, Thomas; Petrowsky, Werner (Hg.) (1997): *Das Verschwinden der Städte. Dokumentation des 16. Bremer Wissenschaftsforums der Universität Bremen, 14.-16. November 1996 (Forschungsberichte, 8)*. Bremen.
- Krück, Carsten (2004): *Nachhaltigkeit im Kontext des Förderschwerpunktes*. Informationsveranstaltung zur Bekanntmachung „Forschung für die nachhaltige Entwicklung der Megastädte von morgen“. Präsentation mit 6 Folien.
- Krücken, Georg (2002): *Amerikanischer Neo-Institutionalismus – europäische Perspektiven*. Beitrag im Nachgang des Forschungsaufenthalts am Department of Sociology der Stanford University (USA), S. 1–29. Online verfügbar unter https://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kruecken/pdf/kruecken_2002_AmNeoIns.pdf, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Kuhn, Thomas S. (1970): *Reflections on my Critics*. In: Alan Musgrave und Imre Lakatos (Hg.): *Criticism and the Growth of Knowledge: Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science*, London, 1965. Cambridge: Cambridge University Press, S. 231–278.
- Kuhn, Thomas S. (1970 [1962]): *The structure of scientific revolutions*. 2nd ed. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Kuhn, Thomas S. (1974): *Logic of Discovery or Psychology of Research?* In: Imre Lakatos und Alan Musgrave (Hg.): *Criticism and growth of knowledge (Proceedings of the International colloquium in the philosophy of science, London, 1965, 4)*. Reprint with corrections. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–23.
- Laclau, Ernesto (2005): *On populist reason*. London: Verso.
- Lakatos, Imre (1974): *Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes*. In: Imre Lakatos und Alan Musgrave (Hg.): *Criticism and growth of knowledge (Proceedings of the International colloquium in the philosophy of science, London, 1965, 4)*. Reprint with corrections. Cambridge: Cambridge University Press, S. 91–196.
- Lamker, Christian (2017): *Unsicherheit und Komplexität in Planungsprozessen. Planungstheoretische Perspektiven auf Regionalplanung und Klimaanpassung*. Dissertation. TU Dortmund.
- Lamker, Christian; Peer, Christian; Sondermann, Martin (2017): *Zum Verhältnis von Planungswissenschaft und -praxis*. In: *NACHRICHTEN DER ARL* (1), S. 10–13.
- Lang, Gladys Engel; Lang, Kurt (1981): *Watergate: An Exploration of the Agenda-Building Process*.

- Lange, Stefan; Gläser, Jochen (2007): Governance der Wissenschaft. In: Rainer Schützeichel (Hg.): Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung (Erfahrung – Wissen – Imagination : Schriften zur Wissenssoziologie : 15). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 773.782.
- Langer, Roman (2006): Hinter den Spiegeln universitärer Governance. Dynamiken informeller Selbstregulierung an der Universität. Münster: Lit Verlag.
- Lass, Wiebke; Reusswig, Fritz; Kühn, Klaus-Dieter (1998): Katastrophenanfälligkeit und „Nachhaltige Entwicklung“. Ein Indikatorensystem für Deutschland – Pilotstudie (Deutsche IDNDR-Reihe, 14). Bonn: Deutsches IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung e.V.
- Lasswell, Harold Dwight (1956): The decision process: Seven categories of functional analysis. College Park, Maryland: University of Maryland.
- Latour, Bruno; Woolgar, Steve (1982): The cycle of credibility. In: Barry Barnes und David O. Edge (Hg.): Science in Context. Readings in the Sociology of Science. Milton Keynes: Open University Press, S. 35–43.
- Latour, Bruno; Woolgar, Steve (1986): Laboratory Life. The Construction of Scientific Facts. 2. Aufl. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Laudel, Grit; Gläser, Jochen (2007): Interviewing Scientists. In: *Science, Technology & Innovation Studies* 3 (2), S. 91–110.
- Leib, Jürgen; Mertins, Günter (1992): Volkszählung '87. Taschenatlas. Braunschweig: Höller und Zwick.
- Leibniz-Institut für Deutsche Sprache (Hg.) (2020): Archiv der geschriebenen Sprache. Zugriff über Web-Anwendung COSMAS II. Online verfügbar unter <http://www.ids-manheim.de/cosmas2/>, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Leifeld, Philip (2009): Eine Ko-Zitationsanalyse der quantitativen Netzwerkanalysen in der Politikwissenschaft. In: Volker Schneider, Frank Janning, Philip Leifeld und Thomas Malang (Hg.): Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93–113.
- Leifeld, Philip; Malang, Thomas (2009): Glossar der Politiknetzwerkanalyse. In: Volker Schneider, Frank Janning, Philip Leifeld und Thomas Malang (Hg.): Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 371–390.
- Leiner, Dominik J. (2016): Stabilität öffentlicher Meinung. Wie der Charakter einer Streitfrage den Einfluss der Medien begrenzt. Wiesbaden: Springer VS.
- Levin-Keitel, Meike; Sondermann, Martin (2017): Räumliches Planen in Wissenschaft und Praxis – von „Mind the Gap“ zu „Finding Gaps“. In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (1), S. 1–5.
- Lietz, Haiko (2013): Diagnose von Emerging Science. Die Fälle “New Science of Networks” und Szientometrie. In: H. Peter Ohly (Hg.): Wissen – Wissenschaft – Organisation. Proceedings der 12. Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Gesellschaft für Wissensorganisation, Bonn, 19. bis 21. Oktober 2009 (Fortschritte in der Wissensorganisation, Band 12). Würzburg: Ergon Verlag, S. 357–371.
- Lippuner, Roland (2008): Die Abhängigkeit unabhängiger Systeme. Zur strukturellen Koppelung von Gesellschaft und Umwelt. In: Heike Egner, Beate M.W. Ratter und Richard Dikau (Hg.): Umwelt als System – System als Umwelt? Systemtheorien auf dem Prüfstand. München: oekom Verlag.

- Lippuner, Roland (2010): Operative Geschlossenheit und strukturelle Kopplung. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Umwelt aus systemtheoretischer Sicht. In: *Geographische Zeitschrift* 98 (4), S. 194–212.
- Lorenz, Joachim (1995): Umweltverträgliche Stadtentwicklung als globale und lokale Herausforderung. In: *Planerin* (3).
- Luhmann, Niklas (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation (Schriftenreihe der Hochschule Speyer, 20). Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, Niklas (1970): Öffentliche Meinung. In: *Politische Vierteljahrszeitschrift* 11 (1), S. 2–28.
- Luhmann, Niklas (1974): Selbststeuerung der Wissenschaft. In: Niklas Luhmann (Hg.): *Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. 4. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 232–252.
- Luhmann, Niklas (1986): *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1991): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 666). 4. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1992): *Die Wissenschaft der Gesellschaft* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1001). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. 2., erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bände. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (2005a): *Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2005b): *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2008): Die Ausdifferenzierung von Erkenntnisgewinn: Zur Genese von Wissenschaft. In: André Kieserling (Hg.): *Ideenevolution. Beiträge zur Wissenssoziologie* (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1870). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lütgens, Stefan (2001): Das Konzept des Issues Managements. Paradigma strategischer Public Relations. In: Ulrike Röttger (Hg.): *Issues Management. Theoretische Konzepte und praktische Umsetzung. Eine Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–77.
- Maasen, Sabine; Kaiser, Mario; Reinhart, Martin; Sutter, Barbara (Hg.) (2012): *Handbuch Wissenschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mackensen, Rainer (Hg.) (1984): *Leben im Jahr 2000 und danach. Perspektiven für die nächsten Generationen ; Ergebnisse einer Studie über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die künftigen Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland (ABEL-Projekt) (Neue Zukunft, 1)*. Berlin: Arani-Verlag.
- Mackrodt, Ulrike; Lerch, Marlene (2017): *Planung ist, was Planer tun?* In: *Raumforschung und Raumordnung* 75 (1), S. 19–29.
- Mädling, Heinrich (2006): *Demographischer Wandel als Herausforderung für die Kommunen*. In: Paul Gans und Ansgar Schmitz-Veltin (Hg.): *Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen (Forschungs- und Sitzungsberichte, 226)*. Hannover: Verlag der ARL, S. 338–354.

- Maier, Michaela; Retzbach, Joachim; Glogger, Isabella; Stengel, Karin (2018): Nachrichtentheorie (Konzepte. Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft, Band 2). 2., aktualisierte Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Mathes, Rainer; Pfetsch, Barbara (1991): The Role of the Alternative Press in the Agenda-Building Process: Spill-over Effects and Media Opinion Leadership. In: *European Journal of Communication* 6 (1), S. 33–62. DOI: <https://doi.org/10.1177/0267323191006001003>.
- Maton, Karl (2003): Reflexivity, Relationism, & Research. In: *Space and Culture* 6 (1), S. 52–65. DOI: <https://doi.org/10.1177/1206331202238962>.
- Mayer, Hans-Norbert; Siebel, Walter (1998): Neue Formen politischer Planung: IBA Emscher Park und Expo 2000 Hannover. In: *disP – The Planning Review* 34 (134), S. 4–11. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.1998.10556678>.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz Wilhelm (1995): Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Renate Mayntz, Fritz Wilhelm Scharpf und Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 39–72.
- Mayntz, Renate; Scharpf, Fritz Wilhelm; Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hg.) (1995): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- McComas, Katherine; Shanahan, James (1999): Telling Stories About Global Climate Change: Measuring the Impact of Narratives on Issue Cycles. In: *Communication Research* 26 (1), S. 30–57.
- McCombs, Maxwell; Ghanem, Salma I. (2001): The Convergence of Agenda Setting and Framing. In: Stephen D. Reese, Oscar H. Gandy, JR. und August E. Grant (Hg.): *Framing Public Life. Perspectives on Media and Our Understanding of the Social World*. New York: Routledge, S. 67–82.
- McCombs, Maxwell E.; Shaw, Donald L. (1972): The Agenda-Setting Function of Mass Media. In: *The Public Opinion Quarterly* 36 (2), S. 176–187.
- Merton, Robert King (1938a): Science and the Social Order. In: *Philosophy of Science* 5, S. 321–337.
- Merton, Robert King (1938b): Science, Technology and Society in Seventeenth Century England. In: *Osiris* 4, S. 360–632.
- Merton, Robert King (1942): Science and Technology in a Democratic Order. In: *Journal of Legal and Political Sociology* 1 (1–2), S. 115–126.
- Merton, Robert King (1968): The Matthew Effect in Science: The reward and communication systems of science are considered. In: *Science* 159 (3810), S. 56–63. DOI: <https://doi.org/10.1126/science.159.3810.56>.
- Meyer, Katrin; Overbeck, Gerhard (2009): Raumplanerische Anpassung an den Klimawandel im Spiegel aktueller Projekte. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67 (2), S. 182–192.
- Meyer, Morgan; Molyneux-Hodgson, Susan (2010): Introduction: The Dynamics of Epistemic Communities. In: *Sociological Research Online* 15 (2), S. 109–115.
- Michaelis, Peter (1996): Allokative und regionalwirtschaftliche Implikationen eines schadstoffübergreifenden Abgabesystems für Treibhausgase. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Räumliche Aspekte umweltpolitischer Instrumente*. (Forschungs- und Sitzungsberichte, 201). Hannover: Verlag der ARL, S. 71–79.
- Michaelson, Alaina G. (1993): The development of a scientific specialty as diffusion through social relations: the case of role analysis. In: *Social Networks* 15, S. 217–236.

- Miller, Hugh T.; Fox, Charles J. (2001): The Epistemic Community. In: *ADMINISTRATION & SOCIETY* 32 (6), S. 668–685.
- Miller, M. Mark; Riechert, Bonnie Parnell (2001): The spiral of opportunity and frame resonance: Mapping the issue cycle in news and public discourse. In: *Framing public life: Perspectives on media and our understanding of the social world*, S. 107–121.
- Miltner, Peter; Waldherr, Annie (2013): Themenzyklus der Kriegsberichterstattung: Ein Phasenmodell. In: *Publizistik* 58, S. 267–287.
- Morris, Steven A.; Van der Veer Martens, Betsy (2008): Mapping research specialties. In: *Annual Review of Information Science and Technology* 42 (1), S. 213–295. DOI: <https://doi.org/10.1002/aris.2008.1440420113>.
- Müller, Bernhard; Siedentop, Stefan (Hg.) (2003): Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/Sachsen-Anhalt und Thüringen (Arbeitsmaterial, 303). Hannover: Verlag der ARL.
- Müller, Ruth; Rijcke, Sarah de (2017): Thinking with indicators. Exploring the epistemic impacts of academic performance indicators in the life sciences. In: *Research Evaluation* 26 (3), S. 157–168. DOI: <https://doi.org/10.1093/reseval/rvx023>.
- Mullins, Nicholas C. (1973): Theories and Theory Groups in Contemporary American Sociology. New York: Harper & Row.
- Mullins, Nicholas C. (1983): Theories and Theory Groups Revisited. In: *Sociological Theory* 1, S. 319–337.
- Musgrave, Alan; Lakatos, Imre (Hg.) (1970): Criticism and the Growth of Knowledge: Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science, London, 1965. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mutschke, Peter (2010): Zentralitäts- und Prestige-Maße. In: Christian Stegbauer und Roger Häußling (Hg.): *Handbuch Netzwerkforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 365–378.
- Nagel, Ralf; Preibisch, Wolfgang (2001): Stadtumbau Ost: Den Wandel als Chance nutzen. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (9–10), S. 539–546.
- Nelle, Anja (2018): 25 Jahre Neubauerneuerung in Ostdeutschland. In: Uwe Altröck, Detlef Kurth, Ronald Kunze, Gisela Schmitt und Holger Schmidt (Hg.): *Stadterneuerung im vereinten Deutschland – Rück- und Ausblicke. Jahrbuch Stadterneuerung 2017*. Wiesbaden: Springer VS, S. 57–72.
- Newig, Jens (2004): Public Attention, Political Action: the Example of Environmental Regulation. In: *Rationality and Society* 16 (2), S. 149–190.
- Nisbet, Matthew C.; Hoge, Mike (2006): Attention Cycles and Frames in the Plant Biotechnology Debate. In: *Press/Politics* 11 (2), S. 3–40.
- Nuissl, Henning; Heinrichs, Dirk (2011): Fresh Wind or Hot Air—Does the Governance Discourse Have Something to Offer to Spatial Planning? In: *Journal of Education and Research* 31 (1), S. 47–59.
- Oswalt, Philipp (Hg.) (2005): *Schrumpfende Städte. Band 2 – Handlungskonzepte*. Ostfildern-Ruit: Hatje-Cantz.
- Oswalt, Philipp (Hg.) (2004): *Schrumpfende Städte. Band 1 – Internationale Untersuchung. Galerie für Zeitgenössische Kunst; Stiftung Bauhaus Dessau; Kunst-Werke Berlin – KW Institute for Contemporary Art; Stadtmuseum Düsseldorf*. Ostfildern-Ruit: Hatje-Cantz.

- Overbeck, Gerhard; Sommerfeldt, Petra; Köhler, Stefan; Birkmann, Jörn (2009): Klimawandel und Regionalplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 67 (2), S. 193–203. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF03185706>.
- Paasch-Colberg, Sünje (2017): Die Bedeutung politischer Themen im Wahlkampf. Mediale Thematisierungswirkungen im Bundestagswahlkampf 2009. Wiesbaden: Springer VS.
- Pahl-Weber, Elke (2011): Politikberatung in der Ressortforschung zur Bau-, Stadt- und Raumforschung. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (7/8), S. 397–408.
- Pallagst, Karina; Martinez-Fernandez, Cristina; Wiechmann, Thorsten (Hg.) (2013): Shrinking cities. International perspectives and policy implications (Routledge Advances in Geography, 8). New York: Routledge.
- Paranyushkin, Dmitry (2011): Identifying the Pathways for Meaning Circulation using Text Network Analysis. In: *Venture Fiction Practices* 2 (4), 26 Seiten.
- Peer, Christian; Sondermann, Martin (2016): Planungskultur als neues Paradigma in der Planungswissenschaft. In: *disP – The Planning Review* 52 (4), S. 30–42.
- Peters, Deike (2004): Zum Stand der deutschsprachigen Planungstheorie. In: Uwe Altröck, Simon Güntner, Sandra Huning und Deike Peters (Hg.): *Perspektiven der Planungstheorie* (Planungsrundschau, 10). Berlin: Leue.
- Pfeiffer, Ulrich; Simons, Harald; Porsch, Lucas (2001): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission (Bauforschung, T 2949). Stuttgart: Fraunhofer-IRB-Verlag.
- Pfetsch, Barbara (1986): Volkszählung '83. Ein Beispiel für die Thematisierung eines politischen Issues in den Massenmedien. In: Hans-Dieter Klingelmann und Max Kaase (Hg.): *Wahlen und politische Prozesse: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 201–231.
- Pfetsch, Barbara (1994): Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44 (39), S. 11–20.
- Platzek, Matthias (1996): Grußwort. In: Manfred Stock und Ferenc Tóth (Hg.): *Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Land Brandenburg – Pilotstudie*. Bericht des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e.V. für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Seite V.
- Pluye, Pierre; Quan Nha Hong (2013): Combining the Power of Stories and the Power of Numbers: Mixed Methods Research and Mixed Studies Reviews. In: *Annual Review of Public Health* 35 (1), S. 29–45.
- Popper, K. R. (1970): Normal Science and its Dangers. In: Alan Musgrave und Imre Lakatos (Hg.): *Criticism and the Growth of Knowledge: Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science, London, 1965, Bd. 4*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 51–58.
- Popper, Karl (1935): *Logik der Forschung. Zur Erkenntnistheorie der modernen Naturwissenschaft*. Wien: Springer-Verlag.
- Popper, Karl Raimund (1993): *Objektive Erkenntnis. Ein evolutionärer Entwurf*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Porter, Geoff; Roo, Gert de (2007): The End has no Merit. In: Gert de Roo und Geoff Porter (Hg.): *Fuzzy Planning. The Role of Actors in a Fuzzy Governance Environment*. Aldershot: Ashgate, S. 1–20.

- Potthoff, Matthias (2012): *Medien-Frames und ihre Entstehung*. Wiesbaden, Münster: Springer VS.
- Price, Derek J. de Solla (1963): *Little Science, Big Science... And Beyond*. New York: Columbia University Press.
- Price, Derek J. de Solla (1965): Networks of Scientific Papers. The pattern of bibliographic references indicates the nature of the scientific research front. In: *Science* 149 (3683), S. 510–515.
- Price, Derek J. de Solla (1986): *Little Science, Big Science ... and Beyond*. New York: Columbia University Press.
- Putz, Friedrich (1983): Über die im Arbeitskreis geführten Diskussionen. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückgangs* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 144). Hannover: Curt R. Vincentz Verlag, S. 1–6.
- Rauchenzauner, Elisabeth (2008): *Schlüsselereignisse in der Medienberichterstattung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reiß-Schmidt, Stephan; Zwoch, Felix (1985): Fortschritt durch Rückbau? Zu diesem Heft. In: *Stadtbauwelt* (24), S. 122–123.
- Reuter, Wolf (2000): Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. In: *disP – The Planning Review* 141, S. 4–16.
- Reuter, Wolf; Jessen, Johann (2019): The Relationship between Experience and Planning Theory. In: *disP – The Planning Review* 55 (1), S. 18–33. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.2019.1598104>.
- Reuther, Iris (2003): Learning from the East? Über die Suche nach Leitbildern zum Stadtbau. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (10/11), S. 575–588.
- Riemann, Wolfgang (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Planerische Aspekte. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Planung unter veränderten Verhältnissen. Referate und Diskussionsberichte anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 108). Hannover: Hermann Schroedel Verlag, S. 41–49.
- Rietdorf, Werner (1997a): Genesis, Status und Perspektive ostdeutscher Großsiedlungen. In: Werner Rietdorf (Hg.): *Weiter Wohnen in der Platte. Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete in den neuen Bundesländern*. Berlin: Edition Sigma, S. 11–58.
- Rietdorf, Werner (Hg.) (1997b): *Weiter Wohnen in der Platte. Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete in den neuen Bundesländern*. Berlin: Edition Sigma.
- Rietdorf, Werner; Liebmann, Heike; Haller, Christoph (2001): Schrumpfende Städte – verlassene Grosssiedlungen? Stadtstrukturelle Bedeutung und Probleme von Grosswohnsiedlungen. In: *disP – The Planning Review* 37 (146), S. 4–12.
- Ripberger, Joseph T. (2011): Capturing Curiosity: Using Internet Search Trends to Measure Public Attentiveness. In: *The Policy Studies Journal* 39 (2), S. 239–259.
- Rittel, Horst W. (1992): *Planen, Entwerfen, Design: Ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rittel, Horst W. J.; Webber, Melvin M. (1973): Dilemmas in a general theory of planning. In: *Policy Sciences* 4 (2), S. 155–169. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF01405730>.

- Ritter, Ernst-Hasso (2007): Klimawandel — Eine Herausforderung an die Raumplanung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 65 (6), S. 531–538. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF03183905>.
- Ritter, Ernst-Hasso; Birkmann, Jörn; Fleischhauer, Mark; Güthler, Andreas; Knieling, Jörg; Overbeck, Gerhard et al. (2007): Europäische Strategien der Anpassung an die Folgen des Klimawandels – die Sicht der Raumplanung. Hannover (Positionspapier aus der ARL, 73), 14 Seiten.
- Rogers, Everett M. (1983 [1962]): *Diffusion of Innovations*. 2. Aufl. New York: The Free Press.
- Rogers, Everett M.; Dearing, James W. (1988): Agenda-Setting Research: Where Has It Been, Where Is It Going? In: *Communication Yearbook* 11, S. 555–594.
- Roo, Gert de; Porter, Geoff (Hg.) (2007): *Fuzzy Planning. The Role of Actors in a Fuzzy Governance Environment*. Aldershot: Ashgate.
- Roskamm, N. (2011): *Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Rössler, Patrick (2006): Zur Logik der Agenda-Setting-Forschung. In: Werner Wirth, Andreas Fahr und Edmund Lauf (Hg.): *Forschungslogik und -design in der Kommunikationswissenschaft. Anwendungsfelder in der Kommunikationswissenschaft*. Köln: Halem, S. 139–167.
- Rössler, Patrick (2015): Thematisierung und Issues Framing. In: Romy Fröhlich, Peter Szyszka und Günter Bentele (Hg.): *Handbuch der Public Relations: Wissenschaftliche Grundlagen und berufliches Handeln. Mit Lexikon*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 461–478.
- Roth, Hélène (2015): The rise of ‘urban shrinkage’ and the decline of ‘Stadtschrumpfung’. Terminological trends in the scientific debate on urban shrinkage. Präsentation mit 18 Folien. Colloque du programme Altergrowth. Strasbourg, 05.11.2015.
- Rushforth, Alexander; Franssen, Thomas; Rijcke, Sarah de (2019): Portfolios of Worth: Capitalizing on Basic and Clinical Problems in Biomedical Research Groups. In: *Science, Technology, & Human Values* 44 (2), S. 209–236.
- Rydin, Y. (1997): Urban Sustainability: Discourses, Networks and Policy Tools. In: *Progress and Planning* (41), S. 1–71.
- Sabatier, Paul A. (1988): An advocacy coalition framework of policy change and the role of policy-oriented learning therein. In: *Policy Sciences* 21 (2), S. 129–168. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF00136406>.
- Sabatier, Paul A. (2007): The Need for Better Theories. In: Paul A. Sabatier (Hg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder, Colo.: Westview Press, S. 3–20.
- Sabatier, Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (Hg.) (1993): *Policy change and learning. An advocacy coalition approach (Theoretical lenses on public policy)*. Boulder, Colo.: Westview Press.
- Saßmannshausen, Sean Patrick (2012): *Entrepreneurship-Forschung: Fach oder Modetrend?* (FGF Entrepreneurship-Research Monographien, 71). Lohmar: JOSEF EUL Verlag.
- Scharpf, Fritz Wilhelm (1988): *Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung*. Discussion Paper 88/1. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln.
- Scharpf, Fritz Wilhelm (2006): *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Schattschneider, E. E. (1960, 1975): *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*. Boston MA: Wadsworth.
- Scheufele, Bertram (2003): *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheufele, Bertram (2016): *Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt*. In: Matthias Potthoff (Hg.): *Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 285–295.
- Schimank, Uwe (2000): *Academic Staff in Germany*. In: Jürgen Enders (Hg.): *Employment and Working Conditions of Academic Staff in Europe*. Frankfurt a. M.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, S. 117–127.
- Schimank, Uwe (2005a): *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2005b): 'New Public Management' and the Academic Profession: Reflections on the German Situation. In: *Minerva* (43), S. 361–376.
- Schimank, Uwe (2006): *Teilsystemische Autonomie und politische Gesellschaftsteuerung. Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 2*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schimank, Uwe (2010): *Reputation statt Wahrheit: Verdrängt der Nebencode den Code?* In: *Soziale Systeme – Zeitschrift für Soziologische Theorie* 16 (2), S. 233–242.
- Schimank, Uwe (2014): *Der Wandel der „Regelungsstrukturen“ des Hochschulsystems und die Folgen für die wissenschaftliche Forschung. Zur Entwicklung der Governance-Perspektive*. In: Alfons Bora, Anna Henkel und Carsten Reinhard (Hg.): *Wissensregulierung und Regulierungswissen*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 19–40.
- Schimank, Uwe; Meier, Frank (2002): *Neue Steuerungssysteme an den Hochschulen. Expertise zum Thema. Förderinitiative des BMBF: Science Policy Studies*. Hagen.
- Schimank, Uwe; Volkmann, Ute (2008): *Ökonomisierung der Gesellschaft*. In: Andrea Maurer (Hg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 382–393.
- Schimank, Uwe; Volkmann, Ute (2012): *Die Ware Wissenschaft: Die fremdreferentiell finalisierte wirtschaftliche Rationalität von Wissenschaftsverlagen*. In: Anita Engels und Lisa Knoll (Hg.): *Wirtschaftliche Rationalität: Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 165–183.
- Schmid-Petri, Hannah (2012): *Das Framing von Issues in Medien und Politik. Eine Analyse systemspezifischer Besonderheiten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt-Thomé, Philipp; Kallio, Hilka; Jarva, Jaana; Tarvainen, Timo; Greiving, Stefan; Fleischhauer, Mark et al. (2006): *The Spatial Effects and Management of Natural and Technological Hazards in Europe – ESPON 1.3.1. Executive Summary*.
- Schmitt, Marco; Fuhse, Jan A. (2015): *Zur Aktualität von Harrison White. Einführung in sein Werk (Aktuelle und klassische Sozial- und Kulturwissenschaftler/innen)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schmitt, Peter (2007): *Raumpolitische Diskurse um Metropolregionen. Eine Spurensuche im Verdichtungsraum Rhein-Ruhr (Metropolis und Region, 1)*. Dortmund: Dorothea Rohm.
- Schnerch, Sylvana (2019): *Angewandte Soziale Netzwerkanalyse. Lexikon der SNA*. Online verfügbar unter http://sylvana-schnerch.de/index.php?option=com_content&

- [view=article&id=52:lexikon-der-sna&catid=39:was-ist-sna&Itemid=28](#), zuletzt geprüft am 06.12.2019.
- Schönwandt, Walter (2011): Probleme als Ausgangspunkt für die Auswahl und den Einsatz von Methoden. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, S. 291–310.
- Schönwandt, Walter; Jung, Wolfgang (2006): Ausgewählte Methoden und Instrumente in der räumlichen Planung: Kritische Sondierung als Beitrag zur Diskussion zwischen Planungswissenschaft und-praxis. Hannover: Verlag der ARL.
- Schönwandt, Walter; Utz, Jürgen; Grunau, Jens; Hemberger, Christoph; Voermanek, Katrin (2013): Komplexe Probleme lösen: Ein Handbuch. Berlin: Jovis.
- Schubert, Dirk (2001): Mythos „europäische Stadt“ : zur erforderlichen Kontextualisierung eines umstrittenen Begriffs. In: *Die Alte Stadt* 28 (4), S. 270–290.
- Schultz, Ida (2007): The Journalistic Gut Feeling. In: *Journalism Practice* 1 (2), S. 190–207. DOI: <https://doi.org/10.1080/17512780701275507>.
- Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Schulz, Winfried (1990): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Schulze Dieckhoff, Viola; Becker, Dennis; Wiechmann, Thorsten; Greiving, Stefan (2018): Raummuster: Demographischer Wandel und Klimawandel in deutschen Städten. In: *Raumforschung und Raumordnung* 76 (3), S. 211–228.
- Schurz, Gerhard (1998): Koexistenz rivalisierender Paradigmen Eine begriffsklärende und problemtypologische Studie. In: Gerhard Schurz und Paul Weingartner (Hg.): Koexistenz rivalisierender Paradigmen. Eine post-kuhnsche Bestandsaufnahme zur Struktur gegenwärtiger Wissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1–51.
- Schurz, Gerhard (2014): Koexistenz und Komplementarität rivalisierender Paradigmen: Analyse, Diagnose und kulturwissenschaftliches Fallbeispiel. In: Stephan Kornmesser und Gerhard Schurz (Hg.): Die multiparadigmatische Struktur der Wissenschaften. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 47–62.
- Schwarz, Karl (1978): Vorwort. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Zur Bedeutung Rückläufiger Einwohnerzahlen für die Planung (Forschungs- und Sitzungsberichte, 122). Hannover: Hermann Schroedel Verlag KG.
- Selle, Klaus (2005): Planen, Steuern, Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land (Edition Stadt-Entwicklung). Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
- Selle, Klaus (2018): Von einigen, die auszogen Urbanität zu verstehen. In: Norbert Gestring und Jan Wehrheim (Hg.): Urbanität im 21. Jahrhundert. Eine Fest- und Freundschaftsschrift für Walter Siebel. Unter Mitarbeit von Walter Siebel. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 29–46.
- Sharp, L.; Richardson, T. (2001): Reflections on Foucauldian discourse analysis in planning and environmental research. In: *Journal of Environmental Policy and Planning* (3), S. 193–209.
- Sherman, Douglas I. (1996): Fashion in Geomorphology. In: Bruce L. Rhoads und Colin E. Thorn (Hg.): The scientific nature of geomorphology. Chichester: John Wiley, S. 87–114.

- Siebel, Walter (2000): Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: *DISP* 36 (141), S. 28–34.
- Siebel, Walter (2002): Veränderte Rahmenbedingungen der Raumentwicklung – Impulsstatement. In: Georg Wilhelm Adamowitsch, Hansjörg Bucher, Ralf Fücks, Dietrich Fürst, Hans-Peter Gatzweiler, Evelyn Gusted et al. (Hg.): *Zukunftsforum RaumPlanung. Gemeinsamer Kongress 2001 von ARL und BBR (Forschungs- und Sitzungsberichte, 218)*. Hannover: Verlag der ARL, S. 33–36.
- Siebel, Walter (Hg.) (2004): *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Siebel, Walter (2013): Replik. In: *suburban* (1), S. 147–154.
- Sieverts, Thomas (1997): *Zwischenstadt – Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*. Braunschweig: Vieweg.
- Sieverts, Thomas; Ganser, Karl (1993): Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus. In: *disP – The Planning Review* 29 (115), S. 31–37. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.1993.10556516>.
- Söfker, Wilhelm (2005): Einführung. In: *Baugesetzbuch. BauNVO, PlanzV, WerV u. -Richtlinien, Raumordnungsgesetz (Rehmbau)*. 10., aktualisierte Ausg. Heidelberg: Deutscher Taschenbuch Verlag, S. IX–XXXVI.
- Sombart, Werner (1913): *Luxus und Kapitalismus*. München und Leipzig: Duncker & Humblot.
- Sorokin, Pitirim A. (1956): *Fads and Foibles in Modern Sociology and Related Sciences*. Chicago: Henry Regnery.
- Sperber, Irwin (1990): *Fashions in Science. Opinion Leaders and Collective Behaviour in the Social Sciences*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Spiegel, Erika (2007): Weniger – älter – bunter. Demographische Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung. In: Undine Giseke und Erika Spiegel (Hg.): *Weniger – älter – bunter. Demographische Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung (Bauwelt-Fundamente, 138)*. Gütersloh: Bauverlag, S. 18–30.
- Staheli, Lynn A.; Mitchell, Don (2005): The Complex Politics of Relevance in Geography. In: *Annals of the Association of American Geographers* 95 (2), S. 357–372.
- Starbuck, William H. (2009): The constant causes of never-ending faddishness in the behavioral and social sciences. In: *Scandinavian Journal of Management* 25 (1), S. 108–116. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.scaman.2008.11.005>.
- Statistisches Bundesamt (2000): *Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden.
- Steinbrink, Malte; Aufenvenne, Philipp; Schmidt, Jan-Berent (2015): Netzwerk(analys)e in der Geographiedidaktik. In: Alexandra Budke und Miriam Kuckuck (Hg.): *Geographiedidaktische Forschungsmethoden (Praxis Neue Kulturgeographie, 10)*. Münster: Lit Verlag, S. 434–462.
- Steinbrink, Malte; Schmidt, Jan-Berent; Aufenvenne, Philipp (2013): *Soziale Netzwerkanalyse für HumangeographInnen. Einführung in UCINET und NetDraw in fünf Schritten (Potsdamer Geographische Praxis, 5)*. Potsdam: Universitäts-Verlag.
- Steinbrink, Malte; Zigmann, Friederike; Ehebrecht, Daniel; Schehka, Philipp; Schmidt, Jan-Berent; Stockmann, Andrea; Westholt, Frank (2010): *Netzwerk(analys)e in der deutschen Humangeographie*. Online verfügbar unter <http://www.raumnachrichten.de/diskussionen/1162-humangeographie>, zuletzt geprüft am 15.09.2020.

- Stern, Nicholas (2007): *The Economics of Climate Change: The Stern Review*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stich, Rudolf (1976): Planungsinstrumente. Bericht der Gruppe 6. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Planung unter veränderten Verhältnissen. Referate und Diskussionsberichte anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 108). Hannover: Hermann Schroedel Verlag, S. 61–62.
- Stichweh, Rudolf (2014): *Wissenschaft, Universität, Professionen. Soziologische Analysen*. (Neuaufgabe). Frankfurt am Main: transcript Verlag.
- Stock, Manfred (1996): Kurzfassung zur Pilotstudie: Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Land Brandenburg. In: Manfred Stock und Ferenc Tóth (Hg.): *Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Land Brandenburg – Pilotstudie*. Bericht des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung e.V. für das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg. Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, S. 1–10.
- Stock, Manfred (2003): Chancen und Risiken von Regionen im Klimawandel: Welche Strategien kann die Wissenschaft ableiten? In: Helmut Karl und Jürgen Pohl (Hg.): *Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt. Katastrophenvorsorge durch Raumplanung* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 220). Hannover: Verlag der ARL, S. 35–62.
- Stock, Manfred (2013): Der Klimawandel: global und regional in Europa und Deutschland. In: Jörn Birkmann, Maike Vollmer und Jochen Schanze (Hg.): *Raumentwicklung im Klimawandel. Herausforderungen für die räumliche Planung* (Forschungsberichte der ARL, 2). Hannover: Verlag der ARL, S. 14–43.
- Stock, Manfred; Tóth, Ferenc (1996): *Mögliche Auswirkungen von Klimaänderungen auf das Land Brandenburg – Pilotstudie*. Berlin: Potsdam Institut für Klimafolgenforschung.
- Strubelt, Wendelin; Zimmermann, Horst (Hg.) (2005): *Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?* Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR (Forschungs- und Sitzungsberichte). Hannover: Verlag der ARL.
- Stubbe, Peter (2004): Perspektiven des Stadumbaues aus Sicht der ostdeutschen Wohnungswirtschaft. In: *vhw Forum Wohneigentum* (2), S. 65–68.
- Thierstein, Alain; Walser, Manfred (1996): Stein der Weisen oder Mogelpackung? Sustainable Development als Strategie für Regionen. In: *disP – The Planning Review* 32 (125), S. 10–17.
- Thoss, Rainer (1976): Planung unter veränderten Verhältnissen. Ökonomische Aspekte. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung) (Hg.): *Planung unter veränderten Verhältnissen. Referate und Diskussionsberichte anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 1975 in Duisburg* (Forschungs- und Sitzungsberichte, 108). Hannover: Hermann Schroedel Verlag, S. 15–39.
- Tönnies, Gerd (2004): Forschungen der ARL zu den räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels. In: *Raumforschung und Raumordnung* 62 (2), S. 149–156.
- Top, Jasmin (2006): *Konsensanalyse: Ein neues Instrument der Inhaltsanalyse*. Theoretische Fundierung und empirische Kalibrierung. Norderstedt: Books on Demand.
- Trappmann, Mark; Hummell, Hans J.; Sodeur, Wolfgang (2011): *Strukturanalyse sozialer Netzwerke. Konzepte, Modelle, Methoden* (Studienskripte zur Soziologie). 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Treib, Oliver (2015): Akteurzentrierter Institutionalismus. In: Georg Wenzelburger und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 277–303.
- Umweltbundesamt (2015a): Arbeitskreis Klimawandel und Raumplanung. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/werkzeuge-der-anpassung/projekt-katalog/arbeitskreis-klimawandel-raumplanung>, zuletzt geprüft am 10.10.2019.
- Umweltbundesamt (2015b): KLIMAPAKT – Anpassung an den Klimawandel durch räumliche Planung – Grundlagen, Strategien, Instrumente. Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/werkzeuge-der-anpassung/projekt-katalog/klimapakt-anpassung-an-den-klimawandel-durch>, zuletzt geprüft am 10.10.2019.
- van Noorden, Richard; Maher, Brendan; Nuzzo, Regina (2014): The top 100 papers. Nature explores the most-cited research of all time. Nature – News Feature. Online verfügbar unter <https://www.nature.com/news/the-top-100-papers-1.16224>, zuletzt geprüft am 15.09.2020.
- Vonbun, Ramona; Königslöw, Katharina Kleinen-von; Schoenbach, Klaus (2016): Intermedia agenda-setting in a multimedia news environment. In: *Journalism* 17 (8), S. 1054–1073. DOI: <https://doi.org/10.1177/1464884915595475>.
- Waldherr, Annie (2008a): Gatekeeper, Diskursproduzenten und Agenda-Setter – Akteursrollen von Massenmedien in Innovationsprozessen. In: Barbara Pfetsch und Silke Adam (Hg.): Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171–195.
- Waldherr, Annie (2008b): Innovationsdiskurse in Medien und Politik. Theoretisches Rahmenkonzept für eine vergleichende Analyse von Themenkarrieren. In: Esra Aydin, Matthias Begeat, Christian Michalek, Jasmin Schemann und Ingo Stefes (Hg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation (Schriftenreihe DFPK, 3). Münster: Lit Verlag, S. 291–312.
- Waldherr, Annie (2012): Die Dynamik der Medienaufmerksamkeit. Ein Simulationsmodell (Schriftenreihe Politische Kommunikation und demokratische Öffentlichkeit, 4). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (1998): Welt im Wandel. Strategien zur Bewältigung globaler Umweltrisiken. Berlin: Springer.
- WCED (World Commission on Environment and Development) (1987): Our Common Future. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Weible, Christopher M.; Sabatier, Paul A. (2007): A Guide to the Advocacy Coalition Framework. In: Frank Fischer, Gerald J. Miller und Mara S. Sidney (Hg.): Handbook of Public Policy Analysis – Theory, Politics, and Methods. Boca Raton, FL, USA: CRC Press, S. 123–136.
- Weingart, Peter (1998): Science and the Media. In: *Research Policy* 27 (8), S. 869–879.
- Weingart, Peter (2003): Wissenschaftssoziologie (Einsichten: Themen der Soziologie). Bielefeld: transcript Verlag.
- Weingart, Peter (2011): Die Wissenschaft der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit der Wissenschaft. In: Barbara Hölscher und Justine Suchanek (Hg.): Wissenschaft und

- Hochschulbildung im Kontext von Wirtschaft und Medien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–61.
- Weingart, Peter (2015): Die Dynamik der Aufmerksamkeitsökonomie und ihre Folgen: Lose Gedanken zu einem aktuellen Begriff. In: Klaus-Dieter Altmeyden (Hg.): Soziale Ordnung durch Kommunikation? (Reihe Medienstrukturen, 5). Baden-Baden: Nomos, S. 105–115.
- Weingart, Peter (2017): Is there a Hype Problem in Science? If so How is it addressed? In: Kathleen Hall Jamieson, Dan M. Kahan und Dietram A. Scheufele (Hg.): The Oxford handbook of the science of science communication (Titolo collana). New York, N.Y.: Oxford University Press, S. 111–118.
- Weingart, Peter; Engels, Anita; Pansegrau, Petra (2000): Risks of communication: discourses on climate change in science, politics, and the mass media. In: *Public Understanding of Science* 9 (3), S. 261–283. DOI: <https://doi.org/10.1088/0963-6625/9/3/304>.
- Weingart, Peter; Engels, Anita; Pansegrau, Petra (2008): Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. 2., leicht veränderte Auflage. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Weingart, Peter; Lentsch, Justus; Ash, Mitchell G. (2015): Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen – Forschungsberichte, Band 22). 2. Aufl. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Weiske, Christine; Schmitt, Jürgen (2000): Metamorphosen der Stadt: Cities on the Move. Thesen zur Diskussion um das städtische Wachstum. In: *Raumplanung* (91), S. 161–163.
- White, Harrison (1970): Chains of Opportunity. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Whitley, Richard (1970): Black Boxism and the Sociology of Science: A Discussion of the Major Developments in the Field. In: *The Sociological Review* 18 (S1), S. 61–92.
- Whitley, Richard (1984): The intellectual and social organization of the sciences. New York: Oxford University Press.
- Whitley, Richard; Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2018): The Impact of Changing Funding and Authority Relationships on Scientific Innovations. In: *Minerva* 56, S. 109–134.
- Wiechmann, Thorsten (2008): Planung und Adaption – Strategieentwicklung in Regionen, Organisationen und Netzwerken. Dortmund: Dorothea Rohn.
- Wiechmann, Thorsten (2009): Raumpolitische Diskurse um Metropolregionen in Europa: Eine Spurensuche. In: Jörg Knieling (Hg.): Metropolregionen: Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit (Forschungs- und Sitzungsberichte, 231). Hannover: Verlag der ARL, S. 101–132.
- Wiechmann, Thorsten (2015a): 10 Jahre SCiRN™ – Ein Netzwerk zur weltweiten Erforschung schrumpfender Städte. In: *disP – The Planning Review* 51 (1), S. 96–98.
- Wiechmann, Thorsten (2015b): Das Schrumpfen akzeptieren. Europas Städte im demografischen Wandel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 (31/32), S. 27–33.
- Wiechmann, Thorsten (2018): Planungstheorie. In: ARL (Akademie der Raumforschung und Landesplanung): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hg. v. Thomas Döring, Ilse Helbrecht, Catrin Schmidt, Susan Grotefels, Hans Heinrich Blotevogel und Johann Jessen. Hannover: Verlag der ARL, S. 1771–1784.
- Wiechmann, Thorsten (Hg.) (2019a): ARL Reader Planungstheorie Band 1. Kommunikative Planung – Neoinstitutionalismus und Governance. Berlin: Springer Spektrum.
- Wiechmann, Thorsten (Hg.) (2019b): ARL Reader Planungstheorie Band 2. Strategische Planung – Planungskultur. Berlin: Springer Spektrum.

- Wiechmann, Thorsten (2019c): Einleitung – Zum Stand der deutschsprachigen Planungstheorie. In: Thorsten Wiechmann (Hg.): ARL Reader Planungstheorie Band 2. Strategische Planung – Planungskultur. Berlin: Springer Spektrum, S. 1–11.
- Wiechmann, Thorsten (2019d): Einleitung – Zum Stand der deutschsprachigen Planungstheorie. In: Thorsten Wiechmann (Hg.): ARL Reader Planungstheorie Band 1. Kommunikative Planung – Neoinstitutionalismus und Governance. Berlin: Springer Spektrum, S. 1–11.
- Wiechmann, Thorsten (2020): Abstract zum „Roundtable der Planungsfakultäten“ auf der 5. Dortmunder Konferenz „Räume neu denken - Planung in einer Welt im Wandel“, am 17.–18. Februar in Dortmund.
- Wiechmann, Thorsten; Bontje, Marco (2015): Responding to Tough Times. Policy and Planning Strategies in Shrinking Cities. In: *European Planning Studies* 23 (1), S. 1–11.
- Wiechmann, Thorsten; Hutter, Gérard (2008): Die Planung des Unplanbaren – Was kann die Raumplanung von der Strategieforschung lernen? In: Alexander Hamedinger, Oliver Frey, Jens S. Dangschat und Andrea Breitung (Hg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 102–121.
- Wiechmann, Thorsten; Hutter, Gérard (Hg.) (2010): Strategische Planung – Zur Rolle der Planung in der Strategieentwicklung für Städte und Regionen (Planungsgrundschau, 18). Berlin.
- Wien, Charlotte; Elmelund-Præstekær, Christian (2009): An Anatomy of Media Hypes: Developing a Model for the Dynamics and Structure of Intense Media Coverage of Single Issues. In: *European Journal of Communication* 24 (2), S. 183–201. DOI: <https://doi.org/10.1177/0267323108101831>.
- Winkel, Rainer (2002a): Raumplanung unter neuen Vorzeichen: Konsequenzen veränderter Rahmenbedingungen für die überörtlichen Planungsebenen. In: *Raumplanung* (104), S. 241–245.
- Winkel, Rainer (2002b): Schrumpfung und ihre siedlungsstrukturellen Wirkungen. In: *Raumplanung* (99), S. 99–103.
- Wissenschaftsrat (2017): Stellungnahme zum Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. Drucksache 6217–17. Halle/Saale.
- Wolfe, Michelle; Jones, Bryan D.; Baumgartner, Frank R. (2013): A Failure to Communicate: Agenda Setting in Media and Policy Studies. In: *Political Communication* 30 (2), S. 175–192.
- Wolfsfeld, Gadi (2000): Political Waves and Democratic Discourse: Terrorism Waves During the Oslo Peace Process. In: Robert M. Entman und W. Lance Bennett (Hg.): Mediated Politics: Communication in the Future of Democracy (Communication, Society and Politics). Cambridge: Cambridge University Press, S. 226–251.
- Wolfsfeld, Gadi; Sheafer, Tamir (2006): Competing Actors and the Construction of Political News: The Contest Over Waves in Israel. In: *Political Communication* 23 (3), S. 333–354.
- Yin, R. K. (2009): Case Study Research – Design and Methods. 4. Aufl. London: SAGE Publications.
- Zahariadis, Nikolaos (2016): Setting the agenda on agenda setting: definitions, concepts, and controversies. In: Nikolaos Zahariadis (Hg.): Handbook of public policy agenda setting (Handbooks of research on public policy). Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, 1–22.
- Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen. In: *Soziale Welt* 40 (1/2), S. 170–183.

- Zebisch, Marc; Grothmann, Torsten; Schröter, Dagmar; Hasse, Clemens; Fritsch, Uta; Cramer, Wolfgang (2005): Klimawandel in Deutschland. Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme. Herausgegeben vom Umweltbundesamt. Forschungsbericht 201 41 253 UBA-FB 000844.
- Zhu, Jian-Hua (1992): Issue Competition and Attention Distraction: A Zero-Sum Theory of Agenda-Setting. In: *Journalism Quarterly* 69 (4), S. 825–836. DOI: <https://doi.org/10.1177/107769909206900403>.
- Zierhofer, Wolfgang (2008): Strukturelle Kopplung und die „Autonomie“ des Sozialen. In: Heike Egner, Beate M.W. Ratter und Richard Dikau (Hg.): *Umwelt als System – System als Umwelt? Systemtheorien auf dem Prüfstand*. München: oekom Verlag, S. 119–133.
- Ziesen, Nenja; Lemm, Jacqueline (2017): Wissenstransfer über Köpfe. In: Julian Hamann, Jens Maeße, Vincent Gengnagel und Alexander Hirschfeld (Hg.): *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 229–256.
- Zimmermann, Karsten (2010): Der veränderte Stellenwert von Wissen in der Planung. Ein Beitrag zu einem wissensbasierten Verständnis von Planung. In: *Raumforschung und Raumordnung* (68), S. 115–125.
- Zimmermann, Karsten (2017): Relevanz, Wandel und Anforderungen wissenschaftlicher Politikberatung in der Raumplanung. In: *disP – The Planning Review* 53 (4), S. 21–32. DOI: <https://doi.org/10.1080/02513625.2017.1414478>.
- Zimmermann, Karsten; Boghrat, Jasmin; Weber, Meike (2015): The epistemologies of local climate change policies in Germany. In: *Urban Research & Practice* 8 (3), S. 303–318. DOI: <https://doi.org/10.1080/17535069.2015.1051379>.
- Zuccala, Alesia Ann (2004): *Revisiting the Invisible College: A Case Study of the Intellectual Structure and Social Process of Singularity Theory Research in Mathematics*. University of Toronto. Faculty of Information Studies, 254 Seiten.
- Zupan, Daniela (2015): Von der Großsiedlung der Spätmoderne zum kompakten nutzungsgemischten Stadtquartier. Verlaufsformen eines städtebaulichen Erneuerungsprozesses. In: *Informationen zur Raumentwicklung* (3), S. 183–200.
- Zupan, Daniela (2017): *Der Leitbildwechsel – von der Siedlung der Moderne zum kompakten nutzungsgemischten Quartier. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich aus Perspektive der Innovationsforschung*. Dissertation.